

Zeitschrift: Jahrbuch für schweizerische Geschichte
Band: 35 (1910)

Artikel: Die Einheit Unterwaldens : Studien über die Anfänge der urschweizerischen Demokratien
Autor: Durrer, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-42998>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.03.2026

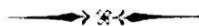
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE
EINHEIT UNTERWALDENS.

STUDIEN
ÜBER DIE ANFÄNGE DER URSCHWEIZERISCHEN
DEMOKRATIEN

VON

ROBERT DURRER.



Leere Seite
Blank page
Page vide

I.

Der ghibellinische Aufstand und der älteste Schweizerbund.

Die Forschungen über die staatlichen Anfänge der drei Länder haben die schweizerischen Historiker seit sieben Jahrzehnten viel beschäftigt. Daß die Resultate aber keineswegs abgeschlossen sind, hat uns Breßlaus scharfsinnige Untersuchung über das älteste Schweizerbündnis ¹⁾ bewiesen.

Seine Arbeit zeigt klar, wie es besonders einem Einheimischen schwer wird, an einen viel bearbeiteten Stoff ganz unbefangen heranzutreten, wie leicht eine beifällig aufgenommene Ansicht im Laufe der Jahre ihren hypothetischen Charakter verliert und parallel zur Volkssage sich die Ansätze einer gelehrten Legende bilden können.

Besonders wichtig scheint Breßlaus Untersuchung für Unterwalden zu werden, denn der Entwicklungsprozeß dieses dualistischen Staatsgebildes stand nach bisheriger Ansicht in unzweifelhaftem engstem Zusammenhang mit der ghibellinischen Erhebung, welche um die Mitte des XIII. Jahrhunderts die Urschweiz zum ersten Bunde zusammengeführt haben sollte.

Nach den Resultaten des Straßburger Professors fiel nun die gemeinsame ghibellinische Erhebung in den angenommenen Jahren 1245 bis 1252 dahin. Er hat den Beweis erbracht, daß wenigstens seit dem Frühjahr 1248 die Urner Lands-

¹⁾ Jahrbuch f. schw. Gesch. XX (1895). Das älteste Bündnis der Schweizer Urkantone von H. Breßlau.

gemeinde nicht offen zur Partei des gebannten Kaisers stand¹⁾ und daß die vermeinte Beweisurkunde für die ghibellinische Stellung Nidwaldens — jener undatierte von Kopp in die Jahre 1244 bis 52 gesetzte Brief nidwaldnerischer Optimaten an Zürich, der mit dem Siegel der verbündeten Stadt Luzern bekräftigt ist — entweder in eine frühere Zeit gehört oder dann gerade ein Zeugnis für die päpstliche Politik Nidwaldens und seinen politischen Gegensatz zu Obwalden darstellt.

Da nun auch der aus dem Bundesbrief von 1291 ausscheidbare Inhalt des ältesten Dreiländerbundes, die «antiqua forma confoederationis» nach der überzeugenden Beweisführung Breßlaus nicht direkt gegen Habsburg gerichtet sein muß, sondern in seiner Form einfach ein Landfriedensbündnis darstellt, das ebensowohl unter dem Interregnum oder der Regierung Rudolfs entstanden sein könnte, so ist nicht nur die bisherige Fundamentierung der Entstehungsgeschichte der Eidgenossenschaft vorläufig erschüttert. Auch die enge damit zusammenhängende Frage nach der staatlichen Ausbildung des dritten Urstandes darf nicht mehr schlechterdings mit Oechsli dahin beantwortet werden: es seien ausschließlich politisch-militärische Motive, die Bedürfnisse gemeinsamer Verteidigung gegen einen gemeinsamen Feind gewesen, welche die sukzessive Verbindung der Kirchspiele zu den beiden Gemeinwesen Ob- und Nidwalden und dieser wieder zum Lande Unterwalden herbeiführten²⁾.

¹⁾ Ich erkenne die Beweisführung Breßlaus insoweit an, daß im Frühjahr 1248 Uri nicht mehr offen zum Kaiser hielt, aber für die vorhergehende Zeit sind seine Argumente nicht verbindlich. Gerade die besprochene Wettinger Urkunde vom Februar dieses Jahres zeigt doch deutlich einen bestanden und noch gefürchteten Gegensatz der Leute des päpstlich gesinnten Klosters gegen die übrigen Landleute. Eine so weit rückwirkende Kraft wie Breßlau meint, kann auch das Zeugnis des Papstes vom 8. Februar 1251 nicht haben, wonach Uri «dicitur ecclesie Romane devota».

²⁾ W. Oechsli, Die Anfänge der schweiz. Eidgenossenschaft. Zur sechsten Säkularfeier des ersten ewigen Bundes vom 1. Aug. 1291, S. 270.

Wir müssen wieder auf die Fundamente herabgreifen, um den Ursprung jenes staatsrechtlichen Kuriosums, das als Vorbild der neuern Halbkantone eine größere Bedeutung für die heutige Eidgenossenschaft gewonnen hat, zu ergründen.

* * *

Bis auf Kopp hatte auch Unterwalden, wie Uri und Schwyz, als ein uraltes, selbständiges Staatswesen gegolten, dessen Anfänge der Lokalpatriotismus bis in das vierte Jahrhundert christlicher Zeitrechnung hinaufführte. Schon 288 oder 398 sollte Papst Anastasius die Unterwaldner, die sich selber römischen Ursprunges rühmten¹⁾, mit einem Banner und mit Privilegien

¹⁾ Schon das Weiße Buch von zirka 1470 leitet den Ursprung der Unterwaldner aus Rom her. Durch Etterlins Chronik von 1507, der das Weiße Buch ausschreibt und der diese Besiedlung in die Zeiten nach den Gotenkriegen Belisars verlegt, gelangt diese Prätension in weitere Kreise. Glareans Panegyricus nennt die Unterwaldner «*silvanam gentem Romano a sanguine cretam*». Tschudi, Chron. I 146, weist die Einwanderung der Römer in die Zeiten «Kaisers Octaviani, auch Antonii und Lepidi»; Joach. Eichorn im Verkündbuch von S. Niklausen um 1630 in die Zeit des Papstes Felix II. und des Kaisers Constantius um 360, der Nidwaldner Chronist Landammann Joh. Melchior Leuw († 1676) genau ins Jahr 362 unter die Regierung Julians des Apostaten. Dagegen geht schon im XV. Jahrhundert der Römersage parallel die gemeinsame Herleitung der Unterwaldner mit den Schwyzern und Oberhaslern aus Schweden. Bereits der Traktat Heinrichs von Gundelfingen «*origo, profectus et gesta ductorum, incolarum et civium de Hasli*», die Vorlage des bekannten deutschen «Herkommens der Schwyzer und Oberhasler» läßt eine Unterabteilung des schwedischen Heeres «*terram Fractimontis, usque ad alpes Longobardorum*» (d. h. Unterwalden) besiedeln. Beachtenswert ist, daß deren Anführer Remus genannt und dadurch etymologisch wieder an die Römersage angeknüpft wird. Joh. Hürlimann (Horolanus), Stadtpfarrer zu Luzern, sucht in seinen um 1563 geschriebenen «gedechtniswirdig geschichten von allen orten und zugewandten» die beiden vorgefundenen Traditionen dadurch zu versöhnen, daß er die Nidwaldner von den Schweden und nur die Obwaldner von den «großen Geschlechtern» Roms abstammen läßt. Diese Erklärung griffen die Obwaldner später im XVII. und XVIII. Jahr-

begabt haben ¹⁾. Und im Jahre 1150 sollte das bisher einheitliche Land in zwei selbständige ungleiche Teile getrennt worden sein ²⁾.

Kopp hat mit diesen unhaltbaren Märchen aufgeräumt. Es sind wenige urkundliche Merksteine, auf welche er seine neue Hypothese aufgebaut, die allgemeine Zustimmung fand: Das Land Unterwalden sei erst im XIII. Jahrhundert allmählich aus einem

hundert, anlässlich des Rangstreites mit ihren Brüdern nid dem Wald, lebhaft auf. Ein Gutachten, das die Regierung etwa um 1740 durch einen Kapuziner ausarbeiten ließ, kommt zum Resultate, in Stans seien die Römer auf ihrem Durchzuge nur gestanden und hätten gemeindet, woher der Name Stans = Stantium, am «Römersberg» ob Sarnen aber hätten sie sich niedergelassen (St.-A. Obwalden). Gerade die Nidwaldner Familie Lussy aber hielt daran fest, daß sie von einem römischen Patrizierge-schlecht der Lucii herkomme!! —

¹⁾ Vgl. darüber meine Studie über «das Wappen von Unterwalden» im Schw. Archiv f. Heraldik XIX (1905), S. 3 ff. Der Erfinder der phantastischen Erzählung von diesen Römerzügen der Innerschweizer scheint Heinrich v. Gundelfingen, Chorherr zu Beromünster und Waldkirch zu sein, jener Humanist, der auch der Fabel vom römischen Ursprung der Habsburger, die er bei Matthias v. Neuenburg vorfand, ihre endgültige Gestaltung gab. Jedenfalls ist er der Verfasser des fälschlich dem Eulogius Kiburger zugeschriebenen Traktates vom «Herkommen», wie anderwärts nachgewiesen werden soll. Ich verdanke den Hinweis auf die lateinische Originalredaktion, von dem der publizierte deutsche Text sich als eine schlechte Übersetzung erweist, meinem Freunde Dr. Ferd. Rüegg in Rom. Gundelfingen weist freilich den Unterwaldnern noch keine selbständige Rolle in jenen Heldenzügen von 388 zu. Er faßt sie unter die Schwyzer zusammen. Aber schon das Bannerdiplom Julius II. vom 20. Dezember 1512 rückt die Nidwaldner in den Vordergrund und leitet den Doppelschlüssel auf das päpstliche Wappen zurück, das Papst Anastasius I. bei diesem Anlasse den Nidwaldnern verliehen habe. Die Obwaldner brachten die bezügliche Inschrift des Nidwaldner Juliusbanners auch auf dem Banner an, das ihnen Kardinal Schinner gegeben. Die Sage in ihrer vollen Entwicklung gibt dann zirka 1609 der Luzerner Schulmeister Joh. Schnyder, während der kritische Cysat sie noch bezweifelt hatte.

²⁾ Das Datum 1150 für diese Trennung nennt m. W. zuerst Tschudi (Chronik I, S. 72/73) der als Grund, wie Horolan, der kein Datum weiß, Steuerdifferenzen angibt. Ausführlicher Businger und Zelger, Kleiner Versuch e. besond. Gesch. des Freystaats Unterwalden I (1789), S. 204,

sukzessiven Zusammenschluß der einzelnen Kirchspielmarken entstanden¹⁾. Erinnern wir uns wieder einmal der tatsächlichen Grundlagen dieser Auffassung.

Die erste Spur einer selbständigen politischen Aktion in Obwalden weist zugleich schon auf eine Verbindung mit Schwyz hin. Es ist jene berühmte Bulle Papst Innocenz IV. vom 28. August 1247, worin er den Propst von Ölenberg beauftragt, gegen die Leute von Schwyz und Sarnen mit schweren Kirchenstrafen einzuschreiten, weil sie zum zweiten Male von Graf Rudolf dem Schweigsamen, «ihrem erblichen Herren», abgefallen und sich dem gebannten Kaiser Friedrich zugewendet²⁾. Da der Papst auch die Luzerner mit dem Interdikt bedroht, falls sich das Gerücht von ihrem Anschluß an die Bewegung bestätigte, so

freilich mit dem Zusatz, daß einige diese Teilung statt 1150, auf 1260 oder gar erst 1470 setzten: «Dem Mangel und Abgange alter Schriften und Urkunden, dem allzuentfernten Alterthume und der rohen Unwissenheit damaliger Zeiten und andern uns unbekannten Umständen muß man es zuschreiben, daß wir hievon mit so wenig Sicherheit bestimmt reden können.» — Dreiundzwanzig Jahre später weiß Göldlin v. Tiefenau plötzlich «nach alten Auszügen aus dem gemeinen Landarchiv, so im Jahre 1713 verbronnen», die Namen der «Theilungs-Männer» des Jahres 1115 zu nennen: «von Obwalden Heinrich Löwenbrugger von Sachseln, von dem die von Flüe abstammen, von Nidwalden Balz Lussi mit dem Siegrist zu Aenemoos.» (Konrad Scheuber von Altsellen, I. Teil 1812, S. 3, Anm.). Er ist das Opfer eines Mystifikators geworden. Ein gemeinsames Landesarchiv hat außer dem Obwaldner Staatsarchiv, das bis 1798 einigermaßen diesen Charakter behauptete, nicht bestanden. Das Nidwaldner Archiv wurde im Dorfbrand von Stans 1713 nachweislich vollständig gerettet.

¹⁾ Es ist erwähnenswert, daß Kopps Forschungen, die so alte Ruhmes-titel rücksichtslos zerstörten, zuerst in Unterwalden Anklang fanden, während die Urner noch 59 Jahre später dem sagenhaften Tell als einer «historischen» Gestalt ein Denkmal setzten! — Schulherr Aloys Businger würdigt schon 1836 im VI. Bändchen der «Gemälde der Schweiz», S. 11, völlig vorurteilslos die Resultate von Kopps im Vorjahre erschienenen «Urkunden z. Gesch. der eidg. Bünde».

²⁾ Zuletzt abgedruckt bei Bernoulli, Acta Pontificum Helvetica I 243. Die weitem Druckorte bei Oechsli l. c. Regest Nr. 121.

lag es nahe, das schon erwähnte undatierte Schreiben nidwaldnerischer Landleute an Zürich, das mit dem Siegel der «verbündeten» Stadt Luzern bekräftigt ward¹⁾, auf die Teilnahme Nidwaldens an dieser Empörung zu deuten. Außergewöhnlich innige Beziehungen zwischen Luzern und den Intramontani oder Waldleuten — so ohne Unterscheidung, und es ist dies sonst die gemeinsame Bezeichnung für die Bewohner beider Täler²⁾ — bezeugt noch der «geschworne Brief» Luzerns vom 4. Mai 1252³⁾. Von einem Bündnis ist freilich dort nicht ausdrücklich die Rede.

Im Jahre 1261 treten die Pfarrgenossen von Stans und Buochs unter sich in einer engern Verbindung (*universitas*) auf, deren staatsrechtliche Bedeutung durch den Anspruch auf die grundherrlichen Hoheitsrechte über die Gewässer illustriert wird⁴⁾.

Diese Gemeinde des untern Tales, «*communitas hominum intramontanorum vallis inferioris*», ist ursprünglich auch der einzige Kontrahent des ewigen Bundes von 1291⁵⁾. Bloß das Siegel, dessen erster Umschrift «*S. Universitatis hominum de Stannes*» der nachträgliche Zusatz «*et vallis superioris*» beigraviert ist⁶⁾, bezeugt den spätern Beitritt Obwaldens. Dieser muß sicher vor dem 7. März 1304 erfolgt sein, denn damals bilden die beiden

¹⁾ Breßlau l. c., S. 10—20. Druck Kopp. Urk. I, 2; Z. U.-B. II, 266

²⁾ Vgl. die Regesten Nr. 139, 163, 165, 696 bei Oechsli und den Bundesbrief von 1291.

³⁾ Druck Gfd. I 180 und bruchstückweise Kopp, Urk. I, 4.

⁴⁾ Gfd. I 59. Als Analogie möchte ich auf die freien Vogtleute in Ebikon hinweisen, welche 1245 und 1259 als «*Universitas incolarum (villanorum)*» in Ebikon urkunden, ihre Gemeinmark vom Fraumünster zu Lehen tragen, aber auch grundherrliche Reservatrechte, wie die Fischenzen im Rotsee behaupten. Sie stehen nicht unter grundherrlicher, sondern besonders Reichsvogtei, vgl. Gfd. II 43, 53 und Segesser Rechtsgesch. d. Stadt und Republ. Luzern I 535 ff.

⁵⁾ Neuester Abdruck mit Facsimile bei Oechsli, S. 381. Vgl. dazu Oechsli's Ausführungen gegen Kiem und Dierauer über die Bedeutung des Ausdruckes «*homines intramontani vallis inferioris*», S. 303, Anm. 2.

⁶⁾ Vgl. Archiv f. Heraldik l. c., S. 9 und 13 und Tafel I.

Täler ein zentralisiertes Staatswesen mit einem gemeinsamen Landammann, dem Sachseler Rudolf v. Ödisried, an der Spitze und dem gemeinschaftlichen Namen «Unterwalden»¹⁾.

Schon 1333 ist aber die innere Zentralisation wieder in die Brüche gegangen und es erscheinen zwei Landammänner und zwei Gemeinden²⁾. Nur im Verhältnis zu den Eidgenossen bleibt fürder die Einheit gewahrt.

Auf diese wenigen Daten baute sich die allgemein akzeptierte Darstellung Kopps auf: Gleichzeitiges Erwachen des Staatsgedankens in beiden Tälern während des welterschütternden Todeskampfes der Staufer gegen das Papsttum. Zusammenschluß der Kirchspiele zu zwei politischen Gemeinwesen im bewußten Gegensatz zu den landesherrlichen Bestrebungen der guelfisch gesinnten Habsburger. Nach zeitweiliger Unterwerfung, eine weitere zielbewußte Ausbildung dieser Tendenzen beim Tode König Rudolfs, die zur engern Vereinigung der beiden Talgenossenschaften unter sich führt — mit der auch die wieder hergestellte Zwischenherrschaft Österreichs rechnen muß und die zur dauernden Grundlage wird für die Stellung Unterwaldens im Schweizerbund³⁾.

Im Grunde widersprechen auch die Resultate Breßlaus nicht den Gesamtzügen dieser Auffassung. Sie berühren mehr die psychologisch-politische Erklärung und die Chronologie dieses Entwicklungsprozesses. Breßlau hat es wahrscheinlich gemacht, daß in Luzern von 1244—1251 die päpstliche Partei die Oberhand behielt⁴⁾, daß also ein während dieser Zeit bestehendes Bündnis zwischen Luzern und Nidwalden für die guelfische Stellungnahme des untern Tales und seinen Gegensatz zu Obwalden

1) Kopp, Urk. I 65. Fontes Rerum Bernensium IV 180.

2) Siehe unten.

3) Vgl. Oechsli's klassisches Buch, S. 265 und von ältern Darstellungen K. v. Deschwanden, Nidw. Beiträge III 28 ff. und Kiem, Gfd. XXVIII 208 ff. Dazu noch meinen Aufsatz über «Tschudis vier Gemeinen». Anz. f. schw. Gesch. V 2, 95.

4) Breßlau l. c. und unten S. 34 bis 38.

sprechen würde. Er sieht auch in der bloßen Erwähnung der Sarnen in jener auf Klage des Habsburgers erfolgten päpstlichen Bannandrohung vom 28. August 1247 einen Beweis, daß die Nidwaldner bei der Empörung nicht mitmachten. Er fände es schlechterdings unbegreiflich, «warum Graf Rudolf in seiner Klage die Nidwaldner Rebellen gegen seine gräfllich-landesherrliche Autorität nicht gleichfalls dem Papste denunziert haben sollte, wenn anders diese wirklich Rebellen gegen ihn waren und sich, wie die Leute von Sarnen, mit den ghibellinischen Schwyzern verbündet hatten». Und da die Nidwaldner deutlich erkennbar erst 1261, nachdem die Rebellion längst gedämmt war und der Kaiserstreit seine Aktualität verloren hatte, als eine von Obwalden völlig unabhängige Universitas auftreten, da noch 1291 Nidwalden seine eigenen Wege geht und erst hernach sich Obwalden angliedert, so scheinen wirklich keine zwingenden Indizien dafür vorzuliegen, daß die beiden Parallelgebilde aus der gleichen Saat weltgeschichtlicher Zwietracht erwachsen.

Freilich ist der Beweis *ex silentio* nie ein vollgültiger juristischer Beweis, und da die freien Bauern, die eigentlichen Grafschaftsleute des Habsburgers, in der Gegend von Sarnen besonders zahlreich waren, so ließe sich auch bei einer Teilnahme des untern Tales am Aufstande erklären, warum in der Denunziation einzig Sarnen — als *pars pro toto* — genannt würde¹⁾. Für diese Teilnahme spricht auch die geographische Lage, da, zumal wenn Luzern im feindlichen Lager stand, eine Verbindung Sarnens mit Schwyz nur über Nidwalden möglich ist.

Neben den leider so spärlichen schriftlichen Zeugen gibt es aber noch steinerne Denkmäler, die ebenso beredt direktes Zeugnis ablegen können. Ein solcher Zeuge ist die Ruine auf dem Rotzberg. Ich habe jüngst — wie ich glaube überzeugend — nachgewiesen, daß diese bedeutende Burganlage, die das Stansertal

¹⁾ Sonst könnte man ebensowohl die Nennung von Sachseln, Kerns, Alpnach, Giswil und Lungern verlangen, denn Sarnen ist an sich keineswegs Obwalden. — Vgl. unten Kap. II.

beherrscht, identisch ist mit dem «hus ze Stannes», um das sich 1238 die Söhne Rudolfs des Alten stritten, nachdem sie die Gaugrafschaften im Aar- und Zürichgau wieder von einander geteilt. Daß die Feste sicher eine Habsburger Gründung ist. Ja, daß höchst wahrscheinlich erst Rudolf der Schweigsame nach dem Tode des Vaters († 1232) den Bau begonnen, denn nur dann erklärt sich, warum diesem ihr Eigentum zugesprochen ward, bevor der Entscheid erfolgte, ob sie in seiner oder seines Bruders Vogtei stehe¹⁾. Meine Grabungen ergaben, daß die Burg durch Feuer zerstört worden. Die, freilich spärlichen, Fundstücke romani-

¹⁾ Vgl. meine Kunst- und Architekturdenkmäler Unterwaldens, S. 449 bis 460 (in Rahns Statistik schw. Kunstdenkmäler). Ich rekapituliere hier kurz meine Beweissätze. Das «Hus ze Stannes» in der bekannten Schiedurkunde, die zwischen 17. Februar 1238 und 23. März 1239 ausgestellt ist, kann nicht im Flecken Stans selbst gesucht werden, weil 1. dort keinerlei Spuren einer Dynastenburg zu finden, 2. wenn es dort gestanden hätte, kein Zweifel an seiner Gauzugehörigkeit hätte walten können und um das handelte es sich. Denn die Bedeutung des Fleckens Stans ist viel älter, als die Vereinigung der Grafschaften des Zürich- und des Aargaus in der Hand Albrechts III. von Habsburg, der sie nach 1173 aus dem Erbe der beiden Lenzburger Linien, unter denen sie bisher geteilt gewesen, empfing. Der größte Teil Unterwaldens gehörte zum Zürichgau, aber nicht der See bildete die Grenze: der Bürgenberg gehörte wenigstens teilweise zu Aargau. Der Streit um das feste Haus Stans wird erklärlich, wenn wir es auf eine Neugründung der Habsburger auf dem Hügel des Rotzberg, der eine natürliche Fortsetzung des Grenzwalles des Bürgen bildet, deuten. Nur erklärlich bei der Annahme, daß bei seiner Erbauung die Vogtei von Nidwalden schon in einer Hand lag und die alte Gaugrenze verwischt war. Eine solche Burg wäre sonst, wenn sie schon von der einen Linie der Lenzburger gebaut worden wäre, auf Menschengedenken ein deutlicher Merkpunkt geblieben, über dessen Zugehörigkeit innert fünfzig Jahren kein Zweifel aufkommen konnte. Das Engelberger Urbar, das den Rozziberg als bloßes zinspflichtiges Gut auführt — und nach den spätern Engelberger Urkunden handelt es sich um das Burggut — läßt vermuten, daß der Bau um 1197 noch nicht bestand. Die Gründe, die für Rudolf III. als Erbauer sprechen, habe ich oben angedeutet. — Übrigens nennt auch das Weiße Buch den Namen Rotzberg nur als Apposition zu Stans (etlichs zû Stans und mit namen das uf dem Rotzberg) und bestätigt damit unsere Identifizierung.

schen Stils weisen auf die Frühzeit des dreizehnten Jahrhunderts. Der Mangel eines Donjon läßt direkt vermuten, daß der Bau nicht vollendet worden ¹⁾).

Man wird sich freilich noch lange nicht auf feste Grundsätze über die historische Wertung der Sagen einigen können. Jeder, der, wie ich, in einem seßhaften Milieu lebt, wird den relativen Wert der Überlieferung höher einschätzen lernen und nachprüfen können, wie treu die Erinnerung an außergewöhnliche Ereignisse, die das Einerlei des bäuerlichen Alltags unterbrechen, auf Generationen, ja auf Jahrhunderte fortlebt, wenn sie sich an bestimmte Lokalitäten heften kann ²⁾. Die Sage von der Einnahme des Rotzberg, wie sie das Weiße Buch und Tschudi überliefern, trägt in ihren Hauptzügen den Stempel reiner Tradition, sie ist frei von allen mythischen Elementen ³⁾. Aber wenn auch gar keine Überlieferung bestände, die die Einnahme des Rotzberg in Zusammenhang mit der Burg «Landenberg» ob Sarnen bringt, ja gerade dann würde zweifellos die historische Kombination die neuern historischen und archäologischen Resultate über den Rotzberg auf jenen Aufstand gegen die Habsburger um die Mitte des XIII. Jahrhunderts deuten, der für Sarnen und Schwyz urkundlich nachgewiesen ist.

Das Hauptargument Breßlaus für die Unmöglichkeit einer gemeinsamen ghibellinischen Aktion der Urkantone bildet die Voraussetzung, daß erst die formelle Absetzung Friedrichs II. auf dem Lyoner Konzil im Juli 1245 das Signal zum Parteikampfe in Deutschland gegeben habe ⁴⁾. Für das Alpengebiet trifft diese

¹⁾ L. c. mit Abb. der Fundstücke.

²⁾ In dieser Hinsicht sind auch die Grabungen auf dem Landenberg (1895) interessant gewesen. Sie haben die Zuverlässigkeit der Überlieferung bez. topographischer Verhältnisse: Ausgangspfortchen gegen die Aamühle und Lage der Küche, in völlig überraschender Weise (denn überirdisch war bisher gar nichts mehr sichtbar) dargelegt.

³⁾ L. c. 452, mit Abdruck der verschiedenen Quellenstellen.

⁴⁾ Dies hat zuerst Oechsli nachhaltig betont (l. c. 262 f.), aber schon Kopp II 1 151, Anm. 1, während er im Texte, S. 142, bereits dem Banne

Voraussetzung aber sicher nicht zu: Das geschah schon durch die Bannung des Kaisers am Palmsonntag 1239¹⁾. Von diesem Datum an, das später als Termin für die Gültigkeit der Regierungsakte Friedrichs galt, betrachtete die Kurie den Kaiser und seinen Sohn, den römischen König Konrad, als Usurpatoren²⁾. Und nicht nur geistliche Fürsten, wie der Bischof von Sitten, machten sich diese Auffassung zu eigen³⁾. Auch weltliche Dynasten, wie

des Kaisers eine große Wirkung auf die schweizerischen Verhältnisse einräumt.

1) Die Exkommunikation ward zuerst am Palmsonntag, 20. März 1239 feierlich in Rom ausgesprochen. W. F. v. Mülinen vermutet aus der Urk. F. R. B. II, 184, welche am 30. März zu Interlaken eine große Volksmenge bei einer Predigt des Dominikaners Joh. v. Zürich versammelt zeigt, daß schon damals die Sentenz verkündigt wurde (Festgabe für die Versammlung der schweiz. geschichtsforsch. Gesellschaft, dargeboten vom hist. Verein d. Kts. Bern 1905, S. 9). Der Zwischenraum von bloß zehn Tagen, der zwischen diesen beiden Daten liegt, erlaubt doch kaum diese Hypothese, die viel für sich hätte, zu akzeptieren. Freilich war der Entschluß des Papstes längst vorbereitet und die Predigermönche konnten bereits ihre Instruktionen haben. Wie die Parteiung bereits vor der Bannverkündung sich im antiklerikalen Sinne äusserte, beweist die Urk. vom 9. März 1239 für Kappel: «ut viri religiosi et hii maxime qui per sedis apostolice privilegia maiori donati sunt libertate passim a malefactoribus suis iniurias sustineant et rapinas, dum vix invenitur, qui congrua illis protectione subveniat et pro fovenda pauperum innocentia se murum defensionis opponat.» Z. U.-B. II 23. Am 24. Sept. 1239 schärfte Gregor IX. seinen Nuntien in Deutschland die Verkündigung der Bannfolgen bei Parteinahme für den Kaiser ein. Am 23. Nov. befiehlt er ihnen, die Erzbischöfe und Bischöfe zur öffentlichen Verkündigung des Bannspruches zu zwingen. (Hermann Altahensis Annales M. G. S. XVII 390/391 u. F. R. B. II 195.)

2) Vgl. die erwähnte Bulle vom 23. Nov. 1239 und den päpstlichen Entscheid Gregor IX. vom 2. Juni 1240 über den Abtstreit in St. Gallen, wornach Bischof Heinrich von Konstanz «procuravit eundem (Waltherum) non absque gravi eiusdem monasterii detrimento a Corrado nato Fr. dicti imperatoris, qui se facit regem Teutonie appellari, de regalibus investire. Bernoulli Acta Pont. Helv. I 141.

3) Die bischöfliche Kanzlei von Sitten wendet im Gegensatz zu dem früher gebräuchlichen «Frederico imperante» seit dem 8. August 1239

die Froburger, bezeugen offen, dass sie das Reich für erledigt hielten ¹⁾).

Schon 1240 beginnen die Kiburger ihre Angriffe auf Reichsgut. Den von Heinrich VII. um 1234 geschaffenen Organisationen der Reichsterritorien im Oberland, dem freien Lande Hasli und der Reichsvogtei der Ringgenberger am Brienzersee galt ihr Vorstoß. Er hatte insoweit Erfolg, als der alte Vogt Kuno von Brienz ihr Vasall werden mußte ²⁾).

Bereits damals gibt aber auch der parteipolitische Hintergrund den burgundischen Städten den Vorwand zu ihren Emanzipationsbestrebungen. Die ewige Erneuerung des alten Bündnisses des kaiserlichen Bern ³⁾, im Jahre 1243, mit der kiburgischen

konsequent die Datumsformel an «Frederico locum imperii occupante», und zwar bis zum 9. Juli 1245. Von da ab, am 13. Okt. 1245 beginnt die Formel «imperio vacante». Gremaud doc. rel. à l'hist. du Vallais I, S. 343 ff.

¹⁾ Vgl. die in Zofingen unter Mitwirkung des Grafen Ludwig v. Frobürg und seines Bruders Albrecht, des Pflegers von Murbach, ausgestellte und sicher von der froburgischen Kanzlei geschriebene Urkunde von 1243 mit dem sonderbaren Datum «regnante domino nostro Jesu Christo», Soloth. Wochenblatt 1824, S. 12. Dieselbe Datierung findet sich später auch anderwärts bei ausgesprochen päpstl. Parteigängern, so z. B. in einer Urk. des Herzogs Ludwig v. Teck, 1251. (Würtemb. U.-B. IV, 251). In den Urkunden schweizerischer Guelfen verschwindet seit 1239 die Erwähnung des Herrschers in der Datierung.

²⁾ Vgl. meine «Freiherren v. Ringgenberg, Vögte von Brienz», im Jahrb. f. schw. Gesch. XXI, S. 207 und besonders S. 211. Dazu Tobler, «Beitrag z. Gesch. der Grafen von Kiburg (1888) S. 14 ff., und E. Tatarinoff, «Die Entwicklung der Propstei Interlaken im XIII. Jahrhundert». Schaffh. 1892, S. 78 ff. — Die Fehde scheint zwischen 22. März und 5. Sept. 1240 zu fallen. F. R. B. II, S. 202 u. 211. Auf die in der Urk. vom 3. März 1241 erwähnten Schädigungen des Klosters Interlaken während dieser Fehde (l. c. 219) scheint sich auch eine Stelle in der Urk. vom 30. Okt. 1271 (l. c. III 4) zu beziehen.

³⁾ Bekanntlich erwähnt die Chronica de Berno zum Fastnachtstienstag 1241 eine Schlappe, welche die Berner durch Graf Gottfried von Habsburg erlitten. Die Stelle ist in der Abschrift des XIV. Jahrh. zwischen Angaben von 1269 und 1277 eingeschoben. Kopp II, Bd. 4, S. 290,

Landstadt Freiburg, die ihrerseits sich schon 1239 Wiflisburg angegliedert hatte und 1245 — immer ohne Mitwirkung der Herrschaft — einen Bund mit der Reichsstadt Murten einging, beleuchtet diese Tendenzen. So entstand schon damals aus diesem Vier-Städtebund, der sich durch andere Elemente verstärkte, eine ghibellinische «Eidgenossenschaft in Burgunden», die in den nächsten Jahren bis nach Luzern hinunter im Interesse des Kaisers tätig eingriff¹⁾.

Aus dem Aargau überliefern uns die Colmarer Chronisten zum Jahre 1242 eine blutige Fehde zwischen den beiden Linien der Habsburger²⁾. Da die letzten Restanzen der Familienteilung schon 1238/39 schiedsrichterlich beigelegt waren³⁾, ist es nahelegend, daß diese Verwicklungen aus den politischen Gegensätzen erwuchsen. Rudolf der Schweigsame hatte sich 1239 gleich nach der Bannung des Kaisers ostentativ von ihm abgewandt, sein Neffe, der spätere König, ward das Haupt der hohenstaufischen Partei in Allemannien⁴⁾.

Note 8), hat das Ereignis auf den Freiburger Krieg 1271 bezogen und allgemeine Zustimmung gefunden. Trotzdem scheint mir die Sache neuer Prüfung wert. Wenn Gottfried 1239 minderjährig war, mußte er es 1241 nicht mehr sein, 1242 finden wir ihn volljährig, vgl. unten Anm. 2. Und das Ereignis ließe sich an und für sich ganz gut 1241 einreihen, die Gründe ergeben sich aus dem folgenden.

1) F. R. B. II 241, 258, 339 und Kopp II 2, S. 155 ff. Osw. Redlich, Rud. v. Habsburg. S. 55, 57.

2) *Annales Colmarienses minores*: 1242 destructum est castellum Bruccum. *Chronicon Colmariense*: ... Post hec cepit comes Rudolfus impugnare comitem Gotfridum de Louffinbere, puerum virtuosum, filium avunculi sui, eique villas plurimas devastavit. Comes vero Gotfridus quodam mane cum civibus suis de Lofinbere Bruccum castellum adiit apertumque reperit potenter intravit et omnia que ibi reperit in castellum Lofinbere cum gaudio transferebat. Multi viri cum mulieribus cum corporibus evaserunt (M. G. S. XVII, S. 190 und 240).

3) Die oben S. 11, Anm. 1, erwähnte Urk. F. R. B. II 182, vgl. dazu Kopp II 1, 582 ff. und Redlich l. c. 78.

4) Oechsli 254 und Redlich l. c. 80.

Wir haben nun eine bisher wenig beachtete Kunde, daß auch an den Ufern des Vierwaldstättersees schon in der ersten Hälfte der vierziger Jahre der Krieg ausgebrochen war. Am 4. Juli 1244 schlossen Graf Rudolf der Schweigsame, Graf Ludwig v. Frobürg — nachweisliche Gegner des Kaisers —, Arnold, der Vogt von Rotenburg und die Freiherren Walther und Marquard von Wolhusen nach länger gewaltetem Streite¹⁾ einen zehnjährigen Frieden mit den Bürgern von Luzern. Die Edlen und ihre Familienglieder²⁾ beschworen eidlich den Vergleich, der durch die beiden Grafen Hartmann von Kiburg und durch Graf Rudolf von Rapperswil vereinbart worden war und den auch Bischof Heinrich von Konstanz mit seinem Siegel bekräftigte. Sollte einer der Herren den Frieden brechen, durfte ihm keiner der andern helfen, und er verfiel in den Bann des Bischofs. Arnold von Rotenburg, als Vogt der Stadt, gibt den Bürgern noch besondere Zusicherungen seines Schutzes. Merkwürdigerweise wird der Grundherrschaft, des Stiftes Murbach, mit keinem Wort gedacht³⁾, die Bürger handeln völlig selbständig, als offenbare Sieger⁴⁾. Die

1) «Quod inter nos et cives Lucernenses lites et contentiones aliquo tempore verterentur.»

2) Hermann und Hartmann, die Söhne des Grafen von Frobürg und Ludwig, der Sohn des Rotenburgers. Diese, wie die Aussteller der Urkunde selber und die Vermittler — der Bischof, als bloßer Mitsiegler, war ausdrücklich ausgenommen — verpflichteten sich, auf zehn Jahre einem allfälligen Friedebrecher keinerlei Hilfe zu leisten.

3) Der Zeuge Oliverus scolasticus lucernensis ist nur Beamter des Klosters Luzern, nicht Conventuale.

4) «Acta sunt hec Lucerne anno domini mccxliv viij idus Julij.» Gfd. I 175. Von den Vermittlern gehören die Grafen von Kiburg zu den ausgesprochenen Anhängern des Papstes, der Rapperswiler zu den Spitzen der Ghibellinen, aber er war der Schwiegervater Hartmann des Jüngern von Kiburg. — Bischof Heinrich von Konstanz, der ausdrücklich von der den übrigen Vermittlern und Siegler aufgelegten Neutralität im Falle eines Friedbruches ausgenommen ist, war 1240 22. Aug. zu Überlingen bei König Konrad IV. und im März 1241 bei Kaiser Friedrich im Lager von Faenza. Ladewig Reg. Ep. Const. I Nr. 1524 und 1534. Erst seit 1246 ist er als eifriger päpstlicher Parteigänger bezeugt. Acta Pont.

Urkunde beruft sich ausdrücklich auf besondere Sühnebriefe¹⁾, die leider verloren sind. So vernehmen wir nichts über Ursache und Verlauf der Fehde. Es ist wahrscheinlich, daß ihr der Aufstand gegen Murbach zugrunde liegt, von dem spätere Urkunden sprechen und in welchem dem Abte von der Bürgerschaft das Schloß Tannenberg zerstört und der Wald an der Musegg umgehauen wurde²⁾.

Die Edlen mögen zunächst als Helfer des Abtes eingegriffen haben: Rudolf als Murbachs Kastvogt, der Rotenburger als Vogt von Luzern, die Wohlhuser als Träger murbachischer Vogtlehen in Unterwalden³⁾. Der Froburger ist der Bruder des vor Jahresfrist verstorbenen Gubernators Albrecht von Murbach⁴⁾.

Helv. I. Ladewig l. c. und Annales Scheftlarienses maiores M. G. S. XVII 342 zum Jahre 1247.

1) «Prout etiam in instrumentis aliis exinde confectis plenius est expressum.»

2) «Tempore discordie», Urk., 3. Jan. 1262. Kopp, Urk. z. Gesch. d. eidg. Bünde I, 15 und Gfd. XIX, S. 146. Schon Kopp, Gesch. II 1, 148, Anm. 7, ist geneigt, diese Ereignisse in die Zeit der Abteierledigung zwischen Hugo und Albrecht v. Froburg oder Theobald zu verlegen. Daß sie nach dem Regierungsantritt des Froburgers 1238 fallen, beweist aber die Stelle der Urkunde selber, wonach die Luzerner ihre Ansprüche auf die «loca nostra prope Rusam» auf eine Erblehenübertragung durch Albrecht zurückführen. Am 17. März 1238 weilte Albrecht noch persönlich in Luzern. Gfd. II 162.

3) Oechsli 141 ff. Kopp II 1, 137 ff. Liebenau bezeichnet, Gfd. XLVI 285, die Freiherren v. Wolhusen und Rotenburg ausdrücklich als päpstlich, scheint sich aber auf unsere Urkunde von 1244 zu gründen. Denn andere direkte Beweise gibt es keine. Von Markward von Wolhusen wissen wir im Gegenteil, daß er 1249 als kaiserlicher Prokurator von Burgund, Zürich und Schaffhausen auftritt (vgl. über ihn Kopp II 1, 153, Anm. 1). Für seine frühere Parteistellung ist das nicht verbindlich, da, wie wir unten S. 32, Anm. 2, nachweisen, die Konstellation sich während der folgenden Sedisvakanz verändern konnte.

4) Über die Parteistellung Ludwigs von Froburg, der durch seine Gattin des Habsburgers Schwager war, gibt die Urkunde von 1243 (oben S. 14, Anm. 1) deutlichen Aufschluß. Über seine Schwenkung im Jahre 1245 siehe unten S. 32, Anm. 2. Als später wieder eifrigen Guelfen

Durch diese Annahme rückt aber das Ereignis nicht aus der allgemein-politischen Beleuchtung. Albrecht von Froburg hatte die kaisertreuen Traditionen seiner Vorgänger, unter denen die Stadt aufgeblüht, verlassen und sich mit seinem Bruder Ludwig als einer der ersten zu den offenen Gegnern Friedrichs gestellt¹⁾. Sein Nachfolger Theobald von Luxeuil hielt diese Politik fest²⁾. Gewiß ein Grund für die Bürger, ihre Emanzipationsgelüste mit der gegnerischen Reichsfahne zu decken.

Daß die Beteiligung Rudolfs an diesem Kriege mit Luzern für seine Untertanen in der Urschweiz nicht bedeutungslos sein konnte, liegt auf der Hand. Luzern war von uralter der natürliche Markt der Innerschweizer, es verdankt diesem Charakter gerade seine städtische Entwicklung. Es will nun scheinen, als ob damals Rudolf versucht hätte, den Marktverkehr von der verfeindeten Stadt abzuleiten durch eine neue Stadtgründung an der Landspitze, die den Zugang zum Luzerner und zum Küssnacher Seearm beherrscht und wo die vorgelagerte Inselfeste Meggenhorn vielleicht schon bestand. Im Jahre 1240 wird ein Schultheiß von Meggenhorn genannt³⁾. Das Gelände, das

zeigen ihn päpstl. Schreiben von 1248, 1251 und 1253. *Acta Pont. Helv.* I 294, 333 und 362.

¹⁾ Albrecht von Froburg ist Pfleger von Murbach 1238–43. (Vgl. Gatrio, *Die Abtei Murbach* I 287–291). Am 30. Juni 1243 erscheint bereits sein Nachfolger (*Z. U.-B.* II, 89). Über seine Parteistellung vgl. ebenfalls die Urk. 1243 (oben S. 14, Anm. 1).

²⁾ Vgl. zu 1248 *Acta Pont. Helv.* I 300 und besonders die Urkunde Innozenz IV. vom 7. März 1249, *Gfd.* I 31.

³⁾ «Rūdolfus scultetus de Mekkenhorn», letzter Zeuge im Gefolge des Grafen zu Rotenburg 1240. *Gfd.* XII 196.

Liebenau sieht ihn als einen Luzerner Schultheißen an und bekämpft gerade durch ihn die Ansicht Kopps und Segessers, daß das Schultheißenamt in Luzern erst nach 1291 eingeführt worden und daß der zuvor vereinzelt vorkommende Ausdruck *scultetus* den Ammann (Minister) bezeichne (*Gfd.* XXXV, 60 f.). Für die ältere Ansicht spricht aber doch deutlich die Identität des Trägers dieser Titel, Walthers von Hunwil, der von 1238 bis 1261 neunmal als Ammann und dazwischen hinein zweimal als *scultetus* genannt wird. Im Jahre 1245 führt er in Urkunden, die

dem befestigten Inselchen gegenüber liegt, heißt heute noch die «Altstadt»¹⁾.

sich um dieselbe Sache handeln, abwechselnd die beiden Titel. (Vgl. Gfd. I 175, 180, 190, 305, II 43, 45, 161, 163, III 227, IX 202.) Rudolf von Meggenhorn würde unerklärlicherweise die Amtsdauer Walthers von Hunwil unterbrechen. Es ist viel berechtigter — da auch die Urkunde nicht in Luzern gegeben ist und keine sonstigen Luzerner Bürger darin erscheinen — in Rudolf einen gräflichen Beamten, den Vogt des Schlosses Meggenhorn zu sehen. Vielleicht dürfte man sich dabei erinnern, daß die spätern Habsburgischen Beamten auf Neuhabsburg, — das, wie sich unten ergeben wird, die Neugründung für Meggenhorn ist —, den Titel «Burggraf» führen. Wenn auch die Ansicht Segessers, Rechtsgesch. der Stadt u. Republik Luzern S. 146, daß das Burggrafenamt der alten Bischofstädte einen dem spätern Schultheißenamt verwandten Charakter habe, durch die neuern abschließenden Forschungen Siegfried Rietschels: «Das Burggrafenamt und die hohe Gerichtsbarkeit in den deutschen Bischofstädten (1905)» modifiziert ist, so ist doch dieser Titel auffallend. Im Gebiete der heutigen Schweiz kommen m. W. Habsburgische Burggrafen sonst nur in der Stadtfeste Rheinfelden vor, wo sie in die reichsstädtische Periode zurückgehen. Auch die elsäßischen und österreichischen Burggrafen, die Rietschel als bloße Festungskommandanten auffaßt, kommen an Orten vor, wo sich meist wenigstens Anfänge städtischer Ansiedlungen nachweisen lassen.

¹⁾ J. Leopold Cysat, Beschreib. des berühmten Lucerner- oder 4 Waldstättensees (1661), S. 205: «Der Hoff Meggenhorn . . . Nechst dabey ist das Orth so man an der alten Statt, oder wie man vermeint, alt gestad nambsen mag, da vorzeiten, wie die alte Chroniceen melden, der See nicht weiter als an diß Orth hinab gangen, daselbst die uber See kommende Kauffmanns- und andere Güter und Wahren auß den großen in kleinere Schiff geladen und auff einem Canal, darin die Reuß ihren gang hate, biß in die Statt Lucern geführt worden sein sollen (!) Da ist noch ein altstarek gemäuer auff einem Insele und vil Pföll in dem See.» Daß die Namensklärung Cysats eine erzwungene, ist offensichtlich. In allen mir bekannt gewordenen Quellen, so z. B. in Urk. von 1767 und 1789 des Familienarchivs Mayr v. Baldegg lautet der Name «Altstadt» oder Altstatt. Und noch heute wird Altstädt gesprochen in direktem Gegensatz zu Stansstädt, Alpnachstädt. Wie wenig älteres Material man schon im XVI. Jahrh. über Meggenhorn-Altstadt besaß, zeigen Renward Cysats Collect. B. 128 u. 131b, wo behauptet wird, daß Meggenhorn 1350 zerstört worden und darauf die Güter des «abgestorbnen» Geschlechts an

Der Plan, der vor den Ausbruch der Fehde zurückreichen und gerade eine Mitursache gebildet haben könnte¹⁾, muß gescheitert sein, wie die spätern Bestrebungen der österreichischen Herzoge, den Verkehr Luzerns nach Rotenburg zu ziehen. Daß Meggenhorn in diesem Kriege gefallen, darauf deutet nicht nur der Umstand, daß im habsburgischen Urbar, «daz burgstal ze Meggenhorn in dem sewe» bereits als Ruine bezeichnet ist²⁾. Genauer wird der Zeitpunkt der Zerstörung präzisiert durch den Bau von Neuhabsburg, denn die Lage schließt das Nebeneinanderbestehen dieser beiden habsburgischen Festen aus. — Vier Monate nach jenem Friedensschlusse, am 7. Nov. 1244, nimmt Graf Rudolf von der Äbtissin zu Zürich gegen einen jährlichen Wachszins zu Erblehen den Hügel Ramesfluh mit dem darauf erbauten Schlosse Neuhabsburg. Daß es sich um eine Neugründung handelt, die wohl kaum vollendet war, daß der Name der Feste noch nicht eingelebt, zeigt deutlich der Gebrauch des alten Flurnamens³⁾.

die Hertenstein gefallen. Das Lehen des «Burgstalls» war aber schon nachweislich seit dem Anfang des XIV. Jahrh. mit dem Burglehen von Habsburg verbunden und nie im Besitz der Hertenstein.

1) Vgl. unten Anm. 2, S. 31, wonach der Ausbruch der Fehde nicht wohl vor den 23. Juni 1241 gesetzt werden kann. Wenigstens die Beteiligung des Rotenburgers ist vorher unmöglich.

2) Quellen z. Schw. Gesch. XIV, S. 214. «Die burg ze Habsburg, matten und anders das darzû höret und daz burgstal ze Meggenhorn in dem sewe sint der herschaft eigen.» Daß «Burgstal» Ruine bedeutet, ist außer Zweifel (vgl. W. Merz, Die mittelalt. Burganlagen und Wehrbauten des Kts. Aargau, S. 635). Die spätern Schicksale der Burgstelle Meggenhorn sind mit der Burg Habsburg verbunden, bis zu der letztern Untergang 1352 und darüber hinaus. Die Pfandinhaber der letztern, Rutschmann v. Halwil, Walther v. Langnau 1365, Walther v. Tottikon 1370, haben auch Meggenhorn mit der Berechtigung, die Burg aufzubauen und die Bausumme auf den Pfandschilling zu schlagen (vgl. Segesser l. c. 499 ff.). Heute ist auf der Insel noch der Rest einer Mauer sichtbar, im See bei klarem Wasser ein Palisadensystem. Grabungen, auch am gegenüberliegenden Ufer von Altstadt dürften nicht resultatlos sein.

3) «Collem qui dicitur Ramesflû, cum appenditiis circumiacentibus clausis duobus rivulis ab utroque latere sibi proximis usque ad ripam lacus,

Sollte es nun — bei der strategisch viel günstigeren Lage des preisgegebenen Meggenhorn — zu gewagt sein anzunehmen, daß die Friedensbedingungen, die in den Beibriefen niedergelegt waren, dem Grafen den Wiederaufbau an alter Stelle verboten, daß die Luzerner, die in dem Briefe vom 8. Juli als offenbare Sieger erscheinen, die Verlegung abseits vom Luzerner Seearm erzwingen? — Der Graf muß Gründe gehabt haben, ohne den Abt von Murbach zu befragen¹⁾, mit den Luzernern Frieden zu schließen, und diese Gründe darf man meines Erachtens in den Verhältnissen der Waldstätte suchen.

Die Intervention des ghibellinischen Rapperswilers, als Schirmvogts von Einsiedeln, und der Grafen von Kiburg, als Herren von Arth und Grundbesitzer in Schwyz, würde begründet, wenn man annimmt, daß damals der Aufstand in der Urschweiz schon ausgebrochen war. Denn nach der ältesten Überlieferung wurde dieser Aufstand gerade durch die Zerstörung der anscheinend kiburgischen Veste Lowertz eingeleitet²⁾, und daß jede freiheitliche Erhebung der Schwyzer den Besitzstand Einsiedelns bedrohte und den Wiederausbruch des alten Marchenstreites zur ersten Folge haben mußte, zeigen die spätern Ereignisse in scharfer Konsequenz.

qui dicitur Lucernensis, iure proprio ad ipsum (comitem) spectantem . . . ita videlicet, quod de castro, quod dicitur Nova Habesburch, in premisso colle constructo et aliis prenominationis possessionibus tres libras cere . . . ipsi monasterio sepe dictus comes et sui posterius nomine census persolvant annuatim . . . Acta sunt hec in claustrum ex parte dominarum in Turego anno ab incarnatione domini m^occ^oxl^olii^o vij^o idus Novembris, indictionis tercię, Innocentio papa quarto ecclesiam gubernante.» Z. U.-B. II 120. Gfd. XII 197. Das Lehenverhältnis wird weder im habsb. Urbar, noch in den Pfandurkunden je wieder erwähnt. Es war wohl eine vorübergehende Maßregel zur Sicherung der Neuanlage, zur Herbeiziehung geistlicher Waffen im Fall eines Angriffes. Schon Kopp vermutet II 1, S. 142, den Zusammenhang dieser Lehennahme mit der Weltpolitik. — Die Burghut bekam, wie oben bemerkt, ein «Burgraf». Als solcher erscheint 1334 der Ritter Jost v. Mos (Gfd. XI 223).

¹⁾ Vgl. oben S. 16, Anm. 3.

²⁾ Hemmerli: *Dialogus de Suitensium ortu etc.* (Ausz. Tiguri Con. Orellii et soc. 1737) S. 6. Vgl. Oechsli 273.

Durch die Befriedigung Luzerns wäre die Operationsbasis zur Unterwerfung der Waldstätte zurückgewonnen worden.

Es darf nie vergessen werden, daß unsere einzige direkte Quelle über den urschweizerischen Aufstand, die Papsturkunde vom 28. August 1247, von zwei auseinander liegenden Etappen dieser Bewegung spricht. «Durch Mitteilung unseres geliebten Sohnes, des edeln Mannes Rudolf des Ältern, Grafen von Habsburg, unseres Getreuen, haben wir vernommen, wie die ihm nach erblichem Rechte zuständigen Leute der Orte Suberits und Sarnon im Konstanzer Bistum, freventlich von der Treue, Untertänigkeit gegen ihn abfallend, dem einstigen Kaiser Friedrich, nachdem über diesen und seine Anhänger die Exkommunikation verhängt, leichtfertig angehangen haben. Und obwohl sie hernach durch vernünftigen Ratschlag bewogen, eidlich bekräftigt, daß sie fortan in der Herrschaft des Grafen beharren und wider ihn, weder dem genannten Friedrich noch irgend einem andern den mindesten Gehorsam leisten wollten, so haben sie doch mit schmähhlicher Verachtung der Heiligkeit jenes Eides und des über die Anhänger und Begünstiger Friedrichs erlassenen Bannspruchs unbesonnen die Treue wieder verlassen und sich seiner Herrschaft entzogen und stehen dem genannten Friedrich wider ihn und die Kirche mit aller Macht ungescheut bei» ¹⁾.

Nicht die Absetzung, sondern die Exkommunikation des Kaisers wird als Termin der Erhebung genannt. Dürfen wir

¹⁾ Bernoulli Acta Pontificum Helvetica I, 243. «Dilecto filio nobili viro Radulfo seniore comite de Habsture devoto nostro accepimus intimante, quod de Suberits et de Sarnon locorum homines Const. dioc. qui ad ipsum hereditario iure spectant, a fidelitate ac dominio eiusdem temere recedentes F. quondam imperatori post latam in ipsum et fautores suos excommunicationis sententiam nequiter adheserunt. Et licet postmodum ducti consilio saniori prestito iuramento firmarint, quod sub dicti comitis dominio decetero persistentes ipsi F. vel alicui alteri contra ipsum minime obedirent, iidem tamen iuramenti religione ac lata in adherentes et faventes predicto F. sententia excommunicationis dampnabiliter vilipensis et fidelitate temere relegata se ab eius dominio subducentes prefato F. assistunt contra ipsum et ecclesiam pro viribus et patenter....»

nunmehr nicht vermuten, daß jener erste Aufstand mit dem Luzerner Krieg Rudolfs von Habsburg zusammenhängt und daß die vorübergehende Unterwerfung gerade eine Folge des Friedensschlusses der Luzerner vom 8. Juli 1244 war? In ähnlicher Weise wie der Graf von Habsburg den Abt, scheinen die Luzerner ihre Verbündeten preisgegeben zu haben.

Denn die Luzerner scheinen damals mit den Innerschweizern im Bunde gestanden zu haben. Schon Breßlau hat betont, daß jener umstrittene Nidwaldner Brief, der das Bundesverhältnis mit Luzern bezeugt, besser in den Anfang der vierziger Jahre passen würde¹⁾. Ich möchte hiezuhin auf eine 1241 in Buochs ausgestellte Urkunde hinweisen, woran ebenfalls das Stadtsiegel von Luzern hing. Die Leute am Niederberg, welche dieses Siegel erbitten, sind freie Leute, welche nach langem Widerstand aus dem Landrechtsverbande ausscheiden mußten, weil sie innerhalb der vom Landgrafen abgetretenen Immunitätsgrenze Engelbergs saßen²⁾.

1) L. c. 13 und 19: «denn unser Brief ist wahrscheinlich doch in einer Zeit entstanden, in der zwischen Luzern und Zürich gute Beziehungen bestanden.» Wenn Breßlau die «Salutatio», welche dem Adressaten Sieg über die Feinde wünscht, auf Formelbücher zurückzuleiten weiß, so ist mir doch unbegreiflich, wenn er das als bloße Phrase auffaßt. Jeder Bauernbursche, der einen Liebesschriftsteller benutzt, weiß doch das Passende zu wählen, drum darf man doch auch dem geistlichen Schreiber zumuten, daß er eine Formel wählte, die den Verhältnissen entsprach. Von den neun anderweitig nachweisbaren Namen der Urkunde kommen vier über das Jahr 1243 hinaus nicht mehr vor, einer urkundet 1223—1262, vier andere sind freilich erst in den 50er Jahren oder noch später nachweisbar. Die erhaltene Vorlage im Stift-A. Engelberg ist nicht, wie das Z. U. B. II 267 meint, das Original, das an Zürich abgesandt wurde. Sie zeigt keine Spur einer Besiegelung und ist ein Konzept oder eine gleichzeitige Kopie auf Pergament. Nachforschungen nach dem Schreiber im Urkundenbestande und der Bibliothek des Klosters, um den Zeitpunkt der Entstehung näher zu bestimmen, blieben leider resultatlos. Ich konnte die Handschrift, die sehr individuell ist, nirgends wiederfinden.

2) Gfd. L I, S. 51. Ich werde die Bedeutung der leider nur in später Kopie erhaltenen Urkunde weiter unten beleuchten. — Das Datum fällt nach dem 14. August, dem Todesdatum Abt Heinrichs II., dessen Nachfolger, Wernher, erwähnt wird.

Das erklärt, warum sie selber die Luzerner nicht mehr direkt als Bundesgenossen bezeichnen können. Ihr bisheriges Verhältnis zum Lande würde aber gerade die Wahl des Sieglers erklären, da wir ja aus dem Zürcher Briefe sehen, wie die neue Universitas im Stansertal, die noch kein eigenes Siegel besaß, sich des Siegels ihrer luzernischen Bundesgenossen zu bedienen pflegte.

Im Sommer 1243 treffen wir den Ammann von Uri mit dem so sorgsam gehüteten Urner Landessiegel in Luzern auf einer Versammlung, an der auch hervorragende Unterwaldner teilnehmen¹⁾. Und darüber, daß Uri gerade damals habsburgische Angriffe auf seine Reichsfreiheit fürchten mußte, daß Rudolf der Schweigsame damals bei der Gunst der Zeitverhältnisse den Akt König Heinrichs vom Jahre 1231, der seinem Vater die Jurisdiktion über Uri entzog, anfocht, haben wir ein urkundliches, erst jüngst beachtetes Zeugnis aus demselben Jahr 1243. Der habsburgische Schenke Berchtold übertrug mit Zustimmung und unter dem Siegel seines Herrn des Laufenburgers Urner Güter samt zugehörigen Leuten an das Lazariterhaus Seedorf. Für den Fall, daß das Gotteshaus die Güter verlöre, wenn die höhere Gerichtsbarkeit in andere Hand gelangt wäre, wurde Ersatz versprochen. Diese Stelle läßt wohl sicher darauf schließen, daß die Habsburger auf die 1231 verlorenen Rechte wieder Anspruch machten²⁾.

Für Schwyz liegen freilich keinerlei Zeugnisse einer Verbindung mit Luzern vor, was bei dem Mangel an Urkunden nicht

¹⁾ Gfd. LI 54. Unter den Zeugen: Waltherus plebanus de Stannes, Wernherus miles de Wugelislo, Waltherus minister de Lucerna . . . Wernherus miles de Silenon, Waltherus et Burchardus Schûphere.

²⁾ Gfd. XII 2. Der maßgebende Passus lautet: *Preterea, si predicta bona a nobis prefatis fratribus rationabiliter collata, de maiori iurisdictione alterius in eisdem bonis obtenta, sepedicti fratres amiserint . . .* Hergott II 273. Schneller Gfd. I. c., Oechsli Nr. 109 bezogen die Urkunde auf den spätern König. H. Steinacker, *Reg. Habsburgica* (1905) Nr. 201 erkannte zuerst ihre Bedeutung. Das heute im Schw. Landesmuseum liegende Original zeigt wirklich, wie er vermutete, das erste Siegel des Schweigsamen. (Siegelabb. zum Z. U.-B. I. Nr. 17.)

in Betracht fallen darf. Aber deutet nicht der Freiheitsbrief, den Friedrich II. im Dezember 1240 den Schwyzern erteilt, deutlich auf eine vorangegangene Aktion? «Nachdem uns durch eure Briefe und Boten eure Bekehrung zu uns und eure teilnehmende Ergebenheit bewiesen und kund getan worden, kommen wir eurem lautern Willen mit gnädiger und gütiger Zuneigung entgegen und loben euere Ergebenheit und Treue nicht wenig, weil ihr den Eifer, den ihr allezeit für uns und das Reich gehabt, durch den Erfolg der Tat bezeugtet, indem ihr — wozu ihr als freie Leute, die allein auf uns und das Reich Rücksicht zu nehmen hatten, verpflichtet wart, — unter unsere und des Reiches Fittige flohet . . . »¹⁾ Ist das nicht das direkte Gegenstück zum obigen Passus der Papsturkunde? Ist es nicht vielnatürlicher, die Gnade des Kaisers, dem Wortlaut entsprechend, als eine Belohnung für bereits bewährte treue Parteinahme, denn als spontane Veranlassung einer nachträglichen Erhebung anzunehmen?

Auch die umstrittene Formfrage des Privilegs²⁾ wird für den Fall, daß damals die Schwyzer bereits ihre faktische Unab-

1) Oechsli l. c. 380, «Litteris et nunciis ex parte vestra receptis et vestra ad nos conversione et devotione assumpta expositis et cognitis per eosdem, vestre pure voluntati affectu favorabili concurrimus et benigno, devotionem et fidem vestram commendantes non modicum de eo quod zelum quem semper ad nos et Imperium habuistis per effectum operis ostendistis sub alas nostras et Imperii sicut tenebamini confugendo tamquam homines liberi, qui solum ad nos et Imperii respectum debebatis habere . . . »

2) Vgl. P. Schweizer, Die Freiheit der Schwizer im Jahrb. f. schw. Gesch. X, 9 ff. Wenn Oechsli l. c. 367 gegen Schweizers Mängelrüge, die ich, falls das Diplom gegen den Habsburger rechtlich geltend zu machen war, anerkennen muß, einwendet, daß auch die Freiheitsurkunde der Urner ein bloßes Mandat sei, so ist dagegen zu bemerken, daß letzterer Brief wohl weder die einzige, noch die Haupturkunde jener Handänderung war. Der Habsburger wurde anscheinend durch die Grafschaft im Frickgau entschädigt. (Vgl. Schulte, Gesch. der Habsburger, 140).

hängigkeit erstritten hatten, erklärt. Unter diesen Umständen brauchte es ja nichts weiteres, als die Annahme der angebotenen Unterwerfung unter das Reich; in diesem Falle, wo die Urkunde nicht mehr direkt gegen den alten Herrn geltend gemacht werden mußte, genügte die Form des Mandats. Dann erklärt sich die bisher auffallende Tatsache, daß der Graf von Habsburg, auf dessen Kosten die Exemtion geschah, mit keiner Silbe erwähnt, daß sein Recht — das eben nicht mehr bestand — einfach ignoriert wird. Man stand bisher immer unter der Suggestion, daß der Parteikrieg in der heutigen Schweiz erst 1245 ausgebrochen sein könne. Die bestimmten Ausdrücke von kaiserlichem Dank in dem Schwyzer Privileg, die sich nicht mit hergebrachten Formeln decken, haben aber immer der Erklärung gerufen, und so wußten auch die neuesten Geschichtschreiber nichts besseres zu tun, als sich — augenscheinlich unwillig und mehr oder minder verschämt — Tschudi anzuschließen und eine Mannschaftsleistung zur Belagerung Faenzas anzunehmen. Tschudi aber hat die Papsturkunde von 1247 und den ghibellinischen Aufstand nicht gekannt, sonst wäre seine Kombinationsgabe sicher zu einer andern Erklärung gekommen.

Man vergaß dabei, daß das Mannschaftsrecht über die Freien der Grafschaft zustand und daß in den angenommenen geordneten Zeitläufen, ein Massenaufbruch — und nur ein solcher könnte solche Gnade erklären — kaum ohne Einwilligung des Kriegsherren hätte erfolgen dürfen.

Daß den italienischen Verhältnissen, bzw. den Paßverhältnissen, eine große Rolle bei der Verleihung des Privileges zukommt, ist unverkennbar. Hatte ja schon 1231 Heinrich VII. aus diesen Gründen Uri von Rudolf dem Alten ans Reich erworben. Schwyz aber bildete das nördliche Tor des Gotthardpasses, das die Straße nach dem Friedrich treugebliebenen Zürich öffnete. Gerade damals hatte der Kaiser die südlichen Zugänge des Gotthard in seine Gewalt gebracht. Im März 1239 war Como, das vor zehn Jahren zum Guelfenbunde abgefallen, wieder zu seiner traditionellen ghibellinischen Politik zurückgekehrt und hatte

dem Kaiser den südlichen Schlüssel des Passes, Bellinzona zugebracht. Im Oktober 1239 begann Como den Krieg gegen Mailand und vollführte die Erlasse Friedrichs, der den Besitz der Kirche von Mailand, worunter das Livinental konfiszierte. Trotz der Bemühungen Comos, sie für sich zu erwerben, behielt er Livinen und Blegno, die Zugänge zum Gotthard und Lukmanier beim Reich¹⁾. Der Gotthard war dem Kaiser zur sichern Verbindung mit seinem damals in Süddeutschland weilenden Sohne umso nötiger, als die Herren der Walliser und Bündner Pässe, die Bischöfe von Sitten und Chur, sich entschieden auf die päpstliche Seite gestellt. In diesem Zusammenhang gewinnt eine Erhebung der Waldstätte, die Unterwalden, den Zugang zum ghibbellinischen Burgund umfaßt und auch Luzern den befestigten Endpunkt des Sees begreift, für die Zeit von zirka 1240 Perspektiven, die später um 1245 nicht mehr denkbar sind, da 1242 Bellinzona in die Hände der Mailänder fiel und damit der Gotthardpaß dem Kaiser verloren ging²⁾.

Nehmen wir den Schwyzer Freiheitsbrief und die Luzerner Fehde Rudolfs des Schweigsamen zum Ausgangspunkt für eine allgemeine urschweizerische ghibbellinische Bewegung, wie sie durch viele Indizien wahrscheinlich gemacht und von den Historikern seit Kopp allgemein angenommen wurde, so kommen wir aber auch wieder dazu, die «antiqua confoederationis forma», von wel-

1) Vgl. A. Schulte, Gesch. d. mittelalt. Handels und Verkehrs zw. Westdeutschland und Italien, I 174. Weitere Aufschlüsse über diese Verhältnisse wird die Zürcher Dissertation des Herrn Karl Meyer von Luzern bringen, dem ich den Hinweis auf den «Liber Statutorum Consulum Cumanorum», cap. CCXCVI (Mon. Hist. Patr. XVI, pag. 109) verdanke, wornach der zehnjährige Krieg zwischen Como und Mailand «incepit dicto anno currenti millesimo ducentesimo trigesimo nono, die martis mense Octubris». Beachtenswert ist, daß die Verfügung des Kaisers über die Verhältnisse von Bellinzona, Monte Cenere, Livinen und Blegno zeitlich mit dem Schwyzer Privileg genau zusammenstimmt, ebenfalls zu Faenza, am 21. Dez. 1240 gegeben ist. Huillard-Bréholles V 1069. Reg. Oechsli Nr. 94.

2) Winkelmann, Acta imperii I 537.

cher der Bundesbrief von 1291 spricht, mit ihr in Zusammenhang zu bringen. Breßlau hat scharfsinnig den Inhalt des ältesten Bündnisses aus dem Bundesbrief von 1291 herausgeschält und gefunden, daß er sich nur in wenigen Punkten von dem Text der Landfriedensbünde, wie sie in der erregten Zeit des XIII. Jahrhunderts oft genug zwischen Fürsten, Herren, Städten und Ländern geschlossen wurden, unterscheide¹⁾. Er unterscheide sich von dem gewöhnlichen Typus solcher Bündnisse, nur durch die ewige Dauer²⁾, durch die uneingeschränkte Hilfsverpflichtung, durch die genaue Festsetzung des Landfriedensstrafrechtes, enthalte aber keine Bestimmungen, die prinzipiell über den Umfang eines Verteidigungs- und Landfriedensbündnisses hinausgingen. Die einzige Stelle, die dem Bunde von 1291 den revolutionären Charakter, den Charakter einer staatlichen Unabhängigkeitsurkunde verleiht, der Paragraph über den Ausschluß fremder und erkaufter Richter, kann in der Vorlage nicht gestanden haben³⁾.

Dem ältesten Bündnis darum eine politische Bedeutung abzusprechen, geht zu weit. Denn die Abwehr der Bedrängung von Außen ist doch auch hier, wie im Bunde von 1291 an die Spitze gerückt. Übrigens haben auch gerade die von Breßlau angeführten Analogien von Landfriedensbünden einen allgemein

¹⁾ Man könnte auch den Paragraph 3, wonach jedermann gehalten wird, seinem Herrn nach Gebühr zu dienen und gehorsam zu sein, gegen eine antihabsburgische Tendenz ins Feld führen, wenn jener Passus nicht auch in den spätern zweifellos gegen Österreich gerichteten Bündnissen stünde und sich im allgemeinen auf die verschiedenen Grundherrschaften bezöge. Ein Beweis, daß die Emanzipationsbestrebungen der Waldstätte in ihren Anfängen rein politischer Natur waren und erst in der Folge einen sozialen Charakter annahmen.

²⁾ Gerade diese Bestimmung des Schlußsatzes könnte aber auch erst der Erneuerung von 1291 angehören.

³⁾ In der Urkunde von 1291 beruht diese Bestimmung unzweifelhaft auf dem Privileg, das König Rudolf, wenige Monate zuvor, am 19. Febr., den Schwyzern gegeben hatte, worin er ihnen freie Richter zusichert und Unfreien verbietet, über sie Gericht zu halten. Wartmann, Arch. f. Schw. Gesch. III 130. Kopp, Urk. I 29. Vgl. Oechsli 392.

parteipolitischen Hintergrund. Daß keine verfassungsmäßigen Bestimmungen, die gegen Habsburg gerichtet sind, in dem Bunde vorkamen, erklärt sich, wenn seine Ausdehnung über den Kreis der unmittelbaren Untertanen des Habsburgers hinausreichte, von selbst. Schon Breßlau betont, daß die Zahl der Kontrahenten des Bundes von 1291 für den ältern Bund nicht verbindlich ist, daß jener noch weitere Kreise umschlossen haben kann. Nach meinen Ausführungen sicher Luzern: das Bundesverhältnis, in dem die Nidwaldner zu Luzern erscheinen, kann sich meiner Überzeugung nach nur auf jenen ausgedehnten Landfriedensbund beziehen.

Ich weiß wohl, daß meine Gruppierung der wenigen deutlichen Merkmale, die wir von der ersten urschweizerischen Erhebung und dem ältesten Schweizerbündnis haben, auch nur eine Hypothese bleibt. Der beste Indizienbeweis ist nie ein vollgültiger gerichtlicher Beweis, auf den man einen Missetäter mit ruhigem Gewissen verurteilen kann, und über einen Indizienbeweis wird man in vorliegender Sache kaum je hinauskommen. Einzelne Indizien ließen meine Hypothese vielleicht noch weiter ausdehnen und über die sukzessive Entwicklung der Bewegung und den Zeitpunkt des Bündnisabschlusses Anhaltspunkte gewinnen. Die Tatsache, daß nur Schwyz vom Kaiser ein Privileg erhalten hat ¹⁾, obgleich die Leute von Sarnen, oder besser gesagt, die freie Gemeinde in Unterwalden ²⁾, in gleichen Bedingungen standen, steht in Übereinstimmung mit der Chronologie der Sage, welche den Burgenbruch in Schwyz dem Ausbruch des Aufstandes in Unterwalden und der Zerstörung von Sarnen und Rotzberg voraus-

¹⁾ Ich schließe mich den Ausführungen Wartmanns (Arch. f. Schw. Gesch. XIII 155 ff.) und Oechslis l. c. 368 ff. durchaus an, daß Tschudis Angabe von den gleichartigen Diplomen für Unterwalden und Uri sich auf das Vidimus Ludwigs von Bayern gründet. Ein weiterer Beweis liegt darin, daß die Urkundensammlung des Weißen Buches, die alle um 1470 in Obwalden vorhandenen Staatsurkunden kopiert, dieses Diplom nicht selbständig enthält.

²⁾ Vgl. unten Kap. II.

gehen läßt¹⁾. Und da ich das überlieferte Weihnachtsdatum dieser Zerstörung für echte, glaubwürdige Tradition halte, so müßte ich das Ereignis auf Weihnachten 1240 verlegen, gerade in die Zeit, als die Schwyzer Boten in Faenza erschienen, um dem Kaiser den Erfolg ihrer Erhebung zu melden.

Auffallend ist, daß schon in der nicht näher datierten Urkunde Rudolfs des Schweigsamen von 1240²⁾, im Gefolge des Abtes von Engelberg, die Nidwaldner Ministerialen fehlen, die ihren Herrn bei solchen Anlässen sonst zu begleiten pflegen³⁾.

Auffallend ist auch, daß um diese Zeit das Kloster Engelberg, das durch kaiserliche und päpstliche Privilegien von erblicher Kastvogtei gefreit war, sich und sein Gut unter die Protektion des Bischofs Heinrich von Konstanz stellte⁴⁾, ganz wie es einige Jahre später in Zeiten nachweisbarer Gefährdung Murbach-Luzern tat⁵⁾. Engelberg, das sich der königlichen Gnade Friedrichs II. und Heinrichs VII. rühmen konnte⁶⁾, erscheint da-

¹⁾ Vgl. Hemmerlin Dialogus (Ausg. Zürich, Conr. Orelli 1737), S. 7. Auch das Weiße Buch von Sarnen setzt den Bruch der Unterwaldner Burgen an den Schluß der Reihe (Ausg. v. Wyß, S. 10).

²⁾ Gfd. XII 196. Die Urkunden Gfd. LI, 47, 48, welche Ulrich von Atinghausen, Wernher und Heinrich von Buochs im Gefolge Rudolfs des Schweigsamen zeigen, sind keineswegs «zirka 1240» zu datieren. Das Datum bestimmt sich nach dem Beginn des Landgrafentitels bei Rudolf und dem Tod Abt Heinrichs II. zwischen 1233 und 1241. Die Zeugen passen für die ganze Zeitspanne.

³⁾ Vgl. dazu Gfd. IX 199, VIII 254 und LI, 16, 20, 47, 48, 79, 80, 91 etc. etc. Freilich erscheinen auch einige Gegenbeispiele.

⁴⁾ Urk. Bischof Heinrichs vom 28. März ohne Jahr (Gfd. LI, S. 49). Der Bischof übernimmt den Schutz *Heinrici abbatis monasterii prelibati precibus inclinati . . . presertim cum iidem cuilibet conquerenti coram nobis iustitiam facere sint parati . . .* Das Datum bestimmt sich nach den Regierungsjahren Bischof Heinrichs und Abt Heinrichs vor dem 14. August 1241. Über die damalige Parteistellung des Bischofs vgl. oben S. 16, Anm. 4. Auf diesem Protektionsverhältnis beruht das Siegel des Bischofs an den Engelberger Urkunden von 1241 und 1246 (Gfd. LI, 51; Z. U.-B. II 146).

⁵⁾ 1253, Gfd. I 188, unten S. 36, Anm. 1.

⁶⁾ Siehe die Privilegien Philipps vom 23. Febr. 1200 (nicht 1199 da Annunziationsstil), Friedrichs II. vom 2. Januar 1213, Heinrichs VII. vom

mals von den guelfischen Parteihäuptern umworben. Die großen Gunstbezeugungen Rudolfs von Habsburg-Laufenburg und Ludwigs von Frobург fallen wohl nicht zufällig in die Jahre 1240 und 1241 ¹⁾).

Am 23. Juni 1241 urkundet der Vogt Arnold von Rotenburg, der im spätern Friedbrief als einer der Feinde erscheint, noch in der Stadt Luzern ²⁾. Nach unserer Vermutung siegeln in der zweiten Jahreshälfte, nach dem 14. August, die Luzerner bereits als Verbündete der Unterwaldner ³⁾. Unter dieser Voraussetzung müßte inzwischen der offene Anschluß Luzerns an die urschweizerische Bewegung erfolgt sein.

* * *

Am 22. August 1241 starb Gregor IX., sein Nachfolger Coelestin IV. folgte ihm bereits am 10. November gleichen Jahres, und nun blieb der päpstliche Stuhl mehr als neunzehn Monate unbesetzt. In dieser Zeit sind die Chancen des Kaisers in Deutschland wieder gewachsen ⁴⁾. Im Mai 1242 heißt es von Graf Rudolf dem Schweigsamen, daß er «in fernen Landen» weile. Da gleichzeitig an Friedrichs II. Hoflager zu Capua ein Graf Rudolf v. Habsburg vorkommt, so bezieht man diese Stelle auf ihn, der die Gnade des Kaisers wieder gesucht habe ⁵⁾. Mit umso größerem Recht, als der jüngere Rudolf nach den Colmarer

23. Mai 1229 und des letztern Briefe vom 2. Dez. 1232 und 11. Januar 1233 (Gfd. XLIX 260, LI 10, 23, 27 und dazu Versuch einer urk. Darstellung des Stiftes Engelberg, S. 68, Anm. 5).

¹⁾ Vgl. die Urk. Gfd. XII 196. Gfd. LI, S. 48 und 50. Leider geben die Annalen Engelbergs, die von dieser Zeit an rein internen Charakter annehmen, über die politische Stellung des Klosters keinen Aufschluß.

²⁾ Gfd. I 29.

³⁾ Vgl. oben S. 23, Anm. 2.

⁴⁾ Am 26. November 1242 hängen selbst die beiden Kiburger ihre Siegel an einen Brief, der das Datum trägt: regnante F. imperatore, C. filio eius rege Alamannie, vacante apostolica sede (Kopp II 1, 151).

⁵⁾ Vgl. Oechsli, S. 261. Steinacker Reg. Habsb. Nr. 192, 193.

Chroniken im selben Jahre in der Heimat dessen Erstgeborenen, Gottfried, befehdete, der offenbar für den abwesenden Vater die Herrschaft führte.

Im Sommer 1243 ist Rudolf wieder daheim ¹⁾. Am 25. Juni war ein neuer Papst gewählt worden, der mit dem gebannten Kaiser in Unterhandlungen trat, die lange eine Beilegung des Zwistes zwischen Kaiser- und Papsttum erhoffen ließen.

Gerade die Mitwirkenden beim Luzerner Frieden vom Juli 1244 zeigen, wie die Parteien sich wieder näherten ²⁾.

Bald darnach — wohl infolge des Abfalls der Luzerner von ihren Bundesgenossen — müssen auch die Schwyzer und Unterwaldner sich der gräflichen Gewalt wieder unterworfen haben ³⁾.

¹⁾ A. Münch. Regesten der Grafen von Habsburg-Laufenburg, S. 9, Nr. 60 und 61. Steinacker l. c. 198, 200, 204.

²⁾ Die Urk. Rudolfs III. von 1243 (Steinacker Nr. 204) ist datiert «regnante Friderico imp.» Im Juni 1245 erscheinen zu Verona auf dem Hoftag Kaiser Friedrichs II., Rudolf v. Habsburg und Ludwig v. Froburg. Kopp II 1, 150, wie auch Redlich l. c. 81 und Steinacker Nr. 212, 213, 214 glauben hiebei an den spätern König, während v. Wyß, Anz. f. schw. Gesch. und Altertumskunde 1857, S. 52, Rudolf den Schweig-samen vermutet. Und für letzere Ansicht spricht, daß der jüngere Rudolf am 24. April und 25. Juli gl. Jahres in der Heimat urkundet. (Steinacker Nr. 210 u. 215.) Daß der Laufenerburger sogar noch am 3. Juni 1247 dem Papst als kaiserlich galt, zeigt das Breve Innozenz IV. gegen den Domherrn Albrecht v. Habsburg: cuius frater et patruus et plures alii consanguinei F. quondam imperatori contra ecclesiam adheserunt.» Acta Pont. Helv. I 216. In diesem Falle ist aber wohl auch in dem obigen Ludwig von Froburg sein Schwager zu erkennen, dessen guelfische Haltung wir im Jahr 1243 sahen — und nicht dessen jüngerer gleichnamiger Neffe. — Ein Beweis, wie während der Sedisvakanz und der folgenden Unterhandlungen die Gemüter schwankten.

³⁾ Wenn Oechsli l. c. 261, Anm. 1, aus dem Wortlaut der Papst-urkunde folgert, daß die Unterwerfung in eine Zeit fallen müsse, wo Rudolf den Kaiser nicht mehr anerkannte, so wird diese Auffassung schon durch die obige Anmerkung widerlegt. Die Eidesformel «quod sub dicti comitis dominio decetero persistentes ipsi F. vel alicui alteri contra ipsum minime obedirent», ist einfach eine Umschreibung ihres Verzichtes auf die erlangte Immunität.

Der Friede zwischen Papst und Kaiser scheiterte. Im Juli 1245 sprach Innozenz IV. auf dem Lyoner Konzil die feierliche Absetzung Friedrichs aus. Mit allen Mitteln suchte die Kurie dieser Sentenz Wirkung zu verschaffen¹⁾. Nicht nur offene Gegnerschaft, der bloße Verkehr mit den Anhängern des Kaisers ward ipso facto mit Exkommunikation und Interdikt belegt. Die Parteigegensätze erhitzten sich auf den Siedepunkt und der Kampf ward allgemein.

Im Januar 1247 erlangte König Konrad bei Ulm einen großen Sieg über den erwählten Gegenkönig Heinrich Raspe. Gab dieser Erfolg der staufischen Waffen die Losung zum zweiten offenen Übertritt der Urschweiz auf die kaiserliche Partei?

Aus der ofterwähnten Papsturkunde vom 28. August 1247 erfahren wir, daß die Schwyzer und Sarner dem Grafen wieder den Gehorsam gekündet. Aus der gleichen Urkunde erfahren wir aber auch, daß der Graf, der noch vor drei Monaten Innozenz IV. als Feind galt²⁾, wieder offen zur päpstlichen Partei übergetreten ist. Stehen etwa diese beiden Tatsachen in einem ursächlichen Zusammenhang?

Daß Uri sich dieser Bewegung angeschlossen, bestreitet Breßlau entschieden. Allein seine Beweisstücke beginnen erst mit dem folgenden Jahre. Und daß im Lande damals noch große Gährung herrschte, zeigt unverkennbar die Urkunde vom 16. Febr. 1248, wodurch der päpstlich gesinnte Abt von Wettingen seinem Meier, auf Bitten der Klosterleute, den festen Turm zu Schattorf als Wohnsitz und als Zufluchtsstätte für die Klosterleute im Falle eines Aufruhrs übergibt. Zwar darf der Turm nicht Offensivzwecken gegen die Landleute dienen. Darum wirken neben der Äbtissin von Zürich, die damals mit dem übrigen Klerus aus der ghibellinischen Stadt ausgewiesen war und anscheinend auf ihren ernerischen Domänen weilte, auch die Landesbehörden bei dem

1) Man durchgehe nur Bernoulli Acta Pont. Helv. Vgl. Oechsli: Der Kt. Zürich um das Jahr 1250.

2) Oben S. 32, Anm. 2.

Verträge mit und hängen das Landessiegel an den Brief¹⁾. Ich stimme mit Breßlau überein, daß diese Umstände eine entschiedene ghibellinische Haltung der Landsgemeinde ausschließen. Da in Uri, dem Reichsland, nicht wie in Schwyz und Unterwalden, praktische Emanzipationsbestrebungen sich an die Parteistellung knüpften, nahm man augenscheinlich, wenigstens 1248, eine abwartende neutrale Haltung ein²⁾.

Daß Graf Rudolf damals fürchtete, die Luzerner möchten wieder mit den Schwyzern gemeinsame Sache machen, geht unzweideutig aus dem Papstbrief hervor³⁾. Ich bin mit Breßlau der Meinung, daß der päpstlich gesinnte Teil der Bürgerschaft wohl damals die Oberhand behielt. Am 29. Juni 1249 weilte ja Rudolf selber mit dem Abt Theobald von Murbach in den Mauern der Stadt oder des — freilich selbständig befestigten — Klosters Luzern⁴⁾. Und ein weiterer Beweis für die Stellung Luzerns bietet die Nachricht, daß die Zürcher mit andern Anhängern Kaiser Friedrichs Luzern belagert hätten⁵⁾. Wann dies geschah, vernehmen wir nicht, da aber bis in den Mai 1251 auch das ghibellinische Bern und seine Eidgenossen in Burgund mit Luzern im Kriege lagen, wird diese Belagerung nicht lange vor Ende 1250

1) Gfd. IX 3. Vgl. Breßlau, S. 22.

2) Wenn Breßlau aus der erst im Januar 1249 an Wettingen erteilten Dispens mit geannten Anhängern Kaiser Friedrichs zu verkehren den Schluß zieht, daß die Urner, mit denen Wettingen im eigenen Interesse verhandelt, päpstliche Parteigänger sein mußten, so vergißt er freilich, daß gerade erfolgte Übertretungen erst den Anlaß zu Dispensgesuchen bieten.

3) L. c. Acta Pont. Helv. I 244: «necnon et homines ville Lucernensis, si tibi eos illis communicare ac favere prefato F. constiterit in premissis, denunties excommunicationis sententie subiacere ac ipsa loca et villam Lucernensem supponas sententie interdicti.»

4) Gfd. I 179. Sechs Tage später ist er gestorben. Steinacker Nr. 233.

5) Acta Pont. Helv. 391, 1255, 12. Febr. Wenn Breßlau meint, daß unter den «aliis adherentibus quondam F. se tunc pro imperatore gerenti» nicht «selbstverständlich» die Urschweizer mitgemeint seien, so kommt es eben auf die Auffassung und Voreingenommenheit an.

fallen, wo Zürich seine Versöhnung mit der Kirche einleitete¹⁾. Die Unternehmung scheint gescheitert zu sein, da der Krieg mit Bern fort dauerte. Und auch der fünfjährige Friede mit Bern und seinen Eidgenossen vom 16. Mai 1251 hat offenbar keine Umkehr Luzerns zur Grundlage gehabt. Denn nicht nur wird der Fall in Rücksicht gezogen, daß einzelne burgundische Bundgenossen die Sühne nicht halten wollten, die Berner selber behalten sich vor, auf ausdrücklichen Befehl ihres Herrn, des römischen Königs, den Kampf wieder zu beginnen²⁾. In Luzern mußte man aber damals offenbar mit einer starken ghibellinischen Minderheit rechnen. Das zeigt deutlich der geschworne Brief vom 4. Mai 1252. Er ist, politisch betrachtet, eine Art Neutralitätsvertrag zwischen den Bürgern unter sich, der von ihren Vögten von Rotenburg vermittelt wurde³⁾. Alle beidseitigen Sonderbündnisse werden mit schwerer

¹⁾ Vgl. Oechsli: «Der Kanton Zürich um das Jahr 1250» und die einschlägigen Stellen im Z. U.-B. II.

²⁾ Urk. vom 16. Mai 1251. Fontes R. B. II 339 und Kopp Urk. I 1. — So fasse ich den Ausdruck: «Dz wir unz ze Phingesten uber viunf jar wider in niht sin, wan dur unsern rehten herren ane var.» Der anerkannte Herr Berns war König Konrad, dem es bis zum Tode treu blieb. Vgl. Breßlau l. c. 17.

³⁾ Kopp II 1, S. 154 ff. und ihm folgend Segesser, S. 88 und Oechsli l. c., Regesten Nr. 139, fassen die Stellung der Rotenburger Vögte in dem Briefe als Partei auf und setzen einen Krieg zwischen der Stadt und den Rotenburgern voraus. Nach meiner Überzeugung zu Unrecht. Die Vögte stehen ohne jede gegensätzliche Unterscheidung an der Spitze der Urkundenden, in ihrer Eigenschaft als Gerichtsherren und der Ausdruck der deutschen Version, «alle sicherheit, swie si dar komen waz beidenthalb ze Lucerren in dem kriege», wird durch die entsprechende lateinische Stelle: «omnem confederationem in controversia nostra aliquando in Lucerna exercita», derart modifiziert, daß «beidenthalb» sich einfach auf die innere Spaltung der Bürgerschaft beziehen kann. Die folgenden Erwähnungen des Briefes von Verbindungen (conspiratio, übelliche sicherheit) beziehen sich aber augenscheinlich auf innere Sonderbündnisse und Verschwörungen, wie sie später in ähnlicher Lage 1328 in der Stadtgeschichte wieder vorkommen. Von einem Kriege gegen die Rotenburger sehe ich keine Spur. Unter dem Krieg ist offenbar der Krieg mit Bern

Strafe belegt, alles Waffentragen innerhalb der Stadtmauern verboten, der Marktfriede garantiert. Die Vögte opfern augenscheinlich für die Rettung ihrer Vorteile die Interessen des klösterlichen Grundherrn, dessen mit keinem Worte gedacht wird und in dessen Rechte durch die Postulierung der Erbllichkeit der Amtslehen sichtlich eingegriffen wird ¹⁾. Eine Konzession an die ghibellinische Minderheit bedeutet nach meiner Auffassung das Ausnahmeverhältnis gegenüber den Unterwaldnern. Während dem Bürger sonst die Teilnahme an auswärtigen Fehden völlig untersagt wird, darf er, wenn innerhalb des Sees unter den Waldleuten ein «Urlige» ausbricht, hinfahren, um zunächst an der Versöhnung zu arbeiten. Er darf auch die dortigen Freunde mit Waffen und Rat unterstützen, nur nicht persönlich mitkämpfen, bei einer Buße von 5 fl^2).

und Zürich gemeint, während dessen solche Sonderverbindungen und Parteiverschwörungen entstanden waren.

1) Gfd. I 152 ff. Wie die zu Anfang der 40er Jahre begonnenen Emanzipationsbestrebungen der Stadt nach dem Frieden von 1244, an dem Murbach direkt unbeteiligt war, fortgedauert und fürder fort dauerten, vgl. die Urkunden Gfd. I, insbesondere zum 17. Juli 1253, unter welchem Datum der Abt das «monasterium Lucernense Constantiensis dyocesis, abbati monasterii Morbacensis pleno iure subiectum, quod propter invasores iniquos bonorum sive possessionum dicti monasterii ac propter advocatorum exactiones enormes, nec non gentis maliciam et ipsius monasterii familiam inde votam ac in sue rebellionis pertinacia heu nimis obstinatum, propter locorum etiam distantiam idem dominus abbas pro statu temporis tanquam membrum honorabile a malignantium incursibus defendere non valet et tueri, nec iura sibi debita requirere aut homines ipsius monasterii ad consueta servicia cohercere . . .», dem Bischof Eberhard von Konstanz in seinen speziellen Schutz gibt.

2) «Wurde ðch dehein urlige innerhalb dem sewe under den Waltluten swer dahin vert, der sol sich darzû erbeiten und vlizen, daz er daz urlige zerstöre und ze gûte und ze sûne bringe und wil er sinem vründe ze helfe stan, daz sol er tûn mit harnesche und mit rate, also daz er selbe bi dem vründe nût belibe e daz urlige ende hat. Ist aber er mit sinem libe bi dem urlige, daz sol er bezzern mit vûnf phunden e daz er wider in die stat kome.» — «Si vero a laco Lucernensi apud Intramontanos aliquot prelium exortum fuerit, omnes illuc ire volentes idem prelium

Diese Ausnahmestellung hat Breßlau — wie es nahe lag — auf die Fortdauer des nachgewiesenen Bündnisses mit Nidwalden bezogen. Er versteht unter den Waldleuten und Intramontani nur die Bewohner des untern Tales und stützt damit seine Ansicht, daß die Nidwaldner als Verbündete des päpstlichen Luzern unmöglich an dem ghibellinischen Aufstand der Sarnen und Schwyzer teilgenommen haben können.

Ich habe schon oben auf die geographische Lage hingewiesen, welche eine Verbindung zwischen Obwalden und Schwyz von der Teilnahme des Stansertales geradezu abhängig macht. Zumal jetzt wieder, um 1247, wo Luzern im gegnerischen Lager stand und der Paß über die Rengg und über Küßnach dadurch gesperrt sein mußte. Nidwalden muß sicher auch bei der zweiten Erhebung mitgemacht haben.

Für die Stellung Luzerns zu Unterwalden im Geschwornen Briefe findet sich eine andere Erklärung. Der allgemeine um 1241 geschlossene Bund kann in seinen Landfriedensbestimmungen auch nach dem Frieden, den 1244 Luzern und bald darnach Schwyz und Unterwalden mit Habsburg schlossen, fortgedauert haben bis zum erneuten Abfall der Urschweiz. Es ist natürlich, daß auch darüber hinaus die ghibellinische Minderheit der Bürger an jener ewigen (?) Verbindung mit ihren gleichgesinnten Nachbarn und Marktgästen aus Unterwalden festhielt, daß die Sonderverbindungen, von welchen der geschworne Brief spricht, gerade auf dieses Verhältnis sich stützten. Und wenn 1252 bei der Neutralisierung der Bürgerschaft diesen Sympathien Rechnung getragen wird, so ist zu beachten, daß damals in Unterwalden die kaiserliche Partei nicht mehr unwidersprochen herrschte, daß von innern Fehden die Rede ist und sich offenbar der Abfall zur Kirche wieder vorbereitete. Jene Bestimmungen des geschwornen Briefes

laborent destruere, partes suas pro bono pacis interponentes et si aliquis nostrum amico suo ibidem prelianti subvenire voluerit, armis suis vel consilio sibi subveniat. Ita tamen quod persona propria cum eo quamdiu prelii finis non fuerit non permaneat. Si autem personaliter eidem prelio interfuerit, nequaquam civitatem intret antequam v libris illud emendet.»

verfolgen direkt den Zweck, durch die Neutralisierung Unterwaldens im Nachbarlande die Ruhe herzustellen und dadurch die notwendige Garantie für die Aufrechterhaltung des eigenen beschwornen Stadtfriedens zu schaffen. Dieses Ziel wurde bald erreicht.

Friedrich II. war schon am 13. Dezember 1250 gestorben. Ende 1251 verließ König Konrad Deutschland, um sein apulisches Erbe in Besitz zu nehmen. Die zentrale Leitung ging den deutschen Ghibellinen verloren. Nachdem Zürich seinen Frieden mit der Kirche gemacht¹⁾, nachdem die Versuche, Luzern auf die staufische Seite zu ziehen, gescheitert und durch den Abfall Comos auch der Südfuß des Gotthard endgültig verloren war²⁾, konnten sich die isolierten urschweizerischen Gemeinden nicht mehr lange halten. — Noch im gleichen Jahre 1252 treffen wir Graf Gottfried von Habsburg, den Erben des Schweigsamen, persönlich in Sarnen und an seiner Seite den Nidwaldner Ritter Wernher von Buochs³⁾. Unterwalden war wieder unter seine Herrschaft zurückgekehrt.

Und gleichzeitig muß auch Schwyz sich unterworfen haben. Die schwyzerischen Söldner, die im selben Jahre 1252 im Dienste des Abtes von St. Gallen stehen, beweisen, daß man der Wehrkraft nicht mehr zum Schutze der Landesgrenze bedurfte⁴⁾.

* * *

So hätte eigentlich die Arbeit Breßlaus, die durch ihre Feststellung des ältesten Bündnistextes immer höchst verdienstvoll bleibt, nur die Marksteine etwas verschoben. Meine Nachprüfung

¹⁾ Oechsli, «Der Kt. Zürich von 1250». Die Wandlung begann schon 1249 und war Anfangs 1252 vollzogen. Freilich fürchteten noch im Juli 1252 die Chorherren am Großmünster eine Reaktion.

²⁾ Im Juni 1249 «Liber Statutorum Consulum Cumanorum» (Mon. Hist. Patr. XVI 109).

³⁾ Vgl. Oechsli, Anfänge 275. Urk. des Stift-A. Engelberg von 1252. Gfd. LI, S. 60. Steinacker Nr. 248.

⁴⁾ Kuchimeisters Nüwe Casus Monasterii Sancti Galli ed. Meyer v. Knonau. S. 30, z. Datum Anz. f. schw. Gesch. V 1 b, 1. Es sind «soldner von Swiz und von Ure» genannt. Vgl. Oechsli, S. 275.

führt die Entwicklungsgeschichte Unterwaldens wieder in die alten Bahnen zurück. Ich mußte dabei über den engern Rahmen des Themas hinaus visieren. Ich hoffe, daß dieses Auslugen auch für die Geschichte des Dreiländerbundes und Luzerns neue bleibende Fixpunkte festgelegt hat.

Es ist in der Geschichtsforschung wie in der Politik. Zuweitgehende Angriffe¹⁾ rufen einer Reaktion, die oft über das gesteckte Ziel zurückführt. So ist es auch mir ergangen, als ich, angeregt durch die Forschungen Breßlaus, diese alten Fragen einer neuen Prüfung unterzog.

Wenn man beobachtet, wie lose und wenig kompakt die «Einheit» Unterwaldens stets geblieben, wie rasch die gemeinsamen Landammänner wieder von der Bildfläche verschwinden, wie frühe und beharrlich die Tendenz völliger Separierung sich geltend macht, kurz, wie wenig eigentlich — aller Erfahrung nach — Ob- und Nidwalden von jeher zusammenpaßten, so drängen sich Zweifel auf, wie eine auf so momentane Interessengemeinschaft gegründete und so unvollkommen gebliebene Vereinigung so lange Folgen hätte zeitigen sollen, warum der nachmalige Zertrennungsprozeß nicht völlig vor sich gehen konnte, warum überhaupt zu Ende des XIII. Jahrhunderts nicht die Form eines Bündnisses dem Verschmelzungsversuch vorgezogen worden sei?

Diese Zweifel werden bestärkt durch die Tatsache, daß nicht nur im dreizehnten Jahrhundert die Bewohner beider Täler den gemeinsamen Namen Intramontani oder Waldleute tragen, sondern daß schon im XII. Jahrhundert, lange vor der Entstehung der politischen Gebilde, die Täler Unterwaldens den gemeinsamen Namen führen. Jene Partie der Acta Murensia, deren Entstehung nun endgültig zwischen 1140 und 1159 festgelegt ist²⁾, faßt die

¹⁾ Die weitgehendsten negativen Konsequenzen aus Breßlaus Forschungen zieht Herr Dr. jur. Fr. E. Meyer in einer Abhandlung über «Das erste Bündnis der schw. Urkantone». Gfd. LXIII. S. 1 ff. Ich glaube mir eine Widerlegung ersparen zu dürfen.

²⁾ Vgl. die abschließende Untersuchung von Hans Hirsch in den Mitt. des Instituts für österr. Geschichtsforschung. XXV, 209 ff.

Unterwaldner Besitzungen des Klosters Muri unter der Bezeichnung «Inter Silvas» zusammen¹⁾. Das ist aber nichts anderes als — nach der Analogie von Interlaken-Unterseen — die lateinische Urform des später auftretenden, auf falscher Übersetzung beruhenden Namens Unterwalden.

Es drängt einen darum, ein älteres Band vor auszusetzen, ein Band, das zu schwach, um eine Verschmelzung der zwei Landesteile herbeizuführen, doch so stark war, daß beiderseitiges Bestreben der Parteien es nimmer ganz zu zerreißen vermochte. Gelingt es eine solche uralte Verknüpfung nachzuweisen, so werden wir damit zugleich neuen und festen Untergrund für den Aufbau der Entwicklungsgeschichte unserer beiden heutigen Halbkantone gefunden haben.

Der Zufall hat mich auf die Spur geführt.

¹⁾ Acta Murensia ed. Kiem, Quellen z. Schw. Gesch. III 80 ff., dazu Hirsch l. c. 230, Anm. 2. Oechsli 267, Anm. 1, der die Stelle nach Kiem auf zirka 1264—80 datierte, glaubt den Ausdruck «inter Silvas» mit Waldstätten übersetzen zu sollen, weil die betreffende Stelle der Acta Murensia sich auch auf Gersau und Alpen in Uri beziehe. Es heißt nun aber nur, daß der Propst im Sept. nach Gersau in den Oberhof komme, um zu sehen wie das Vieh von den Alpen komme und wie es gewintert werde, «teils dort, teils an andern Orten, die wir «inter Silvas» haben». Der Ausdruck findet sich noch an zwei andern Stellen. Die eine steht im direkten Zusammenhang mit Wil bei Stans. (Quod ad Wil habemus id est vij diurnales, dedit Wico, monachus istius loci cum uxore sua Berchta et filio Hue et filiabus Liebtage, Adelheid, Mechtild, Gertrud, et adhuc alia dedit ibi inter Silvas). Die andere Stelle steht in der Rekapitulation des berühmten Alpwirtschaftskapitels. Aber gerade dieses Kapitel bezieht sich ausnahmslos auf Unterwaldner Gebiet. Die Alpen Bauven und Obrenalp, die Kiem und Oechsli in Uri suchten, sind sicher die Emmetter Alpen Nieder- und Oberbauwen. So kann die Deutung von «Inter Silvas» nicht zweifelhaft sein.

II.

Der Galgen zu Wisserlen und die freie Gemeinde.

Eine Viertelstunde ob der Landesmarke, da wo die alte Straße von Stans nach Kerns aus dem Kernwald ausmündet, liegen die zerstreuten Gehöfte von Wisserlen. Hier pflegten noch am Ende des Mittelalters, wenn des Landes gemeinsame Interessen eine gemeinsame Beratung zu erfordern schienen, die Landsgemeinden von Ob- und Nidwalden vereint zu tagen.

Vier vereinzelte solcher Gemeinden aus den Jahren 1382, 1470, 1473/74, 1484 waren bisher bestimmt nachgewiesen¹⁾, aber ein neu entdeckter Brief vom Jahre 1432 stellt diese gemeinsamen Tagungen «ze Wiserlen uf dem acher» als etwas ganz regelmäßiges dar, «als dz von alter daharkomen ist, wenn wir gemein lantsachen mit einandren uszûrichten hant»²⁾. Bis zu Ende des siebenzehnten Jahrhunderts fanden in Wisserlen noch obrigkeitliche Konferenzen statt³⁾, und wie tief die alte Institution

¹⁾ 1382, 13. Febr. (vgl. Jahrbuch f. schw. Gesch. XXI, S. 363 ff.). 1470, 14. Okt. anlässlich des Ehestreites der Margaretha Zelger (Absch. II, S. 416) und in gleicher Angelegenheit nochmals zwischen dem 10. Nov. 1473 und 17. Mai 1474 (Urk. vom 6. Nov. 1474, St.-A. Obwalden, Nr. 98), endlich wegen des Möttelihandels am 20. Sept. 1484 (Gfd. XLVIII 165).

²⁾ Missiv von aman und lantlüt ze Underwalden ob dem Kernwald an Luzern. Sant Jacobstag (25. Juli) 1432. (St.-A. Luzern, Akten Engelberg. F). . . . «Wir hant òch unsern lantlüten nid dem Wald fürgeben zû inen ze kâren uf ein acher, als dz von alter dahar komen ist, wenn gemein lantsachen mit einandren uszurichten hant und wz denn ze Wiserlen uf dem acher von einer gemeind dz mer wirt, ob es yoch uf úns fiel, daby wellen wir beliben».

³⁾ 1655, 20. Nov. lud Obwalden wegen Kriegsgefahr Nidwalden zu einer Konferenz nach Wisserlen ein. 1663, 8. Mai, begehrt Obwalden, Nid-

im Volksbewußtsein wurzelte, dafür zeugt der 1653 im Bauernkrieg auftauchende Plan, wieder eine solche Gemeinde zu gunsten der aufständischen Bauern dahin zu berufen ¹⁾).

Es ist darum erklärlich, wenn die Überlieferung wissen will, daß hier «vor der Landesteilung» die regelmäßigen Landsgemeinden stattgefunden hätten. Die Dingstätte wird von der Volks Erinnerung in die Gegend, wo es auf dem Sande heißt, verlegt ²⁾); durch die angeführte Notiz von 1432 wird die Stelle noch genauer «auf dem Acher», das ist in dem Windlin'schen Landgut präzisiert. Daneben, bei der heutigen Kapelle, soll ein Galgen gestanden haben ³⁾. Diese Kapelle, die im Jahre 1641 erbaut wurde, aber einige bedeutend ältere Inventarstücke in ihrer Sakristei bewahrt, soll auf der Stelle eines ältern Galgenkápelleins stehen. Wirklich ist auch das jetzige Gotteshaus der h. Katharina geweiht, welche die ausgesprochene «Galgenheilige», die Patronin aller Armsünderkapellen ist ⁴⁾).

Meine anfänglichen Zweifel an der Existenz dieses Hochgerichtes sind durch den bestimmten Fundbericht, den mir im Sommer 1895 der inzwischen verstorbene Herr Obergerichts-

walden solle wegen Kriegslärm Gesandte dahin verordnen. 1682, 27. Jan., wurde hier durch Vertreter beider Halbkantone eine gemeinsame Kriegsordnung aufgesetzt. St.-A. Nidwalden.

¹⁾ Liebenau, Der luzernische Bauernkrieg. Jahrb. f. schw. Gesch. XX, S. 61.

²⁾ Vgl. Businger u. Zelger, Versuch u. besondere Gesch. d. Freyst. Unterwalden I (1789), S. 43. Der Name Sand kommt nicht bloß, wie man aus Blatt 379 des topogr. Atlas schließen könnte, der direkten Umgebung des heutigen Sandwirthshauses zu, sondern bezeichnet das ganze flache, sandige Anschwemmungsgebiet des Rüfibaches.

³⁾ Das Rechnungsbuch der Kapelle vom Jahre 1808 sagt hierüber: «Zuvor stund eine kleine Kapelle ungefähr da, wo jetzt die Sacristey steht, und wurde zufolge alter Uibergab (sic!) (weil ehemals unweit davon ein Galgen war) das Galgen Kápelli genannt».

⁴⁾ Vgl. über die Kapelle Kúchler, Chronik von Kerns, S. 152 ff. Nüscheler, Gotteshäuser, Gfd. XLVIII, 49, und später meine Kunst- und Archit.-Denkmäler Unterwaldens.

präsident Jos. Windlin aus glaubwürdigster Familientradition gegeben, völlig zerstreut. Er zeigte mir in seinem Erbgute, wenige Meter unterhalb der Kapelle gegen sein Haus zu, die genaue Stelle, wo sein Vater im Jahre 1818 oder 1819, als man bei Anlage der neuen Landstraße einen alten Fußweg verebnete, die Fundamente dieses Galgens aufgedeckt: drei im Dreieck stehende eichene Stümpfe über einem steinernen gewölbten Unterbau, dessen Höhlung mit Knochenresten gefüllt war¹⁾. Die Beschreibung dieser Überbleibsel steht in voller Übereinstimmung mit den ältesten Formen schweizerischer Galgen, wie sie uns die spätmittelalterlichen Bilderchroniken überliefern²⁾. Die Hofstatt, wo der Fund gemacht wurde, heißt heute Wisserli³⁾, aber der untere durch den damaligen Straßenbau abgeschnittene Teil des Landgutes hat den alten Namen «Acheri» bewahrt, der die Bezeichnung der Dingstätte «uf dem Acher» in dem früher unbekannten Briefe von 1432, in überraschender Weise bestätigt und fixiert⁴⁾.

Ich war der Tradition über diesen Galgen vorher um so skeptischer gegenüber gestanden, als in dem weitläufigen Spruchbrief vom 22. Juli 1432 um das Hochgericht im Meyeramte Giswil sich gar kein Anhaltspunkt für dieses Hochgericht in

1) Die Stelle befindet sich unterhalb des Sträßchens, das vom Sandwirthshaus (heute «Hofer z. Sand»!!) hart an der Kapelle vorbei nach Aemlichwand führt. Der erwähnte Fußweg, dessen Spuren noch heute erkennbar sind, zweigte bei der Kapelle vom Sträßchen gegen die Säge hinunter ab. Rechts davon, in dem rechten Winkel, den der Fußweg zum Sträßchen bildete, lag, wenige Schritte unterhalb der Kapelle, der Galgen. Das Aemlichwandsträßchen, das bei der Richtstätte vorbei führte, ist die alte Landstraße zwischen Ob- und Nidwalden, die bis in die erwähnten Jahre 1818/19 in Gebrauch war.

2) J. Zemp, Die schw. Bilderchroniken und ihre Architekturdarstellung, hgg. durch die Stiftung Schnyder von Wartensee, S. 359.

3) Ich habe jüngst vernommen, daß ein kleines abgehagtes, der Sigristpfund gehöriges Mätteli südlich der Fundstelle im Volksmund noch Galgenmätteli heißt.

4) Der Gütername Acheri erstreckt sich auf mehrere Matten bis in den Kernwald hin. Bl. 379 des topogr. Atlas ist für Ortsnamen unvollständig und unzuverlässig.

Wisserlen findet. Und doch wäre hier, wo die sämtlichen Gemeinden Obwaldens den Giswilern das Vorrecht eines besondern Galgens und Blutgerichtes bestritten, von der einen oder andern Seite ein Hinweis auf ein analoges, wenn auch veraltetes Verhältnis innert den Gemeindemarken von Kerns zu erwarten gewesen. Die Urkunde tut neben jenem bestrittenen grundherrschaftlichen Giswiler Gericht nur des Hochgerichtes der Landleute im allgemeinen Erwähnung¹⁾. Dieses aber stand sicher schon damals zwischen Sarnen und Sachseln im Brüggi und wurde von da 1450 an seinen nachherigen Standort näher am See versetzt²⁾.

Wir müssen freilich viel weiter zurückgreifen, wenn wir ein urkundliches Zeugnis für die Galgenstätte in Wisserlen suchen wollen: auf das Diplom Barbarossas für Beromünster vom 4. März 1173.

Unter den Vergabungen, welche die Lenzburger Grafen im Zürich- und Aargau ihrem Familienstift gemacht hatten und die der Kaiser nach dem Erlöschen des Dynastenhauses bestätigt und in seinen Schirm nimmt, wird ein «Census in Wikerlon cum juriditione» genannt³⁾. Die beiden spätern Diplome Friedrichs II.

¹⁾ Gfd. XVIII, 124, der Abdruck läßt zu wünschen übrig. Vgl. auch Jahrb. XXI, S. 367 ff.

²⁾ 1450, 23. Mai, urkundet Peter Wilhelm von Sachseln: «als ein amman und die lantlüt ze Underwalden ob dem Wald ein galgenstatt gehept hand im Brügki ob der sträß in dem nesten bodden, das vor kurtzen jaren almend was und die kilchgnossen von Sachseln ir reching der almend verkouft hand, dasselbe von eim an andern an mich komen ist und aber der amman und die lantlüt vorgeant damit ir gericht und galgenstat nit wolten verlorn han und meindten ir gericht und den galgen wider ze setzen an die stat, da er vor was, wand das sy von miner bet wegen uß dem vorg. bodden gewichen sind zû dissien zyten und hand den galgen enhalb ab uf das bort gesetzt, da er nu stat». Die Landleute behalten sich aber das Recht vor, den Galgen nach Belieben an die alte Stelle zurückzusetzen, und Peter Wilhelm gibt hiefür Revers. St.-A. Obw., Kopie, Weißes Buch fol. 165.

³⁾ Urk. Basel 4. März 1173. Friedrich I. nimmt, wie sein Vorgänger König Heinrich auf Bitte des Grafen Ulrich getan hat, die Kirche von Münster im Aargau in seinen Schutz und bestätigt ihr alle Besitzungen,

vom März 1223, denen die Urkunde Barbarossas wörtlich inseriert ist, schreiben den Namen abweichend und etymologisch unvereinbar «Wurzelun» und «Winzerlon»¹⁾, so dass mindestens zwei Verschreibungen angenommen werden müssen. Die mehrfachen Kopien im Liber Crinitus, die um die Wende des XIII./XIV. Jahrhunderts in Beromünster selber, wo man doch den eigenen Grundbesitz kennen mußte, geschrieben sind, deuten aber die Stellen übereinstimmend auf «Wisserlon», und wir dürfen ihnen wohl unbedenklich glauben, da sie auch andere Schreibfehler der Kaiserurkunde interpretierend richtig stellen²⁾.

darunter: ecclesia in Sarnuna, excepta quarta parte, cum curtibus et decimis, ecclesia in Chernen cum omnibus appendiciis, mancipiis, agris, pratis, aquis, nemoribus, alpibus que genus Lenceburgensium in eadem valle possedit et comes Uodalricus pro sua suorumque salute monasterio tradidit et concessit. Predium in Margelunmetelum. Curia in Saheseln cum omnibus appendiciis, partem in ecclesia in Alpenacho et predium in eodem loco et in littore . . . censusque Suro pertinentes a liberis hominibus in Arnlesbah (Erlisbach) persolvendos, scilicet decem solidos basiliensis monete et quatuor denarios . . . census in Ludingen cum iuriditione, census in Wikerlon cum iuriditione . . . census in Liele . . . Einziger Druck nach dem Original bei Liebenau, Urkundenbuch des Stiftes Beromünster I Nr. 8, S. 75 ff. (Gfd. LVIII). Die frühere Edition bei Herrgott II 189 beruhte auf der Kopie im Liber Crinitus. Ich verdanke hochw. Herrn Propst Estermann die Einsichtsendung des Originaldiploms.

1) Herr Propst Estermann hat mir die Originale verglichen. Das U.-B. Beromünster merkt nur die letztere Variante an.

2) Der Liber Crinitus, die berühmte Sammlung von verschiedenen Abschriften aus dem XIII./XIV. Jahrhundert enthält die Stelle fünfmal. Schon die älteste Kopie der Urk. von 1173 S. 3b hat Wiserlon, während die gleichzeitige Kopie der Bestätigung von 1223 dem Original entsprechend Winzerlon hat. Die etwas spätern Abschriften der Urk. von 1173 auf S. 59b und des Privilegs von 1223 auf S. 45b und S. 61 haben ausnahmslos die Lesart Wiserlon. Andere Richtigstellungen des Textes in diesen Kopien siehe bei Liebenau, U.-B. S. 76 ff., z. B. Chulumbe statt Chulbare, Hergensperch statt Heigensperge, Rathendzwile statt Rachinwile, Richartbule statt Richartshöle etc. Über den Liber Crinitus, das Haarbuch, siehe Liebenau, U.-B. Beromünster I, S. 9 ff., wo aber leider die verschiedenen Hände zu wenig unterschieden sind.

Dann aber darf man diese Stelle mit unserem konstatierten Hochgericht in Beziehung setzen. Die knappe Kürze des Ausdrucks läßt wohl noch den Charakter jener « Gerichtsbarkeit » (*iurisdictio*) in Frage. Im Diplom steht die Stelle nicht beim übrigen Unterwaldner Grundbesitz eingereiht, sondern ist systematisch mit der wörtlich gleich gefaßten Rechtsame zu Ludigen in der luzernischen Gemeinde Römerswil — *censum in Ludingen cum iuriditione* — zusammengestellt¹⁾. Das deutet auf eine Gleichartigkeit der stiftischen Rechte an den beiden Orten. Wirklich steht auch der « freie Hof » Ludigen in unverkennbarer Beziehung zu einem Hochgericht. Es ist das die kaum eine Viertelstunde entfernte « Weibhube »²⁾ Tempikon, drunten am Ufer des Baldeggersees, die nach dem habsburgischen Urbar « zû der lantgrafschaft hõret »³⁾, also eine jener alten Hochgerichtsstätten war, wo der Landgraf seine Landtage hielt und welche stets den Mittelpunkt der

1) Vgl. oben S. 44 Anm. 3. Der Zins in Ludigen wird schon im Schirmbrief Heinrichs III. vom 23. Januar 1045 erwähnt: in *Ludingun mansum I censum solventem* (Liebenau l. c. S. 70).

2) Über den Begriff von Weib-, Weid-, Weibelhube vgl. Friedrich v. Wyß, *Abhandlungen z. Gesch. des schw. öffentl. Rechtes: Die freien Bauern, Freiämter, Freigerichte und die Vogteien der Ostschweiz im spätern Mittelalter* (Zürich 1892), vorher in Bd. XVIII der *Zeitschrift f. schw. Recht* (1873). Über die etymologische Bedeutung des Wortes auch Schw. *Idiotikon* II, 960—962.

3) « Ze Hergesperg, ze Steveningen, ze Wolfartzwile, ze Richartzwile und ze Tempikon Dú Herschaft hat och ze richten dúb und vrefel. Da lit och ein Weibhúbe, die zû der lantgrafschaft hõret », *Ausg. v. Maag I* (Quellen z. Schw. Gesch. XIV) S. 224. Vgl. dazu das Nachwort Schweizers III. Bd. (Quellen XV 2) S. 577. Der Hinweis « da » bezieht sich sicher auf das zuletzt genannte Tempikon, denn 1440 wird die « Weybelhúb zû Temprikon » von der h. Kreuzpfünde erworben. *Jahrzeitbuch Hochdorf* (vgl. Estermann, *Gesch. der Pfarrei Hochdorf* S. 89 u. 331). H. filius preconis de Temprinkon wird 1306 genannt (Gfd. LX 334). Er wird identisch sein mit H. dem Weibel von Tempinchon, der um 1330 neben einem zweiten Weibel Ulrich Ruchenstein im Twinggericht Ludiswil amtet, Gfd. XXXVI 270, Leute anscheinend freien Standes zu Tempikon nennt der Revokationsrodel von ca. 1305 *Maag II*. 275.

freien Leute eines Bezirkes und ihres besondern Niedergerichtes bildeten¹⁾. Diese Stelle der Urkunde von 1173 beschlägt also wohl eine Abtretung landgräflicher Gerichtsgebühren dieser Weidhube und Vogtsteuern der dahin dingspflichtigen freien Bauern zu Ludigen²⁾.

1) Den geographischen Zusammenhang von Ludigen und Tempikon ergibt ein Blick auf Blatt 186 des top. Atlas, wo zwischen Ludigen und der freien Weidhube Tempikon einzig die Häuser von Ehrenbolgen (Erkemboldingen) liegen, die als Sitz eines freien Bauerngeschlechtes nachgewiesen sind. (Vgl. Maag, 276). Die Grenzen des «freien Hofes» scheinen Ehrenbolgen und wohl auch Tempikon umfaßt zu haben. (Vgl. folg. Anm.). Übrigens standen auch die übrigen freien Landsaßen der Umgebung mit der Weidhub Tempikon in nachweisbarer Beziehung, wie die Amtshandlung des Weibels H. v. Tempikon auf dem freien Twinggericht zu Ludiswil zeigt. Vgl. oben Anm. 3, Segesser I 430 und F. v. Wyß, Abhandlungen z. Gesch. des schw. öff. Rechts, S. 213.

In den Kellerbüchern von Beromünster erscheint ein Zins von I Solid. ab der «Weipschübossa», scoposa preconis (U.-B. Beromünster I 334, II 123). Die Stelle ist unter dem Titel der Einkünfte zu Hochdorf eingereiht, der aber auch Römerswil und Ballwil umfaßt. Es kann sich dabei wohl um diese alte (dem Stifte zinsbare) Gerichtsstätte handeln; freilich ward im XIV. Jahrh. das hohe Gericht nach Hochdorf verlegt (Urk. von 1397 bei Segesser I. 450), die Stelle könnte also auch die neue Galgenstatt bedeuten.

2) 1415, 2. Januar, sitzt Andreas Vend, Stiftsschenk und z. Z. Vogt des freien Hofes zu Ludingen an statt des Propstes Thüring von Arburg zu Münster an offenem Gericht und beurkundet eine Schenkung liegender Güter im Twinge Ludigen. Estermann l. c. 339 und kürzer und fehlerhaft Riedweg, Gesch. des Kollegialstiftes Beromünster, S. 156. Unter den Gerichtssäßen erscheint Cûni von Erchenbold.

In dem Vergleiche zwischen Propst Gundelfinger und dem Kapitel von Münster und den umliegenden luzernischen Ämtern vom 14. August 1459 wird der «hoff ze Ludingen by Römerswil gelegen», mit «grund und grad und mit allen gerichtten eins probstz und capittels fry lidig eigen» erklärt, «doch insunderheit einem probst zûgehörende mit zwing und bann, wunn und weid, holtz und feld und was darzû gehört und mit allen gerichtten . . . von dem ampt von Rotenburg ungesumpt, also das die von Rotenburg den hoff Ludingen, die so uff dem hof sitzend, dhein stür, reiskosten noch ander beladnus legen, noch darum ansprechen söllend, ouch die so uff dem hoff sitzend nit nöten, noch heißen, das sy mit inen

Auch in Wisserlen kann, nachdem dort ein Hochgericht konstatiert ist, der Ausdruck «Jurisdictio» nicht auf gerichtliche Kompetenzen gedeutet werden, die innerhalb der grundherrlichen Gerechtsame liegen. Bereits Oechsli, der den Galgen von Wisserlen nicht kannte, hatte in seiner prächtigen Festschrift zur Bundesfeier die Stelle auf freie Leute bezogen und als Abgaben und Gerichtsgefälle in Wisserlen sesshafter Freier erklärt, welche von den lenzburgischen Grafen an ihr Hausstift vergabt worden seien¹⁾.

Wir dürfen weitergehen und seine Meinung dahin modifizieren, daß es sich nicht bloß um Abgaben in Wisserlen sesshafter Grundbesitzer, sondern um Einkünfte des landgräflichen Landgerichts handelt, das in Wisserlen seine Malstätte hatte²⁾. Hätte sich die Aufnahme des Habsburgischen

reisen, sunder sollend die uns dem obgenanten probst und unserm gotzhuss allein zugehören und dienen mit reisen und allen andren sachen, als ander gotzhusslüt tünd». Der Propst habe auch zu richten «umb all frevel und sachen nützit usgelan, dann allein ob es sich fûgte, das einer den lib verwurcke so verr das man in dem selben hoff über inn über sin lib und leben richten sölte und müste, da sol denn ein vogt von Rotenburg umb richten und ze richten han, allein über das plüt und nit fürer.» Die Freiheit des Hofes kommt nur noch in der, vom strengen Münsterer Hofrecht abweichenden Konzession zum Ausdruck, daß «probst und cappitel unser gotzhusslüt by unsern hochwelden, höltzern, wunn und weid lassen beliben, die haben, nutzen und nießen, als das von alter her kommen ist.» Urk. St.-A. Luzern und Eintrag «von des hoffs und der vogty ze Ludingen gerechtikeit wegen» mit gl. datum in dem von Mag. Nikl. Weidmann (1457—88) geschriebenen Roten Büchlein der Propstei. Dies ist die sogenannte «Offnung» von 1495 (so als Druckfehler statt 1459) bei Liebenau U.-B., S. 24. Ich verdanke Herrn Propst Estermann herzlich die Einsichtsendung des Originals. Eine Offnung von Ludigen existiert leider nicht.

¹⁾ Oechsli l. c., S. 187.

²⁾ 1323 werden als Grundeigentum Beromünsters in Wisserlen ausdrücklich zwei Schupposen genannt, es ist aus der Zusammenstellung wahrscheinlich, daß noch andere der dort im Zusammenhang angeführten Schupposen des Kernser Hofes in Wisserlen liegen, aber die Identifizierung ist nicht möglich. — Riedweg l. c. 73 und Kuchler, Chronik von Kerns 76, beziehen auch die «villa Wrzerlin» der Papsturkunde vom 28. März 1223 (U.-B. Beromünster Nr. 21) auf Wisserlen. Durch die oben

Urbars über Unterwalden erstreckt, hätte der von Heinrich VII. angeordnete Untersuch über die Rechte Österreichs in den Waldstätten stattfinden können¹⁾, oder wären uns nur die Kundschaften erhalten geblieben, die 1334 eine gemischte kaiserlich-

angeführte Namensform «Wurzelun» für Wisserlen im Diplom Friedrichs II. wird diese Deutung gestützt. In dieser Bulle Honorius III. werden der Propst von St. Immer und Dekan und Kustos von Lauterbach beauftragt, die Klage des Propstes von Münster gegen den Ritter Heinrich von Heidegg und dessen gleichnamigen Sohn, welche dem Stifte seinen Hof W. (villam Wrzerlin, ad proposituram suam de iure spectantem) widerrechtlich vorenthalten, zu untersuchen. Heinrich I. von Heidegg ist nachweisbar 1210—1227, sein Sohn, seit 1240 Ritter, bis 1259. Letzterer und seine Nachkommen sind Reichsministerialen. In seinem Siegel nennt sich aber Heinrich II. Dapifer (Truchseß) und dieses Amt kann sich nicht auf das Reich beziehen. Ich glaube, die Heidegger seien Truchseßen der Lenzburger gewesen und nach deren Erlöschen ans Reich gekommen. Die Ansprüche an Wisserlen könnten daher auf ihre ursprüngliche Herrschaft zurückgehen, aber auch auf einer Vogteiverleihung Friedrich II. beruhen, der damals die Vogtei von Beromünster an sich genommen hatte und an den jüngern Heinrich von Heidegg aus der Reichsvogtei Zürich auch die Vogtei über die freien Leute zu Ebikon ausschied. Vgl. den I. Registerband des Gfd. und die Register zum Z. U.-B. I und II. Freilich stand damals das Stift Beromünster an der Gnade Friedrichs bei seinem Streite mit den die Vogtei beanspruchenden Grafen von Kiburg und hätte kaum gegen eine Verfügung des Kaisers an den päpstl. Stuhl appelliert. Am wahrscheinlichsten ist, das die Ansprüche der Heidegger auf einer Übertragung der Kiburger beruhten. (Vgl. unten.)

Auf alle Fälle handelt es sich, wenn wirklich, was fast gewiß, unter der «villa Wrzerlin» Wisserlen zu verstehen ist, um den ganzen Hof Kerns. Vielleicht wird gerade mit der Beziehung auf die öffentlich rechtliche Rechtsame am Hochgericht die pars pro toto genannt. Die päpstlichen Urkunden sind, wie in den Namen, so auch in den Rechtsverhältnissen nie genau. Wie der Entscheid der päpstl. Richter lautete, wissen wir nicht. Es könnte auffallen, daß in den späteren Beromünsterer Urbarien die Gerichtsgefälle nicht mehr erwähnt werden, aber diese Quellen beginnen erst mit 1323, einer Zeit, wo die politische Emanzipation Unterwaldens vollendet war.

¹⁾ Urk. 1311, 15. Juni, aus dem Lager ven Brescia, Kopp, Urk. II 186 und Geschbl. 173.

österreichische Kommission im Auftrage Ludwigs von Bayern in Unterwalden und Schwyz einvernahm¹⁾, wir würden dort sicher die «Jurisdictio» von Wisserlen in ähnlicher Umschreibung wiederfinden, wie die «Weibhube» von Ludigen-Tempikon. Die meisten Landgerichtsstätten sind uns nur aus dem Habsburger Urbar und aus spätern Öffnungen, bloß ganz wenige aus eigentlichen Urkunden bekannt, aber fast alle diese Orte haben bis in die neuere Zeit die eine Seite ihrer ursprünglichen Bestimmung, jene der Richtstätte bewahrt. In Schwyz aber wurde auch noch später zuweilen auf der freien Weidhube die Landsgemeinde gehalten²⁾, die urschweizerischen Landsgemeinden sind ja eigentlich nur eine Fortbildung des mittelalterlichen Landtages, gleich wie letzterer hinwiederum aus dem echten Ding der Karolingerzeit hervorgegangen war. So dürfen wir denn auch in den spätern außerordentlichen Wisserler Landsgemeinden eine Bestätigung des landgerichtlichen Charakters der uralten Galgenstatt von Wisserlen erblicken³⁾. Mehr noch als die bloße zentrale Lage muß die alte Weihe des Platzes die Wahl jenes Versammlungsortes auf lange hinaus bestimmt haben.

Die Konstatierung eines uralten Landgerichtes aber, hier an der Peripherie Obwaldens, im geographischen Mittelpunkt Gesamt-Unterwaldens wird für unsere Untersuchung von höchster Bedeutung. Sie beweist, daß die Freien beider Tatschaften schon vor dem Jahre 1173 eine gemeinsame Gerichtsgemeinde bildeten. Diese ist das alte Band, das Ob- und Nidwalden zusammenfügte und das zu schwach, um eine

¹⁾ Urk. 1334, 4. Sept., Tschudi I 334 b.

²⁾ Landbuch von Schwyz, hgg. v. Kothing, S. 10, 170 ff. Vgl. die Urkunde zu Schwyz «uff der Weidhube» auf einem offenen Landtag 1338, 11. Nov., Kopp II 1, 333. Anm. 1.

³⁾ Übrigens dürfte schon der Name Wisserlen auf den Gerichtsbaum, die Weißerle, hinweisen. Vgl. über die Vertretung der Esche und Linde durch kleinere Bäume: Flieder, Hagedorn, Birke etc. als Gerichtsbaum Grimm, Deutsche Rechtsaltertümer, 3. Ausg. 1881, S. 797. Dazu Weistümer VII (Registerband): Gerichtsbäume.

volle Verschmelzung herbeizuführen, doch stark genug war, um später ein völliges Auseinandergehen zu verhindern.

* * *

Durch die umfassenden Untersuchungen Friedrichs v. Wyß über die freien Bauern, Freiämter und Freigerichte ist die rechtsgeschichtliche Basis für die Entstehungsgeschichte der urschweizerischen Republiken erst geschaffen worden¹⁾. Auch außerhalb der Waldstätte für viele Gegenden im Zürich-, Aar- und Thurgau, in Üchtland und in Bünden wurde die Existenz freier Bauern nachgewiesen, welche noch im XIII. und XIV. Jahrhundert mehr oder minder in der alten Hundertschaftsverfassung lebten und keinen Herrn über sich hatten, als den Landgrafen.

Diese Freiheit, die ursprünglich volle Realität besaß, stand zwar im Begriff, sich zur bloßen Form zu verflüchtigen, zu einer bloßen Ehrenlast zu werden. Seit die Landgrafen mit Erfolg darauf hinarbeiteten, ihre persönliche Amtsgewalt zu einer erblichen Landesherrschaft zu machen, standen die freien Bauern in Gefahr, zu einer bloßen privilegierten Klasse von Eigenleuten der Grafen herabzusinken, die zwar von Fall, Lass, Erschatz und indirekten Abgaben bei Käufen befreit waren, deren übrige Steuerlasten sich wenig von denen der Unfreien unterschieden.

Gerade das offenbare Interesse der Landgrafschaft hat neben dem altkonservativen Bauerncharakter, neben dem stolzen Standesbewußtsein «aller fürsten genoß» zu sein, am meisten dazu

¹⁾ Abhandlungen zur Gesch. des schweiz. öffentlichen Rechts von Friedr. v. Wyß (Zürich 1892): Die freien Bauern, Freiämter, Freigerichte und die Vogteien der Ostschweiz im spätern Mittelalter, zuerst gedruckt 1873 in Bd. XVIII der Zeitschrift für schw. Recht. — Vgl. ferner über das Thema Oechslis klassisches oft zitiertes Buch, S. 119 ff., 176 ff., P. Schweizer: Die Freiheit der Schwyzer, Jahrb. X 1. ff. und besonders seine Beschreibung, Gesch. und Bedeutung der Habsburg. Urbaraufzeichnungen, Quellen z. Schw. Gesch. XV 2, S. 569—594. Vgl. auch Heusler, Inst. des deutschen Privatrechts I, S. 169 ff.

beigetragen, den Stand der Freien in die neuere Zeit hinüber zu retten. Die landgrafschaftliche Gewalt beruhte ja in weiten Gegenden vorwiegend noch auf der Fortexistenz vollfreier Elemente, da die Ausbildung der Immunität klösterlichen Besitzes den größten Teil der Bevölkerung sogar dem hohen Blutgericht des Grafen — wenigstens prinzipiell — entzogen hatte.

Bei den freien Leuten lagen die gerichtlichen Kompetenzen noch vereinigt in der einen Hand des Landgrafen. Im gräflichen Landtag, der hauptsächlich Strafgericht für die peinlichen und todeswürdigen Fälle geworden war, spielten die Freien bei der Urteilsfällung, Klageführung und Zeugnisabgabe noch die maßgebende Rolle. Der alte Satz, daß nur Leute höhern Standes, Übergenossen, über Leute niedrigen Standes, Untergenossen, urteilen können, hielt das Bedürfnis nach ihrer Erhaltung und Absonderung wach. Für die niedere Zivil- und Polizeigerichtsbarkeit verbanden besondere Gerichtsgenossenschaften, Freiämter oder Freigerichte die Vollfreien innerhalb eines bestimmten Bezirkes, dessen Umkreis meistens zugleich für die Gerichtsfolge zum Landgericht maßgebend war und der wohl in den meisten Fällen noch zu einer alten Cent in Beziehung stand.

Die « Weibhube », « Weibelhube », die Stelle des landgräflichen Hochgerichtes, bildete so gewissermaßen auch den Mittelpunkt dieser Freiämter, die nicht mehr geschlossene Territorien, sondern durch die grundherrlichen Exemptionen zerrissen waren. Hier auf der Galgenstätte fanden die Gerichtsversammlungen über Frevel, Erbe und Eigen statt. Der enge Zusammenhang der freien Genossenschaft mit dem Landgericht auf der Weibhube tritt besonders in der Doppelstellung der Vorsteher des Freiamtes des Ammanns und Weibels hervor. Der Ammann, der Nachfolger des karolingischen Centenars oder Hunnen, stand am Landtage dem Grafen oder Landrichter als Gehülfe zur Seite. Der Weibel besorgte den Botendienst und die Urteilsvollstreckung, und ihm war die Weibhube oder « Weibelhube » gegen die Verpflichtung « Galgen und Gerichtsstühle in Ehren zu halten » verliehen.

Diese hier als Summe des Inhalts einer weitverzweigten Gruppe schweizerischer Rechtsquellen skizzierten Zustände, lassen sich bekanntlich in scharfen Umrissen im alten Lande Schwyz erkennen. Dort, wo sich die lange Erhaltung der karolingischen Centverfassung sogar noch im XIII. Jahrhundert durch die damals fast einzig dastehende Fortführung des altertümlichen Amtstitels Hunno¹⁾ äußert, und wo die Landsgerichtstätte später noch Landsgemeindeplatz blieb, bildeten die Freien die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung und die Entwicklung der politischen Freiheit auf dieser Grundlage tritt klar und deutlich zutage²⁾.

* * *

Nicht so klar war bisher die Bedeutung des vollfreien Elementes für die politische Entwicklung Unterwaldens erkennbar. Schon Oechsli hat zwar dort für das XIII. Jahrhundert die Existenz vollfreier Bauern festgestellt und « Gerichtsgenossenschaften » derselben vorausgesetzt, aber er dachte an besondere Verbände des obern und des untern Tales³⁾. Durch den Nachweis einer

¹⁾ C. Hunno in der Urk. von 1217 (Oechsli, Reg. Nr. 56) ist wohl noch Amtsbezeichnung, Konrad Hunn der Jüngere (1281—1309) führt den Namen wohl nicht mehr als Amtstitel. Das Geschlecht ist übrigens keineswegs mit dessen Söhnen, wie Oechsli glaubt, erloschen, sondern dauerte unter dem Namen Hönig, genannt Kätzi, bis ins XVIII. Jahrh. fort. Über die Verbreitung des Namens Hunno, der sich als Übersetzung von Centenar bei Notker und im altsächsischen Heliand findet, vgl. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte I, 118.

²⁾ Es ist mir durchaus unerklärlich, wie Paul Darmstädter « Die Befreiung der Leibeigenen in Savoyen, der Schweiz und Lothringen » (Abh. aus dem staatswissenschaftl. Seminar in Straßburg, hgg. von S. F. Knapp, Heft XVII, S. 67) behaupten kann, von freien Leuten sei in Schwyz vor 1240 « keine Spur zu entdecken » und wie er die Freiheit der Schwyzer auf eine Befreiung infolge des Privilegs von Kaiser Friedrich zurückführt, das doch selber den freien Stand der Adressaten betont! Die Forschungen v. Wyß' waren Darmstädter freilich unbekannt geblieben, aber er zitiert doch Oechsli!

³⁾ Oechsli 121 und 186, v. Wyß 249.

gemeinsamen Organisation kommt nun der Einfluß der Freien auf die Geschicke des Landes zu höherer Geltung.

Die Frage über den Grafschaftsverband, in welchem Unterwalden stand, ist heute im allgemeinen als gelöst zu betrachten. Ums Jahr 1124 wird das Engelberger Tal ausdrücklich zur Grafschaft des Zürichgaus gerechnet¹⁾, die seit der zweiten Hälfte

¹⁾ Stiftungsbrief Engelbergs v. 28. Dez. 1124, (Vorlage 22. Nov. 1122): «quod regulare monasterium quoddam situm est in provintia scilicet Burgundia in episcopatu Constantiensi in pago Zûrechgouwe dicto in comitatu Zûrech.» Z. U.-B. I 146 und 149. Für die Echtheit tritt sehr bestimmt Hans Hirsch in Mitt. d. Inst. f. österr. Geschf. XXV 417, Anm. 3, und XXVI 479 ein; auch Breßlau hält nach mündl. Mitt. die Urkunde für echt. Wenn aber selbst eine formelle Fälschung vorläge, so ist die Schrift doch sicher gleichzeitig, die topographischen Angaben sind auf jeden Fall unverdächtig. Nun ist freilich die Bezeichnung, daß Engelberg in der Provinz Burgund liege, sehr überraschend. Das unzweifelhaft echte Diplom Friedrichs II. vom 2. Januar 1213 (Z. U.-B. I 257) hat ebenfalls diese Angabe: in provincia Burgundia. — Oechsli, S. 104, sieht in dem Ausdruck «nur einen der zahlreichen Belege für das Schwanken der Verwaltungsgrenze zwischen den beiden Ländern (Alamannien und Burgund) bzw. des Sprachgebrauches im XII. und XIII. Jahrh., das sich aus den politischen Verhältnissen erklärt.» Das Kloster Muri wird in dem Diplom Heinrichs V. vom 4. März 1114 ebenfalls als «in provincia scil. Burgundia» gelegen, bezeichnet. (Kiem, Quellen z. Schw. Gesch., S. 40, über die Echtheit Hirsch, Mitt. d. Inst. XXV 414). Die Urk. Friedrichs I. von 1155 (Thurg. U.-B. II 144) dehnt den Begriff Burgunds sogar bis an den Rhein aus und noch 1254 wird Glattfelden im Kt. Zürich zum «districtus Burgundie» gerechnet. (Z. U.-B. II 342, 364.) Man könnte, wie das Z. U.-B. am letzteren Orte, an eine Beziehung auf die Zähringer denken und speziell bei Unterwalden wäre als Brücke zwischen Burgund und dem zur Reichsvogtei Zürich gehörenden Uri eine Unterstellung unter zähringische Oberhoheit denkbar. Aber 1114 und 1124 besaßen die Zähringer, die 1098 die Reichsvogtei Zürich erhalten hatten, noch keinerlei öffentliche Rechte in Burgund. Dieselben wurden ihnen frühestens 1127 verliehen (vgl. Heyck, Gesch. der Herzoge v. Zähringen; Wurstemberger, Gesch. d. alten Eidgensch. Bern II, S. 235 ff. F. R. B. I 389. Dazu Hans Hirsch, Mitt. d. Inst. f. öst. Geschichtsforsch. Ergänzungsband VII, 568 ff. über die Urk. Lothars III. für Trub, wo der Titel eines Rectors Burgundiae zum erstenmal erscheint. Die weitem Belege F. R. B. I 421, 30, 33, 43, 54, 55, 58.)

des XI. Jahrhunderts in erblichem Besitze der Grafen von Baden-Lenzburg stand. Und die spätern Verhältnisse zeigen, daß, wie Engelberg, ganz Unterwalden mit Ausnahme des in ältester Zeit eine Insel bildenden Bürgenberges, zum Zürichgau gehörte ¹⁾. Nach dem Erlöschen der Grafen von Baden (1172) fiel der Rest jenes vielfach zersplitterten Gaues an die Grafen von Habsburg und vereinigte sich in deren Hand mit der Aargaugrafschaft, die ihnen gleichzeitig von der ältern Lenzburger Linie angefallen war. Aber schon um 1232 nach dem Tode Rudolfs des Alten fand wieder eine Trennung statt. Die habsburgische Zürichgau-Grafschaft fiel an den jüngern Sohn, Rudolf den Schweigsamen. Die Herstellung der alten Grenzen führte zu Schwierigkeiten, die durch ein Schiedsgericht 1238/39 erledigt wurden. Der Bürgenberg blieb beim Aargau, in der Hand der ältern Linie und dessen Nordabhang blieb noch später, als die Rechtsamen, welche die jüngere Linie in den Waldstätten besaß, 1273 an König Rudolf übergegangen

Die Provinz Burgund in dem Diplom von 1124 kann sich also nicht auf das zähringische Rektorat beziehen, sie muß eine Erinnerung an ein früheres Vordringen des burgundischen Königreiches nach Alamannien bezeugen. Diese Erinnerung geht wahrscheinlich auf den Eroberungszug Rudolfs II. zurück, der 919 bis nach Winterthur vordrang und obwohl geschlagen, einen Teil der Eroberung so lange bewahrt zu haben scheint, daß der Name der Herrschaft an den zeitweilig gewonnenen Landschaften haften blieb. Der Besitz burgundischer Edler in Uri (vgl. meine Untersuchung über Oppelingen, Jahrb. XXIV) reicht wohl an diese Zeit zurück.

¹⁾ Die Besitzverhältnisse der Lenzburger in Unterwalden, die vor die Erwerbung der Zürichgaugrafschaft zurückgreifen (vgl. unten S. 61, Anm. 1), ließen die Vermutung aufkommen, daß die beiden Täler ursprünglich zu der seit langem bei ihren Ahnen stehenden Aargaugrafschaft gehört hätten und erst, nachdem auch die Zürichgaugrafschaft an das Haus gekommen, der letztern zugeschieden worden. Gerade die merkwürdigen Grenzen in Unterwalden könnten dabei eher erklärt werden. Allein ganz gleichartige Besitzverhältnisse des Hauses finden sich in Schwyz und letzteres gehörte schon nach den Urk. Ottos II. von 972, Heinrichs II. von 1018, Konrads II. von 1027 und Heinrichs III. von 1040, unzweifelhaft zum Zürichgau. (U.-B. Z. I 105, 120, 122, 124.)

waren, in der Verwaltung getrennt¹⁾. Privater Habsburger Besitz in Unterwalden ist vor der Zeit, wo sie durch Erwerbung der Landgrafschaft im Lande Fuß faßten, nicht sicher nachgewiesen. Aber auch nachher ist ihr Eigengut sehr gering²⁾. Großgrundbesitzer wurde erst 1291 König Rudolf durch seinen Kauf von Murbach. Wohl waren die Habsburger seit dem XII. Jahrhundert

¹⁾ Vgl. Oechsli 107 f. und 118 F. v. Wyß, S. 196 und 234 ff. Dazu meine Kunstdenkm. Unterwaldens, S. 449 ff. (vgl. oben S. 11, Anm. 1), wo ich nachgewiesen zu haben glaube, daß die Ausscheidung des Bürgen nicht erst im habsburgischen Teilungsvertrage 1238/39 erfolgte, sondern bei Rekonstruktion der alten Grenzen gerade den Anlaß zu dem Streit über das «hus ze Stannes», den Rotzberg, bot.

²⁾ Nach den Acta Murensia gab Arnold, ein Habsburger Ministeriale («vir de familia Habsburg»), Güter in Engelberg und Eltschen an Muri. Die Stelle steht in der Partie, die Hirsch l. c. 209 vor 1159 festgelegt hat, aber sie könnte, da der Text ja nur in einer Abschrift des XIV. Jahrh. vorliegt, eingeschoben sein und später fallen. Das vielleicht mit jenen Vergabungen identische Allod am Niederberge zwischen der Aa und dem Sulzbach, das Graf Rudolf der Alte 1210 mit Engelberg gegen das Gut des Ritters Walthers v. Reiden in Sarnen umtauscht, stand als Erblehen von Muri im Besitze der Brüder Arnold und Konrad Stangli. Arnold Stangli ist entweder identisch mit jenem Vergaber «Arnoldus vir de familia Habsburg» oder dessen Sohn. — Auf den 1210 ertauschten Besitz in Sarnen ließe sich das Gut daselbst beziehen, das Gottfried, Rudolf und Eberhard von Habsburg, die Enkel Rudolfs des Alten am 3. Okt. 1257 veräußern (Oechsli, Reg., Nr. 164). Sicher ist unbewiesen, wenn Oechsli den Habsburgern schon im XIII. Jahrh. vor dem Kauf von 1291, einen großen Eigenbesitz in Unterwalden zuweist, denn wie ich unten zeigen möchte, stammt allem Anschein nach das Dotationsgut Muris in Buochs und Kerns nicht, wie Oechsli annahm, von den Habsburgern, sondern von den Seldenbüren-Regensberg. Als Habsburger Besitz sind neben jenem Gut in Sarnen nur 1234 Miteigentum an einer eigenen Familie in Sarnen, 1252 und 1257 Zigerzinse in Sarnen, Schwändi, Kerns, Kägiswil und Alpnach, die damals veräußert werden, für jene Zeit ausdrücklich bezeugt. Als weiteres älteres Gut, das nicht aus dem Murbacherkaufe stammen kann, finden wir im Laufenburger Lehenverzeichnis von 1318 noch einige Lehengüter in Hergiswil (Maag, Quellen z. Schw. Gesch. XVI 762) und habsburg-laufenburgisches Dienstmannengut zu Stans, Buochs und Alpnach in einer Urk. von 1300. (Oechsli, Reg. Nr. 423.)

Kastvögte ihres Hausstiftes Muri und des im Lande sehr begüterten Murbach¹⁾. Die Unterwaldner Besitzungen Muris waren jedoch schon im XIII. Jahrhundert fast insgesamt veräußert worden²⁾ und über die dortigen Murbacher Höfe hatten die Untervögte, die Freien von Wolhusen, im XIII. Jahrhundert eine so weitgehende erbliche Gewalt erlangt³⁾, daß dem Kastvogt kein allzu großer Einfluß geblieben sein kann⁴⁾. Da nun die Kastvogtei von St. Blasien erst um 1254⁵⁾, die Kastvogtei über Bero Münster erst 1264 an Habsburg fiel⁶⁾ und Engelberg, der bedeutendste Grundbesitzer, seine Unabhängigkeit behauptete, so kann die dominierende Stellung Rudolfs des Schweigsamen, die «erbliche Herrschaft», welche ihm die Papsturkunde von 1247 in Unterwalden zuerkennt, im wesentlichen nur auf der Landgrafschaft beruhen. Der Hauptinhalt dieser Gewalt bezog sich auf die Freien. Dies erlaubt einen Rückschluß auf die Bedeutung der freien Gemeinde.

* * *

1) Über Muri, vgl. Hirsch, Mitt. d. Inst. XXV. Als Kastvogt von Murbach kommt zuerst 1135 Wernher II. vor. Steinacker, Reg. Habsb. Nr. 45.

2) Oechsli l. c. 79/80. Im XIV. Jahrh. findet sich keine Spur mehr davon.

3) Oechsli 72 und 143. Bezüglich der Obwaldner Höfe scheint die Exemption von der habsb. Kastvogtei eine vollständige gewesen zu sein. Nach dem Lehenreverse der Grafen Rudolf IV. und Gottfried von Habsburg vom Aug. 1259 besaßen diese nur die Vogtei über vierzehn von den sechszechn Luzerner Höfen. Stans ist genannt, aber Giswil und Alpnach fehlen. Steinacker Nr. 310.

4) Die Vogtei über Muri scheint im gemeinsamen Besitz der beiden Linien gestanden zu sein (vgl. Steinacker, Reg. Habsb. 229, 302, 303, womit dann auch der scheinbare Widerspruch von Nr. 171 sich erklären läßt.) Bei der Kastvogtei von Murbach geht das aus Nr. 310 deutlich hervor.

5) Redlich, Rud. v. Habsburg, S. 85.

6) Oechsli, S. 145; Redlich, S. 576.

Oechsli stand noch unter dem überwältigenden Eindruck der Hofrechte und der Klosterurbarien des XIII. und XIV. Jahrhunderts, welche für freies Bauerngut wenig Platz zu lassen scheinen. Dadurch schien auch die Ausdehnung der freien Bevölkerung beschränkt, denn nach der frühern grundherrlichen Theorie nahm man an, daß der Eintritt in den Hofverband regelmäßig Verlust persönlicher Freiheit im Gefolge gehabt. Die grundherrliche Gewalt habe — besonders durch das Institut der Immunität — im X. und XI. Jahrhundert eine ungeheuere Steigerung erfahren, der Grundherr sei Zwischeninstanz zwischen Staat und Hintersaßen geworden, Inhaber vor allem der ganzen Gerichtsbarkeit. Die Träger herrschaftlichen Leihegutes hätten aus dem staatlichen Gerichtsverband austreten, sich dem grundherrlichen Gericht fügen und damit ihre Freiheit aufgeben müssen. Im Hofrecht seien die ursprünglich freien Hintersaßen mit den ursprünglich rechtlosen Hörigen zu einem einheitlichen Stand der Grundhörigen verschmolzen. Unfreies Hofrecht und freies Landrecht seien prinzipielle Gegensätze. Zwar hat Oechsli, wie schon F. v. Wyß, die Einschränkung gemacht, daß seit dem XIII. Jahrhundert, durch den Widerstand der erblich gewordenen und nach Territorialherrschaft strebenden Grafschaft, Leiheformen aufgekommen, welche inskünftig keine Veränderung des persönlichen Gerichtsstandes des Beliehenen herbeiführten und ein rein dingliches Verhältnis schufen¹⁾. Dennoch bestimmten ihn die frühen Zeugnisse für Grundherrschaften und deren Umfang zur Annahme, daß in Unterwalden von Anfang an der Großgrundbesitz und die Besiedlung mit Hörigen überwogen habe oder wenigstens frühe der dortige freie Bauernstand zum größten Teil der sozialen Entwicklung zum Opfer gefallen sei²⁾.

Sicher ist, daß der Großgrundbesitz, oder besser gesagt, jener Besitz von auswärtigen Dynasten und Klöstern, der zu einem Faktor in der rechts- und staatsgeschichtlichen Entwicklung des

¹⁾ v. Wyß l. c. 314; Oechsli 152 und 184, Anm. 1.

²⁾ Oechsli, S. 24.

Landes ward, in hohes Altertum hinaufreicht. In dem Kern unserer unfreien Bevölkerung des Mittelalters dürfen wir vielleicht die Nachkommen der unterjochten rhäto-romanischen Ureinwohner erblicken. Daß aber bei der germanischen Okkupation des Tales freien Bauernsippen eine Hauptrolle zugekommen ist, beweisen die ungezählten Orts- und Güternamen, in denen der Personenname des alamannischen Pionniers verborgen liegt¹⁾. Ob der Besitz auswärtiger Dynasten in seinen Anfängen gleichzeitig ist, ob er auf spätern systematischen Rodungen von Königsforst beruht, der, wie die Namen Unterwalden, inter Silva, Waldstätte, Waldleute und die Bedeutung des Kernwaldes zeigen, noch lange hernach das Landschaftsbild beherrschte? Zum Teil wenigstens dürfte er auf königliches Fiskalgut zurückgehen, mit dem die Grafen ausgestattet zu werden pflegten²⁾. Aller Großgrundbesitz in Unterwalden läßt sich nämlich zwanglos auf wenige Ursprungsgruppen zurückleiten.

Deren älteste ist erweislich die Grundherrschaft der elsässischen Abtei Murbach und des ihr einverleibten Klosters Luzern. Sie geht in karolingische Zeit hinauf³⁾. Von ihr haben sich später,

1) Vgl. über die vorgermanische Bevölkerung und die alamannische Besiedlung Unterwaldens Oechsli 12 f. und 24 ff.

2) Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II 168.

3) Für die Erwerbung des Hofes Stans fehlt jede Tradition, für die Höfe Alpnach und Giswil und den Besitz in Sarnen existiert der angebliche Stiftungsbrief Rechos in einem Rodel des XI. Jahrh. (Gfd. I 158, vgl. Z. U.-B. I 21. Oechsli l. c., Reg. Nr. 4.) Die Frage über die materielle Glaubwürdigkeit dieser Vergabung und der übrigen des Rodels, deren Daten alle paläographisch unerklärlich sind, hängt zusammen mit der vielumstrittenen Frage über die einstige Selbständigkeit des Klosters Luzern. Eine echte Urkunde Kaiser Lothars I. für Murbach vom 25. Juli 840 zeigt Luzern bereits unter Murbach. Sie bestätigt eine Schenkung Pippins und Ludwigs des Frommen an Luzern, sagt aber keineswegs, so weit ich erkennen kann, daß Luzern zu Pippins Zeiten schon unter Murbach stand, freilich sprechen andere Gründe, wie der ursprüngliche beiden Klöstern gemeinsame Patronat St. Leodegars für die ursprünglichen Beziehungen Luzern zu Murbach, wo dieser Patronat durch die Ver-

teils als Amtslehen, teils durch Ausnützung der Vogtsgewalt, die Güter des Hauses Wolhusen abgesplittert ¹⁾).

wandtschaft St. Leodegars mit der Stifterfamilie der Ethichonen begründet ist. (Vgl. Rohrer, Gfd. XXXVII 271 ff., Brandstetter, Kath. Schweizerblätter 1869, 542 ff. und Hürbin, Jahresb. d. h. Lehranstalt Luzern 1895/96.) Trotzdem möchte ich die materielle Glaubwürdigkeit jener Luzerner Überlieferungen, wenn auch die Abhängigkeit von Murbach darin ignoriert wird, nicht ganz aufgeben. Das Z. U.-B. I, 21 macht darauf aufmerksam, daß die Namen des angeblichen Stifters Wichard und seines als *dux militum regis Luodewici* bezeichneten Bruders Ruopert sich in einer Urk. vom 31. Okt. 843 (Wartmann, S. G. U.-B., Nr. 386) wiederfinden und zwar in gewisser Beziehung zu Ludwig dem Deutschen. Würde man in der ersten Urk. des Rodels die Jahrzahl...III statt aufs Inkarnationsjahr, unter Annahme einer Lücke in der Vorlage, aufs Regierungsjahr des genannten Königs Ludwig beziehen, so würde sie mit der Indiktion XIII zum Datum 835 zusammenstimmen. Und auch bei den folgenden Nummern 3 und 4 würde sich bei Deutung der Zahlen auf das Regierungsjahr Karls III. statt aufs Inkarnationsjahr nur eine Differenz von einem Jahre mit der Indiktionszahl ergeben, um die Daten 841 und 842 zu konstatieren. Für die Recho-Urkunden Nr. 5 und 6 liegen freilich keine Indiktionsangaben zur Kontrolle vor. Nähme man die Jahrzahlen IX und X auch hier als Regierungsjahre, müßte man sie ebenfalls auf Ludwig den Deutschen beziehen und käme auf 841 und 842. Freilich sind mit diesem Vorschlag die Schwierigkeiten nicht gehoben, es bleiben unlösbare Widersprüche, die hier nicht weiter erörtert werden können. Aber die als fingiert verdächtige Gestalt Rechos, der neben den Obwaldner Besitzungen auch in Küßnach vergabt haben soll, könnte durch die heurigen Grabungen auf der Ruine Küßnach doch auch einigermaßen an Konsistenz gewinnen. Wir legten dort eine uralte megalitische Anlage bloß, von der sich ein späterer romanischer Aufbau aus dem XII. oder XIII. Jahrh. deutlich abhebt. Die urkundlichen Spuren über die Burg gehen nur in die Zeiten dieser zweiten Bauperiode zurück. Sie zeigen zu Anfang des XIII. Jahrh. die Burg in Händen eines murbachischen Ministerialengeschlechtes. Aber die Burg blieb immer Allod. Dürfte man den Sitz des legendären Recho, des Herrn von Küßnach, in diesen ältesten, spätestens karolingischer Zeit angehörenden Fundamenten erkennen, die ihrem Umfang nach bestimmt auf eine mächtige Dynastenburg weisen?

¹⁾ Ihre Vogtei über das Murbacher Gut in Unterwalden geht ins XII. Jahrh. zurück. Die Vergabungen zu Stansstad und auf Mutter schwand geschehen zu Anfang des XIII. Jahrh. unter der ausdrücklichen

Die zweite Gruppe bilden jene Güter, die sich auf die Grafen von Lenzburg zurückweisen lassen. Sie gelangten schon vor dem Aussterben des Dynastenhauses mehrenteils an dessen Hausstift Beromünster¹⁾. Aber auch die spätern Besitzungen der Grafen von Froburg im Engelberger Tal stammen höchst wahrscheinlich aus der Mitgift der lenzburgischen Gattin Graf Adalberos²⁾ und

Bedingung, daß die erbliche Vogtei dem Hause verbleibe. (Oechsli, Reg. Nr. 50.) Wie sehr sie die Vogtei ausnutzten, siehe Gfd. I 61, Kopp II, S. 130.

¹⁾ Oechsli, S. 77 ff. Die entsprechenden Urkunden seither abgedruckt bei Liebenau, U.-B. Beromünster. Auch die Besitzungen Einsiedeln in Buochs, die, wenn auch durch unzuverlässige Überlieferung bezeugt, doch wohl glaubwürdig sind, werden den Lenzburgern zugeschrieben. (Vgl. zu 1018 und 1019 G. v. Wyß, Jahrb. X 327.) Bei den Lenzburger Besitzungen wäre man direkt versucht, an ursprünglich landgräfliches Amtsgut zu denken, wenn nicht die Zürichgaugrafschaft erst um 1077, jedenfalls nach 1056 erblich an das Haus Schännis-Lenzburg gekommen wäre. Bereits 1036 sind aber die Lenzburger Güter in Sarnen, Kerns und Alpnach als Ausstattungsgut des Hausstiftes Beromünster bezeugt. (U.-B. Beromünster Nr. 1.) Nun wird der Stifter von Beromünster und mütterliche Ahnherr der Lenzburger, der Aargaugraf Bero von Merz (Die Lenzburg, S. 163 und Nr. 48) mit dem Comes Pernhardus identifiziert, der 933 in pago Zurechgeuwe amtet. (U.-B. St. Gallen III 13.) Lange könnte er das Amt dort freilich nicht besessen haben, da 924/25 und wieder 946 bis 952 Liuto als Zürichgaugraf bezeugt ist. (Z. U.-B. I 80, 82, 90, 91, 92, 95.) Die Grafschaft hatte damals eben noch Amtscharakter.

Daß nicht etwa nur der Unterwaldner Besitz, nach der Urk. von 1036 sicher in die Zeit Beros hinaufreicht, sondern auch das Grundeigentum in Schwyz, zeigt die schon von F. v. Wyß l. c. 235 erläuterte Tatsache, daß letzteres 1114 und 1143 als ungeteiltes Stammgut des ganzen Hauses Lenzburg oder unter die beiden Linien geteilt erscheint. In Unterwalden aber gehörte der Hof Sachseln um die Wende des XI./XII. Jahrh. nachweislich der ältern Linie, nicht jener, die im Lande die Grafenrechte ausübte. (Oechsli l. c. Reg. Nr. 19 U.-B. Beromünster.)

²⁾ Oechsli, S. 98. Die Urk. sind seither abgedruckt Gfd. L I, S. 9, 10, 22, 45, 50, 74. Ein ausführlicher Auszug der Urk. von 1240 bei Lang, Hist.-Theol. Grundriß (Einsiedeln 1652) I, S. 881. darnach Sol. Wochenbl. 1824, 199. Über Sophia, die Gemahlin Adalberos I. von Froburg, die wahrsch. eine Schwester Ulrichs IV. von Lenzburg, des letzten der ältern

ebenso ist der nachher an Habsburg gelangte Besitz des Ritters Walther von Reiden in Sarnen wohl ursprünglich lenzburgisches Dienstmannengut, das durch das Erlöschen der Herrschaft als Eigen usurpiert oder Reichslehen ward ¹⁾).

Die dritte Hauptgruppe läßt sich deutlich als Stammbesitz des zürichgauischen Dynastenhauses Seldenbüren-Regensberg erkennen ²⁾. Sie mischt sich ziemlich genau zu gleichen Teilen unter den Lenzburger Besitz ³⁾. Sie wurde zum Grundstock der Grundherrschaft des von Konrad von Seldenbüren gestifteten Klosters Engelberg. Anderes davon kam an das ältere Seldenbürer

Linie war, vgl. Geneal. Handbuch z. Schw. Gesch., hgg. von der schw. herald. Gesellsch. I, Tafel X, Nr. 22. — Die Deutung, die P. Wilhelm Sidler, Die Schlacht bei Morgarten (1910), S. 35, Anm. 3, dem Lenzburger Erbe der Grafen von Froburg in Schwyz geben will, beruht auf irrtümlicher Lesung der betr. Urkunde; der Passus, den er auf den Froburger Hof in Schwyz deutet, bezieht sich auf den Aargau.

¹⁾ Die Ritter von Reiden, von denen neben Walther sein Bruder Ulrich bekannt ist. (F. R. B. II) sind wohl sicher ein urspr. lenzburgisches Ministerialengeschlecht. Über die Emanzipation solcher Familien beim Erlöschen der Herrschaft und ihr Übergang ans Reich, vgl. oben S. 48, Anm. 2.

²⁾ Über den Zusammenhang der Häuser Seldenbüren-Regensberg: Zeller-Werdmüller: «Ütlburg und die Freien von Regensberg» in Turicensia (Zürich 1891), 38 ff. Dazu Hirsch l. c. XXV 259, Anm. 2. Auch der Besitz der Freien von Altbüron und ihrer Erben von Balm, der mitten unter diesem Gut in Buochs liegt (Oechsli, S. 97), dürfte vielleicht auf die Seldenbüren zurückgehen. Bei der Stiftung von Fahr durch Lütolf von Regensberg 1130 (Z. U.-B. I 164) ist Wernher von Aldpurron Zeuge; der einzige, der nicht zum zürichgauischen Adel gehört. Freilich standen die Altbüron damals nach den Liber Heremi in engen Beziehungen zu Einsiedeln, dem die Stiftung Fahr übergeben wurde. Andererseits sind auch Beziehungen der Altbüron zu den Lenzburgern nachgewiesen. (Jahrb. X 335.)

³⁾ Das Verhältnis ist besonders frappant in Kerns, wo der von den Lenzburgern hergeleitete Grundbesitz Beromünsters neben dem Fronhof elf Schupposen, der von den Seldenbüren stammende Besitz St. Blasien zwölf Schupposen umfaßt. (Vgl. Oechsli 77 und 81.) Auch die Kirche von Kerns erscheint ursprünglich zwischen St. Blasien und Beromünster geteilt.

Hausstift St. Blasien¹⁾ und teilweise stammen auch die Recht-
samen Muris in Buochs und Stans, die später an Engelberg
kamen, aus dieser Quelle. Für das Alter dieses Besitzes spricht
der Umstand, daß die Hauptkirche des untern Tales in Stans,
nicht etwa mit dem dortigen Murbachschen Fronhof vereinigt
war, sondern als eine Eigenkirche jenes zürichgauischen Dynasten-
hauses erscheint, gleichwie wohl auch die zweite Kirche, die von
Buochs²⁾. Aus diesen drei alten Besitzgruppen lassen sich, wie
bereits angedeutet, zum Teil durch Kauf oder Tausch, zum
Teil als Ausfluß der Kastvogtei über Muri, Beromünster, Mur-
bach und St. Blasien auch die spätern Grundrechte der Habs-

1) Daß der zürichgauische Edle Reginbert, der Stifter St. Blasiens
um 954, wie die Tradition will, dem Geschlechte angehört, kann kaum
bezweifelt werden. Heinrich v. Seldenbüren soll im Jahre 1092 St. Blasien
neuerdings begabt haben. Die Besitzungen St. Blasiens teilen sich in un-
verkennbarer Weise mit dem Seldenbürenschen Stiftungsgut von Engelberg,
so besonders im Stammgebiet des Hauses (vgl. Zeller-Werdmüller l. c.
39), aber auch in Unterwalden, in Engelberg und Wolfenschießen. (Vgl.
Acta Murensia l. c., S. 82.)

2) Muri erhielt um 1083 von Lütolf von Regensberg einen Anteil
am Kirchensatz von Stans, den es bis 1189 behauptete, während der
Hauptanteil an diesem Kirchensatz anscheinend schon vom Stifter Konrad
von Seldenbüren an Engelberg kam und ihm 1157 vom Papste bestätigt
wird. (Oechsli 80.) Mit Engelberg teilte Muri von 1159—1189 sich auch
in den Kirchensatz von Buochs, wo Konrad von Seldenbüren so begütert
war, daß er zuerst den Klosterbau dort plant hatte. (Vgl. meine Kunst-
und Arch.-Denkm. Unterwaldens, S. 54 und 67.) Der Grundbesitz Muris
mischt sich auch sonst im Stammgebiete der Seldenbüren, in Stallikon, Ur-
dorf, Gamlikon, Seldenbüren in so auffälliger Weise mit dem Besitz von
Engelberg und St. Blasien (vgl. Zeller-Werdmüller l. c.), daß eine
intensive Beteiligung des Geschlechtes an der Dotierung Muris als sicher
erscheint. Neben dem Kastvogt Lütolf v. Regensberg, nennen die Acta
Murensia einen Heinricus de Salinporren als Vergaber eines Anteils am
Kirchenzehnten zu Rordorf und der Besitz zu Urdorf im Stammgebiet
des Hauses wird auf Chono nobilis de Borron zurückgeführt. Dieser ist
wohl sicher ein Seldenbüren und wohl identisch mit jenem Chono de
Bürren, der mit seinem Sohne 1130 die Stiftung des Klosters Fahr durch
Lütolf von Regensberg mitbezeugt.

burger herleiten, während ein anderer Teil dieser Grundrechte noch als direktes Amtsgut mit der Grafengewalt auf sie übergegangen sein kann.

Auf solches Amtsgut dürfte aber auch der Ursprung obiger drei Gruppen selber zurückgeführt werden. Wenn auch der lenzburgische Besitz in Obwalden vor die Zeit zurückreicht, wo das Geschlecht die erbliche Zürichgaugrafschaft erhielt, so ist wahrscheinlich, daß der 933 genannte Zürichgaugraf Pernhardus mit dem Stifter von Beromünster und mütterlichen Stammvater der Lenzburger, Bero, identisch ist¹⁾. Und in dem in der Verwaltung des Zürichgaus mit Pernhard abwechselnden Grafen Liuto, hat schon Georg v. Wyß einen Ahnherrn der Seldenbüren-Regensberg vermutet²⁾. Die Zusammensetzung der Eigentumsrechte an den alten Obwaldner Kirchen dürfte aber auch die erste Gruppe in diesen Zusammenhang bringen, denn es handelt sich wohl um ursprüngliche königliche (?) Eigenkirchen. Nach den ältesten Quellen teilen sich nun Murbach und Lenzburg-Beromünster in die Kirchen von Sarnen und Alpnach, Lenzburg-Beromünster und Seldenbüren-St. Blasien in jene von Kerns³⁾.

¹⁾ Vgl. oben S. 61. Anm. 1.

²⁾ Jahrb. X 317, Anm. 39. Dazu G. Meyer v. Knona u. (St. Gallische Gesch.-Quellen IV in Mitt. zur vaterl. Gesch. N. F. 7, S. 50, Anm. 132.) Die Regensberger führen noch im Anfang des XIII. Jahrh. ausnahmsweise den Grafentitel (Z. U.-B. I 242 und 280.) Auf den Zürichgaugrafen Liuto und den direkten Erben Beros, Ulrich v. Schännis-Lenzburg, gehen nach dem Liber Heremi die Besitzungen Einsiedelns in Schwyz zurück. Ob diese Umstände zusammen darauf deuten, daß seit Mitte des zehnten Jahrh. eine systematische Rodungsperiode in der Urschweiz anzunehmen ist?

³⁾ An der Kirche von Sarnen besaß Beromünster schon 1036 drei Teile, der andere Viertel erscheint 1213 bei Murbach-Luzern, weshalb letzteres den Helfer setzte. Noch heute besitzt Beromünster formell das Präsentationsrecht im Sinne eines Vertrages von 1464 und die Wochenfälle sind nach diesem uralten Verhältnisse von $\frac{3}{4}$ und $\frac{1}{4}$ zwischen Pfarrer und Helfer ausgeschieden. (Vgl. Kiem, Gesch. der Pfarrei Sarnen und Kückler, Chronik v. Sarnen.) In Alpnach erscheint 1173 «ein Teil» der Kirche im Besitze Beromünsters, während 1275 Murbach für dieselbe die vollen Kreuzzugssteuern bezahlt. (Vgl. m. Kunst- und Arch.-Denkm. Unter-

Eine vierte Gruppe des Großgrundbesitzes in Unterwalden trägt wesentlich andern Charakter. Was wir von ihr kennen lernen, sind augenscheinlich nur noch Reste. Noch im XIII. Jahrhundert besaß das uralte burgundische Haus Brienzen-Ringgenberg-Raron Güter und zahlreiche Hörige in Nidwalden¹⁾ und wohl auch im Sarnertal²⁾. Diese Besitzrechte, die den Zusammenhang zwischen den Grundrechten der Brienzer in Uri mit ihren Herrschaften im Oberland und im Wallis vermitteln, folgen dem Weg, den Tradition, ethymologische, rechtsgeschichtliche und volkskundliche Indizien übereinstimmend der alamannischen Okkupation des Alpengebietes weisen³⁾. So dürfte man vermuten, daß diese Rechte der Brienzer an liegendem Gut und hörigen Leuten in fernste Urzeit der germanischen Einwanderung hinaufreichen. Sonst aber müßte man sie mit jener Eroberungspolitik des burgundischen Reiches im zehnten Jahrhundert in Beziehung bringen, die vorübergehend einen großen Teil Alamanniens unterwarf und immerhin so nachhaltig in der Erinnerung wirkte, daß man noch lange hernach, wie der Stiftsbrief Engelbergs zeigt, unsere Gegend als burgundisch bezeichnete⁴⁾.

waldens, S. 9.) Die Kirche Kerns erscheint sowohl im Diplom Calixts III. für St. Blasien vom 26. April 1173, als in jenem des gleichen Papstes für Beromünster vom 4. März gl. Jahres. Später erscheint sie ausschließlich als Besitz Beromünsters und zwar laut Urk. von 1367: «nomine ex connexitate curie dominicalis in Kerns.» (L. c. 342.)

¹⁾ Urk. 1252, 16. und 21. Nov., Gfd. LI 62. Urk. 1283, F. R. B. III 339. Gfd. XIV 243 und LI 125. Der letztere Abdruck verändert willkürlich den Ausdruck: «ius seu status servitutis, quod nobis in personis... competebat» in «prediis». Ein Beispiel unter vielen für die Zuverlässigkeit der neuern dilettantischen Urkundeneditionen im Gfd.!

²⁾ Darauf deutet die Nennung Cunos v. Brienzen († 1. Dez. 1240) im ältesten Jahrzeitb. von Sarnen. Gfd XXI.

³⁾ Siehe meine Monographie über die Ringgenberger, Jahrb. XXI, und meinen Aufsatz «Oppelingen im Lande Uri» daselbst XXIV.

⁴⁾ Vgl. oben S. 54, Anm. 1. Beachtenswert wäre, daß dann im letztern Falle der Erwerb der Brienzer Besitzungen auch ins zehnte Jahrhundert fiel und zeitlich sich nahe mit dem Zeitpunkt berühren würde, den ich für die Entstehung der Lenzburger und Seldenburer Besitzungen annehmen möchte. Vgl. S. 64, Anm. 2.

Es ist deutlich zu erkennen, daß dieser Großgrundbesitz in seinem wesentlichen Umfange schon in der Hand fremder Dynasten bestand, ehe er in die tote Hand gelangte. Konzentriert ward er durch diesen Übergang nicht. Der Besitz der verschiedenen Klöster blieb durcheinander gemischt, blieb in weitem Sinne Streubesitz. Nur bei der jüngsten dieser Stiftungen, Engelberg, ist die Tendenz deutlich erkennbar, ihr Gut zu arrondieren. Gerade diese spätern Erwerbungen Engelbergs zeigen deutlich, wie viel altfreies Bauerngut in Nidwalden zwischen diesen Fronhöfen zerstreut lag¹⁾. In Obwalden bietet uns die Gemeinde Kerns, in deren Bezirke die freie Malstätte von Wisserlen liegt, sichere Anhaltspunkte für die räumliche Ausdehnung der Grundherrschaften und ihr Verhältnis zum freigebliebenen Boden. In Kerns besaß Beromünster einen herrschaftlichen Hof mit eilf zugehörigen Schupposen²⁾ und das zu freiem Benefizium ausgegebene Gut Wingarslo und Richisbüel³⁾, das nicht zum engern

¹⁾ Vgl. Oechsli 184.

²⁾ Gfd. XXIV 116. Kammerbuch von 1323 (zur Datierung Brandstetter l. c. 301, was im U.-B. Beromünster III 150 nicht berücksichtigt wird). Man könnte einwenden, daß das nicht mehr sicher die ursprüngliche Gesamtheit des Grundeigentums Beromünsters in Kerns (vgl. oben S. 44, Anm. 3) darstelle. Denn nachweislich waren schon vorher Güter in « Unterwalden » um 200 ℔ veräußert worden und Propst Jakob von Rinach (1318—1362) hatte dafür andere näher gelegene Güter dem Stifte erworben (U.-B. Beromünster II 79 und zum Datum das Kammerbuch von 1323, wo jene Ersatzgüter bereits aufgeführt sind). Riedweg, Gesch. des Kollegialstiftes Beromünster, S. 103, macht es aber sehr wahrscheinlich, daß es sich bei diesem veräußerten Besitz um den Hof Alpnach und die Güter in Alpnachstad handelte und daß dieser Verkauf schon unter Rinachs Vorgänger, Ulrich v. Landenberg, erfolgte, denn der Hof Alpnach war um 1307 im Eigentum des Münsterer Amtmanns Arnold Truttmann, der ihn an Engelberg abtrat (Gfd. I, 41).

Im Kammerbuch wird freilich der Herrenhof von Kerns selber nicht genannt, nach den Urk. von 1367, (Gfd. LIII, 210 und 214) möchte man schließen, daß er das Widum der Pfarrkirche geworden war.

³⁾ Urk. von 1234. U.-B. Beromünster I 109. Vgl. unten. Die Urkunde eröffnet im Liber Crinitus den Titel « de Precariis ». Wingarslo ist

Hofverband gehörte; St. Blasien zwölf Schupposen nebst fünf Hofstätten¹⁾. Luzern hatte 1314 ein einziges Gut daselbst²⁾; Muri zu hinterst im Melchtal einige freie Zinsleute³⁾.

Rechnen wir nun die dreiundzwanzig Schupposen nach allgemeiner Annahme zu 12 Juchart, den in seinem alten Umfange deutlich erkennbaren Beromünsterer Hof⁴⁾ auf zirka 40 Juchart; schätzen wir die Erblehengüter Wingarslo und Richisbüel in ihren alten Grenzen auf 60 Juchart und messen wir nach dem Zinsbetrag dem Luzerner Propsteigut den Umfang einer Schuppose und jedenfalls weitgehend, den Blasianer Hofstätten⁵⁾ die Größe von halben Schupposen zu⁶⁾, so bekommen wir höchstens 150 Hektaren⁷⁾.

nach dem Rodel der Pfarrkirche Kerns von 1518 sicher mit dem heutigen Mingetloh auf dem hügeligen Kamm zwischen Wisserlen und dem tiefer liegenden Sarnertal zu identifizieren. Die nähere Bezeichnung «Wingarslo amme Staphile» in der Urkunde von 1234, wird jedem deutlich, der die staffelförmigen Felsbänder sieht, welche die heute zerteilten Güter Mingetloh ringsum isolieren. «Richeswile», das als zugehörig genannt ist, ist wohl sicher nicht Rückeschwil in der Schwändi, wie Kiem und Kuchler meinten, sondern, da es als zum Erblehen gehörig, als ein «bonum» genannt wird, Richisbüel an der gegenüberliegenden Rampe des Kernsertales, ob St. Antoni, in der Nähe des Beromünsterer Hofes. Dafür spricht auch, daß Wingarslo und Richisbüel noch 1518 zusammen gehörten.

1) Rodel von 1371. Gfd. XXII 82, Oechsli Reg. Nr. 759.

2) Propsteirodel Gfd. XXXVIII, 16.

3) Kiem, Acta Murensia, S. 81. Vgl. unten.

4) Der alte Beromünsterer Hof ist sicher das Gut z'Hofen, zen Hofen bei St. Antoni, wahrscheinlich mit Inbegriff der Nachbargüter Bord und Feld. Vgl. oben Anm. 2 S. 66.

5) Von diesen Hofstätten zinst nur eine im obern Dorf eine Geißhaut, die vier andern sind fallpflichtig, aber nicht zinshaft. Aus dem Ertrag ist ihre Grösse daher nicht zu bestimmen. Hofstatt hat zumeist die Bedeutung eines im Dorfe liegenden Hauses mit Umgelände, oder auch eines von einem größern Gute abgetrennten Wohnplatzes mit kleiner Matte.

6) Ueber Schupposen und Huben, vgl. die Literaturnachweise im schw. Idiotikon II 957 ff.

7) Die Alpanteile Murbach-Luzerns und Beromünsters, später Engelbergs, fallen für diese Erörterung nicht in Betracht.

Das alte urbare Land im Talboden von Kerns mißt aber zirka 1160 Hektaren, im Talgrund des Melchtal zirka 190 Hektaren — zusammen zirka 1350 Hektaren, ohne das Alpengebiet¹⁾. Es bleibt also, auch neben der Allmeinde, noch für freies Land ein Raum übrig, der das belastete Land weit übertrifft.

* * *

Doch nicht nur außerhalb des Großgrundbesitzes bleibt für eine vollfreie Bauernschaft Raum, auch innerhalb desselben. Die lebhafteste Kontroverse, die sich an Seeligers grundlegende Untersuchung knüpfte²⁾, hat die qualitative Bedeutung, der Grundherrschaft abgeschwächt und festgestellt, daß Hofrecht an sich kein Standesrecht war und niemals wurde, daß Leihherrschaft und Grundherrschaft vielfach auseinandergehen, daß in allen Entwicklungsphasen in den Hofverbänden neben den un-

¹⁾ Ich verdanke die Berechnung — nach meinen Angaben — meinem Freunde, dem obwald. Kantonsingenieur Herrn Oberst Otto Seiler. Die näheren Beweise, was ich für altes Kulturland ansehe, kann ich natürlich hier nicht liefern und muß an das Vertrauen auf meine Lokalkenntnis appellieren. Mein Freund, Herr cand. phil. Jos. Etlin, der sich mit der Anlage eines historischen Grundbuches der Gemeinde Kerns beschäftigt, wird die Belege s. Z. liefern können.

²⁾ Gerhard Seeliger. «Die soziale und politische Bedeutung der Grundherrschaft im frühern Mittelalter» (XXII. Band der Abhandlung der philologisch-hist. Klasse der königl. sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften, Nr. I. Leipzig, Teubner 1903. S. 1—204).

Vgl. dazu Edm. Stengel, «Grundherrschaft und Immunität» in Zeitschr. der Savignystiftung, XXV. Germ. Abt., S. 286 ff. Alf. Dopsch' Rezension in den Mitt. d. Instituts f. österr. Geschichtsforschung XXVI 344 ff. Siegfried Rietschel, «Landleihen, Hofrecht und Immunität», ebendasselbst XXVII 385 ff. und die Auseinandersetzung Seeligers mit seinen Kritikern in der Histor. Vierteljahrschrift 1905, S. 129 ff. und 305 ff. — Schon Caro, Jahrb. f. schw. Gesch. XXVI, hatte die Ergebnisse seiner Forschung über die St. Galler Urkunden nach gleicher Richtung wie Seeliger zusammengefaßt.

freien vollfreie, dem Landrecht unterstehende Elemente vorkommen konnten¹⁾).

Wohl besaßen all diese Klöster, als sie den Großbesitz an sich brachten, bereits ihre königlichen Immunitätsprivilegien, die der Grafengewalt auf ihrem Grund und Boden eine Schranke setzten und in Verbindung mit den Rechten, welche sich auf Grund dinglicher und persönlicher Verhältnisse längst selbständig herausgebildet hatten, zur vollen Gerichtsgewalt führen konnten, Zu vollständiger Ausscheidung aus der Gauverfassung und Emanzipation von dem Grafenamt und den öffentlichen Gerichten. Über die nach öffentlichem Rechte rechtlosen Leibeigenen besaß der Grundherr von alters unbeschränkte Gerichts- und Leibgewalt. Die Immunität, die den öffentlichen Organen die Ausübung ihrer Polizei- und Steuergewalt auf Immunitätsgebiet verbot, führte zunächst zu einer Vertretung der auf wirtschaftlich abhängigem Gute sesshaften Hintersassen durch den Klostervogt im Landgericht. «Das Bestreben des Immunitätsherrn über diese Vermittlungsfunktion hinauszukommen, konnte freilich nicht in allen Teilen einer Grundherrschaft zum gleichen Ziele führen — die Grundherrschaften desselben Klosters gelangten zu verschiedenen politischen Gerechtsamen. Hier volle Gerichtsbarkeit, die ganze Fülle der den provinziellen staatlichen Beamten zustehende Gewalt, dort nur niedere Justiz, während das Blutgericht dem Grafen verblieb, hier Freiheit von Grafschaftsgewalt und Ebenbürtigkeit, dort Unterordnung in mannigfacher Abstufung oder wenigstens Teilung mit ihr »²⁾).

Wo es gelang, die Immunität zur vollen Geltung zu bringen, da griff sie leicht über die Grenzen der Grundherrschaft hinaus,

¹⁾ Der erste, der gegen die ältere Auffassung des Hofrechts als eines Standesrechtes in der klarsten Weise Protest erhoben, war Andreas Heusler, Inst. des deutschen Privatrechts I (Leipzig 1885), S. 35 ff. Schröder, Deutsche Rechtsgesch., 4. Aufl. 650, hat Heuslers Anschauung ausdrücklich beigestimmt, wenn er auch nicht immer folgerichtig dieselbe im Auge behält.

²⁾ Seeliger, l. c. 121.

sie ward zum territorialen, auch völlig Unabhängige umfassenden Bannbezirk¹⁾. Denn wenn wir uns für die mittelalterlichen Verhältnisse noch so sehr von heutigen staatsrechtlichen Anschauungen emanzipieren müssen, praktisch war eine Hochgerichtsbarkeit nur ausführbar auf einer gewissen territorialen Grundlage.

Daß der Freie, der nebenbei kein Eigengut besaß und im engern Gutsverband auf einer vom Salland abhängigen Hufe saß, der Macht des Vogtes unterstellt war, ist nach dem Wortlaut der Immunitätsprivilegien sicher und daß er als «freier Vogtmann», obwohl er seinen persönlichen Gerichtstand vor Landgericht bewahren mochte, durch diese Abhängigkeit eine Standesminderung erfuhr, den Vollfreien nicht mehr ebenbürtig galt, nach spätern Quellen nicht zu bezweifeln. Anders bei solchen, die daneben persönliches Eigengut bewahrten und bei den Inhabern von Precarien und Benefizien und den daraus später hervorgehenden freien Erblehen, die nicht Glieder des engern Hofverbandes, nicht Hufensbauern wurden. Hier war eine Schranke, über welche die Immunität, zumal, wenn diese Leihen vom Hofzentrum fernliegender Streubesitz waren, nicht immer hinüberlangen konnte.

Wir haben für die Differenzierung der grundherrlichen und Immunitätsrechte auch in unsern lokalen Quellen sichere Belege. Prinzipiell behauptete das Kloster Murbach, dessen Immunitätsgewalt schon auf einem Privilege des Frankenkönigs Theodorich IV. von 727 fußte²⁾, die volle Gerichtsbarkeit über seine Besitzungen³⁾. Jedoch die Vereinigung der erblichen Schirmvogtei

¹⁾ L. c. 122. Vgl. dazu die Rezension von A. Dopsch, Mitt. d. Instituts f. österr. Geschichtsforschung XXVI 348 ff.

²⁾ Hidber, U.-R. I. 10. Vgl. dazu und über spätere Privilegien Murbachs Segesser I 10 ff.

³⁾ Gfd. I, 260: Hofrecht der 16 Höfe. «So ist mins herren des vogtes recht, swa tübe und vrefel geschicht, der bûße ist der trit teil sin und zwen teil des gozhus.» Nach dem Hofrecht von Stans dürfen Gotteshausgüter weder «verstoichen» noch «verschlagen» werden, auch sollen sie niemanden eine Steuer geben, weder dem König, noch dem Kaiser. Kopp II 1, 743. Gfd. XX 172.

mit der Landgrafschaft, die seit dem Ende des XII. Jahrhunderts auch für die luzernischen Besitzungen, wie schon früher für die elsässischen, eingetreten war ¹⁾, verhinderte oder unterbrach eine prinzipielle Ausscheidung von staatlicher und Vogtsgewalt. Im Hofrecht der sechzehn Höfe erscheint die Obervogtei wie ein Bestandteil der Grafschaft. «Der Landgraf» hat diese vom Abte und die Untervögte besitzen ihre Gewalt von jenem ²⁾. Als «Landgraf» präsidiert der Obervogt das Staffelgericht in Luzern. Ihm werden von den Hofbeamten die todeswürdigen Verbrecher ausgeliefert zur Verurteilung an den gewohnten Landgerichtsstätten ³⁾. Die prätendierte volle Gerichtshoheit des Gotteshauses kommt nur durch die Behauptung von zwei Dritteln der Bußen im Blut- wie im Frefelgericht zum Ausdruck und durch das Privileg, daß Gotteshausgüter weder «verschlagen» noch «verstoichen», d. h. nicht nach Landrecht den Erben des Totschlägers entzogen werden konnten ⁴⁾.

Ein eigenes Blutgericht erlangte nachweislich nur der stark arrondierte Hof Giswil, und zwar offenbar erst durch die Vereinigung der hofrechtlichen Gewalt des Meyeramtes mit der Vogtei in der Hand der Freiherren von Wolhusen, die ihre Rechte im XIII. Jahrhundert vom Abte und vom Obervogt zu emanzipieren wußten ⁵⁾. Doch galt auch hier der dem Obervogt zukommende

¹⁾ Seit Mitte des XII. Jahrh. waren die Habsburger, die 1135 als Kastvögte Murbachs nachgewiesen, auch Landgrafen im Oberelsaß. Vgl. Steinacker Nr. 43, 45, 54, 56, 75, 76.

²⁾ Am Staffelgericht sollen beim Abte sitzen «die übür des gotzhus güt vögt sint und der lantgrave. Teten si des nit, so sol es der lantgrave tûn, der hat die vogteie von im und hant aber si die von deme... So ist mins herren des vogtes recht, swa tübe und vrefin geschicht, der bûße ist der trit teil sin und zwen des gozhus». Gfd. I 160.

³⁾ Vgl. Segesser I. 64, der freilich daran erinnert, daß die Quelle, das Hofrecht von Malters einer Zeit angehört, wo an Stelle Murbachs schon Oesterreich getreten war.

⁴⁾ Vgl. oben S. 70 Anm. 3.

⁵⁾ Vgl. Oechsli 143 und Kopp II 1, 130 und die Urk. v. 1279. Gfd. I 61.

Anteil an Urteil und Buße als Ausfluß der Grafengewalt und ging später an dessen Rechtsnachfolger im Landgericht, den Landammann, über¹⁾.

Die Bestrebungen der Wolhuser, ihre Untervogtei über die beiden andern Unterwaldner Höfe in gleicher Art zu entwickeln²⁾, schlugen fehl. Das Meyeramt im Hofe Alpnach, das sie an sich gerissen hatten, wurde im Vergleiche von 1279 wieder direkt dem Gotteshause unterstellt und damit die dingliche Hofgerichtsbarkeit. Den Vögten wurde zwar ihr «Herkommen» in beiden Höfen bestätigt und ihre niedere Strafgewalt, Buß- und Steuerrecht, scheint sich im Hofe Alpnach zu einem ansehnlichen Komplex von Herrschaftsrechten ausgebildet zu haben³⁾. Im Hofe Stans kam die Untervogtei offenbar nicht zu solcher Macht⁴⁾. Der Hof war seit alters eine Domäne des Propstes zu Luzern. Nicht wie in den Obwaldner Höfen der ferne Abt von Murbach, sondern der nahe Propst fungierte als Gerichtsherr und das Meieramt

¹⁾ Vgl. Kiem, Gfd. XVIII 120 ff. und Oechsli 73, Anm. 1. Der Bußenanteil des Landammanns, der aus den Erhebungen anlässlich des Streites von 1432 erhellt, entspricht freilich dem Vogtdrittel des allg. Luzerner Hofrechtes (oben Anm. 2 S. 71). Aber er kann sich nur von der Grafschaft herleiten, deren Rechte durch die Privilegien Heinrichs VII. ans Land übergegangen waren.

²⁾ Darauf, daß um die Mitte des XIII. Jahrh. die Kastvogtei der Habsburger sich nicht auf die Höfe Giswil und Alpnach ausdehnte, daß dort die Vogteigewalt der Wolhuser als unmittelbar galt, habe ich oben S. 57, Anm. 3, hingewiesen.

³⁾ Vgl. Urk. v. 15. Nov. 1279. Gfd. I 61 und den Kauf der Steuern, Gülten, Gerichte und Rechtungen der Wolhuser im Hofe Alpnach durch die dortigen Kirchgenossen 1368, 7. Juni. Gfd. XXX 291. Über den Umfang der Rechte mag ein Vergleich mit dem Loskauf der Hergiswiler von der weltlichen Vogtei Aufschluß geben. Die Kaufsumme der Alpnacher betrug 309 $\frac{1}{2}$ z , die der Hergiswiler (1378) 700 Gl., mehr als das doppelte (über die damalige Valuta, vgl. Quellen z. schw. Gesch. XV 2, S. 301 f.).

⁴⁾ Hier ist wenigstens kein Loskauf erfolgt. Vogtsteuer wird von den Wohlhusern später auch in Stans gefordert. Vgl. Urk. v. 1373. Gfd. XX 227.

stand seit dem XII. Jahrhundert im erblichen Besitz eines ritterlichen Geschlechtes, das in der Befreiungsgeschichte eine Rolle spielt¹⁾. Dadurch wurden Übergriffe der konkurrierenden Vogts-gewalt leichter zurückgewiesen, aber auch die Machtentfaltung und -Erhaltung der Immunität beeinflußt. Im Hofrecht von Stans, das freilich erst aus der Zeit der erfolgten politischen Befreiung stammt, zeigt die Gerichtsbarkeit vorwiegend dinglichen Charakter. Die Bestimmungen, die das öffentliche Recht streifen, sind meist nur noch Privilegien zugunsten der Hofleute, sie weisen aber auf eine frühere strammere Herrschaftsgewalt zurück. Noch sind die Hofgüter, als Ausfluß der Immunität, von allen Reichsteuern befreit. Andererseits aber sind nicht nur das engere, von den drei Höfen, dem Meyer-, Keller- und Schweighof abhängige Nutzungsland, sondern auch die «achtzehn Erblehen» mit dem Todfall, dem ursprünglichen Zeichen der Leibeigenschaft belastet²⁾. Das deutet auf eine ursprüngliche Besiedlung des ganzen Hofareals mit Eigenleuten — wie es auch das allgemeine Recht der sechzehn Höfe voraussetzen scheint. Aber andererseits zeigt gerade die letztere Quelle, daß es Ausnahmen gab: die freien Hintersassen liefern noch im XIII. Jahrhundert die zwölf Stuhlsässen, die das Schöffenamts im Staffelgerichte des Abtes ausüben³⁾. Sie werden ausdrücklich «vrie lüte» genannt. Freie und Ministerialen anderer Herren wurden auch schon 1262 mit Erblehen des engern

¹⁾ Oechsli, 70, 71.

²⁾ Gfd. XX 172. Kopp II 1, 743. Oechsli Reg. 714. Gfd. XXXVIII 75, XX 169. Vgl. dazu Oechsli, S. 70 und 76. Schon zu Anfang des XIII. Jahrh. scheint es aber in Unterwalden Murbachische Erblehen gegeben zu haben, von denen kein Fall gegeben wurde. 1238, 17. März, erlaubt der Gubernator von Murbach, Albrecht v. Froburg: «ut si quis hominum ecclesie Lucernensis in suorum remedium peccatorum predium . . . quod hereditario jure possidet et non tenetur persolvere capitale quod vulgo dicitur val» an Engelberg vergaben wolle, er das tun möge unter Vorbehalt, daß bei jedem Altwechsel in Engelberg ein Erschatz von 20 Schilling bezahlt werde. Gfd. II 161.

³⁾ Vgl. Segesser l. c. I 59.

Hofverbandes von Stans belehnt¹⁾. In unsern speziellen Quellen erscheinen die Hofgenossen nur mehr mit Bezug auf ihr Zinsgut als eine Gerichtsgemeinde²⁾. Zwar steht später auf der Hofdingstätte zu Fronhofen der Landesgalgen von Nidwalden. Ich vermute aber, daß dieses Hochgericht keinen grundherrlichen Ursprung hat, sondern erst in den dreißiger Jahren des vierzehnten Jahrhunderts, als Stans, bezw. Nidwalden, unter der Führung des murbachischen Meyers von Stans, von Obwalden sich trennte und aus dem gemeinsamen landrechtlichen Hochgerichtsverbände ausschied, hier als an der geeignetsten und gegebenen Stelle errichtet wurde³⁾.

Der Hof Stans war durchaus kein geschlossenes Ganzes und wenn wir den Besitz, den die Rödel der Propstei und des Almosenamtes verzeichnen, auf dem Augenschein zu messen suchen, so nimmt er einen kleinen Bruchteil des alten Urbarbodens ein. Und einiges davon war bloß durch Jahrzeitzinse belastetes Land, das dadurch nicht in den Hofverband trat⁴⁾. Stark muß der Mur-

1) Lehenbrief vom 19. Febr. 1262 um die Alp Morsfeld, unter deren Lehenträgern der Engelberger Ministeriale Ritter Joh. von Buochs und eine Anzahl Bauern genannt werden, von denen Rudolf und Heinrich v. Retschrieden höchst wahrsch. Freie sind. Gfd. XXIV. Die Rödel von 1314 und ff. bieten weitere Beweise.

2) Vgl. neben dem Hofrecht die spätere Aufzeichnung bei Kopp-Lütolf. Gesch. V 2, S. 676, Beil. 5.

3) Vgl. unten Kap. III.

4) Das Hofrecht von Stans nennt als Inbegriff des Hofes drei Höfe, den Schweighof, Kellerhof und Meierhof, nebst zugehörigen Gütern und achtzehn Erblehen. Die letztern können wir in den siebenzehn mit Lespfennigen (wohl als Ersatz der ehemaligen Lesgarben, vgl. Oechsli 76, Anm. 3) belasteten Gütern des Propsteirodels, vervollständigt durch das Alplehen Morsfeld, erkennen. Sie liegen in weitem Umkreis, zum Teil in Wolfenschießen, Ennetbürgen, Ennetmoos. Der ursprüngliche Meierhof lag wohl in Fronhofen zu Niderdorf, neben dem Brüel, wo die Dingstätte war; der spätere Wohnsitz der ritterlichen Meyer war aber das Höfli, die sog. Rosenburg im Dorfe Stans, vielleicht der ursprüngliche Kelnhof. Den Schweighof suche ich bei den Huben im Oberdorf. Über den räumlichen Umfang der Hofgüter könnte aber nur eine sorgfältige Detailuntersuchung

bacher Besitz mit Engelberger Eigen durchsetzt gewesen sein. Schon 1184 werden die Salländereien Engelbergs in Stans erwähnt¹⁾. Ein Beweis für deren Bedeutung ist, daß an der Kirche, die sicher als Eigenkirche auf grundherrlichem Boden erwachsen ist, Murbach-Luzern nie den geringsten Anteil gewonnen hat, sondern der Patronat, anscheinend aus Regensbergischem Besitz, teilweise an Muri, zum größern Teil vom Stifter aus dem Hause Seldenbüren an Engelberg gelangte und bald sich in dessen Gewalt vereinigte. Bemerkenswert ist auch, daß nicht etwa Murbach-Luzern, sondern Engelberg die Verpflichtung hatte, für die Markgenossen von Stans die Zuchttiere, Hengst, Stier, Eber und Widder zu halten, daß also dessen Stellung innerhalb der Allmendgenossenschaft gegenüber Murbach-Luzern vorwog²⁾.

Die Rechtsquellen von Beromünster zeigen bekanntlich eine außergewöhnlich stramme Grundherrschaft³⁾. Alle Gotteshausleute erscheinen als leibeigen⁴⁾ und der vollen Gerichtsgewalt

Licht bringen. Der von Brandstetter Gfd. XXXVIII publizierte Propsteirolodel gibt ein vollständig verwirrendes Bild des Gotteshausbesitzes. Derselbe ist eine geistlose Kompilation von drei ältern Rödeln. Wenn wir näher zusehen, handelt es sich fast durchgängig um die Zinsen der 18 Erblehen, die auf andere kleinere Unterpfänder abgeteilt und verlegt worden waren. Da diese Unterpfänder und Zinser wechselten, so mehren sich infolge der drei Vorlagen die Namen ungeheuer. Für die alte eigentliche Grundherrschaft aber sind diese vorkommenden Gutsnamen völlig unverbindlich. Ich konnte außer jenen 18 Erblehen aus den Rödeln von 1314 und zirka 1400 nur etwa 30 selbständig zinspflichtige Güter und Lehen konstatieren. — Über die Stellung der mit Jahrzeitzinsen belasteten Güter außerhalb des Hofrechtes, vgl. die Urk. vom 7. Mai 1330. Gfd. XXXVIII 75 ff.

¹⁾ Urk. Papst Lucius III. vom 4. Mai 1184, Gfd. LXIX 249. Das Engelberger Urbar von 1190—94, das das Saalland begreiflicherweise nicht verzeichnet, nennt zwei zinspflichtige Güter zu «Chilchdorf» mit dem kleinen Gesamtertrag von 8 Denar, aber vielen ausgegebenen Besitz in der Umgebung, besonders talaufwärts.

²⁾ Eidg. Absch. IV 2, 1449 (zum Jahre 1580, aber «laut uralter Verpflichtung»).

³⁾ Oechsli 78 und 199 ff. Segesser I 723 ff.

⁴⁾ Die Urk. v. 1173 erwähnt ausdrücklich in Kerns die «Mancipia».

des Stiftes unterstehend. Sie sind an die Scholle gebunden. Bebauern fremden Grundes wird der Ungenossenehe gleichgestellt und mit Konfiskation der ganzen Fahrhabe bestraft. Die Gewalt über den Leib steigert sich sogar zu dem Rechte des Propstes und seiner Amtleute, die Hörigen zum Heiraten zu zwingen. — Nicht nur das Blutgericht, das ja nach ältestem Rechte kraft der hausväterlichen Gewalt über die «Familia» beim Leibherrn stand, auch das Mannschaftsrecht erscheint in der Verfügung des Gotteshauses. Noch in den spätern Quellen erscheint so die Leibeigenschaft in ihrer vollsten Konsequenz und prinzipiell ist der Besitz Beromünsters völlig aus der öffentlichen Verfassung, der Grafschaft, ausgeschieden. Und doch scheint auch hier, wie bei Murbach, die ursprüngliche Personalunion von Kastvogtei und Landgrafenamt in der Praxis den Ursprung dieser Gewalten verwischt zu haben. Wo in der Öffnung von den hohen Gewalten der Vogtei, von Blutgericht und Mannschaftsrecht gehandelt wird, da ist stets vom «Landgrafen» die Rede. Die Kastvogtei erscheint geradezu als ein Inbegriff der Grafschaft; ausdrücklich heißt es vom Vogt, «dz ist ein lantgraff»¹⁾. Nach dem Erlöschen der Lenzburger war Beromünster ein Reichsstift geworden, Friedrich I. und Friedrich II. hatten die Vogtei an ihre Hand genommen.

¹⁾ Liebenau, U.-B. Beromünster I 280. Diese Öffnung bestimmt auch: «was büßen vallet in den ußren gericht, da ein gemeiner vogt des probstes und der lantgraven richtet, die büßen teillet ein probst und ein vogt gelich. Item es soll ouch ein gemeiner vogt in den ußren gericht nicht gesetzet werden, denne mit eines probstes wissen». Das Mannschaftsrecht des Landgrafen über die Gotteshausleute ist freilich beschränkt; die Gotteshausleute waren nur zu «Lantreisen» dem Landgrafen verpflichtet, wenn der Propst selber mitfuhr und sie aufbot. Sonst «wenn der lantgraff von lantz not oder reisen wegen den gotzhysluten üzig müten» wollte, mußte der Propst die «genossami» versammeln und mit ihr unterhandeln. Vgl. auch Segesser I 720 ff. und über das Datum der Öffnung, Kopp III 2, 299, Anm. 1. Sie stammt natürlich aus der Zeit der habsburg. Vogtei, 1264; hauptinhaltlich geht sie jedenfalls noch viel weiter zurück, da sich ihr Inhalt meist mit der Urk. von 1223, U.-B. 94 ff., deckt.

Nach langem Streite konnten aber 1223 die Grafen von Kiburg die Anerkennung ihrer Erbensprüche auf das lenzburgische Hausstift erlangen¹⁾. Die Kastvogtei blieb nun tatsächlich vierzig Jahre lang von der territorialen Grafschaft getrennt, bis zum Erlöschen der Kiburger und dem Übergang an Rudolf v. Habsburg.

Aber wir haben nicht die geringste Andeutung, daß die Kiburger innerhalb des Grafschaftssprengels der Laufenburger, in den entlegenen Besitzungen in Obwalden, je Vogteirechte ausgeübt. Der Krieg mit dem Stifte, der so erbittert geführt worden, daß die Chorherren sechs Jahre lang zerstreut waren und von 1217—1223 der Gottesdienst in der Stiftskirche ruhte²⁾, scheint eine Emanzipation der dortigen St. Michaelsleute begünstigt zu haben³⁾. Eine Papsturkunde vom 28. März 1223, die sich gegen die Usurpation der «Villa Wrzerlin» durch die Ritter von Heidegg richtet, läßt vermuten, daß die Kiburger damals den Hof Kerns als Untervogtei verleihen wollten. Denn «Wrzerlin» ist wohl sicher als «Wisserlen» zu lesen und auf den Hof Kerns zu deuten⁴⁾. Die päpstliche Strafandrohung hatte wohl Erfolg. Seit jener Zeit erscheinen aber die Beromünsterer Leute und Güter in Obwalden in einer Ausnahmestellung gegenüber dem allgemeinen Hofrecht. Nicht nur wird Besitz als Benefizium an

¹⁾ Kopp II 1, 492 ff. Oechsli 144 ff. Die betr. Urk. nun im U.-B. Beromünster I 94 ff.

²⁾ Ächtbrief Friedrichs II. 1223, 23. Febr. U.-B. Beromünster I 89.

³⁾ Der Vertrag von 1223 sagt freilich: «questus etiam omnium iudiciorum per totam preposituram due partes preposito provenient, terciā advocato» und Kopp II 1 verweist zur Deutung gerade auf die Urkunde, welche die villam Wrzerlin ad preposituram suam de iure spectantem bezeichnet. Die Offnung umschreibt den Ausdruck mit «ußren gerichtet». Vgl. oben S. 76 Anm. 1.

⁴⁾ Urk. vom 28. März 1223, U.-B. Beromünster I, S. 93. Vgl. oben S. 48, Anm. 2. Der Zusammenhang dieser Urk. mit dem inzwischen am 23. Mai, fünf Tage vorher abgeschlossenen Vergleiche um die Kastvogtei, ist naheliegend. Wenn auch nicht in der Vergleichsurkunde, so doch in der darauf beruhenden und dieselbe erläuternden Offnung, ist dem Vogt ausdrücklich verboten, von sich aus Untervögte zu setzen (oben S. 76 Anm. 1).

Vollfreie verliehen¹⁾. Die Salhöfe selber werden zu Lehen ausgegeben, die selbst im Falle einer Ungenossenehe, wo die Nachkommenschaft der Familie des hl. Michaels entfremdet wird, erblich bleiben²⁾.

Im vierzehnten Jahrhundert ist jede Spur der Leihhörigkeit an Beromünster verschwunden, die zerteilten Schupposen, wie die Hofgüter, erscheinen als bloß zinspflichtig, zum Teil in Händen nachweisbar freier Bauern³⁾. Von einheimischen Amtleuten keine Spur⁴⁾. Mit seinem Gefolge darf der Propst jährlich zum Bezug der Gefälle erscheinen und auf den ursprünglichen Fronhöfen eine beschränkte Gastfreundschaft beanspruchen⁵⁾.

Beim hiesigen Besitz von St. Blasien und Muri kam es anscheinend zu keinem geschlossenen Hofverband. Es fehlte der zentrale Fronhof, das Salland und damit der Mittelpunkt für die hofrechtliche Organisation und die Grundlage für die Ausbildung der Immunität. Das Eigentum Muris befand sich völlig in Streulage; selbst von den Alpen, deren rationellen Betrieb das Kloster größtes Interesse zuwandte, gehörten ihm meist nur größere oder kleinere Anteile⁶⁾. Die Talgüter waren anscheinend als freie Erb-

¹⁾ Vgl. die oben S. 66, Anm. 3 und unten näher besprochene Urk. von 1234, die nur die Erneuerung eines ältern Verhältnisses ist.

²⁾ U.-B. Beromünster I 99. Über die Stellung der Beromünsterer Eigenleute von Margumetlon in den Zeugenlisten der Urkunden und als Erwerber freien Eigens, siehe Oechsli, Reg. 66, 85, 184.

³⁾ Gfd. XXIV 116 f. Der Ammann von Omsried, der 1323 den Hof in Einwil inne hat, ist sicher eine Verschreibung für Oedisried und bezieht sich auf den ersten Landammann Unterwaldens, den wir als Freien unten erkennen werden.

⁴⁾ Als Grund des Verkaufes des Hofes Kerns an Engelberg 1367 wird angeführt: «quod dicta bona quasi ad unam dietam a nostra ecclesia distant et ad eadem non nisi per lacum Lucernensem, aliquoties etiam non sine periculo, accessus haberi potest tum etiam quia expense colligendi fructus dictorum bonorum eosdem fructus frequenter attenuaverunt et consumpserunt.» Gfd. LIII 211.

⁵⁾ Oechsli 78 und Reg. 713. Gfd. XXIII 267.

⁶⁾ Oechsli hat aus der Stelle der Acta, welche die Bedeutung der Alpwirtschaft rekapituliert: «Igitur, quia tanta utilitas de peccoribus potest

lehen ausgegeben ¹⁾. Die ökonomische Zentrale für die Unterwaldner Besitzungen Muris war der Hof Gersau ²⁾. — St. Blasien's alter

evenire, necesse est omnibus inhabitantibus hunc locum, ut et ipse utilitati sue de alpihus prospiciant villicosque suos, quos inter silvas habent, moneant et compellant sue constitutioni prospicere», auf eigene Klostermeier in Unterwalden geschlossen. Grammatikalisch ist für mich nicht sicher, ob unter «hunc locum» Muri zu verstehen sei, unter der constitutio sind jedenfalls die Alpgesetze jener freien Alpengenossenschaften zu verstehen, die neben Muri schon damals Mitbesitzer waren. Muri besitzt nach den Acta eine einzige Alp (Kernalp) ganz, von Sinzgäu alles bis an zwei Stücke, von Rigital $\frac{5}{8}$, von Niederbauen, Stoffelberg und Egg (Dünrenboden), sowie von Furken die Hälfte, von Oberbauen (Obrenalp) und Horn nur einen Viertel und an Trübsee, Furen und Tagelstall nur kleinere Teile. Von diesen in den Acta genannten Alpen sind Kernalp, Niederbauen, Sinzgäu, Egg-Dünrenboden und Trübsee noch heute, und nach ihren eigenen Archiven bis ins XIV. Jahrh. hinauf verfolgbar, sogen. Kapitalistenalpen, die eine ähnliche Organisation, wie sie die Acta berichten, bis jetzt bewahrt haben. Der Zusatz der betreffenden Stelle der Acta: «Isti autem montes in potestate abbatis et prepositi sunt, ut distribuant peccora, qualitercunque velint», kann nur dahin gedeutet werden, daß das Kloster jegliches Vieh auftreiben durfte, während die Alpgesetze von jeher im allgemeinen nur solches zum Alpauftrieb zu lassen, das von den Genossen gewintert wurde. Auch Hirsch, Mitt. XXV 251, Anm. 4, hat, da er das anderweitige reichhaltige, aber meist noch ungedruckte Urkundenmaterial nicht kennen konnte, die Verhältnisse einseitig auf eine Genossenschaft der Murenser Eigenleute gedeutet, während es sich zweifellos nur um den Mitanteil an jenen uralten gemischten Korporationen handelt. Ich hoffe bald einmal diese interessanten Institutionen selber behandeln zu können und verweise einstweilen auf die Dissertation von Dr. Franz Zelger, Beitr. z. Gesch. Nidwaldens V und VI (1888 und 1889).

¹⁾ Der Besitz Muris im heutigen Grafenort wird 1210 ausdrücklich als Beneficium bezeichnet (ad quos — fratres qui dicuntur Stangeline — iure hereditario predium de quo agitur loco beneficii descenderat). Gfd. IX 202. Auf freie Leiheformen weisen bestimmt die liberi censarii in Roren und im «Merkthal sive Ellonbrunnen», in Ramserren (Ramersberg?) und auf Mutterschwanden. (Acta S. 82.)

²⁾ Das geht schon fürs XII. Jahrh. deutlich aus der Acta, S. 80, hervor. Der Rest des ursprünglichen Besitzes Muris in Unterwalden, der

Besitz scheint ebenfalls nach freien Leiheformen angelegt gewesen zu sein. Obwohl der Besitz in Kerns und in Einwil ziemlich bedeutend war, haben wir nicht den geringsten Anhaltspunkt für eine hofrechtlichliche Organisation mit eigenen Amtsleuten. Im Gegenteil weist die Verpflichtung des Kirchherrn von Kerns, dem Abte und dem jährlich zum Zinsbezug eintreffenden Klosteramtman zu Klingnau, Gastfreundschaft zu gewähren, auf den ursprünglichen Mangel von eigenem Salland hin. Denn diese Verpflichtung kann nur von dem einstigen Anteil Sankt Blasians am Kirchensatz herrühren, der bereits zwischen 1173 und 1179 veräußert wurde ¹⁾).

nicht im XIII. Jahrh. an Engelberg übergang, war im XIV. ein integrierender Bestandteil des Hofes Gersau. 1345 verkaufen Ammann und Genossen zu Gersau die Alp Blanken im Engelberger Tale «dú zû unsern gütern horte, dú ze Gersow in den hof hörent» und 1390, als die Hofleute zu Gersau Steuern und Gerichte zu ihren Händen von den Inhabern der Vogtei an sich kauften, wurde ausdrücklich bezeugt, daß «dz gelt . . . uff Mueterswang (vgl. Acta, S. 82), das in die egenant stüre ze Gersowe gehört, in disem kouffe sol begriffen sin». Gfd. XIX 78 und 82.

¹⁾ Gefällertodel von 1371. Gfd. XXII 82. Vgl. Oechsli, S. 81. Im Schirmbrief Calixts III. vom 26. April 1173 erscheint die Kirche «Chernis» unter den Besitzungen St. Blasians, aber offenbar nur ein Anteil, da gleichen Jahres am 4. März sie anderseits das Diplom Friedrichs I. als zu Beromünster gehörig aufführt. Im Schirmbrief Alexanders III. für St. Blasien vom 6. März 1179 erscheint sie nicht mehr, ebensowenig in der Bestätigung Bischof Hermanns v. Konstanz 1189, 29. Juni. Wirt. U.-B. II 172, 265. Gerbert, Hist. Silv. Nig. III 102. Hidber, U.-R. II, Nr. 2284, 2392, 2605.

Schon das Diplom Heinrichs IV. vom 8. Juni 1065 beschränkte die volle Immunität St. Blasians auf einen genau umschriebenen engern Kreis (Hidber, U.-R. I 1394). In der Folge scheint es daher für seine linksrheinischen Höfe nirgends die hohe Vogtei behauptet zu haben. (Vgl. z. B. die Offnungen von Birmensdorf, Urdorf, Nüheim, Kleinkembs im Oberelsaß. Grimm I 29, 317 ff. 816.) In den Schwarzwälder Dinghöfen üben die Freiherren von Staufen, als St. Blasianer Vögte auch den Blutbann aus, jedoch infolge direkter Verleihung an sie durch König Adolf. (Grimm IV 485, 487, 498–508).

Besonders charakteristisch für die Differenzierung der Grundherrschafts- und Immunitätsrechte ist der Ausgleich Engelbergs mit der Grafengewalt. — Engelberg, die jüngste dieser geistlichen Stiftungen, hatte von Heinrich V. volle Immunität und das Privileg freier Vogtwahl erlangt. Der Vogt erhielt den Königsbann, also eine volle Konkurrenzgewalt mit dem Grafen¹⁾. Da erst nach dem Erlöschen der Lenzburger ein Vogt genannt wird und zwar in der Person des Pfalzgrafen Otto von Burgund, des dritten Sohnes Kaiser Friedrichs, der 1173 von seinem Vater aus dem heimgefallenen Lenzburger Erbe ausgestattet worden war²⁾, so ist nicht unwahrscheinlich, daß auch hier bisher Grafen- und Vogtgewalt in einer Hand vereinigt gewesen und die Konsequenzen der Immunität praktisch nicht zum vollen Ausdruck gekommen waren. Nach Ottos Tode erbat sich der weitsichtige Abt Heinrich den direkten Königsschutz, worauf 1200 König Philipp und 1208 Otto IV. die Kastvogtei zu eigenen Händen nahmen und versprachen, nur einen ihrer Amtleute, den das Kloster selber wünsche, zum Verweser zu ernennen und nur für so lange, als es dem Stift nützlich erscheine³⁾.

Das alte gemeine Hofrecht Engelbergs in seinen Höfen im Zürichgau und Aargau setzt eine starke Grundherrschaft voraus⁴⁾. Es läßt auf den Fronhöfen nur Eigenleute wohnen, die einem harten Leibrecht unterstehen. Die Lehen vererben sich bis ins neunte Glied, von kinderlosen Leuten erbt das Kloster alles. Eine strenge Villikationsverfassung ordnet Gutsbetrieb und Gericht, das sich, wie ursprünglich stets bei Hörigen, kraft der hausväterlichen Gewalt, aufs Blut erstreckt. Ausdrücklich wird gesagt, daß, wer wider

1) «Advocatus denique patre monasterii petente a rege accipiat ban-
num legitimum.» Urk. vom 28. Dez. 1124. Z. U.-B. I 149, Gfd. XLIX.
239. Über die Echtheit, siehe oben S. 54, Anm. 1.

2) Urk. König Philipps vom 23. Febr. 1200 (nicht 1199). Gfd. XLIX
260. Vgl. Redlich, S. 14, Schulte 139.

3) Gfd. XLIX 260 und LI, 7.

4) Hofrecht der Höfe im Zürich- und Aargau aus dem XII. Jahrh.
Gfd. VII 133. Grimm I, 1. Oechsli Reg. 434.

Abt und Mönche handelt, von Stund an dem Abte mit Leib und Leben verfallen sei. Gestützt auf seine Immunität hatte das Kloster diese Gewalt offenbar, unter dem Schutze des höchsten kaiserlichen Schirmherren, auch auf seine neuen Erwerbungen, auf die freien Hintersassen ausdehnen wollen. Die zielbewußte Politik des habsburgischen Hauses, die in der neu erworbenen Landgrafschaft ein Territorialfürstentum auszubauen suchte, mußte mit diesen Bestrebungen notwendig in Konflikt kommen, so lange die Kastvogtei nicht in ihre eigene Hand kam und ihren eigenen Zwecken dienstbar wurde. Jeder Güterkauf des Klosters schmälerte ja die Grafschaftsgewalt.

Seit dem Jahre 1210 können wir nun deutlich bemerken, wie die neuen Erwerbungen des Klosters sich auffällig auf das Gebiet innerhalb der «Beinstraße» — jener 1120 geschaffenen Grenzlinie des Pfarrkreises Engelberg¹⁾ — konzentrieren. Durch Kauf, Tausch und Schenkung kommt im Laufe der nächsten Jahrzehnte der Streubesitz der Froburger im Hochtal und an der Peripherie dieser Pfarrgrenze in die Hand des Abtes²⁾. Besonders wichtig war der Eintauch der hart an der Beinstraße gelegenen spätern Grafenort-Güter am Niederberge. Diese gehörten zuvor Muri. Die Transaktion erfolgte aber durch direkte Vermittlung des Grafen von Habsburg, welcher sie zu diesem Zwecke zuvor erworben hatte³⁾. Bei diesem Anlasse soll nun Rudolf der Alte schon auf alle seine Gerichtsbarkeit und Herrschaftsrechte über Freie und Vogtleute, die mit seinem Willen auf Kloster-

¹⁾ Vgl. die Urk. Bischof Konrads von Konstanz vom 20. Dez. 1148. Gfd. XIV 234 und dazu P. Ignaz Hess, Jahrb. f. schw. Gesch. XXV. S. 4.

²⁾ Vergabungen der Froburger und ihrer Ministerialen von zirka 1211, 1225, 1240, 1241, 1256 (1271), 1280. Gfd. LI. 9, 22, 45, 50, 74, 99, 123; dazu Solot. Wochenbl. 1824. 199 und Lang Hist. theol. Grundriß I 881. Vgl. Gfd. LI 42.

³⁾ Gfd. IX 199 und 200. Zwei Urkunden 1210 vor 24. Sept. Der Abdruck der zweiten ist nicht ganz vollständig. Die interessanten gleichzeitigen Korrekturen und Zusätze bezüglich Geiseln und Leistungsbedingungen sind weggelassen und werden auch im Regest Vogels, Gfd. LI, S. 8, ignoriert.

güter jenseits der Beinstraße zu sitzen kamen, verzichtet haben¹⁾. Sein Sohn, der Schweigsame, bestätigte 1240 diese Verfügung in dem vom Kloster prätendierten Umfange, freilich unter der Bedingung, daß inskünftig keine solche Leute seiner Gerichtsbarkeit entfremdet würden²⁾.

1) Laut Urk. von 1240, Gfd. XII 196. In den Urkunden von 1210 ist nur im allgemeinen davon die Rede, daß «predictus princeps (d. h. der Graf) das Grafenortgut «memorate ecclesie contradidit, delegavit ac se omnino cum advocatia abdicavit.»

2) «Ut si qui libere conditionis homines seu jure advocacione (so im Original und nicht iure advocatitio, wie Oechsli vermutete. Es handelt sich also wohl um Hintersassen von Luzern und Muri, über die der Habsburger die Kirchenvogtei ausübte, nicht um homines advocatitii) eidem subiecti, a quibus de iure tallia seu servitia vel in eos aliquam iustitiam exercere possemus, pro nostro arbitrio voluntatis translati ultra Beinstraze in bona monasterii memorati a nostra iurisdictione et servicio penitus essent immunes. Nos ipsius (progenitoris) vestigiis inherentes confitemur nos in homines huiusmodi nullum penitus jus habere. Ut autem malitia temporis redimatur et ne forte per successores nostros monasterium imposterum contra debitum molestetur, nos indemnitati eiusdem monasterii providentes . . . donationem supradictam ratam habentes et si quid minus esset a patre nostro factum, jus supra dictum quod in homines huiusmodi haberemus, plene . . . conferimus, ita tamen ut decetero nullus talium hominum ad eadem loca a nostra iurisdictione transferatur. (Gfd. XII 196.)

Eine ähnliche Abtretung der Vogteirechte über die Freien und die unter habsburgischer Kirchenvogtei stehenden Gotteshausleute, innert einem territorial umgrenzten Gebiet (liberi homines et ecclesiarum quarumcumque servi, qui nobis ratione advocatie subsunt intra districtum et terminos prenotatos, quamdiu iidem ibidem remanere voluerint, quia inviti per nos et nostros officiales seu ministros non debent ullatenus removeri, vel qui se aliquo motu alias transferentes, postmodum reversi fuerint), zeigt die Verkaufsurkunde der habsburgischen Höfe und Mannlehen beider Linien in Dietikon und Schlieren an Wettingen vom 17. Okt. 1259 (Z. U.-B. III 166 ff.). Freilich wurde da die ausdrückliche Grafschaftsgewalt, d. h. das Blutgericht (iura que penam sanguinis requirunt . . . vel expresse pertinent ad comitatum) vorbehalten. Daß dies gegenüber Engelberg, das im Gegensatz zu Wettingen die Immunität besaß, nicht stattfand, zeigt die Folge.

Wir dürfen in diesen Tatsachen eine Auseinandersetzung zwischen Immunität und Grafschaft erkennen. Die Immunität zog sich auf einen engern Kreis zurück¹⁾, in welchem ihr der Graf volle Entwicklung gewährte und auf jeden Einfluß verzichtete²⁾.

¹⁾ Vgl. über frühere Beispiele solch engerer Immunität (*emunitas*, *Muntat*). Seeliger l. c. 124 ff.

²⁾ Die Pfarrgrenze, die die Urkunde Bischof Hermanns v. Konstanz vom 20. Dez. 1148 angibt (Gfd. XIV 234), lautet allgemein von der Beinstraße bis zur Höhe der Surenegg. Über den Begriff der Beinstraße als Querverbindung über die Aa. vgl. P. Ignaz Heß, Jahrb. XXV. 4. Anm. 1. Die Tauschurkunden um das Grafenortgut von 1210 geben nur die Lokalgrenzen dieses abgetretenen Gutes, das bloß auf dem rechten Ufer der Aa gelegen war: «*unum (predium) vicinum predictae ecclesie, videlicet in inferiore monte inter flumen Surannum et notum limitem, tam silvam quam montes per girum dividendum usque ad cursum ripe Sulzpach*». Der Gegenbrief drückt sich etwas anders aus: «*in inferiore monte inter fluvium Surannum et superiorem notum limitem, per gyrum tam montes quam silvas complectentem, in inferioribus quoque indubitabilem terminum demonstrantem*». — Dene «unzweideutige Marke» nach Osten, die sich bis zum Sulzbach hinzog, kann, wie ein Blick auf die Karte zeigt, nur die Begrenzung der Englertz- und Fanggüter bedeuten, die als eine langgezogene Halbkreisschlinge (*gyrus*) seit 1435 endgültig zwischen das Jurisdiktionsgebiet Engelbergs hineinlangt. Diese waren wohl damals freies Bauerngut. Das Kloster deutete nun offenbar den Verzicht des alten Grafen Rudolf auf seine Gerichtsbarkeit, die in der Urkunde selber nur durch den Ausdruck: «*omnino cum advocatia*» angedeutet wird, nachdem von den Froburgern 1211 und 1240 deren Besitzungen auf dem linken Ufer erworben worden und nachdem schon Friedrich II. alle Neuerwerbungen innert der Beinstraße in besondern Königsschutz genommen, auf alles, was innerhalb der allgemein gehaltenen Pfarrgrenze der Urkunde von 1148 (bezw. 1120) lag. Auf diese konsequente Willkür der Interpretation deutet der Ausdruck: «*si quid minus esset a patre nostro factum*» in der Bestätigung des Schweigsamen von 1240, die in einer Zeit erfolgte, wo der Graf seine Grafschaftsrechte gefährdet sah und darum umso eher jenen Ansprüchen des Klosters nachgab. — Schon die Beschreibung des Zehntkreises der Pfarrei Stans von 1218 (Gfd. VIII 253) endet auf beiden Seiten der Aa an der Beinstraße. Diese nach Anfechtung durch den Stanser Kirchherrn 1229 neuerdings bestätigte (Gfd. l. c. 253) kirchliche Grenzlinie erscheint im alten Talrecht aus dem XIV. Jahrh.

Schon 1213 hat der neu erkorne junge Stauferkönig auf Bitte Abt Heinrichs, der in seinem Hoflager zu Hagenau erschien, die von Reichen und Armen, d. h. Edeln und Bauern, erkauften Talgüter und die von Habsburg und Froburg und deren Ministerialen erworbenen Gebiete am Niederberg zu beiden Seiten der Aa, in seinen ganz speziellen Schutz genommen ¹⁾).

Innerhalb dieser Grenzen entwickelte sich nun die Immunität des Klosters zu dem bis 1798 bestehenden geistlichen Fürstentum und zu einer so konsequenten Grundherrschaft, daß darin schon die Luft unfrei machte ²⁾. Gerade jene von dem Landgrafen preisgegebenen Freien haben sich aber von Anfang an gegen die Unterstellung unter das engelbergische Hofrecht gesträubt. Und als sie sich 1241 unterwerfen mußten ³⁾, sind sich ihre Nach-

als unbestrittene Immunitätsgrenze. Sie schloss nicht nur auf der rechten Seite der Aa Englertz und Eschlen in sich, sondern das ganze heutige nidwaldnerische linke Aagebiet von Ottnei (Mettlen) bis Trübsee.

¹⁾ Gfd LI 10 ff. Schon in den Tauschurkunden mit dem Habsburger war die Ratifikation Kaiser Ottos IV. als damaligen Kastvogts ausdrücklich vorbehalten worden. Da das Stift sich dem neuen Stern inzwischen zugewandt, bedeutet diese ausführliche Bestätigung in der Urkunde des jungen Staufers, die vorbehaltene Ratifikation des königlichen Schirmherrn.

²⁾ Gfd. VII 137 und Oechsli 84 und 199 ff. Vgl. dazu Gfd. XI 190 ff., woraus hervorgeht, daß im XIV. Jahrh. alle Bewohner des Tales, auch geborne freie Unterwaldner, das Talrecht beschwören mußten.

³⁾ Ich habe schon oben, S. 23, darauf hingewiesen, daß ich die Urkunde von 1241 (nach 14. August) Gfd. LI., S. 51, in diesen Zusammenhang bringe, was übrigens von jeher angenommen wurde. Nur erblickte man früher, nach dem Vorgange des Klosterchronisten P. Ildefons Straumeyer in den nicht näher benannten Ausstellern der bloß in einer schlechten Übersetzung erhaltenen Urkunde die Gebrüder Stangelin, die bis 1210 die abgetauschten Grafenortgüter als Erblehen von Muri innehatten und mit einer Besetzung in Gersau entschädigt worden waren. Oechsli Reg. 103, sieht in ihnen aber richtig «die Leute am Niederberge». Die Übersetzung spricht nun freilich nicht von Leihherrschaft, sondern von «einiger Gerechtsame», welche die Aussteller behaupteten, auf «die Güter im thal Engelberg, welche Niderberc genennet werden und wegen der sie das Closter offermals beschwäret haben und die sie endlich abgetretten und Maria der

kommen Jahrhunderte lang ihrer freien Herkunft bewußt geblieben, haben Schritt für Schritt ihre Freiheit zurück erkämpft und endlich die Durchbrechung der Grenze und den Anschluß an das freie Land Nidwalden errungen¹⁾.

Der Preis für den Verzicht der Habsburger auf jeden Einfluß innert dieser engern Muntat, war offenbar die Aufgabe der klösterlichen Immunitätsansprüche, soweit sie die Grafschaftsrechte berührten, außerhalb dieser Grenze²⁾. In der Öffnung des engel-

glorwürdigen Jungfrauen vergabet ... samt allem Recht mit Einwilligung unser Gemahlen und anderen Befreundten, daß das Closter sie ohne alle Widersprechung ewiglich frey besitzen solle.» Sie versprechen das unter Bannstrafe und bitten Abt und Konvent demütig um Verzeihung.

Nach der vorigen Anmerkung erklärt es sich, warum von Gütern die Rede ist. Es handelt sich offenbar zunächst um Englertz und wohl auch um die von den Froburgern zu freiem Erblehen ausgegebenen Güter in Ottnei (Mettlen).

¹⁾ Die Urkunden von 1392, 1392, 1403 (Gfd. LV 201 ff.), zeigen die Besitzer von Ottnei deutlich in engsten Beziehungen zu Nidwalden und ihre Bestrebungen, die Härte des Talrechtes zu erleichtern. In der Aufstandsbewegung von 1413 scheinen diese Leute am Niderberg eine Hauptrolle gespielt zu haben. Während aber die Talleute auf das mit Nidwalden eingegangene Landrecht damals wieder verzichten mußten, nennen sich die von Ottnei, am Engelhartz und am Geren 1427, 6. Dez., wo sie das drückende Erbrecht des Klosters loskaufen, Landleute zu Unterwalden nid dem Kernwald. Und die Grenzbereinigung vom 20. Dez. 1435 brachte diese Gebiete endgültig unter die Jurisdiktion Nidwaldens, die sich schon 1409, 29. Nov. (Urk. Alplade Trübsee) auf das rechtsufrige Alpengebiet ausgedehnt hatte. Die volle Emanzipation dieser Güter von der Grundherrschaft gelang erst nach Jahrhunderten. Nach langen Streitigkeiten tritt das Kloster seine Fälle, Erschätze und Zinsen auf den Gütern Ottnei, Ober- und Untermettlen, Gerbermattli, Flüomattli, Boden, usser Mattli, Geißmattli und Geren auf dem rechten Aaufer, sowie auf Ober- und Unter-Englertz 1686 an den Stand Nidwalden ab. Gleichzeitig wurde die kirchliche Grenze der Jurisdiktionsgrenze von 1435 angepaßt und der Nidwaldner Besitz innert der Beinstraße endgültig der Pfarrei Wolfenschießen unterstellt. Als Rechtsnachfolger Engelbergs bezog Nidwalden die Fälle und Erschätze bis 1707. (Akten St.-A. Nidwalden.)

²⁾ Auch in den Zürcher und Aargauer Dinghöfen konnte das Kloster nur die niedere Gerichtsbarkeit bis ans Blut behaupten. Vgl. die Öffnung

bergischen Hofes Buochs erscheint die hohe Gerichtsbarkeit über die Gotteshausleute deutlich bei der Grafschaft. Nur das Privileg, daß der Besitz eines Totschlägers nicht dem «freien Richter» verfallen darf, sondern an die Erben übergeht, erinnert — wie im murbachischen Hofrecht von Stans — an eine Ausnahmestellung gegenüber dem gemeinen Landrecht¹⁾. Und parallel mit der Steigerung der alten Hofgesetze im Talrecht von Engelberg, können wir eine Abschwächung der grundherrschaftlichen Machtfülle in den außerhalb jener Immunitätsgrenze gelegenen Gütern seit jener Zeit deutlich verfolgen.

Das Kloster hatte noch 1229 die Schirmvogtei dem jungen deutschen König Heinrich VII. übertragen und dieser 1233 auf Wunsch des Abtes, den Walther von Hochdorf zu seinem Vertreter bestimmt²⁾. Nach Heinrichs Ungnade und Absetzung³⁾ ging die Vogtei nicht auf seinen Bruder König Konrad über. Erst zur Zeit des Ausbruchs des großen Prinzipienstreites erkor das Stift wieder einen Schirmvogt in der Person des Konstanzer Bi-

von Wetteschwil, Seldenbüren und Stallikon. (Grimm I 38 ff.) und die Öffnung von Fislisbach, einer ebenfalls ältesten Besitzung, «wo umb die usgenommen sachen, das sind blütend wunden und düpstal und falsches mes und das dem man an sin hals gat und der dem andern frevelt under rußigem rafften und umb nachtz heimsûchen und was uf der lantstraß gechicht, sol ein lantgraf richten.» Gfd. LI 114. Vgl. Kopp II 1, 217, Anm. 7.

¹⁾ Gfd. XXXIII 69. Vgl. Oechsli 94 und 121.

²⁾ Urk. 1229, 18. Mai. Gfd. LI, S. 23 und 1233, 11. Jan. Gelnhausen l. c. 27. An ein zweites datumloses Exemplar der letztern ist ein gleichzeitiger Pergamentzettel angenäht, mit dem Datum: «apud Hagenowe iiij non. Decemb. Indict. VI,» also 2. Dez. 1232. Vgl. Versuch e. urk. Darst. d. Stiftes Engelberg. S. 68, Anm. 5. Im Gfd. fehlt ein Hinweis auf diese Ausfertigung, die sich wörtlich mit der andern deckt. Beide beschränken das Mandat auf die «bona ecclesie memorate in Argogia». Da aber damals die Aargau- und Zürichgaugrafschaft unter den Erben Rudolfs des Alten verbunden waren (vgl. oben S. 55), bezieht sich das Mandat wohl sicher auch auf Unterwalden.

³⁾ Juli 1235.

schofs Heinrich von Tann (1235—1258)¹⁾. Unter diesem letzten Engelberger Vogt, der in schwerer Zeit, mit eigenen Kriegen vollauf beschäftigt, nicht die Macht besaß, die Präensionen seines Schützlings zu wahren, geschah jener endgültige Ausgleich mit dem Schweigsamen. Die Früchte dieses Ausgleiches kamen zwar nicht mehr für lange der Grafschaft zu, sondern den sich zu freien Landleuten entwickelnden Grafschaftsleuten und den ehemaligen Engelberger Hörigen.

Zu Anfang des XIV. Jahrhunderts waltete ein Laienbruder als Pfleger des Buochser Hofes und sucht denselben noch abzurunden²⁾. Aber im Hofrecht, das nicht lange darnach entstanden sein kann³⁾, steht der Hofgemeinde das Recht zu, den Gottes-

¹⁾ Gfd. LI 49. Vgl. oben S. 30, Anm. 4.

²⁾ Gfd. LII 194. Das erworbene Gut im heutigen Beggenried soll «ewiklich hören in den Hof ze Büchs».

³⁾ Der Druck Vogels im Gfd. XXXIII 69, erweckt merkwürdige Zweifel, denn im Stifts-Archiv Engelberg ist seit alter Zeit nur eine Abschrift von J. Rudolf Heß, Kanzler unter Abt Joachim Albini (1694 bis 1724) bekannt. Stift.-A. R. 22 IV. Nach dieser Abschrift ist auch die Kopie in Straumeyers Annalen IV 663. Dieser setzt zur vorgesetzten Jahrzahl 1400 ein berechtigtes Fragezeichen und schreibt: «Originale, uti testatur a. rev. P. Carolus (Breni † 1754) erat in einem alten Rodel so von etwelchen ablangen Bletteren bestanden und ich nach vielem Suchen nicht hab finden können. Forte combustum est in cella laudati Patris Caroli (im Klosterbrand 1729).» Der Abdruck im Gfd. macht den Eindruck, als ob er nach dieser alten Vorlage erstellt sei, allein ein genauer Vergleich mit Heßens Kopie erweckt den Verdacht, als habe man nur künstlich die Sprache wieder herstellen wollen und die Orthographie archaisiert. Vogel gibt auch, Gfd. XXXIII, den Fundort nicht an und zur Art und Weise, wie jeweilen im Gfd. Urkunden ediert wurden, könnte es stimmen. Inhaltlich stimmt der Abdruck und es hat schließlich bei der unzweifelhaften Echtheit des Inhaltes, nicht so viel zu sagen, ob die direkte Überlieferung auf einer Kopie des XV. oder des XVIII. Jahrh. beruht. Die Urredaktion weist unzweifelhaft auf frühere Verhältnisse, als das XV. Jahrh. Die Jahrzahl anno 1400 mag nun in der Vorlage gestanden haben, oder eine Datierung des Kanzlers Heß sein, für die Würdigung des Aktenstückes kann das nicht wesentlich in Betracht fallen, ob die wenigen Lesefehler einem Kopisten des XV. Jahrh. oder dem Sammler

hausammann selber mit Zweidrittelmehrheit zu küren. Das Kloster ist verpflichtet, ihn zu bestätigen. Und damit Hand in Hand geht die allmähliche Auflösung der Hofordnung. Die Schupposen werden zerteilt. Die Jurisdiktion des Ammanns scheint sich im Hofrecht nur noch auf die dinglichen Rechte über die Hofgüter zu erstrecken. Von persönlicher Abhängigkeit der Gotteshausleute keine Spur. Der Fall, ursprünglich ein persönliches Abhängigkeitszeichen, lastet nur noch in der abgeschwächten Form des Besthauptes mit gespaltnem Fuß auf jener Hofstatt, welche die ursprüngliche Schupposeneinheit vertritt.

Der Hof Buochs scheint der Mittelpunkt des geamten Engelberger Besitzes in Nidwalden gewesen zu sein. Wenigstens lassen die im Hofrecht genannten Grenzen: die Treichialpen¹⁾ und das Tal Engelberg keinen Platz für einen zweiten selbständigen Dinghof Wolfenschießen²⁾.

* * *

des XVII. zur Last fallen. — Für die Datierung aus dem Anfang des XIV. Jahrh. stimmt nicht nur die Sprache, die in der Kopie deutlich durchklingt, vor allem auch die Erwähnung des «freien Richters». Später, zur Zeit der vollendeten Befreiung, hätte man sicher dafür den «Landammann» oder das «Gericht der Landleute» nennen müssen. Überhaupt stehen die dargestellten Verhältnisse im allgemeinen durchaus im Einklang mit dem Entwicklungsstadium des Luzerner und Münsterer Grundbesitzes in den Quellen des beginnenden XIV. Jahrh.

¹⁾ Der auch in der erwähnten Abschrift Heßens vorkommende offenbare Schreibfehler Srenchi, kann mit Oechsli nur auf «Trenchi» (die Treichialpen auf der Wasserscheide gegen Obwalden) gedeutet werden.

²⁾ Der Hof Wolfenschießen spuckt seit Kopp in allen Darstellungen. Wir haben jedoch über einen solchen keine einzige direkte Nachricht, was bei der Reichhaltigkeit des Engelberger Archives mindestens verwunderlich wäre. Nun sagt das Hofrecht von Buochs ausdrücklich, daß alle Engelberger Gotteshausleute vor dem dortigen Ammann zu Gericht stehen, bis am Srenchi (lies Trenchi). Und es ordnet anderseits die Straßenfreiheit des Klosters bis zur Engelbergergrenze. Der Hof Buochs war also offenbar die Zentrale der Villikationsverfassung für alle Engelberger Leute im Gebiete Nidwaldens. Die Ursache der Annahme eines Hofes Wolfenschießen liegt in dem Ammantitel, der in der Familie von Wolfenschießen seit 1275 vor-

Die eingehende Untersuchung über die Grundherrschaften und die Immunität, hat uns scheinbar von unserem Thema abgeführt. Sie war unumgänglich zum Beweise unserer These: daß die Landgerichtstätte zu Wisserlen der Ausgangspunkt unserer politischen Entwicklung war.

Wir sahen, wie eine genaue, unbefangene Würdigung der Quellen in Unterwalden ein viel ausgedehnteres Verwaltungsgebiet des Landgrafen übrig läßt, als man früher anzunehmen geneigt war. Wir sahen, wie die hohe Gerichtsbarkeit, trotz der Immunitäten, faktisch fast ausnahmslos bei der Landgrafschaft geblieben ist, und wie die historische Wirklichkeit mit den doktrinären Gegensätzen von Grafschaft und Vogtei oft ein bloßes Spieltrieb. Wir können sogar erkennen, wie die Kirchenvogtei, die als richterliche Beamtung der eximierten Immunitätsherrschaft die Aufhebung der landgräflichen Rechte bedeutete, sobald sie in die Hand der Grafen gelangte, dem Landgericht selbst neue Elemente zuführen konnte: die ursprünglich rechtlosen, in der Willkür ihres

kommt und später ein erblicher Bestandteil ihres Namens geworden ist. Man könnte nun aber vermuten, daß die Wolfenschießen diesen Titel, der erst in ihrer dritten Generation auftritt, vom Hofe Buochs führten. Denn er tritt gerade in jener Zeit auf, als die Ritter von Buochs — die Oechsli freilich ohne Beweise als Inhaber des ebenfalls nicht konstatierten Meyeramts Buochs ansieht — im Erlöschen begriffen sind. Zwar fällt das erste Auftreten Walters v. Wolfenschießen als Ammann noch mit dem allerletzten Auftreten Ritter Johanns von Buochs zusammen. (Gfd. LI 09; Kopp, Urk. II 136 und Gfd. VII 162.) Und 1279 verschwindet mit Walther der Ammantitel wieder und tritt erst 1327 wieder auf, wo das Ammannamt in Buochs wohl schon Wahl-, nicht Erbcharakter besaß. Es liegen nun überhaupt keine zwingenden Gründe vor dem Ammantitel der Wolfenschießen einen hofrechtlichen Ursprung zuzuschreiben. Alle Familienglieder, die ihn führen, sind zum Teil nachweislich Landammänner, zum andern Teil können sie als solche, bezw. als Ammänner des Landgerichtes in dem unten erörterten Sinne zwanglos gedeutet werden. Der erste, Walther, heißt im Jahrzeitbuch von Wolfenschießen ausdrücklich «ein Ammann in dem Landt» und wenn Ulrich der Ammann von Wolfenschießen I, der von 1348 an unbezweifelbar Ammann des Landes Nidwalden ist, 1356 appositionsweise auch als «unsers gotzus

Herrn stehenden Leibeigenen, die erst durch Schaffung der Immunität und Kirchenvogtei einen Gerichtsstand gewonnen hatten. Die Vereinigung der Kriminaljustiz für Freie und Eigene hat den ersten Grund gelegt zur spätern Ausglei chung der Stände.

Als Niedergerichtsgemeinden, als Freiamts genossen können freilich nur die Vollfreien in Betracht kommen. Für dieselben bietet sich aber nicht nur außerhalb, sondern — entgegen der ältern Theorie — auch innerhalb der Grundherrschaften Raum. Bezüglich der Hofgenossen, die neben dem Leiheland ihr Eigengut bewahrten, bezüglich der Benefizien- und Precarieninhaber.

Da unser gesamtes Privaturkundenmaterial dieser Zeiten aus Klosterarchiven stammt und als Beweis für klösterliche Besitzansprüche aufbewahrt worden ist, dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir über den freigebliebenen bauerlichen Grundbesitz wenige direkte Nachrichten haben und selbst die Erwähnung freier Bauern

(Engelberg) amptman » bezeichnet wird und schon seit 1341 mehrfach in Beziehungen zum Kloster urkundet, die sich auf eine solche Stellung deuten lassen, so würde das eigentlich nichts anderes beweisen, als daß die Hofleute von ihrem Wahlrecht Gebrauch machend, den Landammann zu ihrem Hofammann wählten und daß der Abt, den Verhältnissen weichend, diese Wahl bestätigte. Und wenn Ulrich II. 1401 im Immunitätsbezirke Engelbergs die Blutsgerichtsharkeit als Vertreter des Abtes ausübt (Gfd. LV), so ist das wenigstens kein Beweis für einen Hof Wolfenschießen, da die Jurisdiktionsgrenzen zwischen Engelberg und Nidwalden damals schon scharf geschieden waren. Oechsli führt zwar noch ein zweites Argument für die Existenz eines Dinghofes Wolfenschießen an: das Zugrecht der stößigen Urteile des Hofes Buochs nach Buochholz unter den Apfelbaum. Er meint, daß darunter Buochholz zu Büren ob dem Bach gemeint sei und daß dort die Dingstätte des Wolfenschießen Hofes gewesen sei. Nun heißt wirklich eine Allmend zu Buochholz heute noch der Hof, aber dieser Hof Büren war nicht engelbergisch, sondern im Jahre 1361 nachweisbar Habsburger Lehen (Maag, Quell. z. schw. Gesch. XV 1, S. 585). Daß es sich bei dem Zugrecht um eine Engelberger Dingstätte handeln muß, ist klar, es ist aber wahrscheinlich die Dingstatt eines der Höfe am Albis gemeint. Im Engelberger Talrecht z. B. geht der Zug vom Talgericht zuerst in den Hof Buochs, dann in den Hof Urdorf.

so spärlich ist. Freie Grafschaftsleute nennt ausdrücklich die erwähnte Urkunde Rudolfs des Schweigsamen von 1240¹⁾. Vollfreie können wir deutlich in jener Familie «von Kerns» erkennen, die schon zu Anfang des XIII. Jahrhunderts Güter in Kerns von Beromünster inne hatte. Beim Übergang dieser Erblehen auf eine Seitenlinie, wurde die Erblichkeit ausdrücklich auf so lange beschränkt, als die Inhaber freien Standes seien oder St. Michaelsleute²⁾. Da Freiheit ausschließlich Geburtstand war, durch Mischehe wohl aus Freien Gotteshausleute werden könnten, aber nicht umgekehrt, weil die Nachkommenschaft stets der «mindern Hand» folgte, so ist die damalige Zugehörigkeit dieser Lehenträger zum Stande der Gemeinfreien sicher gestellt. Auch die «freien Zinser», die «liberi censarii» in Roren, Ellenbrunnen im Melchtal, in Ramersberg (?) und auf Mutterschwand, welche die Acta Murensia anführen, haben wohl durch ihre Zinspflicht ihren freien Stand nicht gemindert³⁾. Dies sind die einzigen direkten Nennungen. Schon Oechsli hat aber in jenen Landleuten, die im zwölften, dreizehnten und zu Anfang des vierzehnten Jahrhunderts selbständig über Grundbesitz verfügen und sogar ausdrücklich Allodien erwerben, Gemeinfreie erkannt⁴⁾. Er hat auch aus späterem Material glaub-

¹⁾ Oben S. 83, Anm. 2.

²⁾ Urk. 1234: Propst Wernher und das Kapitel von Beromünster übergeben: «bonum in Wingarslo amme Staphile et in Richeswile situm, quod nobis Uol. de Cherns resignavit Ar. patruī sui filio et a se progenitis quamdiu libere condicionis vel de familia ecclesie nostre extiterint sub eodem iure, quo predictus Uol. possidebat... ea tamen condicione apposita, quod si sepefatum bonum ad alios qui de familia alterius ecclesie sint vel cuiuspiam comitis vel alterius secularis persone fuerit devolutum ad nos, omni reclamacione cessante, revertatur.» U.-B. Beromünster I 110. — Der gleichen Familie gehörten wohl der gleichzeitige Beromünsterer Chorherr Petrus v. Kerns (1230—1250) und der unten genannte Magister H. v. Kerns an.

³⁾ Kiem, Acta, S. 82. Vgl. oben S. 79, Anm. 1.

⁴⁾ Oechsli, S. 184 ff. Dazu darf man wohl auch jenen «her Wernher von Sachseln» rechnen, der nach einem Eintrag ins alte Meßbuch den Zehnten von seinen Bäumen der Kirche Sachseln vergabte hatte (Urk. 17. Febr. 1457.

würdige Rückschlüsse gezogen und insbesondere an den «freien Zehnten» in Sarnen und Sachseln und an den Namen der Dorfkorporation Sarnen «Freiteil» erinnert¹⁾. Wir sahen auch bereits, wie in der zweiten Hauptgemeinde Obwaldens, in Kerns, außerordentlich viel freier Boden vorhanden gewesen sein muß. Der Umstand, daß die ausdrücklichen Erwähnungen Freier meist Obwaldner Gebiet betreffen, ist kaum ganz zufällig. Hier, wo die Landgerichtsstätte war, lagen auch die Hauptzentren der Gerichtsgenossen. Und es erklärt sich so, wenn die Klage, die der Schweigsame 1247 an den Papst sandte, die aufständischen Grafschaftsleute unter dem Begriff der Mutterkirche des obern Tales zusammenfaßt.

Wir besitzen nun vielleicht doch einen Maßstab für die annähernde Schätzung der freien Gemeinde.

Es ist der Pfandrodel vom Jahre 1281, durch den König Rudolf, seinem Vetter Eberhard von Habsburg, neben den Steuern der freien Leute und der herrschaftlichen Höfe in Schwyz auch 50 Mark auf einen gewissen Tomanus de Röschenriet anweist²⁾. Der Pfandsatz haftete für den Kauf, den er acht Jahre früher von dem Vetter um dessen Frauengut und dessen eigenes Erbe «in Willisowe, Switz, Stans, Büchs, lüte und güt in den Waltstetten» getan und worunter sicher die landgräflichen Rechte inbegriffen gewesen³⁾. In dem Pfandsatz finden wir nun all jene gekauften Orte wieder eingesetzt. Nur Unterwalden wird nicht ausdrücklich genannt, aber Oechsli hat hiefür eine geistreiche Erklärung gefunden. Er erkennt in jenem Tomanus de Röschenriet einen 1275 urkundlich genannten Nidwaldner Thomas von

Gmdelade Sachseln, Gfd. XIV 261) und der wohl sicher identisch ist mit Wernherus de Sachseln, erstem Zeugen in der Urk. der Anm. 2. Über die Familie von Sachseln oder von Ödisriet, welcher der erste Landammann Unterwaldens angehört, vgl. meine Kunst- und Arch.-Denkmäler Unterwaldens, S. 260 und hier unten.

¹⁾ Oechsli, S. 186 und Reg. 747 und 795.

²⁾ Quellen z. schw. Gesch. XV 1, 133 und Anm. 8.

³⁾ Kopp II 1, 741 und zum Datum l. c. 595.

Retschrieden und erblickt in ihm den Repräsentanten der freien Gemeinde Unterwaldens, der als Bezüger der Vogtsteuer statt des Landes, hier aufgeführt sei¹⁾. Die Summe ist nur um einen Sechstheil geringer, als die Steuer der freien Leute von Schwyz²⁾. Schon Kopp fand in den Steueransätzen dieses Pfandrodeln einen Maßstab für das gegenseitige numerische Verhältnis der freien und unfreien Bevölkerung von Schwyz, indem er von der Annahme ausging, daß die Steuerlast der Freien und der Vogtleute nicht wesentlich verschieden war³⁾. Wir dürfen einen Schritt vorwärts versuchen.

¹⁾ Oechsli 103, Anm. 2. Kopps Vorschlag an Stelle «der sinnlosen Verschreibung» Tomanus de R.: «homines de Böschenrot» zu lesen, ist unannehmbar, da die hohe Summe nicht zu jenem kleinen Orte am Zugersee, der zudem ein Beromünsterer Hof war, passen könnte. So hat denn auch F. v. Wyß, der anfangs Kopps Konjektur zugestimmt hatte, Oechsli's Erklärung sich zugeneigt (Abh. I. c. 215, Anm. 1). Ebenso Maag, Habsb. Urbar, Quellen z. schw. Gesch. I. c. Beachtenswert ist auch die Reihenfolge: An der Spitze steht Thoman von Röschenriet mit 50 Mark, dann folgen «de liberis hominibus de Switz marcas 60, item de valle Hasle marcas 40», erst nachher die grundherrlichen Einkünfte des Froburger und Kiburger Hofes zu Schwyz, von Art, Sempach, Willisau und Lenzburg. Die Einschubung von Hasli zwischen die freie Steuer und die grundherrlichen Einkünfte zu Schwyz, beweist eine systematische Gruppierung. Die Summe Röschenriets, die mit der Freiensteuer der Schwyzer und der Reichssteuer von Hasli an der Spitze steht, weist auf eine Gleichartigkeit mit jenen Abgaben.

²⁾ Es ist freilich nicht undenkbar, daß in dieser Summe auch die Zinserträge der von Graf Eberhard 1273 an den König verkauften Eigengüter in Stans und Buochs inbegriffen waren. Von wesentlichem Einfluß auf unsere Ergebnisse könnte das nicht sein, denn der Verkauf kann nur seine Hälfte an dem laufenburgischen Eigengut betroffen haben. Von der andern Hälfte, die im Besitz seines Neffen Rudolf und dessen Sohns nachweisbar, wissen wir aber, daß sie nur in uneinträglichem Ministerialgut (Gfd. LIII, Urk. v. 1300) und in einem Lehenrecht zu Bachtal (Sachsels?) bestand (Laufenburger Lehenverzeichnis v. 1318, Quell. z. schw. Gesch. XV 1, 762).

³⁾ Kopp, Gesch. II 1, S. 331, Anm. 2.

Man weiß, daß im «Freiamt» Affoltern jeder Freie dem Landgrafen nebst einem Viertel Hafer und einem Fastnachtshuhn zwei Schilling zu Vogtsteuer schuldete¹⁾. Berechnen wir nach diesem Maßstabe die Vogtsteuer der freien Schwyzer von 60 Mark²⁾, so kommen wir auf 1530 freie Männer, was mit der Truppenzahl von 1500 Mann, welche die Schwyzer im Jahre 1289 dem König Rudolf zum Zuge nach Besançon stellten, überraschend genau stimmt³⁾. Nach gleicher Berechnung ließe die Steuer Thomans von Retschrieden auf 1275 freie Unterwaldner schließen — genauer ausgedrückt freie Familien, denn vogtsteuerpflichtig war nach der Öffnung des zürcherischen «Freiamts» der Selbsthaffe, das selbständige Haupt einer Haushaltung, im weiteren Sinne der Grundbesitzer, da die Freiheit der Person und des Gutes ja zusammenhing.

Diese Zahlen mögen auffallend groß erscheinen, wenn man die allgemeine Theorie von der Bevölkerungszunahme im Sinne hat. Für unsere schweizerischen Alpentäler gelten aber andere Maßstäbe als für das offene Land. Schon Oechsli hat die Überzeugung ausgesprochen, daß die Volkszahl der Waldstätte zur Zeit der Befreiung nicht wesentlich hinter der heutigen zurückgestanden⁴⁾. Das ist wohl etwas zu viel gesagt, denn allein von 1835 bis 1888 hat sich die Bevölkerung Unterwaldens um zirka 17 0/0 von 23,600 auf 27,600 Seelen vermehrt⁵⁾ und die Ent-

¹⁾ Grimm, Offnungen IV 391, besser Argovia 1861, 126. Für die Erklärung siehe v. Wyß l. c. 188 ff. und besonders Paul Schweizer, Quell. z. schweiz. Gesch. XV 2 571.

²⁾ Über die Wertverhältnisse, siehe Schweizer l. c. 301 ff., besonders aber S. 313, wornach um 1272 die Mark zu 51 ß Zürcher Münze taxiert war. Darnach habe ich berechnet; 1288 gingen schon 56 Zürcher Schilling auf eine Mark.

³⁾ Chronik des Math. v. Neuenburg, Böhmer Fontes IV 164 und Studer 24. Zur Sache vgl. Redlich, Rud. v. Habsburg, S. 629 ff.

⁴⁾ Oechsli l. c. 230.

⁵⁾ Aloys Businger, Kt. Unterwalden (Gem. d. Schweiz VI 1836) und schw. Ortschaftenverzeichnis, hgg. vom eidg. stat. Bureau (1895). Nach Konstantin Odermatt, Beiträge z. Gesch. Nidw. V. 7, hätte

wicklung der Hauptorte läßt sich seit alter Zeit konstant verfolgen. Die Landbevölkerung muß dagegen ziemlich gleich geblieben sein ¹⁾, wahrscheinlich war sie sogar im Mittelalter noch größer, als nach den großen Pestepidemien ²⁾. Nicht wenige im XIII. Jahrhundert nachweisbare Siedelstätten sind heute zu Alpen

die Bevölkerung Nidwaldens 1743: 7813; 1799: 8496; 1836: 10,203; 1850: 11,339; 1860: 11,561; 1870: 11,700 und 1880: 11,992 Seelen betragen. Die älteste dieser Angaben, deren Quelle ich nicht zu entdecken vermochte, ist, wie auch die Zählung aus der Helvetik, mit Vorsicht aufzunehmen. Die Zahlen sind unbedingt zu tief, sie würden eine Vermehrung um 30% in der Zeit von 1743 bis 1836, also in einer Zeit der tiefsten Stagnation und der schwersten politischen Katastrophen ergeben. Das ist unmöglich, wenn die seitherige Vermehrung, die durch Freizügigkeit und wirtschaftlichen Aufschwung bedingt war, nur 17% beträgt. Dass es sich bei der Zählung von 1743 um die Kommunikanten, nicht um die gesamte Bevölkerung handelt, beweist übrigens die Detailziffer 3832 für die Pfarrgemeinde Stans. Schon 1691 wird nämlich offiziell die Kommunikantenzahl von Stans auf 3800 angegeben (St.-A. Nidwalden, Akten Landesstreit). Dies ist zugleich ein Beweis für die Stabilität vor dem XIX. Jahrh. Die Zahl entspricht nämlich ziemlich der Gesamtziffer von 4530 Seelen im Jahre 1835.

¹⁾ Das Dorf Stans hat sich seit 1835 bis 1888 von 1204 auf 2458 Einwohner vermehrt, die Pfarrgemeinde Stans aber von 4530 auf 5732. Der Überschuß fällt also ausschließlich auf den Dorfkreis. Der Freiteilkreis Sarnen von 1030 auf 1660, die Gemeinde Sarnen von zirka 3200 auf 3906. Die Vermehrung kommt also auch hier nur auf das Dorf und den Fabrikort Kägiswil. Buochs ist von 1150 auf 1464 Seelen angewachsen, Lungern infolge des gewonnenen Seelandes von 1400 auf 1758, Alpnach von zirka 1400 auf 1900, Hergiswil, dank der Industrie, von 740 auf 1346; das Dorf Stansstad von 372 auf 528. Dagegen ist in diesem Zeitraum die Volkszahl der Gemeinden Kerns, Sachseln, Giswil, Beggenried, Emmetten, Ennetbürgen und Dallenwil und merkwürdigerweise selbst Engelberg beinahe konstant geblieben und Wolfenschießen sogar um 10% zurückgegangen.

²⁾ Im Engelberger Tale standen nach der Epidemie 1349 mehr als zwanzig Häuser völlig ausgestorben (Gfd. VIII 111), 1469 saß zu Nieder-Rickenbach, das vom XII. bis ins XIV. Jahrhundert bewohnt war und das einen besondern Viertel der Ürte Büren bildete, niemand mehr haus-häblich. (Meine Kunst- und Arch.-Denkm. Unterwaldens 437, Anm. 1.) In der Pfarrei Stans starben 1453 502 Menschen, 1519 717, 1564 bei 800.

geworden¹⁾. Die Wohnstätten auf dem Lande zeigen in den Quellen eine merkwürdige Konstanz. Die Steuerrödel von Dallenwil-Wiesen-berg verzeichnen im Jahre 1460 110, 1482 103, 1532 118 steuerbare Wohnstätten²⁾, heute sind dort 103 Häuser. Ein Rodel von Buochs zeigt daselbst 1454 148 Hofstätten³⁾, heute sind in diesem Umkreis 176 Häuser und die Vermehrung kommt ausschließlich auf den modernen Aufschwung des Dorfes. So dürfen wir denn, unter einigen Vorbehalten, die heutige Zahl von 3670 Wohnstätten im damaligen Unterwalden — ohne Engelberg, Hergiswil und Kirsiten — einer Berechnung wenigstens zu Grunde legen. Wohnstätte und Haushaltung fällt ja in alter Zeit, wie der Einfamiliientypus des Unterwaldner Hauses zeigt, zusammen⁴⁾. Die 1275 vogtsteuerpflichtigen Familien-

1583 bei 700, 1595 in anderthalb Jahren wieder 500 (Auszüge aus dem Kirchenurbar Stans in der Chronik des Landammann Joh. Melch. Leuw), 1629/30 wurden daselbst innerhalb von 15 Monaten 796 Menschen dahingerafft (Sterbebuch Stans I).

1) So unter vielen Beispielen das obgenannte Ellenbrunnen im Melchtal, wo im XII. Jahrh. die *liberi censarii* Muris saßen.

2) Orig.-Perg. Ürtelade Dallenwil.

3) Orig.-Perg. Dorflade Buochs.

4) Das heutige Verhältnis der, wie wir glauben, ziemlich stabil gebliebenen Wohnstättenzahl zur Zahl der Haushaltungen, könnte daher direkt zur Basis einer ungefähren — freilich sehr ungefähren, denn die Familien waren sicher kinderreicher als heutzutage — Berechnung der Einwohnerzahl verwendet werden. Wenn die heutigen 5657 Haushaltungen in den mittelalterlichen Grenzen Unterwaldens einer Einwohnerzahl von 24,145 Seelen entsprechen, so würden die 3670 Wohnstätten auf eine mittelalterliche Volkszahl von zirka 15,600 Seelen schließen lassen. Und im alten Lande Schwyz, ohne Art und Lowerz, würde die gleiche Berechnung zirka 8700 Seelen ergeben. P. Wilh. Sidler, die Schlacht am Morgarten, S. 136 ff., greift sicher viel zu tief, wenn er die Volkszahl nur auf ein Viertel der jetzigen, auf zirka 4500 Seelen zur Zeit der Befreiung einschätzt. Wie inkonsequent die Kirchenbücher, wie unzuverlässig alle «Volkszählungen» vor dem XIX. Jahrh. sind, weiß jeder, der sich mit solchen Fragen beschäftigt. War doch, abgesehen von der Ungenauigkeit der Erhebung, die sich aus unmöglichen Zahlen bei Meyer v. Knonau der Kt. Schwyz 88 ff. und Sidler l. c. ergibt, ein beträchtlicher Teil der

häupter ließen demnach auf den freien Stand allermindestens eines vollen Drittels der Gesamtbevölkerung schließen¹⁾.

* * *

Über die Organisation der freien Gemeinde in Unterwalden besitzen wir leider keine sprechenden Zeugnisse wie in Schwyz.

Bevölkerung im XVII. und XVIII. Jahrh. in fremdem Kriegsdienst abwesend. Absolut unzulässig ist es aber, die Ergebnisse der neuern Zählungen proportionell in ältere Zeiten zurückzurechnen. Denn die neuere Progression beruht auf absolut neuen Grundlagen, dem Übergang von Natural- zur Geldwirtschaft und zur Industrie. Sidler rechnet unter Annahme von 80% tauglicher Mannschaft, auf 6000 Seelen, die er mit Art und Lowerz annimmt, eine Wehrkraft von 1200 Mann und hält darum die Stellung von 1500 Schwyzern nach Besançon für unmöglich. Meine Annahme ließe unter gleichen Voraussetzungen zirka 1750 Wehrfähige zu.

¹⁾ Ein gewisse Probe für unsere obige Berechnungsart bildet die Erwähnung des Tales Hasli im Pfandrodel von 1281. Wir haben freilich keine anderwärtige Kunde von Rechtsamen der Habsburger auf diese anscheinend von Heinrich VII., dem Sohne Friedrichs II., privilegierte freie Talgemeinde und auch die Steuersumme von 40 Mark entspricht nicht der später bezeugten Vogtsteuer von 50 *℔*, wie sie später an die Weißenburger und an Bern bezahlt wurde. Aber das ist doch kein Grund zur Annahme Kopps (Gesch. II 1, 567, Anm. 5 und 7 und Anm. S. 345 von Pfeiffers Ausgabe des Habsb. Urbars), es sei für Hasle Agrei (Ägri) zu lesen, denn die Steuersumme von Ägri ist nach dem Urbar noch viel geringer, nur 8 *℔* phenning «weder mer noch minre» (Maag l. c. I 152). Auch F. v. Wyß l. c. 257 hat an der überlieferten Lesart festgehalten und eine Verpfändung der Reichssteuer von Hasle durch König Rudolf widerspricht den Verhältnissen keineswegs, nachdem das Tal offenbar gleichzeitig mit Bern 1274 aus dem savoyschen Schirm wieder ans Reich zurückgekehrt. Die Auffassung Kopps II 2 298 über die Tendenz des Bundes von Hasle mit Bern vom Jahre 1275 gewinnt durch die drohende Gefahr einer solchen Verpfändung an die Laufenburger an Glaubwürdigkeit. — Rechnen wir nun die 40 Mark, die der Pfandrodel Hasle zuweist, in obiger Art zu 2 *℔* pro Mann, so bekämen wir 1020 Steuerpflichtige. Die heutige Wohnstättenzahl ist 1010. Gerade beim Haslital aber dürfen wir behaupten, daß die mittelalterliche Einwohnerzahl der heutigen nicht viel nachgestanden sein kann. Wir brauchen nur an die vielen verschwundenen Dorfschaften im Aaregrund und im Lambachgebiet: Hinterluchern, Bürglän, Balm, Niederhusen, Kienholz etc.

Weder als Amts- noch als Familienname trifft man den Hunno. Die Weibel, die 1234 und 1275 in Urkunden vorkommen, sind nicht mit Sicherheit auf Unterwalden zu beziehen, da die Rechtsgeschäfte sich außer Landes abspielen¹⁾. Und der vorkommende Ammantitel ist so allgemein, daß er auch auf grundherrliche Beamten gedeutet werden kann. Nun finden wir aber in mehreren Urkunden aus der Mitte des XIII. Jahrhunderts neben dem Ammann Rudolf von Sarnen²⁾, verschiedene angesehene Leute des Laienstandes genannt, die den Titel «magister» führen. Diesen Meistertitel finden wir auch auf den vier erhaltenen Blättern des im XIII. Jahrhundert geschriebenen Jahrzeitbuches von Sarnen nicht weniger als vier mal ebenfalls weltlichen Personen zugeteilt³⁾.

Man hat den Ausdruck bisher verschieden gedeutet. Teils als akademischen Grad⁴⁾, teils offenbar auf eine Stelle der *Acta Murensia* gestützt, als Meistersenn⁵⁾. Ersteres ist durch die Häufig-

zu erinnern, welche die Zunahme Meiringens wohl paralysieren können. Die Feuerstättenzählung von 1559 und 1653, welche fürs Amt Oberhasle nur 291 bzw. 360 Feuerstätten nennt (!!), kann nach dem mir bekannt gewordenen Urkundenbestande unmöglich richtig sein (vgl. die unter Vorbehalt der Redaktion gedruckte Arbeit Lauterburgs in Mitt. d. bern. stat. Bureau 1892 II).

¹⁾ Vgl. Oechsli 122, Anm. 1.

²⁾ R. minister erscheint schon 1252 als Zeuge einer zu Sarnen ausgestellten Urkunde Graf Gottfrieds von Habsburg. Abgedr. Geschfrd. LI, S. 60, Hergott II 300.

³⁾ Jahrzeitbuch Sarnen von zirka 1260, abgedruckt, aber durchaus nicht zuverlässig, Geschfrd. XXI, S. 187—199. Die folgenden Stellen nach dem Original, sämtlich von ältester Hand:

(19. Okt.) Berchta filia magistri H. de Sarnon, dazu (7. Nov.) H. cellerarius de Sarnon.

(9. Nov.) magister H. under der Flû, Anna uxor sua, Joh' filius suus.

(6. Nov.) Ita de Sarnon, filia magistri Waltheri, dazu (5. Dez.) dominus Walt' cellerarius de Sarnon.

(28. Nov.) H. filius magistri C. an der Spilstete.

⁴⁾ Am bestimmtesten Kiem, Gesch. d. Pfarrei Sarnen, Jahresber. d. kant. Lehranstalt 1865/66, S. 12.

⁵⁾ Gfd. LI, 82 nach Straumeiers Annal. Engelb. I 358 und auffallenderweise auch Steinacker, Reg. Habsb. Nr. 289. Über dem magister peccorum der *Acta Murensia*, Kiem l. c. 84.

keit des Titels unmöglich, letzteres ebenso unglaublich, da es sich um sozial höchstgestellte Personen handelt, deren Nachkommen teilweise ritterlich geworden oder den Junkertitel führen.

P. Martin Kiem scheint instinktiv den Amtscharakter des Titels erkannt zu haben, wenigstens führt er — freilich ohne Erklärungsversuch und inkonsequent, da er nicht alle nimmt — drei dieser *magistri* unter den grundherrlichen Amtleuten auf¹⁾. Das Urkundenbuch der Stadt und Landschaft Zürich enthält nun vollgültige Beweise dafür, daß wir es wirklich mit einer Amtsbezeichnung zu tun haben. «Magister» erscheint dort in mehreren Kiburger Urkunden als synonym oder wenigstens begriffsverwandt mit «Minister»²⁾.

Der Inhalt unserer Obwaldner Urkunden steht zwar mit einer Amtshandlung nicht in Beziehung und gibt uns auch keinen direkten Anhalt, den Amtscharakter jener *magistri* zu erkennen. Im Juni 1257 erwirbt der Meister Heinrich von Kerns von den Freiherren von Wolhusen ein Gut in Alpnach, das bisher als ritterliches Benefizium anderwärts verliehen gewesen, zu vollem freiem Eigen. Unter den Zeugen wird auch ein Meister Kuno ab der Matten genannt³⁾. Vermutlich im Oktober gleichen Jahres

¹⁾ Gfd. XXVIII 229.

²⁾ Vgl. Z. U.-B. II, Nr. 499, S. 2, *magister Uolricus procurator noster in castro Badin* (1235, 10. April). Dazu Nr. 562, 569, 606, 690, wo derselbe abwechselnd als *minister* und *officialis* aufgeführt wird. Dasselbst III, Nr. 987, kommt vor *magister Heinricus de Wangen, minister illustris viri H. comitis de Kiburg* (1256, 11. Dez.). Der schon 1250 als «*minister domini H. comitis de Chiburg*» auftretende «*Hugo dictus ante Stegi*» (II, 795), nennt sich 1257, 20. Mai: «*magister Hugo dictus de Stage, minister illustris domini comitis de Kiburg in Windegge*» (Hergott II, 334). Z. U.-B. IV, Nr. 1454, führt zum 11. Febr. 1271 neben «*meistir Noge von Chlingenowe*» einen «*meistir Rüdolf der ammann*» auf, welch letzterer ohne den Meistertitel schon in einer Urk. vom 21. Febr. 1270 als «*amman*» (Walthers von Klingen?) auftritt (l. c., Nr. 1432). Vgl. dazu auch in der freilich viel früheren Zürcher Urkunde von 950—954: «*Cundilo minister magisterque*» (Z. U.-B. I, Nr. 199).

³⁾ Gfd. LI 80: 1257, mense Junio: «*Noverint etc. . . . quod nos Waltherus et Marquardus fratres de Wolhusen cum consensu puerorum nostrorum predium nostrum situm apud Alpinach in Intramontanis, per*

treten die Grafen Gottfried, Eberhard und Rudolf von Habsburg demselben Meister Heinrich von Kerns, den Meistern Burkhard von Zuben und Heinrich im Prato (ab der Matten?), dem Ammann Rudolf von Sarnen und drei andern Landleuten ihre Güter in Alpnach, Kägiswil und Sarnen zu freiem Eigen ab, unter ausdrücklichem, durch ausführliche Bürgschaftsbestimmungen garantierten Verzicht auf jede Lehensherrlichkeit ¹⁾. Eine am 3. Oktober gleichen Jahres durch die Grafen unter denselben Garantien geschehene Abtretung und Freimachung eines andern Gutes

quod dilectus fidelis noster P. miles de Stritswandon infeodatus exstitit, cum ipsius ac heredum suorum consensu et favore, proprietatem ipsius feodi ad nos pertinentem sine dolo ac qualibet contradictione cessante, libere et absolute ad manus magistri Heinrici de Kerns vendicavimus» (so statt vindicavimus, in freien Stand setzen, nicht wie der Herausgeber meint, eine Verschreibung für «vendidimus»).

¹⁾ Gfd. LI 82. Noverint . . . quod nos fratres Gotfridus, Rüdolfus et Eberhardus comites de Habisbure predium nostrum situm in Intramontanis, apud Alpinach quatuor saraciorum, in Caginswile quatuor minus duobus solidis, in Sarnon decem saraciorum redditus et dimidio Uolrico Hasilario de Alpinach, magistro H. de Kerns et magistro Burcardo dicto de Zubun et Rüdolfo ministro de Sarnon, Cünrado de Einwile, Walthero de Obirndorf, magistro Heinrico im Prato, fidelibus nostris, sine dolo ac qualibet fraude, que mentibus hominum modo quolibet pronuntiari vel excogitari potest, nec non contradictione cuiuslibet cessante, et suis heredibus libere vendicavimus. Preterea dictum predium ubicumque titulo pignoris, seu quocumque obstaculo a nobis obstinatum vel obligatum exstiterit tenemur exsolvere, liberum ipsis et ab omni penitus impedimento resolutum erogare, quod si non fecerimus, prefatus Rüdolfus comes una cum advocato iuniori de Goizecon (Gerhard Vogt von Gösgen) et domino C. milite de Wulfelingen sine qualibet contradictione apud Sempach propriis expensis ibidem perfruendis in obstagium se tenentur presentare, de inde numquam recessuri, quousque dictum promissum effectui mancipetur. — Als Zeugen erscheinen die beiden Giseln: der junge Vogt von Gösgen und Ritter Konrad von Wülflingen, der Schultheiß von Sempach. Die undatierte Urk. ist von derselben Hand geschrieben, wie die obige Urk. vom Juni 1257; textlich entspricht sie ziemlich genau der folgenden Nummer vom 3. Okt., die aber von einem andern Schreiber stammt.

in Sarnen zuhanden des Ammanns Rudolf von Sarnen und seiner Genossen, nennt an der Spitze der Zeugen, — vor dem Ritter von Wülflingen, — den Meister H. von Husen¹⁾. Der letztere erscheint im Gefolge Graf Gottfrieds von Habsburg schon im Jahre zuvor, anlässlich eines Nidwaldner Verhältnisse beschlagenden Geschäftes²⁾.

Auffallend ist in diesen Urkunden die ausdrückliche Freimachung des Besitzes. Das deutet auf den freien Stand der Erwerber, wie denn wenigstens der eine dieser Meister, Heinrich von Kerns einer nachweislich freien Familie anzugehören scheint³⁾. In den Urkunden vom Oktober 1257 werden der Ammann Rudolf von Sarnen, die Meister Heinrich von Kerns, Burkhard von Zuben und Heinrich im Prato von den habsburgischen Landgrafen als ihre «Getreuen» bezeichnet; Meister H. von Husen steht schon 1256 in ihrem Gefolge. All das bestimmt mich zur Annahme, daß es sich nicht um grundherrliche Amtleute, sondern um Beamte der Landgrafschaft, um die Vorsteher der freien Gemeinde handelt⁴⁾.

Bei den übrigen Meistern ist eine Beziehung zur Landgrafschaft nicht nachzuweisen. Aber wir haben auch keine Gründe,

1) Gfd. XIV 242. 1257, 5. Okt. Lucerne in domo B. Stannarii. Unter völlig gleichen Bedingungen treten die Grafen «predium nostrum situm in Sarnon, novem seraciorum redditus» «Rûdolfo ministro de Sarnon, Cûnrado et Walthero de Margumetlon fidelibus suis» ab. Zeugen «magistro H. de Husen, C. de Vulfelingen sculteto de Sempach (im Texte Ritter genannt), R. Cholino».

2) Kopp, Urk. I 7. Urk. v. 1256, 6. August. Graf Gottfried bezeugt, daß Ritter C. von Wülflingen seine Ansprüche auf Erblehengüter am Bürgenberge (in monte qui dicitur an Burgen) vor dem Grafen Rudolf (IV.) von Habsburg bewiesen und mit Willen seiner Herren diesen Besitz an das Johanniterhaus Hohenrain abgetreten habe. «Presentibus hiis testibus T. et B. pincernis de Habspurk, magistro H. de Husen. Vgl. Steinacker Nr. 280.

3) Vgl. oben S. 92.

4) Auf eine landrechtliche Bedeutung weisen auch die Titel des «Meister Ulrich in der Rûti», der zirka 1300 am Gerichte im Twinghof Ludiswil, zu dem «die frie genoßsame» von Gundoldingen gehört, auftritt (Gfd. XXXVI, vgl. Segesser I 430, v. Wyß 212) und des «Meister Rûdolf, geheissen da Hindenan» 1278 in der Gegend von Ebikon (Gfd. II 67).

die vom Jahrzeitbuch Sarnen erwähnten «magister H. under der Flû» und «magister C. an der Spilstette» zum vorneherein als grundherrliche Amtleute anzusehen¹⁾. So wenig als die Nidwaldner Ammänner von Niderwil (zirka 1241) und Walther von Wolfenschießen (1275—79)²⁾. Freilich enthält das Sarner Jahrzeitbuch zwei weitere Beispiele von «magistri», die diesen Titel als einen allgemeinen Ehrentitel eines Beamten erscheinen lassen könnten, da er zwei murbachischen Kellnern von Sarnen zugelegt wird³⁾. Gerade der eine dieser Fälle scheint aber die engere Umgrenzung des Ausdrucks zu erweisen. «Herr» Walther, der Kellner von Sarnen — vielleicht identisch mit dem Zeugen W. de Sarnen einer Urkunde von 1252 — heißt im Jahrzeitbuch Sarnen als Vater einer vorverstorbenen Tochter «magister», im Jahrzeitbuch Seedorf bei seiner und seiner Gattin Jahrzeitstiftungen und anlässlich seines Todes «Ammann» und «Minister»⁴⁾.

¹⁾ Vgl. oben S. 99, Anm. 3, Magister H. under der Flû ist wohl sicher identisch mit dem H. underflû, der 1252 als Zinser eines von Gottfried v. Habsburg an H. Blasi verpfändeten Ziegerzinses erscheint. (Gfd. LI 51.)

²⁾ Über den Ammann von Niderwil siehe die Urkunde oben S. 23, Anm. 1 und Oechsli S. 184. Über Walther den Ammann von Wolfenschießen oben S. 90, Anm.

³⁾ Vgl. oben S. 99. Unter dem magister H. de Sarnon kann gewiß nicht der Ritter Heinrich der Kellner von Sarnen, Bürgermeister von Luzern 1297, verstanden werden, da dieser am 19. Januar 1313 noch am Leben ist, das Jahrzeitbuch Sarnen aber, d. h. dessen hier in Betracht fallende älteste Hand, jedenfalls noch tief ins XIII. Jahrh., zirka 1260, fällt. Es kann daher wohl nur der von 1229—1234 nachweisbare H. cellerarius darunter verstanden werden. Vgl. meine Bemerkungen und Stammtafel der Kellner, Anz. f. schweiz. Altertumskunde 1896, Nr. 2, «Die Burg Sarnen».

⁴⁾ Vgl. oben S. 99, Anm. 3 und Jahrzeitbuch Seedorf, schlechter Abdr., Gfd. XII 52 ff., besser Mon. Germ. Necrol. I 511 ff. Ich zitiere nach dem Original: (30. April) Valthher von Sarnon der amman an der brûga. (5. Mai) Walther minister de Sarne ob. (18. März) Anna uxor Waltheri dicti amman de Sarne (letztere beide Einträge von gleicher Hand). Die Identität der Persönlichkeit wird durch die Gleichzeitigkeit der Schrift in beiden

In diesem Falle steht auch der Zuteilung des oben erwähnten Ammanns Rudolf von Sarnen zur Kellnerfamilie, die schon durch den Vornamen wahrscheinlich ist, nichts im Wege und wirklich besteht durchaus kein Widerspruch zwischen der Bekleidung eines Kellneramtes und dem Gerichtsstand des Trägers vor Landgericht¹⁾. Grundherrliche Beamte gemeinfreien Standes scheinen zu jener Zeit im südlichen Deutschland nicht selten gewesen zu sein. Ist doch auch in Hartmanns von Aue «Armen Heinrich», der Meier des Dynasten ein «frier bure» und dessen Tochter gilt als ihrem Herren ebenbürtig, der «den fürsten gelich» bezeichnet wird²⁾.

Jahrzeitbüchern fast zur Gewißheit. Vgl. Anz. f. schw. Altertumskd. I. c. Die daselbst auf Grund des Korrekturbogens des Geschfd. LI gebrachte Korrektur, betreffend den W. de Sarnon der Urk. von 1252, muß ich dahin rektifizieren, daß dem W. in der Originalurkunde wirklich ein Abkürzungszeichen für die Silbe «er» angehängt ist, was aber die Deutung auf Walther durchaus nicht absolut ausschließt. Der Zuname «an der Bruoga» kann sich durch den Wohnsitz der Kellner von Sarnen erklären, den Hexenturm, der unweit der Brücke über die Aa steht.

¹⁾ Wenn nach der Urk. vom 10. Jan. 1313 Rudolf, der Sohn des Kellners Heinrich von Sarnen, unter dem Hofrecht von Luzern zu stehen scheint, indem der Almosner als Vertreter des Propstes von Luzern seinen Ehevertrag beurkundet, wodurch er seiner Frau nicht nur Gotteshausgüter, sondern auch Eigengut zu Leibgeding gibt (Gfd. I 70, vgl. Segesser I 54), so ist das nicht rückwirkend. Einerseits erklärt sich die Gerichtsinstanz durch seinen Wohnsitz in Luzern, wie denn ausdrücklich Luzerner Stadtrecht erwähnt wird, andererseits aber ist es gar nicht sicher, daß jene spätere Kellnerfamilie im Mannsstamm mit den ältern Kellnern zusammenhängt. Die Wappeneinheit mit den Obernau und Schauensee spricht eher für ein neues Geschlecht, dem Heinrich der Kellner und seine Nachkommen angehörten. Jedenfalls könnten die Alliancen, welche die Verwandtschaft mit jenen Familien bedingten, einen Einfluß auf den landrechtlichen Stand ausgeübt haben. Wir dürfen nie aus dem Auge verlieren, wie leicht sich durch eine einzige «Mißheirat», die gesellschaftlich und finanziell eine gute Heirat hedeuten konnte, die Standesverhältnisse der Nachkommen änderten.

²⁾ Vgl. H. Zeller-Werdmüller, «Hartmann der Dichter des «Armen Heinrich», ein Dienstmann der Freiherren von Tengen zu Eglisau», im Zürcher Taschenbuch 1897, 133 ff. Ein Noggerus (kiburgischer) villicus in Siggingen, vir libere conditionis in einer Urk. v. 1245 (Z. U.-B. II 131).

Ritterbürtig waren die Kellner von Sarnen in dieser Zeit sicher noch nicht¹⁾, so wenig als einer der andern dieser Ammänner und Meister²⁾. Wohl scheint sich die Lebensweise und soziale Stellung dieser Bauernaristokratie und der ritterlichen Ministerialen nahe berührt zu haben³⁾, wie auch Ehegenossenschaft zwischen ihnen bestand⁴⁾. Das Wort, das Tschudi dem Land-

1) Erst 1291 erscheint Heinrich der Kellner als Ritter. Vgl. meine angeführte Arbeit im Anz. f. schw. Altertumskunde 1896.

2) Die Ministerialität würde an sich schon in dieser Zeit die Fähigkeit zur Bekleidung einer landgerichtlichen Beamtung kaum ausschließen. Die Schöffenbarfreien des Sachsenspiegels verloren ihre Schöffenbarkeit durch den Eintritt in die Ministerialität nicht, sofern sie freies Allod besaßen, und um die Mitte des XIII. Jahrh. erlangten auch in Süddeutschland die ritterlichen Dienstmannen, selbst unfreier Herkunft, allgemein ihren Gerichtsstand vor dem Grafengericht (Schröder, Deutsche Rechtsgesch., 2. Aufl. 1894. S. 432 und H. Brunner, Gesch. und Quellen des deutschen Rechts in Holtzendorffs Encyklopädie der Rechtswissenschaft, 5. Aufl. 209 f. Vgl. über die schweiz. Verhältnisse, z. B. Schweizer l. c. 588, wo nachgewiesen, daß die kiburgischen Dienstmannen von ihrem Hofgericht den Zug an den Landtag hatten und dort eine entscheidende Rolle spielten).

In unsern innerschweizerischen freien Gemeinden scheinen die Freien gegen die Ministerialen ihr Standesrecht im XIII. Jahrh. noch behauptet zu haben. Darauf weist schon das Privileg König Rudolfs für die freien Schwyzer vom 19. Febr. 1291, daß ihnen kein Unfreier (*homo servilis conditionis existens*) zum Richter gesetzt werden solle. Und auch in Hasle finden wir erst im Jahre 1334 einen Ritter als Landammann. Wernher v. Resti, 1275, gehört zwar einer später ritterlichen Familie an, ist aber offenbar noch ein Gemeinfreier.

3) Darauf deutet auch die Führung des Titels «Herr», der in der Urschweiz schon im XIII. Jahrh. keineswegs eine Auszeichnung der Edelfreien oder der Ritter ist. Im Jahrzeitbuche von Sarnen wird der Titel «Dominus» und «Domina» zahlreichen keineswegs adeligen Personen zugelegt. Aber auch urk. Beispiele haben wir in der bekannten Urk. vom 7. März 1304 und im Bundesbrief der Urner und Schwyzer mit Zürich vom 16. Okt. 1291. Vgl. Oechsli 174.

4) Vgl. Schröder 451 und dazu über die Ehegenossenschaft der Freien von Nordikon mit Leuten des Ministerialenstandes v. Wyß und Schweizer l. c. Sicher sind die meisten unserer Rittergeschlechter gemeinfreien Ursprungs. Die Erlasse der Hohenstaufen von 1156 und 1187,

vogt in den Mund legt, daß die Bauern Häuser bauen, wie die Herren, hat sicher einen realen Hintergrund.

Oechsli, der den spätern ersten Landammann des selbständigen geeinigten Landes, Rudolf von Ödisried, als einen Freien erkannte, bezweifelte gerade deshalb, daß er den Turm von Ödisried bewohnt habe¹⁾. Dagegen ist zu beachten, daß er einen Turm im Siegel führt, und zwar nicht als heraldische Figur im ritterlichen Schilde, sondern im Siegelrund als ein — ich möchte sagen realistisches — Gebäude mit hölzernem Wohngaden und niedrigem Zeltdach, ein offenes Abbild seines Wohnsitzes²⁾. Bei den Lehengütern der freien Familie von Kerns, finden wir Ortsnamen, wenn auch keine Spuren mehr, die auf Steinhäuser deuten: in Richisbüel den Namen Schlöbli, beim Wingarslo den Namen Burg und so wohnten auch die Niderwil³⁾, wie die Retschrieden, die wir oben in Verbindung mit der freien Gemeinde gebracht, in Türmen⁴⁾. Die Wolfenschießen, deren Amtsnamen ich am

welche den Bauernsöhnen den Eintritt in den Ritterstand versagten, sind im südlichen Deutschland, woher sich die Hülffsscharen nach Italien rekrutierten, wohl kaum je in Kraft erwachsen, am wenigsten in den Alpenländern, wo die Wehrkraft der Freien sich erhielt, und zum Kriegshandwerk ward. In Italien verwischten sich die Standesunterschiede. Über die Tendenz der Habsburger Bauern und Bürger zum ritterlichen Ministerialendienst heranzuziehen, vgl. Schweizer 556, 569, 582 und 588.

¹⁾ l. c. 174, Anm. 2.

²⁾ Vgl. die Abb. Kunst- und Arch.-Denkm. Unterw. S. 260. Diese Siegelform mit dem Symbol im Siegelrund, scheint für wappenfähige Bauern nichtritterlichen Standes charakteristisch zu sein. Neben dem l. c. zitierten Beispiel von 1361, vgl. auch die Siegel der von Siggingen, die als freie Bauern nachgewiesen sind, bei Merz, Burganlagen und Wehrbauten des K. Aargau 508.

³⁾ Siehe Oechsli 122 und 185 und meine K.- und A.-Denkm. U. 86/87.

⁴⁾ K.- und A.-D. Unterw. l. c. 40 f. — Oechsli, S. 170, führt die von Retschrieden als froburgische Ministerialen auf, gestützt auf eine Urk. von 1256. Aus dem Wortlaut derselben, die erst neuerdings richtig im Geschfrd. LI, S. 74 abgedruckt, ist aber keineswegs dieser Schluß zu ziehen; es erhellt daraus nur ein Lehens-, keineswegs mit Notwendigkeit

liebsten auch auf eine landgerichtliche Beamtung deuten möchte, besaßen sogar zwei Steinsitze¹⁾).

Nach meiner Auffassung darf man in dieser Mehrheit von «ministri» und «magistri», von Ammännern und Meistern mit Sicherheit die Vorsteher der freien Gemeinde und die Vorsitzenden des Landgerichtes erblicken. Ich denke an ein Ammännerkollegium, wie es für Schwyz feststeht, wobei die Magistri als Mitammänner des amtierenden Ammanns aufzufassen wären. Der letztere scheint aus den «Magistri» genommen worden zu sein, falls der Kellner Walther von Sarnen, der im Jahrzeitbuch von Sarnen als Vater einer vorverstorbenen Tochter Magister heißt, wirklich mit dem Ammann des gleichzeitigen Seedorfer Anni-versars identisch ist²⁾).

Bekanntlich streitet man sich bei den Schwyzer Ammännerkollegium um die Art der Zusammensetzung. Man erblickt in der Mehrheit der Ammänner teils eine proportionale Vertretung der freien Genossenschaft und der beiden herrschaftlichen Höfe, oder man will sie zu den spätern vier Vierteln in Beziehung bringen³⁾. Bei den Unterwaldner Magistri ist sowohl die Beziehung auf die Grundherrschaften, als eine Gemeindevertretung ausgeschlossen.

Von den überlieferten Namen verteilen sich Heinrich, Rudolf und Walther von Sarnen und anscheinend auch Kuno und

ein Ministerialverhältnis. Die Güter in Bergschwanden, deren Abtauschung an Engelberg die Grafen bestätigen, stehen gar nicht im Besitz Walthers von Retschrieden, sondern seiner Gemahlin Junta und weil eben diese Güter in Bergschwanden von ihnen zu Lehen gingen (vgl. über weitem Besitz der Froburger in dortiger Gegend, am Niederberg, besonders die Urk. von zirka 1211 und 1213, 2. Januar und 1250, Geschfrd. LI. S. 9 und 11 und 153), nicht weil Walther ihr Ministeriale war, ist ihre Genehmigung zu dem Tausche nötig. Es ist dagegen nicht unwahrscheinlich, daß Junta, die Gattin des von Retschrieden, dem froburgischen Ministerialengeschlecht der von Büren angehörte, vgl. die Urk. von 1240. Oechsli Reg., Nr. 98.

¹⁾ Kein Wolfenschießen heißt Ritter, aber der Stammvater in einer zeitgenössischen Jahrzeitaufzeichnung «Herr».

²⁾ Oben S. 99, Anm. 3 und S. 103, Anm. 4.

³⁾ Oechsli l. c. 288 ff.

Heinrich ab der Matten (in Prato) auf Sarnen¹⁾; Heinrich von Kerns, Heinrich unter der Flue, Burkhard von Zuben, C. an der Spilstette auf Kerns²⁾, also auf jene beiden Gemeinden, die wir schon oben als Hauptsitz der Freien zu erkennen glaubten. Meister Heinrich von Husen scheint ein Nidwaldner zu sein³⁾. Sicher gehören ins untere Tal die Ammänner von Niderwil und Wolfenschießen.

Mir kommt es am wahrscheinlichsten vor, daß den Ammännerkollegien ursprünglich die Schöffeneinrichtung zugrunde lag. Wenn wir fürs Jahr 1257 die fünf Obwaldner: Ammann Rudolf v. Sarnen und die Meister Heinrich v. Kerns, Burkard

¹⁾ Über die heute fortlebenden Andermatt, in der Matten oder in der Matt von Ramersberg, also einem Orte, wo schon die Acta Murensia freie Zinser erwähnen, vgl. die Registerbände des Gfd. und Kuchler, Chronik von Sarnen. S. 102. Der Name Heinrichs in Prato ist wohl sicher mit der deutschen Namensform Kunos in Beziehung zu bringen und nicht, wie bisher geschah, mit «im Feld» zu übersetzen. Die in Lungern freilich schon 1380 nachweisbaren Imfeld sind erst im XVI. Jahrh. nach Sarnen gekommen.

²⁾ Heinrich unter der Flue gehört einem sehr bedeutenden Kernser Geschlecht an, das mit den Sachsler v. Flüe, denen Bruder Klaus angehörte, ursprungsverwandt zu sein scheint. — Die von Zuben stammen aus dem gleichnamigen Weiler bei St. Niklausen am Eingang des Melchaltals und existieren noch in Kerns. Später verzweigte sich das Geschlecht auch nach Alpnach. Vgl. Kuchler, Chr. v. Kerns, S. 73. Auch C. an der Spilstette ist wohl sicher ein Kernser. Spilstatt hieß daselbst die heutige Brunnenmatt und noch die spätern Inhaber dieses Gutes, die angesehenen Ob dem Brunnen nennen sich zu Ende des XIV. Jahrh. einzelt «an der Spilstatt». Kuchler, l. c. 47.

³⁾ Wohl sicher ist Husen am Bürgen gemeint. Ein Eigengut daselbst setzt Rudolf der Kellner von Sarnen (1313) seiner Gemahlin zum Leibding (Gfd. I 70). Der Engelberger Zinsrodel von zirka 1320 verzeichnet «von Peters tochter von Husen lib. l. von dem güt, dem man spricht die Hofmatte zû Husen (Gfd. XVII 251). — Ein Husen gibts als alte Siedelstätte, nach der sich im alten Jahrzeitbuch von Sarnen schon einige Landleute benennen, auch in der Schwändi, aber für den nidwaldnerischen Ort spricht die Urk. von 1256 (oben S. 102, Anm. 2), die Güter am Bürgen betrifft.

v. Zuben, Heinrich in Prato, Kuno ab der Matten und den Nidwaldner Meister H. v. Husen finden, so sind wir der schon in karolingischer Zeit für die ordnungsmäßige Besetzung der Gerichte erforderlichen Siebenzahl von Schöffen nahegerückt¹⁾ und diese Zahl läßt sich ohne große Gewalt durch den etwas frühern Nidwaldner Ammann von Niderwil vervollständigen. Beachtenswert ist, daß wir dann schon das spätere Verhältnis zwischen Ob- und Nidwalden von einem und zwei Drittel finden würden.

Auf Spuren eines Ammännerkollegiums werden wir noch zur Zeit der staatlichen Einheit stoßen.

¹⁾ Capitulare missorum von zirka 803 20: «Ut nullus ad placitum banniat, nisi qui causam suam quaerere aut si alter ei quaerere debet, exceptis scabineis septem, qui ad omnia placita praeesse debent.» Vgl. Schröder, S. 167 und S. 172. Auch in schweizerischen Freigerichten finden wir die Siebenzahl von Schöffen, so z. B. beim Gericht Nossikon «siben fryg stûlsâßen», ebenso beim kiburg. Gericht der Freien von Brünggen. Ein Schöffeninstitut ist auch bei den freien Gerichten im Siggental und in Oberutzwil nachweisbar. Auf den Begriff «Stuhlseß» deutet übrigens auch das alte vornehme Nidwaldner Geschlecht Stultz, das von Ennetbürgen stammt.

III.

Der Dualismus in der staatsrechtlichen Entwicklung.

Die Faktoren der politischen Entwicklung Unterwaldens sind genau wie in den deutschen Reichsstädten jene beiden gesonderten Elemente der Gerichtsgemeinde und der «*Communitas*» der Freie und Unfreie umfassenden Markgenossenschaft. Dort auf räumlich zusammenfallendem Gebiete siegte die rechtlich höher geltende Gerichtsgewalt und absorbierte schließlich die niedere Organisation. Hier, wo die Grenzen beider sich nicht mehr deckten, behauptete sich echt demokratisch die Mehrheit. — Die Mehrheit der auf den Lebensrealitäten fußenden Markgemeinden gegen die theoretische Gerichtseinheit, die keinem zwingenden Bedürfnis mehr entsprach. Aus diesem Widerstreit erwuchs die Zwittergestalt unseres Kantons.

Wir haben im vorigen Kapitel nachgewiesen, daß ganz Unterwalden wohl von Uralters her in der gräflichen Landgerichtsstätte einen gemeinsamen Mittelpunkt besaß, daß die Organisation der übrig gebliebenen Vollfreien, die wir anderwärts als Freiamt oder Freigericht benannt finden, sich wohl sicher noch in späterer Zeit an diese Malstätte anschloß und den ganzen Umkreis umfaßte, der für die Gerichtsfolge zum Landgericht maßgebend war. Ob wir in diesem Gebiete eine alte Zehnt oder die durch die Abnahme der freien Eigentümer bedingte Vereinigung zweier ursprünglicher Hundertschaften erkennen dürfen, lasse ich dahingestellt¹⁾. Tatsache ist, daß dieser Landgerichtskreis zur Zeit, wo

¹⁾ Das hängt wesentlich davon ab, ob wir in den beiden Mutterkirchen des obern und des untern Tales, Stans und Sarnen, ursprüngliche Gau- oder Zehntkirchen erblicken dürfen, denn Landgerichtskreis, Markgenossenschaft und Pfarrei muß sich, wie in Schwyz deutlich erkennbar, (vgl. Reichlin l. c. 94 ff.) ursprünglich gedeckt haben. Merkwürdiger-

die urkundlichen Nachrichten einsetzen, keine zusammenhängende Markgenossenschaft mehr bildete, wie in Schwyz und Uri. Darum auch jene andere Entwicklung. So weit wir erkennen können, war das Gemeinland zur Zeit der Befreiung überall nach den Kirchengemeinden verteilt¹⁾. Diese Aufteilung mochte jeweilen bei der Gründung neuer Pfarreien im Zusammenhang mit der Ausscheidung des Zehntkreises erfolgt sein²⁾. Denn als Gegenleistung für den Zehnten hatte Engelberg als Kollator der Kirche von Stans, die Verpflichtung, für die dortigen Markgenossen die Zuchttiere zu halten³⁾ und auch die gleichartige Bestimmung im Hofrecht zu Buochs mag mit dem Kollaturrecht im Zusammenhang stehen⁴⁾.

Die Grundherrschaften stehen offenbar zu dieser Aufteilung der Mark — entgegen bisheriger Ansicht⁵⁾ — in keiner direkten

weise haben Stans und Sarnen denselben Patronat des hl. Petrus, eine fast beispiellose Erscheinung bei Nachbarkirchen. Ob das auf eine Abhängigkeit der einen von der andern deutet, wage ich nicht zu entscheiden.

¹⁾ Oechsli 216 ff. Diese Einteilung kann nicht sehr alt sein, da die Kirchen Kerns und Alpnach wohl erst zwischen 1036 und 1173, Sachseln, Giswil und Lungern wohl erst im XIII. Jahrh. gegründet wurden. Buochs hat zwar St. Martin als Patron, was auf fränkische Gründung gedeutet zu werden pflegt; St. Martin ist aber auch der Patron des Klosters Muri, als dessen Besitz die Kirche zuerst 1157 erscheint. Die Gründung der Kirchen von Wolfenschießen und Emmetten fällt erst ins XV. Jahrh. und kommt hier nicht mehr in Betracht.

²⁾ Vgl. oben über die Wirkungen der Pfarr- und Zehntgrenze von Engelberg, S. 82. Wie diese Ausmarkungen nach gewohnter deutscher Rechtsübung durch Prozessionen mit dem Allerheiligsten oder Reliquien erfolgten, zeigt ein Urteil vom 5. Okt. 1442 in der Gemeindelade Sachseln, worin die Sachsler gegenüber denen von Lungern konstatieren: «es were vor ziten ir kilchmarch mit den heiligen usgangen.»

³⁾ Oben S. 75.

⁴⁾ Gfd. XXXIII 70, zwar mit der Begründung: «darumb weler gotzhusman des búdarf, dz der dú da vinde.» Aber das weitere deutet darauf, daß die Tiere nicht bloß den Hofleuten, sondern allen Almeindgenossen zur Verfügung standen.

⁵⁾ A. Heusler, Die Rechtsverhältnisse am Gemeinland in Unterwalden. Sep.-Abdr. aus der Zeitschr. f. schw. Recht X, S. 24.

Beziehung, da sie sich mit den Grenzen der Kirchhore nicht im geringsten deckten. Sie fügten sich einfach in die Markgenossenschaft ein, wie die Bestimmung des Buochser Hofrechtes deutlich zeigt, wonach das Gotteshaus Engelberg und seine Güter nur «am gemeinwerk daz recht hant, daz ouch ein ander dorfman hat ze Büchs»¹⁾. Wohl mag der Großgrundbesitz, wo er den freien Besitz quantitativ überwog, innerhalb der Markgenossenschaft ein wesentliches Übergewicht erlangt haben²⁾, wohl auch die Zuseidung eigener Allmend- und Waldteile³⁾. Aber Twing und Bann, die volle Rechtsame, die allgemein verbindlichen agrarischen Gebote und Verbote zu erlassen, erlangte keine einzige der Grundherrschaften⁴⁾. Auch in dieser Beziehung, wie in der Landgerichtsordnung, erhielt sich zähe die altgermanische Selbständigkeit in Unterwalden, kraft der zahlreichen freien Bauerngüter, die das Hofareal durchsetzten.

Bereits Amira hat darauf hingewiesen, daß die Kirchgemeinden Obwaldens später eine ähnliche Stellung erlangten, wie die niedersächsischen und friesischen Kirchspiele im deutschen

¹⁾ Gfd. XXXIII 72.

²⁾ Vgl. Schweizer Quellen z. schw. Gesch. XV 2, 248.

³⁾ Ob der Ausdruck des Buochser Hofrechtes: «dz gotzhus und sin güter hant ouch ein almeind und an gemeinwerk daz recht, daß ouch ein ander dorfman hat ze Büchs» auf eine gesönderte Allmeinde der Hofgenossen schließen läßt, scheint mir bei der ungenügenden Überlieferung (vgl. oben S. 83, Anm. 3) nicht zweifellos. Dagegen besaß der Hof Stans eigenen Wald, dem ein besonderer Bannwart vorgesetzt war. Die Bedeutung des Amtes ergibt sich zwar aus dem Stanser Hofrecht nicht, wohl aber aus den Offnungen von Malters und Adligenschwil. Vgl. Segesser I 42. Anm. 2.

⁴⁾ Hergiswil und Kirsiten, obwohl kirchlich zu Stans gehörend, lagen im XIV. Jahrh. in den Ämtern Rotenburg und Neuhabsburg und ursprünglich im Aargau. Sie können also nicht zum Lande Unterwalden gerechnet werden. Hier besaß schon laut dem habsb. Urbar die Herrschaft Twing und Bann, und dieses Recht ging mit hoher und niederer Gerichtsbarkeit an die Leheninhaber über. Vgl. Maag I 204; 210 Oechsli Reg. 722.

Norden, die ebenfalls der Ausgangspunkt eines demokratischen Bauernstaates geworden¹⁾. Die politische Bedeutung, zu der diese aus freien und unfreien Elementen gemischten Communitäten berufen waren, tritt uns zuerst in einer Urkunde von 1261 entgegen. Damals haben die Pfarr- bzw. Allmendgenossen von Stans und Buochs bereits unter sich eine engere Vereinigung eingegangen, mit welcher der Abt von Murbach als mit einer anerkannten Organisation verkehrt²⁾. Vielleicht schon vorher war die Genossenschaft von Stans siegelfähig, denn das alte Landessiegel mit dem Emblem des Stanser Kirchenpatrons, dem Himmelschlüssel, trägt nur die Umschrift: « S. Universitatis hominum de Stannes »³⁾. Bei seinem ersten nachweisbaren Vorkommen (1291) vertritt dieses Siegel zwar auch Buochs, die ganze Gemeinde der Walddleute des untern Tales « *communitas hominum Intramontanorum vallis inferioris* ».

Es bleibt freilich ein Rätsel, worin diese Universitas von Stans und Buchs eigentlich gründete. Sie macht zwar bei ihrem ersten Auftreten anscheinend Ansprüche auf die öffentlichen Gewässer, aber die Gemeinmarken von Stans und Buochs wurden keineswegs zusammengestoßen. Der ursprüngliche Haupt-

¹⁾ Grundriß des Germanischen Rechts von Karl v. Amira, zweite Auflage 1901, S. 77.

²⁾ « *Wilhelmus prepositus totusque conventus monasterii Lucernensis dilectis in Christo in Stans et in Büchs parochianis universis ... Universitatem vestram commonemus* », den Berchtold von Wolfenschießen und seine Genossen in ihrem Rechte in der Aa, das sie vom Gotteshaus zu Erblehen tragen, nicht zu beeinträchtigen. Gfd. I 59. Vgl. oben S. 8.

³⁾ Vgl. meine oben erwähnte Arbeit im Schw. Arch. f. Heraldik XIX, S. 3 ff. 1241 existierte das Siegel sicher noch nicht (oben S. 23). Leider können stilistische Vergleichen die Entstehungszeit desselben nicht näher umgrenzen, da es zweifellos weder von dem Stecher herrührt, der das älteste, seit 1281 nachweisbare Schwyzer Landessiegel, noch von jenem, der das zweite, runde Urnersiegel gestochen hat. Sicher ist mir dagegen, daß der zwischen 1291 und 1298 beigravierte Zusatz zur Legende nicht von der gleichen Hand gestochen ist, die den Stempel verfertigt hatte.

zweck der Vereinigung scheint demnach doch ein politischer gewesen zu sein, und das weist ihre Entstehung in die Zeit des Ghibellinenaufstandes zurück. Sie hat sich aber wohl in dieser herrenlosen Zeit Rechte erworben, die ihr genug Inhalt gaben, sich in der Periode der habsburgischen Reaktion zu halten und zu stärken und die Bewahrerin der freiheitlichen Erinnerung zu bleiben.

Trotzdem die Burgen Sarnen und Rotzberg darniederlagen, hatte sich die habsburgische Herrschaft in den vierzig Jahren seit ihrer Wiederherstellung gekräftigt und gemehrt. Graf Rudolf IV. von der jüngern Linie, hatte inzwischen 1254 die Kastvogtei über das Blasianer Gut, 1264 jene über den Beromünsterer Besitz an sich gebracht¹⁾. Sein persönlicher Einfluß — als Haupt der Ghibellinen und einstiger Parteigenosse in den Zeiten der Erhebung für Friedrich II. — dehnte sich während des Interregnums auch über das von Habsburg unabhängige Uri aus²⁾. Durch seine Wahl zum deutschen König ward er 1273 der Schirmherr Engelbergs³⁾ und im selben Jahre erwarb er von seinem Vetter Eberhard die landgräflichen Rechte in Schwyz und Unterwalden und einen Tteil des laufenburgischen Besitzes in den

¹⁾ Vgl. oben S. 57.

²⁾ Oechsli Reg. 166 und 167 und S. 278 und Redlich l. c. 88. Neuestens greift P. Schweizer, Quell. z. Schw. Gesch. XV 2, 570 die Ansicht Kopps wieder auf, daß Rudolf hier in landgräflicher Amtsstellung handle. (Vgl. dazu Steinacker Reg. Habsb., Nr. 292.) Wohl sicher mit Unrecht, da das Eingreifen Rudolfs in den Urkunden direkt als ein erbetenes charakterisiert ist und von einer Wiederherstellung der 1231 abgelösten habsb. Vogtei umso weniger die Rede sein kann, als Rudolf nach seiner Königswahl am 8. Januar 1274 die Reichsunmittelbarkeit Uris anerkennt und bestätigt.

³⁾ Die Urkunde der Königin Gertrud vom 10. Oktober 1273 (Gfd. LI 100) sagt schon ausdrücklich: «Cum nos dilectos in Christo regulares monachos in Englobere ord. sancti Benedicti cum personis et rerum omnium facultatibus in nostram protectionem et tuitionem recepimus specialem.» Am 25. Januar 1274 erneuert und bestätigt König Rudolf dem Kloster das alte Immunitätsprivileg Friedrichs II. (l. c. 101 ff.)

Waldstätten¹⁾. Kurz vor seinem Tode, am 16. April 1291, brachte der König mit dem übrigen innerschweizerischen Besitze Murbachs auch die Höfe Alpnach, Giswil und Stans an sein Haus²⁾. Wenn auch in bezug auf den Hof Stans, durch den Vorbehalt der Einkünfte und Rechte der Propstei und der Mönchspfründen des Luzerner Klosters, der Kauf von wenig praktischer Bedeutung war — denn die Hofgerichtsbarkeit übte dort noch lange hernach der Propst aus und das Meyeramt blieb von ihm abhängig — so gewann er doch damit die unmittelbare Oberlehenshoheit über denselben und auch über die Wolhuser Vogteien in Giswil und Alpnach. Wahrscheinlich war dem König für seine konsequente Steuerpolitik die Konzentration der ständisch gemischten Kreise gar nicht unangelegen³⁾. Darauf deutet das Privileg, das sich 1291 die vorsichtigen freien Schwyzer erwirkten, um der Wahl eines unfreien Richters⁴⁾ vorzubeugen⁵⁾.

1) Oechsli 281, Kopp II 1, 595 und oben S. 93. Was den Grundbesitz des Laufenburger anbetrifft, handelte es sich nur um die Hälfte Eberhards. Daß die andere Hälfte bei dem Stamme seines Bruders Gottfried blieb, zeigt die Urk. von 1300 und das Laufenburger Lehenverzeichnis (oben S. 56). Gerade aus den Nachrichten über jene andere Hälfte ergibt sich die Geringfügigkeit des eigentlichen habsburgischen Stammgutes in Unterwalden, nach den Veräußerungen von 1257.

2) Oechsli 283 und 293.

3) Über die Steuerpolitik Rudolfs vgl. besonders P. Schweizer Gesch. der habsb. Vogtsteuern, Jahrb. f. schw. Gesch. VIII 138 ff. und dazu Oechsli 283 ff., der gegen Schweizer die Ansicht Friedrichs v. Wyß verteidigt, daß die veränderliche Steuer und die Verschmelzung der verschiedenen Stände zu einheitlichen Steuergenossenschaften Rudolfs Werk sei. Vgl. Schulte, Gesch. der Habsburger in den ersten drei Jahrhunderten, S. 38 ff. und auch Redlich l. c. 127 und 486 ff.

4) «Ut nulli hominum, qui servilis conditionis extiterint, de vobis decetero iudicia liceat aliquid exercere.»

5) Die Gründe, die Wartmann (Arch. f. schw. Gesch. XIII 131 ff.) gegen die Existenz eines gleichen Diploms für die freien Leute Unterwaldens anführt, können durch eine infolge ihrer altertümlichen Abkürzungen auffallende Kopie im Bündnisbuch des St.-A. Nidwalden von 1621 nicht widerlegt werden, obwohl diese Kopie kaum von Tschudi ab-

Rudolfs Stellung war eine viel stärkere, als die des Oheims des Schweigsamen je gewesen. Es kann aber kaum zweifelhaft sein, daß die finanzielle Ausnützung dieser Macht auch in Unterwalden, wie anderwärts, als ungewohnt drückende Last empfunden wurde.

Nach seinem Tode schloß sich die Gemeinde von Nidwalden sofort offen der allgemeinen Bewegung gegen das Haus Habsburg an. Sie — unbestreitbar nur sie, die «*communitas hominum Intramontanorum vallis inferioris*», die Gemeinde des unteren Tales¹⁾ — ist es, die zu Anfang des Augustmonats 1291 das alte Bündnis mit Schwyz und Uri erneuert. Bemerkenswert ist es, wie sie, die jedenfalls keine hohe Gerichtsgemeinde ist, auf gleichem Fuße mit den beiden andern Kontrahenten, die sich auf faktische oder präsumtive Reichsunmittelbarkeit stützten, ein eigentliches eidgenössisches Strafrecht erneuert und durch den neuen Grundsatz ergänzt, daß man keinen erkauften oder fremden Richter anerkennen wolle²⁾.

Wir kennen die Gründe nicht, welche die Obwaldner zunächst von diesem ewigen Bündnis von 1291 fernhielten. Vielleicht ist, wie Oechsli vermutet, nur die Eile daran schuld, mit welcher Schwyz und Uri offenbar die Sache betrieben. Am 15. Juli war König Rudolf gestorben, nach Eintreffen der Todesnachricht

hängig ist. Maßgebend ist mir, daß das Privileg im Weißen Buche, wo alle um 1470 vorhandenen Staatsurkunden gesammelt sind, fehlt. Die Abschrift geht daher wohl, wie die Tschudische auf die Bestätigungsurkunde Ludwigs des Bayers vom 29. März 1316 zurück.

¹⁾ Vgl. hierüber die trefflichen Ausführungen Oechsli's 303.

²⁾ Über die Bedeutung der Novelle des Bündnisses von 1291 kann ich mich nur voll und ganz Breßlau anschließen. Es ist nur zu bedauern, daß P. Wilhelm Sidler in seinem sonst so verdienstvollen und abschließenden Werke über die Schlacht von Morgarten, Anhang, S. 35 ff., die klaren Ergebnisse Breßlaus wieder durcheinander wirft und ganz willkürlich drei Teile unterscheidet, wo doch Breßlau so scharf und überzeugend den Text des alten Bundes und die Zusätze der Erneuerung auseinander geschieden hatte.

blieben kaum acht Tage bis zum Anfang August¹⁾. Aber vielleicht liegen die Gründe doch tiefer. Eine Gruppe von Briefen aus den Jahren 1252 und 1257 könnte vermuten lassen, daß die Habsburger schon gleich nach den ersten Aufständen die Gunst der angesehenen Freien des obern Tales gesucht und gefunden haben²⁾. Ums Jahr 1291 stand die bedeutendste Familie ob dem Kernwald unzweideutig auf Seiten Österreichs: nämlich die jetzt mit der Ritterwürde und dem Schultheißenamt in Luzern ausgezeichneten Kellner von Sarnen³⁾.

Noch im XIV., ja nach Justinger bis ins XV. Jahrhundert, hielt sich in Obwalden eine österreichische Partei⁴⁾.

Obwalden hat sich dann freilich dem ewigen Bunde auch angeschlossen. Vielleicht geschah das erst nach dem 30. November 1297, denn Wartmann findet es mit Recht unwahrscheinlich, daß ein geeinigtes Unterwalden damals nicht mit Schwyz und Uri sich Privilegien von dem willfähigen König Adolf nachgesucht hätte⁵⁾. Sicher vor dem Tode Adolfs bei Göllheim am 2. Juli 1298 und der Königswahl Albrechts, die die Urschweiz wieder in die Gewalt Habsburgs zurückbrachte. Die Korrektur des Siegels, das beim Beitritt Obwaldens an den alten Bundesbrief gehängt wurde, zeigt, daß dieser Anschluß in Form einer

¹⁾ Oechsli 302.

²⁾ Vgl. oben S. 100 ff. und die Urk. Gottfrieds v. Habsburg von 1252. Gfd. LI. 60. Steinacker Nr. 248. Oechsli Reg. Nr. 146.

³⁾ Vgl. meine Arbeit über die Kellner v. Sarnen. Anz. f. schw. Altertumskunde 1896, 40 ff. 1291 erscheinen Nikolaus und Heinrich die Kellner als Ritter; letzterer ist schon im Nov. 1291 Bürger und 1297 Bürgermeister zu Luzern.

⁴⁾ Justinger, Bernerchronik (Ausgabe von Studer, S. 49) erzählt von dem «letzten» Handschuh, den Herzog Leopold, als er bei Morgarten geschlagen war, zur Warnung dem in Obwalden eingefallenen Grafen Otto von Straßberg sandte und fügt bei: «desselben letzten hentschuchs sich noch etlich von Underwalden annement, daß es si müget und verdrübet, so man von dem letzten hentschûch seit.» Vgl. meine Bemerkungen im Jahrb. f. schw. Gesch. XXI, 370.

⁵⁾ Wartmann, Arch. f. schw. Gesch. XIII. 149.

engen Vereinigung mit der Universitas von Stans und Buochs erfolgte. Die Tatsache, daß der Stempel dieses Siegels seither in Obwalden verblieb, zeigt aber auch, daß damit das Schwergewicht nach Obwalden verlegt wurde, d. h., daß die Freien wieder die Führung übernahmen. Nicht nur der erste urkundliche Landammann von Unterwalden, Rudolf von Ödisriet, ist ein Obwaldner und unzweifelhaft ein Freier¹⁾, sondern wohl auch der in derselben Urkunde vom Jahre 1304 genannte Thomann, der Ammann von Kegiswile²⁾. Und von den beiden Antleuten, die wir 1315 an der Spitze «der Landleute gemeinlich von Unterwalden» finden, sind beide Obwaldner und Freie³⁾. Der eine, Heinrich von Zuben, ein Nachkomme des oben genannten freien Magisters Burkhard von Zuben, der andere, Klaus von Wisseron, nennt sich geradezu nach der Landgerichtsstätte und ist vielleicht ein Glied jener alten freien Familie «von Kerns», deren Lehen Wingarslo in der Gegend von Wisseron lag.

Der Aufstand von 1291 war durch die Königswahl Albrechts unterdrückt worden. König Albrecht hat aber augenscheinlich die neuen Verhältnisse, die er in der Urschweiz vorfand, anerkannt, der Ausbildung einer festern Organisation auf Grundlage seiner landgräflichen Herrschaft kein Hemmnis gesetzt. Das zeigt die

¹⁾ Vgl. Kunst.- und Arch.-Denkm. Unterw. Art. Ettisried, S. 260.

²⁾ Siehe Oechsli 185, Anm. 3. Von dem Geschlechte sind nur wenige Glieder bekannt: Walther von Kegeswile in einer Urk. von 1252 (Gfd. LI, 60); in dem Jahrzeitbuche Sarnen von ältester Hand eingetragen: Dominus C. de Kegen(swile) 12. Oktober, domina Adelh. de Kegen. 30. Nov., Gerdrut de Kegen. 3. Dez., von etwas späterer Hand Hemma filia Heilwigis de Kegen. swile. Daß «dominus», «domina» nicht bloß ritterliche Geschlechter auszeichnen, sondern die soziale Stellung ausdrücken, habe ich schon oben S. 105, Anm. 3, gezeigt. Im Zürcherbund vom 16. Okt. 1291 führen alle Urkundspersonen, auch die unfreien Urner, den Herrntitel. Die weite Anwendung des Wortes zeigt auch die Ansprache Wernhers von Attinghausen (1309) an seine Landleute: «Ihr Herren von Uri». Anz. f. schw. Gesch. II 70.

³⁾ Besonders zu beachten ist, daß diese Urkunde vom 7. Juli in Stans ausgestellt ist.

Stellung Rudolfs von Ödisriet als Landammann von Unterwalden in den Jahren 1304—1313. Als nach Albrechts Ermordung in Schwyz die alte Hoffnung wieder erwachte, die seit 1240 erstrebte Reichsunmittelbarkeit verwirklichen zu können, da schickte auch Unterwalden seine Boten mit den Bundesgenossen zum neuen Reichsoberhaupt nach Konstanz. Trotzdem es keine ältere Urkunde vorlegen konnte, erlangte es von Heinrich VII. am 3. Juni 1309 einen Brief, der in allgemeinen Ausdrücken all ihre (angeblichen) Freiheiten, Rechte, Vorrechte und Gnaden bestätete, die sie von seinen Vorgängern erhalten hätten¹⁾. Ja, der neue König zog auch sofort die praktischen Konsequenzen, indem er die Unterwaldner, wie die Urner und Schwyzer von jeder auswärtigen Gerichtsbarkeit, außer der kaiserlichen, befreite und die Waldstätte zu einer besondern Reichsvogtei erhob²⁾. Damit hörte die österreichische Herrschaft, so weit sie auf öffentlichen Rechten, auf der Grafschaft und Kirchengvogtei beruhte, mit einem Male auf. Schon drei Wochen später waltet der neue Reichsvogt, Graf Wernher von Homberg zu Stans bei der Kirche seines Amtes³⁾.

Die Privilegien Heinrichs VII. vom 3. Juni 1309 sind der eigentliche Geburtsakt der politischen Freiheit Unterwaldens.

* * *

Die Freiheiten Heinrichs waren zwar unter Vorbehalt des Widerrufs gegeben, und nur der Tod des Kaisers kam einer Wiederherstellung der österreichischen Herrschaft in Unterwalden zuvor⁴⁾. Das Schicksal blieb aber der Urschweiz gewogen. Nach

¹⁾ Kopp, Urk. I 102. Wartmann, Arch. f. schw. Gesch. XIII 147. Oechsli 385, Beil. 5.

²⁾ Kopp l. c. 103. Wartmann 150. Oechsli 386, Beil. 6.

³⁾ Kopp l. c. 107.

⁴⁾ Vgl. die Urk. Heinrichs aus Brescia vom 15. Juni 1311, wodurch er auf Bitte Herzog Leopolds: «ut ipsum et fratres suos in possessione bonorum et iurium que in Alsacia, in vallibus Switz et Urach (so wohl fälschlich für Unterwalden!) et hominibus liberis in vallibus degentibus

dem Siege von Morgarten sprach ein königlicher Hoftag zu Nürnberg den Herzogen all ihre Rechte in den drei Ländern ab¹⁾ und Ludwig der Bayer bestätigte am 29. März 1316 nicht nur die Privilegien seines Vorgängers, sondern übertrug auch die ältern Freiheitsbriefe der Schwyzer ausdrücklich auf Unterwalden²⁾.

ac in bonis et opidis que vulgariter Waldstet dicuntur, sibi et fratribus suis pertinere asserit, reponere dignaremur», in ein Schiedsgericht einwilligt und neben dem Vertreter der Herzoge, dem Grafen von Toggenburg, als seinen Bevollmächtigten Eberhard v. Bürgeln bezeichnet. Er verspricht die Herzoge einzusetzen «in possessione omnium bonorum et iurium predictorum, que dicti duces et progenitores eorum hereditarie tenuerunt ab antiquo et in quorum possessione pacifica clare memorie quondam rex Rudolfus, cum adhuc comes existeret et Albertus rex Romanorum, existens dux Austrie, ratione comitatus et hereditatis fuerunt et que iidem reges et duces Austrie, qui nunc sunt, iusto emptionis titulo possederunt — — ita tamen quod, si nobis aut successoribus nostris in imperio in eisdem bonis ius aliquod competere videbitur, idem Liupoldus et fratres sui, dum ex parte nostra actio sibi mota fuerit, nobis et successoribus nostris in imperio facere tenebuntur quod dictaverit ordo iuris.» Bevor, infolge der Abwesenheit Eberhards von Bürgeln im kaiserlichen Heere in Italien, der Untersuch stattfinden konnte, gelobte am 25. Juni 1312 der Sohn des Kaisers, König Johann von Böhmen als «vicari des romischen riches uber tůtschin lant», seinen Vater zu mahnen, die Ausrichtung der Güter, die er den Herzogen, aus Brescia, in Aussicht gestellt, bis zum 2. Febr. 1313 zu verschaffen. Andernfalls verspricht der Reichsvikar, kraft seiner übertragenen Gewalt, bis zur selben Frist selber in der Sache zu richten. Und in einem zweiten Briefe vom gl. Datum verspricht er sogar, den Herzogen zu ihrem Rechte beholfen zu sein «mit zweihundert mannen in demselben lande ze Swaben und ouch ze Elsazzen». (Kopp, Urk. II 186/87. Geschbl. I, 173 und Gesch. IX Buch 250 ff.) Ob nachdem der v. Bürgeln — wohl erst Anfangs 1313 — heimgekehrt, die Untersuchung eingeleitet ward, ist unbekannt. Jedenfalls war die Sache nicht ausgetragen, als Kaiser Heinrich am 24. Aug. 1313 in Italien starb und eine zwiespältige Königswahl die momentane Gefahr abwandte.

¹⁾ Urk. vom 23. März 1316, **Beilage I** (bisher nur bei Tschudi in deutscher Übersetzung gedruckt). Vgl. Oechsli Reg., Nr. 557. Auf die Bedeutung der Urkunde hat zuerst Paul Schweizer, Jahrb. X 23, nachdrücklich hingewiesen.

²⁾ Herrieden (in Franken) 1316, 29. März. Druck Kopp IV 2, 46. Vgl. Wartmann, Arch. f. schw. Gesch. XIII 152 ff.

Die innern Folgen dieser Befreiungen wurden von höchster Bedeutung. Der Ammann übte fürder seine Gewalt nicht mehr als Beamter der Landgrafschaft, sondern als Beamter des Reiches, das auch die Hoheit über die Immunitäten an sich gezogen hatte. Die Basis für die politische Gleichstellung der Stände war dadurch geschaffen. Die Superiorität der Freien, die sich ja in Minderheit befanden, geht allmählich verloren. Von Heinrich VII. haben wir zwar noch keinen Akt, wie jenen vom 5. Mai 1310 für Schwyz, wodurch er die Eigenleute der ehemaligen Lenzburger Höfe, die sich früher vom Grafen Eberhard von Habsburg-Laufenburg losgekauft, ausdrücklich freit und den Gemeinfreien gleichstellt ¹⁾. Ludwig aber zog diese Konsequenzen. Nachdem er schon 1316 durch einhelligen Spruch des Hoftages alle Höfe, Rechte und Leute der Herzoge von Österreich und anderer seiner Widersacher in den drei Ländern fürs Reich hatte konfiszieren lassen, bestätigte er 1324 diesen Spruch und erklärt ausdrücklich, unter Verbindlichkeit für seine Nachfolger, daß er die Eigenleute und Untertanen seiner Gegner **freie** ²⁾.

¹⁾ 1310, 5. Mai. Vidimus im Diplom Ludwigs d. Bayers vom 29. März 1316 (Arch. Schwyz), Druck Tschudi I 254.

• ²⁾ Siehe **Beilage I** und **II**. Die erstere Urkunde von 1316 hat nur den Passus: «Sanctientes et volentes omnimode ut inantea ad nos et imperium tanquam dominos veros et possessores dictarum curtium, hominum et iurium (ducum Austrie et aliorum adversariorum nostrorum et imperii) et ad nullos alios respectus penitus habeatur ac census et iura ratione dictarum curtium nobis et imperio absque impedimento quolibet persolvantur. Preterea censuimus et inviolabiliter decrevimus, quod dietae curtes cum hominibus, rebus et iuribus universis, necnon hominibus dictarum vallium et dominiis earundem nullo umquam tempore a nobis et imperio quovis alienationis tytulo alienari debeant vel aliquatenus seperari et quod nobis licere non patimur, nostris successoribus indicamus». Der Erlaß vom 5. Mai 1324 fügt bei: «et mancipia seu homines prefatos ducibus pertinentes sub iurisdictione imperiali foveantur, nec ipsi obsequia aliqua aliquibus prestare, nisi sacro imperio permittantur, nostre gratie sub obtentu, quia eosdem nobis et imperio libertamus. Ad hec volumus, ut nullus deinceps dictarum vallium inhabi-

Der Erfolg dieser Befreiung und die Zurückdrängung der alten Gemeinfreien, verrät sich sofort in der Liste der Landammänner. Treffen wir noch 1309 und 1313 Rudolf von Ödisriet, den «Ammann von Sachseln» in Stellungen, die ihn als regierendes Landeshaupt erkennen lassen, treten 1315 an der Spitze des Landes noch zwei Amtleute aus gemeinfreien Geschlechtern, Heinrich von Zuben und Klaus v. Wisserlon auf¹⁾; so finden wir 1325 bis 1328 Johannes v. Waltersberg, einen Engelberger Ministerialen, als «Landrichter» und Ammann. Und zwar in einer Amtsfunktion, die direkt in die alte Rechtssphäre des Freiamtes und des freien Ammanns fällt, nämlich bei gerichtlicher Fertigung eines freien Grundstückes an tote Hand²⁾. 1328 ist Ritter Peter von Hunwil, ein Murbacher Ministeriale, «Landamman ze Underwalden»³⁾. Erst 1332, als die Aussöhnung Kaiser Ludwigs mit den Herzogen deren Restitution in die Grafschaft und die Widerrufung der erlangten Privilegien befürchten ließ⁴⁾, ging die oberste Würde wieder an die alten Gemeinfreien zurück und

tator, incola aut homo quilibet coram ipso duce Leupoldo, suis fratribus, ducibus Austrie vel ipsorum iudicibus, sed in nostro et sacri imperii iudicio et coram nostro iudice super quacunque causa debeat stare iuri.»

Im Luzerner Bundesbrief vom 7. Nov. 1332 werden von Seite der drei Länder die Verpflichtungen des Einzelindividuums gegen dessen rechte Herrschaft nicht mehr vorbehalten, wie in den Bünden von 1291 und 1315. Die Landleute von Uri, Schwyz und Unterwalden behalten sich nur vor: «unserm hochebornen herren dem keiser und dem heiligen römschen riche die rechtung, die wir inen tûn sullen, als wir von alter und gûter gewonheit harkomen sin.» Sie gerieren sich damit allgemein als freie Reichsleute.

¹⁾ Vgl. oben S. 118.

²⁾ Vgl. Gfd. XXVI 14 f. Joh. von Waltersberg der Ältere lebt noch am 24. Juni 1330, heißt aber nach dem 9. Januar 1328 nie mehr Ammann.

³⁾ Vgl. Gfd. XXVIII. Urk. vom 13. Aug. 1328. Gfd. XXI. Er lebt noch am 9. Januar 1337, Tschudi I 344.

⁴⁾ Vgl. hierüber Kopp-Lütolf V 2 122 und 296 und Urk. I 162, und Tschudi I 334b, vgl. oben S. 50, Anm. 1.

nach zwanzigjährigem Unterbruch steht der alte Rudolf von Ödisriet wieder an der Spitze des Landes¹⁾.

Die Magistri kommen in jener Zeit nicht mehr ausdrücklich vor, aber auf die Fortexistenz eines Ammännerkollegiums weist nicht nur das Nebeneinandervorkommen jener beiden Obwaldner «Amtleute» im Jahre 1315. Als solche Mitammänner fasse ich auch Nikolaus den Ammann von Niderwile (1327) und Johann den Ammann von Wolfenschießen (1327—29) auf²⁾, von denen wenigstens ersterer auch sicher ein Gemeinfreier ist. Die Teilnahme von Obwaldnern an Nidwaldner Rechtsgeschäften und umgekehrt³⁾, — die sich später nicht mehr findet — läßt erkennen, daß damals auch in der innern Verwaltung die Zentralisation eine weitgehende war. — — —

Im Jahre 1333 sehen wir nun plötzlich, wie sich zwischen dem obern und untern Tale eine Spaltung vollzogen hat. Am 30. September dieses Jahres ist im Frieden mit Interlaken von den Landammännern in der Mehrzahl die Rede⁴⁾. Am 8. April 1336 urkundet der Ritter Hartmann der Meyer von Stans — ein Murbacher Ministeriale — als «amptman nit dem Kernwalt» und siegelt die Gerichtsurkunde «wan es vor mir beschach in den citten, do ich richter was»⁵⁾.

¹⁾ Urk. vom 22. Aug. 1332 F. R. B. VI 20; Gfd. XV 111. Schon am 9. August 1332 ist Peter von Hunwil nicht mehr Landammann. Gfd. LII 121.

²⁾ Gfd. XXVI, 14. 15.

³⁾ Niklaus v. Wisslerlon erscheint als Zeuge in den Nidwaldner Urkunden vom 21. Jan. 1325 (Gfd. VIII 259) und 15. Juli 1326 (Gfd. VII 18). In der Urkunde Peters von Hunwil vom 13. Aug. 1328 kommen als Geiseln Ritter Hermann der Meyer v. Stans, Joh. v. Waltersberg und Heinrich der Weibel — lauter Nidwaldner — vor.

⁴⁾ «Wir die lantammana und die lantlüt gemeinlich von Underwalden» F. R. B. VI 69. Beachtenswert ist der Unterschied gegenüber dem dreizehn Monate zuvor abgeschlossenen Präliminarfrieden, der Rudolf von Ödisriet als gemeinsamen Landammann ausdrücklich charakterisiert.

⁵⁾ Gfd. XIV 245. Dabei erscheint kein Obwaldner Zeuge mehr, wie in der Verfügung um die gleiche Sache vom 21. Jan. 1325.

Es ist wohl nicht zufällig, daß diese Erscheinung zeitlich genau mit dem Erlöschen der Zwischengewalt des Reichsvogtes zusammenfällt. 1331 wird als letzter spezieller «lantvogt des römischen riches ze Switz, ze Ura und ze Underwalden» Graf Albrecht von Werdenberg-Heiligenberg genannt¹⁾. — Die von Heinrich VII. geschaffene Institution des Reichslandvogtes der drei Länder war offenbar als Ersatz der erblichen Landgrafengewalt gedacht gewesen. Der Reichsvogt war der Träger des Königsbannes, der oberste Richter, wie aus dem Privileg vom 3. Juni 1309 klar erhellt²⁾. Unter dem ersten Träger dieser Würde, dem benachbarten Wernher von Homberg, mochte diese Gewalt noch

¹⁾ Kopp-Lütolf V 2 Beil. 6, S. 680. Über Albrecht I. v. Werdenberg-Heiligenberg (1308—67) vgl. Gen. Handbuch I 199 und Taf. XXI. 1326 nannte sich Albrecht noch Landvogt in Oberschwaben. Seine Verwaltung der spez. Landvogtei über die drei Länder kann nicht lange gedauert haben. Schon 1333 in der Vatzer Fehde ist er der offene Feind der Urner und Unterwaldner geworden. Weder in dem Waffenstillstand, der kurz vor dem 20. Febr. 1334 geschlossen wurde, noch in dem spätern Frieden vom 11. Nov. 1339 wird sein Landvogteiverhältnis irgendwie angedeutet (Kopp, Urk. I 166, Tschudi I 362).

Die Reichsvogtei scheint seither — wie auch die Urk. vom 26. Juli 1337 andeutet (Gfd. XX 217) — nicht mehr besetzt worden zu sein. In einem Kreditiv vom 24. Febr. 1341 gibt K. Ludwig dem Grafen Eberhard von Nellenburg, seinem Landvogt und Konrad von Hohenfels die Vollmacht, mit dem Ammann und den Landleuten von Unterwalden «ze taidingen, ze reden und ze enden umb erlich sach von unser und des riches wegen». (Tschudi I 867, Regest Gfd. XX 218). Dieser Nellenburger ist aber kaum, wie man bisher annahm, ein Landvogt der Urschweiz, sondern führt seinen Titel als Reichslandvogt um den Bodensee. Als solcher wird er schon 1339 und 1340 ausdrücklich bezeichnet (Reg. ep. Const. II, Nr. 4572 und 4595). Laut Anzeige vom 5. März 1335, war ihm von K. Ludwig die Reichsvogtei und der Bann zu Zürich übertragen worden. (Böhmer Reg. 3018.) Als Zürcher Reichsvogt erscheint er 1338, 17. Jan., 1339, 17. April und noch mit dem Titel Landvogt 1346, 21. Dez. (Urk. St.-A. Zürich, Stadt und Land, Nr. 79 und 152.)

²⁾ Vgl. die Urk., S. 119, Anm. 2: «Dummodo coram advocato nostro provinciali intra fines eiusdem vallis parati sitis stare iuri et facere quod dictaverit ordo iuris.»

zum vollen Ausdruck gekommen sein¹⁾). Die zeitweise Nichtbesetzung dieses Amtes seit dem Tode Kaiser Heinrichs führte die volle Autonomie der Waldstätten auch in Sachen der hohen Gerichtsbarkeit herbei. Die Huldigung, die die Länder am 7. Oktober 1323 dem neuen Landvogt König Ludwigs, dem Grafen Johann von Arberg, leisten, geschieht unter den anspruchvollsten Bedingungen. Wenn sie vom Reiche verlassen werden sollten, das heißt, wenn der Herrscher die Privilegien zurückziehen sollte, erklären sie sich für des Treueides entbunden. Die Vorbehalte des königlichen Hofgerichtes, welche das Privileg Heinrichs VII. ausdrücklich gemacht, die Ladung vor jeden Landtag und jedes Gericht außerhalb der Länder, werden abgelehnt. Kein Richter wird anerkannt, als, gemäß den Bundesbriefen, ein Landmann; aber die Annahme, daß dieser Richter «gesetzt» werde, zeigt, daß formell die Ernennung oder wenigstens die Bestätigung des Landammanns vom Reichsvogt abhing, daß dieser ihm den Blutbann übertrug²⁾).

Auf weitere Ansprüche verzichtete König Ludwig selber. Am 24. Juni 1329 gibt er die Versicherung, daß er nicht wolle, daß seine und des Reiches Vögte über das Land der Waldstätte, Schwyz, Uri und Unterwalden, weder jetzt noch in Zukunft die Leute dieser Länder an Leib und Gut weiter drängen, als ein Reichsvogt tun solle und bisher Gewohnheit war, er solle die Leute bei allen Rechten, Freiheiten und guten Gewohnheiten, welche sie von römischen Kaisern und Königen hergebracht, ganz und gar verbleiben lassen³⁾). So lange das Amt des

¹⁾ Vgl. die Urk. vom 22. Juni 1309, wo Graf Wernher als Pfleger des römischen Reiches in den Waldstätten an der Spitze einer eidgen. Tagsatzung zu Stans bei der Kirche urkundet. Kopp, Urk. I 107.

²⁾ Urk. Beggenried 7. Okt. 1323. Kopp Urk. I 137. Matile I 352. Absch. I 253.

³⁾ Urk. Pavia 1329, 24. Juni. Gfd. V 252. Diese nähere Erläuterung der allgemeinen Privilegien, die Ludwig nach seiner Kaiserkrönung aus Pisa am 18. Okt. 1328 den Ländern wieder bestätigt hatte, hat gewiß ihre bestimmte Veranlassung. Ob sie aber gegen Joh. von Arberg gerichtet war, oder mit der Wahl Albrechts v. Werdenberg im Zusammenhang steht, ist nicht zu erkennen. Vgl. oben S. 124, Anm. 1 und Blumer I 206.

Reichslandvogtes besetzt war, konnte an der hergebrachten Einheit der Blutgerichtsgemeinde nicht wohl gerüttelt werden. Durch den unmittelbaren Übergang der Hoheitsrechte an die Gemeinde, der nun beim Wegfall des kaiserlichen Vertreters faktisch eintrat, war diese äußere Schranke gefallen.

Aber auch die allgemeine Lage mußte die Trennungsgelüste Nidwaldens — darum handelt es sich eigentlich, da Obwalden die staatlichen Insignien, Siegel, Banner und Archive behielt — begünstigen, welche durch die unmittelbare Gefahr zurückgehalten worden waren. Die großartigen Landesbefestigungen, die zunächst die offenen Ufer Nidwaldens schirmen mußten, hatten die Kraft und Konzentration des ganzen Landes erfordert¹⁾. Die Bündnisse mit Eberhard von Kiburg und den Reichsstädten, hatten die Freiheit der Waldstätte gefestigt. Durch das ewige Bündnis mit Luzern vom 7. November 1332 schien nunmehr Nidwalden vor einem plötzlichen feindlichen Einfall gesichert. Die Uferorte Weggis, Viznau und Gersau hatten den Bund mitbeschworen²⁾ und die Feste Neuhabsburg stand in der Hut eines Bürgers der verbündeten Stadt³⁾.

Wie rasch und unter welchen Umständen sich diese Trennung vollzogen, ist nicht klar zu erkennen. Im selben Jahre, wo Hartmann der Meyer von Stans als «amptmann nit dem Kernwalt»

¹⁾ Vgl. einstweilen über diese großartigen Anlagen meinen vorläufigen Bericht in P. W. Sidlers Die Schlacht am Morgarten (1910), S. 131 ff. mit den Taf. VI und VII. Leider hat das topogr. Bureau sich bemüsst gefunden, auf Taf. VI eine ganz willkürliche Korrektur seiner Vorlage vorzunehmen. Meine genauen Originalaufnahmen werden s. Z. mit genauer Beschreibung und allen urkundlichen Belegen in meinen Kunst- und Architekturdenkmälern publiziert werden, wo bereits die Artikel Brünig, Buochs, Ennetbürgen und Rengg nachzusehen sind. Über den Eigentumsanteil Obwaldens an diesen Seebefestigungen siehe unten Kap. V.

²⁾ Vgl. die Urk. vom 31. August 1359, Absch. I 297 und 298, Beil. 28 und 29. Dazu Kopp-Lütolf V 2 456.

³⁾ Ritter Jost von Mos, ein gebürtiger Urner und Bürger von Luzern, ist am 14. Sept. 1334 als «burggraf ze Habspurch bi Lutzern» bezeugt. Gfd. XI 223.

urkundet, nennt er sich wieder allgemein «lantamman ze Underwalden»¹⁾. Noch 1350 gilt Ulrich von Wolfenschießen dem Diözesanbischof als Vertreter des ganzen Landes²⁾, ja noch 1356 nennt sich derselbe als Obmann in einem Streite zwischen Uri und der Abtei Zürich bloß «amman ze Underwalden»³⁾. Auch die wichtigen Bundesverträge jener Zeit, die Bundesbriefe mit Zürich vom 1. Mai 1351⁴⁾, mit Zug vom 27. Juni 1352⁵⁾ und mit Bern vom 6. März 1353⁶⁾, scheinen als Kontrahenten nur ein einiges Unterwalden zu kennen. Ebenso erwähnt der Hauptbrief des Brandenburger Friedens vom 14. September 1352 ausdrücklich «Amman, rat und gemain des landes ze Underwalden»⁷⁾. Dazwischen hinein weiß der Schiedsspruch der Königin Agnes vom 12. Oktober 1351 freilich auch, wenn er gleich nur die Einheit als Kontrahent auffaßt, von «Underwalden ob dem Chermalde»⁸⁾. Der Glarnerbund vom 4. Juni 1352⁹⁾ und der Erläuterungsbrief zum Brandenburger Frieden vom 23. September gleichen Jahres¹⁰⁾ erkennen die Teilung in «ietwederhalb dem Kernwald» an.

¹⁾ Gfd. XLIII, S. 136. 1336, 30. Nov.

²⁾ Bischof Ulrich von Konstanz absolviert «Uolricum de Wolvenschiess ministrum totamque universitatem vallis in Underwalden necnon omnes et singulas utriusque sexus personas ad ecclesias parrochiales in Büchs, in Stans, in Kerns, in Alpnach, in Sarnon, in Sachseln, in Giswil et in Lungern ac ad ipsarum filias seu cappellas spectantes» von dem Interdikt, welches sie als Anhänger Ludwigs d. Bayern sich zugezogen. 1350, 10. März. Orig. St.-A. Obw.; Reg. Gfd. XX 222.

³⁾ Gfd. VIII 57.

⁴⁾ Absch. I 260. Durrer, Anz. f. schw. Gesch. 1891, S. 214 ff. P. Schweizer: Das wiederaufgefundene Original des Zürcherbundes, Festgabe auf das 50jähr. Jubiläum der geschf. Gesellschaft (1891).

⁵⁾ Absch. I 275.

⁶⁾ Absch. I 285 ff. F. R.-B. VII 703 ff.

⁷⁾ Absch. I 283.

⁸⁾ Absch. I 268.

⁹⁾ L. c. 273.

¹⁰⁾ Gfd. XX 224.

Daß diese innere Teilung seit 1333 aufrecht erhalten wurde, lassen auch eine Reihe anderer Urkunden erkennen. Am 19. Juni 1343 stellen «die amptlúte und die landlúte von Underwalden» der Stadt Biel einen Schadlosbrief über die Gefangenhaltung von Landleuten aus¹⁾. Im Jahre 1348 ist ausdrücklich von eigenen Landammännern «disent» und «ennnet» dem Kernwald die Rede²⁾ und Landleute «ennet dem Kernwald» handeln neben Schwyzern und Urnern als unparteiische Schiedsrichter bei der Verteilung der Gemeinmarke von Buochs³⁾. Ja, schon vier Jahre früher (1344) nimmt die Landsgemeinde von Nidwalden für sich

1) F. R. B. VI, 746.

2) Die Ausdrücke «ennend» und «disent» sind natürlich vom jeweiligen Ausstellungsorte aus zu deuten und können sich abwechselnd auf den obern oder den untern Teil beziehen.

3) 1348, 22. Juni: «Der Lantamman und die lantlúte gemeinlich von Underwalden disent dem Kernwalde», schließen Friede mit Interlaken. Unter den Zeugen Uolrich von Wolfenschießen, lantamman ze Stans und ennend dem Kernwalde. F. R.-B. VII. — 1348, 24. Juli, erscheinen Obwaldner und Nidwaldner getrennt als Schiedsrichter im Landmarchenstreite zwischen Uri und Schwyz. Aber nur der Nidwaldner Ulrich v. Wolfenschießen führt den Ammanntitel. Heinrich v. Hunwil, der an der Spitze der Obwaldner steht, führt keinen Titel, sowenig wie im obigen Briefe, wo er vor dem Wolfenschießen, nach den Landammännern von Uri und Schwyz eingereiht ist und offenbar wie hier, das Land ob dem Wald vertritt. (Auszug bei Tschudi I 377). — 1348, 31. Aug., siegelt Ulr. v. Wolfenschießen, als Landammann disent dem Kernwald, den Anlaßbrief der Dorfleute von Buochs in ihrem Streite gegen die von Beggenried und Emmetten. Der Spruchbrief um diese endgültige Teilung der Gemeinmark nennt als ersten der beiden Schiedsrichter von «ennet dem Kernwald» wieder Heinrich von Hunwil, ohne Ammanntitel. Dieser ist offenbar die führende Persönlichkeit Obwaldens in damaliger Zeit; das Fehlen des Ammanntitels kann aber weder Zufall sein, da die Vertreter der andern Kantone in den gleichen Urkunden stets den Titel führen, noch auf die Nichtbesetzung des Amtes gedeutet werden, da die Urkunde vom 22. Juni gleichen Jahres ausdrücklich den «Lantamman disent (d. h. «ob) dem Kernwald» anführt. Vielleicht war der Träger dieses Amtes alt — ob noch der alte Ödisriet? — Ich vermute in Heinrich von Hunwil den Statthalter.

allein die volle Souveränität in Anspruch. Sie erläßt ein Verbot, liegende Güter innerhalb ihrer Kirchhörinen Stans und Buochs, an Gotteshäuser oder Fremde, die außerhalb jener Kirchhörinen sitzen, zu verkaufen oder zu verpfänden¹⁾. Der Nachweis, daß in den folgenden Jahren noch Gütererwerbungen durch das Kloster Engelberg erfolgten²⁾, läßt vermuten, daß damals der Teilgemeinde solche Kompetenzen noch bestritten wurden. War doch das Gesetz die völlige Negation der Landeszusammengehörigkeit und eine Herausforderung der Landleute ob dem Wald, die den Fremden und Ausländischen beigezählt werden.

Aber neunzehn Jahre später am 13. Februar 1363 erneuern «Ammann und lantlütt ze Underwalden nid dem Kernwalde in den kilcherin ze Stans und ze Büchs» dieses Verbot und erweitern dasselbe durch die Bestimmung, daß Liegenschaften, welche durch Erbschaft, Gerichtsspruch oder auf irgend welche Weise an Gotteshäuser oder Fremde kommen, von diesen nur an einen Landmann wieder veräußert werden dürfen, bei Konfiskation des

¹⁾ Die Urkunde ist leider nicht mehr vorhanden und fehlt schon im Inventar des St.-A. Nidwalden von 1740. Die Chronik von Landammann Lorenz Bünti, begonnen 1680 (Hist. Museum Stans) verzeichnet, S. 111: «1344 ein Brieff, das man keinem Usländischen noch keinem Gotteshauß Gütter verkauffe, noch versetze bey Verlierung des Guots und Gältß». Weiter unten bei Anführung des Beschlusses vom 13. Febr. 1363 ist beigefügt: «gleich wie Anno 1344.» Die Richtigkeit des Datums wird auch durch folgenden Beschluß der Nachgemeinde vom 28. Mai 1623 bezeugt: «Das in künffigem kein ligent Guott noch Gült keinem Frömden noch Gotzhuß auch nit ußert Landtß weder versetzt noch verkoufft werden sölle by Verlieren der selbigen nach Lutt A. 1344 und 1363 uffgerichten darum Brieffen und Siglen, soll sich in daß Uffsatzbüchlein instellen» (Ldsgm. und L. R.-P. II 210). Die folgende Urk. vom 13. Febr. 1363 läßt sich in ihrem ersten Teil übrigens deutlich als Erneuerung einer ältern Verfügung erkennen («das wir in etzlichen tagen . . . als der brief wist, den wir darüber geben han . . .»).

²⁾ Vgl. die Urk. vom 23. Nov. 1344 (Gfd. LIII 151) und besonders den Verkauf der Riedmatte im Staldifeld an Engelberg vom 2. Juni 1347, der zu Stans von Ulrich dem Ammann von Wolfenschießen, der um diese Zeit wohl Landammann war, gefertigt ist (l. c. 155).

Gutes und der Kaufsumme¹⁾. Diesmal hatte die Verfügung vollen Erfolg²⁾. Die Selbständigkeit Nidwaldens war unbestrittene Tatsache geworden. Die Landleute nid dem Wald haben damals — wie übrigens wohl schon 1344 — wieder ein eigenes Siegel mit dem Standbilde St. Peters und der Umschrift S. Universitatis hominum de Stans et in Buchs³⁾. Drei Jahre später sehen wir dieses neue, in völliger Gleichberechtigung mit dem alten Landesiegel, das nur mehr Obwalden vertritt, an einer gemeinsamen Urkunde hängen⁴⁾.

Seit dieser Zeit führen auch in ihren Privatsiegeln die Landammänner Ob- und Nidwaldens die Titel «minister in Underwalden ob dem Kernwald»⁵⁾ und «minister in Stans»⁶⁾ und treten auch nach außen völlig gleichberechtigt neben einander auf⁷⁾. Und nachdem Kaiser Karl IV., der mit seinem Schwieger-

1) St.-A. Nidwalden, abgedr. Gfd. XXVII 318.

2) Ich kenne seither keinen einzigen Verkauf eines Gutes in Nidwalden, weder an Engelberg noch ein anderes Kloster.

3) Vgl. Herald. Archiv XIX, S. 8 und Taf. I.

4) St.-A. Schwyz, Urk. vom 14. März 1366. Gfd. I 83.

5) Siegel «Görien von Hunwile, landamann ze Underwalden obrunt dem Chernwalde» (1362—1367) mit der Umschrift: + S. GEORGII D. HVNWILE MINISTRI I. VNDERWALDEN OB DEM KERNWALD an einer Urk. vom 28. Dez. 1365, St.-A. Zürich (hinterlegte Briefe) und an zwei Urfehden vom 20. März 1367, St.-A. Obwalden.

6) Siegel des Nidwaldner Landammanns Johann von Waltersberg mit der Umschrift: + S. IOHIS DE WALTERSPERG MISTRI IN STANS (Urk. v. 16. Mai 1372, Stifts-A. Engelberg) und Siegel von dessen Nachfolger Johann Spilmatter mit der Legende: + S. IOHIS SPILMATT. MISTRI IN STANS. (Urk. vom 1. Sept. 1385. St.-A. Bern, Fach Interl).

7) Vgl. den Absagebrief von den «lantamannen und denen lantlütten gemeinlich ze Underwalden oberrunt und niderunt dem Kernwalde» an Thun vom 6. Juni 1366. F. R. B. VIII 668 und die gemeinsame Urkunde von Johans von Waltersberg, landamman ze Underwalden nid dem Kernwalde und Rüdolf von Halten, landamman ze Underwalden obrunt dem Kernwalde, von 1373, 14. Mai. (St.-A. Obw. Reg. Gfd. XX 227 und Absch. I 53.) Dazu die Urk. vom 28. März 1378, wo der Nidwaldner Landammann ebenfalls an erster Stelle in der Zeugenliste steht. F. R. B. IX, 601.

sohn, Rudolf IV. von Österreich, zerfallen war und den Eidgenossen seine Gunst zugewendet, am 31. März 1361 den Unterwaldnern ihre Privilegien «und ouch ander ir friheit, rechtung und gûter gewohnheit, so si hant in gericht» und damit die gewohnheitsrechtliche Übung des Blutbanns bestätigt¹⁾, sehen wir deutlich die Gemeinde Obwaldens seit 1362 für sich allein die hohe Gerichtsbarkeit ausüben²⁾.

¹⁾ Eintrag im Registrum registrandorum Karoli IV. K. Hauptstaatsarchiv Dresden. Glafey, Anecdotorum collectio (1734), Nr. 603. Böhmer 3613. Unten **Beilage III.** Vgl. dazu die gemeinsamen Briefe für Zürich und die Urschweiz vom 26. Dez. 1360 und 31. März 1361 (Böhmer 3513 und 3610 und Absch. I 45. Zur Sache Ed. Favre: La Confédération des huit Cantons (Leipzig 1879), S. 110).

²⁾ 1362, 23. März. Urfehde des Leutpriesters von Lungern, Herrn Johans Richer von Mengen, gegen den lantlûten von Unterwalten obrunt dem Kernwald. Er verspricht auf alle fremden geistliche und weltliche Gerichte zu verzichten und nur Recht zu nehmen zu Sarnen vor den Landleuten, «de ich wol mag tân von des einunges wegen, so si von mir genomen hand als umbe das schwertzûken, de ich ze Giswil tetta» (St.-A. Obw., Nr. 28.) 1365, 28. Dez. Urfehde des Thoman am Sitin, der wegen Angriffen auf Joh. und Wernher von Rudenz «swerlich in ungnad komen was gen dien fromen wisen dien lantamman und dien lantlûten gemeinlich von Underwalden» und auf Bitte der Obwaldner in Zürich gefangen worden war. Er verspricht bei seiner Freilassung, keine geistl. Gerichte zu gebrauchen und die Gefangenschaft nicht zu rächen. «Wer aber dz ich diser stuk deheines überfür und miner eren vergesse . . . so sol ich ein erloser verzalter man sin und sol man an allen stetten, wo ich begriffen wurd, von mir richten, als ab einem verteilten schedlichen man.» Zwei Urk. im St.-A. Obw., Nr. 29 und im St.-A. Zürich (hinterlegte Briefe). — Unzweifelhafter ins Gebiet der hohen Blutgerichtsbarkeit gehörend sind die Fälle des Metzgerknechtes Peter von Eich von Münster, den wegen Roßdiebstahl die Landleute ob dem Kernwalde fingen und ihn «gevertget wolten haben nach dem rechten», aber auf Fürbitte der Metzgerknechte von Luzern gegen Urfehde am 8. März 1375 freiließen (l. c. Nr. 36) und des Leistenmachers Klaus von Meilen, eines Diebes, der auf Bitte der «erbern und bescheiden vrouwen ußer dem lande ze Unterwalden» von den Landleuten ob dem Walde freigegeben ward. Bricht er die Urfehde, so dürfen ihn die Obwaldner als einen «böswicht und schedlichen man» ohne weiteres Gericht und Urteil «verderben» (Urk. v. 15. Okt. 1375

Damals erhoben sich wohl die obrigkeitlichen Galgen, als äußere Abzeichen der Souveränität, schon in der Nähe der beiden Hauptorte: auf der aussichtsreichen Anhöhe des Brüggi am Sarnersee und am Wege nach Stans zu Fronhofen, auf der alten Stätte des luzernischen Hofgerichts. Wisserlen war als Blutgerichtsstätte in Abgang gekommen.

Die formelle Einheit der Landesgrenzen blieb trotzdem gewahrt. Im Streite mit Luzern um den Wald am Bürgenberg, der die Gemeinmarke der Kirchgenossen von Buochs berührte und praktisch nur die Nidwaldner interessieren konnte, erscheinen 1378 ausdrücklich die Landleute von Obwalden mit als Prozeßpartei¹⁾. Auch die Bestrebungen, die Grenzen nach dem Oberland und ins Entlibuch auszudehnen, werden im gleichen Zeitpunkt, wo der Partikularismus im Innern siegte, mit gemeinsamen Kräften gefördert. Ganz Unterwalden schließt 1348 das Bündnis mit den aufständischen Gotteshausleuten von Interlaken²⁾. Ganz Unterwalden tritt 1381 beim Alpenstreit der Obwaldner und Entlebucher ein³⁾ und im Ringgenberger Handel steht Nidwalden nicht hinter Obwalden zurück⁴⁾. Die Ringgenberger Untertanen wurden ins gemeinsame Landrecht aufgenommen, weil es überhaupt — noch auf Jahrhunderte hinaus — nur ein gemeinsames einheitliches Landrecht gab. Die völlige Trennung der

l. c., Nr. 37). Auch der Fall Heini Kathrinens von Sachseln, der bei seiner Stieftochter mit «sündlichen dingen gelegen», bezeugt unzweifelhaft die hohe Gerichtskompetenz der Gemeinde von Obwalden. (Zwei Urk. vom 16. Jan. 1375 und 23. Juni 1376. Vgl. dazu die Reg. des Obw. St.-A. von Kiem, Gfd. XX).

¹⁾ Absch. I 58 und 59. Die Spruchbriefe vom 24. Juni und 14. Juli brauchen nur den allg. Ausdruck Unterwalden, die Anlaßbriefe vom 22. Juni 1378 im St.-A. Schwyz und Uri (abgedr. Gfd. XLII, 12) nennen als Prozeßpartei ausdrücklich «die lantamman und die lantlüte gemeinlich ze Underwalden obrent und nydrent dem Kernwalde».

²⁾ F. R.-B. VII 381. Zur Sache und zum Datum, vgl. meine Bemerkungen, Jahrb. XXI, 249.

³⁾ Urk. vom 13. Juli 1381. Arch. f. schw. Gesch. XVII, 25.

⁴⁾ Vgl. meine Arbeit im Jahrb. XXI, S. 284 ff.

beiden Teile war nämlich nicht mehr möglich, weil die kaiserlichen Privilegien und die Bünde die einheitliche staatsrechtliche Basis festgelegt hatten. Die Eidgenossen, insbesondere die zwei andern Urkantone, hätten eine Zersplitterung des einen Bundeskontrahenten in deren zwei nicht dulden können, weil das ihren Einfluß im Interventionsverfahren, wie es der Dreiländerbund und die andern Bünde stipulierten, vermindert, beziehungsweise paralyisiert hätte.

Für die gemeinsamen Angelegenheiten blieb noch die Landsgemeinde auf der alten Dingstatt zu Wisserlen im Gebrauch, wo die bloße Mehrheit der Anwesenden entschied und die Teilung nicht zum Ausdruck kam¹⁾. Als sich im Jahre 1382 die Demokratie durch die Anhäufung von Besitz und Herrschaftsansprüchen in der Hand der regierenden Geschlechter und durch deren Widerstand gegen eine radikale Expansionspolitik gefährdet sah, erfolgte hier zu Wisserlen das Scherbengericht über die bisherigen Landammänner Ob- und Nidwaldens, Walther von Hunwil und Johann von Waltersberg²⁾.

Als dieser Ostrazismus jedoch in den Spezialgemeinden der beiden Landesteile seine Fortsetzung nahm, legten sich die Eidgenossen von Luzern, Uri und Schwyz ins Mittel und hoben 1385 alle jene Urteile, «die nit gemeines lant angiengen», auf³⁾. Das

1) Der oben S. 41, Anm. 2, zitierte Obwaldner Brief vom 25. Juli 1432 läßt darüber keinen Zweifel: «wz denn ze wiserlen uf dem acher von einer gemeind dz mer wirt — darby wellen wir beliben».

2) Jahrbuch XXI l. c., S. 364 ff. und besonders S. 371.

3) Urk. vom 20. Nov. 1385. St.-A. Nidw.; Reg. Absch. I 68. Zur Sache Jahrbuch l. c. 372 ff. Im Anlaßbrief der Obwaldner vom 11. Nov. 1385 (abgedr. Tschudi I 518) war schon von der Spruchkompetenz ausdrücklich ausgenommen, «daß wir inen der sach nit getrüwet noch uff si gesetzt, als wir vor ziten etlich verschworn habend in unserm lande». Damit ist offenbar der Beschluß von Wisserlen vom 13. Febr. 1382 gemeint. Das Schiedsgericht verfügte auf den Eid: «Wer ouch das ir nu dekeinen brief uber ieman gemacht hettent sunderlich, der nit gemeines lant angienge, der sol nieman enkeinen schaden bringen von disem tag hin, als dir brief geben ist, ân die so si nu verschworn heind».

bundesgemäße Schiedsgericht hat sich damit auf den formellen Standpunkt gestellt, daß nach den Bünden und den königlichen Briefen nur der Einheit die höhern Gewalten zukämen.

Obwalden hatte schon 1382, elf Tage nach jener gemeinsamen Wisslerer Landsgemeinde, die den bisherigen leitenden Familien die Regierungsfähigkeit nahm, den Nidwaldner Landsgemeindebeschluß von 1363 für sein Gebiet — «unser lantmarch ob dem Kernwald» — nachgemacht¹⁾. Lag der Grund auch offensichtlich darin, den großen Grundbesitz der vertriebenen Hunwile in einheimische Hand zu bringen²⁾, so war die weitere Folge eine Abschließung des Gebietes auch gegenüber den Nidwaldnern. Beide Teile besaßen nun Gesetze, welche den Wohnsitz in der engern Marke zur Bedingung des Liegenschaftserwerbes machten. In der Praxis kam das einer radikalen Verneinung der Landeseinheit gleich, wenn auch der freie Zug aus einem Tal ins andere dadurch nicht gehindert war und das gemeinsame Landrecht — wie wir zeigten im eidgenössischen Interesse — erhalten blieb.

(d. h. die Hunwil, Waltersberg und Tottikon). — Wenn die Landleute zu «krank» sind, um über ihre innern Streitigkeiten zu richten, sollen die Eidgenossen darum richten.

¹⁾ Urk. vom 24. Febr. 1382. Kopie von zirka 1470 im Weißen Buch, fol. 172 a und im ältesten Landbuch, zirka 1500, fol. 18. Nach letzterer schlechteren Version, abgedruckt von Kiem. Gfd. XXX 235 und in der Obw. Gesetzessammlung I 197. Der Text ist eine wörtliche Kopie der Nidwaldner Urkunde vom 13. Febr. 1363 mit der bloßen naturgemäßen Änderung des Ausdruckes «in den kilcherin ze Stans und ze Büchs» in «unser lantmarch ob dem Kernwald». Daß jene Urkunde, deren Entstehungsgeschichte wir oben S. 129 gegeben, die direkte Vorlage bildete, ist außer Zweifel und dadurch die Annahme, daß auch dieses Obwaldner Gesetz, wie man aus der Zweiteilung des Inhaltes an sich schließen könnte, nur die Bestätigung und Ergänzung eines ältern Gesetzes sei, ausgeschlossen.

²⁾ Dieser Grund ist direkt bewiesen durch eine Urk. vom 19. Mai 1408, wo Walther von Hunwil verspricht, den freien Zehnden in der Kirchhöre Sachseln nie einem Äußern zu verkaufen, «durch daz ir einung, den si über ir güter hand von minen wegen, ðch gantzlich stet und unbekrenket beliben sol».

Auf diese innere Entwicklung besaßen die Eidgenossen keinen Einfluß. Ihr Spruch von 1385 über die Einheit der hohen Gewalt behielt auch nur die Wirkung für einen Spezialfall und brachte die partikularistische Weiterentwicklung keineswegs zum Stillstand. 1387 und 1392 sehen wir Obwalden wieder hohe Gerichtsfälle an seinen Gemeinden behandeln¹⁾. Ja, um 1395 finden wir in Nidwalden einen besondern Ausschuß der Landleute, «die Hundert», welche etwa den spätern erweiterten Landräten entsprechen mögen, über Diebstahl urteilen und hohe Geldbußen ausfällen²⁾. Die zur Intervention herbeigerufenen Boten der Waldstätte kassierten zwar 1398 diese Urteile, erkannten nun aber, wie es scheint, die Nidwaldner Landsgemeinde als höchste Instanz an³⁾.

¹⁾ Gfd. XXVII 331. 1387, 6. Aug. halten Ammann und Landleute von Obwalden zu Sarnen an dem Grunde einen Landtag über den Dieb Peter Schulthezz und verurteilen ihn, «dz sin lib und sin gût inen gevallen wz . . . nach ir landes recht.» 1392, 17. Aug. verrufen Ammann und Landleute den des Roßdiebstahls beschuldigten Peter von Wennishusen und erklären, daß, wer ihn hauset oder hofet etc., daß «der in den selben schulden sol sin an allem, an der dübstal und an dem lib und ist des obgnt. Peters lib und gût darzû uns gefallen» etc. — Dazu die Urfehde Peters und der Bürgschaftsbrief seiner Freunde vom 28. Okt. 1392. (Urk. St.-A. Obwalden Reg. Gfd. XX 232, Nr. 44 und 45 und Gfd. XXX 236, Nr. 4.)

²⁾ Vgl. Jahrb. XXI, l. c. 374. Die Tatsache, die das folgende Schiedsurteil vom 2. Dez. 1398 erwähnt, geht wenigstens auf 1395 zurück. Die Stelle lautet: «wand die Hundert ze Stans hettent vor ziten mit ir bekantnisse briefe über sie driie (Winkelriede) geben als über diebe und hettent zi darzû geschetzet umb hundert guldin.» Die Verurteilten wiesen nach mit sieben Zeugen, daß sie vor die Türe gekommen wären, «do die Hundert saßen» und baten, «dz man si ouch erhorte mit iren fürsprechen, wand si ir recht und gelimph ouch vor inen gerne hettent erzelt und woltent inen darzû dz recht vor den Hunderten han gelassen.»

³⁾ Urk. St.-A. Luzern von 1398, 2(9). Dezember. Regest. Absch. I 95. Auf den Nachweis, daß die inkrimierten Urteile der Hundert vor eine «Gemeinde ze Underwalden nit dem Kernwalde» gezogen worden und «der merteil under der gemeinde den brief hin tatent und vernütetent», folgt der Entscheid der Boten, daß auch sie «den brief ouch hintünt und

Der Zertrennungsprozeß war jetzt in ein Stadium gelangt, wo es nicht mehr im Frieden weiter ging. Den ersten Streit-anlaß boten 1397 die Hoheitsrechte im Alpnachersee, wo das rührige Fischervölklein von Stansstad besondere Fischenzen beanspruchte, die über die Ufergrenzen hinauf gegen Alpnach reichten. Obwalden verstand sich endlich widerstrebend dazu, den Streit dem bundesgemäßen eidgenössischen Schiedverfahren zu unterwerfen. Die Boten der Waldstätte schützten die Ansprachen der Nidwaldner und verfügten, daß außerhalb jenen Zielen «der sewe gemein und fri sin sol menglichem». Sie benützten also den gegebenen Anlaß, um wieder die Unteilbarkeit der Landmarch zu betonen. Die Mißhelligkeit ward freilich dadurch nicht beigelegt. Zu Stans und Sarnen entstanden Auf-läufe gegen einander, welche die eidgenössischen Boten aufs neue zu Tagungen ins Rotzloch und nach Beggenried zusammenführten ¹⁾.

gentzlich vernütent etc.» Die Boten hatten zu Beginn der Intervention selber eine Gemeinde «an die A ze Stans», das heißt an den heutigen Landsgemeindeplatz nach Wil berufen, «dz si uns diser stöße und misse-helle getruwetent».

¹⁾ Spruch von Joh. v. Mos, Heinrich v. Wissenwegen, Burkart Egerder von Luzern, Joh. im Dorf und Heini Wolf von Uri, Gilge v. Engiberg d. Ä. und Cunrat Schorne von Schwyz 1397, 23. Aug. St - A. Nidw.; Regest Absch. I 92. Dazu die Stellen aus dem Luzerner Umgeldbuch der zweiten Jahreshälfte 1397 (die in den Absch. nur unvollständig angeführt sind):

«Sabbato post Bartholomei (25. August): Weltin von Rüsegge viij ß knechtenlon und schiflon als man ze tage für von der von Alpnach und von Stans wegen. Dem zycht do ze mal vj ß umb brot. — Clausen von Ergöw ij b. gen Sempach und vj ß den. gen Unterwalden ob dem Walde bottenlon.

Post Pelagi (nach 28. August): Weltin Walcher iij ß, verzart Hans von Mos, Heinrich von Wissenwegen und Egerder uf dem tag ze Alpnach. — Claus Erler v blaphart umb ein kes, kam ouch gen Alpnach.

Sabbato post Mauritij (29. Sept.): Heini Winikon vij ß viij den. bottenlon gen Unterwalden ob dem Wald. — Gen Rotz schiflon und knechtenlon xiiij ß umb ein kes Heini Ursiman v b. und vij ß umb brot. — Ratzinger iij b. gen Unterwalden ob dem Wald von des ge-löifs wegen ze Sarnen und ze Stans — Blünen iij b. öch ob dem Walt als ein tag ze Rotz gen Beggenriet wart gemacht.

Von da an ruhte der Streit nicht mehr ¹⁾.

Sabbato post omnium Sanctorum (3. Nov.): Heini Mellin umb fleisch gen Rotz und gen Beggenriet xv ß; Jenni Reken umb fleisch gen Beggenriet viij ß iiij den. — Dem Ratzinger iiij blaphart gen Unterwalden ob dem Wald von des gelöiffes wegen ze Sarnen. — Weltin Walcher xxx ß umb win gen Rotz und gen Beggenriet.

Sabbato post Katherine (1. Dez.): Claus von Ergöw iiij ß gen Stans von der vischentzen wegen ze Alpnach, dz si usgezeichnet wurde.

Sabbato post Thome apostoli (22. Dez.): Dem von Wissenwegen umb drin farten gen Rotz und gen Beggenriet . . . iij lib xvß. — Und gen Beggenried knechtenlon xiiij ß vij den., umb brot vj ß, umb fleisch viij ß iiij den., umb ein kes viij ß iiij den.

Sabbato post nativitatem domini (29. Dez.): Ratzinger iiij blaphart gen Unterwalden ob dem Walt von der von Alpnach wegen umb win und umb brot v ß.»

Über die Streitsache vgl. meine Studie über «die Fischereirechte von Nidwalden». Beiträge z. Gesch. Nidwaldens X, S. 57 ff.

¹⁾ Nicht uncharakteristisch ist die Intervention von Ammann und Landleuten ob dem Wald beim Schultheiß und Rate von Thun zugunsten ihres Landmanns Uli Hegkky, der den Hensly Bäsinger, gesessen nit dem Kernwalt «liblos getan, dz doch gott und allen biderben lütten in únserm lant wússenklich ist, dz er dz nüt mütwillklich getan hat, won er es dún múst». Sie bitten, ihn vor seinen Feinden zu schirmen (1410, 9. August. Stadt-A. Thun, Missivenbuch I, Nr. 16). Der Fall dürfte nämlich mit einem Auflauf an der Kirchweihe zu Alpnach zusammenhängen, von dem das Ratsprotokoll von Luzern II 44 b Kunde gibt, denn Häcki ist ein Alpnacher: «Feria iiij post Verene. Als von der stöß- und missehelle wegen uf der kilwich ze Alpnach, so gewesen sint zwúschent supra et infra Silvam, do aber der Eidgn. botten sich uff disen tag erjunlet (!) hant, dz si vor gemeinlich von den selben stößen wegen ußsprachent, dz man ab den solte richten nach recht. Hette aber ieman dem andern útzet ze leid getän, der solte dz recht nemen an den stetten, da er säshaft ist, ist da ieman útzet beschechen, dz er nüt verkiessen mag, er si geslagen, geworfen etc., do hant si die botten iecklicher in sim lant gejulet (!). — Absch. I 128 setzen die Stelle ins Jahr 1410. Die Beweise hiefür konnte ich nicht erkennen. Die Blätter des Buches sind nämlich verbunden. Daß damals die Streitigkeiten Unterwaldens die Tagsatzung noch beschäftigten, zeigt eine andere Stelle (l. c. 28 b) zum 18. April 1411: «Dies die Sabati post diem pasce in Sarnon ex parte illorum ob dem Walt et nid dem Walt committere debemus nostris nuntijs, quamquam alii de liga dicant ex parte propria.»

Seit dem Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts gingen die beiden Kantonsteile ihre völlig eigenen Wege. Obwalden trieb selbständige Eroberungspolitik und erwarb mit Uri 1403 die Herrschaft über Livinen¹⁾. Nidwalden suchte sich durch die Aufnahme der Talleute von Engelberg ins Landrecht zu vergrößern²⁾.

Uri hatte 1389 von König Wenzel ein Privileg erbeten, das den jeweiligen Landammann formell mit dem Blutbann ausstattete³⁾. Die Unterwaldner besaßen den Blutbann nur kraft Gewohnheitsrechtes, das freilich schon durch das Privileg Karls IV. in allgemeiner Form sanktioniert worden war⁴⁾. Die Erwerbung Livinens scheint nun für Obwalden die genauere rechtliche Fixierung dieser Gewalt provoziert zu haben⁵⁾. Am 28. April 1415 verlieh König Sigmund, nachdem er ihnen bereits drei Monate zuvor alle von seinen Vorfahren erhaltenen Gnaden, Rechte, Freiheiten und gute Gewohnheiten bestätigt hatte, in einem gemeinsamen Briefe «dem Ammann» und den Landleuten ob und nid dem Wald ausdrücklich den Bann, über das Blut zu richten unter ihnen und unter den Landleuten von Livinen⁶⁾.

Dieses Privileg, das nur «den» Ammann mit dem Blutbann ausstattete, scheint die prinzipielle Frage, wie weit die Selbständigkeit Nidwaldens rechtlich gehe, wieder in Fluß gebracht zu haben. Im Frühjahr 1417 schickte Nidwalden seine Botschaft zum römischen König nach Konstanz und erlangte für sich be-

¹⁾ Zwei Urk. vom 19. Aug. 1403. Absch. I. Beilage 43 A und B. Arch. f. schw. Gesch. XVIII 235 und 239.

²⁾ Schiedsspruch vom 3. Febr. 1413. Gfd. XII 236 und Regest Absch. I 134.

³⁾ Urk. vom 26. Juli 1389. Gfd. I 339.

⁴⁾ Vgl. oben S. 131, Anm. 1. **Beilage III.**

⁵⁾ Daß Obwalden mit Uri zusammen schon vor dem Privileg Sigmunds in Livinen die hohe Gerichtsbarkeit ausübte, zeigen die Urfehden Bertschi Dietrichs von Örieltz und Schanaretts von Örieltz, deren Leib und Gut «am rechten» den Urnern und Obwaldnern verfallen gewesen 1413, 2. März (zwei Urk. im St.-A. Obwalden, Reg. Gfd. XXX 241 und eine im St.-A. Uri abgedr. Gfd. XLII 66 f.).

⁶⁾ Urk. St.-A. Obwalden abgedr. Gfd. II 25 f. **Beilage IV.**

sonders, «den amman und die landlüte gemeinlich zů Stans, zů Underwalden nidwendig dem Kernwald», den Blutbann und die spezielle Bestätigung all jener Rechtsamen, wie sie im Briefe von 1415 fürs ganze Land verliehen worden waren, vor allem das Privileg «de non evocando», die inappellable Gewalt des einheimischen Gerichts, selbst gegen solche, die offen in die Reichsacht gefallen ¹⁾. — — —

Damit war die Teilung der Gerichtshoheit auch von der höchsten Autorität anerkannt, auf welche sich die Eidgenossen — falls es ihren Interessen nicht zuwider lief — immer noch stützten.

Die Zeitlage drängte zu einer völligen reinlichen Scheidung. Die gemeineidgenössische Eroberungspolitik nach Nord und Süd, die Gründung einträglicher Landvogteien, gab den Trennungsgelüsten auch einen weitem finanziellen Hintergrund. Hier jedoch standen die Eidgenossen im Wege.

* * *

Wir müssen dieser chronologischen Entwicklungsübersicht einige systematische Erörterungen folgen lassen. Denn unsere Gruppierung steht im Gegensatz zu der bisherigen Auffassung, wonach die Entwicklung von den Teilgemeinden ausgegangen und die Vereinigung Ob- und Nidwaldens nur als ein loses, aus temporären, politisch-militärischen Interessen geschlungenes Band betrachtet ward ²⁾.

¹⁾ Urk. St.-A. Nidwalden vom 26. März 1417 aus Konstanz. **Beilage V.** Am 22. Juli 1421 ließ Arnold am Stein, gen. Willis, namens Ammann und Gemeinde von Nidwalden, durch den öffentlichen Notar Eglolf Etterly in Luzern eine beglaubigte Abschrift des Diploms machen (l. c.).

²⁾ Vgl. Dr. Karl von Deschwanden: Umriss der geschichtlichen Entwicklung von Nidwalden im 13. und 14. Jahrh. Beiträge z. Gesch. Nidw. III (1886). S. 28 ff.

Sicher ist die hohe Gerichtsbarkeit die rechtliche Basis der staatlichen Selbständigkeit¹⁾. Da diese auf dem ehemals gräflichen Landgericht beruhte, das beide Täler umfaßte, so ist die Einheit des Landes rechtshistorisch als das Primäre zu betrachten. Dabei muß man freilich immer wieder betonen, wie man sich bei Würdigung mittelalterlicher Verhältnisse nie genug von der Erinnerung an den modernen Staatsbegriff emanzipieren kann. Uns modernen Menschen fehlt eigentlich fast die Möglichkeit, uns in diese anarchisch zerplitterten, nur durch den Kompromiß zwischen veralteten Rechtsgewohnheiten und lebendiger Interessengemeinschaft eine gewisse öffentliche Ordnung vermittelnden Verhältnisse völlig hineinzufühlen. Auch bei den Bünden handelte es sich ja keineswegs um die Absicht einer Staatengründung, nur um die Erriingung oder Behauptung kommunaler Freiheit innerhalb kleiner Territorialverbände. Und selbst innerhalb der letztern lag die Absicht einer die individuellen Bestandteile assimilierenden Einigung anfänglich fern. Das ergab erst allmählich, sehr allmählich, die Entwicklung, die in den urschweizerischen Demokratien freilich rascher und konsequenter erfolgte, als anderswo. Die Auffassung, als ob es je einen einheitlichen Freistaat Unterwalden, in einem dem modernen staatsrechtlichen Begriff auch nur annähernd entsprechenden Sinn gegeben habe, ist unbedingt zu verneinen.

Dem Landgericht, das zu Beginn der politischen Entwicklung im XIII. Jahrhundert als aktive Gerichtsgenossen nur noch die Gemeinfreien umfaßt haben mag, waren, wie wir oben zeigten, als passive Gerichtsgenossen, infolge der Personalvereinigung der Kirchenvogteien mit der Grafschaft längst auch die Immunitätsleute unterstellt. Eine gewisse Assimilierung der Stände, ihre Verschmelzung zu einem Stande der Landleute, mochte sich auf revolutionärem Wege während der verschiedenen Aufstandsperioden längst vorbereitet, ja vollzogen haben. Im Bundesbrief von

¹⁾ Das hat schon Kopp Urk. I 68 ausgesprochen.

1291 legiferiert die Gesamtheit der Leute des untern Tales, die doch sicher zum größern Teile aus Unfreien bestand — offenbar als ein Teil der Landgerichtsgemeinde, deren übrige Glieder der Bewegung noch fern geblieben — mit den hiezu besser berechtigten Schwyzern und Urnern über hohe Gerichtssachen. Die dauernde Verbindung mit den privilegierten Nachbarn, mußte sie auch zur rechtlichen Gleichstellung mit denselben führen. Heinrich der Lützelburger und Ludwig der Bayer haben dann unbedenklich im eigenen politischen Interesse diese Bestrebungen begünstigt und die alten Privilegien der Nachbarn auf die Unterwaldner ausgedehnt. Indem Ludwig die Vogtleute und Eigenleute Österreichs in den Waldstätten zu freien Reichsleuten erhob, hat er der ganzen Bevölkerung Unterwaldens auch nach Form Rechts aktive Gerichtsgenossenschaft im Landgericht gegeben ¹⁾.

Damit war aber auch die Ausbildung des Landgerichts zur selbstherrlichen Landsgemeinde gegeben, in welcher die alte germanische Volksgemeinde wieder auflebte, die nach Tacitus ebenfalls über alle politischen Angelegenheiten des primitiven Staates entschieden hatte. Die rechtliche Basis der Landsgemeinde blieb bis weit in die neuere Zeit hinein deutlich erkennbar die hohe Gerichtsbarkeit ²⁾. Wie man auch beim Landammann, der aus dem freien Ammann, dem Unterbeamten und Stellvertreter des

¹⁾ Vgl. oben S. 121 ff. Wenn Blumer I 206 in der Bestimmung des Diploms vom 5. Mai 1324, daß diese Gefreiten «in nostro et sacri imperii iudicio et coram nostro iudice super quacunque causa» zu Recht zu stehen hätten, einen anscheinenden Widerspruch mit der Zusicherung, daß die Waldstätte vor keine auswärtigen Gerichte gezogen werden sollten, sieht, so vergißt er, daß durch den Einzug der habsburgischen Grafenschaft das Landgericht eben ein königliches Gericht geworden war und daß unter dem königlichen Richter gerade der Landammann — und in weiterem Sinne, nach dem Diplom von 1309, der Reichsvogt — zu verstehen sind.

²⁾ Vgl. Blumer I 270 ff. In beiden Unterwalden bildete bis ins XIX. Jahrhundert der Landtag, an dem jeder volljährige Landmann Stimme hatte, der also mit der Landsgemeinde identisch war, das Blutgericht.

Grafen im Landgericht hervorgegangen, aber in jeder Hinsicht zum Landeshaupt, zum «*rector totius vallis*»¹⁾ geworden war, durch seine Titelumschreibung Landrichter, ja noch gemäß der Eidformel der spätern Landbücher, die richterliche Befugnis als die Quelle seiner Macht ansah.

Die äußere Form der Spaltung Unterwaldens ist denn auch unverkennbar die Teilung der hohen Gerichtsbarkeit. Gerade das zweite wichtige Souveränitätsrecht, das Ammann und Landleute aus dem Erbe der Landgrafschaft erworben, der Heerbann, blieb noch auf Jahrhunderte einheitlich.

Die Teilung der hohen Gerichtsbarkeit war ihrerseits die Folge der in einer andern Kurve verlaufenden Entwicklung der niedern Gerichtsbarkeit. Ich habe oben die Communitates, die markgenossenschaftlichen Organisationen als Basis des dualistischen Prinzipes genannt. Diese hatten wohl schon während den ersten Erhebungen, als die Rechte der feindlichen Grundherren suspendiert waren²⁾, die vogtgerichtlichen Kompetenzen an die Hand genommen, weil sie sich territorial und persönlich durch ihre Vorsteher mit den Hofgerichtskreisen berührten. Die Universitas von Stans und Buochs mochte gerade aus solchen Ursachen sich zusammengeschlossen haben. — Der Entscheid des königlichen Hoftages zu Nürnberg vom 23. März 1316 hatte Güter und Leute der Herzoge und «anderer Reichsfeinde» — worunter alle in Unterwalden begüterten Grundherren, auch Engelberg, das den Bayern nie anerkannte, begriffen werden konnten —

¹⁾ So nennt sich z. B. 1331 der Urner Landammann. In Unterwalden finden wir die Bezeichnung erst in Urkunden des XV. Jahrh.

²⁾ Der Bund von 1315 sagt: «es sol aber ein ieglich mensche, ez si wib oder man sinem rechten herren, oder siner rechten herschaft gelimphlicher und cimelicher dienste gehorsan sin, ane die oder den herren der der lender dekeins mit gewalt angrifen wolde oder unrechter dinge genöten wolde, deme oder dien sol man die wile enkeinen dienst tûn untz daz si mit dien lenden ungerichtet sint.» (Absch. I 243.)

dem Reiche verfallen erklärt. Die strengsten Konsequenzen wurden zwar von den Landleuten aus dieser Verfügung nicht gezogen, da die Beamten Murbachs und Engelbergs persönlich an der Spitze der freiheitlichen Bewegung standen. In dem Waffenstillstand vom 19. Juli 1318, der bis zum August 1323 verlängert wurde, haben die Eidgenossen sogar den Herzogen die Nutzung ihrer Höfe, «die si nußen bi keiser Heinriches ziten» mit Steuern, Zinsen und Gerichten garantiert, freilich mit der Beschränkung, daß sie diese Höfe besetzen «mit den lantlütten, da die Höfe gelegen sint»¹⁾. Und da die Nutzung der Höfe schon unter Heinrich VII. von den Ländern gehindert worden²⁾, so mochte das ganze Zugeständnis ziemlich problematisch sein. Erst zwanzig Jahre später, nachdem der mit Österreich versöhnte Kaiser eine gemischte Kommission zur Ausmittlung der habsburgischen Rechte in den Waldstätten eingesetzt hatte³⁾, fanden sich die Landleute, «die in die Höfe Giswil und Sarnen gehören», mit dem Vogte zu Rotenburg um die alten versessenen Zinse und Nutzungen ab⁴⁾.

Inzwischen hatte aber am 5. Mai 1324 Ludwig den Hoftagsentscheid von Nürnberg neuerdings bestätigt und deutlich

1) Absch. I 244—253.

2) Vgl. oben S. 119, Anm. 4.

3) Urk. vom 4. Sept. 1334. (Tschudi I 334.) Dierauer, Gesch. d. schw. Eidgenossenschaft I 166 meint, daß die Länder 1336 darum die Waffen ergriffen, um die Aufnahme des Urbars zu hindern. Der Text der Urk. behauptet aber, daß die Kundschaft, die Bruder Heinrich von Sippelingen und Joh. Truchseß v. Waldburg, namens des Kaisers und Joh. Truchseß von Dießenhofen und Joh. von Arwangen, namens der Herzoge einvernommen, bereits vorliege.

4) Gfd. XVIII 123 und Tschudi I 348. (1338, 8. Mai.) Die Summen sind nicht genannt. Daß diese versessenen Zinse aber auf eine lange Zeit zurückreichten und nicht etwa erst seit dem letzten Kriege von 1336 aufgelaufen waren, beweist ausdrücklich das gleichzeitige Abkommen mit den Hofleuten von Art, welche für ihre Rückstände die hohe Summe von 500 *g* verbürgen mußten (Gfd. XIX 269). Die jährlichen Einkünfte des Hofes Art betrugen nach dem habsb. Urbar an Geld- und Naturalzinsen nur zirka 60 *g*.

dahin erläutert, daß er die Eigenleute Österreichs und seiner Anhänger als freie Reichsleute erklärte. Mit dieser Erklärung war die Fortdauer einer mehr als dinglichen Hofgerichtsbarkeit unvereinbar, da die Genossen persönlich den alten Gemeinfreien gleichgestellt wurden. Es scheint aber keineswegs, daß sie sich dem Freiamt angegliedert haben und daß die entfernte Weibhube von Wisserlen nun die allgemeine zentralisierte Dingstatt der niedern Gerichte geworden. Im Gegenteil ist die Organisation der Gemeinfreien, die dadurch ihre Vorzugsstellung am Hochgericht eingebüßt und die gegenstandslos geworden war, wohl widerstandslos in der zu gleicher Freiheit gelangten Volkheit aufgegangen. Diese mußte die bequemer gelegenen lokalen Gerichtszentren aus praktischen Gründen vorziehen. Wie verhaßt eine Dingpflicht nach entfernten Stätten war, wissen wir ja aus anderweitigen Beispielen. Jede demokratische Entwicklung ist natur- und erfahrungsgemäß praktisch und partikularistisch. Den nachhaltigsten Gewinn aus dieser Entwicklung hat offenbar die Universitas der Kirchgenossen von Stans und Buochs gezogen, die im dreizehnten Jahrhundert einen so großen Grad der Selbständigkeit erlangt hatte und seither keineswegs völlig in der Landeseinheit aufgegangen war — wenn sie auch ihr Siegel der Gesamtheit hatte abtreten müssen. Wie schon oben angedeutet¹⁾, ist es nicht zufällig, daß — während die beiden Amtleute des Jahres 1315 noch beide Obwaldner und alte Gemeinfreie sind — seit dem wichtigen Diplom König Ludwigs vom 5. Mai 1324 die Nidwaldner in der Verwaltung des Landes wieder hervortreten. In der Amtsurkunde des Landrichters, d. h. gemeinsamen Landammanns Johann von Waltersberg vom 21. Januar 1325 um das Bruderhaus auf Wiesenberg, erscheint noch der Obwaldner Niklaus von Wisserlon als Mitrichter²⁾. In der Urkunde um das gleiche Objekt vom 8. April 1336, nennt sich Hartmann der Meyer von Stans — der doch damals nach

¹⁾ S. 122.

²⁾ Gfd. VIII 259. Kopp V 1, 483.

einer andern Quelle Landammann, also wohl noch Blutrichter und anerkanntes Haupt des ganzen Landes war — nur «Amtmann nit dem Kernwald» und unter den Zeugen, d. h. Beisitzern, sind nur Nidwaldner¹⁾. Daraus ist der Verlauf der Entwicklung zu verstehen, die wir seit 1333 wahrnehmen. Die Amtleute, die wir vorher als Mitammänner des Landgerichtes auffassten, sind zu einer selbständigen Lokalbehörde geworden²⁾. Die Vereinigung der untern Gerichtskompetenzen mit der Markgenossenschaft hatte eine Interessengewalt begründet, die notwendig bald auch auf das politische Gebiet übergreifen mußte und gegen die sich die Einheit des Blutgerichtes, das selten in Funktion kam, auf die Dauer nicht behaupten konnte.

So war der gleiche königliche Akt von 1324, der die oberrichterliche Einheit des Landes endgültig begründet hatte, zugleich zum Ausgangspunkt der Zersplitterung geworden.

In Obwalden, wo bis zur Lostrennung Nidwaldens keine territoriale Sondervereinigung bestand, sind die einzelnen markgenossenschaftlichen Kirchhörinen die Erben der grundherrschaftlichen Gerichtsgewalt geworden; von jeher bis in die neuere Zeit erscheinen sie als die Wahlbehörden von Gericht und Rat und haben die niederste Stufe der Civilgerichtsbarkeit selbständig ausgeübt³⁾. Die Entwicklung läßt sich hier zwar nicht so deutlich verfolgen; sie war offenbar infolge des Mangels eines engern Zusammenschlusses der Gemeinden auch keine so rasche und

¹⁾ Gfd. XIV 245.

²⁾ Für die Zeit von zirka 1325 bis zirka 1360 mag die Auffassung Deschwandens richtig sein, daß jeder Teil seine eigenen Ammänner hatte, von denen einer abwechselungsweise der Gesamtvereinigung vorstand. Auf einen Turnus scheinen wirklich die unvollständigen Listen der Ammänner zu deuten. Aber mit der fortschreitenden Emanzipation der Teile und mit der Teilung des Blutgerichtes war diese Stellung des gemeinsamen Landammanns eine völlig formelle geworden, die nur nach außen hervortrat. Seit 1362 treten die Landammänner von Ob- und Nidwalden gleichberechtigt neben einander auf.

³⁾ Vgl. darüber die Freiburger Dissertation von Dr. jur. Franz Niederberger, Obw. Geschichtsblätter I (1901).

kraftvolle wie in Nidwalden¹⁾. Während dort die Hofrechts-Offnungen schon in der ersten Hälfte des XIV. Jahrhunderts nur mehr von dinglicher Gerichtsgewalt sprechen²⁾ und die systematische Befreiung des Grundbesitzes schon durch die Landesgemeindbeschlüsse 1344 und 1363 eingeleitet³⁾ und 1432 durch das Gesetz über zwangsweise Ablösung aller Erblehen und ewigen Gülten vollendet ward⁴⁾, sehen wir in Obwalden noch bis gegen das fünfzehnte Jahrhundert die Grundherrschaft mit öffentlich rechtlicher Gewalt ausgestattet. — In Giswil behauptete sie sogar den Hauptanteil am Blutgericht⁵⁾. — Die Entwicklung scheint seit der Lostrennung von Nidwalden dort sogar zeitweilig eine rück-schreitende gewesen zu sein. Infolge der allgemeinen politischen Konstellation. Nach dem Tode Ludwigs des Bayern hatte Karl IV. 1348 alle Maßregeln, durch welche Ludwig die Rechte der österreichischen Herzoge verletzt, für null und nichtig erklärt⁶⁾. Direkt gefahrdrohend war aber für Unterwalden der Schiedsspruch der

1) In einer gewissen autonomen Stellung, die freilich durch die geographische Lage erklärt wird, erscheint Lungern 1332 im Waffenstillstand mit Interlaken. 1368 kauft die Kirchhore von Alpnach, als solche, die in ihren Grenzen gelegenen Rechte der Erbfrau von Wolhusen an sich.

2) Vgl. oben S. 73 f. und S. 89.

3) Oben S. 128 ff.

4) Urk. vom 5. Dez. 1432. Abgedr. Beiträge z. Gesch. Nidw. II. Innert 12 Jahren mußten alle Güter freigemacht, bzw. alle Belastung auf «ablosung gestellt» werden. Im Zusammenhang mit diesem Gesetz stehen zahlreiche Veräußerungen Engelbergs in den nächsten Jahren und auch die Grenzbereinigung von 1435. Gegenüber dem Stifte Luzern, das zu Anfang des XV. Jahrh. noch Zinsgüter besaß und um 1420 noch sein dingliches Hofgericht zu Niederdorf abhielt, (Kopp-Lütolf V 1, Beil. 5, S. 679) fand 1457 unter Vermittlung von Schultheiß und Rat von Luzern um alle Rechtung, die der Propst behauptete, es «sy von zinsen, vellen lechnen, gelessen, gerichtten, erschetzen und ander gerechtigkeiten» ein Auskauf mit 500 *z* statt. Vorbehalten waren die Zinse und Gülten der Kusterei-Kammer- und Almosenämter, von denen sich aber fürderhin keine Spur findet, sowie etwas Fischenzen im «Trichter» (Urk. St.-A. Nidw.).

5) Vgl. oben S. 71.

6) 1348, 5. Juni (Böhmmer-Huber Reg. Karls IV., Nr. 690).

Königin Agnes vom 12. Oktober 1351 geworden, der nicht nur die Grundherrschaft der Herzoge, wie sie sie von Murbach und anderswoher an sich gebracht, garantierte, sondern auch ihre Grafschaftsrechte in Unterwalden und Schwyz wieder herstellen wollte¹⁾. Das wäre die Annullierung der bisherigen fünfzigjährigen Entwicklung gewesen. Die folgenden Friedensschlüsse lassen denn auch diesen Anspruch fallen. Im Brandenburger Frieden vom 14. September 1352 müssen die Unterwaldner nur noch versprechen, den Herzogen gehorsam zu sein «mit allen den nutzen, zinsen, gericht und rechten und mit allen unsern lehen, es sye an kylichsetzen oder an andern unsern gütern; und sullen uns ouch alle unser ampt besezzten und entsezzten lassen . . . und unsern gotzhüsern und den unsern alle ire recht und nutz volgen lassen»²⁾. Im Regensburger Frieden, der 1355 den Züricher Krieg endlich beendete, ist nur allgemein von «Gülten» und Rechten in Unterwalden die Rede und für die Fälle einer partiellen Anfechtung derselben wird ein besonderes Schiedsverfahren stipuliert³⁾. Ganz inhaltslose Prahlerei war es aber doch nicht, wenn Herzog Rudolf IV. 1356 seinen siebenunddreißig andern Titeln auch den eines Herrn zu Schwyz und Unterwalden beifügte⁴⁾, obwohl er faktisch nicht etwa «in den Vollbesitz der von seinen Vorfahren besessenen Rechte in der Urschweiz» eingetreten war, wie man etwa behauptete⁵⁾.

Die Urschweizer hatten zwar in Zürich den Regensburger Frieden beschwören müssen. Die formelle Wiederherstellung der grundherrschaftlichen Rechte mußte für Obwalden verhängnisvoller werden, als für Nidwalden. Denn in Obwalden lagen die

¹⁾ Absch. I 263 ff.

²⁾ Absch. I 279 ff.

³⁾ L. c. 291 ff.

⁴⁾ Stiftungsbrief der neuen Burgkapelle zu Wien vom 6. Dez. 1356. Steyerer Comm. pro historia Alberti II. ducis Austriae, p. 258. Reg. bei Lichnowsky III, Nr. 1902, 1931, 1992. F. R. B. VIII 163.

⁵⁾ Z. B. Liebenau, Die Freiherren v. Rothenburg und Wolhusen, Sep.-Abdruck aus dem Jahrbuch der kk. Gesellschaft «Adler» XIII, S. 3.

Hauptteile dieses direkten Habsburger Gutes, die aus dem Murbacher Kaufe stammenden Meierhöfe Alpnach und Giswil und der Kelnhof Sarnen¹⁾. Daß die Herzoge, der Forderung der frühern Verträge entsprechend, mit ihren Rechten einheimische Magnatengeschlechter belehnten²⁾, war für die staatsbildende Entwicklung um so gefährlicher. Nur dadurch ist ein dauernder Eingriff in die hohe Gerichtsbarkeit, wie durch die Behauptung des Blutgerichtes in Giswil, möglich geworden³⁾. — Die dynastische Politik der Hunwile und ihrer Gesippten, welche die demokratische Fortentwicklung des Landes hinderte, hat endlich am Vorabend des Sempacherkrieges unter dem Drucke der allgemeinen Stimmung in der Eidgenossenschaft, den Sturz dieser Geschlechter herbeigeführt⁴⁾. Und mit dem Landsgemeindebeschuß vom 24. Februar 1382⁵⁾, der den Übergang von Grundbesitz an Gotteshäuser und Auswärtige verhinderte, kam auch in Obwalden der Gedanke, daß die Freimachung des Bodens die notwendige Grundlage der politischen Selbständigkeit sei, zur radikalen Ausführung⁶⁾.

* *

¹⁾ Die Murbacher Erwerbung als Hauptbestandteil des österr. Grundbesitzes ist im Frieden von 1351 deutlich unterstrichen. Über die besondern Verhältnisse des Hofes Stans und seine nähere Abhängigkeit von dem Propst v. Luzern siehe oben S. 115. — Am Lehenhof zu Zofingen 1361 wird im damaligen Nidwalden nur der «Hof ze Bürren ze Stans mit allem recht so do zû gehört» (vgl. oben S. 91, Anm.) an Hans von Hunwil erteilt, neben der «Vogty ze Kirsaten» (das erst später zu Nidwalden kam).

²⁾ An dem Lehenhof zu Zofingen 1361 empfangen Jöryo von Hunwil (der wahrscheinlich damals schon Landammann war) «daz meyerampt ze Underwalden in der kilchein ze Giswil gelegen» und «Johans und Wernher von Rudentz und Heintzli ir brüdersun den hof ze Albnach gelegen ze Underwalden ob dem Kernwald». (Quellen z. schw. Gesch. XV 1, S. 548 und 582.)

³⁾ Gfd. XVIII 120 ff. Vgl. oben S. 72, Anm. 1.

⁴⁾ Meine Arbeit über den «Ringgenbergerhandel» im Jahrb. XXI 364 ff.

⁵⁾ Oben S. 134.

⁶⁾ Wie die Reste des Beromünsterer Besitzes verschwanden, ist nicht nachweisbar. Wohl durch Einzelverkauf oder Ablösung. Die Wollhuser

Es liegt natürlich außer dem Rahmen dieser Arbeit, die rechtsgeschichtliche Sonderentwicklung der beiden getrennten Landesteile zu verfolgen. In den Grundzügen jedoch muß die unmittelbare Entwicklung gestreift werden, weil sie sich als Fortsetzung der Trennung, als konsequente Ausbildung des partikularistischen Prinzipes darstellt.

Bald nachdem Nidwalden seine innere Selbständigkeit erungen, treten die ursprünglichen Bestandteile der Universitas von Buochs und Stans wieder deutlich hervor und Wolfenschießen, das um 1276 eine Kirche erhalten — die zwar erst um die Wende des XIV. Jahrhunderts einen ständigen Leutpriester bekam und sich erst 1438 von Stans löste — tritt als dritter Teil neben die beiden alten Gemeinden¹⁾. Die Dreiteilung Nidwaldens ist schon 1370 unverkennbar und ist bis in die neueste Zeit für die Militärorganisation und die niederste Gerichtsinstanz, die

Vogtrechte in Alpnach kauften 1368, unmittelbar vor dem Übergang der Herrschaft Wohlhusen an Österreich, die dortigen Kirchgenossen an sich, (Gfd. XXX 291, XX 227 und XVII 261.) Das Meyeramt Giswil erwarb die Kirchgemeinde um 1400 von Walther v. Hunwil. Allfällige übrige Grundrechte Österreichs scheinen im Sempacherkrieg konfisziert worden zu sein, wenigstens werden solche im zwanzigjährigen Frieden von 1394 nicht mehr erwähnt, während solche in Schwyz angeführt sind und für die Dauer des Friedens dem Lande abgetreten werden (Absch. I, Beil. 42, S. 330). Dagegen behaupteten die Herzoge die Kirchensätze von Alpnach, Sachseln und Giswil, trotzdem der Kaiser ihre Eroberung infolge des Feldzugs von 1415 prädentierte und sie 1434 an Obwalden abtrat, faktisch bis 1461, weil die Ausübung von der bischöflichen Kurie abhing.

¹⁾ Ich verweise auf Deschwanden, Beitr. I. c., S. 38 ff. und S. 46 ff., mit dem ich zwar nicht ganz einig gehe. Sicher tritt die Dreiteilung in der Urkunde von 1370 (Genossenlade Stans) durch die drei Siegler, Joh. v. Waltersberg von Stans, Ulrich von Wolfenschießen und Walther Imbrunnen (von Buochs) zu Tage. Auch in den Landammännerlisten läßt sich seit Ende des XIV. Jahrh. ein gewisser, freilich nur gewohnheitsrechtlicher, Turnus unter diesen drei Gemeinden erkennen. — Die Bezeichnung «ze Stans und in dem Dritteil daselbst», welche 1398 vorkommt und auf welche Deschwanden so viel Gewicht legt, bezieht sich dagegen, wie ich im nächsten Kapitel nachweise, auf das Verhältnis Nidwaldens zu Obwalden.

Siebengerichte, maßgebend geblieben¹⁾. Doch die Zersplitterung macht dabei nicht Halt. Die Markgenossenschaften werden nach den lokalen Interessenkreisen, die gewohnheitsrechtlich von jeher die natürliche Gelegenheit der Allmeind genutzt, in kleine selbständige Körperschaften, Genößamen und Ürtenen rechtlich zerteilt²⁾.

¹⁾ Deschwanden l. c. 50.

²⁾ Die Entstehung dieser Korporationen Unterwaldens ist eine so schwierige Frage, daß sie hier nur gestreift werden kann. Der erste direkte Beweis für diesen Zersetzungsprozeß der Kirchenmarken ist der eidg. Spruch von 1348 über die Aufteilung der Gemeinmark von Buochs unter die von Buochs und Bürgen einerseits und die von Isenringen, Niederdorf, Retschrieden, Beggenried und Emmetten (die spätere Doppelürte Beggenried-Emmetten) anderseits. Deschwanden Gfd. XXIV 23 und E. Wyman Anz. f. schw. Gesch. VIII 289 ff. Der Spruch zeigt deutlich, daß es sich um längst gewohnheitsrechtlich ausgeschiedene Nutzungskreise handelte. — Ein Brief vom 31. Mai 1370 zeigt uns die Ürtner von Stans, Niederdorf und Oberdorf bereits als abgeschlossene Allmendkorporation gegenüber den von Wil (Wilgasse), welche letztere seit Menschengedenken nur in dem Teil der Gemeinmark jenseits des Aawassers Weiderecht besessen. Später, vor 1426, entstand dort die Ürte Waltersberg, die erst 1486, nachdem sie gegen Buochs sich abgegrenzt, die von Hostetten in ihre Allmend aufnehmen mußte. — Die Ürtner von Ennetmoos treten 1389, 29. Sept. auf; wir sehen aber 1485 die Ürte geteilt in die Ürte zu Ödwil vor dem Ried und in die Ürte ennet dem Moos. — Die Dorflüte ob Stansstad haben schon 1420 mit den «gburen von Kirsitten» eine Gemeinmerke. 1442 finden wir dagegen die «Ürte von Twerabold (Obbürgen) als die vor zitten ab der ürtte ab Stansstat geteilt worden ist», mit eigenem gegen Ennetbürgen noch nicht abgehagtem Weidgang. 1481 ist aber auch Obbürgen wieder ein Teil der Ürte Stansstad mit gemeinsamer Allmend. Noch 1488 hatten die Stansstader mit den Genossen von Stans gemeinsame Allmenden. — Dallenwil erscheint 1408 als Ürte, vereinigt sich aber erst 1493 endgültig mit Wiesenberg. — Büren ist 1469 in vier Teile geteilt, wovon Büren und Buochholz einen Viertel, Niederrickenbach, Enendachers und Diegenspalm je einen Viertel bilden und trägt nicht sowohl, weil die Teile der Ürte seit der Abkurung Wolfenschießens 1438 in zwei Pfarreien zertrennt waren, als weil Diegenspalm überhaupt geographisch mit dem Ganzen nicht zusammenhing, den Namen «Bletzeteürti». Später ward Diegespalm an Wolfenschießen-Boden abgetreten und die Teile schieden sich nach den Pfarr-

Diese Mikrokismen erhalten selbständige politische Bedeutung. Sie werden gewissermaßen föderative Bestandteile des Staates: die Wahlbehörden für Rat und Gericht¹⁾. Da keine Freizügigkeit zwischen den einzelnen Örten besteht und später aus eigennützigen Gründen der innere Kreis der Genossen geschlossen und

grenzen in zwei Örten, aber mit gegenseitigem freien Nutzungs- und Zugrecht. — Auch in Wolfenschießen finden wir Anfänge zu weiterer Zersplitterung. Schon 1357 erscheinen die Leute ab Altsellen als eigene Korporation. 1418 besitzen die Bergleute zu Oberriekenbach eigene Etzweide. Der korporative Zusammenhang zwischen diesen Teilen und der Bodenkorporation Wolfenschießen blieb aber gewahrt. — Buochs und Bürgen hatten bis in die neueste Zeit Gemein- und Sonderbesitz. — Beggenried und Emmetten hatten ebenfalls frühe Sondergut, blieben aber, trotzdem sie seit 1454 kirchlich getrennt waren, bis ins XVIII. Jahrhundert eine Örte. Heute existieren 13 selbständige Genossenkorporationen. Nach den Urkunden scheinen wirklich durchaus keine andern Motive als lokale Nutzungsgründe, eventuell auch wie bei Diegispalm private Eigentumszusammenhänge bei der rechtlichen Ausscheidung dieser Örten maßgebend gewesen zu sein. Irgendwelcher Zusammenhang mit ehemaliger Grundherrschaftsgrenze ist nirgends auch nur wahrscheinlich. — Über die Entwicklung der «Rechtsverhältnisse am Gemeinland in Unterwalden» vgl. einstweilen die Arbeit von A. Heusler, Zeitschrift f. schweiz. Recht. X.

1) Die alten elf politischen Örtenen sind Stans, Buochs, Ennetbürgen, Beggenried-Emmetten, Wolfenschießen, Ennetmoos und Hergiswil mit je sieben Ratsplätzen, Oberdorf-Waltersberg, Dallenwil, Blätzetürte und Stansstad mit je vier Ratsplätzen. Jede dieser Örtenen gab einen Richter ins Geschworne Gericht. Im Jahre 1389 besteht aber das Geschworne Gericht nur erst aus zehn Mannen, dem Landammann und den Neunen. Dies läßt schließen, daß sich damals Hergiswil, welches sich 1378 von der Vogtei losgekauft, noch nicht definitiv an Nidwalden angeschlossen hatte. 1400, 15. Juni, erscheinen zum ersten Male «der Amman und die andern zehen man der Einlifer des geswornen gerichts ze Underwalden nit dem Kernwald».

Merkwürdig ist, daß Oberdorf, das schon 1370 mit Stans und Niederdorf eine gemeinsame Genossame ohne Sondergut bildete, in der politischen Einteilung von jeher eine gesonderte Örte — mit Waltersberg zusammen, mit dem es durchaus keine Allmeindgenossenschaft besaß — repräsentierte.

die Aufnahme neuer Glieder verunmöglicht wird¹⁾, so wird allmählich diese partikularistische Entwicklung zu einer Karrikatur der Demokratie. Der eingeborne Landmann Nidwaldens, der außer seiner angestammten engen Ürtegrenze sitzt, ist bis 1850 nur an der Landsgemeinde aktiver Bürger, sonst ein Beisäße wie der Landesfremde, stimm- und wahlunfähig für Rat und Gericht²⁾.

In Obwalden ist die rechtliche Aufteilung der alten Markgenossenschaftskreise zwar auch erfolgt³⁾. Die «Teilsamen» werden

1) Dieser Prozess entwickelt sich ganz analog der Schließung der städtischen Bürgerrechte. Er kommt zunächst in den dörflichen Gemeinden vom Ende des XVI. Jahrh. bis Mitte des XVII. Jahrh. zum Abschluß. In den reinen Landgemeinden etwas langsamer, aber vor Ende des XVII. Jahrhunderts.

2) Im Jahre 1835 zählte Nidwalden zirka 3500 an der Landsgemeinde-stimmfähige Kantonsbürger über 16 Jahre, dagegen nur 1890 aktive über 24 Jahre alte Ürtner. Unter letztern waren auch die bei eigenem Feuer und Licht haushaltenden Weibspersonen begriffen, so daß man die an den Gemeinden Stimmberechtigten und Wahlfähigen auf nicht viel mehr als die Hälfte der majorennen Landleute schätzen darf. Die andere Hälfte waren nur Halbbürger. — Durch die Verfassung von 1850 haben die Nidwaldner Korporationen ihre politischen Rechte an die neugeschaffenen Bezirksgemeinden abtreten müssen, sie haben sich aber ähnlich wie die mediatisierten Fürsten aus der Katastrophe gerettet. Das gesamte Gemeinland ist ihr Privateigentum geworden, und sie haben sich auch für Forstfrevel in ihren Waldungen die Immunität eigener Gerichtsbarkeit gerettet.

3) In Obwalden ist die Teilung des Gemeinlandes von Sarnen unter die Dorfleute zu Sarnen und Bitzighofen (den sog. Freiteil), die Teile Ruckiswil, Ramersberg, Kägiswil und die drei Teile «obrent dem Blatten in der Schwändi» (Diegischwand, Stalden und Forst) nach Urteilen von 1431, 27. April und 1435, 6. Febr., vor mehr als hundert Jahren erfolgt, und nach einem Urteil vom 25. Juli 1395 waren vor Zeiten von ihren Vordern die abgegrenzten Marken «usgangen mit den heligen und behept mit geswornen eiden». Die drei Teile ob dem Blatten, die schon 1390 eine Vereinigung zeigen, verschmelzen später zu der einen Teilsamen Schwändi, und Ruckischwil verschwindet und wird zwischen Schwändi und Ramersberg geteilt. — Lungern gliedert sich wahrscheinlich schon seit 1380, sicher seit 1408 in die Teile Obsee und Lungern-Dorf (kilchen-

auch Steuer- und Militärbezirke¹⁾. Die verhängnisvolle politische Bedeutung der Nidwaldner Ürtenen haben diese Teilsamen nie erlangt. Die Kompetenz der Räte- und Gerichtsbesetzung verblieb den Kirchgemeinden, die freilich auch die Freizügigkeit nicht kannten²⁾. Aber hier waren wenigstens die Grenzen weiter, als in Nidwalden, wo die einzige Pfarrgemeinde Stans in sieben Ürtenen zersplittert war.

halb). — Giswil zeigt schon 1429 die Zweiteilung in Kleinteil und Großteil. — In Alpnach ist man etwa um 1427, nachdem bereits eine Teilung mit übergreifenden Rechten bestanden, «zügefarn und häten in ir kilcheri ir alpen und almenden geteilt» zwischen die Teile ob Feld und nid Feld. — In Sachseln und Kerns blieb die Kirchgemeinde Genossenschaftsbezirk, obwohl am letzteren Orte für Melchtal schon 1439 eine Ausscheidung von Alpen bestand.

¹⁾ Oechsli 217 vermutet mit besonderer Rücksicht auf Obwalden, daß «die Teilsamen nicht erst durch Teilung des Gemeinlandes ins Leben gerufen worden, sondern als Militär- und Steuerbezirke schon vorher bestanden.» Er stützt sich wohl hiefür auf die Urk. vom 12. Okt. 1380 (Gfd, XXI 203) und die verschiedenen Urteile aus dem XV. Jahrh., die sich um Repartition der Steuern und Bräuche unter die Sarner Korporationen drehen. — Die erstere Urkunde, wodurch Petermann v. Halten verschiedenen Kirchgenossen von Lungern die Steuer, die in das Gericht zu «Oberst Sews» in den Hof gehört, abtritt, zeigt aber nur, daß der Teil Obsee durch Loskauf von Herrschaftsrechten die juristische Persönlichkeit zur Durchsetzung der Allmendteilung erwarb. Die Urkunde vom 20. Febr. 1443 in der Freiteillade Sarnen beweist dagegen deutlich, daß die Verteilung der Landessteuern und Bräuche zunächst auf die politischen Kirchgemeinden und erst von diesen unter die bestehenden Nutzungsgemeinden, und zwar nach der Größe des Gemeinbesitzes erfolgt war: «wand wenn die landlüt ir brüch und söllichs schieden, so teilten die kilcher von Sarnen iren teil und nemen die dry teil in der Swendi und der teil von Ramersberg zwen teil und die von Sarnen und Kägiswil ein dritteil, des dritteils nemen die von Kegiswil zwen teil und die von Sarnen ein dritteil. So weren denn zû Rückiswil zwen vierteil, da nemen die von Sarnen innen ab ein vierteil zû dem dritteil, das gienge die von Kägiswil nüt an. Desselben glich were es umb sold und harnasch und stür, das würdi ouch also geteilt — ».

²⁾ Niederberger l. c.

Der einigende Mittelpunkt blieb in beiden Kantonsteilen die Landsgemeinde, die von diesen niedern Organismen unberührt blieb. Sie ist die oberste gesetzgebende und politische Gewalt und wählt die Landesämter aus dem «Ringe», unbeschränkt von den Gemeindegrenzen. In Nidwalden wurde es freilich ungeschriebenes und dafür umso tiefer wurzelndes Gesetz, daß die «ennet dem Wasser», die ehemaligen Markgenossen von Buochs, stets einen der Landammänner beanspruchen dürfen¹⁾. Bis in die neuere Zeit ist die allgemeine Versammlung der Landleute in mehr oder weniger modifizierter Form auch die Trägerin der Blutgerichtsbarkeit geblieben.

¹⁾ Bis ins XVII. Jahrh. konnte auch Wolfenschießen ein gewisses Gewohnheitsrecht auf diesen Turnus beanspruchen.

IV.

**Unterwalden ob und nid dem Kernwald als eidgenössisches Ort.
Gegenseitiges Stimmenverhältnis. Gemeinsames Siegel und
Banner. Militäreinheit.**

Im eidgenössischen Bundesverhältnisse ist Unterwalden auch fürderhin immerfort als ein Ganzes betrachtet worden. Schon äußerlich kommt das dadurch zum Ausdruck, daß an allen allgemeinen Staatsverträgen und Bündnissen einzig das alte Landes-siegel hängt. Ja bis weit in die Mitte des fünfzehnten Jahrhundert pflegte in solchen Aktenstücken die innere Teilung nicht einmal angedeutet zu werden¹⁾.

Die Gründe habe ich schon oben gemeldet: Die Bundesgenossen konnten das Stimmenverhältnis der Tagsatzung, die seit dem fünfzehnten Jahrhundert infolge der wachsenden politischen Macht des Bundes und der gemeinsam verwalteten Eroberungen sich immer mehr zu einer Zentralbehörde ausbildete, nicht durch die Zerteilung eines Kontrahenten in deren zwei verändern lassen. Sie hatten die innere Spaltung nicht verhindern können. Die beiden Teile mußten sich nun selber über ihren Anteil am Bundesrat und an den Eroberungen einerseits, an den Bundeslasten und -Pflichten anderseits unter sich abfinden.

¹⁾ Ich erwähne z. B. den Pfaffenbrief vom 7. Oktober 1370, den Sempacherbrief vom 10. Juli 1393, die Bündnisse mit Appenzell 24. November 1411, St. Gallen 7. Dez. 1412, mit den Zehnten des Wallis 1416 und 1417 und noch den neuen Bund mit Glarus 1450 und den Bund mit Appenzell vom 15. Nov. 1452. Ferner die sämtlichen Waffenstillstände und Friedensverträge mit Österreich von 1386, 1387, 1389, 1394, 1412, 1443 und selbst noch die ewige Richtung vom 11. Juni 1474. Seit dem Zürcherkriege und besonders seit 1461 tritt dann die Unterscheidung in Staatsverträgen häufiger hervor und wird von 1481 an allgemein.

Die Emanzipation Nidwaldens war durch keinen Vertrag geregelt worden. Sie war ein eigenartiges, aber naturgemäßes, auf der Besonderheit der lokalen Unterlagen beruhendes Resultat des allgemeinen Befreiungsprozesses der Urschweiz. Parallel mit der Befreiung des Landes Unterwalden nach außen hatte sich die Unabhängigkeit der Teile nach innen herausgebildet. Der Zwiespalt dieser Verhältnisse drängte erst jetzt zum Ausgleich, wo die Aufhebung der österreichischen Landeshoheit zur vollendeten Tatsache, die Ablösung von der faktischen Reichsgewalt zum erkennbaren Endziel geworden war und die Eidgenossen nach dem Vorgange ihrer italienischen Nachbarn sich anschickten, mit dem Anspruch der freien Selbstbestimmung in das mitteleuropäische Staatensystem einzutreten ¹⁾.

* * *

Man ist heute gewohnt, den Begriff von «Halbkantonen» von jeher auf das Verhältnis von Unterwalden zu übertragen. Das ist grundfalsch. Bis 1798 wurde Nidwalden staatsrechtlich, trotz seinem periodischen Widerspruche, nur als ein Drittel des Ortes anerkannt ²⁾. Bereits 1398 steht dieses Verhältnis fest ³⁾.

¹⁾ Vgl. Dierauer II 4.

²⁾ In der ältern Literatur wird zwar dieses Verhältnis selten präzisiert. Bonstetten (Mitt. der ant. Gesellsch. III 101), Balcus (Quellen z. schw. Gesch. VI 90), Glarean (Denkschrift der Hist.-Antiq. Gesellschaft z. Basel, z. Erinnerung an den Bund der Eidg. 1291) erwähnen nur allgemein die Zweiteilung, ebenso noch Simler im «Regiment gemeiner Eidgnoschaft». Eine Erwähnung finde ich aber zirka 1515 in Hans Wicks: «Ein Lied von Mülhausen und der Eidgenossenschaft» (bei Liliencron, hist. Volkslieder der Deutschen III 163, Nr. 290):

«Underwalden thun ich melden | Sie sind der Ehren ein Preis
Sie führen in dem Felde | Ein Paner rot und weiß.
Und in mitten im Wald (lies nitten dem Wald) am dritten Theil
Zwen Schlüssel in dem roten Felde».

³⁾ Vgl. die oben S. 135 erwähnte Urkunde vom 2. Dez. 1398, Absch. I 95. — Deschwanden l. c. faßt den Ausdruck fälschlich auf Stans als den Drittel Nidwaldens.

Damals sprechen die Eidgenossen von denen «ze Stans und in dem dritteil daselbst» und 1412 werden noch deutlicher «die von Stans und die zů inen gehõrent in dem dritteil ze Underwalden» genannt¹⁾. Ob dieses Verhältnis, das vielleicht schon 1350 in der Botenzahl beim Einsiedler Frieden zu erkennen ist²⁾, wirklich auf der Zahl der Pfarreien beruht, wie man bisher annahm? Obwalden hatte seit dem dreizehnten Jahrhundert sechs Pfarreien; Nidwalden bis 1438 nur zwei, denn erst damals hat die Kirche von Wolfenschießen, die freilich schon um 1279 als Filiale gegründet wurde, sich von Stans losgelöst³⁾. Ich habe schon oben die Vermutung ausgesprochen, daß dieses Verhältnis bereits auf die freie Gemeinde zurückgehen dürfte, auf deren Grundlage ja der Freistaat faktisch erwuchs⁴⁾.

Dem Unterschiede der Gesamtbevölkerung der beiden Täler hat diese Verhältniszahl, die zunächst wohl bei der Abteilung finanzieller Lasten⁵⁾ und bei Truppenlieferungen zur Anwendung

¹⁾ Missiv des Abts und Konvents von Engelberg an Luzern vom 11. April 1412. Gfd. LVII 160.

²⁾ Als Boten Unterwaldens stehen in der Urkunde vom 8. Februar 1350: Uolrich von Wolfenschieß, amman, Wernher von Rütli (Rütli), Berchtold von Zuge (Zuben). Die beiden letztern sind Obwaldner. Gfd. XLIII 383. Die Abschiede aus dem Ende des XIV. und Anf. des XV. Jahrh. zeigen dieses Verhältnis der Boten öfters, aber nicht konsequent: häufig sind zwei Nidwaldner und drei Obwaldner, oder die Vertretung ist gar gleichmäßig.

³⁾ Das Gründungsdatum der Kirche ergibt sich durch die im Jahrbuch als Mitstifter genannten Abt Arnold von Engelberg (1276—1294) und Konrad und Walther von Wolfenschießen (1267—1279), 1328 sind die Widungsgüter an Joh. den Ammann verliehen (Gfd. LII 257), zirka 1367 wird die Kirche als Filialkapelle genannt. (Liber Marcarum Freib. Diözesanarchiv V. S. 5 ff.) Vor der Abkurung 1438 ist kein Pfarrer oder Kaplan bekannt.

⁴⁾ Vgl. oben S. 109.

⁵⁾ Auf die Behauptung der Giswiler, sie «habent ouch iren teil bezalt an des lantz fryheit», hat schon Kiem, Gfd. XVIII 221, hingewiesen. Des Landes «brüche und stüren» und die Harnischpflicht wurden in Ob- und Nidwalden frühzeitig auf die Teilsamen und Ürtenen verteilt, wie wir oben sahen. Sicherlich sind diese Auflagen bei der Eroberungspolitik im

kam, jedenfalls zu keiner Zeit entsprochen¹⁾. Eher könnte sie noch auf den durchschnittlichen Besuch der gemeinsamen Landsgemeinden zurückgehen, die bis in den Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts für politische Angelegenheiten eidgenössischer Natur immer noch an die alte Landgerichtsstätte zu Wisserlen berufen wurden. Auf diesen Versammlungen gab das Mehr der Anwesenden den Entscheid und die Mehrheit war durch die Lage der Dingstätte wohl immer bei den Obwaldnern. Der wichtige Brief vom 25. Juli 1432 gibt uns einen klaren Einblick. Es handelte sich damals um die Wiederbesetzung der Kastvogtei von Engelberg mit einem Schaffner. Die Luzerner scheinen, da im frühern Turnus schon der Obwaldner Nikolaus v. Rüdli den Posten bekleidete²⁾, einen Nidwaldner Kandidaten genannt zu haben. Auf diesen Vorschlag antworten Ammann und Landleute von Obwalden: «Sie hätten ihre Landleute nid dem Wald aufgefordert «zü inen zü kåren uf ein acher, als dz von alter dahar komen ist, wen (wir) gemein lantsachen mit einandren uszurichten hant.» Die Nidwaldner hätten nun dem Vernehmen nach auf den 3. August ihre eigene Landsgemeinde (zu Wil) angesetzt, deren Ausgang man nicht ahnen könnte. Aber

Anfang des XV. Jahrh., den Zügen ins Tessin, ins Wallis, ins Eschental, beim Zug ins Aargau ganz erhebliche gewesen. Auch die häufigen Tagatzungsbotschaften und die Gesandtschaft zum Kaiser nach Konstanz 1415 mußten aus dem Allgemeinen gedeckt werden. Einen Staatsschatz und fremde Pensionen, welche später den Staatshaushalt so sehr erleichterten, gab es ja damals noch nicht.

¹⁾ Über die Konstanz der Bevölkerung, siehe oben S. 96 ff. Die Rechtsschrift Nidwaldens von 1616, von der unten die Rede sein wird, behauptet, es hätten «die Pfarherren deß Landts befunden, daß die Nid dem Waldt mehr Communicanten dan die Ob dem Wald habendt». Nach der ersten zuverlässigen Volkszählung hatte Obwalden in seinem alten Umfange (ohne Engelberg) zirka 11,220, Nidwalden 10,480 (10,203) Einwohner. (Vgl. Businger l. c. 39).

²⁾ 1417, 26. Febr., bitten die Klosterherren von Engelberg die Tagatzung mit Ammann Rütli zu reden, daß er ferner ihr Vogt bleibe. Absch. I 174. Über das eidgen. Schirmverhältnis zu Engelberg, siehe Liebenau, Blicke in die Gesch. Engelbergs, Jahrb. des Schw. Alpenklub XI (1876) 95 ff.

«wz denn ze Wiserlen uf dem acher von einer gemeind dz mer wirt, ob es yoch uf úns fiel, daby wellen wir beliben und dem gnüg thûn»¹⁾. —

Die Nidwaldner protestierten schon längst gegen diese primitive, mit ihrer Autonomie in Widerspruch stehende Behandlung der wichtigsten gemeinsamen Angelegenheiten. Darum haben sie wohl ihre Gemeinde versammelt, um den Vorschlag Obwaldens zu besprechen, eventuell dort von sich aus den Posten zu besetzen.

Schon fünfzehn Jahre früher (1417) hatte die Tagsatzung intervenieren müssen, um Nidwalden das Amt eines Ammanns in Zug zuzuwenden²⁾. Die erste deutliche Spur eines Prinzipienstreites finden wir in jenem Jahre 1417. Die Nidwaldner hatten damals ihr eigenes Siegel an einen Trostungsbrief für Mailänder Kaufleute gehängt. Die Obwaldner sahen dies als einen Eingriff in ihre Rechte an. Sie weigerten sich ihrerseits den Brief zu besiegeln und taten es auf Drängen einer eigenen Gesandtschaft Luzerns, nur mit dem Vorbehalt, daß es jetzt und hienach ihren Rechten unschädlich sein solle «gegen denen nid dem Walde, ob si deheinst mit dien rechten wöltent von des ingsigels wegen»³⁾.

¹⁾ Vgl. oben S. 41 ff. und **Beilage VI.**

²⁾ Tag zu Luzern 1417, 7. Juli, Absch. I 181.

³⁾ Ratsbuch I 311 b. Unser herren hatten Uolrich von Heradingen gesentt gen Underwalden ob dem Walt und si gebetten, den trostbrieff ze besiegeln den koufflûten, das sie getan hant also irem rechten unschedlichen nu und hienach gegen denen nid dem Walde, ob si deheinst mit dien rechten wöltent von des ingsigels wegen etc. Actum feria secunda ante Valentini anno mccccxvij etc. (8. Febr. 1417.)

Im Ratsbuch III 18 ist die selbe Nachricht zum gleichen Datum auch protokolliert, doch nicht deutlicher: «Als wir die von Underwalden ob dem Walt gebetten hant bi Uolr. von Heratingen, den brief der koufflûten ze besigeln, ist ein trostbrieff, dz si ouch getân hant; doch iren rechten unschedlich hant si dz getan gegen den von Underwalden nit dem Wald».

Die Sendung des Ratsboten war die selbständige Ausführung eines Auftrages der Tagsatzung, schriftlich die Obwaldner zur Siegelung des Briefes «wegen der Straße etc.» zu bewegen. Ratsb. III 18. Absch. 173 w.

Inzwischen erwarben die nid dem Wald am 27. März vom Kaiser ihr spezielles Blutbann- und Evokationsprivileg und bekamen damit den Titel zur energischen Forderung ihrer Gleichberechtigung. Am 15. Mai klagte Erni am Stein, genannt Willis, als Bote Nidwaldens, den Räten und Hundert von Luzern, wie die ob dem Wald beanspruchten für zwei Länder (d. h. Teile) die Tage zu leisten und nur ein (gemeinsames) Banner und Siegel zu haben. Das sei Unrecht: denn sie, nid dem Wald, hätten auch ein Banner und ein Siegel und die von Obwalden sollten ohne sie nicht über allgemeine Fragen entscheiden. Die Obwaldner stützten ihr «Gericht», d. h. ihre politische Einheit auf die geschwornen Briefe, er wähne aber, deren Insiegel wären (durch das Privileg Sigmunds?) zerbrochen. Er verlangt für die Nidwaldner Abschriften (d. h. die Gründung eines eigenen Archivs), dann mögen die Obwaldner die Originale behalten. — Obwalden habe Uri gemahnt, die von Stans zur Ruhe und Genügsamkeit zu weisen. Er aber bitte die Luzerner, sie zu schirmen und ihnen zu ihrer entwicklungsgemäßen Rechtsstellung zu verhelfen ¹⁾.

Der Text jenes Trostungsbriefes von Burgermeister, Rat und Burgern von Zürich, Schultheiß, Rat und Burgern von Luzern, Ammann, Rat und Burgern der Stadt Zug, Landammann und Landleuten der zwei Länder Uri und Schwyz und den «lantaman und lantlúte gemeinlich ze Underwalden ob dem Kernwald und nid dem Kernwald» zu gunsten «aller köfflúte, sunderlich die under den herren von Meylan gehörent», ist in einer gleichzeitigen undatierten Kopie, dem Ausschnitt aus einem Buche, im St.-A. Zürich (Beziehungen zum Ausland, Mailand I) erhalten. Neben den andern haben auch «wir von Underwalden ob dem Kernwald únsér insigel und wir von Underwalden nid dem Kernwald únsér insigel offentlich ghenkt an disen brief». Das Aktenstück ist von neuerer Hand vermutungsweise «zirka 1426» datiert worden, gehört aber offenbar ins Jahr 1417.

Schon am 10. Juli 1415 hatte übrigens Nidwalden, damals ohne bekannten Widerspruch Obwaldens, einen Geleits- und Sicherheitsbrief Luzerns und der Waldstätte (ohne Zürich und Zug) für alle Kaufleute von Mailand und Como selbständig mitbesiegelt (St.-A. Schwyz, Arch. f. schw. Gesch. XVIII 255).

¹⁾ So glaube ich die folgenden etwas unklaren Stellen des Luzerner Ratsbuches III, S. 26, interpretieren zu dürfen: *Feria sabato post Pan-*

Der Große Rat von Luzern nahm sich der Sache wirklich lebhaft an. Er mahnte beide Teile zur Mäßigung und lud sie ein, sich dem rechtlichen oder gütlichen Entscheide der Tag-satzung anzuvertrauen. Die von Stans wurden aufgefordert, ihre Forderungspunkte schriftlich einzureichen ¹⁾).

eracij (15. Mai 1417) Consules Centenarum: «Erni Will hat gerett von irem lant, wie dz die von Underwalden oben gerett hant, wie si für ij lender wölten tag weren und ein ingsigel und j paner (han), dz si nit han söltent, wan si hettent ein paner und j ingsigel, dz si sich nüt erkenen solten an si; si hant ir gericht von der geswornen brieffen wegen, da went er die ingsigel gebrochen, dz si da abschriften machten und da die brief hant. — Hant die von Ure gemant, dz si die von Stans wisent daran ein benügen ze hant und also ze belibent. — Also hat gemant, dz wir si schirmen und inen behulffen sint zem rechten, dz si bliben, alz si von alter komen sint.» Für die gesperrt gedruckte Stelle mag unsere Interpretation etwas gewaltsam erscheinen. Ich weiß keine bessere. Der Ausdruck, die Siegel zerbrechen, bedeutet immer entkräftigen.

¹⁾ Wir haben auch dafür nur die kurzen abrupten zweideutigen Gedankennotizen des Luzerner Stadtschreibers:

1417, 21. Mai. Wir hant vernomen, wie die von Underwalden in stößen sint von ir ingsigel paner und tagweren. — Wie wir si manten ob und nid bedörfften ir deheinest. — Ob úns dunke, dz wir si manen die stöße und sachen lassent ze stan und nüt anzevachen untz uffen der Eidgenossen bieten und die buntbrief. — — Jederman rechten unschedlich ir hettent da unbescheidenlich gangen, wazû wir recht haten, lant wir bliben, went ir gern anderwertz gan bescheidenlich umb dz wir in fr. — — Wie da giengen etlich unbescheidenlich, da lant si bliben bi der min, ir wellent denn — — —

4. Juni feria sexta post Pentecosten: Enphelhen den botten gen Underwalden ze reden von ir stöß.

16. Juni feria sexta post corporis Xi: Von der stößen wegen, so die von Underwalden mit enander hant von ir paner ingsigel etc.

2. Juli feria sexta ante Ulrici. Von der von Underwalden stöß wegen.

7. Juli. Es sont die nid dem Walt hie antwürten, ob si ir stöß zem rechten, oder wie si komen went uf die Eitgnossen.

22. Juli. Von der von Underwalden stös wegen bitten die von Stans in schrift ze gent (Ratsbuch Luzern III).

Aus welchen Gründen das unterblieb, wissen wir nicht. Die Nidwaldner hielten aber ihre Ansprüche aufrecht¹⁾. Im Grenzstreite zwischen Luzern und Zug 1423, wo Zürich, Uri, Schwyz und Unterwalden der Entscheid übergeben war, wollte Zug den beiden Boten von Ob- und Nidwalden nur eine Ortsstimme zugestehen, und darauf brach Luzern die Unterhandlungen ab²⁾. Im Sommer 1424 kamen die Streitpunkte zwischen den beiden Unterwalden endlich vor die Tagsatzung. Walther Heintzli bot namens der Obwaldner Recht auf gemeine Eidgenossen der acht Orte, Erni Willis für die Nidwaldner auf Luzern, Uri und Schwyz. Die Obwaldner wurden eingeladen, sich zu erklären, ob sie das — dem Waldstätterbund entsprechende — Rechtsgebot der Nidwaldner annehmen wollten³⁾. Das geschah aber offenbar nicht. Als im folgenden Jahre Schultheiß und Rat zu Bern den Streit um die

¹⁾ Inwieweit die Abschiedsstelle vom 2. Nov. 1422, wornach Obwalden gegen Nidwalden auf Schwyz zu Recht kommen will wegen des Gutes von Lausanne, mit den innern prinzipiellen Differenzen in Beziehung steht, ist nicht klar. Es handelt sich um die Aufhebung von Kaufmannsgut durch die Urner während der mailändischen Fehde. Auch andere Orte hatten Recht hierum auf Schwyz geboten. Vgl. Absch. II, 13, 17, 19, 20. Wahrscheinlich handelt es sich um das Verhältnis Nidwaldens an den Beuteanteil des ganzen Ortes, obwohl es anderseits scheint, daß die Tagsatzung Rückstellung des Raubes verlangt hatte.

²⁾ «Feria quarta post Jacobi. 1423. (28. Juli): Item als wir von Giskon ab tagen gegen den von Zug gescheiden sint, von unser spenn wegen, und die sach zerslagen ist von des wegen, das die von Zug nit wellent, wann dz beid botten von Underwalden ein stym habent, dz wolten wir nit. Also wellen wir nu zû dem unsern griffen und dz behan.» Ratsprot. Luzern. IV 41 b.

³⁾ Tagsatzung zu Zürich 5. Juli 1424: «Item, als amman Heintzli geredt hat von der von Underwalden ob dem Wald und Arnold Willis von der von Underwalden nid dem Wald wegen umb sachen, die si sament ze schaffen hand, wie jetweder teil recht búted und die ob dem Wald recht bietend uff gemein Eidgnossen und die nid dem Wald recht bietend uff die von Ure, von Switz und von Lucern, da súllent die ob dem Wald heimbringen, ob si das recht als Erni Willis gebotten hat, wollent ufnehmen.» St.-A. Luzern, Allg. Absch. A 28. Vgl. Absch. II 38.

im Aargauer Feldzug gewonnenen Ämter Richensee, Meyenberg und Villmergen zwischen Luzern und den Orten Zürich, Schwyz, Unterwalden, Zug und Glarus entscheiden sollten und die Parteien auf den 14. März 1425 eingeladen waren, traf ein Schreiben der Obwaldner ein, daß sie ihre Botschaft nicht senden würden, ehe ihre langjährigen Differenzen mit ihren Landleuten nid dem Wald entschieden wären. Auf Wunsch der Luzerner erfolgte hierauf die Ansetzung einer zweiten Tagfahrt. Ob auch diese am Fernbleiben der Obwaldner scheiterte? Das Endurteil ward erst auf einem dritten Tag gegeben ¹⁾. Sicher ist aber, daß es weder vorher noch später zur rechtlichen Regelung der brüderlichen Differenzen Unterwaldens kam. Das zeigt der Standpunkt, den Obwalden noch im Jahre 1432 einnahm.

Die Entwicklung ging trotzdem gewohnheitsrechtlich in den historischen Bahnen vorwärts. Nidwalden behauptete für sein eigenes Feldzeichen, wenn es allein auszog, den Rang eines Banners. Als 1487 König Maximilian den Landammännern, Räten und Land-

¹⁾ Urk. vom 14. März 1425 (gleichz. Kopie St.-A. Luzern): «In dem so ist für beyder teilen botten ein brieff ouch von den wysen fürsichtigen amman und lantlütten von Underwalden ob dem Kernwald ouch iro und únsere lieben getrüwen eitgenossen gesant komen, der da wiset, daz si iro bottschaft uff den ictzgenanten tag nit tûn wôlten noch môchtten ee daz inen der stößen ustrag werd, so da lange zit gewesen sint zwúschent inen und iren lantlütten von Underwalden nid dem Wald und nachdem do der selbe brief offentlich gelesen ward, sprachen der vorgeseiten únsere lieben eitgenossen von Lutzern botten, daz si uff sôlich ir eitgenossen zûsprûch nit geantwûrtten kônden âne aller der andern eitgenossen, so dar zû haft sint botten, wand ouch der anlaßbrieff uff ein sôliche meinung wiste, daz si uff die tag, so wir darumb ansetzende würden, ir bottschaft daby haben sôlten, da wider aber der andern únsere lieben eitgnossen boten» den Spruch begehrten etc. Vgl. Absch. II. 48.

Zur Sache, siehe Segesser Rechtsgesch. der Stadt und Rep. Luzern II 62 ff. Die Angelegenheit scheint eine gewisse Verstimmung der Luzerner gegen die beiden Unterwalden erzeugt zu haben, denn sie behaupten 1423 an der Entwerung der bisher von Luzern verwalteten, nun von den Eidgenossen reklamierten Ämter «hant die von Underwalden vil schuld, Erni Willis und Amman Hentzli», Segesser 71. Absch. II 21.

leuten zu Unterwalden ob und nid dem Kernwald die Bewilligung erteilte, «das Crucifix Christy des Herrn och Maria und Johannis in ihr gemeynen paner verzeichnet» zu führen, verlieh er gleichen Tages diese Gnade auch den Nidwaldnern besonders, für «ir sundern paner»¹⁾. Wenn aber das Obwaldner Banner auszog, so mußte das rote Nidwaldner Banner mit dem weißen Doppelschlüssel «unterschlagen» werden, denn das rot-weiße Obwaldner Banner war das gemeinsame Feldzeichen²⁾. Nidwalden stellte in gemeineidgenössischen Feldzügen ein Drittel der Mannschaft, Obwalden zwei Drittel. Die Besetzung der militärischen Ämter geschah, wie fast überall in der alten Eidgenossenschaft, durch die Truppe selber³⁾. Im Thurgauer Kriege 1461 finden wir beim gemeinsamen Bannerauszug zwei Hauptleute, einen Ob- und einen Nidwaldner; des erstern Namen steht voran⁴⁾. Der Titel eines gemeinsamen Bannerherrn kommt verhältnismäßig erst spät vor. Der erste namentlich bekannte ist Nikolaus Wirz, der 1529 beim

1) Im übrigen gleichlautende Urkunden vom 28. Sept. 1487 im St.-A. Obwalden und St.-A. Nidwalden. Das verliehene Zeichen abgebildet im Schw. Arch. f. Heraldik IX, S. 21.

2) Vgl. meine Arbeit über das Unterwaldner Wappen. Schw. Arch. f. Heraldik I. c. 14 ff.

3) Vgl. die Rechtsschriften im Streite von 1589, **Beil. XII**, und ferner die Antwortschrift Obwaldens im Handel von 1616. Diese behauptet ausdrücklich: «sonst ist von alter har weder Pannerherr noch Lantzhauptman erwöldt worden biß man in dz Feld zogen und het der Landtweibel dz Panner in dz Feldt thragen und erst im Feldt, die under der Panner gsin, die beide Amptslüt erwölt und diewill wir die zwen Man und sy allein den driten under dem Panner ghan, ob wir dan schon einen als den Landtshauptman nit dem Waldt nēmen müessen, haben wir sy doch umbs halb übermeret, habent einen nit dem Waldt erwölt, der unß ob dem Waldt gefallen hat.» (St.-A. Nidw.)

4) «Wir Walther Kyser (von Sarnen) und Heinrich Wolffent (von Buochs) von Underwalden, houbtlüt» im Absagebrief vom 20. Sept. 1460. St.-A. Bern (Fach. Österr. Urk.-Arch.), gleichz. Kopie im einem Schreiben Herzog Sigmunds vom 12. Okt. 1460. Die Jahrzeitbücher nennen schon die beiden am Hirzel 1443 gefallenen Landammänner Ob- und Nidwaldens als Hauptmänner (Beitr. z. G. Nidw. VII 24).

ersten Auszug nach Kappel gewählt wurde ¹⁾. Wenig später, 1546, finden wir den Titel auch für Nidwalden speziell ²⁾.

Dass das Verhältnis von einem und zwei Dritteilen sich überhaupt konsequent festlegte, können wir am besten aus der Besetzung der gemeineidgenössischen Vogteien erkennen. Wie wir sahen, hat Obwalden noch 1432 solche Stellen an gemeinsamen Landsgemeinden durch freies Mehr besetzen wollen, wodurch es wohl meist in seiner Macht gelegen wäre, diese einträglichen Ämter den Seinigen zuzuwenden. Die beiden ersten Vögte der aargauischen Herrschaftsgebiete waren Obwaldner: 1421/22 Georg von Zuben in Baden, 1423/24 Walther Heintzli in den freien Ämtern. Beim zweiten Turnus fielen beide Stellen Nidwalden zu; 1435 amtet Marquard Zelger in Baden, 1445 Heinrich Zelger in den Ämtern. Von da an besetzt stetsfort Obwalden zweimal nach einander, das dritte mal Nidwalden. Das gleiche ist der Fall im Thurgau, wo schon die beiden ersten Vögte 1470 und 1484 Obwalden stellt und erst das dritte mal Nidwalden an die Reihe kommt. Ebenso in Sargans und im Rheintal und seit 1512 in den gemeinen ennetbirgischen Vogteien ³⁾.

Für die Tagsatzung drang der Anspruch Obwaldens, je zweimal nacheinander allein die Boten zu stellen, zunächst nicht durch. Nur die Jahrrechnungstagsatzungen zu Baden scheinen, aus den

¹⁾ Von da an nennt sich Wirz immer Pannerherr. Die spätere Rechtschrift Obwaldens im Streite von 1589 nennt ihn ausdrückliche, «deß lands ob und nit dem Wald panerherr». Vgl. unten **Beil. XII B.**

²⁾ St.-A. Luzern (Akten Nidwalden), wo Pannermeister (Ludwig) Zelger genannt wird. Siehe auch unten **Beil. IX.** Sein Nachfolger war der spätere Landammann Joh. Waser (1560—1610). — Die Jahrzeitbücher des XVI. Jahrh. nennen freilich schon den bei Arbedo 1422 gefallenen Landammann Bartlime ab Wisoberg als speziellen Bannerherrn von Nidwalden.

³⁾ Vgl. die Vogtlisten bei Leu (Lexikon), die auf guten Quellen beruhen und so weit ich sehe, nicht nur mit ältern gedruckten oder in den Vogtsitzen gemalten Wappenserien, sondern auch mit den vereinzelt Nennungen in den Abschieden und den in der Argovia und anderwärts edierten Urkunden harmonieren.

freilich mehr als unvollständigen Botenlisten zu schließen, frühzeitig meist nach diesem Verhältnis beschickt worden zu sein. Da sie vorwiegend finanzieller Natur waren, erschien hier jeweils der Seckelmeister des repräsentierenden Teiles¹⁾. Die übrigen häufigen Tagfahrten waren im fünfzehnten Jahrhundert meist doppelt besetzt, wobei es sogar vorkommt, daß von Nidwalden mehr Boten anwesend sind, als von ob dem Wald²⁾. Diesen Boten kam nur eine beratende Bedeutung zu, da bei Abstimmungen ja nur die eine Standesstimme Gesamtunterwaldens in die Wagschale fiel. Die Frage, ob bei Meinungsverschiedenheit der Teilstimme Obwaldens eine Zweidrittelsbedeutung zukomme, wurde aber 1475 wenigstens in einem sehr wichtigen Spezialfall in bejahendem Sinne von der Tagsatzung entschieden. Nidwalden hatte sich schon im Vorjahre gegen «die ewige Rich-

¹⁾ Siehe Band I und II der Abschiedsammlung. Von 1423 bis 1435 finden wir auch die Jahrrechnungstagsatzung in Baden vorwiegend mit einer doppelten Vertretung beschickt: 1423 und 1424 Walther Heintzli und Erni Amstein, gen. Willis, 1427 Georg v. Zuben und Hans Zimmermann, 1429 und 1435 Klaus von Einwil und Hans Mettler, die beiden regierenden Landammänner — nur 1433 beschickt zwischen hinein bloß Nidwalden die Jahrrechnung mit dem Altamann Engelhard Ennetacher. Lange Zeit fehlen dann die Botennamen, seit 1471 finden wir aber, wo die Namen bekannt sind, an der Jahrrechnung immer nur einen Gesandten und soweit wir bei der Lückenhaftigkeit der Quellen erkennen können, stellte Obwalden je zwei Jahre den Boten.

²⁾ In der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrh. kann man behaupten, daß auf allgemeinen Tagsatzungen fast ausnahmslos eine doppelte Vertretung vorhanden ist, meist gleich stark. 1440, 28. Febr. drei Obwaldner und ein Nidwaldner. Noch 1477 sind von 19 Tagungen elf mit beidseitiger Vertretung besetzt, sechs von Obwalden allein, zwei von Nidwalden allein. Davon weist der Tag vom 21. Febr. zwei Nidwaldner und einen Obwaldner, jener vom 25. April zwei Nidwaldner und keinen Obwaldner auf. Mit 1486 nehmen die einfachen Vertretungen sichtbarlich zu, obwohl keine sichern Resultate sich ergeben, da von der Mehrzahl der Tagungen die Botenlisten nicht vorliegen, und auch für diese ist ein bestimmter Turnus nicht nachweisbar, zuweilen, so z. B. 1499, 1., 11. und 16. März ist Nidwalden mehrmals nacheinander allein repräsentiert.

tung» und den Bund mit der Niedern Vereinigung ablehnend verhalten. Am 21. Januar 1474 hatte die Tagsatzung zu Luzern, von der Nidwalden ferngeblieben, beschlossen: «umb die obgnanten beid sachen söllend die von Underwalden ob dem Wald dry oder vier botten us dem dritteil (d. h. Nidwalden) beschicken, inen die sach eigentlich erzellen und mit inen reden trefflich, dz sy mit den Eidgnossen einhell syend und ir antwurt uff den obgenanten tag (vom 3. Febr.) gebent»¹⁾. Das Mittel verfiel nicht; Nidwalden blieb dem nächsten Tage wieder fern. Die Obwaldner sagten aber im Namen Unterwaldens die Annahme beider Verträge zu, und einer Botschaft aller Orte und Basels, die am 6. März nach Nidwalden kam, scheint es gelungen zu sein, die bedingungsweise Zustimmung der dortigen Landsgemeinde zu erlangen²⁾. Die Boten von Obwalden hatten daraufhin diese Briefe und später auch das Bündnis mit Ludwig XI. mit dem gemeinsamen Landessiegel besiegelt, trotzdem die Nidwaldner ihnen das verboten hatten. Als nun die Bedingung, an die Nidwalden seinen Eintritt in die ewige Richtung geknüpft, am 20. März 1475 noch nicht erfüllt war, verlangte es das Siegel wieder vom Richtungsbriefe und dem französischen Bunde zurück. Die Tagsatzung aber entschied: da Obwalden einhellig oder mehrheitlich mit den übrigen Eidgenossen gegangen und dessen Boten die Siegelung zuvor versprochen, so solle dasselbe von neuem siegeln dürfen, «dewil sy zwen teil des ortz sigen und dz vor ouch gebrucht haben»³⁾.

¹⁾ St.-A. Luzern, Luzerner Abschiede B. 13. In der gedruckten Samml. d. eidg. Absch. II 471, ist die Stelle mißverstanden wiedergegeben, da fälschlich von «jedem Dritteil» die Rede.

²⁾ Absch. 472, 473.

³⁾ 1474, 21. Okt.: «Uf disem tage hant alle ort ir ingesigel zu Lutzern gehept, die richtung zû versigeln mit dem fürsten von Oesterreich, usgenommen Underwalden, hat man geordnet.» Absch. II 513.

1474, 29. Okt., wird in der Instruktion für den Gesandten an Ludwig XI. versprochen, die Briefe der Eidgenossen bis zu seiner Rückkehr zu siegeln, l. c. 517.

Da in den betreffenden Bundesbriefen nur von einem «Underwalden» gesprochen wird, so hätte hier die Zweidrittel-Stimme das Verbleiben Nidwaldens bei den Verträgen erzwungen. Obwalden versäumte aber die Konsequenzen aus diesem Tagsatzungsentscheid zu ziehen, da es im Kollerhandel, dessen Lösung die Bedingung Nidwaldens bezweckte, ebenso engagiert war, wie jenes, und durch den Einfluß der Bubenbergpartei dem französischen Bündnis selber mißtrauisch gegenüberstand. Erst auf das Erscheinen einer bernischen Gesandtschaft verharrete Obwalden beim Bunde mit Ludwig XI. ¹⁾ Den Richtungsbrief wagte aber die Tagsatzung den österreichischen Räten nicht auszuhändigen, ehe Herzog Sig-

1475, 20. März: «Sodann von des siglens wegen, als die von Underwalden die bericht zwüschen einer herrschaft von Oesterreich und den Eidgnossen gemacht, siglen söllent, als sy die ouch gesiglet hant mit den worten und dem underscheid, ob ein fürst von Oesterreich die von Lutzern bittet, sich des rechten zû beladen der stößen, so ein fürst von Oesterreich und Kaspar Koller ir lantman samten hant und die von Lutzern sich des rechten beladen, dz es dann by dem siglen bestan sol; wo dz aber nit beschehen wurde, so sollen die botten von Zürich, so obstand und uff dißem tag geweßen, den von Underwalden ir sigel wider ab den berichtbrieffen geben, als sy denn dz zûgeseit hant, desglich ob dz nit beschicht, sol man inen ir sigel ab dem künglichen brieff ouch wider geben. Und nachdem die von Underwalden nit dem Wald den botten ob dem Wald verbotten hant, die brieff zû siglen, da die botten ob dem Wald der Eidgnossen botten rat ghept, nachdem wan sy ob dem Wald zû rat worden, einhell old der merer teil, dz sy dz dann mit siglen old sust mit den Eidgnossen gezogen, dann sy zwen teil sigen, dz es alwegen daby blyben, ist der Eidgnossen botten rat und erkantnis, dewil sy zwen teil des ortz sigen und dz vor ouch gebrucht haben, dz sy jetz aber siglen mögen, dewil ir botten dz vor ouch zugeseit und beschlossen hant mit andern ortten» l. c. 528. Über den Abenteurer Kaspar Koller, vgl. Liebenau, Kath. Schw. Blätter XI und XII.

¹⁾ Absch. II 531 und 532. Zu den dort angeführten und abgedruckten Quellen ist noch die «Bekantnuß», welche Schulth. und Rat von Bern «den von Underwalden» unterm 24. März 1475, zur Erläuterung des Artikels über den Frieden mit Burgund gaben, zu vergleichen. St.-A. Bern, Teutsch. Spruchbuch des ob. Gewölbes G. 326.

mund seinen Streit mit Kaspar Koller dem Rate von Luzern übergeben und damit die Nidwaldner befriedigt hatte¹⁾.

Als im nächsten Jahre in einem Zwiste zwischen Stadt und Amt Zug die Stimmen von Ob- und Nidwalden wieder auseinandergingen, war keine Rede mehr davon, die Nidwaldner Stimme durch die bessere Stimme Obwaldens zu unterdrücken. Man gab sich wiederum Mühe «den Dritteil von Unterwalden» durch eine Botschaft von Luzern und Obwalden zur Einigkeit mit den andern Ständen zu bekehren²⁾.

Die Selbständigkeit der beiden Kantonsteile tritt auch in der äußern Politik gegen Schluß des XV. Jahrhunderts immer stärker hervor. Obwalden kommt unter den Einfluss Berns, Nidwalden lehnt sich an Luzern an. Schon im Amstaldenhandel ist das ersichtlich. 1495 erneuert Nidwalden sogar selbständig nebst Zürich, Luzern, Uri, Zug, Glarus, Freiburg und Solothurn das französische Bündnis mit Karl VIII., dem Obwalden fern bleibt. Auch zu Beginn der italienischen Feldzüge geht es eigene Wege und erobert für sich allein mit Schwyz und Uri die Herrschaften Bellenz, Bollenz und Riviera³⁾. Dieser Eigenbesitz gibt seiner Autonomie weitere Festigkeit und erhebt es in vielen Fragen zur Stellung eines eigenen Ortes.

¹⁾ 1475, 1. Juni, antwortet die Tagsatzung den Räten des Herzogs, welche die Aushändigung der Urkunde verlangen: Wenn der Herzog unsere Eidgenossen von Luzern bitte, sich des Rechts zwischen ihm und Kaspar Koller zu beladen und darum Tag zu setzen, werden dann die, welche den Brief haben, ihrem Begehren entsprechen. Absch. II 541.

1475, 7. Juni: «Item derer von Underwalden anbringen von Caspar Kollers wegen, des rechten halb, ob der fürst die von Lutzern nit bitted, sich des rechten zu beladen, dz man inen dann ir sigel ab dem richtungs-brieff wider geben, als der burgermeister Röist und junkher Kunrat Schwend von Zürich inen das zügeseit hand.» Am 22. Nov. 1475 begann der Prozeß Kollers vor dem Rate zu Luzern, der Herzog hatte sich also der Bedingung unterzogen.

²⁾ Absch. II 335 zum 16. Dez. 1476.

³⁾ Vgl. Urk. vom 14. April 1500 und Friede von Arona vom 11. April und 16. Juni 1503. Absch. III 2, S. 1279 u. 1305. Dazu das Register.

Sonderbarerweise vernehmen wir in dieser Periode, wo die Politik der gemeinsamen Landleute oft auseinandergeht, wenig von ausbrechender Zwietracht¹⁾, nichts von speziellem Streite. Im Gegenteil: ökonomische Rücksichten führen bei der stets wachsenden Zahl der Konferenzen und Versammlungen zur stillschweigenden Vereinbarung, auch die gewöhnlichen Tage, falls nicht besonders wichtige politische Traktanden vorlagen, nur einfach zu beschicken. Seit dem Anfang des sechszehnten Jahrhundert ist dies aus den zwar immer noch lückenhaften Tagherrenverzeichnissen klar zu erkennen²⁾.

Die Reformation gestaltete die politische Konstellation innerhalb der Eidgenossenschaft völlig um. Die religiösen Interessen führen die katholischen Kantone zu einer engen Sondergemeinschaft zusammen, in der sich für sie der schweizerische Nationalgedanke konzentriert. Der Zusammenhang mit den reformierten Orten blieb eigentlich nur durch die Kompliziertheit der historischen Verhältnisse, den gemeinsamen Herrschaftsbesitz, die gemeinsamen Bündnisse nach außen und durch die schwerfällige Macht der Überlieferung und Gewohnheit erhalten. Innerhalb dieses geschlossenen Sonderkreises, dessen Grundlage der alte Vierwaldstätterbund war, trat nun Nidwalden, schon durch seine geographische Lage, zum katholischen Vorort Luzern stärker hervor. Die Nidwaldner fanden sich, wie es scheint, auf den katholischen Konferenzen wieder zumeist mit eigener Vertretung ein³⁾.

¹⁾ Eine vereinzelte Befürchtung, weil Obwalden von Mailand, Nidwalden von Frankreich Geld erhalten, zeigt die Äußerung von Schwyz 1496, 8. Sept. Absch. III 513.

²⁾ Zwar auch hier nicht im Sinne eines Turnus nach dem Verhältnis von 2 zu 1. 1501, 26. Juli und 9. August z. B. erscheint zweimal nacheinander der Nidwaldner Marquard Zelger. Vielleicht war dies durch die wiederkehrenden Geschäfte bedingt. Übrigens erscheinen oft die beiden Botschaften zugleich.

³⁾ Die ältern fünförtischen Abschiede bringen selten die Namen der Boten. Vgl. aber 1543, 24. Jan., 1544, 2. Dez., 1545, 12. Okt., 1547, 16. Febr., 17. Okt., 29. Okt., 15. Nov. Absch. IV 1. d.

1544 schickten dagegen die Obwaldner an die Jahrrechnung einen Spezialgesandten, obwohl der Turnus an Nidwalden war, worauf letzteres seine Botschaft auf zwei Mitglieder verstärkte¹⁾.

Wir können daraus vermuten, daß Obwalden seine Hegemonie gefährdet sah. Da die Protokolle unserer beidseitigen Archive aber nicht soweit zurückreichen²⁾, sind wir über den Ursprung der «Späne und Mißhelle» nicht genau unterrichtet, die sich über die Beschickung der Tagleistungen und der Ritte zu Kaisern, Königen, Fürsten und Herren um diese Zeit erhoben. Die Unterwaldner trugen diese Streitigkeiten unter sich aus. Am 17. Januar 1548 schlossen acht Ratsglieder Obwaldens, die als Vertreter der sechs Kirchgemeinden charakterisiert werden und vier Vertreter der Regierung Nidwaldens im Namen ihrer Obrigkeiten folgenden Vergleich:

I. Die Tagleistungen der V Orte haben die Obwaldner zweimal nacheinander zu besuchen, «sy syent dann nutzlich old schedlich» (einträglich oder kostenbringend); würden beide Teile dahin gefordert, so soll die Teilnahme dem Rechte jenes Teils, an dem die Reihe ist, für die Folge unvorgreiflich sein. II. Wenn Tagleistungen gemeiner Eidgenossen mit den Zugewandten von Wallis und Chur von Fürsten und Herren angeordnet werden und beide Teile Gesandte dazu schicken wollen, soll man das keinem wehren, doch unbeschadet demjenigen Teile, an dem sonst die Reihe der Beschickung wäre. III. Betreffend die Jahresrechnungen zu Lauis und Baden und die Klosterrechnungen im Thurgau, wie sie jetzt gepflogen werden oder in der Folge an die Orte kommen möchten, soll Obwalden je zwei aufeinander folgende, Nidwalden je die dritte versehen; jener Teil, welcher eine solche Jahrrechnung nicht

1) Absch. IV 1. d. S. 391: Baden 1544, 23. Juni. Boten: Heinrich zum Weissenbach, alt Landammann ob dem Wald, Melchior Wildrich, alt Landammann und Melchior Keiser des Rats nid dem Wald.

2) In Obwalden sind zwar kleine unzusammenhängende Bruchstücke von Manualen seit 1546 vorhanden, sie werden aber erst um 1554 einigermaßen vollständig. In Nidwalden beginnen die Landsgemeindeprotokolle 1562, die Ratsprotokolle erst 1580.

zu versehen hat, soll keinen Boten dahin abordnen, die Jahrrechnung sei «nützlich oder schädlich». IV. Wenn aber dort besondere Händel in betreff von Fürsten und Herren vorkommen, welche die Jahrrechnung nicht berühren und beide Teile hiezu «schicken» wollen, so ist das zugelassen, der Jahrrechnung unvorgreiflich. V. Wenn einzelne Orte bestimmt werden, sich im Namen gemeiner Eidgenossen zu fremden Fürsten und Herren oder zu Zugewandten und besondern Orten oder (für eine Minderheit von Orten) zu gemeinen Eidgenossen zu begeben, und wenn hiefür das Land Unterwalden bezeichnet würde, so soll Obwalden zwei Ritte, Nidwalden den dritten Ritt versehen, dieselben seien «nützlich oder schädlich». Wenn aber von gemeinen Eidgenossen beschlossen würde, Boten von jedem Ort zu senden, so mögen beide Teile Gesandte schicken. Dadurch aber soll der fernern Reihenfolge kein Abbruch geschehen. VI. Bei Rechtssprüchen, welche fremde Fürsten und Herren betreffen und wo das Land Unterwalden einen Rechtsprecher setzen muß, hat Obwalden dieses zweimal, Nidwalden je das dritte mal zu tun. Ebenso soll es gehalten werden, wenn laut den Bünden zwischen zwei Orten ein Rechtsprecher gegeben werden muß. VII. Diese Artikel sind den beidseitigen Freiheiten, Rechten und alten Herkommen, es sei wegen des Banners oder des Siegels, unnachteilig. Die Urkunde wird mit den beiden Landessiegeln bekräftigt¹⁾.

Mehr als seit hundert Jahren hatten sich diese Verhältnisse friedlich herausgebildet; der Vertrag war im ganzen und großen nur die schriftliche Fixierung geltenden Gewohnheitsrechtes. Es ist nun beachtenswert, wenn auch psychologisch keineswegs verwunderlich, daß diese bindende Formulierung sofort den ständig erneuerten Anlaß zu Deutungen, Beschwerden und gegenseitigen Vorstößen bot. Bereits aus dem nächsten Jahrzehnte, von zirka 1558, stammt ein Vertragsentwurf, in welchem Obwalden die doppelte Beschiekung noch mehr zu beschränken und auch in diesem Falle das Verhältnis dadurch zu wahren

¹⁾ Beilage IX.

sucht, daß alsdann Obwalden zwei, Nidwalden einen Boten sende. Die Jahresrechnungen zu Baden, Lauis und Luggarus sollten vorbehaltlos je zwei Jahre von Obwalden, das dritte von Nidwalden beschickt werden, alle gemeinen Tagsatzungen zu Baden, Brunnen und anderswo in entsprechender Reihenfolge und ebenso nicht nur die Gesandtschaften zu Fürsten und Herren, sondern auch die Ritte bei Erwählung von Äbten in den unter der Schirmvogtei der Orte stehenden Klöstern. Dagegen ließ man beiden Orten den ständigen Besuch der Tage in Luzern und Beggenried zu, in dem oben angegebenen Botenverhältnis, das, auch bei Rechtshändeln, die das ganze Land berühren, «sy sigen wit old noch», angewendet werden sollte. Jeder Teil sollte je- weilen seine Boten selber besolden, ausgenommen auf den Jahr- rechnungen, wo die auf 3 Kronen fixierten Tagelöhne der gemein- samen Boten von Ob- und Nidwalden nach dem bekannten Ver- hältnis zu repartieren sind. «Ouch düchte es uns gütt und von nötten, dz die Landschriber zû beiden teillen ein besonders Bûch darzû machten und allwäg darin uffzeichnen ein jede Tagleistung, wie sy sich für und für zûtrüg und weller Pott gsin, es sig witt old noch, Rächtshandel old anders, wie sy vor von einandren gsun- dret sind, damit kunfftiger Span und Irrung vermitten und khein Vorthel gebrucht werden möge» ¹⁾.

¹⁾ **Beilage X.** Der Entwurf liegt in zwei Redaktionen vor, von denen die bessere, undatierte, im St.-A. Nidwalden von der Hand Ulrich Langensteins stammt, der seit 1557 in der Nidwaldner Kanzlei beschäftigt und von 1558—1565 Landschreiber war. Und zwar zeigt die Schrift in Duktus und Buchstabenformen den frühesten Charakter seiner Hand. Die zweite Version findet sich in einem spätern Eintrag von ca. 1589 ins älteste Obwaldner Landbuch mit dem Datum 1558. Sie sucht den dunkeln Originaltext zu interpretieren, tut dies aber offenkundig falsch. Wenn ihre Interpretation, die alle Fälle periodisch nach dem Verhältnis von $\frac{1}{3}$ und $\frac{2}{3}$ regelt, richtig wäre, so wäre ja die ausdrückliche Unterscheidung dieser Fälle barer Unsinn. Leider gehen die Nidwaldner Protokolle nicht in diese Zeit zurück, und die damaligen Obwaldner Manuale sind nur in Bruch- stücken erhalten, die nichts von diesen Unterhandlungen melden.

Es kam keine Ratifikation dieses Vertrages zustande. Obwalden aber setzte ihn später gleichwohl ins Landbuch, was ständigen Widerspruch Nidwaldens hervorrief¹⁾.

Die Nidwaldner suchten nun einmal das schriftlich stipulierte Drittelverhältnis auch für sich auszunutzen. Als Bannerherr Nikolaus Wirz von Obwalden gestorben war, erschien unvermutet am 29. August 1556 eine Nidwaldner Gesandtschaft vor dem Rate in Sarnen und stellte das Begehren: da Obwalden nun zweimal das gemeinsame Banner ins Feld getragen, so sei es nun nach dem Turnus das dritte Mal an ihnen, den Bannerherren zu stellen.

Die Obwaldner gerieten ob dieser Zumutung, «als ob wir kinder und weißly werent», bei denen das Landesbanner nicht sicher wäre, außer Fassung, denn das gemeinsame Banner war ja zugleich ihr eigenes Feldzeichen. Sie antworteten, daß sie nicht im Sinne hätten, sich von ihrer alten Freiheit drängen zu lassen, stellten die endgültige Antwort einer Extralandsgemeinde anheim und gaben dem Landschreiber eine aus Vertretern aller Kirchgemeinden bestellte Kommission bei, um die Briefe im Turm zu untersuchen. Daß die Antwort der Gemeinde am 8. September nicht höflich ausfiel, ist begreiflich. Man beschloß dort sogar, die Gesandtschaft Nidwaldens nicht durch ein Ratsmitglied zu empfangen, sondern nur durch den Weibel abzufertigen²⁾.

¹⁾ Vgl. unten die Streitigkeiten von 1616, 1690/91 und 1755.

²⁾ St.-Prot. I, S. 533: 1556 uff samstag nach Bartholomey sind unser lantlütt vor uns erschienen und namlich aman Würsch und amman Bünty und uns ir grüs enbotten und anbracht von wägen der baner, das sy nit darwider, das sy sich hinder uns gehalten und das woll und doch wir nun zweymall ins feld tragen des sins sy zügen. das dritt mall sigs an innen, das sigs tragen sollen, darum sy ein antwurtt begären. Ist des die antwurtt, das min heren sy nit sinent zü trengen vonn ir fryheitt unser altter harkommenheitt, in gütter hoffnung sis ouch darby bliben lassen und uff die nöchst gmeind witter antwurtt gän, doch das wir niemant enpfolchen habendt darus zu reden. Witter der schriber lütt zü im näm die brieff im turnn zü erhoren ouch us jetlicher kilchery ein man ouch darzü.

Die Bannerherrenstelle von ob und nid dem Wald blieb vorderhand unbesetzt, um beim nächsten gemeinsamen Auszug nach bisheriger Übung im Feld bestellt zu werden¹⁾.

Es scheint fast, als ob Obwalden nun den Spieß umdrehen wollte und daran dachte, den Nidwaldnern die Führung eines eigenen Banners zu bestreiten. Wenigstens ließ es 1564 bei dem Nidwaldner Landvogt am Bauwen Erkundigungen «von wägen der paner» einziehen²⁾.

1564 erschien wieder eine dreifache Ratsbotschaft Nidwaldens in Sarnen und verlangte, daß sie auch ihr eigenes Sekretinsigel an eine Schnur der Vereinigung mit Karl IX. hängen dürften, weil es unter ihnen Leute gäbe, die sich durch das Obwaldner Siegel nicht gebunden fühlten «und dann vermeynent dem künig

1. c. 540. Landsgemeinde u. Frauentag (8. September) 1556.

Es ist ouch uff diser gmeind abgeratten, das so unser landtlüt ir bottschafft uffhar thundt schicken, so soll man den weibell nach inen schicken und nit ein botten.

Dazu die Stelle in der Klagschrift Obwaldens vom 8. Aug. 1589 (unter **Beil. XII B**): Zum sechsten hernach als herr landtamman Würtz, welcher deß lands ob und nit dem Wald panerherr gsin mit thodt abgangen, sye ire gsanten zû uns an ein landsgmeind geschickt, umb gemelten panerherren dz leid beklagt und daruff von uns die paner zû iren nit dem Wald handen gefordert und begêrt, glich als ob wir kinder und weißly werend. Ob dz einer eerlichen oberkeit nit verachtlich, diewil sy selber bekenent, dz die so zur paner ußgenommen werden im Fall der nott sôllen ein panerherren, so die paner ledig, setzen sôllen, glich als sy hinder uns nit biß dahin woll versicheret wery.

¹⁾ In Nidwalden wurde um diese Zeit, die seit 1548, dem Todesjahre Ludwig Zelgers, unbestellte Bannerherrenstelle wieder besetzt. Am 3. Mai 1566 wird Johannes Waser in seinem Adelsdiplom von Kaiser Maximilian II. als «bannermaister in Underwalden» schlechthin bezeichnet. (Arch. d. Familie Kaiser im Winkelriedhaus.)

²⁾ St.-Prot. III 113, S. Kunrattstag 1563. Anzûhen von wägen der paner kundschaft von vogt im Bauwen inzûnemen, soll sich nachmalß an einem grösren gwaltt anzûchen, was man witter drin handeln welle.

1. c. 323. Neujahr «die beschnidig Christi» 1564, Extragemeinde: Des paner halben ist zmer worden, das aman Schönenbûll und vogtt Hentzly den vogtt in Bauwen sôllen der paner halben erkunden.

nütt schuldig ze syn». Die Obwaldner Regierung aber beharrte auf der alten Übung und erklärte, sie werde ihr Siegel «in unserem und üwer namen anhäncken». Die Nidwaldner Gesandten verzichteten darauf, ihr Begehren vor die Obwaldner Landsgemeinde zu bringen¹⁾.

Schon vorher (1562) war ein Streit über Hauptmannschaften in fremden Diensten ausgebrochen, weil Ammann Thomas Zelger ein halbes französisches Fähnlein forderte, während Obwalden auch hier seine Zweidrittelstellung betonte und eidgenössisches Recht anbot. Es kam nicht dazu, Zelger erhielt die Stelle nicht, weil der Aufbruch damals unterblieb²⁾. — Aber

1) St.-P. II 655. Samst. III. Abend zu Weihnacht 1564. Zum ersten synd unsser gethrüwen lyeben lanntlütten gesantten mytt dryfacher bodschafft erschynen und angezeygtt, wye innen ein geschryfft zukomen, das wyer welentt dye vereynung syglen, das innen wol gefelyg sygy, doch wärdenn sy ir sygel ouch an dye eyny schnür häncken für ir drytten theyl dann der byschoff habyt inen solychs zügelasenn und dye wyl sy ir eigen secrett habentt bytten sy unns das wyer uns nytt beschwären wellen von ruwen wägen. Der vererung halber fragentt sy nytt fyl darnach, dan und ouch wytter angezeygtt, das sy personnen habentt, dye vermaynentt dyewyl und sy keyn sygel angehännekt haben lasen, vermaynentt sy dem künyg nütt schuldig zesynn. Haruff geantwurt namlych so und dye vereynung statt und uswyst wyer ein gantzy gemeyntt an genumen, wurdyn wyr unser sygel an beydy schnür häncken, wye von alltter har und vermaynett äs söly sy nütt beschwären, ouch unns bytten alß wyer vermaynett vormals bruchtt sygy, das wyer unsser sygel welentt in unserem und üwer namen anhäncken und so und aber sy des beschwärtt sygen wärdenn so und sy ettwas wytters ansüchen, wärdenn wyers an ein grosen gwaltt bryngen ouch wytter so und sy welentt by der verhörung belyben welentt, ouch by der versyglung, mögen wyer wol lyden. Haruff dye gesantten geanttwürtt, sy können wol erkennen, das wyer unser sygel machtt und gwaltt haben an ze häncken.

2) Staatsprot. Obwalden III 13. Gemeinde uff Samstag vor Exordi (Exaudi) (9. Mai) 1562: Unser lanntlütten halb das man inen nitt mer dan der dritt theill der hauptmannschafften halb lassen, sonder das rächt darum anbütten.

L. c. S. 30. Sonntag, 29. Mai 1562: Unser lanntlütten fürtrag halb um die hauptmannschafften, das sy sich beschweren um den dritten theyll inen zü

als kurz darauf ein Unterwaldner Fähnlein und im Oktober ein zweites nach Frankreich zog, konnte Obwalden sein Vorrecht nicht behaupten. Die Hauptmannschaften waren gleichmäßig verteilt¹⁾.

1569 hatten die Obwaldner neuen Ärger, als Landammann Melchior Lussy von der Tagsatzung zum Rechtsprecher im Diebshofer Handel ernannt wurde, weil «darby mier wol mercken und abnemen mögen, das mier nitt geschycktte lütt darzû haben, wan der kosten uff ander lütt litt²⁾. Und da die politische Bedeutung des großen Nidwaldner Staatsmannes auf den Tagsatzungen allzu deutlich auf Kosten der Obwaldner hervorstach, so versuchten die dortigen Magistraten den Mitbesuch der Tagsatzungen durch die Nidwaldner zu beschränken³⁾. Die Landsgemeinde vom 23. April 1570 beordnete die beiden Landammänner nach Nidwalden mit dem Begehren, daß sie es bei Tagleistungen «halten und bruchen, wye wyer von alter här handt im bruch gehan, wye von alter här lang».

Die zwei Tage später stattfindende Nidwaldner Gemeinde gab den Boten zur Antwort, man sei sich keiner Neuerung bewußt; stets wo man die Tagsatzungen mit ihnen besucht, habe es in einigen Traktanden sich um den Glauben oder um Ange-

lassen und uns dan die zwen theyll ist berattschlagtt, das man bim rächtbott bliiben will, us ursach, das aman Zelger die halb hauptmanschaftt ervordrett.

¹⁾ Vgl. Segesser: Ludwig Pfyffer u. s. Z. I 103 ff., 197 f., 236 f., 255, 285 und 624. Dazu Beitr. Nidw. VII 48. Hauptleute waren Andreas Imfeld von Lungern, Peter zum Wissenbach von Kerns, Landweibel Mathe Windli und Stoffel Nüöyer, beide Genossen von Stans.

²⁾ St.-P. III 708. 7. März 1569: Reklamation an Nidwalden. Obwalden hatte schon am 2. März vor der VII örtlichen Konferenz reklamiert. (Absch. IV 2, S. 1033.) Die Antwort Nidwaldens 11. März 1569 (St.-A. Obw., Akten Landesstreit).

³⁾ Eine Zusammenstellung von 1616 (St.-A. Nidwalden) verzeichnet von 1554 bis zur Vertragserläuterung im Jahre 1589 (1593) 65 resp. 79 doppelte Beschickungen eidgenössischer Tage.

legenheiten von Fürsten und Herren gehandelt. Dies sei dem Verträge von 1548 gemäß und dabei wolle man bleiben¹⁾. Schon

¹⁾ St.-Prot. Obwalden III 839. Landsgemeinde auf S. Jörgentag, 23. April 1570: Anzogen von wägen unser landlütten, so allwägen mitt unß zû thagen schicken wellendt und ist aber nitt brüchlich, ist berattschlagett, das man botten zû unseren landttlütten schick und mitt begären, das si es halten und bruchen, wye wyer von alltter har handt im bruch gehan, wye von alltter har lang. — Amman Würtz und der zükünftig amman sindt bott.

Landsgemeinde- und LR.-Prot. Nidwalden I, S. 104: Landsgemeinde an der Aa uff Sonntag waß sant Marx tag (25. Apr.) anno Domini 1570.

Herr aman Wirtz und stathaltter Imföld alß gesanten von unsern g. L. L. ob dem Kärnwald sind erschinen und uß bevelch irer heren fürgetragen, erstlichen das wier etliche mallen zû tagen von beden ortten bottschaftten schicken, das aber sy beduncke an einfacher bottschaft gnüg wäre und unß damit großen costen uffladen. Derhalben so wäre iren meinung, wen nit so gar hochwichtig sachen des gloubenß halb old fürsten und herren anträffe, so sölle man den costen ersparen und es mit den potten laßen umbgan, wie der bruch sye und wën der bot zû schicken an unß sige, so wellen sy dem gsanten, so wier schicken, verthruwen, das wellen wier gägen inen ouch thûn.

Zweitens beantragten sie die Abstellung der gegenseitigen teuern «Weinschenken» bei Hochzeiten und Gesellschaften, «diewil wier doch eiß Landts syen.» — «Hieruff ist der gmeindt ratschlag. Erstlichen von wägen das wier uff etliche zit mitsampt inen unsern g. L. L. uff die tagsatzigen bottschaftten schicken, da können wier nit wüßen, das wier nie mit inen gschickt haben, eß heige dan den glouben old fürsten und heren sachen in etlichen arthicklen antroffen und sige hiemit dhein nüwerung gemacht, sunders nit witter geschritten, dan wie die alt ordnung vermag, by welcher ordnung wier nochmallen gsinet zû pliben. Diewil aber etwan beschächen und noch beschächen möchte, das etliche iren gsanten die abscheidt, so sy von tagsatzigen old von Louwiß und Baden gepracht, minen heren hand zûgeschickt und sy nit komen und mine heren muntlich bericht aller handlung, als aber sy billich thûn sölle, derhalben möchten wier liden, das die gsanten nach gwonlichem billichem bruch persönlichen erschinen und aller handlung in grundt unß brichtnuß gäben und da wellend sy mit den iren ouch ze thûn verschaffen, so wellend wier, ob an den unsern des orts manglen weltten, glicher gestalt mit inen verschaffen, das söllichs gethan wurde.» Auf die übrigen Sparvorschläge wird eingetreten.

am 17. Juni 1571 schrieb Obwalden wieder nach Stans, «das si ire Botten daheinen lassendt»¹⁾.

Die Vorstöße Nidwaldens und die Proteste Obwaldens hatten keineswegs eine bloß prinzipielle, sondern auch eine finanzielle Grundlage. Wir wissen aus französischen, päpstlichen und spanischen Gesandtschaftsberichten zur Genüge, wie einträglich und angenehm es damals war, Tagsatzungsbote zu sein, wo das Ehrgefühl noch nicht so fein differenziert war. Wie köstlich die Ambassadoren die Tische deckten, wie reich ihre Trinkgelder flossen, welche die mangelnde Besoldung für den heimischen Staatsdienst ersetzten. Sicher haben die Obwaldner nicht ganz unrecht, wenn sie schon den Vertrag von 1548 offenherzig auf solche Motive zurückführen und behaupten, ihre Brüder nid dem Wald hätten vordem nur jene Tage nicht besucht, von denen sie «wol gewüst, das da nüt zû gewünnen gsin, wo aber ettwas zû gwünnen sye, iren teil wol versehen, von deßthwëgen der Vertrag mehrtheils uffgericht (worden, wil) wir nit mehr die Tagsatzungen versehen wellen, die kein Nutz bracht»²⁾.

1) St.-Prot. Obwalden III 949. 17. Juni 1571: «Man sol unseren lantlütten schriben, das si ire botten daheimen lasendt.»

l. c. 1000. Rat Mittw. nach Mitterfasten 1572: «Erstlich anzogen als unser landttlütt vârmeynen, das wyer denen von Lucern nitt sölten unser andttwürtt zûschriben, meynen myer pföggt (bevogtet). Des ritzs halb meynen mier, der an uns, dan si den von Fischingen zû Baden erwelt, sig zwüschen Heyni Büchers und seckelmeysters ridtt gsin.»

l. c. 1004. Rat nach der Landsgm., 23. April 1572: «Unseren Landtlütten sol man schriben, das man nitt den ritt ubergan welle und ee dec zû Lucern klagen und ze bekantnus kon.»

Landsgm.- und LR.-Prot. Nidwalden I 125. Nachgemeinde 4. Mai 1572. «Der grichtsheren halb im Thurgöuw umb die kleinfügen zûredungen wëgen, last man gëntzlichen bi vorgegëbner bekantnuß pliben und sölle man das ob den Waldt uff iren schriben antwurth schriben und sol brüder aman uff den jetzigen tag gan Lucern gwalt han, sich mit den gsanten und den andern orthen zu underreden und unsere meinung inß Thurgöuw old gan Baden zu schriben.»

2) Klage der Obwaldner vom 9. Aug. 1589. Unter **Beilage XII B.**

Das Vordrängen Ritter Lussys, der nicht nur ein politisches, sondern auch ein finanzielles Genie war, lag den Herren von Obwalden schwer auf dem Herzen. Er führte das große Wort auf den Tagsatzungen, ward von den katholischen Orten mit den ehrenvollsten, einträglichsten und wichtigsten Missionen und Gesandtschaften betraut. Als die gemeineidgenössische Tagsatzung ihn 1584 zum Schiedsrichter im Streite der Herzogin von Longueville um Vallangin bezeichnete¹⁾, protestierte Obwalden vergeblich an der nächsten Landsgemeinde in Nidwalden über Verletzung des Vertrages von 1548²⁾. Als Nidwalden 1587 gar einen Gesandten auf die Jahrrechnung nach Baden abordnete — was nach dem Vertrage für die politischen Geschäfte gestattet und durch die Traktanden motiviert war — weigerte ihm der Obwaldner Bote, Statthalter Konrad Wirz, den Beisitz. Die übrige Vertretung der katholischen Kantone verhinderte mit Mühe den Obwaldner Gesandten seinen Protest « vor unsers gloubens widerwertigen zů eröffnen, wêlche one zweyffel ab solcher unser zweytracht mer gfallen dann leyds geschöpft haben wurden »³⁾. Von da ab bildeten die Streitigkeiten zwischen den beiden Kantonsteilen zwei Jahre lang ein ständig wiederkehrendes Traktandum der fünfförtischen

¹⁾ Vgl. die Prozeßschriften von 1589, **Beilage XII**, insbesondere die Klage Nidwaldens. Der Spruch war am 24. Nov. 1584 erfolgt. (Vgl. Absch. V 1. 99.)

²⁾ Ldsgm. und L. R.-Prot. Nidwalden I 205: Landsgemeinde 28. April 1585. « Mitt u. g. L. L. ob dem Waldt wyll man den vertrag, so zwyschen inen und uns uffgloffen old uffgericht der rytten halb gegen inen gentzlichen halten, doch so je einer von einem fürsten old herren in sinen habenden sachen recht old schydlicher sprecher old sonst von den xiiij old xij old vij old 5 ortten uff ettliche spän zu verrichten erwöllt wurden, wend mine herren dem selbigen khein Maß geben, einer werde by u. g. L. L. old by unß zu ernamsen. Staht den parthyen old dero so ihren begären, zů gfallen heym. Und soll söllichs den herren gsandten von u. g. L. L. namlich her amman von Flüe, amman Roßacher und Foelix Burrach mit fründtlichen wortten anzeigen werden. » — Das Obwaldner Protokoll verzeichnet auffälligerweise die Sendung nicht.

³⁾ Klage Nidwaldens 1589, **Beilage XII A**.

Konferenzen. Die Situation wurde währenddessen noch verschärft, als Ritter Lussy einem Vetter ein savoyisches Fähnlein erwirkte, auf welches Obwalden zunächst Anspruch zu haben glaubte¹⁾. Obwalden wollte nun den Handel, weil gemeineidgenössische Verhältnisse betreffend, absolut vor die dreizehnörtische Tagsatzung bringen, was die katholischen Stände mit allen Mitteln zu verhindern suchten. Erst am 22. Juni 1589 erklärte es sich endlich bereit, probeweise auf eine gütliche Vermittlung der vier Orte einzugehen²⁾. Wie schwer das ging, zeigt die blasphemische

1) Rechtsschriften 1589, unter **Beilage XII.** Ldsgm. und L. R.-Prot. Nidw. 243. Nachgemeinde 7. Mai 1589: Dem Hertzog von Savoy ist ein fändtly von uns in zûsatz zû erhaltung siner landt und lüten, und anders nit zû gebruchen, erloubt, so ver ims mehrtheylls der 5 Ortten ouch bewillgen und soll her vetter landamman Lußi unseren hauptlütten umb gütte bestellig verhulffen sin.

1589, Mai 27. Konferenz der V Orte. Es waltet ein Anstand zwischen Ob- und Nidwalden in Betreff der Hauptmannsstellen bei den dem Herzog von Savoyen bewilligten Knechten. Da nun der savoyische Ambassador um Beilegung dieses Zwistes bittet, so wird an Obwalden geschrieben, es möchte sich dem bisherigen Brauche, nach welchem die Wahl der Hauptleute dem Ambassador zustehe, unterziehen (Absch. V 1. 159).

2) 1587, 28. September. Landleute: U. g. L. ob dem Kernwaldt soll auch geschryben werden von des Vertragsbrieffs der Rytten halb, diewyll uns noch kein antwort worden sy, als wir than, ihren Gsandten uff den jetzigen Tag mit vollkomnem Gwaldt und Bevelch abvertigen güettlich oldt rechtlich ab der Sach zû khommen. R.- u. LL.-P. Nidw. I 70.

1587, 3. Okt. Nidwalden klagt Luzern, daß ihm von Obwalden auf seine vielfältigen Anerbieten nie keine Antwort zukomme, «darumb wir verursacht, genötiget, gezwengt und gedrengt werden» . . . von den 3 Orten Recht zu begehren. Sie bitten, ihren Verordneten auf nächstem V örtlichem Tag hiefür mit vollkomnem bevelch und gwalt abzüvertigen. (St.-A. Luzern, Akten Unterwalden.)

1587, 6. Okt. Konf. d. V Orte: Es waltet ein Anstand wegen der Ritte auf die Tagsatzung. Nidwalden verlangt das Recht gemäß des Waldstätterbundes. Da man den Streit sehr bedauert, werden beide Obrigkeiten gebeten, sich brüderlich mit einander zu vergleichen; übrigens sei man jederzeit bereit, ihnen auf Verlangen freundlichen Bescheid zu geben. (Absch. V 1 I 68.) Das Originalschreiben vom gl. Datum im St.-A. Nidwalden.

Glosse, mit welcher der Landschreiber dieses erzwungene Zugeständnis im Protokoll begleitet: «Das Gott gerecht sig, das gloub ich nitt, ungerecht ist er, daruff stirb ich. Amen.»

Gemeinde in Nidwalden 15. Nov. 1587: Unser L. wegen unsers gägen einander habenden gspans der rytten zû tagen und zû frömbden fürsten und herren soll zûgeschryben werden, im fahl sy nit nochmalen güettlich abstan wellen, uns by unsern verthrägen, alten fryheiten und grechtigkeiten verblyben lassen, werden wir mit dem anbegärten rechtens vermög unser 4 Waldstettenpundt fürfahren und zû endtß komen wellen. Ldsgmde.- und L. R.-P. I 227.

1587, 17. Nov. Konferenz der V Orte: Ob- und Nidwalden werden schriftlich ermahnt, ihre Anstände gütlich zu begleichen oder beilegen zu lassen. (Absch. l. c. 71. Originalschreiben vom 18. Nov. im St.-A. Nidw.)

1588, 8. Febr. Landrat Nidwalden: Unser g. l. a. E. der 3 ordten soll zûgeschriben werden, ihro gsandte uff nechste tagsatzung u. L. und uns in unseren habenden gespennen zû endt scheyden, vermög der pündten, mit gwaldt und bevelch abvertigen wellen und söndt her vetter landt- amman Lußi und Waaser den handell ußzûüeben gwaldt han. (Prot. l. c. 229.) Dazu das Originalschreiben Nidwaldens vom 10. Febr. (St.-A. Luzern, Akten Unterw.)

1588, 16. Februar. Konferenz der V Orte: Die Gesandten von Unterwalden sollen auf künftige Tagsatzung zu Baden Bescheid und Vollmacht mitbringen, daß sie den übrigen drei Orten vertrauen wollen, ihren Span durch erkieste Leute auszusprechen, um welches die drei Orte sie freundlich bitten, wenn nicht, werde man ihnen des Rechten «nit bevor sin».

1588, 26. März. Instruktion für die Nidwaldner Gesandten auf die Badener Tagsatzung. (St.-A. Nidw.) Der Abschied dieses Tages vom 27. März enthält aber nichts hierauf bezügliches. (Absch. l. c. 97 ff.)

1589, 19. Mai. Landleute: Herr Vetter Landtman Lußi lassendt mine Hr. fründtlich pitten uff morn gan Lucern fahre und mit u. g. l. a. E. daselbsten unsers gägen u. L. ob dem Waldt habenden gspans reden. (R.- u. LL.-P. Nidw. I 93.)

Absch. l. c. 89. 1589, 22. Mai. Gemeinde in Obwalden: Man sol die spannige sachen zwischen unß und unseren landtlütten nit dem Kehrnwaldt usüben und uff der jarrechnung zu Baden mit recht usüben vor gemeynen 12 ortten der Eydtgnoschafft. (St.-P. Obw. V 360.)

1589, 11. Juni. Obwalden meldet an Nidwalden, daß wegen der Mißverständnisse, «die sich dann in sunderheytt in der Lungenwillischen handlung zugethragen, do dann in selbigen rächtspruch jettweder theyll

Fünf Ratsboten von Luzern, je zwei von Uri und Schwyz und einer von Zug, wurden nun zu der Sache «gesetzt» und nach

(zuwider unser verkommus) pottschaftt geschickt, do dan gemeyne Eydtgnossen üch und unß dessen zu vereinbaren gantz ernstlichen befohlen, sich ouch uff der badischen jarrächnung des 87. jar zûthragen, obglich die selbig an unß zû versächen, jedoch ier üwere pottschaftt nütt desweniger abgeferttigett und die wil sölliches nach unserem erachten, unserer alten verkommus zewider, sich jetzund ouch im saffoyschen uffbruch (unß ze verkleyneren) erhept» — eine ganze Landsgemeinde beschlossen habe, «solliche und andere mit üch habende spän und mißverständt (mitt dem lutteren gottlichen rechten) überein ze kommen, wie dann wier deswegen unsere ehrsame raathspottschaftten uff künfftige jarrechnung gan Baden abzuverttigen gesinet und alda vor gemeynen Eydtgnossen des rechtens üch zû begeren und ob sy uns daselbst old anderst wo das recht zeygend, zû erwartten. St.-A. Nidw. (Dazu Kommissionsbeschluß vom 8. Juni, St.-P. Obw. V 361.)

1589, 15. Juni. Konferenz der V Orte: Um die Anstände zwischen Ob- und Nidwalden zu beseitigen, wird beschlossen, es solle jedes Ort einen Gesandten auf nächste Landsgemeinden abordnen. Obwalden solle seinen Entschluß bis nächsten Samstag nach Luzern melden. (Absch. l. c. 161.)

1589, 16. Juni. Landammann und Rat zu Obwalden an Luzern: sie könnten auf das Gesuch der Konferenz, von dem Rechtbot an gemeine Eidgenossen «diwil dan solliches unseren widersächeren und mysgünstigen froüwdt und frolockens geben wurde», abzustehen, von sich aus nicht eintreten, «diwil dan ein gantze landtgmeyndt sollichs berathen und sich dessen entschlossen, selbig für gemeine Eydtgnossen zu keren (wie dan selbig eben gmeyne Eydtgnossen anlangen thûtt) und sich daselbst zu erklagen und wo man unß das recht zeigen wurde zu erwartten» etc. Sie werden auf Donnerstag eine Gemeinde ansetzen.

1589, 22. Juni. Dieselben an Luzern: Die Gemeinde habe sich entschlossen, «das wir üch unseren gethrüwen lieben alten Eydtgnossen gewilfaren wellendt und uns einmal nach üwerem begeren in die güttigkeyt zu begäben, doch mitt dem vorbehalt, wo wier der güttigkeytt nitt geläben mögendt, unserem rechten gantzlich ohne schaden». (St.-A. Luzern, Akten Unterw.) Dazu St.-P. Obw. l. c. 364. Räte am 11. Juni und Gemeinde vom 22. Juni.

1589, Gersau (wahrsch. Ende Juni). Der Anstand zwischen Ob- und Nidwalden ist immer noch nicht berichtet. Weil sich nun beide Parteien zu gütlichen Unterhandlungen verstehen wollen, so wird ein Tag nach Luzern

stattgehabtem Schriftenwechsel und mündlicher Replik, erließen sie unterm 9. August 1589 «in der Güettigkeit» nachfolgenden Spruch:

I. Bezüglich der Jahrrechnungen bleibt es beim Vertrage von 1548 (d. h. bei turnusweiser Beschickung je zwei Jahre nacheinander durch Obwalden, das dritte Jahr durch Nidwalden). Die beiden Regierungen sollen dem Gesandten rechtzeitig die Instruktion einreichen, dieser bei seiner Rückkehr an beiden Orten ungesäumt den Abschied vorhören lassen, damit der nicht vertretene Teil «nützit versumpt werde». «Wann aber zu Jarrechnungen oder andren Tagsatzungen ander Sachen fürfielent, es sigen Fürsten-, Herren-, Religions- oder ander hochwichtig Sachen, so das Vatterland und unsren waaren alten christlichen catholischen Glauben betreffent, oder sonst spännige Sachen zwüschen Fürsten, Herren oder Ortten der Eydtgnoschaft oder sonderbaren Personen, da mag der ander Theil, an dem die Tagwäre nit wäre, auch schicken und in vorgehörten erlütterten Sachen handeln, jedoch sich der Jarrechnungen wyters noch anderst nit beladen noch annehmen, dan nach Ußwysung deß Vertrags.» — II. Der Gotteshaus- oder Klosterrechnungen halber, wegen denen kein Mißverständnis war, soll es billigerweise beim Vertrage bleiben (d. h. bei turnusweiser Beschickung nach dem Verhältnis von ein und zwei Dritteln). — III. Bezüglich des allgemeinen Prinzipes der Vertretung bleibt es beim Vertrage von 1548, allein

auf den 20. «diß künftigen Julius» hiefür angesetzt. (Absch. V 1, 200, mit falschem Datum, 26 Dez.)

1589, 22. Juli. Konf. der V Orte. In bezug auf die Beschwerde Nidwaldens gegen Obwalden, verlangen die Gesandten des letztern — die Landammänner Rossacher und Jakob — eine Kopie der Beschwerdeschrift, weil darin einige Punkte vorkommen, worüber sie nicht instruiert seien. Beide Teile wünschen einen V örtischen Tag, der ihnen gerne bewilligt und auf den 7. Aug. angesetzt wird, in der Hoffnung, daß sie sich daselbst vergleichen, denn die Anstände betreffen nicht Obrigkeit gegen Obrigkeit, sondern einzelne unruhige Personen, «die ohne bevelch und wüssen der oberkeitten ettwan sich verschossen», l. c. 168.

Dazu die Rechtsschriften vom 20. Juli und 9. Aug. unter **Beil. XII.**

mit der (weitgehenden) Ausnahme, daß auf Tagleistungen von den fünf oder sieben katholischen Orten, oder von mehr oder allen Orten, wo immer die gehalten würden, beide Teile ihre Botschaften senden möchten «sittenmal man gewonlichen zu söllichen Tagleistungen in wichtigen und schwären Sachen, so das Vatterland und unsren waaren alten christlichen catholischen Glauben belangent, handle.» — IV. Die Bestimmungen des Vertrages von 1548 über die auswärtigen Gesandtschaften (Ritte zu Fürsten und Herren) und die Schiedsrichter in fremden Streitigkeiten werden dahin modifiziert: «Wann Jemand, es wäre glych Fürsten, Herren, Stett und Ort oder sonderbar Personen für sich selbs eines Eerenmans zu söllichen Dingen, es wäre zu Ritten oder Sätzen selbs begerte, sol billich derselbig, so eines sölliche begerte, syn frye Waal haben einen synes Gefallens zu erkiesen und zu ernamsen, es sye glych von ob oder nidt dem Wald (im Faal es von dem Ort Unterwalden begert und uff dasselbig fiele) und der ander Theil allsdann darinn kein Beschwärd machen oder Yntrag thun.» Wenn alle Kantone bei einer Gesandtschaft vertreten sind, dürfen beide Teile ihren Boten schicken. — V. Belangend die Hauptmannschaften in fremder Fürsten und Herren Kriegsdiensten bleibt und beim Alten, weil es die Fürsten, Herren oder Stände antrifft, so den Aufbruch veranlassen und die Zahl und Austeilung der Fähnlein und Hauptmannschaften bei diesen steht und weil die Parteien sich bisher immer darüber verglichen. Der Freifähnlein halber können sie auch «kein Gsatz noch Ordnung geben, sittenmal es auch in der Fürsten oder Herren, so den Uffbruch thund, Hand und Gwalt staat.» — VI. Für die Besetzung des Banners und der (Landes-)Hauptmannschaft «in Nötten des Vatterlandes» wird die alte Übung bestätigt, da diese von den Parteien nicht angefochten ist. Weil jedoch «stäts sorgkliche Zytt und gefährliche Louff inrysent», sähen es die Schiedherren für tunlich an, daß die Obwaldner die Bannerherrenstelle wieder besetzen würden und die Nidwaldner das zuließen. Alsdann sollte auch in Nidwalden der (gemeinsame) Hauptmann gesetzt werden «lut der Ordnung und wie sy sich dessen noch

wytter mit einandren verglychen möchten; damit man sich im Faal der Nott desto bas versehen und ze halten wüßte». Doch wolle man das den beiden Teilen anheimgestellt haben. VII. Da beide Parteien in zwei unterschiedliche Obrigkeiten abgeteilt, deren jede ihr eigenes Landessiegel, wie ihr eigen Regiment und Rat hat, so lassen es die Schiedleute für die Besiegelung der «Landtsachen» bei bisheriger Gewohnheit bleiben. Was die Besiegelung der Bündnisse mit Fürsten und Herren und ähnlicher Urkunden betrifft, so solle es denen, welche um die Besiegelung werben, anheimgestellt sein, ob sie sich mit dem Obwaldner Siegel begnügen oder beide Siegel haben wollen. VIII. Wenn Fremde (und Untertanen aus den Vogteien) um die Ortsstimme in ihren Angelegenheiten zu erwerben, nach Nidwalden kommen, so sollen sie «zu Verhüettung allerhand Verdrusses und Spans» auch nach Sarnen gewiesen werden. Eine nachträgliche Erläuterung erklärt die Teilstimme für ungültig. — Schließlich werden noch zwei Punkte, innere Angelegenheiten betreffend, geregelt, über welche unten im Zusammenhange zu sprechen ist ¹⁾.

Der Spruch bedeutete einen unbestreitbaren Erfolg für die Tendenzen Nidwaldens. Um ihr Verdienst bei ihren Landsleuten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, verlangten deshalb die Vertreter Nidwaldens, daß ihre Tätigkeit in einem Postskriptum auf dem Nidwaldner Exemplar ins richtige Licht gesetzt werde ²⁾.

¹⁾ Zwei gleichlautende Pergamenturkunden mit den zehn anhangenden Siegeln der Zusätzer in den St.-A. von Ob- und Nidwalden, abgedr. bei Businger, Gesch. Unterw. II 474—482. Absch. V 1, S. 1854—1858. Unten **Beilage XII E**. Die Entscheidung scheint sich rasch vollzogen zu haben, da Obwalden erst auf den Tag selber, am 9. August, die Antwort auf die Klage Nidwaldens vom 20. Juli einreichte. Der Abschied ist schon vom 8. August datiert (l. c. 174).

²⁾ Protokoll der Verhandlungen von Cysats Hand. (St.-A. Luzern, Akten Unterwalden) unten **Beilage XII D** mit dem ausdrücklichen Vermerk: «Diß hand gedachte Herren also begert unden an iren Brieff zu stellen.» — Der Zusatz erfolgte 1593 nach Annahme des Vertrages und bei Ausfertigung der auf das Spruchdatum gestellten Urkunde.

Lussy, der ungekrönte Herrscher von Nidwalden, konnte auf sein Werk stolz sein. Gegenüber dem Vertrage von 1548 hatten die Nidwaldner die unbedingte Vertretung auf den katholischen und allen andern Tagsatzungen erobert, mit einziger Ausnahme der Jahrrechnung. Doch auch hier war ausdrücklich ein weiteres Motiv für eine Vertretung eingefügt: die katholischen Interessen. Und die waren gegebenen Falles in dieser konfessionell bewegten Zeit immer geltend zu machen. In Wirklichkeit erlangten die Nidwaldner die Möglichkeit, wenn es ihnen daran lag, auf allen eidgenössischen Tagungen zu erscheinen. Die freie Wahl der Zusätzer bedeutete einen persönlichen Sieg Lussys, wie die Anerkennung des freien Bestimmungsrechtes der Fürsten bei Besetzung der Hauptmannsstellen, da er von maßgebendem Einfluß im Ausland war. Die Gleichberechtigung des Siegels von Nidwalden bedeutete endlich eine völlige Neuerung. — Daß Nidwalden den Spruch schon am 1. Oktober 1589 ratifizierte, ist darum begreiflich, ebenso aber auch das Zögern Obwaldens. Jahre vergingen darüber. Auf vielfältiges Drängen der Schiedorte bestätigte endlich auch die Landsgemeinde zu Sarnen am 23. April 1593 den Vertrag, der nun urkundlich ausgefertigt ward. Obwalden wählte hierauf Landammann Marquard Imfeld zum gemeinsamen Bannerherrn; Nidwalden bezeichnete am 25. April Ritter Melchior Lussy als gemeinsamen Landshauptmann von ob und nid dem Kernwald ¹⁾.

* * *

¹⁾ Ldsgm. L.-R. P. Nidwalden I, 245. Rahtschlag des geseßnen landt-
rahts und der landtlüten über die artyckhell so die 4 Schydort in dem
gespan zwyschen u. L. L. und uns gestelt (1. Okt. 1589). Die mittelarthickel
des gespans halb . . . hat ims (d. h. mans) angenommen, sovehr die by u.
L. L. ouch angenommen werden und wo es zu Tagen khompt, sölle un-
sere gsandten den h. Schydtorten umb ihro gehepten Müey und Arbeit in
unserem Namen fründtlich bedanckhen und den Hr. Gsandten von den
Schydtorten billich für unser Landts umb ihro gehepte Müey und Ahrbeit
und Costen Abthrag than werden. — 1592. 1. April Mahnung der 4 kath.
Orte an Obwalden den Spruch zu ratifizieren (Kopie St. A. Nidw.) — St.

Der Vergleich von 1589/93 ist bis zum Untergang der alten Eidgenossenschaft die Norm für die gegenseitige Stellung Ob- und Nidwaldens im eidgenössischen Bundesverhältnis geblieben.

Prot. Obwalden V. 658. Landsgem. S. Jerien Tag im 1593. Jar: Von wägen der Ardiklen zwischen unßeren L. L. und Brüdern nit dem Khernwald zum aller ersten des Fridens haben (!) wie dan die Ardiklen wol und gnügsam gesteldt sindt durch die viornetten Gsandten, so welle mans mittin annemen. Zum andren des Khreiß, wie ouch gesteldt ist, sol und wendt wirs annemen mit Hoffnung, sy ouch bim hohen Gwaldt wärdt angnommen. Des fulen und finigen Fichs laßen wirs verbliben, wie die Herren Gsandten gmacht und der Ardikel wist und usgibt. So fil die überigen Ardikel wie unßer Eidtgnossen zwischen unßeren L. L. nit dem Waldt und unß haben wiers mit ihnen gütlich angnon und sol man unßren Eidtgnossen fründtlich bedencken und wz die Uhrsach sig, dz mans nit ehe habent gnommen. — Zum dem die wil unßer Eidtgnossen vergüt angesächen dz man ein Phanerheren setz, wendt min Herrn sy darum verehret. Daruff wier mit güttem Rath und einer gantzen Gmeindt den unßeren insonders güt wol verthrutten Heren Landtaman Marquardt Imfäldt ehrweldt zu unßerem Phanerheren in unßerem Landt ob und nit dem Khernwaldt. — Ldsgm. u. L. R. Prot. Nidw. I, 274 ff. Landsgm. an der Aa 25. April 1593: uff den fürthrag h. seckelmeyster Burrachs als gsandter von u. g. L. L. ob dem Kernwald des substanzlichen inhalts das sine hr. und oberen die vertragsarthyckel von den 4 cath. ordten zwyschen inen und uns umb etliche mißverstandtssachen uffgericht angnomen, allein beschwäre sy im selbigen, das etwan die underthanen dis und enthalb gebirgs von ordt zu ort faren und zû zyten zû inen und nit zû uns old zû uns und nit zû inen, ob sy glich gheißen old inen anzeigen, werde kommen, und also nun von einer oberkeit die stimmen usbringen und erlangen. Da dann unsere gsandten zû tagen nit dawider streben dörffen, obschon die erkandtnus von uns old inen usbracht werde, so sig doch dan der gsandter nit allzyt von der oberkeit, so die erkandtnus geben, und zû zyten also wider einanderen. Dem vor ze sin bedunke sine h. wo es sich mehr zûtrüege, das zû tagen, es sy jarrecheneten old sunst, die stimmen allein von einer oberkeit inglegt und erscheint wurden, nüt gäldten sölle. Sonst haben sin Hr. die arthyckel der friden und khreysen halben des vichkouffs mit ihro und unseren gsandten abgredt, ouch gütlich gern angnommen, darmit wir gespüren sölle, sine Hrn. nützit anders dan allen landtlichen und bruderlichen willen uns zû erzeigen und wie unsere frommen altvorderen mit uns ze handeln gsinnet. Daruff sich min H. die gantz gmeind erkhent, das wirs einfalter wys by

Freilich, da er die Fragen nicht konsequent, sondern mit Rücksicht auf Zeit- und Personenverhältnisse löste, wurde er kein Friedensinstrument. Die Geschichte Unterwaldens im siebenzehnten und achtzehnten Jahrhundert besteht fast in nichts anderm, als in Zänkereien über die Auslegung und Anwendung dieser Vertragsbestimmungen.

Nidwalden betrachtete sich seit dem Vertrage als halbes Ort und beschloß an der Landsgemeinde 1602, daß es künftig alle Jahre einen Gesandten an die Jarrechnungstagsatzung abordnen wolle ¹⁾. Obwalden beharrte aber auf seiner vorrechtlichen Stel-

dem vertrag wellen blyben lassen und ihrs orts gsinnot demselbigen nachzekhommen. Was dan belangt der underthanen so etwan von ort ze ort dheren und faren, sindt die so sidt dem vertrag harkhon, allwegen uffhin zfareen gewysen und gheyssen worden. Sindt dan etlich nit gfaren, dem dhönnen wir nit für, stat inen heim, den wir vermeinen, das unser than, und noch ob sy dan nit faren wend, dhönnen wir niemant zwingen. Das aber dan die bekhandtnus, so allein von einer oberkheit usbracht wirdt, nichtig und khrafftloß sin solle, vermeinen wir billichen by unserm alten gwohlichen bruch blyben sölle, gfalt aber dan den übrigen orten söliche zû nichtigen und uffzhan, dhönnen wir darin inen dhein mas gen. Doch gehoffen wir, man dhein nüwerung des orts machen werde. Es sindt min herren bericht, das u. g. L. L. ob dem Waldt ein pannerherrn gsetzt, wie sy dan inkhrafft des verthrags der 4 orten zwyschen inen und uns gemacht woll befüegt, hargegen wir den landtshauptman zu erwellen, den man ouch verordnen wyll und ob sach, das u. g. L. L. gfallen weldte mitler zyt ein landtsfendrich zû verordnen, wendt min herren dan billichen ouch einen dargen, diewyll andere ordt ouch im bruch zwen landtsfendrich zhandt, ob sy es aber by dem alten bruch wellen verblyben lassen (ist bis man ins feld zesamen khomen ist) mögen min herren ouch woll lyden. Herr vetter Landtamman Lußi ist landtshauptman verordnet.

¹⁾ 1602, 11. Mai, Landsgemeinde: Der Hr. Landaman Waser ist Bott gan Baden worden, ja desse so ußert der Jarrechnung sich zuetreitt, was aber Religions- undt Fürstensachen sindt, soll er auch Gwalt und Befelch haben, mit andern Orten zue thuon und lassen und wie woll unsere Landlûth zwen Botten hüriges Jahrs dargeben, so wellendt m. H. allein für ein Botten den Kosten zalen, dan mine Heren inkonftig alle Jar schiken wellendt, soll auch die Instruction druffhin gmacht werden. (Ldsg. und L. R.-P. I 390.)

lung. Es sprach Nidwalden auch das Recht ab, sich bei Benediktionen von Äbten neben ihm vertreten zu lassen¹⁾ und hinderte auf der Jahrrechnung 1605 den Nidwaldner Gesandten, Landammann Leuw, am Beisitz bei Geschäften, die nach dem Wortlaut des Vertrages in seine Kompetenz fielen. Es wollte Nidwalden keinen Anteil an den Geschenken lassen, die unter die Gesandten der regierenden Orte an der Jahrrechnung verteilt zu werden pflegten. Der Streit kam vor die fünf Orte. Diese erklärten, daß laut alter Ordnung, Orte, welche zwei Gesandte absenden, auch zwei Teile des Geschenkgeldes erhalten. Dabei wolle man bleiben. Ob- und Nidwalden möchten sich verständigen, sonst wolle man sie laut ihrer Verträge zu beiden Seiten beisitzen lassen²⁾.

Es kam zu keiner Vereinbarung, Obwalden beschränkte sich darauf, von Zeit zu Zeit gegen die Beschickung der Jahrrechnung zu protestieren³⁾.

Inzwischen fand sich eine andere Gelegenheit, das alte Verhältnis von ein und zwei Drittel zu dokumentieren. Die gemein-

¹⁾ Landrat vom 20. Febr. 1605. Ldsgm. und L. R.-P. Nidw. I 416.

²⁾ Schreiben Nidwaldens vom 5. Juli 1605 an die VII kath. Orte (St.-A. Nidw.), Instruktion des Nidw. Gesandten auf die III ört. Konferenz in Brunnen, 7. Juli (Ldsg. und L. R.-P. I 668). Absch. der III ört. Konferenz vom 8. Juli (Absch. V 1, 749), Konferenz der V Orte 17./18. Okt. (l. c. 756).

³⁾ 1609, 8. Juni. Gemeinde auf d. Rathaus: Uff daß Schriben u. g. L. L. ob dem Khörnwald, in welchem sy uns nit zuølasen wellendt, ein Gesandten neben iro gen Baden zuo schicken und in Fürsten und Heren auch Religions Sachen näben zølasen wellendt, hieruff handt mine Hrn. erkent: namlichen wellendt hiemit den Herrn alt Landamman Johan Lußi für ein oberkheitlichen Gesandten gen Baden verornett haben, mit dem Befälch näben iro Gesantten in obgemälden fürfallenden Sachen zuo sitzen, will die habenden Brieff und Sigell solches ordenlichen zügäben und söllendt die Brieff und Sigell ime Herrn Landamman auch uffgäben werden, damit wan sy sich beschwërende er unser Gesantter sälbige for anderen, so hierin gesprochen, erscheinen könne, in Hoffnung zø einer gütten Enttschafft khommen werde (Ldsg. und L. R.-P. Nidwalden I 521).

same Bannerherrenstelle war schon seit einigen Jahren erledigt, im November 1606 starb auch der erste gemeinsame Landeshauptmann Ritter Melchior Lussy. Man beschloß in Anbetracht der drohenden Bündnerunruhen die beiden Stellen sofort zu besetzen. Obwalden wählte zum Bannerherrn Melchior Imfeld, Nidwalden zum Landeshauptmann ob und nid dem Wald den Landammann Oberst Kaspar Lussy. Am 16. April 1607 fand in Sarnen auf öffentlichem Dorfplatz die feierliche Beeidigung der beiden obersten Kriegsherren statt¹⁾. In der von Obwalden aufgestellten Eidformel fand sich der Passus, daß die Erwählten, «die ob dem Kernwald allwegen vür die zwen Theill und die nidt dem Khernwald für den dritten Theil des Lands, in und usset Lands halten (namsen und tractieren)» sollten. Im weitem wurden freilich jedem Teil die Privilegia uralter Herkommen, Briefe, Siegel, Freiheiten und Gerechtigkeiten, «wie uns die von unsern lieben Altvordern, auch voruß von Gott dem Allmächtigen übergeben und ingesetzt worden sind», vorbehalten.

Die Akten zeigen, daß man in Nidwalden von dieser Formel vorher benachrichtigt war, daß sich darüber eine Korrespondenz entspann²⁾, daß Oberst Lussy mit Bannerherr Imfeld in einen

¹⁾ Eintrag ins Weiße Buch, fol. ccxxvij ff. **Beilage XIII.**

²⁾ Die Nidwaldner schrieben u. a. am 9. April 1607, nachdem dem Landammann Lussy die Eidformel mitgeteilt worden, dass «wir dan eüch und den eüweren von Herten wall gennen thuondt, was ihnen insonderheit zue guettem beschicht und ohne der unsern Entgeltnus reichen thuodt und so ier by Fürsten und Herren als ein gantz Ortt der Eidtgnoschafft khenten und wurden geachtet und gehalten werden, ohne unsern Nachtheill, so welten wir üch dasselbig ouch woll gönnen und wie billichen gern darzuo verhelffen» (St.-A. Nidw.). Obwalden antwortete am 14. April auf obige und eine zweite Reklamation vom 11. April gemäß einem Landratsentscheid, daß man an der Formel festhalten müsse, weil «er ein Lantzhaubtman und ein Lantzvatter ist und sein soll eines gantzen Lantz ob und nütt dem Khernwald und wüer noch büshar und noch vürhin ouch dun wendt in allen Lantzzeüchen, wüe ouch in allen Costen, was uff dz gantz Landt, dz bede Oberkeüt andrückt, die zwen Theüll und ühr den drütten Theüll gän, so ist er wüe büllich vür

Disput geriet, dann aber fand, «er habe zuo vill daran gethan», und in Anwesenheit einer zahlreichen Nidwaldner Deputation den Eid leistete. Nachher freilich beklagte er sich, daß man ihm einen Eid zugemutet, der ihm beschwerlich gefallen und den er nur mit innerm Vorbehalt geschworen ¹⁾. Als Lussy schon nach zwei Jahren starb, verbot die Nidwaldner Regierung seinem Nachfolger Crispin Zelger den Eid in gleicher Form zu leisten ²⁾. Auf

die zwen Theüll des Lantz ob dem Khernwalldt Lantzhauptman und bü üch als büllich den drütten Theüll und was wüer ime disfalls zugemutet in Geschrüfft ime zugeschriben, das wüer vürhofens sünd nüt unbülles etc. . . . (l. c.)

¹⁾ Widerklage Obwalden von 1616 vgl. unten.

²⁾ 1609, 13. Sept. wird auf Ansuchen Obwaldens, die erledigte Stelle zu besetzen, Crispin Zelger Landshauptmann. Ldsg. und L. R. Prot. I 537. Am 23. April 1610 beschliesst der Nidwaldner Landrat: Anträffende wie u. g. L. L. ob dem Khörnwalldt begären, daß unsrer deputierter Landshauptman ob und nidt dem Walddt by ihnen ein von inen gestellten Eidt schweren söltte, in welchem Eidt begriffen, daß sy in allem zwen Theill und wier allein. den driten unssers Lands ob und nit dem Walddt sin sölle, sy daby zuo beschirmen, ab welchem mine Heren beschwärtt, daß ein Landtshaupt(man) sin Eidt der Gestalddt by inen thuon söltte, ist derhalben für raatsam angesähen, daß welcher an der Landtsgemeindt Landt- amman wirt, sölle mine Heren die Eindleff bevorderist die alten Land- ammigen und Amptslütt zuo ine nämen sölle und sehen waß in solchem gestellten Eidt, wie durch unsere Landtlütt beschähen zuo moderieren sige, und witter beschähe waß billich und rächt ist. — (Ldsgm. und L. R. P. I 546). Die «Widerklage» Obwaldens bemerkt, «wan ein anderer Landtshauptmann erwelt wäre, weder der Herr Zelger, so handt wir vermerkt, man hete ihne woll lassen den Eidt thuon, aber etlich der ihren Heren habent ihme Herr Zelger der Ehren vergönen und deswegen sich desto fester darwider geleidt und je mehr wir ihnen kundt than, wan er den Eidt nit thüy, so wöllent wir inen Zelger für kein Landtshauptman han, dz waß sinen Mißgünstigen ein ebneß Spyl etc.» Es mag etwas dran sein, Zelger war damals noch gar nicht in der Regierung, er wurde erst 1611 Statthalter, 1614 Landammann. — Noch heute darf man ja oft bei uns hinter prinzipiellen Staatsaktionen persönliche und kleinliche Leit- motive suchen, wenigstens in Zeiten, wo kein hervorragender Staatsmann an der Spitze steht. Und das war gerade damals in Nidwalden der Fall. Ritter Lussy, der seit 1606 tot war, hatte keinen Nachfolger erzogen;

erneutes Drängen zur Beeidigung, beschloß der Landrat am 18. April 1611, die Sache konfidentiell der nächsten katholischen Konferenz zu unterbreiten und eventuell das von Obwalden angebotene Recht anzunehmen¹⁾. Die Boten der zwei Orte Uri und Schwyz scheinen aber dringlich von einer prozeßualischen Erledigung der Fragen abgemahnt zu haben²⁾. Es vergingen zwei Jahre, bis die Verteilung der Kosten des Gachnanger Handels und die Ernennung des Nidwaldner Landammanns Leuw als Gesandten nach Turin den Streit wieder aktuell machten³⁾.

Auf einer Konferenz zu Ennetmoos im Oktober 1613 gerieten Landammann Leuw und Bannerherr Imfeld heftig aneinander. Ersterer behauptete, daß Obwalden nicht befugt sei, ohne Einwilligung Nidwaldens mit seinem Banner — das ja einen Doppelcharakter als gemeinsames und spezielles Obwaldner Feldzeichen besaß — auszuziehen. Die Konferenz wurde abgebrochen⁴⁾.

seine Mitarbeiter, die Landammänner Waser und Mettler verloren nach seinem Tode jede Bedeutung: Waser, der Lussy finanziell tief verpflichtet war, kam durch die Rücksichtslosigkeit der Lussyschen Erben in eine sehr prekäre Lage, Mettler wurde von seinen Ratskollegen der Unterschlagung überwiesen und endete 1609 entsetzt, moralisch und finanziell gänzlich ruiniert.

¹⁾ Ldsgm. u. L. R. P. II 2.

²⁾ Absch. V, 1, 1051.

³⁾ Die Ernennung Leuws fand auf der VII örtlichen Tagsatzung vom 17. Juni 1613 statt. Absch. V, 1, 1125. Am 21. Juni protestierte Obwalden durch eine Deputation bei Luzern dass «sy dz lenger nicht beschechen noch zугan lassen könnend, in ansehen, dz jüngst verschinen Landammann Lussy äbenmäßiger Gestalt zu dem Hrn. Gubernatoren gen Meyland geschickt worden, dz sy recht domallen doch ermelten iren haben den Verträgen unnachtheilig beschechen und zугan laßen, aber das jezige werde inen gantz beschwerlich und präjudicierlich sin». Mitt. v. Luzern an Nidw. vom gl. Tag (St.-A. Nidw.).

⁴⁾ «Memorial was zwüschen beiden Oberkheiten Underw. ob und nidd dem Khernwaldt gespeniger Sachen uff einem fründtlichen Conferenztage zů verglichen, so da sin soll uff Sant Ursellatag des 1613 Jar by Sant Jacob in Ennamoß in Ully Barmetlers Hus» (St.-A. Nidw.). Dazu Ldsgm. u. L. R. P. II, 51, Landrat vom 2. Okt. Über den Verlauf gib die folgende Protokollstelle vom 3. Januar 1614 einigen Aufschluß.

Es wurde das Gerücht verbreitet, die Obwaldner hätten die Eidesformel des Landshauptmanns geändert, sie sei gar nicht mehr die gleiche, die Oberst Lussy beschworen¹⁾. Am 3. Januar 1614 erschienen vor dem Wochenrat in Stans die Landammänner Joh. Wirz, Peter Imfeld und Melchior Imfeld, Bannerherr, und erklärten, daß sie die auf jüngster Tagsatzung ausgesprochene Prätension ein halbes Ort zu sein, Nidwalden gerne gönnen möchten, wenn es nicht ihrer eigenen Ehre, Freiheit und Gerechtigkeit zuwider wäre. Sie erlangten die Erlaubnis, den Landammann von Büren, der der letzten Beeidigungsfeier beigewohnt, darüber einvernehmen zu dürfen, daß die Eidesformel die alte sei. — Dieser wollte sich dann freilich nicht mehr erinnern können²⁾. In der weitem Diskussion erklärten beide Teile, bei den

1) Zu Anfang des Streites, im Jahre 1609, hatte die Regierung von Nidwalden um Akteneinsicht gebeten. Die Obwaldner wollten aber das « Weiße Buch », in welches die Eidesformel eingetragen worden, nicht aus der Hand geben und ließen dasselbe in extenso zu diesem Zwecke von Jakob Keiser in Eile abschreiben. Dieses Mißtrauen ihrerseits rief naturgemäß dem Mißtrauen von der andern Seite. Als die Obwaldner 1615 die Kopie zurückerhielten, ließ man folgendes bemerkenswertes Postskriptum eintragen:

« Notta das sol man wissen: Disers Buch haben mine Herren gen Stans nitt dem Wald gelichen und ist ein gutte Zitt zu Stans gsin, also das es mer dan einist abgeschryben worden. Daruff sind mine Herren verständiget worden, es syge in den Bücheren so von disem abgeschryben ettwas verenderett, das nöchstes Tages, (diewil unser Zitt kurtz) unsern Nachkomenden gegen unsern Landtlütten nit dem Wald wol möchte zu Span und Nachteil reichen und damitt unsere Nachkomende wissent, das dis Buch das warhafft, so haben wier noch das alt by der Paner und disers darby abgeschryben, also das das uralt und disers nūw einandern Zügnuß gebend von Wortt zu Wortt. Das verlasend wier unsern Nachkomenden zue Gedächtnuß. A° 1615 diß ingesteltt durch Geheiß miner Herren von mier Melcher Im Feldt alter Landtaman und Panerherr. »

2) Kundschaft des Landammann Sebastian v. Büren vom 4. Januar 1614: er erinnere sich, daß er « verschiner Jaren ein Abgesanter harumben von siner Oberkeitt nebst Herren alt Landammann Leuwen seligen ob dem Walddt geschickt worden und nachdem sy die Herren by

Verträgen verbleiben zu wollen; Obwalden verlangte aber eine bestimmte Erklärung, daß Nidwalden künftig wieder mit Obwalden ausziehen und den dritten Mann stellen wolle und protestierte gegen den projektierten selbständigen Auszug in den vergangenen Bündner Unruhen.

Der Wochenrat verschanzte sich hinter seiner Inkompetenz und versprach, die Angelegenheit vor eine «höhere Gewalt» zu bringen und bat um schriftliche Mitteilung der Klageartikel¹⁾. Obwaldens Gesandte jedoch brachten am 27. Januar den Streit gegen ihre Mitlandleute von Nidwalden «von ihres Landesregiments Sachen wegen» wieder auf der Konferenz der sieben katholischen Orte zur Sprache und begehrten beförderliche Ansetzung eines Tages zur Erledigung der Anstände. Die Gesandten Nidwaldens erklärten, keine Instruktion zu haben. Unter Äußerungen des tiefsten Bedauerns über ihre Zwietracht, wurde beiden Parteien neuerdings geraten, sich brüderlich zu vergleichen und diese Konferenz mit Rücksicht auf die jetzigen betrübten Zeiten zu befördern. Sollte es nicht möglich sein, sich zu einigen, so würden die andern Orte nicht ermangeln, auf einen künftigen Tag sich in allen Treuen als wahre Mitbürger und Brüder zu erzeugen.

30 Rätthen ob dem Khernwaldt in iro Radthuß im kleinen Stübli versambt waren und ermelter Herr Oberster Lußi selig etwz Gespans und Gesprächs mit sinen Vettern den Herrn Imfeld gehabt, haben sich alda mit einandern verglichen und nachgentz uff den Platz gangen, daselbst sige ime Herren Obersten Lußi und Panerherren Imfeldt ein Brieff vorgeläsen, hab auch gesächen, das Herr Oberster Lußi die Finger uffgehebt und gehört reden. Er Züg hab es aber nit verstanden, was er Oberster geredt, könne auch nit sagen, wz der Eidt oder der Brieff so vorgeläsen für ein Inhalt ghan habe. Nachgentz ist ouch an ine Züg von siner Oberkeit gesinnet worden, ob sy die Abgesanten und Landtshaubtman Lußi sellig, Befelch von iren Herren und Oberen gehan, das sy ein sölchen Eidt haben sölle lassen schweren. Hieruff gab ermelter Züg Antwortt, könne sich nit erinnern, noch wissen, waß für ein Befelch sy hierinnen gehebt haben. (Besiegeltes Orig. St.-A. Nidwalden, Landesstreit).

¹⁾ R. u. L. L. P. Nidw. V. 503.

Sie stellten schon für die Konferenz ihre guten Ratschläge zur Verfügung¹⁾.

Die Konferenz war auf den 20. Februar nach Kerns berufen, verlief aber wiederum resultatlos²⁾. Und nachdem die Angelegenheit ein Jahr lang geruht, beschloß am 5. Mai 1615 der Landrat von Nidwalden ausdrücklich, den Streit «biß uff andere Gelegenheit» weiter ruhen zu lassen. Wenn er aber wieder aufwache, fände man es außer der Kompetenz der Räte, darin zu handeln, dann möge sich die Landsgemeinde damit befassen³⁾.

Die Obwaldner aber waren mit solcher Verschleppung nicht einverstanden. Sie baten am 20. Mai und Mitte Juni wiederholt um die Ansetzung einer viertörtigen Tagsatzung für diese Fragen. Stets bekamen sie den Rat zu gütlichem Ausgleich. Obwalden möge seine Beschwerden den Nidwaldnern schriftlich zustellen, sei dann eine Einigung nicht möglich, werde man den Parteien zu Willen werden⁴⁾. Am 5. Januar 1616 erklärt endlich Obwalden kategorisch seinen Mitlandleuten nid dem Wald, daß seine Geduld zu Ende sei, daß ihm die resultatlosen gütlichen Konferenzen zu teuer seien und daß es sich «dem lieben unbardiischen Réchten befelche». Es ersucht Nidwalden um Bezeichnung von einem oder zwei Schiedherren aus den vier Orten⁵⁾. Auf die ausweichende Antwort vom 12. Januar, daß man vorerst die Ansprüche Obwaldens genau schriftlich fixiert haben wolle, rekapituliert Obwalden am 25. Januar nochmals kurz seine Forderungen wegen der Eidformel des Landeshauptmannes, den Ortsstimmen, dem Verhältnis der «Ritte» und will endlich bestimmt wissen, ob Nidwalden bei Auszügen des Banners oder Landzeichens den dritten Mann dazu stellen wolle oder nicht⁶⁾. Der Rat von Nidwalden erklärt daraufhin, daß es die Sache vor

1) Absch. V, 1, 1147.

2) Brief Obwaldens vom 15. Febr. 1614 (St.-A. Nidw. I. c.).

3) Ldsgm. und L. R.-P. II 73.

4) Absch. V 1, 1207 und 1209.

5) St.-A. Nidw. I. c.

6) I. c.

eine Landsgemeinde bringen müsse, was Obwalden wieder als einen Verschleppungsversuch auffaßte¹⁾. Auf der katholischen Tagsatzung in Luzern vom 14. bis 16. März brachte es seine Klage wiederum vor. Dort wurde wieder eine freundliche Konferenz, unter Vermittlung von Schiedherren angeraten, worauf Obwalden seinem Widerpart nochmals erklärte, «wiewellent äntlichen eintwederß gietigklichen oder rächtlichen ab der Sache sin»²⁾.

Inzwischen drohte die konfessionelle Spannung in der Eidgenossenschaft in einem Bruderkrieg auszubrechen. Obwalden bat am 25. März um endliche Antwort, ob Nidwalden mit der Vermehrung des Bannerausuges von 400 auf 600 Mann einverstanden sei und ob es dazu seine 200 Mann, sowie unter jedes ausziehende Fähnlein 100 Mann stellen wolle. Und einige Tage später, als eine Konferenz zu Weggis die Macht der Katholiken auf Piket gestellt hatte, forderte es dringend eine Vereinbarung, denn wären sie im Fall eines Auszuges «der Kriegsornung halber nit verglichen, gäb es ein großi Unordnung»³⁾.

Infolge dieser Lage ward eine Extralandsgemeinde zu Wil auf den 28. März berufen, der auch der Streit mit den Landleuten ob dem Wald unterbreitet ward. Es herrschte dort die Meinung, «dz sich diser Sachen halber nützit bedörffen hätte,

¹⁾ l. c. Schreiben Obwaldens vom 16. Febr.

²⁾ Der Abschied enthält nichts über dieses Traktandum. Die Tatsache erhellt aber aus dem Schreiben Obwaldens vom 20. März (St.-A. Nidw. l. c.).

³⁾ St.-A. Nidw. l. c. Das zweite Schreiben ist ohne Tagesdatum, aber durch die Erwähnung des Tages zu Weggis vom 23. März (Absch. V 1, 1238) fixiert. Der Rat von Nidwalden hatte auf das erste Schreiben am 26. März, weil er sehr schwach besetzt sei, eine verschiebende Antwort gegeben, am 29. März aber verfügt, «dz grad uff hüt dato Herr Landtammann Lußy und Herr Landtamman Johan Leiw von Obrigkeit wegen ob den Kärnwaldt fahren söllent und unsere Kriegs-Ußzüg mitnehmen und da sich mit u. LL. ob dem Kärnwaldt ihrer Kriegßrätthen verglichen, damit man sich im Fahl der Nott des Vatterlandts dester bas versehen sige.» RLL.-P. VI 171 und 174.

wyll hierumb ein lutteren Vertrag uffgericht ist». Doch wurde zu freundlichem Austrag durch die Waldstätte und Zug Vollmacht erteilt¹⁾.

Nach einigem Hin- und Herschreiben über die Wahl des Konferenzortes, worin ausschließlich die Qualität der Wirtschaften sorgfältig erwogen wird²⁾, traf man sich am 13. April in Gersau. Zum großen Ärger der Obwaldner Abgeordneten, brachten hier die Nidwaldner ihre alten Feldzeichen und insbesondere ihr Juliusbanner mit, als Beweisstück für ihre militärische Selbständigkeit, denn dessen Inschrift berichtet ja, daß bereits Papst Anastasius im Jahre 398 den Nidwaldnern die päpstlichen Schlüssel in ihr Banner verliehen habe. Die Konferenz ging wieder resultatlos auseinander³⁾. Nidwalden aber erließ nun eine Klageschrift an die Schiedorte, die das Werk unseres ältesten Lokalhistorikers, des Landvogts Johann Stulz, gewesen zu sein scheint⁴⁾. Das Aktenstück ist durch seine geschichtlichen Folgerungen sehr beachtenswert⁵⁾. «Dann so man den rechten Grundt und Ursprung des Lands Underwalden loblicher Regierung und freyen Standts der Eydtgnoschafft will bedencken, so wird man finden, daß je und alwegen in allen eidtgnossischen Püntten, so vor der acht Orten

1) Ldsgm. und LR.-Prot. II 84.

2) St.-A. Nidw. I. c.

3) Relation des Landammann Joh. Leuw vor Rät und Landleuten 15. April 1616: «Wil aber etliche Herren Sätzen anderen Geschäften halben kein Ußspruch selbigen Tags beschehen mögen, wellen sy doch uf erste Gelegenheit wider zusammen kommen und so witt muglich uns bedersitz zu verglichen versuochen, damit mir wie bishar beschächen, guotte Fründt und Landlütt mit einander sin und bliben können.» (R. LL.-Prot. VI 180). Ein Abschied dieses Tages, der also auch noch andre Geschäfte behandelt zu haben scheint, ist nicht bekannt.

4) Stulz, der Verfasser des ältesten Landammännerverzeichnisses und der erste Anfänger unserer Stammbücher, starb noch im gleichen Jahre 1616.

5) Substanzlicher Bericht über die gspenige Artickel zwüschen beiden Oberkeiten deß Landts Underwalden ob dem Khärnwaldt an einem und nit dem Khärnwaldt am andern Theil zuo entscheiden Anno 1616. (St.-A. Luzern. Akten Unterwalden.)

Verkomnuß zuo Stanz Anno 1481 uffgericht, daß der Namen ob dem Wald in keinen eidtgnossischen Püntnussen nit vermeldet ist, sonder allein der Namen Underwalden, welcher Namen Underwalden doch heiter und klar uff das Theil under dem Wald, so man yetz auch nemt nit dem Wald zuo verstan. Wie dan söliches nit allein die gemeinen Historien zuogebend, daß des Landts Underwalden Namen komme von dem Theil under oder nidt dem Waldt har, sonder auch umb so vil desto bedütlicher durch uralte Instrument der ältisten eidtgnossischen Püntnußen mit Ury und Schwitz Anno 1291 und auch davor uffgericht klarlich vermeldet wird die «Gemeinden der Lüten innert den Bergen des undern Tals», wie in der Copy mit H bezeichnet zuo sechen ist, darinnen das ober Thal und ob dem Wald auch nit vermeldet ist. Wie aber in dem gemeinen Landtssigell, so ietzunder die Herren ob dem Waldt habendt und bruchendt mit ußtruckentlichen Buchstaben vermeldet † S. UNIVERSITATIS HOMINUM DE STANNES SUPERIORIS ET VALLIS, das ist in teutsch Sigell der gemeinen Männeren von Stantz und deß obern Tals, also darbey gnugsam abzunehmen und zuo verstan, daß der anfängliche Ursprung des Landts Underwalden loblicher freyen Standt und eydtgnossischen Püntnußen von dem Theyl nit dem Wald harflüßt». — Die Prätension Obwaldens als zwei Teile zu gelten, wird kühn als eine Anmaßung dargestellt, die sich auf keinerlei Privilegien stützen könne, «So man die Theill des Landts gegen einanderen sölte erwägen und abmäßen, so wird man finden, daß der Theil nid dem Waldt größer und besser ist, dann der Theill ob dem Waldt. Es habend auch die Pfarherren deß Landts befunden, daß die nidt dem Waldt mehr Communicanten dann die ob dem Waldt habend. Wie könnte nur sein, daß die ob dem Waldt die zwen Theill deß Landts und die nidt dem Waldt nur ein dritten Theill deß Landts gehalten sölte werden, so doch daß Theill nit dem Wald mehr und besser an Landt und mehr Lüten ist?» — Die Nidwaldner wüßten auch nicht, daß sie schuldig seien, unter das Banner Obwaldens den dritten Mann zu stellen, «dann sie gnugsame Wahrzeichen und ihre sonderbare eigne Landtspanner

habendt, die auch mit und nebendt anderen Ortten der Eydtgnoschafft in mehrmalen gebrucht worden.» Sie besäßen auch treffliche Privilegien vom römischen Reiche, seien auch vom Papste mit «sonderbarem großem Ablaß» begabt, «also daß sich wie billich, denen nit dem Waldt anders nit gebüren wurde, dann mit irem Volk unter gemelt iro Ehrenpaner und Landtzeichen zuo ziehen» etc.

Die Nidwaldner erklären sich gerne bereit, künftig alle Lasten und Verpflichtungen zur Hälfte auf sich zu nehmen und dann in allem als Halbteil zu gelten.

Solch weitgehende, die bisherige Tradition völlig ignorierende Aufstellungen, brachten den Gegner fast von Besinnung. Die «Widerklage» Obwaldens ist der Form nach ein Pamphlet. Sie tut die Autorität des Nidwaldner Historikers zum vornherein mit den Worten ab: «Sy habendt einen, der will Abraham gesehen haben und ist noch nit fünffzig Jar allt und nottig nit unser Hergott, dz er von so alten Sachen wüssen will.» Gegen den Wortlaut des Bundes von 1291 wird die Tradition ins Feld geführt. «Ach du guoter Äрни us Melchtal, wie sint dir doch die nit dem Wald so undanckbar und habent dinen vergässen, went dich nit für einen von Unterwalden erkennen und bist doch das erste Instrument unser Friheit gesin und hast dich doch beklagt, wie es in Historien und Liedern stat, gägen Wilhelm Dellen und Stauffacher von Schwitz, wie ihr do den ersten Eidt gethan, die Thirannen zuo vertriben, du habest din Vatterland Unterwalden miessen verlassen und ,sig dir worden vil zu schmal'. Aber daß es unser Mitlandtlüt wüssent: habent wi er den ersten Eid und Pundt geschworen oder der unser, und sy nit!»

In unausgesprochener Anlehnung an den damals noch ungedruckten Tschudi wird die Umschrift des alten Siegels auf Stans als alten Ratsort gedeutet, aber dessen weitere Folgerungen werden abgelehnt. «Heist Stans denn Unterwalden? Nein, ganz und gar nit». Gerade das obere Tal habe dem Land den Namen gegeben. Auf die Behauptung, daß Nidwalden nicht nur selbständig mit kaiserlichen Privilegien, sondern auch mit großen

Ablässen vom Papste begabt worden, wird ironisch entgegnet: «So werden sy etwan vil gesündigt haben und insunderheit, daß sy das unsere begerent.»

Die Vorlage der vielen schönen alten Nidwaldner Feldzeichen auf der Konferenz zu Gersau, scheint die Obwaldner besonders tief berührt zu haben. Sie behaupten, daß die Nidwaldner Banner mit dem Doppelschlüssel weder «zuo Cappel, noch vill weniger zuo Sembach gsin an der Schlacht, sonder unser Panner wyß und roth». Sie könnten nichts dafür «und miendt aber einest lachen». «Antworten wir, dz wir nit gewüst hätent, dz wir die Panner heigent sollen gen Gersauw tragen, wie sy denn than, sonst weten wir nit nur eine oder zwo, sonder zehen oder mehr Panner dahin erscheint han, die etlich zwilchin und halb roth geferbt, etlich macheierin, etlich daffetin ¹⁾, so in allen eidtgnößischen Nötten, als Morgarten, item in unßerem eignen Vatterlandt, item zuo Sembach, Loupen, Murten und Gransy, item im Belletzer Krieg, und in Summa in allen eidtgnosischen Nöthen und Schlachten, da sich Underwalden befunden, ist unser Panner dagsin (die die iren auch ist, der Drittel, wan sy sich nit beschämen wendt). Zeigent sy nun an, in welchen Orten und Nöthen die ihren Panner gsin sige! Ja, so well sich ihnen gepüren mit ihren Panner und Landtzeichen zu ziehen, antworten wir ja, waß uff die Süweid, alß Riffier und Belletz, das wirinen brüederlich übergeben ²⁾, daß söllendt sy wie billich mit ihr Panner

¹⁾ 1766 besaß Obwalden neben dem Juliusbanner nur noch ein älteres Banner und ein älteres Fähnli, die tragbar waren, weitere Stücke wurden in einer Kiste verwahrt, «weilen selbe von dem vielen Gebrauche unserer hochseligen Ahnen fast in die Nichtigkeit zerfallen». 1798 zählte man noch zwölf Feldzeichen in dieser Kiste. Vgl. Kuchler, Schw. Arch. f. Volkskunde VI 45 und meine oben genannte Arbeit im Herald. Archiv XIX.

²⁾ Diese Behauptung ist ganz aus der Luft gegriffen. Obwalden hatte 1500 an der Einnahme jener schönen Vogteien, die es mit dem despektierlichen Namen «Säuweide» bezeichnet, keinen Anteil genommen, auch soweit bekannt weder 1503, als sie formell von Frankreich abgetreten wurden, noch 1512 keinen Anspruch darauf erhoben. Am 19. Sept. 1512

auch allein erhalten, aber im ubrigen, wie wurd dz ein Rymen han, wen alwegen zwey Panner oder Fendlin von Underwalden und äben für eins Lütt und von andern Orten ein Panner und ein Fendlin wäre?» Am überzeugendsten ist in dieser Rechtschrift der Nachweis, daß die Nidwaldner stets gerne sich mit der Stellung eines Landesdrittels begnügten, wenn es ans Zahlen ging. Dann nie reklamierten und sich am liebsten ganz drückten¹⁾.

Während dem Rechtsschriftenwechsel wurde die Lage nochmals verschärft. Der spanische Gesandte Alfonso Casate, wollte ein halbes Fähnlein zwischen dem Obwaldner Landammann Wirz und dem Nidwaldner Landammann Leuw auslosen lassen. Obwalden reklamierte unter Berufung auf seine Zweidrittelstellung so energisch beim Gesandten, daß dieser, der in die innern Streitigkeiten nicht hereingezogen werden wollte, darauf das halbe Fähnlein den Rapperswilern gab²⁾.

Inzwischen vereinbarten die Zugesetzten von Luzern, Uri, Schwyz und Zug, auf Annahme der Parteien hin, am 4./5. Aug. 1616 einen gütlichen Vergleichsentwurf:

Die Boten fanden, daß I. es genüge, wenn der Landeshauptmann einen Eid zu des gemeinen Ortes Ehre und Wohlfahrt schwöre und daß es unnötig sei, «etwas Underscheidts oder

hatten Uri und Nidwalden sich gegenseitig verpflichtet, ohne beidseitiges und der von Schwyz Einverständnis niemanden zur Mitregierung dieser Gebiete zuzulassen (Urk. St.-A. Nidw.). Das richtete sich aber gegen die Tendenz, die gesamten ennetbürgischen Eroberungen zu einer einzigen gemeineidgenössischen Herrschaft zu machen, nicht gegen spezielle Ansprüche Obwaldens.

¹⁾ «Grundliche Widerclag uber die unbegründte Antwort und Offnung unser Mitlandlütten nit dem Khernwald, daruber wier billich antwort geben miessent, wiewol wäger gesin were, sy hetten das Schriben erspart und es von Mundt ußgericht, wie wyer, damit Wytteleüffigkeit erspartt und nitt inzogen worden, das so nitt zum Handel dienet». Ein gleichzeitiges Exemplar im St.-A. Nidwalden, zwei im St.-A. Obwalden, beiderseits in der Abteilung: Landesstreit, ebenfalls St.-A. Luzern, Akten Unterw.

²⁾ Schreiben von Obw. vom 7. Aug., vom Gesandten Alf. Casate vom 16. Aug. 1616. St.-A. Nidwalden, dazu Absch. V, 1. 1258.

Zusatzes » in die Formel zu setzen. II. Die Kriegsräte betreffend, möge der Landeshauptmann und der Pannerherr andere erfahrene Männer in gleicher Anzahl zu ihnen erwählen, doch jeder mit Rat und Willen seiner Obrigkeit. III. Müßte man mit dem gemeinen Landesbanner zu Felde ziehen und beträfe es die gemeinen Vogteien, an welche beide Teile Rechte haben, so solle Obwalden den dritten Mann des Auszuges stellen; beträfe es aber andere Landesempörungen und das gemeinsame Vaterland, so ist es Nidwalden gestattet, den halben Teil des Volkes in eigenen Kosten darzugeben. Allfällige Eroberungen werden dann nach dem Verhältnis der gestellten Mannschaft geteilt. IV. Begäbe es sich, daß die gemeinen Orte es für nötig finden, das Bundesheer in zwei Haufen zu teilen oder daß die Not so groß wäre, daß man mehr Volk nachschicken müßte, so solle Nidwalden mit seinem eigenen Banner dahin ziehen, wo es von den übrigen Orten gemahnt werde. V. Betreffend der von Ort zu Ort ausgebrachten Stimmen, verbleibt es beim neunten Artikel des Vertrags von 1589. Doch sollen beide Teile ihre Stimme geben; zerfielen dann die übrigen Ortsstimmen und der Stichentscheid käme an Unterwalden, so gilt die Stimme jenes Teils, der damals für die Jahrrechnung an der Kehrordnung ist. VI. Für die Ritte auf Tagleistungen, zu Fürsten und Herren, zu Rechnungsablagen der Klöster, zur Einsetzung von Prälaten, läßt man es bei der Ordnung des Vertrags von 1548 gänzlich verbleiben ¹⁾. — Die Schiedorte fanden, daß beide Teile diese billigen Vorschläge annehmen dürften ²⁾. Da diese aber den Ansprüchen Nidwaldens sehr weit entgegenkamen, wollte Obwalden das nicht, und stellte schon im Oktober an Luzern und neuerdings am 2. Juli 1617 an die fünf Orte das dringende Gesuch, ihm anderswo zum unparteiischen Recht zu verhelfen und Tag und Malstatt zu bestimmen ³⁾. Auf

¹⁾ St.-A. Nidwalden. **Beilage XIV.**

²⁾ Schreiben von Luzern, Uri und Schwyz vom 13. August 1616 (St.-A. Nidw. Akten Landesstreit.)

³⁾ Schreiben Obw. an Luzern v. 12. Okt. und Mitteilung Luzerns an Nidw. vom 14. Okt. 1616 (St.-A. Nidw. I. c.) und Absch. V 1. 1292.

einer Konferenz der Schirmorte Engelbergs beschlossen Luzern und Schwyz, daß die erkornen «Ehrensätzer» sich beförderlich versammeln und nach Mitteln suchen sollten, die Streitenden freundlich und «landtlich» zu vereinbaren; dabei solle es ihnen ganz freistehen, die Parteien beizuziehen oder nicht¹⁾.

Es war aber unmöglich, die prinzipiellen Gegensätze in Minne auszugleichen. Da schien der Himmel ein Einsehen zu tun. Ein frommer Kapuzinerpater P. Martin von Eggelshofen, Prediger und Beichtvater im Kloster zu Stans²⁾, fühlte sich berufen, die Rolle Bruder Klausens zu spielen³⁾ und wirklich folgten beide Obrigkeiten seiner Einladung auf den 15. Februar 1618 in die Kapelle St. Jakob in Ennetmoos, die nach der Sage die Mutterkirche des einstigen ungeteilten Landes gewesen sein sollte. Hier gelang es der geistlichen Beredsamkeit, die Herzen zu rühren und es kam folgender Vertrag zustande, der hernach von beiden Landsgemeinden ratifiziert wurde⁴⁾: «Erstlich haben sich einhelliglich uffgehebt und krafflos gemacht alle Wortt, Reden, Schriben und Kämpff, so sich in disem werendem Span gegen einander verlossen, so eintwedere Part hette mögen dardurch verletzt und verkleineret worden sin, wie auch den Spruch so von etlichen Herren zuo Lucern über disen Gspan usgangen den 5. Augsten des 1616ten, diewill er noch nit von den Oberkeitten angenommen

1) 1. Sept. 1617. Absch. l. c. 1297. Auf den 8. Okt. stellte Obwalden hierauf das Gesuch an Nidwalden, einen Landrat zu versammeln, damit es Gesandte mit Vorschlägen schicken könne (St.-A. Nidw. l. c.).

2) P. Martin Mayer von Eggelshofen im Thurgau, geb. 1580, trat in den Orden 1591. † 1637, 9. Juli. *Chronica prov. Helv. ord. s. p. n. Francisci Cap., ex annalibus eiusdem provinciae manuscriptis excerpta* Solodori 1884, S. 209—211. — Geist d. h. Franziscus Seraphikus von Augustin Maria Ilg (II. Teil, S. Franziskus-Rosen: Missions- und Lebensbilder aus der Gesch. des Kapuzinerordens zunächst im 17. Jahrh. (Augsb. 1879), S. 21 f.

3) Schreiben P. Martins an beide Obrigkeiten vom 9. Febr. 1618 (St.-A. Nidw. und St.-A. Obw.). Wochenrat vom 11. Febr. R. LL.-P. Nidw. VI 547.

4) Landrat 28. April und Landsgem. 29. April 1618, Ldsgm. L. R.-P. II 118.

worden. — Zum andern sind sy mit einandern überein komen und versprochen, mit Handt und Mundt beedersitz, das sy wellen by den Verträgen, deren der ein im 1548isten, der ander im 1589isten von beedersitz Landtsgmeinden angenohmen und geschworen, für sy und ihre Nachkömmlig, wie sy lутten von Buochstaben zu Buochstaben verbliben und demselbigen in keinem Puncten oder Wortt khein anderen Verstandt geben, wie auch dem Puncten so vermeldet, so die Personen us den Undertanen wurden von Orth zu Orth ritten oder fahren, sonder in dem ubrigen, wie von alter häro leben und streben, darzuo ihnen Gott der Almechtig durch das Fürbit Marie, Sanct Francisci und aller Heilligen welle sin Gnadt verlichen. Amen»¹⁾. Es ist merkwürdig, wie unbillig oft die geschichtliche Erinnerung ist. Der sogenannte Kapuzinerfriede lebt heute noch als eine Großtat im Volke, in Wirklichkeit war er eine sentimentale Komödie. Der wohlmeinende Kapuziner besaß auch keine Spur von der staatsmännischen Begabung und Routine seines Vorbildes des Eremiten im Ranft. Die in Kraft erklärten alten Verträge waren ja von den Parteien nie bestritten, sie waren nur unvollständig und der Text von 1548 so wenig klar, daß es zu Deutungen wirklich Gelegenheit bot. Es wurde aber nicht einmal der Versuch gemacht, eine autentische Auslegung zu geben oder einen der vielen Streitpunkte positiv zu lösen.

Die praktische unmittelbare Wirkung des Kapuzinerfriedens war denn auch gleich Null. Schon auf der nächsten Jahrrechnung im Juli 1618 erhebt Obwalden wieder seinen Protest gegen den Besuch der Tagsatzung durch Nidwalden, wogegen letzteres betont, daß es vertragsgemäß das Recht habe, an Verhandlungen über gemeinsame politische Geschäfte teilzunehmen. — Die übrigen katholischen Gesandten fanden die Zeitlage derart, daß man sich

¹⁾ Pergamentausfertigung mit den beiden Landessiegeln und dem Siegel des Kapuzinerklosters Stans, St.-A. Ob- und Nidw. **Beilage XV.** Papieraufertigung mit dem letztern Siegel im St.-A. Obwalden. (Akten Landesstreit.)

jetzt nicht entzweien dürfe und ließen es bei den Verträgen bewenden¹⁾.

Im gleichen Jahre, als die Bündnerereignisse die katholischen Orte wieder zu Rüstungen veranlaßten, gaben die Nidwaldner der Einladung zu einer gemeinsame Musterung auf dem «Wad» im Kernwald keine Folge, weil Obwalden 200 Mann aushob und Nidwalden nur 100 zuwies²⁾ und am 21. Oktober 1619 verlangten sie von Obwalden den Verzicht auf ihre Vorzugsansprüche, «sonst werde man sich als halbes Ort zum Schutze des Vaterlandes und des wahren katholischen Glaubens stellen, mit eigenem Fähndli und Panner versehen und dahin ziehen, wo es am nöthigsten sein wird»³⁾. Sie leisteten dann wirklich zunächst Obwalden keinen Zuzug nach Rapperswil und auf den Brünig, stellten aber ihrerseits 700 Mann auf Piket, dreihundert zu den beiden Fähnlein, vierhundert zum Banner, damit es neben Obwalden mit den andern Miteidgenossen ausziehen könne und «endlich ab dem Streite mit Obwalden käme». Nidwalden zog dann mit 300 Mann den Schwyzern zu und stellte unter einem eigenen Hauptmann endlich auch 130 Mann den Obwaldnern als Grenzwache in Aussicht⁴⁾. In diesem Jahre be-

¹⁾ Absch. V 2, 25 und Schreiben Obwaldens vom 30. Juni 1618 (St.-A. Nidw. I. c.).

²⁾ Schreiben Obwaldens vom 14. Juni und 30. August, St.-A. Nidw. I. c. und R. LL.-P. VI, 651. Nidwalden ordnete dann für sich eine Musterung, die je zu zwei oder drei Örtenen abgehalten werden sollte, an. (R. LL.-P. VI 652).

³⁾ Rat vom 21. Okt. 1619. R. LL.-P. VII, 78.

⁴⁾ Landrat 4. Nov. 1619. uff Gefallen einer Landsgemeindt hand m. H. die Kriegszüg zu ernüweren angesächen, als namlichen und die ersten beiden Fëndli solle man zuo iedem Fëndli 200 Man und zu der unseren Paner 300 Man usnemen solle, also dz wir so vill under die Fendli und Paner haben als unsere L.L. ob dem Waldt, diewyl es nit Vogtien sonder den wahren catolischen Glouben und dz Vaterlandt anthrifft, damit wir nēbet inen ob dem Walt old anderen catolischen Miteidtnossen stan und ziehen könendt und hiemit von unser L.L. Forteil und Zang komen mögen etc. Auch dz wir die Khriegsēmpter, es sige Hauptlüt und Fendrich

gann Nidwalden die Landsfährliche, die bisher von den Truppen erwählt worden, wie die höchsten Landesbeamten an der Landsgemeinde zu ernennen¹⁾).

Am 31. Juli 1620 beklagen sich aber Landammann und Rat von Obwalden wieder bitter bei Luzern über ihre Mitlandleute, weil sie von diesen zu spät von der Ansetzung einer fünfförtischen Konferenz benachrichtigt worden und deshalb an den Beratungen über die Verhinderung der reformierten Expedition ins Veltlin nicht teilnehmen konnten. «Zum übrigen sächent wir mit sunderbarem Beduren, wie dz unsere Landlüt nit dem Waldt von unns wider letst uffgerichteten Vertrag, der uns doch schwärlich gëgen Inhalt des alten Vertrags gefallen, sich sünderen wellendt in Besatzung der Kriegsämpter», während sie bei den hergebrachten Bräuchen und aufgerichteten Verträgen der frommen Altvordern zu verbleiben wünschen. Sie wollen freilich in dieser gefährlichen Zeit keinen Streit anfangen, protestieren aber, falls die nit dem Kern-

selber nach unserem Gfallen erwöllen und sy ob dem Waldt die iren auch. (R. u. L.-P. VII. S. 91).

Die Landsgemeinde 7. Nov. 1619 erkennt.. das wir nitt dem Waldt für unß selber, wan es den wahren kristlichen catollischen Glouben old unser geliebt Vatterlandt antrifft zum ersten Fendly und Uszug 300 Man haben und under dem alhie nitt dem Waldt leinigen Landspanner, zu welchem wir von Keiser und König sampt Bäpsten gefriet und begabet sindt, 400 Man haben und gerüst halten wöllendt und damit als ein halb Ort der Eidtgnoschafft, mit und näbendt unseren g. L. L. ob dem Waldt und anderen Orten uszuzüchen gesinet und uns des fahls wil es nit eidtgnosische Vogtien berüort des Fordtels und Zangs unser L. L. ob dem Waldt abhalten... (Ldsgm. u. L.-R. P. II 136).

Vgl. dazu Akten Bündnerkrieg im St.-A. Nidwalden und Kaplan Odermatt im Archiv f. schw. Ref. Gesch. III 267 ff.

¹⁾ An der gl. Landsgemeinde vom 7. Nov. 1619 (l. c.). Man besetzte damals auch an der Gemeinde die Hauptmannsstellen zum ersten und zweiten Fähnli und die Wachtmeisterstellen zum Banner und den beiden Fähnli. Dies war aber vorübergehend, während die Landsfährliche seither Landesbeamtungen mit Ratsplatz wurden. Vgl. Deschwanden, Gfd. XXVII.

wald «sovil wellent sin als wier, die wir bißher die zwen Theil eines Ortts und sy der dritte Theil allein jeder Zit gewesen» und falls diese etwa auf der versäumten Tagung sich zu größern Kriegseleistungen, als ihnen als Drittel zukomme, anerböten. Die Obwaldner bitten dringend, auch bei den Urnern und Schwyzern dafür zu sorgen, daß man ihnen künftig die Tagfahrten direkt anzeige, damit mau nicht von den Intriguen der Mitlandleute abhängig sei ¹⁾).

1633 bei der Bedrohung durch die vor Konstanz liegenden Schweden, kam es zu einem gemeinsamen Auszug. Die Nidwaldner verzichteten unter dem Eindruck der Gefahr auf die Forderung ihres eigenen Feldzeichens, worüber sich Obwalden sehr erfreut zeigte ²⁾).

Um die gleiche Zeit wollte aber Nidwalden das Bündnis mit dem Bischof von Basel wieder nur unter der Bedingung erneuern, daß es als halbes Ort anerkannt werde. Obwalden gegenteils nur unter Vorbehalt seiner alten Vorrechte. Der Bischof weigerte sich durch einen Entscheid Präjudizen zu schaffen. Es blieb bei den Protesten und Obwalden behauptete sich für die Stellung bischöflicher

¹⁾ St.-A. Luzern (Deutsches Reich, Böhmen, Fasc. VI Akten betr. Auslieferung des Freiherrn von Tieffenbach).

²⁾ Der Landrat vom 16. Sept. 1633 nach Aufstellung des Auszuges und der Gewaltübergabe an einen Kriegsrat, der aus dem Landshauptmann und beiden Hauptleuten, dem Bannerherren, den zwei Landsfähnrichen und sechs von diesen zu ernennenden Männern bestand: «Wylen zuo dem Anzug deß ersten Fendlinß zwei Zeichen, einß ob, daß ander under dem Waldt von Landt vilicht möchten getragen wöllen werden, so aber zum Theill uß etlichen Bedenken um etwaß unrathsam erachtet wirt, so soll unseren Landtlüten ob dem Waldt zuogeschriben werden, so sye daß Fendlin den unseren Landtßfenderich so woll alß den ihrigen, oder wie sich beide Landtßfendrich werdent vertragen können, werdent füeren und tragen lassen, daß man die unserigen zuo den ihrigen stossen und mit einanderen Lieb und Leid tragen werde». Ldsgm. u. L. R. P. Nidw. II 386. Dazu das herzliche Dankschreiben der Obwaldner Regierung vom 17. Sept. 1633. St.-A. Nidwalden (Arch. f. schw. Ref. Gesch. III, 288).

Räte und meist auch für Mannschaftslieferungen bei seinem historischen Verhältnis¹⁾.

Nidwalden aber suchte mit größter Konsequenz auf allen Wegen seine Ansprüche durchzubringen. 1651 beim Bündnisabschluß mit Savoyen hatte es wirklich seine Anerkennung als «halbes Ort» ertrotzen können²⁾. Zwanzig Jahre später, als der Prinz von Piemont in das Bündnis eingeschlossen ward, konnte es zwar diese Stellung nicht mehr behaupten. Auf ein Schreiben, das die Nidwaldner Regierung durch einen Expressen nach Turin sandte, erhielt sie eine recht scharfe Antwort von Herzog Carl Emmanuel, des Inhalts, daß es nicht ihm zukomme, ihre innern Streitigkeiten zu entscheiden, daß er aber freilich die Einigkeit zweier Glieder, die einen Leib bilden, als Bundesgenosse wünsche³⁾.

1) St.-A. Nidw. Akten Landesstreit und Bistum Basel. Schon 1610 hatte Nidwalden vergeblich die gleiche Forderung gestellt. Arch. f. Ref. Gesch. III 326.

2) D. h. mit Bezug auf das Jahrgeld. St. A. Nidw. (Akten Landesstreit.)

3) R. L.L.-P. XVII, 54, 75, 79, 80, 85. Ldsgm. und L.R.-P. III 242. und Akten St.-A. Nidwalden (Landesstreit). Man schickte dem Gesandten ein an den Herzog gerichtetes Schreiben zur Übermittlung; der Gesandte schickte es zurück. Der Rat, beleidigt durch den «wenigen Respect, dene er gegen unsern Ohrt erweisen», beschloß am 27. Okt. 1671 einen Expressen nach Turin zu senden und führte diesen Beschluß, nachdem der Gesandte auf seinem Standpunkt verblieben und den Nidwaldnern zur Empfangnahme des Drittels des Unterwalden betreffenden Geldes ein Ultimatum gestellt, im November aus. Im Archive liegt ein entsiegeltes deutsches Original des Reklamationsschreibens vom 23. Nov. 1671 und das Konzept der an dessen Stelle abgegangenen italienischen Übersetzung, sowie die Antwort des Herzogs vom 18. Dezember 1671. «Que si vous prétendés en vertu des conventions anciennement établies, comme vous nous représentés, de passer pour un demy canton, vous en devés convenir avec le canton d'Undervald d'en haut et il est à souhaitter, que ce soit amiablement et de bon concert, vous exhortant d'en user de la sorte pour maintenir la bonne union et concorde, qui doit estre entre deux membres qui composent un mesme corps, et il ne touche pas à nous à decider ce differend en adherants vostre prétention, que nous ne voyons pas mesmes avoir l'assentiment et l'approbation des autres cantons, qui auroient de se plaindre, que celui d'Undervald d'en haut et d'en bas qui en com-

Das Bündnis vom 14. April 1651 blieb trotzdem für die Nidwaldner ein Präjudizfall, auf den sie sich immer wieder beriefen.

Als Obwalden bei einer Hilfsforderung des Bischofs von Basel (1652) zehn Mann, d. h. zwei Drittel des betreffenden Kontingentes stellte, zog der Rat von Nidwalden acht Mann aus und beschloß «by erster Gelägenheit die Verträge gegen unsern Landtleüthen an die Handt zu nemmen und zue sächen, ob solche zugeben, das sy in allen Sachen für zwen Theill und wir allein für ein Theill sölten geachtet werden, so sölcheß sich aber nit erfunde, sölle angentz die Sach gegen ihnen geandet werden und verschaffen, daß man künfftig könne wüssen, wie sy und wir unß verhalten»¹⁾.

Die kriegesischen Ereignisse des Bauern- und Villmergerkrieges hielten die praktischen Konsequenzen solcher Diskussionen zurück. Bei Villmergen standen die Nidwaldner unter dem Obwaldner Banner, doch zog auch das Nidwaldner Banner selbständig zum Entsatz von Rapperswil aus²⁾. Und Nidwalden besiegelte den dritten Landfrieden mit, wobei freilich Obwalden

posent un seul, eüst une portion plus grande que la leur. — Et quoyqu'en l'année 1651 vous avés reçü de nous quelque gratification, elle ne doit pas pourtant tirer aucune consequence, ny ne vous peut pas servir de motif pour en faire un établissement certain et réglé pour l'advenir, et bien loing que cette mesme raison, que vous nous allegués doive nous induire à en faire de mesme en cette conioncture, elle doit faire un effet tout contraire et nous doit retirer de la pensée d'autoriser ce, qui souffre de la repugnance dans vostre propre corps et parmy les autres cantons. Nous promettans de vostre prudence et de vostre equité, que vous ferés une serieuse reflection pour n'entreprendre rien à cett'heure, qui soit contraire aux loüables coustumes de vos genereux predecesseurs dont la principale gloire consiste à demeurer fermes et constants en ce qui à esté pratiqué, soit à l'égard des autres cantons, soit à l'égard de vos amys, alliés et confederés etc.»

¹⁾ R. L.L.-P. XIII 25. Am 15. Sept. 1653 beschloß Nidwalden, falls Obwalden zwei Gesandte auf die Luzerner Tagsatzung aboardne, die Gesandtschaft ebenfalls doppelt zu besetzen (l. c. 109).

²⁾ Akten Villmergerkrieg, St.-A. Nidw.

wiederum protestierte. Schultheiß und Rat von Luzern quittierten am 16. Januar 1657 den Obwaldnern, «mit waß einem Vorbehalt ihr die Besiglung deß Fridenß-Instruments in daß zweyfache Sigellhüslin werckstellig gemacht. Werdent hierob nit ermanglen, besagteß Schryben in unserem Archiv fleißig uffzubehalten, uff daß ihr üch dessen zue Begebenheit, wo eß die Notturfft ervordern wurde, bedienen könntent und wellent nit erwartendt sein, daß üch die Besiglung in der Formb, wie sy beschechen ist, an üweren Verträgen und bißher gewohnten Brüchen etwaß Schaden oder Abbruch bringen solle, ist auch unsere Meinung dahin nit gangen, sonder würt unß ieder Zeit angelegen sein zu der algemeinen Rhuw, Lieb und Fridtsambe unser best und üssersteß zu tragen » etc.¹⁾.

Die Nidwaldner spähten unverwandt auf jede Gelegenheit, ihre Gleichberechtigung zu betonen. Als sie 1661 erfuhren, daß der Luzerner Stadtschreiber Leopold Cysat vier Exemplare seiner «Beschreibung des Vierwaldstättersees» der Obwaldner Regierung dediziert hätte, während ihnen nur zwei Exemplare zukamen, mußte Landammann Leuw ihm «mit Glimpf anzeigen, daß m. Herren ime nichts geben wollen, weil er ob dem Wald mehrers beobachtet»²⁾. Es war ein tragikomisches Verhängnis, daß gerade um die gleiche Zeit die Unvorsichtigkeit der Kanzlei von Nidwalden den Obwaldnern eine Waffe für spätere Streitigkeiten liefern mußte.

Im Jahre 1660 wurde die Ratsstelle beim Bischof von Basel für den Nidwaldner Landammann Jacob Christen verlangt, mit der Begündung, daß Obwalden die zwei letzten «Kehren» übungsgemäß versehen hätte. Der Rat von Obwalden erkannte am 21. Februar die Berechtigung an, nahm aber zu Protokoll «umb das aber bishäro verspürt worden, sie (die nid dem Wald) der halbe Theil bey Fürsten und Herren gehalten zu werden praetendieren, nun aber sie in ihrem uns übermachten Schreiben under

¹⁾ St. Obwalden (Akten Landesstreit).

²⁾ R. und L. L. P. XIV, 132.

dem 16. dies einsetzen, dz zweymal der Kehr hierob an uns gewesen, wird diß Schreiben sonderbahr ad notam zu nemmen und dessen uns zu jeden Begebenheiten in Fürsten und Herrensachen zu bedienen seyn¹⁾. Diesem unvorsichtigen Schreiben wurde in der Folge eine unglaubliche Beweiskraft zuerkannt. Es ist dies charakteristisch für das wissenschaftliche Niveau, auf welchem diese Streitigkeiten ausgefochten wurden. Vorderhand verstand man sich freilich beidseitig mit Rücksicht auf die konfessionelle Lage zu einer Art Waffenstillstand.

Beständig weigerte Nidwalden die Beeidigung des Landeshauptmanns nach der Formel von 1607 in Sarnen vornehmen zu lassen. Im Jahre 1668 lud es die Obwaldner zu einem «Land-schießet» in Stans, in der Absicht, daß sie bei diesem Anlaß «unserm und ihrem Landshauptmann» schwören sollten. Es scheint aber nicht, daß darauf eingegangen wurde. Denn Obwalden hielt hartnäckig an seiner Formel fest. Darum nahmen die Nidwaldner an der Beeidigung des Bannerherren jeweilen nur unter ausdrücklichem Protest teil oder blieben ihr ferne²⁾.

¹⁾ St.-Prot. Obwalden und St.-A. Obw. (Landesstreit).

²⁾ Zur Beeidigung des neuen Bannerherren Sebastian Wirz, 1622, hatte Nidwalden, um die streitige Eidformel nicht anhören zu müssen, und ein Präjudiz zu schaffen, keine Deputation geschickt. Nach dessen Tode war 1654 von Obwalden Landammann Marquard Imfeld gewählt worden und im gleichen Jahre war in Nidwalden Landamman Jakob Christen an Stelle des verstorbenen Landammann Kaspar Leuw zum Landeshauptmann ob und nid dem Wald gewählt worden. Obwalden machte wieder einen Versuch, die Beeidigung der beiden gemeinsam vorzunehmen. Auf die Einladung beschloß aber der Wochenrat von Nidwalden: «wyll disere Sachen wyt ußsehent, wöllen min Hrn. ihnen früntlich darumb bedanken laßen, wyllen man jüngere Verträg byhanden hat» (R. L.L.-P. XIII 159). Als Obwalden 1666 wiederum zur Bannerübergabe an Landammann Heinrich Buocher einlud, verlangte Nidwalden erst eine Fristverlängerung von acht Tagen, damit man sich inzwischen erkundigen möchte, wie die Einladung gemeint sei (l. c. XV, 251, 260). Der Wochenrat vom 11. Juni sandte dann die Landammänner Joh. Franz Stulz und Joh. Melchior Leuw nach Sarnen, um gründlich zu erfahren, ob die inkriminierten Worte gestrichen seien. Für den Fall, daß dem so sei, wurde eine sechsfache

Nur in Landvogteisachen wollte Nidwalden seinen Drittel der Mannschaft unter das Obwaldner Banner einreihen, wie es sich 1664 bereit erklärte, «weillen es die Landgraffschafft Turgeüw antrifft»¹⁾. Die Aufstellung des eidgenössischen Defensionals nötigte aber zur Abklärung seiner Prätionen. Es mußten wieder Verhandlungen über die Organisation und Zusammensetzung des gemeinsamen unterwaldnerischen Kontingents stattfinden.

Auf einer Konferenz zu Stansstad im März 1668 wollte Nidwalden u. a. die Stelle des «Generalfeldmachtmeisters» an Obwalden überlassen, verlangte aber dafür für sich den «Oberstwachmeister»²⁾. Da es sich um den «allgemeinen Stand der Eidgenossenschaft» handle, wollte es als ein «halber Stand» wie Obwalden, 200 Mann stellen³⁾. Am 17. Mai 1674 fand wieder eine Konferenz in Ennetmoos statt, wo Nidwalden, da es in Standessachen ein halber Ort sei, verlangte, «zum Defensionalwesen» die Hälfte der Truppen zu stellen, Obwalden jedoch auf

Ehrendeputation zur Feier bestimmt, sonst sollten die beiden genannten Boten bei der Feier öffentlich Protest einlegen. Was denn auch geschah (l. c. 262). — Im Jahre 1675 ordnete Nidwalden zur Bannerübergabe an Landammann Hans Imfeld den Landammann Achermann und den gemeinsamen Landeshauptmann, Landammann Joh. Franz Stulz ab, gab ihnen aber die Instruktion, wenn in dem Eide etwas für Nidwalden Präjudizierliches enthalten wäre, zu protestieren. Wie weit dies geschah, konnte ich nicht erfahren. Das Obwaldner Protokoll erwähnt nur der Anwesenheit der Nidwaldner Deputation, keines Protestes; daß aber etwas unangenehmes vorgefallen, zeigt die lange Beratung, als die Stelle innert Jahresfrist wieder erledigt ward, ob man die Nidwaldner einladen wolle. Das Resultat war dann die Aufforderung, bei diesem Anlaß auch den Landeshauptmann schwören zu lassen: Nidwalden blieb die Antwort schuldig. — 1681 lehnte Nidwalden die Teilnahme direkt ab, worauf für die Huldigung vom 21. April 1685 keine Einladung erfolgte.

¹⁾ R. L.L.-P. XV, 64.

²⁾ Die Defensionalordnung bestimmte für Unterwalden nur einen Oberstfeldwachmeister, dieser ist wohl unter dem Generalfeldwachmeister zu verstehen, unter dem Oberstwachmeister hier wohl dessen Lieutenant.

³⁾ Die Deputierten haben nur den Auftrag anzuhören und zu relatieren. 9. März 1668. R. und L.L.-P. XVI. 150.

dem alten Mahrheitsverhältnis beharrte¹⁾. Die an diese Konferenz sich anschließende Korrespondenz gab wieder einmal Anlaß zur prinzipiellen Erörterung der Standpunkte²⁾. Eine Einigung war unmöglich und der Gegensatz mag dazu beigetragen haben, daß die Landsgemeinde von Obwalden so leicht den Umtrieben der Schwyzer und der französischen Agenten anheimfiel und 1678 das Siegel wieder von dem eidgenössischen Grenzvertheidigungs-Vertrage zurückforderte³⁾.

Als konfessionelle Zwistigkeiten in Glarus einen neuen Religionskrieg fürchten ließen, fand man doch wieder nötig, sich über eine gemeinsame Kriegsordnung unter sich zu vereinbaren. Eine Konferenz der beiden Regierungen zu Wisserlen am 27. Januar 1682 beschloß gegenseitige brüderliche Treue nach alten Verträgen und hergebrachten Übungen möglichster Maßen zu halten und nichts Neues hierin zu machen. Im Falle eines Aufbruches der katholischen Orte sollten unter dem ersten Landeszeichen

¹⁾ St.-A. Nidw. (Landesstreit).

²⁾ Wochenrat vom 4. Juni 1674. R. und L.L.-P. XVII, 197.

³⁾ Vgl. darüber Weber Geschfr. LVII und Kückler, Chronik von Sarnen, 54. In Obwalden wurde am 11. Nov. 1678 von einer Landsgemeinde beschlossen, das Siegel von der Defensionalurkunde zurückzunehmen und als am 11. Dez. dieses Siegel einer Gemeinde vorgewiesen ward, war die Aufregung noch so stark, daß der Antrag zur Abstimmung kam, ob man fürderhin die Obrigkeit noch haben wolle oder nicht. So groß war die Verhetzung durch den Frühmesser Conrad Stolz, der freilich dann als Lohn für diese Agitation von Frankreich eine Domherrnpfründe in Straßburg erhielt. Nidwalden blieb als einziger der Urkantone beim Defensionalvertrag. Es betrachtet sich am 15. April 1680 ausdrücklich als Kontrahent (R. L.L.-P. XVIII, 50) und beschließt noch nach der Tagsatzung von Zug am 23. Mai 1681: «Nachdeme der Zugerische Abscheidt verhört worden, ist auch wegen des Defensionals, welches nun füröhin eine Kriegßordnung genambset wird, für rechtsam erachtet worden, das uff erstkünftiger Tagsatzung Baden eine sattsambe Ordnung uff begebenden Fall eineß feindlichen Anfahls abgerathen werde. Zwaren werden m. H. mit denienigen Ohrten, welche dz Defensional nicht auffgeben, dahin trachten, dz die Kriegsordnung auff dz Defensional so viel möglich gerichtet werde (l. c. 80).

beide Teile, Obwalden mit 300, Nidwalden mit 150 Mann ausziehen. Jedem Teile ist überlassen, ein Feldstück mitzunehmen. Sollte man aber mit völliger Macht ausziehen müssen, wird Nidwalden erlaubt, sein Banner mitzunehmen. Obschon Nidwalden keine Mannschaft zum dritten Landeszeichen, welches zur Bewachung des Brünig bestimmt ist, zu stellen hat, will es doch nicht ermangeln, beim ersten Rufe nach Möglichkeit Hülfe zu schicken. — Der oberste Wachtmeister, eine Stelle, welche das Defensionale für das Bundesheer geschaffen hatte, wird nach dem Auszuge im Felde gewählt, weil dann die Tat beweise, welcher der tauglichste sei. Es werden ferner Signalstellen festgesetzt¹⁾.

Diese Vereinbarung entsprang einer vermeintlichen Notlage, weshalb beide Teile ein Einsehen hatten und prinzipielle Abstraktion vermieden ward. Schon 1678 hatte Nidwalden vorgeschlagen, künftighin nur je einen Boten nach Baden, Luzern und andere Orte — Brunnen ausgenommen — zu schicken, um Kosten zu ersparen. Obwalden wollte sich damals nicht binden lassen²⁾. 1681 hatte die Beeidigung des Bannerherrn die alten Streitfragen wieder aufgebracht und im Mai 1683 stellte nun Obwalden das Begehren nach einer Konferenz, um alle schwebenden Streitfragen freundlich zu besprechen³⁾. Wie immer, verlief diese Konferenz resultatlos und bereits 1687 schickte der Nidwaldner Wochenrat wieder einen Protest nach Sarnen, wegen der Ausstreunungen: daß Nidwalden nur der dritte Teil Unterwaldens sei, daß seine alleinige Ortsstimme nichts gelte, daß Obwalden das französische Stipendium zweimal nacheinander besetzen dürfe. Eine heftige Korrespondenz waltete darüber und bald kam der alte prinzipielle Streit leidenschaftlicher als je zum Ausbruch⁴⁾.

Auf den Tagleistungen zu Baden in den Jahren 1688 und 1689 wurden auf den Stand Unterwalden ein Kriegsrat nach

¹⁾ St.-A. Obwalden und Nidwalden (Landesstreit).

²⁾ R. und L.L.-P. XVIII, 3. 7. Nov. 1678.

³⁾ L. c. 142. 26. Mai 1683.

⁴⁾ Akten St.-A. Obwalden und Nidwalden (Landesstreit).

Liestal und ein Offizier ins Thurgau bestimmt. Ohne Mitteilung an Nidwalden, besetzte Obwalden die Offiziersstelle. Nach Liestal aber ordnete jeder Teil für sich einen Kriegsrat ab. Auf der Jahrrechnung in Baden im Juli 1689 klagte nun auch der Bischof von Basel den verbündeten Ständen: Es sei dieses Jahr wieder an Unterwalden einen Rat oder Ehrengesandten zu ihm nach Pruntrut abzuordnen, statt eines, seien aber deren zwei gekommen, je einer von ob und nid dem Wald, denen er zwar Herberge und Tafel wohl gönne; die doppelte Besoldung aber könne er der Folgen wegen nicht übernehmen. Auf die Vorstellung der Gesandten wollte kein Ort weichen, jeder behauptete im Recht zu sein. Die Tagherren mahnten den Bischof zur Geduld, die beiden Unterwalden zur gütlichen Übereinkunft, sowohl wegen jenes Ehrenpostens als der doppelten Beschickung des Kriegsrates nach Liestal, die sie ebensowenig dulden könnten. Jetzt nahmen sich die Eidgenossen endlich der Sache an. Sie fanden, der Pruntruter Fall gereiche dem schweizerischen Rufe gar nicht zur Ehre ¹⁾.

Schon am 16. August 1689 tagte deshalb eine dreiörtische Konferenz. Obwalden verlangte eine fünförtische Vermittlungskonferenz ²⁾, die nach einigen Zwischenfällen ³⁾ endlich am 14./15.

¹⁾ Absch. VI 2, 286 und 290.

²⁾ L. c. 294. R. L.L.-P. Nidw. XIX, 26.

³⁾ Absch. VI, 2, 309. Auf der Konferenz vom 26./27. Oktober hatte Nidwalden Verschiebung des Traktandums erlangt, weil von den mit dieser Sache Beauftragten der eine erkrankt, der andere abwesend sei. Am 31. Oktober waren Landammann Lussy, Landammann Achermann und Statthalter Baly nach Uri und Schwyz abgeordnet worden und auf deren Relation hatte man am 8. November Obwalden angefragt, ob es auf bevorstehender V örtischer Konferenz gütlich «handlen nnd mittlen» lassen wolle, «widrigenfahls wir uns vom 3 Ohrten-Pundt nit werden treiben lassen». Obwalden hatte am 10. November erwidert: «seyen genöthigt, Eidg. Schutz und Schürmb bey den löbl. Ohrten zu suechen, gestalten fahls die Nid dem Wald von ihrem gantz unbegründten Beginnen nit von selbst abzuestehen bedacht, oder bey dißer Conferenz sich von den l. Ohrten durch die Minne nit werden ab- und zue Ruehen weysen lassen,

November in Luzern stattfinden konnte. — Hier wies Obwalden nach, daß es seit 1625 bis ganz neuerlich immer der Reihe nach zwei Räte, Hauptleute oder Lieutenants nach Pruntrut gegeben habe, während Nidwalden einen. In der Duplik aber bestritt Nidwalden, daß man sich an einen Spezialfall halte. Man müsse die Sache im allgemeinen anpacken. Die Frage erstreckte sich auf die drei Punkte: Ritte, Reisen etc. zu fremden Fürsten und Herren. gemeinschaftliche eidgenössische Gesandtschaften, Stellung von «Ehremännern» auf Wunsch eines Fürsten, Herren oder Ortes. Der Streit handle sich zunächst um die erste Frage und da spreche der Vergleich von 1589 klar zu ihren Gunsten. Die Begründung war zwar etwas sophistisch: Wer könne bestreiten, daß die Räte nach Pruntrut und Liestal nicht von gemeinen Eidgenossen «angesehen» würden, wornach beide Teile reiten dürften. Wollte man aber behaupten, es sei die Bezeichnung der Räte nach Pruntrut Sache des Bischofs, indem selber sich im Bunde die Bezeichnung vorbehalten habe, also auch einen von Nidwalden bezeichnen könnte, so träten die Orte, wenn der Bischof sich des Ernennungsrechtes begäbe, in dessen Rechte. Daraus folge, daß Ob- und Nidwalden, die dem Bischof mit gleichem Rechte gegenüberstünden, dannzumal gleichmäßig zu «alternieren» hätten, umsomehr als Nidwalden laut Protokoll sich ausdrücklich beim Bundesabschluß mit dem Bischof vorbehalten, als ein halbes Ort zu gelten. Die Obwaldner Gesandten fanden sich durch diese Deduktionen nicht überzeugt und auch nach dem Verlesen des «Cysatischen Protokolls» der Prozeßschriften von 1589 nicht zum Nachgeben geneigt. Sie boten, da heute ein gütlicher Ausgleich unmöglich, gemäß ihrer Instruktion Recht auf die vier Orte, welche den Vertrag von 1589 gemacht. Die Nidwaldner Gesandten aber erklärten, sie hätten nur Vollmacht zu gütlichem Vertrage, das Recht würde

sy sich des lieben unpartheyischen eydtg. Rechtens werden behelffen müssen, dann sye wider die Verträge dz wenigste nachzugeben, noch dz Geschäft also ohnerörteret stecken zue lassen, keineswegs bedacht», etc. (St.-A. Obw. u. Nidw., Landesstreit und Lussy, Begrüßliche Erzählung, unten S. 218. Anm. 2).

jedoch ihr Stand nur nach dem ältesten Bunde von Uri und Schwyz annehmen. — Dieser unerwartete « Absprung von nid dem Wald » erregte bei den andern Gesandten Verblüffung. Neuerdings mahnte man zu unverzüglichem Vergleiche, « maßen man die dopplete Abschickung luth badischen Abscheydts absolute nit gestatten werde »¹⁾. Nidwalden trat darauf mit den Regierungen von Uri und Schwyz in Unterhandlung, welche nochmals den Parteien zum Frieden rieten und im andern Falle einen Rechtstag anzusetzen versprachen²⁾. Auf diese Mitteilung gab Obwalden « unverhofft so empfindt- als schümpfliche Antwort, daß das gedeyhlichste Mittel seyn werde, wan die ohninterreßierte Ort den Tractat de A° 1589 in Abwesenheit der Partheyen erklären sollten ».

¹⁾ Absch. VI, 2. 312 ff. Das 16 Folioseiten starke Konzept der Widerklage Nidwaldens ist vom 30. (korrigiert 15) Oktober 1689 datiert (St.-A. Nidw. I. c.).

²⁾ Die Quellen für den weitem Verlauf des Handels liegen gesammelt in den umfangreichen Sammelmappen « Landesstreit » in den Staatsarchiven von Ob- und Nidwalden. Die Mappen « Unterwalden » der Staatsarchive Luzern und Schwyz bieten dazu meist unwesentliche Ergänzungen. Die Ratsbeschlüsse stehen im Ldsgm.- u. Landrats-P. III u. IV, und R.- u. L.L.-P. XIX Nidwalden und im St. P. XIX u. XX Obwalden. Die Tagsatzungsverhandlungen: Absch. VI, 2 (vgl. Register). Eine klare chronologische Übersicht in Regestenform enthält der Band des Staatsarchivs Nidwalden, betitelt: Begrüffliche Erzellung . . . der Verloffenheit zwüschen unseren g. l. Landleüthen zu Underwalden Ob- eines, danne meinen gnädigen Herren und den Landleüthen Nidt dem Kernwalldt anderen Theils von Annis 1688 und 1689 bis 1692 gedauerter kostbahren landtlichen Streitigkeiten, wie selbige getriben, verhandlet und entlich außgefuehrt worden, nüt zwaren umb Werth erhaltenen Gewün oder Nutzens, sondern allein umb der Formalitet, Weyss und Manier, sonderlich zue künfftigem Bericht und Wüssen der lieben Nachkommenheit (welches beßer in Zeiten, da alles noch in frischer Gedächtnus hafftete hete kennen und sollen geschechen) waß seyt so villen Jahren aus den Rathschlagbüecheren, Missiven und hinder mir (allß damahl dem jüngeren Landtschriberen) anoch befundenen Schriften und Copiis hat mögen zusammen gebracht werden und uffrichtig verzeichnet durch mich Johann Melchior Remigi Lußy alt Landamman m(anu) p(ropria) 1736.

Uri und Schwyz aber luden auf den 17. Februar 1690 zu einer Konferenz nach der Treib ein, wo die Obwaldner Deputation ohne jede Vollmacht erschien.

Der Rat von Nidwalden rief am 4. März, da Obwalden die Sache auf die lange Bank ziehen zu wollen scheine, neuerdings ihre alten Eidgenossen um einen Rechtstag an. Uri mahnte nochmals zur Güte. Die Pruntruter Angelegenheit drängte aber zu einer provisorischen Lösung. Der von einer vierörtischen Konferenz, auf Antrag Obwaldens, am 8. April gestellte Vorschlag, den Ritt interim von Zug versehen zu lassen, stieß bei Nidwalden auf Widerstand. Nach langen Verhandlungen nahm endlich Obwalden im Mai den nidwaldnerischen Vorschlag an: Ohne alle Präjudiz, die Gesandtschaft je für halbe Zeit, sechs Wochen, von den beiden Teilen nach einander versehen zu lassen.

Inzwischen glaubte ein Kapuziner P. Januarius Megnet, Ex-provinzial und damals Guardian zu Sarnen, in die Fußstapfen des P. Martin von Egelshofen treten zu sollen. Er kam mit einem Kreditiv der Obwaldner Regierung versehen, am 17. Juli vor den Wochenrat in Stans und bot sich als Vermittler an. Sein Vortrag, in dem er behauptete, «wie durch alte und verschiedenliche Schriften erwiesen sei, daß unsere Landleute ob dem Wald allzeit zwei Theile des Orts gewesen seien», war eine schlechte Captatio benevolentiae. Schriftlich lehnte man nachher sein Anerbieten ab, da man den Gedanken, «das ganze Land wider zusammen in eine Oberkeit zue ziehen ganz beschwärllich und fast ohnmöglich finde und also man an der Güete desperiert, das liebe Recht walten lassen wolle» ¹⁾.

Die Forderung des Fürstbischofs von Basel um 40 Mann Hülfsstruppen, hielt die Fragen neuerdings in Aktualität. Nidwalden verweigerte den Beizug, wenn es nicht bundesgemäß für ein halbes Ort gehalten würde, schickte aber am 20. September

¹⁾ Dieser mißglückte Vermittlungsversuch kostete die Regierung 70 Gl. Wirtschaftskonto beim Adler, wo man ein Bankett hatte. (Spezifizierte Rechnung der Kosten des Handels von 1689/91.)

auf eine ausweichende Antwort des Bischofs 20 Mann und am 13. Oktober auf ein erneutes Gesuch um 50 Unterwaldner Soldaten, 25 Mann. Obwalden weigerte jedoch den Vergleich, der zwischen Lieutenant Leuw und Lieutenant Buoher geschlossen worden, wonach jeder je zwei Monate den Dienst mit vollem Sold abwechselnd versehe, zu ratifizieren und schickte 17 Mann mehr, worauf Nidwalden sich gegen die Folgen beim Bischof verwahrte und falls seine Mannschaft und Offiziere nicht «in allem für ein halb Ort tractiert würden», mit Rückberufung drohte.

Auf der außerordentlichen gemeineidgenössischen Tagsatzung zu Baden, Anfang Novembers, beschwerte sich Obwalden bei seinen katholischen Bundesgenossen neuerdings über diese Präensionen Nidwaldens als halbes Ort zu gelten und bot wiederum Recht auf die vier Schiedorte des alten Vertrages. Die Nidwaldner Gesandten erklärten, daß sie nicht instruiert seien, daß man aber in Nidwalden auf dem Dreiländerbunde, als der Basis jeden rechtlichen Ausgleiches beharre. Die Boten der VII Orte beschlossen, wenn die Parteien sich bis zur nächsten Tagsatzung über das Forum nicht verglichen hätten, ihnen den Richter zu weisen. Darauf forderte Nidwalden unterm 20. November von Uri und Schwyz kategorischen Bescheid, «ob sye uns by gesagtem Bund schützen und luth selbigem Recht sprechen wollen oder nit». Die beiden Urstände erklärten sich dazu bereit, und am 14. Dezember fanden in Altdorf, am 16. in Schwyz die Verhandlungen vor den Räten statt, die den Wünschen Nidwaldens weitmöglichst entgegen kamen. Nidwalden hatte seine Nachbarn durch den Landesläufer in der Farbe zitieren lassen, die Obwaldner hatten geantwortet, daß sie sich auf den Badener Beschluß vertrösten.

Am 19./20. Dezember versammelte sich eine Konferenz der Schiedorte in Brunnen, um die beiden gefällten Ratsentscheide in ein gemeinsames Urteil zu fassen. Auf einer ferneren Sitzung am 10. Januar 1691 gestattete man Obwalden, damit es «sich der Übereylung nit erklagen könne», noch einen Termin zu mündlicher Verantwortung. Dieses entschuldigte sein Ausbleiben bei

den Ratsverhandlungen durch die ungewöhnliche beleidigende Form der nidwaldnerischen Zitation, «die allein under und zwüschen Underthanen üblich sei» und bat, bis zur Einberufung einer Landsgemeinde, «so aber so gäch nit seyn könne», um Einstellung des Verfahrens. Eine dritte Konferenz zu Brunnen entsprach dem Wunsche und Uri lud Obwalden zu einer vierten Konferenz nach Brunnen auf den 20. Februar ein. Obwalden aber lehnte ab und weigerte sich gänzlich, vor den Landräten Recht zu nehmen, was unter souveränen Ständen unerhört und nur für Untertanen üblich sei. Die neuere Praxis gab ihm sicher recht, denn sie kannte in ähnlichen Fällen nur das Schiedverfahren durch «Sätze», von den Parteien persönlich erkorne Schiedrichter aus den Räten der Mitstände. Die Konferenz fand freilich, der Dreiländerbund spreche nicht von «Sätzen», sondern von den Witzigsten und Besten, wofür man doch in erster Linie die Landräte halten dürfe (!?). Das Urteil ward nun ausgefertigt: «Daß in gemeinen Vogteien, Jahrrechnungen, Klosterrechnungen, laut der Verträge (was Nuz und Schaden betrifft) ob dem Wald zwei Theile, die unter dem Wald aber allein der dritte Theil sein, in allen übrigen Ritten, Ortstimmen und Sachen aber soll jeder Theil ein halbes Ort sein.» Obwalden wurden, da es nicht erschienen, in Contumaziam sämtliche Kosten des Verfahrens, «vermög des dreiörtischen Bunds», auferlegt ¹⁾.

Vergeblich aber bat Nidwalden um Aushändigung des Instrumentes, man wagte es nicht. Es kam nie in seine Hände.

Obwalden, das offenbar die Sache absichtlich bis zur nächsten Tagung in Baden verschleppt hatte, verlangte nun dort am 4. März von den unparteiischen katholischen Orten den Entscheid über das Forum. Die Tagherren fanden, daß den Urnern und Schwyzern kaum das Richteramt bestritten werden könne, daß aber Unförmlichkeiten vorgefallen seien. Sie ersuchten Luzern, sich nach dem Waldstätterbund ins Mittel zu schlagen und die Sache zu gutem Ende zu leiten.

¹⁾ Beilage XVI A.

Luzern machte hierauf den Schiedorten und Nidwalden den Vorschlag, unter Hintansetzung des bereits ergangenen Urteils, ein neues, dem Herkommen gemäßes Verfahren durch Spruchherren aus den beiden Urständen einzuleiten. Obwalden werde sich einem solchen Urteil, eventuell bei Auseinandergehen der Richter einem Obmannsspruche unterwerfen.

Wieder verstrichen Monate. Auf einer Konferenz zu Brunnen am 7. Juni erklärten die Orte Schwyz und Uri, daß man aus besonderem Respekt gegen Luzern bisher mit der Aushändigung des beschehenen Rechtsspruches zugewartet. Da aber Obwalden selber bisher keine Revision begehrt, Nidwalden dagegen beständig um Extradition anhalte, werde man letzterm Begehren nach Verfluß des 21. Juni entsprechen. Ein Revisionsbegehren könne unter keinen Umständen anderswo anhängig gemacht werden, als vor ihnen. Man halte sich unbedingt an den Dreiländerbund. Falls jedoch die eine oder andere Partei in eidgenössischer Form um Revision oder Suspension anhalte, eine oder zwei Mittelspersonen zu gütlicher Verhandlung vorschlage und dadurch der Bund der drei Länder und die Landrechte ihren gebührenden Respekt erhielten, so würden die beiden Obrigkeiten das Gedeihlichste zu finden wissen.

Auf dieses Ultimatum hin, fand sich Obwalden auf den dringlichen Rat Luzerns bewogen, einzulenken und eine Gesandtschaft an die Räte zu Uri und Schwyz abzusenden. Diese traf zu ihrer Überraschung in Altdorf am 17. Juni eine Delegation Nidwaldens, das privatim von dem Vorhaben seiner Gegner unterrichtet worden war. Da Landammann Enz, das Haupt der Obwaldner Gesandtschaft, protestierte, wurde die Forderung der Nidwaldner um einen gemeinsamen Vorstand abgewiesen und jede Partei in gesonderter Audienz vom Urner Landrat verhört. In Schwyz jedoch wurden am 23. Juni beide Parteien gemeinsam empfangen. Die Obwaldner stellten dort wieder ihre Forderung, den Streit durch «Sätze» entscheiden zu wollen und legten ein umfangreiches Memorial über die Hauptsache ein. Weder in Altdorf noch in Schwyz ging man auf die streitige Formfrage ein, man

bat neuerdings die Parteien, sich darüber selber zu vergleichen und versprach auf Wunsch alsdann einen Tag anzusetzen.

Das Memorial Obwaldens war vom luzernischen Stadtschreiber Balthasar verfaßt, behandelt zunächst den pruntrutischen Spezialfall und dann die prinzipielle Frage und gipfelt in dem Satze: «Alß nun Nit dem Wald sieht, daß es nit weiters kommen mag, sagt es, daß ob dem Wald nur in etwelchen Sachen die zween Theil seye. Darüber antwortet ob dem Wald, daß es in allen Sachen, wo es mit nit dem Wald zue regieren hat, die zween Theil seye!» Die Begründung geht von der «Landesteilung» aus, für welche zwar keine Schriften gefunden würden, aber sie seien «in Possessione bona fide, diese sey ihr Brieff». Durch meist jüngere Beispiele wird die Vorzugstellung bewiesen, insbesondere wird auf das «Cysatische Protokoll», den Aktenfaszikel zum Streite von 1589 im Staatsarchiv Luzern und auf das Obwaldner Landbuch abgestellt und schließlich durch jenes Schreiben Nidwaldens vom 16. Februar 1660, worin die ungleiche Kehrordnung für die Gesandtschaft nach Pruntrut anerkannt scheint, dem Gegner ein Hauptschlag zu versetzen gesucht¹⁾.

Die Nidwaldner ließen nun durch Landschreiber Joh. Melchior Remigi Lussy eine umfangreiche Antwortschrift ausarbeiten, welche die verbindliche Autorität des Obwaldner Landbuches und besonders auch den Wert des Cysatischen Protokolls bestreitet, da «nach aller Welt Rechten nit uff die Öffnung oder Vortrag der Partheyen, nit uff das entseelte Protokollwesen, sonder den Enthalt der Urtheil selbsten, welche von eben selbigem Hrn. Cysat in ein öffentliches Instrument gefertigt worden, zue fundieren sey». «Das Schreiben vom 16. Februar 1660 seye unbedacht und in einer Übereylung geschehen. Wenn nidt dem Wald damahl es nit widersprochen, wäre ihnen entlich nur die vierte Rathstell geblieben. Wann auch ein Rath solches nachgeben hette, könne es dem gantzen Stand

¹⁾ St.-A. Obwalden und auszüglich bei Lussy, «Begriffliche Erzellung». Über das Schreiben von 1660 siehe oben S. 211.

nit praeiudicieren; solche Nachgebung hange vom hohen Gewalt einer gantzen Landtsgemeindt ab.» — Mit Geschick werden die zu gunsten Nidwaldens sprechenden Präzedenzfälle zusammengestellt und die Truppenstellungen Nidwaldens besonders im Rapperswiler Krieg, hervorgehoben. «Die unbegründet vorschützende Landtstheilung widerspricht nid dem Wald; man solle es durch authentische Schrifftten oder Instrument beweysen, dann der vorgewandte Possess (so ihr Brieff, wie sy sagen) ligt ihnen ob zue probieren, daß sye mit gerechtem und guotem Titul die zwey Theil seyen und zwaren durch Verkomnussen und glaubenswürdige Schrifftten. Wie sye aber diß niemal werden beweysen können, eben so wenig daß diser Posses rüehig, es seye in Fürsten- oder eydtgnossischen Sachen, also thuot diß vermeinte Fundament von selbst sinken» . . .¹⁾

Während dessen beschäftigten sich die Räte von Uri und Schwyz mehrfach mit der Angelegenheit. Die Mehrheit dieser Landesbehörden war durch den langen Widerstand Obwaldens gegen das Dreiländer-Forum, noch persönlicher aber durch das Mißtrauen, welches in der Forderung von «Sätzen», selbstbestimmter Schiedleute, zutage trat, völlig einseitig für Nidwalden eingenommen. So berichtet wenigstens der Urner Landschreiber Püntener an seinen obwaldnerischen Kollegen, und diese geheimen Berichte trugen sicher dazu bei, daß die Obwaldner an ihrem durch die Praxis begründeten Standpunkte festhielten. Am 6. Oktober sandte Nidwalden wieder eine Deputation nach Uri, um die Herausgabe des Urteils vom 14./16. Dezember 1690 zu erbitten. Der Urner Landrat sprach seine Geneigheit aus, mit dem Beifügen, «wan aber etwas in disem albereit gefertigten Instrument begriffen, daß den künfftigen Begebenheiten und Zeiten vernachtheiligen könnte (!), will man zwahr auch dabey gestatten, daß ein meerer Erläuterung zue künfftiger Nachricht mit den Gesanten beyder loblicher Ohrten Schweytz und Underwalden solle mögen gemacht, auch ein- und

¹⁾ «Suppellex contra facti wider unsere Landtleüt ob dem Khernwaldt» St.-A. Nidwalden Konzept und auszügl. bei Lussy I. c.

uffgericht werden.» Schwyz stimmte bei, gewährte aber Obwalden noch einen Fataftermin. Daraufhin übergaben am 28. Oktober — während sie gleichzeitig an Uri ein empfindliches Schreiben abgehen ließen — Landammann, Rat und eine ganze Landsgemeinde ob dem Wald ihre Sache völlig den Schwyzern, versprachen vor ihnen zu erscheinen «und mit Beystand des heiligen Geistes unser habendes, auch von eüwer unser l. alten Eydgenossen lieben Altfordern jeder Zeit wohl erkantes Recht, hoffentlich dermaßen grundlich zu erweisen, daß wir ja gar nit zweifeln, sonder das steife Vertrauwen zu Eüch tragen, Ihr als wahre ehrliche Eydtgnoßen das wenigste darvon aberkennen, sondern steiff und vest darbey zu manutenieren, zu schützen und schirmen bedacht seyn werdet.»

Am 27. November begann die zu Schwyz angesetzte Verhandlung, wo sich gleich anfangs die Parteien vor dem dortigen Landrat über die Form gütlich verglichen. Jede Partei bezeichnete sechs «Herren Sätz» aus dem Rate von Schwyz. «Was die Herren Sätz gütlich nit vergleichen können, sollend selbige rechtlich sprächen und was per maiora rechtlich gesprochen werde, sein Verbleiben haben und nit weiterß gezogen werden. Soltend die Herren Sätz verfallen, solle alßdan der gesessne Rat Obman und die Herren Sprücher aber des Raths nit enteußert seyn und waß der Obmann spricht, solle eß dabey verbleiben und nit weiterß gezogen werden.» Die Nidwaldner Deputation gelobte für den guten Ausgang der Sache eine Prozession nach Wolfenschießen zum Grabe ihres speziellen Landesvaters, des Altlandammann Bruder Konrad Scheuber, auf den man in diesem Falle wohl mehr Vertrauen setzte, als auf den gemeinsamen Landespatron Bruder Klaus, der ja bei Lebzeiten ein Obwaldner Magistrat gewesen. Am 4. Dezember erfolgte vor versammeltem Landrat das Urteil der Rechtsprecher:

I. Weil «von dem Ritt nacher Pruntraut kein Vertrag specialiter so wenig auch von dem Landbuech ob dem Waldt noch von dem Cisatischen Prothocoll zuo Lucern Meldung thuot, herentgegen der A° 1618 bey Eyden befilcht auf den 1548 und 1589er Vertrags

klarem Buchstaben von Wort zu Wort ohne fernere Auslegung zu gehen, so nicht weniger der fürstl. baslerisch Pundt A° 1579 auffgericht ganz beweglich weiset, das solcher um Erhaltung der wahren alein seeligmachenden cath. Religion mit den 7 cath. Orten absonderlich aufgerichtet und im 89isten noch in dem 18isten Vertrag aber keine Meldung beschehen ist, — also solle es und erstens bey den de Annis 1548, 1589, 1618 angezognen Verträgen sein unumgänglich Verbleiben haben, dahärodann und Kraft solcher und der obeingeführten und andern mehrfältigen Gründen, weilen dieser Ritt nit von gemeinen Eidtgnossen und Zugewanthen Orten, sonder von ihre fürstl. Gn. selbst, vermög dritten Articul des mer genanten Pundts mit den 7 cath. Orten, mehrtheils zu wahren Glaubens Defension angesehen, solle solcher Ritt beyden Theillen zu Unterwalden ob und nit dem Kernwald in gleicher Souverainetät zu gleichen Theillen zugehören, folgents fürbas alternative zu genießen seyn.

II. Ferners ist erkent, weilen die fürstl. bisch. geheime Rathsstelle bescheinter Maßen von ob dem Wald zweimahl und von nit dem Wald nur einmahl versechen und genossen worden, nicht weniger vermög eines A° 1660 von nit dem Wald an ihr Mitlandleute ob dem Wald datierten Schreibens klar nachgegeben worden, das also in Ansehung der von denen ob dem Wald sowohl vor als auch nach dem Schreiben genossener Possession, die ob dem Wald fürbas allwegen dise Ehrenrathsstelle 2 mahl und die nit dem Wald einmahl zu versechen haben, mithin aber ihre fürstl. Gnaden habende pundtmäßige Recht und Freiheit allwegen ietz und in das künftig vorbehalten sein solle.

III. Ist auch erkent in Gegenwart unser des Obmans, das in den Sachen und Puncten, welche krafft denen Verträgen de Annis 1548, 1589, 1618 denen ob dem Walddt nit nachgeben und vorbehalten worden, ein Stand Unterwalden nit dem Wald ein halbes Ort sein solle, als wie der Stand Ob dem Kernwalddt.

IV. Werden die Kosten « zu Vermydung meerern Ungelegenheiten und Ungemach und umb Pflanzung neuw landtbrüederlicher Vertrawligkeit » etc. kompensiert¹⁾).

Das Urteil erregte in Obwalden, wo man sich im Vertrauen getäuscht und verraten sah, größte Erbitterung. Privatim sprach man, daß der Handel damit keineswegs ausgemacht sei, daß er erst mit dem Degen ausgemacht würde. Offiziell verlangte man Erläuterungen des Textes.

Der Nidwaldner Landrat löste dagegen das Gelübde seiner Deputierten zum seligen Bruder Scheuber schon am 22. Dezember dankbar ein. « Alles war voller Freuden », schreibt der spätere Landammann und damalige Landschreiber Joh. Melchior Remigi Lussy, « da man mit so vielen Vorbehaltungen der Verträgen endlich auch für ein halbes Ort erkennt worden. Deßwegen befohlen wurde, unsern Eidtgnossen zue Schwytz ein Dankschreiben in bester Formb zue thuen, welches auch nur gar zue verbindlich und mit Überschwang beschechen, so man gewüß ersparet hette, wenn man den mehreren Erfolg hätte vorsehen können »²⁾. Die Freude der Nidwaldner wurde nämlich bald getrübt. Auf dringliche Vorstellungen Obwaldens ließen sich die Schiedrichter nachträglich herbei, die im dritten Satze klar ausgesprochene Erklärung Nidwaldens als Halbtteil zu verklausulieren durch den Beisatz: « Jedoch das beygesetzte Wort, daß Underwalden nit dem Kernwald ein halbes Ort, nit solle den Verstand noch Meinung haben, daß denen bisdahin rüehig und unbekümeret genossenen Rechten, Fryheiten, Gerechtigkeiten, alten Harkommen auch Sigill und Brieffen und Verträgen das Wörtlein ‚halbes Ort‘ beyden Ehren-Partheyen, dem Stand Ob- und Nit dem Kernwald im wenigsten etwas derogieren, noch benachtheiligen solle, sonder bei solchen jetzt und in das köffftig sein Verbleiben haben und darbey geschützt und geschirmbt verbleiben sollendt »³⁾.

¹⁾ Beilage XVI B. a.

²⁾ Lussy: Begriffliche Erzellung.

³⁾ Beilage XVI B. b.

Umsonst protestierte Nidwalden; Schwyz erklärte, es dabei für ein- und allemal bewenden zu lassen¹⁾. Landschreiber Lussy meint dazu, er dürfe «es zwar für kein positive Wahrheit setzen, doch hat es mir nit getraumbt, dz unsers Unglück in dißer Rechtfertigung vill dahäro rüehren solle, dz auß Hinläßigkeit unßerem bestellten Actuario uff Zeit und Tag ein vertröstete Honoranz oder Geld zue erlegen, selbiger auß Verdruß umbgesattlet und danne die Parthey deren ob dem Wald angenomben, verfochten und vorthailhafft außgefuehrt habe»²⁾.

Schon am 3. März 1692 fand der Wochenrat, daß diese «wider aller Welt Recht beigesetzte höchst nachtheilige Clausula und Erleutherung uns veranlassen möchte, das Instrument gentslich nicht anzunehmen. Die Deputierten zur nächsten katholischen Konferenz wurden angewiesen, mit den Gesandten von Schwyz nochmals ‚particulariter‘ zu reden und «dise Ungebühr für ihre Person, aber nüt in m. g. Hrn. Namen, höchstens zu resentieren»³⁾.

Den 17. März beauftragte der Rat Herrn Bannerher Lussy mit dem Landammann Reding zu korrespondieren, damit «uff dz wenigst die Wort ‚allt Härkommen‘ (welche ob dem Waldt uff ihr Landtbuoch ausdeüthen wollen) in dem Zuesatz eintweders gäntzlich außgelaßen oder deren nothwendige Erleütherung und Verstandt auch beygeruckht werde»⁴⁾.

Da diese Intervention scheiterte⁵⁾, beschloß der Landrat am 12. Mai, vorderhand weder nach Schwyz, noch nach Sarnen etwas zu schreiben, sondern «das Geschäft also ruohen zue lassen,

1) R. LL.-P. XIX 272, 280, 282. 291.

2) Lussy l. c.

3) R. LL.-P. XIX, 301.

4) L. c. 306.

5) Schreiben Landammann Redings vom 10. Mai 1692 über seine mißglückten Schritte beim Landrat von Schwyz. Er rät, daß Nidwalden von sich aus Obwalden über die Auffassung des Ausdruckes «Alt Härkommen» interpellieren solle. Im Falle ungünstiger Antwort könnte es dann beim Schiedort um eine autentische Interpretation einkommen. St.-A. Nidw. (Akten Landesstreit).

biß uff Vernemmen, ob Obwald dz Instrument ussnemmen werde oder nit? Wann aber Hr. Landtshaubtman Lussy den Hrn. Seckelmeister Im Feldt casualiter antreffen wurde, könne selbiger mit ihme reden, wie man etwan unter sich selbstn die Sach vergleichen möchte? »¹⁾

Damit war der langwierige Handel, der Nidwalden allein 6124 Gulden gekostet hatte²⁾, wieder an seinem Ausgangspunkt angelangt.

Obwalden hatte keine Ursache, mit der Anerkennung des Spruches voranzugehen und auch Nidwalden fand, daß das korrigierte Urteil in keinem Verhältnis stehe zu den 50 Dukaten, welche Schwyz für eine Pergamentausfertigung verlangte, um die Mühe der Schiedsrichter und der Kanzlei zu entschädigen³⁾. Besaß es doch eine besiegelte Mitteilung des Dispositives ohne die lästige Erläuterung. Die beiden großen Pergamenturkunden wurden nie eingelöst, sie liegen heute noch im Schwyzer Archiv und die Schwyzer hatten Gratisarbeit geleistet⁴⁾.

Als drei Jahre später die Bundeserneuerung mit dem Fürstbischof von Basel wieder auf den Traktanden der Tagsatzung stand, erhielt der Nidwaldner Landammann Lussy vom Rate von Nidwalden die Instruktion: «So unsere Landleuth ob dem Wald etwas moudern wurden, ob weren sye zwen Trittlet des Orts, solle unser Gesandter bestmögliche Defension erstatten »⁵⁾.

¹⁾ R. LL.-P. XIX, 322.

²⁾ Bünti spricht von über 9000 Gulden, es liegt aber im St.-A. Nidw. eine spezifizierte Rechnungszusammenstellung in obigem Betrage. Die Posten für die «Usgeschossne Herrn Sprücheren» sind freilich nicht ausgesetzt, ob dieselben doch nachträglich etwas erhalten, weiß ich nicht. Die Taggelder der Nidwaldner Abgeordneten, à 1 Dukaten, sind übrigens im Verhältnis zu heute, wo ein Nidwaldner Regierungsrat 2 Fr. Sitzungsgeld hat, auffallend anständig verrechnet.

³⁾ Chronik von Landammann Laurenz Bünti (Hist. Mus. Stans): «Daß Original uf Pergament hat man hernach nit mit NB. 50 Dugatten hervordlösen wollen, weilen man vernommen, solches sye etwas abgeendert ».

⁴⁾ Vgl. oben Anm. 2.

⁵⁾ Rat und Landleute, 3. Okt. 1695 (Ldsgm. u. L. R. Prot. IV 193).

1698 ahndet der Gesandte Nidwaldens, Landammann Franz Achermann, daß Obwalden sich auf der vom französischen Gesandten begehrten gemeineidgenössischen Tagsatzung durch eine doppelte Gesandtschaft vertreten ließ, da doch fremden Fürsten gegenüber beide Teile für ein halbes Ort gelten, und verwahrt die Rechte zu Protokoll. Obwalden aber erhebt gegen die Behauptung eine förmliche Protestation¹⁾. Auf einer Konferenz, die wegen innerer Geschäfte am 2. Januar 1699 in Sarnen stattfand, kam auch dieser Fall zur Sprache. Die Nidwaldner Gesandten erklärten, daß bei ihnen ein Landsgemeindeschluß aus finanziellen Gründen prinzipiell nur einfache Gesandtschaften zulasse; die Obwaldner versprachen, daß auch sie «jederzeit dahin trachten, den Cösten vorzubeugen und es bey der mindern Gesandtschaft bewenden zu lassen». Es könnten aber doch so wichtige Traktanden vorliegen, «daß es einem Gesandten schwär fallen wurde und man dahero zwei abzueschicken nothwendig funde, damit der Einte dem andern auch mit Hilff und Rath assistieren könne... Wollen hiemit die Händ einanderen nit so hart binden, je nach der Sachen Beschaffenheit zue thuen und zue lassen»²⁾.

Die Weigerung des savoyischen Gesandtschaftssekretärs, dem Stande Nidwalden die halbe Ortsportion der verfallenen Annaten anzuzahlen, bewog den Wochenrat von Nidwalden am 28. November 1703 den Landammann Achermann zu beauftragen, insgeheim sich bei den noch lebenden Spruchherren in Schwyz über ihre Auffassung des Urteils «in ein und andern Punkten, absonderlich über die savoische Puntgelder» zu erkundigen³⁾. Und am 17. Dezember gleichen Jahres beschloß der Landrat, «da

¹⁾ Räte und Landleute beschlossen am 22. Mai 1698 «damit diese doppelte Gesandtschaft uns keinen Nachtheil bringe», dem Gesandten zu schreiben, auch bei Obwalden zu reklamieren (Ldsgm. u. L. R. P. IV 252). Als auf der Tagsatzung zu Solothurn 26.—31. Mai gleichwohl zwei Obwaldner Gesandte erschienen, wurde die Protestation in der Sonderkonferenz der kath. Orte eröffnet und diskutiert. Absch. VI 2, 717.

²⁾ St.-A. Nidw. und Obwalden I. c.

³⁾ R. L. L. P. XXI 421. 428 b. 429 b. XXII 1 b.

Nidwalden in Ansehung, sowohl des A° 1652 zu Turin, als 1684 in der Stadt Luzern erneuerten Bundes mit dem Herzog von Savoyen als halber Ort anerkannt worden, auch das Recht erhielt, das Stipendium und die erledigte Guardistelle abwechselnd mit Obwalden zu besetzen etc., so hofft man bei diesem Rechte geschützt und beschirmt zu werden und gleich Obwalden als halber Ort zu gelten. Im widrigen Falle werde man eine Erläuterung über den Urteilsrezeß von Schwyz verlangen»¹⁾.

Die allgemeine konfessionell-politische Lage der Eidgenossenschaft drängte immer wieder auf eine endliche prinzipielle Regelung wenigstens der Militärverhältnisse. Im Mai 1708 auf einer Konferenz zu Ennetmoos, machte Nidwalden den Vorschlag, im Kriegsfall den Brünig und den Jochpaß gemeinsam nach dem alten Verhältnis zu besetzen und das Kommando auf dem Brünig den Obwaldnern, auf dem Joch den Nidwaldnern zuzuweisen²⁾. Es kam aber zu keinem Beschluß; erst zu Beginn des Toggenburger Krieges, am 16. April 1712, ward anläßlich einer fünförtischen Konferenz zu Brunnen diese Anregung zum Beschluß erhoben, später aber nicht eingehalten³⁾.

Obwalden, das 300 Mann auf den Brünig geschickt, begnügte sich mit dem ersten nidwaldnerischen Zuzug von 100 Mann und lehnte die Ergänzung des Kontingentes als unnötig ab. Dagegen verweigerte es später, mit Berufung auf seine Notlage, die verlangte Hülfe aufs Joch. Bei den äußern Aktionen hat sich Nidwalden im Toggenburger, wie schon im ersten Villmerger Krieg, weit über sein Verhältnis beteiligt und 876 Mann ins Feld gestellt, Obwalden nur 566 Mann.

Das Oberkommando des gemeinsamen Landeshauptmanns über Ob- und Nidwalden kam nur in der freiwilligen Aktion von Sins zum Ausdruck, bei Villmergen standen die Obwaldner unter

¹⁾ Ldsgm. u. L. R. P. V. 50.

²⁾ Konferenzabschied vom 18. Mai 1708 (St.-A. Nidw. Landesstreit),

³⁾ Lussy, Begriffliche Erzählung I. c. 37. Der Abschied (Absch. VI 2, 1648) hat nichts darüber.

eigener Führung, da der Landeshauptmann an der bei Sins erhaltenen Wunde darniederlag¹⁾).

* * *

In den Jahren 1700 und 1704 hatte Nidwalden jeweilen zur Beeidigung des Bannerherren eine Deputation nach Sarnen gesandt mit der Instruktion, «sich nit weiterß einzulassen, als was die alten Verträge in genere außweisen und so unser Land-leut ob dem Wald bei sogenant A° 1607 aufgerichteten Vertrag etwas behaupten oder verharren wollten, die gebührende Protestation einzulegen»²⁾).

Als 1727 wiederum eine Einladung zur Amtseinsetzung des neuen Bannerherrn Landammann Anton Franz Buocher eintraf, wurden einige Herren beauftragt, die vorhandenen Schriften und Beschlüsse bezüglich des Bannerherreneides zu durchsuchen. Und bei der Feier am 25. Mai auf dem Platze zu Sarnen erhob Landammann und Landshauptmann Achermann, Namens seiner Obrigkeit wieder kräftigen Protest gegen die Formel, die seit mehr als 100 Jahren von ihrer Seite bestritten sei. Obwalden legte am 4. Juni schriftlich Gegenprotest ein. Nidwalden antwortete. Allein wie immer, ergab der Meinungswechsel kein Resultat.³⁾

¹⁾ Lussy l. c., Bün ti Chronik l. c. und Akten in den St.-A. Obwalden und Nidwalden.

²⁾ R. u. L. L. P. XXI 109 (24. Mai 1700) und l. c. XXII 37 (völlig gleichlautender Beschluß vom 9. Juni 1704). Dazu Brief vom 4. Juni 1704 St.-A. Nidw., und St.-P. Obw. XX, 645, 648. Als bei der Zeremonie am 15. Juni 1704 der Obwaldner Bannerherr die protestierenden Gesandten um nähere Erläuterung bat, erwiderten sie: «dass sie hiehär khommen nichts neüwes einzuegehen und aber nichts alts zue brechen, sondern deme nach-zuekommen, was die Tractaten, Verträge und Conventiones vermögen und beyderseits liebe Altvordere hinderlaßen, in der Meinung, wan es darzue khomen sollte, daß sie mit Leib und Guet das Panner beschützen helffen wurden». St.-Prot. Obw. XX, 648.

³⁾ R. L. L. P. XXV, 390, 392, 394 und Ldsgm. u. L. R. P. VI, 259, St.-P. Obwalden XXII, 447 und 457 und die Akten «Landesstreit» der St.-A. Ob- und Nidwalden.

Vierundzwanzig Jahre später war die Bannerherrenstelle wieder erledigt und wie gewohnt luden die Obwaldner ihre Landleute in höflichster Form auf den 20. Oktober 1754 zur Beidigungsfeier ein. Die Regierung von Nidwalden sah — etwas unbegreiflicherweise — in diesem traditionellen Höflichkeitsakt eine Provokation, sie fand die Angelegenheit plötzlich für so wichtig, daß der Landrat beschloß, auf den 20. Oktober, auf den bestimmten Tag der Bannerfeier, eine Extralandsgemeinde nach Wil zu berufen. Und zwar wurden nicht nur die Ratsherren bei Eidespflicht, die Landleute durch besonderes Aufgebot zu fleißigem Erscheinen aufgefordert, es wurden ganz außergewöhnliche Anstalten getroffen, der Platz mit Seilen abgespannt und die Zugänge mit «braven, verständigen Männern» bewacht, damit «kein Weibsbild, noch Frömder, noch Landleuth, so ob dem Wald dienen oder droben wohnhaft sind», in den Ring kämen. Man begründete diesen Beschluß gegenüber Obwalden mit den früher «auf unsere willkürliche und landtbrüederliche Erscheinungen vilfältig erfolgten Odiositäten». Man scheint Furcht gehabt zu haben, daß Obwalden im Entsprechensfalle auch von dem eben erwähnten gemeinsamen Landshauptmann, Landammann Franz Alois Achermann den Eid fordern möchte, was zwar in dem Einladungsschreiben Obwaldens nicht direkt gesagt war¹⁾.

Die Landsgemeinde, die auf die Stimmung der Regierung völlig einging, erkannte aber zum voraus, daß man zu keiner Zeit zugeben könnte, daß der Landeshauptmann einen Eid schwöre, wie ihn Obwalden verlange. Ebenso müsse man gegen den Eid des Bannerherrn protestieren. Die Regierung möge sich an einem dritten (unparteiischen) Orte besprechen und eine Eidformel abfassen nach dem Projekte von 1616. Auf eine solche würde auch der Landeshauptmann den Eid in Obwalden leisten. Die Gemeinde konstatierte daraufhin feierlich, daß Nidwalden mit Leib und Gut zur Aufrechterhaltung seiner Freiheit und Ge-

¹⁾ Schreiben Obwaldens vom 12. Oktober 1754 (St.-A. Nidw.). Ratsbeschluß und Antwortschreiben vom 14. Oktober Ld. R. Prot. VIII, 113.

rechtigkeit bei fremden Fürsten und Herren, wie auch in gemeineidgenössischen Geschäften, Ortsstimmen und Appellations-sachen als halbes Ort, wegen Bellenz, Bollenz und Riviera aber als ganzes Ort einstehe und sich als solches gehalten wissen wolle. In den vier deutschen und den vier gemeinen ennetbürgischen Vogteien, wolle Nidwalden nach alter Übung gerne Obwalden zwei Dritteile und den Vorrang überlassen, es sei wegen Nutznießung oder Kosten und Schaden. Dem Landrate wird feste Durchführung dieser Grundsätze übertragen; nach Umständen solle der zwei- oder dreifache Landrat einberufen werden ¹⁾).

Obwalden war über die Maßregeln billich verwundert, es hatte die herkömmliche formelle Protestation erwartet, über die es wie früher weggegangen wäre. Die Bannerfeier verschob es nicht, sie fand zu gleicher Zeit, wo in Wil die Landsgemeinde tagte, ohne Assistenz der Nidwaldner statt und erst nach drei Monaten, am 14. Januar 1755, fand man Zeit zu einer Antwort und erklärte sich mit einer Konferenz einverstanden. Nidwalden setzte dieselbe, in Erinnerung, daß die letzte Konferenz in Alpnach gewesen, um ja in allem die Prætension der Gleichberechtigung zu wahren, nach Ennetmoos an. Sie fand am 14. Februar 1755 statt. Trotzdem dort die Vertreter Obwaldens versicherten, daß man den Ausdruck «allwegen» in der Eidesformel des Bannerherrn und Landeshauptmanns nie so ausgelegt, daß man Nidwalden in und außer Landes konsequent als einen Drittel ansehe — denn in einigen Sachen erkenne man es als ganzen souveränen Stand, in andern als Halbteil an — behauptete Nidwalden, der geforderte Eid vermische das «Politicum» mit dem «Militare» und trete seiner Freiheit und Souveränität zu nahe. Es bezweifelte — mit Unrecht — die Autenzität der Eidformel von 1607, bestritt — mit Recht — daß dieselbe damals vertraglich festgesetzt worden sei und berief sich auf das tatsächliche Verhältnis, daß Obwalden sich wohl nicht rühmen werde, immer imstande zu sein, noch ein-

¹⁾ Ldsgm. Prot. A 162.

mal so viel Mannschaft ins Feld zu stellen als Nidwalden. Letzteres habe in manchen Kriegen, z. B. 1712, mehr Truppen als Obwalden ins Feld gestellt und sei schon früher mit eigenem Banner ausgezogen, bis dermalen sei es nicht in Übung gewesen, daß es zu den zwei Kriegsräten Obwaldens den dritten stelle, überhaupt halte es sich gar nicht für verpflichtet, den dritten Mann unter Obwaldens Panner zu stellen. Es berief sich auf den Rezess des Schwyzer Spruches von 1691, wo Nidwalden als halbes Ort anerkannt worden. Es werde den Eid, der ihm zu nahe trete, nie schwören lassen und seine Souveränität mit Leib und Gut verteidigen.

Gleichzeitig protestierte es, gegen die Absicht die bevorstehende Bundeserneuerung mit Wallis zum zweiten Mal¹⁾ in Sarnen abhalten zu lassen und verlangte die Feier nach Stans. Die Obwaldner Deputation erklärte, über diesen Punkt nicht instruiert zu sein, beklagte sich jedoch, daß die Nidwaldner diesbezüglich schon auf dem Syndikat zu Frauenfeld intriguiert hätten²⁾.

Verbittert ging man auseinander. Der zweifache Landrat von Nidwalden aber faßte am 14. April den Beschluß, die ganze Angelegenheit der Landsgemeinde von Obwalden zu unterbreiten. Er hoffte vom Volke mehr Entgegenkommen, als von den gnädigen Herren³⁾. Doch man täuschte sich. Die Sarner Landsgemeinde vom 27. April billigte völlig den Standpunkt der Regierung und diese faßte hierauf den Beschluß, von den katholischen Mitständen, gestützt auf die zweimal gebührende Kehrordnung, den Walliser Bundesschwur nach Sarnen zu begehren⁴⁾.

¹⁾ Sie hatte 1601, das letzte Mal wo es den Turnus traf, in Sarnen stattgefunden. Schon 1740 hatte der Rat von Nidwalden sich für die Forderung der nächsten Bundesfeier ausgesprochen.

²⁾ Absch. VII, 2, S. 153 ff. aus dem Freiburger St.-A. Das Protokoll dieser Konferenz findet sich auch in den St.-Archiven von Ob- und Nidwalden.

³⁾ Landsgem., Protokoll A 164 ff.

⁴⁾ St. P. Obw. XXV, 195 (Landsgem. 27. April) und 197 (Rat bei der Treü 10. Mai).

Die Konferenz der katholischen Orte, welcher die Differenzen vorgelegt wurden, mahnte in herkömmlicher Weise zu gütlicher Vereinbarung und drohte die Bundesfeier, die sich nicht länger aufschieben lasse, an einen neutralen Ort zu verlegen¹⁾.

Bei Niederwerfung der Rebellion in Livinen im Mai 1755 kam der völlige Bruch mit der Tradition zum Ausdruck, indem beide Unterwalden gesondert mit je 400 Mann — Nidwalden unter der Landesfahne, Obwalden unter der Schützenfahne — den Urnern zu Hilfe zogen. Nidwalden hatte eine ganz neue Kriegsordnung gemacht. Weder sein Landeshauptmann ob und nid dem Wald, noch sein besonderer Landeshauptmann traten in Funktion, da man die vorsitzenden Herren, als im Rate notwendig, vom aktiven Kriegsdienst befreite. Der Kommandant und die Offiziere wurden von den Auszögern am Landsgemeindeplatz zu Wil in einer Kriegsgemeinde erwählt²⁾.

Die Verhandlungen, welche die Bundesgenossen den beiden Streitparteien auferlegt hatten, verschleppten sich³⁾. Erst im Oktober lud Obwalden zu einer Konferenz ein. Am 30. November fand sie in Sarnen statt und verlief natürlich resultatlos. Obwalden sah ein, daß weitere Konferenzen unter sich vergeblich seien und schlug eidgenössische Vermittlung vor. Nidwalden war einverstanden, wollte aber, wie 1691 sich auf den Standpunkt des Dreiländerbundes stellend, nur Schwyz und Uri als Mittler anerkennen. Obwalden verlangte, daß ihm die Freiheit gestattet werde, nach eigenem Gefallen Ehrensätze zu erkiesen, da es einem souveränen Stande allzu hart fallen würde, der Judikatur der beiden Mitstände Uri und Schwyz, gleichsam wie Untertanen

¹⁾ Absch. VII 2, 153.

²⁾ Ldsgm. Prot. A 170 und St. P. Obw. XXV, 197, 198, 199.

³⁾ Ich gestatte mir die Quellen dieses Handels, die sehr umfangreich sind, hier summarisch zu zitieren, da sie alle in den Staatsarchiven von Ob- und Nidwalden Akten Landesstreit und in R. L. L. P. XXX, Ld. R. P. VIII, Ldsgm.-P. Nidwalden A. und St. P. Obwalden XXV zu suchen sind. Das St.-A. Luzern enthält in den Akten Unterwaldens ebenfalls Material, meist Dubletten.

sich zu unterwerfen, und auf solche Weise der Hilfe der übrigen mitverbündeten Orte verlustig zu gehen. Wie der Bund der drei Orte auf mehr Orte sich ausgedehnt, sei die Judikatur auch auf die neu hinzugetretenen Orte übergegangen, das beweisen gerade mit Bezug auf Unterwalden Fälle von 1348 und 1397 in welchen Luzern¹⁾, Fälle von 1470 und 1589 in welchen auch noch neben Luzern, Zürich und Zug²⁾ als Vermittler herbeigezogen worden. Wäre der Bund der drei Orte ein von den andern Bünden getrennter, so müßte Uri im Vorjahre bei Anlaß des Livinerzuges sich des dreiörtischen Bundes allein bedient und ihn den übrigen Bünden vorgezogen haben. Obwalden meint, wenn sein souveräner Stand auf ein oder zwei Richter eingeschränkt würde, so sei seine Freiheit in höchster Gefahr und es genieße derselben weniger, als selbst die zugewandten Orte! — Einer Konferenz der sieben katholischen Orte, die extra zu diesem Zwecke vom 10. bis 20. Mai 1756 in Luzern tagte, wurde diese Frage über das Forum unterbreitet. Beide Teile aber waren mit beschränkten und unter sich unvereinbaren Instruktionen erschienen. Die Versammlung ersuchte am 13. Mai Landammann, Räte und die gesamte Landsgemeinde von Obwalden, sowie den kraft einer Landsgemeinde versammelten Landrat von Nidwalden, ihren Gesandten die unbeschränkte Vollmacht zu geben, sich mit der Konferenz ohne Vorbehalt der Ratifikation in einen gütlichen Kompromiß einzulassen und die Streitpunkte «in beschlossene Hände» zu übergeben. Die Gesandten Obwaldens erklärten daraufhin am 17. Mai, daß der Landrat Obwaldens, kraft der ihm am 11. Januar 1756 von einer Landsgemeinde erteilten Gewalt, damit einverstanden sei. Die Gesandtschaft Nidwaldens aber versicherte, auf ihrer Instruktion beharren zu müssen und den bundesmäßigen Richter kraft des Dreiländerbundes und des Abschiedes von 1691 anzurufen. Und im Verlaufe der Verhandlung verlangte sie zunächst bindende Antwort auf die zwei Fragen,

1) Vgl. Absch. I 26 u. 215 und oben S. 150 Anm. 2 und S. 136.

2) Vgl. **Beilage VIII** und **XII E**.

ob Obwalden in Beziehung auf das Militärische gelten lassen wolle, daß Nidwalden bei Verwahrung ihres Landes und in Zügen ein «Corpus separatum» bilde und ob es auch in künftigen Streitigkeiten den Bund der drei Orte als bundesgemäßen Richter anerkennen wolle. Auf die erste Frage mußten Obwaldens Gesandte erwidern, ein Vertrag untersage das klar, für die zweite erklärten sie sich in so bindender Form nicht instruiert.

Obwalden hatte eine weitläufige, 94 Folioseiten starke, von Landammann und Bannerherr Joh. Just Imfeld verfaßte Rechtschrift eingelegt¹⁾.

Nidwalden aber hatte auf den Tag hin persönlich Stimmung gemacht: der urschweizerische Lokalpatriotismus war dadurch so erweckt worden, daß Uri und Schwyz den Vorschlag gemacht hatten, den Rütlibund wieder, wie 1713, zu

¹⁾ Die Rechtschrift ist nicht wertlos und verfügt über viel mehr Quellenmaterial als die frühern, aber es war den Schiedsrichtern, wie dem spätern Geschichtschreiber viel zugemutet, sich in diese weitläufigen Darlegungen hineinzuarbeiten. Die kürzere Erwiderung der Nidwaldner ist offenbar von Statthalter Maurus Lussy verfaßt und beruft sich u. a. auch auf die edlere römische Abstammung der Nidwaldner. Der Obwaldner Regierung kam daraufhin von unerbetener Seite Hülfe. Der anonyme Schreiber des an den regierenden Landammann Marquard Anton Stockmann gerichteten Briefes weist nach: «Zu Stans seind sie (die Römer) gestanden, darum heist Stans, aber zu Sarnen sind sie gessen und sitzend verblieben, die Prob ist heitter und klar von R. P. Bennone Stantiensi Provinciale selbst in libello ab ipso edito post Beatificationem B. Nicolai de Rupe, der den Rammersberg nit laßet gelten, wie wir Obwaldener nennen, sondern ihne benambset und genuine behaubtet den Römersberg. Ecce so haben sie zuerst sich gesetzt und besetzt Obwalden, Sarnen, Römersberg, weilen die flüchende Römer die ersten dorten ihren Wohnsitz aufgeschlagen haben. Teste R. P. Bennone Stantiensi. Die erste Nuß dan ist getütscht . . . Die folgenden Punkte beschließt der Schreiber mit dem Satz: Auch dise Nuß hat ihr Theil bekommen, gibt aber kein Öhl für die Stanser. — Die Obwaldner kamen nicht mehr dazu, diese wissenschaftlichen Belehrungen eines «guten bestmeinenden Freundes» zu verwerten, in welchem nach der eigenhändigen Aufschrift des Empfängers «ex stilo ein R. P. Capuciner» vermutet ward.

erneuern. Nach Freiburg und Solothurn hatte es im geheimen Deputierte geschickt, um eine günstige Instruktion zu erwirken. Mit so viel Erfolg, daß die Gesandten Solothurns das Verlangen stellten, daß die bevorstehende Bundesbeschwörung mit Wallis zunächst behandelt werde und daß daraufhin Stans als Festort bestimmt wurde. In Beziehung auf den Streit zwischen Ob- und Nidwalden erklärten aber die Gesandten Freiburgs und Solothurns vorsichtig, daß sie nach Einsichtnahme der Parteiakten ebenso wohl den Bund der vier als der drei Orte zum Richter anweisen könnten. Luzern, dem Nidwalden den Beisitz der sechs anwesenden Ratsglieder bestritt und nur zwei davon anerkennen gewollt, trat energisch für den Standpunkt Obwaldens ein, daß es Richter aus gesamten katholischen Orten, oder aus gesamter Eidgenossenschaft erkiesen dürfe. Freiburg und Solothurn schlossen sich ihm auf seine Begründung hin für diesen Fall an; sie wollten aber dadurch weder dem Dreiländerbund noch den andern Bünden Eintrag getan wissen. Den beiden Parteien ward nun freigestellt, entweder ihren Streit der gegenwärtigen Session in «beschlossene Hände» zu übergeben oder von selbst beliebige Sätze aus den katholischen Orten zu ernennen, durch welche rechtlich abgesprochen würde. Die Gesandtschaft Nidwaldens aber blieb darauf, daß sie durch ihre Instruktion gebunden sei ¹⁾).

Auf der gemeineidgenössischen Tagsatzung zu Frauenfeld im Juli 1756 beschäftigte sich die Sonderkonferenz der katholischen Orte wieder einläßlich mit diesem Traktandum. Uri hatte sich inzwischen dem Vorschlage Luzerns angeschlossen, da es niemals seine Absicht gewesen sei, sich jemanden als Richter aufzudrängen und einen freien Stand in seinen Rechten zu schmälern. Nidwalden erklärte sich daraufhin schriftlich bereit, den Vorschlag gütlicher Mediation unter der Bedingung annehmen zu wollen, daß jede Partei drei kluge Eidgenossen wähle, um eine Pacifikation zu erzielen, doch so, daß dadurch der Freiheit und Unabhängigkeit ihres Standes nicht zu nahe getreten werde, den

¹⁾ Absch. VII 2, 161—165.

Bündnissen und Verträgen kein Abbruch geschehe und der Zusammentritt an einem Orte statfinde, von dem keiner der Mediatoren abhänge. — Die anwesende Gesandtschaft Obwaldens lehnte diesen Vorschlag ab, weil die grundsätzliche Frage, wer in solchen Fällen Richter sein solle, damit nicht entschieden werde, und beharrte auf willkürlich zu erkiesenden Sätzen ¹⁾.

Wieder verging ein Jahr. Auf der nächstjährigen Jahrrechnung, die Nidwalden beschicken durfte, gaben dessen Gesandte eine lange Darstellung ihres Standpunktes ans Protokoll der katholischen Sonderkonferenz. Wenn es trotzdem letztes Jahr eingelenkt, als die Miteidgenossen die Wahl von Vermittlern empfohlen habe, so sei das unter Vorbehalt der Bündnisse und Verträge geschehen. Da nun Obwalden diesen Vorschlag noch nicht angenommen, so erklärt die Gesandtschaft instruktionsgemäß, daß Nidwalden, wenn Obwalden auf den willkürlichen Sätzen beharren sollte, auf der Entscheidung nach dem Wortlaut des Dreiländerbundes und den Urteilen von 1691, welche nach dem Maßstabe dieses und der Verträge und der Kompromißsentenz zustande gekommen seien, bestehe. Während der Sitzung traf die Nachricht ein, daß Obwalden von seinem Standpunkt nicht abgehe. Nidwalden behielt sich daraufhin feierlich seine Rechte und Freiheiten vor. ²⁾.

Damit verschwand der mit so viel Eifer begonnene Streit wieder aus Abschied und Traktanden. Die Unzulänglichkeit des altschweizerischen Bundesstaatsrechts zeigte sich wieder einmal in hellster Beleuchtung. Die Miteidgenossen fühlten sich machtlos gegen die Kantonsouveränität.

Der Ausgang tat übrigens Nidwalden kaum leid. Es hatte in der aktuellen Frage über den Walliser Bundschwur seinen Willen durchgesetzt ³⁾ und damit einen neuen Präjudizfall für

¹⁾ Absch. l. c. 172/73. Das Schreiben Nidwaldens war vom dreifachen Landrat am 14. Juli 1756 abgefertigt.

²⁾ l. c. 191—193.

³⁾ Die Bundeserneuerung fand in Stans unter großer Feierlichkeit am 13. Sept. 1756 statt.

seine Ansprüche als Kantonshälfte gewonnen. Im übrigen durfte es sich auch von einem günstigen eidgenössischen Rechtsspruch weniger versprechen als von seiner fortgesetzten passiven Resistenz.

Als 1766 wieder eine Einladung von Obwalden zur Bannerübergabe an den neuen Bannerherrn Joh. Peter v. Flüe in Stans eintraf, ersuchte die Regierung Nidwaldens « gantz freümüttig und inständig zur Vermydung künfftiger Odiosität uns mit dergleichen Invitationen zu verschonen »¹⁾.

Die Landsgemeinde zu Wil am 24. April 1768 beschloß auch, die durch Resignation von Landammann Franz Aloys Achermann vakant gewordene Stelle eines Landshauptmanns von ob und nid dem Wald nicht mehr zu besetzen. Bei einem Auszug sollen die Auszüger den Landshauptmann wählen, « jedoch, das selber nit als Landshaubtman ob und nit dem Kernwald betitelt werden solle, sonder allein für nid dem Kernwald, in Ansehung man in dem Anno 1754, 55 und 56 gehaltenen Streit mit u. g. L. L. ob dem Kernwald dis Ambt aufgehoben, da man under ihr Panner nit mehr schwören wollen und in dem Kriegszug in Liffinen ein Corps separé gemacht »²⁾.

Als trotzdem 1783 zur Eidesleistung des Bannerherrn Nicodem v. Flüe eine Einladung erfolgte, schrieb Nidwalden: es habe gehofft, Obwalden werde die Invitation unterlassen, nun aber, um alle fernern Weitläufigkeiten zu vermeiden, erkläre es für ein- und allemal, daß man weder jetzt noch in Zukunft, laut schriftlicher Erklärung vom Jahre 1766, jemand zur Bannerübergabe abordnen werde³⁾.

So hatte Nidwalden faktisch in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts die volle Militärsouveränität, ohne Spruch und Vertrag errungen. — In der eidgenössischen Vertretung auf der Jahrrechnung, der offiziellsten der Tagsatzungen, und in der Land-

¹⁾ L. R.-P. IX, 96 (5. April 1766) Orig. Schreiben St.-A. Obw. l. c.

²⁾ Ldsgm.-P. A. 294 b.

³⁾ Wochenrats-P. XXXV, 198 b. (13. Okt. 1783).

vogteibesetzung behauptete Obwalden bis 1798 seine Zweidrittstellung.

* * *

Die erste helvetische Verfassung vom 12. April 1798 hatte freilich die Souveränität der Stände aufgehoben, aber dafür die Einheit Unterwaldens zustande gebracht, aus dessen zwei Bestandteilen einen Kanton geschaffen, mit dem Hauptort Stans. Bevor aber die neue Einrichtung ins Leben getreten, verschwand sie wieder. Unterwalden ging durch die Verfassung vom 2. Juli 1798 im Kanton Waldstätten auf. Damit kam die Zweiteilung wieder zur Geltung. Obwalden in seinen alten Grenzen bildete den Distrikt Sarnen. Das alte Nidwalden, mit Einschluß Engelbergs, den Distrikt Stans.

Die Mediationsverfassung verfügte die ehemalige Scheidung des Kantons Unterwalden in Ob- und Nidwalden und ließ Engelberg dem letztern einverleibt. «Beide Länder werden sich über die diesfallsigen weitem Verhältnisse verständigen und im Falle man nicht übereinkommen könnte, entscheidet die Bundesbehörde.» Der Vorrang Obwaldens in Bundesangelegenheiten war aber zum voraus abgewiesen, denn § 2 verfügte: «Abwechselnd ernennt jedes von ihnen (den beiden Teilen) den Abgesandten an die Tagsatzung».

Die Reaktion nach dem Sturze des Vermittlers, erweckte auch die Prä tensionen Obwaldens wieder und infolge der bornierten Haltung Nidwaldens, das aus dem eidgenössischen Bunde ausgeschlossen werden wollte und mußte, erlangte Obwalden, durch den Tagsatzungsbeschluß vom 17./18. Juli 1815 die momentane Anerkennung als ganzen Kanton unter dem Namen Unterwalden. Obwalden wollte später bei Wiederaufnahme Nidwaldens in den Bund auf diese Anerkennung nicht verzichten, es wollte, daß es ihm wenigstens überlassen werde, sich mit Unterwalden selber auseinanderzusetzen, und daß ihm allermindestens die ehemalige doppelte Repräsentation auf den Tagsatzungen zugesichert werde. Obwalden mußte sich jedoch mit der Erwerbung Engel-

bergs begnügen und seine repräsentativen Vorrechtsansprüche aufgeben. Am 8. August 1815 wurde Nidwalden als völlig gleichberechtigte Hälfte des dritten Urkantons anerkannt¹⁾. — Damit hatte der jahrhundertlange Emanzipationsprozeß endlich seine rechtliche Lösung gefunden.

* * *

Das Illustrationsmaterial zu diesem Kapitel bietet die Entwicklungsgeschichte des Unterwaldner Wappens²⁾. Wie die Banner und Siegel Obwaldens, vertrat ursprünglich der rot-weiße Obwaldner Schild nach außen den ganzen Kanton. Die Bestrebungen Nidwaldens, seinem altehrwürdigen Doppelschlüssel Gleichberechtigung zu verschaffen, gehen aber schon in den Anfang des XVI. Jahrhunderts zurück und wurden durch das aufkommende Kompositionsschema der vom Reichsadler überragten Doppelschilde begünstigt. Damals finden wir zuweilen auf Standesscheiben das Schlüsselwappen in Gleichberechtigung neben dem geteilten Schild gruppiert. Doch sind diese Beispiele nicht häufig. Bei offiziellen Anlässen behauptet sich der Obwaldner Schild noch das ganze XVI. Jahrhundert hindurch als Symbol des Gesamtortes, z. B. auf dem französischen Patentaler von 1547, auf den Miniaturen des Borromäischen Bundes 1586, in den Landvogteischlössern. Seit dem Spruche von 1589, der Nidwalden gegenüber dem Auslande teilweise Gleichberechtigung zuerkannte, kam dann allmählig ein neues Wappenbild für Gesamt-Unterwalden auf, das sich aus den Bestandteilen der beiden Teilwappen zusammensetzte und mit dem rot-weißen Felde Obwaldens den Doppelschlüssel Nidwaldens in gewechselten Farben verschmolz³⁾. Bis 1798 behielt

¹⁾ Vgl. im Jahrbuch XXVIII meine Arbeit über «Die Unruhen in Nidwalden nach dem Sturze der Mediationsverfassung und der Übergang Engelbergs an Obwalden», S. 107 und 237 ff.

²⁾ Vgl. über das Folgende meine Monographie über «Das Wappen von Unterwalden» im Schweiz. Archiv f. Heraldik XIX (1905).

³⁾ Obwalden schien in der Folge Miene zu machen, auf den Doppelschlüssel, das auszeichnende Abzeichen Nidwaldens, seinerseits Mitanspruch

dieser Typus allgemeine Geltung, überall wo es sich darum handelte, in einem Schild das ganze Land zu repräsentieren. Daß daneben aber der universelle Charakter des rot-weißen Wappens nicht in Vergessenheit geraten war, ergibt sich aus dem «Versuch einer Geschichte des Freystaats Unterwalden» von J. Businger und F. N. Zelger, wo 1789 «das Landeswappen des ganzen Freystaats» — freilich fehlerhaft — als ein «getheilter, oben (!) weiß und unten (!) rother Schild» beschrieben ist¹⁾.

zu erheben. Schon am 9. Juli 1646 wandte sich der Wochenrat von Nidwalden gegen eine diesbezügliche Behauptung des Obwaldner Seckelmeisters Bucher, «alß wan wir den zweyfachen Schlüssel füören, der fillichter ihnen gehören möchte». Im Jahre 1699 hatten die Weinzüger zu Luzern aus Versehen «die abführende und ob den Wald gehörige Weinfass mit einem zweyfachen, die nach nid dem Wald gehörigen aber mit einem einfachen Schlüssel anzeichnen und remarchieren» lassen, was Nidwalden auf der Konferenz vom 27. Januar 1699 zur Sprache brachte. Die Deputierten von Obwalden erklärten, daß sie daran unschuldig seien, behaupteten aber sie hätten ob dem Walddt Sigill und Brieff von ihro päbstl. Heiligkeit in A^o 1512 erhalten, daß sie ein zweyfachen Schlüssel führen mögen. Worüber die Nid dem Walddt repliciert, das sie das Recht hetten, lauth eines schon mehr als vor 1300 Jahren von ihr päbst. Heilk. erhaltenen Privilegij St. Petter mit einem zweyfachen Schlüssel führen zue mögen. — Auf welches deren von ob dem Walddt Brieff abgelesen und darüber weiters in aller Freündtlichkeit discuriert worden, worbey es ein jeder Theill bey seinen habenden Briefen bewenden lassen». Die Darstellung stellt die Wahrheit auf den Kopf. Obwalden besaß nie ein päpstliches Diplom, welches ihm den Doppelschlüssel verleiht, wohl aber durfte es nach dem Diplom Kardinal Schinners vom Jahre 1512 im Banner den h. Petrus mit zwei Schlüsseln in der Hand führen. Nidwalden hatte umgekehrt kein Privileg, welches ihm den h. Petrus mit den Schlüsseln verlieh, obwohl es denselben schon 1363 im Siegel führte, dagegen garantierte ihm, in Bestätigung eines angeblichen Privilegs seines Vorgängers Anastasius I., Julius II. den aufrechtstehenden Doppelschlüssel am 20. Dezember 1512. Entweder verstanden die Deputierten auf dieser Konferenz kein Latein oder dem Protokollisten sind die Tatsachen durcheinander gekommen.

¹⁾ Die komplizierte Heraldik des Unterwaldner Wappens war zu Ende des XVIII. und Anfang des XIX. Jahrh. überhaupt für unsere Staatsmänner

Als es sich im Jahre 1815 um die Anfertigung eines gemeineidgenössischen Siegels handelte, beschloß am 8. Juli der Rat von Obwalden auf der alten Wappenform «Weiß und Rot, ohne Schlüssel» zu bestehen. Und da Nidwalden am 17./18. Juli aus dem Bunde ausgeschlossen und Obwalden als Kanton Unterwalden anerkannt ward, brachte es seine Forderung durch. Nachdem aber Nidwalden wieder in den Kreis der Eidgenossen eingetreten, stellte es die bestimmte Forderung, auf dem Bundesiegel auch durch seinen Doppelschlüssel repräsentiert zu werden. Obwalden setzte jedoch der bisher gebräuchlichen schönen kombinierten Wappenform einen unglaublich heftigen Widerstand entgegen. Als sich die beiden Landesteile über ein einfaches Zeichen nicht einigen konnten, entwarfen ihnen die eidgenössischen Schiedsrichter, welche die verschiedenen Differenzen zwischen den feindlichen Brüdern entschieden, ein neues Wappen, das nicht in einer Verschmelzung, sondern in einer Nebeneinanderstellung der Teilwappen bestand ¹⁾ und zum Ausdruck der definitiven Gleichberechtigung der beiden Kantonshälften ward ²⁾.

verwirrend. Die aller Überlieferung Hohn sprechende Teilung von weiß-rot statt rot-weiß wird schon von Statthalter Maurus Lussy ca. 1761 und in den Eingaben Nidwaldens an Obwalden vom 11. September und an den Vorort vom 9. Oktober und 4. Dezember 1815 behauptet.

¹⁾ Vergleich, von der Tagsatzung am 12. August 1816 ratifiziert.

²⁾ Obwalden hat bei diesem Anlasse den einfachen Schlüssel des alten Siegels, den es schon seit dem XVII. Jahrhundert zuweilen als Wappenbild führte, definitiv in seinen Schild aufgenommen, damit es neben dem prunkvollen Doppelschlüssel auch «etwas Anstands bringe».

V.

Das gemeinsame Landrecht und die „alten Landleute“.

Der Zwang der Einheit nach Außen ließ auch die Fiktion einer innern Einheit fortbestehen. Es blieb wirklich praktisch kaum mehr als eine Fiktion, dieses gemeinsame Landrecht von Ob- und Nidwalden. Wohl können noch bis zum heutigen Tage die «alten Landleute» ein Doppelbürgerrecht beanspruchen, aber schon die Gesetze über Liegenschaftserwerb von 1363 und 1383 hatten die Territorien völlig gegen einander abgeschlossen¹⁾ und den Wohnsitz zur Grundlage des aktiven Bürgerrechts gemacht. Die Jurisdiktion war seit 1417 auch rechtlich völlig ausgeschieden²⁾. Gegen Ende des XV. Jahrhunderts fanden zwar noch vereinzelte gemeinsame Landsgemeinden auf der alten Dingstätte zu Wisserlen statt. Alle aber auf direkte Veranlassung der Miteidgenossen in außergewöhnlichen Fragen gemeinsamer Interessen oder der gemeinsamen Verantwortlichkeit gegen Außen. 1470 und 1473 oder 1474, als der Ehestreit der Margaretha Zelger den römischen Bann über ganz Unterwalden gebracht hatte³⁾. Am 20. September 1484 als die Unterwaldner im Möttelihandel durch einen heim-

¹⁾ Siehe oben S. 129 und 134.

²⁾ Vgl. oben S. 138.

³⁾ Über den langwierigen Ehestreit zwischen Margret Zelger und Ulrich Ammanns von Wolfenschießen vgl. Absch. II, Register. Die Akten der zweiten Wisserler Landsgemeinde sind nicht erhalten. Die Tatsache, die Beschlüsse und das ungefähre Datum, zwischen 10. November 1473 und 17. Mai 1474 ergeben sich aus dem in der gedruckten Samml. fehlenden Originalabschied des St.-A. Luzern vom 17. Mai 1474 und aus dem Urteil über Ammann Sulzmatter vom 8. Nov. 1474 (St.-A. Obwalden).

lich vorbereiteten Kriegszug gegen die Stadt Lindau den Frieden der Eidgenossenschaft zu gefährden drohten¹⁾.

Unter dem Eindruck des staatsgefährlichen eigenmächtigen Vorgehens einer vornehmen Nidwaldner Sippe, deren Familienbeziehungen über den Kernwald hinüberreichten und den Obwaldnerboden zum Operationsfeld für ihre daheim verbotenen Handlungen gemacht hatten, wurde auf der ersten dieser Gemeinden, am 14. Oktober 1470, ein gemeinsamer «Landrechtsbrief» aufgesetzt, dessen Zweck geradezu war, die Territorialgewalten zu befestigen. Ein Nidwaldner, der nach Obwalden, ein Obwaldner, der nach Nidwalden käme, sollte der dortigen Regierung ebenso gehorsam sein, wie der eigenen und dort nichts vornehmen dürfen, was ihm zu Hause verboten war. Jeder Teil sollte die gemeinsamen und des andern Teiles Interessen schirmen. Die eigenmächtige Anrufung fremder, geistlicher und weltlicher Gerichte um irgend welche Besitzstreitigkeiten, die Provozierung von Acht und Bann wurden jedem Privaten strengstens untersagt, nur in Ehe- und Wuchersachen nach dem kanonischen Recht die geistliche Instanz vorbehalten. — Jeder Landmann und jeder Hintersässe mußte das eidlich beschwören und wer den Schwur nicht hielt, sollte ehrlos und meineidig und der Obrigkeit, unter der er saß, mit Leib und Gut verfallen sein.

Diese Übereinkunft sollte dauern, bis eine ganze Gemeinde zu Wisserten es ändere, und der Eid sollte, damit er nicht in Vergessenheit gerate, je zu fünf Jahren «minder oder mer, wie des die gemeinden ob und nid dem Walde ze rate werden», erneuert werden²⁾.

Der theoretische Begriff des gemeinsamen Landrechts war mit diesem sogenannten Landrechtsbrief keineswegs umschrieben. Die Theorie setzte noch im XVI. Jahrhundert eine ideelle Ein-

1) Absch. III 191. Beschluß der Luzerner Tagsatzung vom 15. September 1484. Vgl. meine «Mötteli vom Rappenstein» Gfd. XLVIII, 165.

2) **Beilage VIII A.** Neben einer weitern Erläuterung über das Vorgehen in Eehändeln erließ diese Gemeinde ein gemeinsames Kleidermandat. Es ist dies das letzte gemeinsam erlassene Spezialgesetz. l. c. B.

heit voraus, die freilich mit der autonomen Entwicklung der beiden Teile in unlösbarem Widerspruch stand. — Das ungeschriebene Landrecht forderte die Übereinstimmung der Verfassungsgrundlagen in den beiden Teilrepubliken. Als im Jahre 1550 eine demokratische Opposition sich gegen die Nidwaldner Regierung erhob und gedroht wurde, man wolle einen Volksvertreter — eine Art Tribun — über den Landammann setzen, da erschien eine Regierungsdeputation von Obwalden mit ihrem «landt- und rechtbüch» an der Landsgemeinde und verhinderte durch den Hinweis auf das gemeinsame Recht die Neuerungen¹⁾.

Unbestritten kam in älterer Zeit dem andern Landesteil überhaupt ein subsidiäres Richteramt zu, in Streitigkeiten einer Regierung mit Gemeinden und selbst mit Privaten, sowie überhaupt in allen jenen Fällen, wo die Zusammensetzung der einheimischen Gerichtsinstanzen den Parteien nicht genügende Unparteilichkeit verbürgte. So entschied 1426 und 1479 das Obwaldner Fünfzehnergericht zwischen den Landleuten von Nidwalden und den Inhabern der Fischzüge im Buochser See und 1483, nachdem die Landleute diese Fischenzen an sich gebracht, wieder zwischen ihnen und den Gemeinden Buochs, Bürgen und Beggenried²⁾. Es schlichtete auch 1498 den Streit zwischen dem Land Nidwalden und den Ürtnern von Ennetmoos ob und nid dem Ried, um den Unterhalt der Landstraße³⁾. 1474 fällte es mit Zuzug eines außerordentlichen Nidwaldner Gerichtshofes die Urteile über die Hauptschuldigen des Zelger'schen Ehestreites⁴⁾. Landammann

¹⁾ Jahrbuch XXXII, 212—214. Vgl. unten **Beilage XII B.**

²⁾ Urk. vom 4. Okt. 1426, 11. Aug. 1479 und 21. Juni 1483 (St.-A. Nidw.). Vgl. m. «Fischereirechte in Nidwalden», Beitr. z. Gesch. Nidwaldens X, 72 ff.

³⁾ Urk. vom 2. April 1498 (St.-A. Nidw.).

⁴⁾ Urk. vom 8. Nov. (St.-A. Obwalden) und vom 11. Nov. 1474 (St.-A. Nidw.): «Wir der landtamman und die richter zû disser sach von einer Gemeind geschiben worden sind, mit namen vier und vierzig man ze Underwalden nit dem Wald und die fûmfzen das geswörn gericht ze Underwalden ob dem Wald» sitzen zu Gericht «ze Stans in Arnolt Winkelriets stuben».

und Rat Obwalden entschieden 1483 über die Ansprüche der Nidwaldner Regierung auf das Kollaturrecht der Amsteinpfründe in Stans¹⁾.

Landammann und Rat von Nidwalden handelten umgekehrt 1480 als Richter zwischen der Gemeinde Kerns und einigen Privaten von Sarnen um Alp- und Allmendnutzung²⁾ und 1489 legten sie die Streitsachen zwischen dem Rate von Obwalden und dem gemeinsamen auswärtigen Landmann Jakob Mötteli bei³⁾. — Auch in Grenzstreitigkeiten von Nidwaldnern mit Äußern, trat damals Obwalden als unparteiischer Richter auf, so 1484, 85 und 88 zwischen den Alpgenossen von Trübensee und Gerschni (Engelberg) und 1540 unter Zuzug eines Nidwaldner Schiedsrichters zwischen Trübensee und Engstlen⁴⁾.

Seit der Mitte des XVI. Jahrhunderts, dem Anfang des prinzipiellen Streites, werden die Beispiele dieser Gerichtsbarkeit seltener, 1550 brachte Nidwalden seine Klage gegen Klaus Bünter noch vor die Obwaldner Regierung⁵⁾. Obwalden aber weigerte sich im Handel des Landammann Heinzli entschieden, das unparteiische Recht von Nidwalden zu nehmen⁶⁾. In einem ähnlichen Verhältnis zum Altlandammann Ulrich Mettler, unterwarf sich umgekehrt Nidwalden noch 1606 dem Urteile des ordentlichen Fünf-

¹⁾ Urk. vom 2. Juni 1483 (St.-A. Nidwalden).

²⁾ Am 31. Juli 1480 bittet Hans Künegger, namens der Regierung von Obwalden und unterstützt von den Streitparteien um Übernahme der Jurisdiktion, weil «die sach so witt umb sich gryfft in der fründschaft (d. h. Verwandtschaft), dz sin herren nütt wol ein unbarthyg recht under inen gesecezen köndin» (Urk. St.-A. Nidw.). Am 19. September erfolgt der Spruch (Kirchenlade Kerns).

³⁾ Urk. St.-A. Nidwalden vom 27. Juli 1489, abgedr. bei Ming «der sel. Nikolaus v. Flüe» IV, 372/75. Vgl. meine «Mötteli», Gfd. XLVIII, S. 195.

⁴⁾ Urkunden in der Alplade Trübensee.

⁵⁾ Urk. vom 1. März 1550 (St.-A. Nidwalden).

⁶⁾ Siehe Jahrbuch XXXII, 265, 269, 270 ff. Wie für Heinzli trat Nidwalden 1571 auch am Rechtstag durch eine Deputation für Ritter Melchior v. Flüe ein. I. c. 281.

zehnergerichts von Obwalden¹⁾. Das letzte Mal scheint diese «landesbrüderliche» Jurisdiktion im Jahre 1685 von den Kernsern angerufen worden zu sein. Die Regierung von Obwalden verhinderte aber die Umgehung des heimischen Richters²⁾. Denn während der Prozesse um die staatsrechtliche Vorzugsstellung Obwaldens war man gegenseitig so kleinlich mißtrauisch gegen einander geworden, daß man in jedem Betonen solcher alter Gewohnheiten eine Gefahr für die eifersüchtig gehütete Autonomie sah und einen verhängnisvollen Präjudizfall fürchtete.

Bereits um die Mitte des XVI. Jahrhunderts hatten die Schritte, um die prinzipielle Basis des gemeinsamen Rechtes einzuschränken und das «Landrecht» im engeren Sinne, d. h. das übergreifende Kantonsbürgerrecht der beidseitigen Landleute abzuschließen begonnen.

Dieses Doppelbürgerrecht bestand bis in die Mitte des XVI. Jahrhunderts nicht nur für die autochthonen Geschlechter, die vor die «Landesteilung» zurückreichten, sondern auch die von einer Teilgemeinde angenommenen Landleute wurden im andern Teile anerkannt und genossen, falls sie dorthin zogen, da Landrecht.

Als die gesetzliche Regelung dieses Verhältnisses wurde früher immer der Vertrag zwischen den beiden Landesteilen vom 1. Mai 1467 angesehen. In Wirklichkeit hat dieses Aktenstück nicht die allgemeine Bedeutung, die man ihm beilegte, es regelt einzig das Verhältnis bezüglich der «äußern» Landleute, «die nit under uns sitzend und in unserm land nit húsheblich sin wöllent». Darunter sind jene fremden politischen Querulanten zu verstehen,

¹⁾ Urteil vom 20. Juni 1606 (Urk. St.-A. Nidwalden).

²⁾ 1685, 29. März stellte eine Abordnung von Kerns vor dem Nidwaldner Wochenrate das Gesuch um «gueth unpartiisch Gricht und Recht». Es handelte sich um einen Streit mit der Magistratenfamilie Imfeld wegen des Großächerliwaldes. Der Wochenrat setzte, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Obwaldnerregierung einen Rechtstag an (R. L. L. P. XVIII, 203). Diese stellte wegen Abwesenheit des beteiligten Statthalters Imfeld die angesetzte «Rechtsübung» zurück und es gelang ihr inzwischen die Parteien selber zu vereinbaren. St.-P. Obw. XIX, 187, 220 ff.

die damals mit Vorliebe in den demokratischen Kantonen für schweres Geld sich als Ausbürger einkauften, um so die kriegerische Hülfe der Eidgenossenschaft zur Geltendmachung ihrer Ansprüche im Auslande zu gewinnen. Zwei Jahre früher war Rudolf Mötteli auf Altregensberg um einen Udel von 60 Goldgulden zum Landmann angenommen worden¹⁾. 1466 war der sich fälschlich als Junker ausgebende Leineweber Kaspar Koller von Brixen, ein politischer Hochstapler schlimmster Sorte, in Obwalden Landmann geworden²⁾. Mit diesen beiden Aufnahmen steht jener Vertrag von 1467 in direktem Zusammenhang. Er bestimmt, daß solche in einem Kantonsteil aufgenommene Ausburger «landlút heisen und sin sollen oben und niden, als ander landlút» und daß die Udelsumme, sofern sie 5 *fl* übersteige, unter die beiden Gemeinden nach dem staatsrechtlichen Verhältnis von einem und zwei Dritteln geteilt werden solle³⁾.

Der Brief beweist geradezu, daß damals die Teilung der Udelsumme bei Aufnahme eingesessener Landleute nicht üblich war. Später aber legte zunächst Obwalden das Verkommenis auch für diesen Fall aus. Nidwalden nahm sehr viel Neubürger an und die Kontrolle ließ offenbar zu wünschen übrig. Obwalden selber hatte 1549 sein Verzeichnis verloren, und der Rat beschloß «der nüwen lantlüttenbüch wil man lügen, ob mans funde, wo des nit, wil man ein anders machen»⁴⁾. Diese Unordnung und die Mißstände, die sich daraus ergaben, daß ein Teil dem andern Bürger aufzwingen konnte, die jener vielleicht vorher abgewiesen hatte, scheinen frühe Widerständen gerufen zu haben, so daß es üblich wurde, beiderorts ums Landrecht zu bitten. Schon 1558, anläßlich der Verhandlungen über die Gesandtschaftsordnung

¹⁾ Urk. vom 1. September 1465. Siehe meine «Mötteli», Geschfd. LXVIII, S. 122, XLIX, Beilage I.

²⁾ Liebenau, «Kaspar Kollers Streithandel mit Herzog Sigmund von Österreich», Kath. Schweizerbl. N. F. I und II. Im September 1466 heißt Koller zuerst Landmann zu Underwalden (l. c. II 65).

³⁾ **Beilage VII.**

⁴⁾ St.-P. Obwalden I, 80.

wurde das Verhältnis der neuen Landleute angezogen¹⁾. Am 23. April 1559 machte die Obwaldner Landsgemeinde den Vorschlag «des lantträchten halb, das unser lantlütt und wir glich heigentt» durch je zwei Abgeordnete zu «artickellieren, wie man gägen einander halten welle»²⁾. Das Resultat dieses Versuches liegt offenbar in dem Artikel des Obwaldner Landbuches vor, wornach alle die «fürhin zû lantlütten angenommen werden, es sige, das es inen geschenkt oder erkoufft, die selbigen söllend allein in dem teil, da sy angenommen, lantlüt sin und so der selbigen einer uss dem teil in den andern zuge mit für und liecht sol er daselbst nit ein lantman sin, sy haben inne dan gern dafür oder er erkouffe das wie brüchlich an jedem ort.» Die «erbornen» Landleute dagegen sollen wie herkömmlich, wenn sie aus einem Teil in den andern ziehen und mit Feuer und Licht sesshaft werden, «als lantkind» geachtet und zur Austeilung der Pensionengelder zugelassen werden³⁾.

¹⁾ Vgl. oben S. 173. Darauf bezieht sich wahrsch. St.-P. Obw. II, 252: 11. Nov. 1558. Von wägen des schribens, so unser lieb landtlütt ann unns gethan ist berathschlagt, das man sölle sûchen, was die altten vertrag sigentt.

²⁾ «Und sol der landaman an ir landsgmeind und das anzeigen.» St.-P. Obw. II, 291.

Gleichzeitig beschloß die Landsgemeinde «der lantlütten halb zû nendt, ist abgeratten, das man wil lassen (darum) bitten und den sechs jar abgestellt han und kein me lan bitten».

³⁾ **Beilage X B.** Das älteste Obwaldner Landbuch, herausgegeben von Dr. H. Christ und J. Schnell, Zeitschrift f. schw. Recht, VIII (1850) S. 93. Die Herausgeber haben den Inhalt mißverstanden und in der Überschrift und in der Übersicht den Artikel mit «Anspruch an Teilsamen-Einkünften» glossiert! — Es heißt ausdrücklich «semlichs alles uffgesetzt und gemacht im jar, als man zalt nach der heylsamen gepurt Chryste thusent fünfhundert fünfzig und acht jare», aber das Datum bezieht sich anscheinend auf die frühere Phase der Unterhandlungen, **Beilage X A.** unten, dessen letzter Absatz lautet: «Andenck der koufften landtlütten, so sy an einem ort dz lantrecht koufft old inen geschênckt, ob sy am andren teill landlütt sygen old nitt».

Diese Übereinkunft blieb aber Entwurf und wurde von den Landsgemeinden nicht ratifiziert¹⁾. Eine Konferenz vom 23. März 1571 behandelte die Frage von neuem, kam aber, weil die Gesandten ohne Instruktion waren, zu keinem Ergebnis²⁾. Die beiden ordentlichen Aprilgemeinden beschlossen darauf «der nūw erkoufften Landlütten halb» eine Vereinbarung anzubahnen, die den nächstjährigen Landsgemeinden vorgelegt werden solle³⁾. Es kam wieder zu keinem Resultat.

1) Der Eintrag ins Obwaldner Landbuch ist erst von Landschreiber Heinrich zum Wyssenbach (1571—1577) wohl anlässlich der neuen Verhandlungen von 1571 gemacht worden. Daß aber hierfür die Aufnahme in einen Teil vom andern nicht schlechterdings anerkannt wurde, zeigt das Ldsgm. und L. R. P. Nidwalden I 41. Ldsgemeinde Sonntag Cantate 1564: Diwil unser g. L. L. Toni Wëberen, dz er den Wolff erschossen dz landrëcht geschënkt und Thöni sich erbotten, was güttils er noch in Wallis heige, welle er har zien und dz an sinem tod, so er sovill vernünfftig blibe by uns vergaben, dz es nit hinweg sölle zogen werden, so hett man in by minen Herren ouch zum Landtmann angnon und im dz geschënkt. — Über dessen Aufnahme in Obwalden, wo er Anton z'Rüti heißt, vgl. Kuchler Anz. f. schw. Gesch. VI, 186.

2) Beilage XI.

3) Obwaldner Landsgemeinde vom 23. April 1571: der kouff(t)en Landlütten, so unser Landtlütt und wyer begärtt, harin ein Erlütterung zu spüren, harin ist verratschlagtt, daß man mid inen arthik(le) und daß an ein Gmeindt bringen (St.-P. II, 917). — Nidwaldner Landsgemeinde vom 29. April 1571: Die Ordnung und Arthickel so unserer Landtlüten ob dem Waldt und unsere Gsanten gstellt uff Frytag vor Lettare in disem Jar (vgl. Beil. XI) hed ein gantze Gmeindt aller Dingen angenommen und wil inen darby gfallen, so wier old die unsern in unser Landtlütten ob dem Waldt Gricht und Gepiätt ligende Gütter hand, old das unser Landtlütt die in unserm Gricht handt, eß sye glich Alpen old anderß und das Fe, so in sälbigen Gütern sönd gan, sinen Nachpuren Schaden thüt, so sölle man schuldig sin darum, so sich Spän zütrügen, einandern Antwort zü gän in dem Gricht, darin die Gütter, daruß der Schaden geschëchen, gelegen sindt, doch um den Arthickel und der nūwen koufften Landtlütten halb, söllen sich unsere Gsanten mit den Gsanten von unsern Landtlütten uff Hindersichpringen und Gfallen einer Gmeindt uff ein bestimpten Tag versüchen zü verglichen. Ldsgm. und L. R.-P. I, 112.

Anlässlich der Vermittlungskonferenz vom 9. August 1589 brachte Obwalden auch die Klage vor, seine Gegenpartei nehme so viele Landleute an und halte sich dabei nicht an die rechte Ordnung, denn es stelle ihnen, wider die alten Bräuche, ihren Anteil am Luder nicht zu. Die Nidwaldner bestritten, daß je ein Teil dem andern vom Udelgeld eingeseßner Landleute gegeben hätte, nur dasjenige von Ausbürgern hätte man geteilt. Sie brachten die Ratifizierung des Entwurfes von 1558/9 in Vorschlag. Obwalden aber sah voraus, daß dies eine Ursache späterer Unruhe und Zwietracht geben würde: «dan welcher kan in künfftigen die erkouffte und die nitt erkouffte Landtlütt zwyschendt einanderen erkiesen?» Es stützte sich auf das falsch ausgelegte «Verkommnis» (von 1467) und versprach an Nidwalden bei Landleutenaufnahmen «den gebürenden Theyl zu geben; söliches sy gegen uns glichfaß halten söllendt»¹⁾. Die eidgenössischen Schiedsrichter untersuchten den Vertragsentwurf von 1558/9, «der doch von den gmeinden nit bestät», fanden das sei ein «ußgmachter Handel» und bestimmten im Spruchbrief vom 9. August 1589: «belangendt die ordnung mit annemmung der landtlütten, da die Partyen selbst anzeigt und anredt, das vor etwas jaren ein Vertrag und Verglychung zwüschen inen beschechen, lassen wier es darby ouch blyben und im fall, das selbig vor iren Ehrenlandtsgmeinden noch nitt bestett oder sunsten darinnen noch etwas zu verbessern wäre, mögendt sy das noch thûn, sunst so söllendt die so angenommen werden, in die bücher an beyden Ortten ordentlich und flissig ingeschriben werden und iede Obrigkeit, was sy annimbt, der andern angendts zû wüssen thûn»²⁾. 1590 war die Sache noch nicht bereinigt. Der Nidwaldner Georgenlandrat erkannte: «Landtlüt anzûnemen ist hürigs jars ingestellt, diewyll man deßwegen mit u. l. landtlüten noch nit vereindt und verthragen»³⁾. Erst 1593 wurde der eid-

1) Beil. XII B und D.

2) Beil. XII E.

3) Ldsgm. und L. R.-P. I, 249.

genössische Schiedsspruch von den beiden Landesteilen ratifiziert¹⁾ und damit wurde der Vortrag von 1559 — wie es scheint, ohne Abänderung — zu Recht erkannt, denn von nun an existieren unbestritten die beiden Kategorien der «alten Landleute» mit Doppelbürgerrecht und der «neuen Landleute» mit einfachem Bürgerrecht neben einander²⁾. Freilich eine ordentliche Regelung fand die Angelegenheit nicht. Erst beim Ausbruch des Bannerherrenstreites 1613, stellte Obwalden das Ansuchen um Auswechslung der Register der neuangenommenen Landleute³⁾. Zwei Jahre später sandte es seine Liste an Nidwalden, mußte aber vergeblich auf die Mitteilung der Nidwaldner Liste warten⁴⁾. Mehr als hundert Jahre lang. Während der erbitterten Streitigkeiten um Rang und eidgenössische Vertretung wurde der Charakter der alten Landleutengeschlechter nie in Frage gezogen. Erst 1725, als die beiden Obrigkeiten über die Unterstützungspflicht einer kranken «alten Landmännin», die aus Nidwalden stammte, aber sich zeitlebens ob dem Wald aufgehalten hatte, in Streit kamen, machte Nidwalden den Vorschlag einer genauen Feststellung der alten Landleute⁵⁾.

1739 verlangte Obwalden plötzlich von allen in seinem Gebiete wohnenden Nidwaldern ein Zeugnis ihrer Heimatsbehörde, ob sie alte Landleute seien. Nidwalden hielt sofort Gegenrecht und ging dabei so drakonisch vor, daß es uralt eingesessene Obwaldner bis zum Eintreffen des Beweises in ihren Gewerben einstellte⁶⁾. Das führte wieder zu einer Konferenz der beiden Obrigkeiten in Alpnachstad am 21 Januar 1740⁷⁾. Man einigte sich

1) Siehe oben S. 187.

2) Korrespondenzen von 1613 und 1615, St.-A. Nidw., Denkschriften Obwaldens von 1616 und 1691.

3) Missiv vom 12. Nov. 1613 (St.-A. Nidw., Akten Landesstreit).

4) Missiv vom 30. Nov. 1615, l. c.

5) R. L. L.-P. XXV, 206 b u. 211 b. Wochenrat vom 13. u. 27. Aug. 1725.

6) Akten St.-A. Nidw. l. c. und S. 256 Anm. 1.

7) St.-A. Nidw. u. Obw. (Landesstreit) und Nidwaldner Landleutenbuch, 1740. Adgedr. im Original-Abschied der eidg. Tagsatzung 1819 (II. Auflage 1854), Beil. S. 96 und unten **Beil. XVII.**

dahin, in Zweifelsfällen bona fide den «alten Landleuten» - Charakter der alten Familien voraussetzen zu wollen¹⁾, konnte aber

¹⁾ Da eine Heirat im Ausland für die Nachkommen das Landrecht verwirkte, da überhaupt im Ausland erfolgte Geburten der Anzeige bedurften, finden wir unter den Aufnahmen der Landsgemeinden nicht selten autochthone Namen. Man darf solche Fälle vernünftigerweise als Erneuerungen, nicht als Neuaufnahmen betrachten. Aber sie gaben 1739 und später Anlaß zu vielen Chicanen. So erschienen im Obwaldner St.-P. unter den aufgenommenen Landleuten 1567 Kaspar und Jakob von Deschwanden, 1574 Nikolaus von Deschwanden. An dem autochthonen Ursprung des Geschlechtes, das von dem Gute Deschwanden in Kerns seinen Namen empfieng und schon im XIII. Jahrhundert bezeugt ist, konnte kein Zweifel sein. Die Obwaldner Regierung hatte auch schon am 23. November 1715 der in Nidwalden seit längerer Zeit niedergelassenen Linie einen Attest ausgestellt «daß ihre Vorfahren jeweilige Landleute und des Landrechtes fähig gewesen» und unterm 9. Mai 1739 neuerdings bezeugt, daß das Geschlecht von Deschwanden von den «ältisten zu Kernß seyn solle». Kurz darnach aber berichtete Landschreiber Achermann dem Rate «daß der Herr Landschreiber Peter Anton Wirz zu Sarnen geredt, er habe dem Hans Melcher Deschwander eine Attestation gegeben, daß er ein alter Landman sey, nun aber habe sich befunden, daß er es nicht sey». Der Rat beschloß, dem Deschwanden diese Attestation abzufordern und stellte ihn vorderhand in seinem Krämergewerbe ein, was umso weniger gerechtfertigt war, als seinem Ahnen durch Gerichtsurteil 1691 das Dorfrecht von Stans zuerkannt worden war, was man freilich damals nicht mehr wußte. Auf Bitte des so in die Klasse der Hintersaßen versetzten, intervenierte die Obwaldner Regierung, indem sie zwar die Aufnahmen von 1567 und 1574 bestätigte, aber nachwies, daß schon 1505 und 1507 Deschwanden in Kerns vorkamen, «ob bemelter Hans Melcker von ersteren oder aber von lesteren descendiere man zwahr nit gründlichen weiß, jedannoch er per traditionem für ein von gahr alt anhäro kommener Familie abflüessenden Landtmann gehalten würde.» Daher bittet man, «ihme die bis dahin gestattete Recht fernershin angedeihen zu lassen», unter Versicherung der «Reciprocation». Die Nidwaldner Behörde öffnete daraufhin dem Deschwanden wieder die Gewerbefreiheit. Die Konferenz vom 21. Januar 1740 bestimmte «weilen man auch gewahret das einige zu Landtleüthen angenommen worden, welche gleich alt eingesessene Familien in dem Geschlecht ein gleichen Namen haben und aber wegen Länge der Zeit und villen Generationen nit wohl möglich zu wüssen wer von alt eingesessenen oder neü erkaufte abstammen thue, hätte man vermeint, wenn man in dergleichen

über einen Hauptpunkt, das Normaljahr, nicht eins werden. Diese Differenz wirft ein merkwürdiges Licht auf die Ehrlichkeit der beiden Kontrahenten, die beide — das geht aus ihrer übrigen Aktenkenntnis hervor — unzweifelhaft die Wahrheit erkennen konnten. Über das Normaljahr konnte gar kein Zweifel walten. Der eidgenössische Schiedspruch vom 9. August 1589 hatte in unzweideutiger Form — freilich ohne das Datum zu nennen — den Vertragsentwurf von 1558/59 zu Recht erkannt. Somit war 1559 das Normaljahr, höchstens hätte man dasselbe auf 1589 vorrücken können. Beides aber gefiel den Parteien nicht. In dem Streite von 1689/91 hatte Nidwalden stets die Autenzität des Obwaldner Landbuches, in dem dieser Vertrag überliefert war, bestritten¹⁾ und Obwalden machte nun selber von diesem Umstande Gebrauch und schlug gestützt auf die Unterhandlungen von 1571 das Jahr 1570 als Normaljahr vor. Der Grund wurde von den Nidwaldnern bei Einreichung der Obwaldner Protokollauszüge sofort erkannt.

Fählen kein eigentliche Gewißheit haben kann, ob derley Geschlechter von alten oder neüwen Landleüthen abhängen, daß solche Geschlechter, damit in zweifelhaften Sachen niemand Unrecht geschehen möchte, bona fide für alte Landleüth sollten gehalten und an beyden Orthen geduldet werden.» Landammann und Rat von Nidwalden stimmten unterm 19. Dezember 1740 diesem Grundsatz ausdrücklich bei. Als aber 1786 die Fragen über das Normaljahr wieder aufgetaucht waren, ließ Nikolaus von Deschwanden dem Georgen-Landrat vortragen «wie er mit höchstem Bedauern wahrgenommen, daß aus Anlaß der bevorstehenden Geschlechterteilung, wan man das Jahr 1563 vestsetzen würde . . . er des hiesigen Landrechts unfähig und in die Klasse der Beysässen gehörte, weil erst 1567 ein Caspar und Jacob v. D. und wiederum 1574 ein Nikolaus v. D. in Obwalden als Landleüt angenommen worden.» Er deponierte die frühern Atteste und wies später noch ein Zeugnis des Pfarrers von Kerns vor, wonach in der Gräberordnung auf dem Friedhofe zu Kerns das Geschlecht der Deschwanden in eine ältere und jüngere Linie auseinander gehalten werde und der Stamm des Petenten stets zur ältern gehörte. Auf dieses hin wurde ihm vom Rate «das gebührende Recht und ungehinderte Ausübung ländlicher Freiheit für alle Zeiten in Nidwalden zugesprochen».l.c.

¹⁾ Vgl. oben S. 223 und 228.

Es handelte sich darum, die damals herrschende Magistratenfamilie Stockmann, die erst 1568 das Landrecht in Obwalden erworben hatte, in die Kategorie der alten Landleute zu bringen¹⁾. Die Nidwaldner wollten nun, um den Gegner zu ärgern, gerade das verhindern²⁾ und da es ihnen nicht anstand, das früher bestrittene Obwaldner Landbuch anzurufen, so beriefen sie sich auf das Schreiben Obwaldens vom 12. November 1613, worin um Mitteilung der Landleutenliste «seit 1563» gebeten worden³⁾ und versteiften sich auf das Terminjahr 1563. Darin wollte Obwalden damals unter keinen Umständen nachgeben⁴⁾. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen auf einer Konferenz zu Ennetmoos am 22. November 1786 führte ebenfalls zu keinem Resultate⁵⁾. Die Landsgemeinde Nidwaldens vom 29. April 1787 beschloß strikte am Jahre 1563 festzuhalten⁶⁾. So ist bis zu heutigem Tage das Normaljahr unbestimmt geblieben.

¹⁾ Vgl. Kuchler, Verz. derjenigen, welche von 1550 bis 1830 in das Landrecht von Obwalden aufgenommen wurden. Anz. f. schw. Gesch. VI, 187.

²⁾ «M. L. L. ob dem Kernwald haben zu hochster Verwunderung bis dato kein Antwort über unser sub 19 Xber 1740 gemachtes und ihnen durch ein Schreiben partizipiertes Schreiben an uns abgegeben, vermuthlichen wird das doch mit so guten Rechtgründen fixierte Jahr de 1563 dem Geschlecht der Herren Stockman nit gefallen haben, welches erst 1567 (recte 1568) ob dem Wald das Landrecht erhalten, folgsam in hier das Landrecht nit hat. Diese unsere Resolution aber kan nit gestürzt werden.» (Landleutenbuch von 1740 im St.-A. Nidwaldeu, S. 2, Eintrag von Landschreiber Felix Leontins Kayser.)

³⁾ Vgl. oben S. 255. Als weiterer Grund gegen das Begehren Obwaldens wurde der oben S. 253 Anm. 1 erwähnte Fall von 1564 angeführt. (Daß solche Bestätigungen schon vor 1559 gebräuchlich waren, zeigt der damalige Vertragsentwurf.)

⁴⁾ Korrespondenzen St.-A. Ob und Nidwalden und Nidwaldner Landleutenbuch l. c.

⁵⁾ St.-A. Ob- und Nidwalden l. c. und Absch. v. 1819, Beil. S. 99.

⁶⁾ Landsgemeinde 29. April 1787: Solchem nach ist in Bezug auf die Jahresbestimmung, welche als alte Landleute folglich zu Ob- und Unter dem Kernwald als Landleute gehalten werden sollen, die Frage

Die Differenz kommt übrigens nur für neunzehn lebende Geschlechter in Betracht ¹⁾. Die Gesamtzahl der anerkannten «alten Landleutengeschlechter» beträgt heute noch 153 von insgesamt 231 kantonsbürgerlichen Geschlechtern beider Halbkantone ²⁾.

Die Vorrechte der «alten Landleute» waren in alter Zeit wichtig genug, um sich dafür zu wehren. Während die neuen Landleute des einen Teiles aller politischen Rechte im andern entbehrten, wie andere Hintersassen nur auf Wohlverhalten hin, gegen ein Schirm- und Einzugsgeld im Lande geduldet wurden, nur beschränkt, unter Zugrecht von seiten jedes Landmannes, Grundbesitz und Lehen erwerben und nur ein einziges Gewerbe treiben durften ³⁾, genoß der «alte Landmann» ganz die gleichen Rechte wie ein außerhalb seiner Ürte in Nidwalden, oder seiner

entstanden, welches zwischen dem 1558er und 1589 Jahr vestgesetzt werden solle: als haben in Betracht der so wichtig als gründlichen Ursachen und der schon laut Abscheid am Gestad zu Altnacht für das 1563ger Jahr inclusive angebrachten Beweggründen das gemelte 1563ger Jahr inclusive einhellig bestimmt — dahero einzig die vor diesem bis auf besagtes Jahr als Landleüt angenommenen Geschlechtern abstammende als wahre Landleüte des gemeinsamen Standes angesehen und wechselseitig an beiden Orten als solche geduldet werden sollten. Ldsgm.-P. Nidw. B. 189.

¹⁾ Es sind die Geschlechter Eder (heute nur noch auswärts existierend), Glimmet, Gut, Heymann, Kohler, Krummenacher, Liem, Michel, Spiller, Stockmann, Strähler und Waser in ihrer Gesamtheit, die Namen Amstutz, Bäbi, Barmettler, Dillier, Müller, Schriber und Zumstein teilweise.

²⁾ Von diesen reichen eilf Namen ins XIII., ca. 35 urkundlich ins XIV. Jahrhundert zurück, man darf aber wohl bei 100 als autochthon ansehen. Siehe **Beilage XVIII.**

³⁾ Über die Stellung der Hintersassen in Obwalden siehe Kächler, Anz. f. schw. Gesch. VI, 183 ff. Die gleichartigen Bestimmungen über die Nidwaldner Hintersassen in den verschiedenen Redaktionen des Nidwaldner Landbuches von 1623, 1731, 1782 und 1806. Die Ausdrücke Hintersässe (für landesfremde Niedergelassene) und Beisässe (für einheimische außerhalb ihrer angestammten Gemeinde Seßhafte) werden in den Landbüchern und Protokollen übrigens nicht konsequent angewandt. Dort heißen später auch die letztern vielfach «Beisassen».

Kirchhöre in Obwalden wohnender Eingeborner. Wie ein solcher hatte er zwar nicht Vollbürgerrecht, ihm fehlte das aktive und passive Wahlrecht für Rat und Gericht an den Ürte- und Kilchergemeinden¹⁾. Aber er durfte an der Landsgemeinde mindern und mehren²⁾, war theoretisch für alle von derselben abhängigen Stellen, die obersten Landesämter sowohl, als den Karrer-, Landtambouren- und Spielleutendienst wählbar. Er durfte unbeschränkt Grundbesitz und Gülden erwerben, mehrfache Gewerbe treiben, hatte an der Austeilung der Teil-, d. h. Pensionengelder, Anteil³⁾. Und wollte er sich schließlich an seinem Wohnort völlig heimisch machen, so konnte er ein Kilcher- oder Ürterrecht erkaufen und Vollbürger werden, ohne vorher von der Landsgemeinde das Kantonsbürgerrecht extra erwerben zu müssen. Er war ja ein «alter Landmann».

Über die Grenzen reichten zwar die Vorzugsrechte des in seiner engern Heimat gebliebenen alten Landmannes nicht hinüber, obwohl es von beiden Regierungen, abwechselnd je nach momentanen Interessen, versucht wurde, die alten Schranken zu-

¹⁾ Vgl. oben S. 152.

²⁾ Zu Beginn des großen Landesstreites beschloß der gesessene Landrat von Nidwalden am 23. April 1585: «Der Landammann solle Anzug tun an der Landsgemeinde wie man sich verglichen wölle mit unsern L.R. ob dem Waldt, ob ein jettlicher der nit eigen Für und Liecht heige, in der andern Oberkheit zmindern und zmeren Gewalt heige?» (Ldsgm. und L.R.-P. I, 204). Die Obwaldner Landsgemeinde vom 27. April beschloß deshalb «daß sich ethlych Landtlütt erklagt handt, daß unsere Landtlütt nitt dem Kernwaldt nitt wellendt lausen münderen und meren, eine Botschaft nach Wil an die morgige Landsgemeinde zu schicken» (St.-P. Obw. V, 62). Das Protokoll der Nidw. Landsgemeinde vom 28. April enthält aber keine Antwort über diesen Punkt der Differenzen mit Obwalden. Die Stimmfähigkeit blieb unbeschränkt.

³⁾ Schon der Vertragsentwurf von 1558/59 regelte diese Frage und die Obwaldner Landsgemeinde von 1567 verfügte wieder: «sol man welcher ob dem Wald wär das deylgält gän und sonst welcher ussert lantz in myner heren dienst ist oder kind so ussert lantz verdinget sind, denen sol mans ouch gän . . .» St.-P. II, 48. Nidwalden hielt Gegenrecht.

gunsten der alten Landleute zu durchbrechen. Die Gesetze von 1363 und 1382 hatten übereinstimmend den Erwerb von Grundbesitz nur den im Territorium Wohnenden erlaubt, Erbfall freilich vorbehalten, jedoch die Veräußerung der ererbten Liegenschaften auf Einheimische beschränkt. Nidwalden hatte diese Gesetze 1456 in seinem umfassenden Landrechtsbrief bestätigt¹⁾ 1489 auf Gülden²⁾ und zuerst ausdrücklich an der Nachgemeinde 1694 auf ererbte Genossenanteile an Gemeinalpen³⁾ erläutert. Und auch Obwalden hatte durch Aufnahme des Gesetzes ins Landbuch von zirka 1524, die alten Bestimmungen zu Recht erklärt⁴⁾. Durch seine Gemahlin Barbara Kretz, die Tochter des Nidwaldner Landammanns Hans Kretz von Beggenried, hatte nun der spätere Landammann Nikolaus Imfeld von Sarnen die Eigenalp Spis am Buochserhorn ererbt und verkaufte sie 1545 an Klaus Fanger, Ulrich Amstalden und Hans Wolf, welche sie wieder an die Teiler von Kägiswil abtraten⁵⁾. Nidwalden scheint reklamiert zu haben, worauf die Obwaldner Landsgemeinde vom 23. April 1560 erklärte: « Von wägen der alpen, so nitt dem Wald uffhar vererpt werden und sy meinent den zug darzü zü haltten, ist berattschlagtt, das man einer sölle zü inen verornen, der mitt inen rede und wo sy das nitt wellent annän, das einer by inen möge güter kouffen und sy by uns, sölle man mitt inen das rächt bruchen »⁶⁾. Nidwalden gab in diesem

1) Gfd. IX, 118.

2) Urk. St.-A. Nidwalden vom 26. April 1489.

3) Landbuch von 1731. Schon im ältesten Landbuch findet sich ein Landsgemeindebeschuß von ca. 1545, der den Alpgenossen von Lutersee gestattet, dortige Alpig, welche Obwaldnern geliehen worden, um den gleichen Preis vor Mitte Winter (2. Februar) an sich zu ziehen. (Ausg. v. Deschwanden, Zeitsch. f. schw. Recht VI.)

4) Zeitsch. f. schw. Recht VIII, 41. Eine Erneuerung des Verbotes der Verpfändung hatte 1487 stattgefunden (l. c.). Ebenso in den Landbuchredaktionen von 1635 und 1792.

5) Kuchler, Chronik von Sarnen, 301.

6) St.-P. Obw. II, 378.

Falle nach ¹⁾. Und als Landammann Hans Wirz, der Gemahl der Barbara Lussy, 1562 ein Haus in Nidwalden an sich brachte, wurde der Kauf von der Nachgemeinde, unter Vorbehalt des Zugrechts bestätigt, der Verkäufer aber für den «Frefel» bestraft ²⁾. In dem von den Landsgemeinden bestätigten Vertrag vom 23. März 1571 wurden die alten Satzungen wieder bestätigt und dahin erläutert, daß auch der Pächter solcher Güter und Alpen nur ein im Gebiete gesessner Landmann sein dürfe ³⁾. Im folgenden Jahre ertauschte Landammann Johannes Waser von Nidwalden die auf Obwaldner Boden gelegene, aber seit Uralters in Nidwaldner Besitz vererbte Alp Ächerli. Obwalden stellte sich auf den starren Rechtsstandpunkt, konnte denselben aber nicht durchführen, da Nidwalden dann auch den Kägiswilern die Alp Spis zu entziehen drohte ⁴⁾. Die Obwaldner meinten nun, man solle überhaupt, weil man ein Land sei, einander freien Verkauf und Kauf gestatten ⁵⁾. Nidwalden aber fertigte Landammann Lußy an die Sarner Landsgemeinde vom 23. April 1574 mit der Instruktion, man wolle gänzlich bei den alten geschworrenen Briefen und seitherigen Satzungen beharren und es bei den bisher geschehenen Ausnahmefällen bewenden lassen. Und auf die abweisende Antwort und die Drohung, darum vor den Eidgenossen Recht zu bieten, gab die zwei Tage später versammelte Nidwaldner Landsgemeinde dem Rate die nötigen Prozeßvollmachten ⁶⁾. Es kam einstweilen nicht dazu, aber fünfzehn Jahre später, anlässlich des großen «Landesstreites», verteidigte die Obwaldner Botschaft instruktionsgemäß vor den eidgenössischen

¹⁾ Vgl. unten Anm. 4.

²⁾ Ldsgm. u. L. R. P. Nidw. I, 5.

³⁾ **Beil. XI** unten.

⁴⁾ Rats- und Landsgemeindebeschlüsse von 1572. St.-P. Obw. III, 1004 und 1056. Ldsgm. L. R.-P. Nidwalden I, 126, 127.

⁵⁾ Rat Mittwoch den 20. Tag (13. Januar) 1574. St.-P. Obw. IV, 41.

⁶⁾ Instruktion für Lußy vom gesessnen Rat 23. April 1574 (Ldgm. und L. R.-P. Nidw. I, 136). Beschluß der Obwaldner Landsgm. vom gl. Tage (St.-P. Obw. IV, 101). Landsgm.-Beschluß vom 25. April (Ldgm. und L. R.-P. I, 137).

Schiedsrichtern wieder die freiere Auffassung. Sie fand es mit Recht weder «landtlich noch brüderlich, diewil wier doch unß gegen und mitt einandern als landtlütt erkennendt», daß man in Bezug auf Gütererwerb sich als Fremde betrachte, und glaubte, die ausdrückliche Beschränkung auf das Territorium in den Gesetzen von 1363 und 1382 habe nicht diesen Sinn gehabt und sei nur dadurch zu erklären, daß ein jeder Teil nicht weiter als für sein Gebiet habe Gesetze machen können. Diese Deutung war freilich sehr gezwungen; die Schiedsrichter ließen sich auf diese Frage nicht ein, sondern wiesen nur darauf hin, daß der Wortlaut jener Urkunden selber den Parteien eine Abänderung jederzeit zulasse¹⁾. — Als um 1613 Obwaldner Güter und Alpen in Nidwalden gekauft, wagte man nicht, den Strafartikel, der mit Konfiskation drohte, anzuwenden, sondern erwirkte durch gütliches Zureden die Aufhebung der Kaufverträge, benützte aber die Gelegenheit, die Vereinbarung von 1571 ins Landbuch eintragen zu lassen²⁾.

1667, beim Wiederverkauf der Alp Großächerli konnte Obwalden das Zugrecht für den Teil, der jenseits der Wasserscheide lag, durchsetzen³⁾, als aber daraufhin die Gemeinde Buochs Anstrengungen machte, die Alp Spis an sich zu ziehen, kam sie nicht ans Ziel⁴⁾. Überhaupt blieb die Praxis milder als das kodifizierte Recht. Noch 1806 als sich der Fall wiederholte, daß Obwaldner Alpen in Nidwalden kauften, wurden die geschlossenen Käufe um die Alpen Stanglisbüel, Wirzwöli und Sulzmattli zwar in Kraft belassen, aber, um die Kontinuität zu verhindern, unter

¹⁾ Beil. XII C, D, E.

²⁾ R. L. L.-P. Nidwalden V, 311. Der Beschluß geschah mit der Begründung, daß die Sache andernfalls nicht in der Kompetenz des Rates stünde und vor die Landsgemeinde gebracht werden müßte. Dazu Landbuch von 1623, Nachträge, und Landbuch von 1731.

³⁾ R. L. L.-P. XVI, 35, 59, 71, 74, etc. Kleinächerli wurde von Großächerli getrennt und blieb den Ennetmoosern. Marchbrief vom 20. Okt. 1667 (St.-A. Nidw., Landmarchen).

⁴⁾ Akten St.-A. Nidw. vom Jahre 1672.

der Bedingung, daß sie nie Gemeinalpen werden sollten. Bei letzterem Anlasse wurde durch eine Konferenz der eben verletzte territoriale Rechtsstandpunkt neuerdings bestätigt, jeder Kauf von Grundeigentum durch auswärtige alte Landleute verboten, sie ließen sich denn daselbst nieder. Im Falle sie wieder wegziehen, waren sie verpflichtet, die Güter innerhalb drei Jahren einem angesessenen Landmann zu verkaufen. Lehen um dieselben durften nur mit Genehmigung der Obrigkeiten geschlossen werden.¹⁾

Einen eigentlich chikanösen Charakter erhielten diese Bestimmungen erst durch die Ereignisse von 1815. Nidwalden rächte den selbstverschuldeten Verlust von Engelberg an Obwalden auf alle Weise. 1817 wies es alle die neuesten Landleute Obwaldens von Engelberg, die nicht Grundbesitz hatten, aus seinem Gebiete aus²⁾. Die «alten Landleute» waren durch die ältern Verträge vor solcher Gefahr gesichert, aber auch sie hatten die Folgen zu spüren. Im Jahre 1811 hatte Nidwalden sein Armenrecht auf gemeindebürgerlicher Grundlage ausgebildet und durch Forderung der Armensteuern von den in Obwalden wohnenden alten Landleuten wurde das bisher für sie geltende Territorialprinzip durchbrochen³⁾. 1816/17 beschloß man nun auch, daß die in die andere Kantonshälfte sich verheiratenden «alten Landtmänninnen» gleich fremden Frauen in der Heimat ihres Gatten als Sicherheit 2000 fr Kapital zu hinterlegen hätten.

¹⁾ Die Konferenzbeschlüsse wurden durch die beidseitigen Landsgemeinden vom 26. April 1806 ratifiziert und zum Gesetz erhoben.

²⁾ Vgl. über diese Maßregeln und daraus erfolgenden Zwistigkeiten die gedruckten Orig.-Abschiede von 1816—1826 und das Repertorium der eidg. Absch. 1814—1848, S. 623 ff. Das gesamte Aktenmaterial über das Verhältnis der alten und neuen Landleute im St.-A. Nidwalden ist mit Hinsicht auf diese Prozesse von Landammann Ludwig Kaiser zusammengestellt worden.

³⁾ 1713 hatten die beiden Orte sich vereinbart, daß in Anlegung der «Landsteuern ob old nit dem Kernwaldt die Güllten, Güeter, Alpen, Capitalien und alles Zinsbare an demjenigen Ohrt allwo selbige ligen versteuert» werden sollen. Nidw. Ldsgm. und L. R.-P.V, 318 und 328.

1826, 24. April, verfügte der Landrat von Nidwalden sogar, daß die sich in Nidwalden verheiratenden Obwaldnerinnen außer der Hinterlage noch 120 Gl. für das Mannrecht an die Armenverwaltungen zahlen sollten. Da dies eine ganz offenbare Ungerechtigkeit gegen die alten Landleute war, protestierte Obwalden, allein der Nidwaldner Landrat bestätigte am 28. November 1827 neuerdings seine Verfügung. Diese Hinterlage und Eheabgabe wurde seither nicht etwa nur von den aus Obwalden nach Nidwalden ziehenden Töchtern aus alten Landleutegeschlechtern, sondern auch von Gliedern längst im Lande sitzender Familien, um deren «fremden» Ursprung man kaum mehr wußte und die völlig nach Nidwaldner Recht lebten¹⁾ und in Landesämtern gewesen, gefordert. So von den aus Kerns stammenden, schon seit zirka 1660 in Stans wohnhaften v. Deschwanden. Obwalden hielt strammes Gegenrecht und wandte die Artikel über die Pacht so an, daß alten anerkannten Nidwaldner Familien, die in Obwalden Grundbesitz erbten, nichts übrig blieb, als sofort ihr Erbe zu veräußern oder dahin zu ziehen.

Die Entwicklung der schweizerischen Bundesverfassung hat die alten Vorrechte der «alten Landleute» illusorisch gemacht, indem sie diese Rechte allen Schweizerbürgern verliehen hat. Eine zeitlang genossen sie noch den Vorzug der Taxbefreiung bei Niederlassung, heute ist durch Gesetz in Obwalden, durch die Praxis in Nidwalden dieses Privileg auf sämtliche gegenseitigen Kantonsangehörigen ausgedehnt. Der einzig denkbare Vorteil des «alten Landrechts» könnte in den Fällen vorkommen, wo einer ein Gemeindebürgerrecht im andern Teil erwerben will, er hat sich alsdann schon als Besitzer des voraus verlangten Kantonsbürgerrechts ausgewiesen.

* *

¹⁾ Nidwalden bezeugt am 2. Mai 1857, daß die alten Landleute in bezug auf Testamente, Ehe- und Erbverträge von jeher als unter dem Gesetze ihres Wohnortes stehend angesehen wurden.

Die einstige Einheit Unterwaldens hat heute im internen Verhältnis der beiden Kantonshälften die praktische Bedeutung verloren. Dies drückt sich auch in dem Verdrängen des gemeinsamen Namens aus; selbst in offiziellen kantonalen Aktenstücken treten allmählich die neuern Formen Obwalden und Nidwalden an Stelle des alten Unterwalden ob und nid dem Kernwald. — Nur im eidgenössischen Bundesverhältnis ist die ursprüngliche Einheit des Kantons noch wirksam, und ihre Bedeutung geht dort über den einzelnen Kanton hinaus, denn Unterwalden ist ja das Vorbild der Halbkantone, jener charakteristischen Kuriosa des schweizerischen Bundesstaatsrechtes. — —

Ein antiquarisches Verhältnis aus den Urzeiten¹⁾ hat auch alle Kämpfe um die innere Autonomie überdauert; der Besitzanteil

¹⁾ Das Verhältnis tritt uns nachweislich zuerst um 1588, anlässlich einer Reparatur, entgegen und wird in all den Rechtsschriften des XVII. und XVIII. Jahrhunderts erwähnt. Merkwürdig ist die Behauptung der Obwaldner Rechtsantwort von 1616, wonach die Landesbefestigungen der Urschweiz gegen Österreich gemeinsam von den drei Ländern errichtet worden wären. «Wir hant aber von unsern Altforderen gehört, wo nit dem Walt der drite Deil sy worden (doch wier wöllent eben sagen, was wier gehört und nit gesächen, sonder uß hörensagen, dan wier wellent by der Warheit bestan und nit unbegrünte Sachen bringen, wie aber sy uns ussgäben und aber nüt ist) wie man die Letzy bim Rotenthurn gemacht, habent sy nur den driten Deil zalen wöllen... dan domalen eß nur im Ussgäben ist gesin und in grösten eidtgnößischen Nöthen, da hant sy die Geschwindigkeit könden erdencken und sich für den driten Theil gemacht...» etc. —

Die Stelle scheint mir ein charakteristisches Beispiel für die Würdigung der Tradition. Man darf statt der Letzi von Rotenturm das umfassende, 1616 nicht mehr erkennbare Befestigungssystem von Stansstad (vgl. vorderhand darüber meinen Bericht in P. W. Sidlers «Schlacht am Morgarten» S. 131 ff. und später meine Kunst- und Arch.-Denkmäler Unterwaldens, Art. Stansstad) substituieren, dann ist die Darstellung richtig.

Das Fortbestehen des gemeinsamen Besitzverhältnisses hat das Gute gehabt, daß in den 1870er Jahren der scheußliche Plan zur Umwandlung der Turmruine von Stansstad in eine Art National- oder Überfalldenkmal von vorneherein vereitelt wurde.

Obwaldens am « Schnitzturm » in Stansstad. Dieser letzte Rest der großartigen Landesbefestigungen aus der Zeit der Freiheitskämpfe gehört noch heute zu zwei Dritteln Obwalden, zu einem Drittel Nidwalden und bildet so ein sprechendes Denkmal der gemeinsamen politischen Entwicklungsgeschichte.

Beilagen.

I.

1316, 26. März.

König Ludwig konfisziert auf Erkenntnis eines Hoftags zu Nürnberg die Rechte und Güter, welche die Herzoge von Oesterreich und seine übrigen Gegner in den Waldstätten haben und verfügt, dass deren Leute, sowenig als die Einwohner dieser Täler überhaupt, dem Reiche je entfremdet werden dürfen.

Ludowicus dei gratia Romanorum rex semper Augustus universis sacri Romani Imperii fidelibus presentes litteras inspecturis vel audituris gratiam suam et omne bonum. Regie celsitudinis maiestas ad laudem bonorum vindictamque malorum divinitus collocata et si cunctos maleficos persequi teneatur, quia reipublice interest ne crimina remaneant impunita, illos tamen dignissime persequitur et punit penis debitis et condignis, qui crimine immaniori veluti perduellionis seu lese maiestatis non tam improvide quam temerarie implicantur. Hinc est quod nos communicato consilio principum nostrorum et aliorum fidelium Imperii quos ad hoc et ad alia maiora negotia regni pertractanda nuper apud Nürnberg duximus colloquio edicto desuper publice convocandos, unanimi decreto decrevimus et declaravimus omnes curtes, iura et bona ducum Austrie et aliorum adversariorum nostrorum et Imperii, sita et posita in vallibus Switz, Ura et Underwalde seu locis aliis contiguis et vicinis, cum hominibus, juribus et pertinentiis et aliis universis, ex eo quod nobis et Imperio temerarie et improvide adversantes crimen lese maiestatis incidisse publice dinoscuntur et in eadem pertinacia solita adhuc intrepide debachantur, tamquam ipso iure confiscata ad nos et Imperium esse devoluta totaliter et addicta. Sanctientes et volentes omnimode, ut in antea ad nos et Imperium tamquam dominos veros et possessores dictarum curtium, hominum et iurium et ad nullos alios respectus penitus habeatur ac census et iura ratione dictarum curtium nobis et Imperio absque impedimento quolibet persolvantur. Preterea censuimus et inviolabiliter decrevimus, quod dicte curtes cum hominibus, rebus et iuribus universis, necnon hominibus dictarum vallium et dominiis earundem nullo umquam tempore a nobis et Imperio quovis alienationis

tytulo alienari debeant vel aliquatenus separari et quod nobis licere non patimur nostris successoribus indicamus. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc nostrarum declarationis, sanctionis et decreti paginam infringere, vel ei in aliquo temerario contraire sicut indignacionis regie aculeum voluerit evitare. Datum in obsidione Herriden. septimo kaln. Aprilis anno dñi M^o ccc^o sextodecimo, regni vero nostri anno secundo.

Staatsarchiv Schwyz. Orig.-Perg. mit hängendem Majestätssiegel.

II.

1324, 5. Mai.

König Ludwig bestätigt den Spruch des Hofgerichtes, der die österreichischen Rechte in den Waldstätten dem Reiche verfallen erklärte und freit ausdrücklich die dortigen Eigenleute und Untertanen seiner Gegner.

Ludowicus dei gratia Romanorum rex, semper Augustus, universis sacri Romani Imperii fidelibus presentes literas inspecturis vel audituris gratiam suam et omne bonum. Regie celssitudinis maiestas ad laudem bonorum vindictamque malorum divinitus collocata et si cunctos maleficos persequi teneatur, quia reipublice interest ne crimina remaneant impunita, illos tamen dignissime persequitur et punit penis debitis et condignis, qui crimine immaniori veluti perduellionis seu lese maiestatis non tam improvide quam temerarie implicantur. Hinc est quod communitacato consilio principum et consulum nostrorum ac aliorum fidelium nostrorum deliberavimus, decrevimus et declaravimus, omnes curtes, iura et bona ducum Austrie et aliorum adversariorum nostrorum et Imperii, sita et posita in vallibus Switz, Ura et Underwalden, seu locis aliis contiguis et vicinis cum hominibus, iuribus et pertinentiis et aliis universis, ex eo quod nobis et Imperio temerarie et improvide adversantur crimen lese maiestatis incidisse publice dinoscuntur et in eadem pertinacia solita adhuc intrepide debachantur, tanquam ipso iure confiscata ad nos et ipsum Imperium esse devoluta totaliter et addicta. Statuentes et volentes omnimode ut inantea ad nos et Imperium tanquam ad dominum verum et possessorem dictarum curtium, hominum et iurium et ad nullum alium respectus penitus habeatur. Preterea censuimus et inviolabiliter decrevimus, quod dicte curtes cum hominibus, rebus et iuribus universis, necnon hominibus dictarum vallium et dominia earundem nullo unquam tempore a nobis et Imperio quovis alienationis titulo alienari debeant vel aliquatenus separari et quod nobis licere non patimur nostris successoribus indicamus et mancipia seu homines prefatos ducibus pertinentes sub iurisdictione imperiali foveantur, nec ipsi obsequia aliqua aliquibus prestare nisi sacro Imperio permittantur. nostre gratie sub obtentu, quia eosdem nobis et Imperio libertamus. Ad hec

volumus, ut nullus deinceps dictarum vallium inhabitator, incola aut homo quilibet coram ipso duce Leupoldo, suis fratribus, ducibus Austrie vel ipsorum iudicibus, sed in nostro et sacri Imperii iudicio et coram nostro iudice super quacunque causa debeat stare iuri. Nulli ergo hominum liceat hanc nostrarum declarationis, sanctionis et decreti paginam infringere, vel ei in aliquo ausu temerario contraire sicut indignationem regie potestatis voluerit evitare. In cuius rei testimonium presentes conscribi et sigillo nostre maiestatis iussimus communiri. Datum in Frankenfurt iij^o Nonas Maii anno domini millesimo trecentesimo vicesimo quarto, regni vero nostri anno decimo.

Staatsarchiv Uri. [Orig.-Perg. mit hängendem Majestätssiegel.

Im Weissen Buche Fol. lxxxxviiiij steht ein deutscher Text dieser Urkunde, der aber wohl eher als Übersetzung, denn als Abschrift einer deutschen Originalausfertigung zu betrachten ist. Darauf deuten wenigstens die lateinischen Formen im Königsnamen und im Datum:

Ludwicus von gotz gnaden Römscher kúng alwent ein merer des Richs und darumb hein wir betrachtet und unzerbröchenlich gehüllen, das die vörgen höfe mit lüten und gütern und mit allem recht und öuch die lüte der vörgen lendern und telren und alle ir herschaft in enheimem zyte jemer von úns und dem Riche mit dheiner andrüng nemlich süllent nach mügent gescheiden werden und wand úns das gevallet und nüt anders liden, das richten wir ünsern nachkommen und das die gebiet und die vorgeschribnen lüte, so den vörgen herzögen anhören sölten under der keyserlichen rechtung leben und sin und das öuch sy enhein dienste nieman anders verlichen nach tün sölten wand dem heiligen Riche, dem sy verlassen sint von úns er gnaden wegen, wand öuch wir sy die selben úns und dem Riche fryen. Har zú wöllen wir öuch das enheine von dishinn der vörgen lendern und tellern, es sy der da gesessen sy, búman öder dhein mensche vön demselben herzog Lupölt etc. Geben ze Frankenfurt iij^o nonas des Meygen in dem jare do man zalt von Gottes gebürt tusent drühundert und vierundzwenzig jar aber únsers Richs des zehenden jares.

III.

1361, 31. März.

Kaiser Karl IV. bestätigt in gleichlautenden Briefen den drei Ländern ihre Privilegien und Gerichtsgewohnheiten.

Wir Karl etc. bekennen etc. [das komen sint for unser keiserliche gegenwertikeit unser und des heiligen Reichs getrewen der lantamman und die lantlute gemeinlich zu Swicz und uns demuticlich gebeten hant, das

wir brife seliger gedechtnuzz etwenn romischer kunige und keiser unser vorvårn und auch ander ir friheit, rechtung und guter gewonheit, so si hant in gerichten, zu bestetigen von unsern keiserlichen gnaden. Des haben wir angesehen die getrewen steten dinsten der obgenanten lantlute von Switz, die sie uns und dem heiligen Reich oft unverdrossenlich getan hant und noch tûn sollen und mogen in kunftigen zeiten und haben auch gemerkt ir vornunftig redlich bete, die man billich erhörn sol, davon mit wolbedachtem mûte, mit rechter wizen und durch angebörn keiserliche gûte und mit romischer keiserlicher mechtevolkomenheit confirmiren und bevesten wir den obgen. lantluten (so statt lantluten!) von Switz, iren erben und nachkomen und dem selben lande zu Switz ewiglich alle ir friheit, rechtung und gete (sic!) gewonheit und darzu die obgen. ir brife alle, in allen iren mainungen, puncten, artikeln und behaltnutzen, als sie von wort zu wort begriffen sint an geverd und wollen auch, das dheimem menschen erlaubet sei wider unser keiserliche bestetung ze tun in dheimenweis, wer da wider frevelichen tet, der sol in unser und des heiligen Reichs ungenad swerlich vervallen sein. Mit urkund etc. Datum Nur(emberg) anno lxx^o feria iiij^a post festum Pasche, regnorum ut supra.

Per d. imperatorem Rud. de Frideberg.

Similis tenoris date sunt alie due littere civitatibus Ure et Unterwalden, per omnia ut supra proxime.

Kgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (Reichsregistratur Karls IV). Hier nach einer Photographie. Vgl. Reg. bei Glafey No. 603 und Böhmer No. 3613.

IV.

1415, 28. April.

König Sigmund verleiht Ammann und Landleuten zu Unterwalden für ihr Gebiet und den (obwaldnerischen) Anteil an Livinen den Blutbann und Befreiung von allen auswärtigen, auch königlichen, Gerichten etc.

Wir Sigmund von gotes gnaden Romischer kunig czu allen zyten merer des Richs und czu Ungern, Dalmacien, Croacien etc. kunig, bekennen und tun kunt offenbar mit disem brieffe, allen den die in sehen oder horen lesen, daz wir angesehen und gütlich betrachtet haben die getrue willige nutze und anneme dienste, die uns und dem Riche der amman und die lantlute gemeinlich zu Unterwalden ob dem Walde und nit dem Walde unsere und desselben Richs liebe getruen ofte unverdrossenlich getan haben, teglichen tun und furbaß tun sollen und mogen und sunderlich die dienste und hilfe, die sy uns zu disen zyten wider hertzog Fridrichen von Österreich unsern und des Richs widerwertigen und ungehorsamen zu tun willig sin und haben dorumb demselben amman und lantluten zu Unterwalden ob

dem Walde die lantlute zu Liutin, die sich vor zytten durch schirms und frides willen zu in geslagen und die ouch bißher in irem schirm gehabt haben, gnediklich bestetigt. Dortzu mit wolbedachtem mute, gutem rate und rechter wissen haben wir demselben amman tzu Unterwalden ob dem Walde und nit dem Walde den ban über das blut zu richten under in und under den lantluten zu Liutin umb alle sachen, die dortzu notdurfftig sind, mit dem rechten gnediklich verlihen, verleihen in den ouch in crafft diß brieffs und dieselben von Unterwalden ob dem Walde und nit dem Walde sollen ouch denselben ban von uns und unsern nachkomen an dem riche empfaen, als ofte des not ist und sich das geburet. Ouch haben wir den vorgeñ. von Unterwalden ob dem Walde und nit dem Walde dise besunder gnade und friheite getan und gegeben, und tun und geben in die in crafft diß briefs und romischer kuniglicher machtvolkomenheit, das nyemand wer der sy, die vorgeñ. von Unterwalden ob dem Walde, nit dem Walde und lantlute zu Liutin, einen oder mer, fur unser und des richs hoffgericht oder ander lantgericht oder gerichte laden oder furtriben oder sy doran beclagen solle oder moge, sunder wer tzu inen, ir einen oder mere, man oder wypp, ychts zu elagen oder zu sprechen hat oder gewinnet, der sol recht suchen und nemen vor irem amman und rate oder dem gerichte, do derselb ansprechig gesessen ist und nyndert anderswo, es were dann, daz dem cleger küntlich recht versagt oder geverlich verzogen wurde, so mag er dann sin recht furbaß suchen, do sich das gebüret. Ouch tun wir in dise besunder gnade und friheit, das sy offenbar ächtere husen und hofen mogen und das in das keinen schaden bringen sol, doch also: wenn dieselben ächtere angesprochen werden, das sy dann den elegern rechts von in gestatten und helfen sollen als billich und recht ist. Ouch setzen, meynen und wollen wir von romischer kuniglicher macht in crafft diß brieffs, das die dienste, hilfe und bystand, die die vorgeñ. von Unterwalden ob dem Walde und nit dem Walde uns und dem riche ytzund tun in allen und iglichen an iren friheiten, rechten und alten herkomen irer vorderen keinen schaden brengen (sic) solle noch moge in dhein wiß, sunder sy sollen, als vor, by iren friheiten, rechten und herkomen beliben von allermeniglich ungehindert. Ouch wollen, sprechen und setzen wir von der vorgeñ. unser romischer kuniglicher macht wegen, das in die vorgeñ. hilfe und dienste an dem fride, den sy mit dem vorgeñ. herczog Fridrichen angegangen sind und ouch an iren eren und leymund kein wort oder schaden bringen (!) sollen oder mögen in dhein weiß, als das ouch nechste von unsern und des Richs kürfürsten und vil fürsten, geistlichen und werntlichen, greven, edler und lerer geistlichs und werntlichs rechtens und ouch der künige von Engellant, von Tennemark, von Behein, von Polan erbern botten zu dem heiligen concilio gen Costentz gesant, in gegenwertikeit der von Czurch und von Luczern erberer botschafft mit recht und urteil gesprochen ist, des wir ouch denselben von Czurch und von Luczern etc. unser Maiestat brief gegeben haben. Doch unschedlich

in den vorgeñ. stuken uns und dem Riche und sust yederman geistlichen und werntlichen an unsern und iren rechten und gericht, ußgenommen was der vorgeñ. von Osterreich yeczund an uns gebrochen hat. Und wir gebieten dorumb allen fursten, geistlichen und werntlichen, greuen, fryen herren, rittern, knechten, unsern und des Richs hofrichter, lantrichtern und richtern, die ytzund sind oder czu zyten werden, und sust allen andern unsern und des Richs undertanen und getrüen ernstlich und vestiglich mit disem brief, das sy die vorgeñ. von Underwalden ob dem Walde und nit dem Walde und lantlut zu Liutin wider soliche unsere gnade und friheite nit hindern, fürtriben, dringen oder irren sollen in dheinweiß, sunder sy daby beliben laßen, als lieb in sy unser und des Richs swäre ungnad zu vermyden. Mit urkund diß briefs versigelt mit unser kuniglicher maiestat insigel. Geben ze Costentz nach Christi geburt vierczehenhundert jare und dornach in dem fünftzehendem jare des sunntags als man in der heiligen kirchen singet Cantate etc. unser riche des ungrischen etc. in dem nün und czweinczigisten und des romischen in dem fünften jaren.

Ad mandatum dñi regis Michel de Priest can^{cus} Wrat.

Majestätssiegel in gelbem Wachs.

Staatsarchiv Obwalden (Urk. No. 55). — Vgl. Altmann Reg. Imperii XI. Die Urk. Kaiser Sigmunds (1896) No. 1621 und 1648. Der erwähnte Eintrag im Reichsregister E des Wiener Hof- und St.-A. S. 182 zum 15. April entspricht wohl sicher unserem Original.

V.

1417, 26. März.

Besonderes Blutbann- und Evokationsprivileg für Nidwalden.

Wir Sigmund von gotes gnaden romischer kung, zu allen czyten merer des Richs und zu Ungern, Dalmacien, Croacien etc. kung bekennen und tün kunt offenbar mit disem brief allen den, die in sehen oder hören lesen, das wir angesehen und gütlich betrachtet haben die getrüe, willig nütz und aneme dienste, die uns und dem Riche der amman und die lantlüte gemeinlich zü Stans, zu Underwalden nidwendig dem Kernwald unsere und desselben Richs lieben getrwen, ofte unverdrossenlich getan haben, teglich tün und furbaß tün sollen und mögen und sunderlich die dienst und hilff, die sy uns zü disen czyten wider herczog Fridrichen von Osterreich unsern und des Richs widerwärtigen und ungehorsamen zü tün willig sin und haben dorumb mit wolbedachtem müte und rehter wissen denselben amman und landlüten den ban über das blüt zu richten under inen, umb all sachen, die dorczü notdurftig sind, mit dem rehten gnädiglich verlihen, und verlihen in den in craft diß briefs und die iczgenanten amman und landlute söllen ouch denselben ban von uns und unsern nachkommen an dem Riche empfahen, als oft des nöt ist und sich das gebüret.

Ouch haben wir denselben amman und landlütē dise besunder gnade und fryheit getan und gegeben, tūn und geben in die in craft diß briefs und römischer kunglicher mahtvolkommenheit, das nyemand, wer der ist, sy gemeinlich oder sunderlich oder ir einen oder mere fur ünser und des Richs hofgericht oder ander landgericht oder gericht laden oder fürtriben oder sy doran beklagen sölle oder möge, sunder wer zū in, ir ainem oder mer, man oder wip, ichtes zu klagen oder zū sprechen hat, oder gewinnet, der sol reht sūchen und nemen vor dem egenanten irem amman und rat oder dem gericht, do derselb ansprechig gesessen ist und nyndert anderswo, es wēr dann, das dem klager kuntlich reht versagt oder gevärlich verczogen wurde, so mag er dann sin reht fürbaß sūchen, do sich das gebürt. Ouch tūn wir in dise besundre gnad und fryheit, das sy offenbar åchter husen und hofen mögen, und das in das keinen schaden bringen sol, doch also, wenn dieselben åchter angesprochen werden, das sy dann den klagern rechtes von in gestatten und helffen sollen, als billich und reht ist. Ouch seczen, meynen und wöllen wir von römischer künglicher maht in craft diß briefs, das die dienst, hilff und bistanđ, die die vorgeanten amman und lantlūte uns und dem Riche uf dise czyte zu tund bereit sind, in allen und iglichen an iren fryheiten, rechten und alten herkommen irer vordern keinen schaden bringen sölle noch möge in kein wise, sunder sy sölle, als vor, by iren fryheiten, rechten und herkommen beliben von allermeniclich ungehindert. Ouch wöllen, sprechen und seczen wir von der vorgeanten unserr romischer kunglicher machte wegen, das in die vorgeanten hilff und dienst an dem frid, den sy mit dem vorgeanten herczog Fridrichen angegangen sind und ouch an iren eren und leymund kein wort oder schaden brengen (sic) sölle old mögen in kein wise, als das ouch nechst von unsern und des Richs kurfursten und vil fursten, geistlichen und werntlichen, graven, edler und lērer geistlichs und werntlichs rechtes und ouch der kunig von Engelland, von Tennmark, von Behein und von Polan erberer botten zu dem heiligen concilio gen Costentz gesant in gegenwürtikeit der von Zürich und von Luczern erberer botschaft mit recht und urteyle gesprochen ist, des wir ouch denselben von Zürich und von Luczern etc. unserr majestatbrief gegeben haben. Doch unschedlich an den vorgeanten stuken uns, dem Riche und süß yderman, geistlichen und werntlichen an unsern und iren rechten und gerichtē, ußgenomen was der vorgeant von Oesterrich yczund an uns gebrochen hat. Und wir gebieten ouch dorumb allen und iglichen fursten, geistlichen und werntlichen, graven, fryen herren, rittern, knechten, unserm und des Richs hofrichter, lantrichtern und richtern, die yczund sind oder in czyten werdent und sust allen andern unsern und des Richs undertanen und getrēwen ernstlich und vesticlich mit disem brief, das sy die vorgeanten amman und lantlūte wider söllich unser gnad und fryheit nit hindern, fürtriben, dringen oder irren sollen in kein wise, sunder sy daby beliben lassen, als lieb in sy unser und des Richs swär ungnade zu vermeiden.

Mit urkund diß briefs versigelt mit unserr kunglicher maiestat insigel. Geben zü Costencz nach Christs gebürt vierczehenhundert jare und dornach in dem siebenczehenden jar, des nechsten frytags nach unser frowen tag Annunciacionis, unserr Riche des ungrischen etc. in dem drißigsten und des romischen in dem sibenden jaren.

Auf dem Falze: Ad mandatum domini regis Johes. Kirchen.

Das Majestätssiegel hängt wohlerhalten an blau-roter Seidenschnur.

St.-A. Nidwalden Orig. Pergament.

Eingetragen im Reichsregister F 9^v und 10 Hof- und St. A. Wien. Vgl. Altmann Reg. Imp. XI Die Urk. Kaiser Sigmunds (1896) No. 2147.

VI.

1432, 25. Juli.

Obwalden behauptet, dass für gemeinsame Landessachen die allgemeine Landsgemeinde zu Wisserlen zuständig sei.

Unser willig dienst vor besonder güten frünt und getrüwen eignossen üch ist wol ze wüssen, wie uf unser gemein lant gevallen ist, einen schäffner ze geben dem gotzhus ze Engelberg, uf dz selb wir gebetten und gemant sin dz ze vollenden und dz ze thün. Haben öch darin ein bidermann gemeldet nit dem Wald, als üch wol wüssent ist. Wir hant öch unsern lantlüt nid dem Wald fürgeben zü inen ze kåren uf ein acher, als dz von alter dahar komen ist, wenn gemein lantsachen mit einandren uszurichten hant, ist uns noch von inen kein antwürt worden. Wir haben wol vernomen, wie dz si ir gemeind haben wellen von Sunnentag über acht tag nach dätt dis briefs, wz aber da fürgang habe, mugen wir nit wüssen, won wes wir ermant sint, des wellen wir billich und gern gehorsam sin und dem gnüg thün und wz denn ze Wisserlen uf dem acher von einer gemeind dz mer wirt, ob es yoch uf uns fiel, daby wellen wir beliben und dem genüg thün. Geben an sant Jacobs tag anno dñi m^occcc^o xxxij^o.

Amman und lantlüt ze Underwalden ob dem Kernwald.

Spuren des aussen aufgedrückten Landessiegels.

Adresse: Dien fromen wisen dem schultheis und rät ze Luczern unsern besondern güten fründen und getrüwen eignossen.

St.-A. Luzern (Akten Engelberg) Orig. Papier.

VII.

1467, 1. Mai.

**Ob- und Nidwalden stellen die übergreifende Geltung von Landrecht-
aufnahmen im einen Teile fest und regeln die Verteilung des Udels für „aus-
wärtige Landleute“.**

Wir die landtamman und die lantlüt gemeinlich ze Underwalden ob und nid dem Wald tûn kûnd menlichem mit dissem brief und verjehent offentlich fûr ûns und ûnser nachkomen, das wir mit einhelligem rate übereinkömen sind, was lantluten wir hiefûrhin nâment werden, die ûssert ûnserm land seshaft sind über fûnf pfûnt ûnsers lands werschaft, das wir sôllicher genömener lantlûten ûdel, so ûns einer git, mit einandern teilen sôllen, also wenn wir ob dem Wald ein zû lantman nâment, der nit under ûns sitzt, und under ûns nit wônhaft ist oder sin wil, was ûns der ze ûdel git, des sollen wir unsern lantluten nid dem Wald geben ein dritteil und sôllen wir zwen teil beh^oben und wenn wir nit dem Wald ein zû lantman nâment, der nit under ûns sitzt und by ûns nit wônhaft sin wil, was ûns der ze ûdel git, da sollen wir unsern lantluten ob dem Wald geben zwen teil und sollen wir ein dritteil ûns selben beh^aben und sol enwedder teil dem andern des nit vor sin nach keins wegs usgan, denn es sol umb sollich genomen lantlut, die nit under ûns sitzend und in unserm land nit hûsheblich sin wôllent, also gehalten und dem also nachgangen werden, doch das denn sôllich genömen lantlüt wedderhalb sye genomen werdent, lantlüt heisen und sin sôllen oben und niden, als ander lantlüt und hand denn harinn ûns selben vorbehan: were das wir deheinest eins andern mit einandern ze râte wûrden des ze endern oder abzesprechen, das wir des gewalt haben und das wol tûn mögen. Des alles zû ûrkûnd vorgeschribner dingen, so hand wir ûnsers gemeinen lands insigel offentlichen lassen henken an dissien brief, der geben ist an dem Meygentag do man von der geburt Cristi zalt vierzehen hundert und in dem sibem und sechzigösten jare.

Das gemeinsame alte Siegel hängt beschädigt in braunem Wachs.

St.-A. Obwalden No. 87.

(Rückseitige Aufschrift aus dem Anf. d. XVII. Jahrh.): Vergleich zwüschen ob und nid dem Wald, dass man die angenommen nûwen Landtlüt ob oder nid dem Wald, die ob dem Wald zwen, nid dem Wald der dritte Teil darvon nemmen soll.

VIII.

1470, 14. Oktober.

A.

sog. „Landrechtsbrief“.

Wir die landtammane rât und gantz gemeind ze Underwalden ob und nid dem Kernwald tünd künd menlichem mit dissem brief, als wir zü Wyserlen an einer grössen gemeind by einandern gewâsen sind uf hüt datum dis briefs von grösser sachen und bans wâgen, damit wir swârlîch beladen und bekûmbert waren durch ettlich únser lantlút über das, das wir meinten únser bünd úns darfür sin und úns darfür schirmen sölten. Darzû únser lieben gûten frúnden und getrúwen eidgnóssen von stetten und lendern treffenlichen bôtten kamen mit namen von Zürich, Lützeren, Ure, Swytz und Zügg und úns hûlfen die sachen hinn und ab tûn im besten. Und als dis beschach, ist ein gantze gemeind allda ze râte wórden, umb das, das wir hiefürhinn söllicher sachen entladen wâren und nit so swârlîch bekûmbert wúrden und in bessren rúwen bliben und hand daselbs zü Wiserlen den ammannen und ráten ob und nid dem Wald bevólhen und sie geheissen einen zymmlichen eid in schrift stellen, als hie nach geschriben stat, den wir die gantze gemeind ob und nid dem Wald je zü fúmf jaren, minder oder mer, als sich das je hoyschet úngevarlich und mann ze rate wirt, zü ewigen zyten swerren söl, ein jeklicher, der über sechzehen jar alt ist, er sy lantman öder hindersâss, die nit lantlút sind und jar und tag im land gewâsen sind. Das wir die ammann und rât vórgenant getan und den eid gestellt hand in massen, als der von wórt ze wórt hienach geschriben stât. Dem ist also, das ein jeklicher lantman und ein jeklicher hindersâss, der in únserm land hinder úns sitzt und wónhaft ist und bisúndern der hindersâss, der in únserm land hinder úns in únserm schirm sin wil, swerren sölent gelert eide mit ufgehabnen henden liplich zü got und den heiligen, als das hienach geschriben stât, unsers gemeinen lands nütz und ere ze fúrderen und únsern schaden ze warnen und ze wenden und by dem selben eid, das wir all einandern behúlfen und beráten sin sölent mit gûten trúwen und einandern schútzen und schirmen by allem dem darzû wir recht hand, und ob jeman, wer der wéri, er were ein lantman öder frómd, únser dekeinen lantman öder lantwib oder jeman der by úns seshaft öder wónhaft wâren wider rechtz überfaren und úbertún wólt, anders denn billich öder recht were, das wir darzû all und jeklicher lantman tûn und einer dem andern behúlfen und beraten sin die ammanne, die rât und die lantlút, und ob die amman daby und mit nit wâren, nach daby gesin móchten, so sölten es ir statthalter und botten tûn, das ein jeklicher an dem also úbertan werden wólti, geschirmt werde zúm rechten

und öuch, das man in dem eid sunderlich swerren söl, das enhein lantman den andern nit bekúmben nach mit keinen fromden gericht^{en} fürnâmen söl, weder mit geistlichen nach mit weltlichen, nach öuch nit in acht nach in bann tûn söl nach schaffen getan werden, in keinwâg umb kein gût, das in ünserm land gelegen und hinder úns ist, nach anders umb enhein sach überall, nüt vorbehept, denn allein umb ee und öffnen wücher. Es were denn sach, das einer ein sach ze tûne hette und das für ein amman und die lantlút kâme under dem einer were und die düchti, das es sachen wâren, das sie ims erlôupten und also ufgelüffen wâren, das sie imms erlôuben möchten, wedderthalb das were, ob oder nid dem Wald, denn so möcht einer sin sach fürnâmen, so sie imm erlôupt würde und anders nach e nit. Es sol öuch ein jeklicher lantman und hinder sâss swerren in dem selben eide, ob und nid dem Wald eim landtamman gehörsam ze sin und sinen bötten zü der lantluten sachen, also das jetwedder amman und lantlút eim zü gebieten haben sollen, was sie dünki ünserns (!) gemeinen lands nütz und ere sy zü der lantluten sachen, und dem gebött söl ein jeklicher gehörsam sin und darwider nit sin, wederthalb dem Wald einer je were oder hinnkâme. Und by dem selben eid, ob einer der ob dem Wald were und nid den Wald kâme und sachen fürgenömen hetti öder fürnâmen und tûn wölti, das da ein amman und die lantlút düchti nit billich nach recht were, öuch únsers gemeinen lands nütz und ere nit sin möchti, so söllent sie dem gebieten by sim eid von sollichen sachen und sinem fürnâmen ze lassen und sol der, dem also gebötten wirt, dem amman und den lantluten daselbs by dem eid, so er geswörn hat, gehörsam sin zü gleicher wise, als hetten imms der amman und die lantlút öder ir botten ob dem Wald gebotten. Desselben glich öb einer nid den (!) Wald ob den Wald kâme und sachen fürgenommen hetti oder fürnâmen und tûn wölti, das da ein amman und die lantlút düchti nit billich nach recht were, öuch unsers gemeinen lands nütz und ere nit sin möchti, so söllent si dem gebieten by sim eid von söllichen sachen und sinem fürnâmen ze lassen und sol der, dem also gebotten wirt, dem amman und den lantluten daselbs by dem eid, so er geswörn hat, gehörsam sin zü gleicher wise, als hetten imms der amman und die lantlút oder ir botten ob dem Wald gebötten. Und also, weler diss^{en} eid und das vorstät und die gebött übersechi und übergiengi und dis nit hielti und ungehörsam würde und des die ammanne und die lantlute und gemeinde, öder jeman der by úns were, es weren lantlút öder hinderseßen zü schaden kâmen, der selb ungehörsam, der sol denn erloß und meineidig sin, und sölleⁿ wir die ammanne und die lantlute wederthalb er were zü sim lib und zü sim gût richten, als zü einem meineiden erlosen man. Und umbe das, das dis alles wie vörstat von uns allen war stet und vest gehalten werde, so hand wir die landtammanne und die gantz gemeind zü Underwalden ob und nid dem Wald dis alles, wie vorgeschriben stat, uf úns genömen und disser briefen zwen glich geheissen schriben, der

einer ob dem Wald, der ander nit dem Wald sin söl umb das, das mann wüsse je zů fünf jaren minder oder mer, wie das je die gemeinden ob und nid dem Walde ze rate werdent, ze swerren. Dis also bestan und gehalten werden söl untz das einer gantzen gemeind darumb wider gan Wisserlen verkünt wirt und dahinn koment zesemmen; wie es denn die machet, endret, uf oder abspricht, mindret öder meret, daby söl es denn blyben und bestan. Und des alles zů ürkünd, so hand wir die vorgeanten landtamman und die gantz gemeind únsers gemeinen lands insigel zů Underwalden offentlichen lassen henken an dissen brief, der geben ist an dem nesten sündag vör sant Gallen tag, do man von Göttes gebürt zalt vierzehen hündert und in dem sibenzigösten jare etc.

St.-A. Obwalden und St.-A. Nidwalden. Orig.-Perg. von der Hand des Obwaldner Landschreibers Hans Schriber, mit dem alten gemeinsamen Landessiegel in grünem Wachs an doppeltem Pergamentriemen.

B.

Gemeinsamer Aufsatz über Eehandel und Kleiderluxus.

Wir die gantz gemeind ze Underwalden ob und nid dem Kernwald hand ufgesetzt zů Wyserlen an Sündag vor sant Gallen tag, als man von Gottes gebürt zalt vierzehen hündert und im sibenzigösten jare von elicher sachen wegen also: Were, das jeman mit dem andern ze tüne hetti oder gewünne von der e wegen, das da nieman dem andern die so angesprochen werdent us dem gericht von Cöstitz nit entfrömden nach darús verschaffen sol in kein weg, denn jederman sol recht darumb ze Cöstitz lan gan, wie das von alter harkömen ist. — Were aber das jeman dem andern, die jeman in ansprach hetti, us dem selben gericht entfrömdetti und darús verschüffe und dem rechten ze Cöstitz nit nach giengi, und des der ansprecher zů schaden kâme, so söllent der und die, so die angesprochenen dem gericht entfrömdent und verschaffent, die ansprecher von allem schaden wysen, darin sie der sach köment.

Wer öuch vögtkind hât, die von der e wegen gan Cöstitz müsten öder dar kâmen züm rechten, da söllent die vogt das recht da ze Cöstitz lan usgan.

Were aber, das ein vögt zů siner vögtkinden handen appollieren (!) wölti, das söl ein vögt tün in sim cösten und nit in siner vögtkinden cösten, denn kâme eins vögtkind, der also appollierte, des zů schaden, da söl es der vogt von allem schaden wisen.

Aber hand wir ufgesetzt vön der gesnâbelten schûn und stieflen wâgen, das nieman einhein snabel wöder an schûn nach an styeflen machen söl, die lenger sin, denn eins gelids lang an einem vinger, denn weler schûmacher die lenger machti, der ist kön umb j lib., wer sie öuch lenger treyt, der ist öuch kön umb j lib.

Es sol öuch nieman enheins kürzes gewand, röck nach mentel nit machen, als man nü gemacht hat, denn einer söl sin röck und mentel lan machen, das sie imm sin scham tecken und weler sy eim kürtzer machti, der sol kön sin umb j lib., weler sy öuch kürtzer treit, der sol öuch umb j lib. kön sin.

Doch was schün öder styeflen und öuch söllichs gewands ungevarlich vör dissen ufsetzen gemacht ist, die mog (!) einer brechen.

St.-A. Nidwalden. Papierbogen. Hand des Obwaldner Land-schreibers Hans Schriber.

IX.

1548, 17. Januar.

Vertrag zwischen Ob- und Nidwalden über Vertretung auf Tagsatzungen etc.

Im tūsennd fünfhundert fierzic und acht iar uf zinstage was sannt Antoniustag, ist etwas verträgun beschâchen anträffend spänn unnd mis-verstännde der ryten und tagleistungenn einem Lannd ob und nit dem Kärnwald unz zūkomen verwäsende, die sâlbigen syen zū kungen und keysern, fürstenn und herren, glichförmig ouch rächtsprâchung, tag-leistungen vonn gemeinenn Eydtgnosenn angesâchenn, dessâlbigen glichen fünff und vier ortenn und Waldsteten, durch dise obenn und nach be-nempten männer und personen us gūtem angesâchen vonn iren herren und obern ob und nit dem Kârnnwald dartzū geornet und gewidmet, die sâlbigen spänn und misverstänn in rûwe und gūtem zerlegenn und söllichs ir thûn und hanndlen in diser sache iro herrenn und obern zū beiden theilenn und parthienn gütlich und früntlich angenomenn und zūgesagt, wolgehanndlet und gemacht, fürhin sy und ir nachkomen zū gebruchenn und als zū beidenn theilenn ob und nit dem Kärnwald ver-ornetenn mit dem namen sollen genempt wârdenn. Ist anfangs und erst-lichenn ob dem Kârnnwald, als vonn einer grossenn kilchery Sarnenn ver-ordnet gesin die fromenn und wysenn Nicklaus Wirtz lanndamann und der zite panerher, sampt ime Hans Burach, alter lanndvogt zū Lugarys, unnd als witer von einer grosenn kilchery Kârns Heinrich zum Wyssennbach alter lanndtamann unnd der zite stathalter, sampt ime Heinrich ob dem Brunenn alter landtvogt zu Minderiso, und als vonn einer kleinenn kilchery Alpnacht Symone im Grund alter lanndtvogt im Ergow, vonn einer kilchery Sachslenn Baschion Omly alter lanndtvogt im Meintal, von einer kilchery Giswil darzū erwelt und verordnet (sic) gesin Johim Halter, aber us ehaffter noturfft nit mögenn erscheinenn, an sin state komenn Hanns Wirtz der zite seckelmeyster, unnd alß von einer kilchery Lungrenn Hanns im Fâld ouch des rats, als die verordnetenn ob dem Kârnnwald. Und als verordnet gesin nit dem Kârnwald die frommenn fürsichtigen und wysenn, als mit

nammenn Arnold Luse, der zite landammann nit dem Kårnnwald, Melcher Wildrich, alter lanndamann, Ludwig Zålger, der zite pannerherr, Melcher Stultze, der zite seckelmeyster, als die gesannten und verordnetenn nit dem Kårnnwald. Also erlütert wordenn, wie hernach verschrybenn stad: Als erstlichen und annfanngs erlütert die tagleistungenn in fünf ortenn als Lucernn, Ure, Schwytz, Unnderwalden und Zuge gehaltenn sollen wården, das wir als die ob dem Kårnnwald derenn angesetztenn tagleistungenn in dennenn ortenn zwo versächenn und dane als die nit dem Kårnnwald die dryt, die sålbigenn sien dane nützlich ald schädlich, es wäre dann sach, das wir zü beydenn theilenn ansächenn, das vonn unns ob und nit dem Kårnnwald zü beiden theilenn dahin schicktenn, sol doch die schickung dem theille, so der zite sollichenn tag versächenn soltenn unabrücklich sin, sonnders hernach so es die noturfft erfordert sin teil alleinig versächenn. Unnd als danne witer erlütert wordenn die tagleistungen, so angesetzts wurdenn in gänntzen umkreis der Eydtgnoschafft, als in denn dryzächenn ortenn, sampt denn zügewantenn Walis und Cur, die sålbigenn wurden danne angesetzts von fürstenn und herenn, und wir als ob und nit dem Kårnnwald dahin zü beiden teilen schicken welten, sol beidenn teillenn zügelasenn sin und dweder theil es dem andernn nit sol werren und darin redenn, ob glichwol der tag an einem theil wäre zü der zite, es sol dem an dem der tag werre, hernach an siner schickung kein abbruch sin, nützit vorbehalten, sonnders hernach sin theil enig versächenn. Witer die iar-rächnetenn als Lowys, Baden, Klösterrächnetenn im Turgow, ietz inhabenn und witer überkomenn möchtenn, sollen die ob dem Kårnnwald zwo iar-rächneten nach einandern versächenn und die drit nachvolgend die nit dem Kårnnwald versächenn und ob ann dem einenn theil solliche iar-rächnetenn wäre, sol der ander theil kein botenn dahin ordnen und setzenn, sonnders dem gehorenndenn theil die sålbig versächenn lasen, sy sigenn nützlich ald schädlich, was händel und sachenn ein iarrächnatē berürenn möchte. So aber besonnders händel und sachenn dahin komenn möchte, fürsten und herrenn anträffen möchte, so dane ein theil al bed da hin schickenn, ist zügelasenn, darin ze hanndlenn, das ein iarrächnetenn nit berürenn und der sålbigenn unabrücklich sin mochte. Witer verabscheidet und erkennt worden, das rytt wären zü frömdenn fürsten und heren und gemeyne Eydtgnosenn und zügewanntenn, besonndere ort userwålten und orneten ze ferytten inamenn gemeiner ortenn und sollich rytt uff ein lannd von Underwalden komen und fallen möchte ald wurde, sollenn die ob dem Kårnnwald zwenn versächenn und die nit dem Kårnnwald den drytten, sy sigenn danne nützlich ald schädlich unnd ob aber sollich rid von gemeinen Eydtgnosen angesächenn wurdenn ale ort gemeinlich ze feryten, sollen und mögenn ouch beid theil ob unnd nit dem Kårnnwald dahin ornenn und schicken und an dem theil sollicher ryt wäre unnd gehorte ze schickenn zü der zite nächst komennde kein abbruch sin, so beid theil schicktenn und sollichs angesächenn wurde von gemeinenn

Eydtgnosenn schickte (!), luter herin vorbehalten. — Witer unnd mer antrâffennd rächtsprâchung ist verabscheidet und erlüttert wordenn, so es darzü kommenn und fallen wurde, das mann vonn frömdenn fürstenn und herren ein rächtsprâcher ordnen und setzen müste von einem lannd von Unnderwaldenn, das die ob dem Kârnnwald zwen haben, nachkomend ein andernn setzenn und die nit dem Kârnnwald den drytem, was frömd fürstenn und herenn antrâffenn wäre. Aber antrâffennd wäre rechtsprâchung eins ort dem andernn, das die geschwornnenn pünd zûgâbenn, sollenn alwâgenn die ob dem Kârnnwald zwen versâchenn und die nit dem Kârnnwald denn drytem und der beiderley rächtsprâchenns gâgen ein andernn, dem andern unnachtheillig und abbrüchlich. Und zûlest sollen obgeschriben und gemaldet artickel unser beider fryheytt, gerâchtigkeit und alt loblich harkomenn ob und nit dem Kârnnwald habennde, es sige die panner und das sigel, unachteilig, unabruichlich zû beidenn theillenn sin und blibenn und des heruff zû warem vestenn und stâten ewigenn urkund und gûter gloubsame alles so herine obenn vergryffen und verschriben stad, so haben wir zû Underwalden, als wir ob dem Kârnnwald, ouch wir die nit denn (!) Kârnnwald zû beidenn theillenn unnser landts secrett unnd insigel herann gehânnekt fur unns unnd unnser nachkômenn. Datum gâben nach der geburt und mônthschwârdung Jesu Cryste unsers eywigen heilambs (!) unnd sâlligmachers gezalt als obstad.

St.-Arch. Obwalden und St.-A. Nidwalden gleichlautende Pergamentausfertigungen von der Hand des Obwaldner Landschreibers Heinrich Omlin. An doppelten geflochtenen weissroten Seidenschnüren hängen das neuere Sigel Obwaldens mit der Umschrift $\text{† S. VNIVERSITATIS} \circ \text{HOMINVM} \circ \text{DE} \circ \text{STANNES} \circ \text{SV} \mid \text{PERIORIS ET} \circ \text{VALLIS}$ (vgl. Schw. Arch. f. Heraldik 1905, Taf. I 2) und das alte Nidwaldner Landessigel.

X.

Ca. 1558/59.

Projekte einer Abänderung und Erweiterung des obigen Vertrages.

A.

Ein fertrag und abredung, so mine herren ob und nitt dem Khêrnwald mit einandren gsetzt und angenommen hand, namlich aller ritten halb, so an sy faltt für und für wie hernach erlüttert wirt etc.

Erstlich alle die ritt, so sich zûtragentt zû frömden fürsten und herren, sy sien gût old böß, sol man ob dem Wald zwen versêchen und nit dem Wald den driten.

Ouch die jarrechnungen zů Baden und zů Lowis und Luggaris ouch ob dem Wald zwey jar und dz dritt nit dem Wald.

Ouch so sich zůtrüge, dz ein apt sturbe in einem kloster, da wir zů regieren hand und ein andren apt helffen erwellen, sol ouch zwen ritt ob dem Wald und der dritt nit dem Wald sin.

Und sunst um gmein tagleistungen als gan Baden und Brunnen, old in welchers (ort?) der Eidtnoschafft dz wäre, ußgnon Luzern, sol ouch zwen ob dem Wald gehören und der dritt nit den Wald.

Und welche tag gan Luzern old gan Beggenried beschriben sind, sönd zwen ob dem Wald und der dritt nit dem Wald gwert werden.

Witter so sich rechtshendel zůtrügen, die dz gantz landt berürtten, sy sigen wit old noch, sönd allwäg zwen ob dem Wald und der dritt nit dem Wald versächen und ußeübt werden.

Und ist ouch harin lutter abgret, dz ietwödren theill sine botten belonen sölle allwägen; ußgnomen uff den jarrechnungen, so gënd wir ob dem Wald einem botten nit dem Wald die zwen teill der tagen, so er uß ist, für ieden tag j krö. zů lon, hinwidrum so ein bott ob dem Wald ist, sönd die nit dem Wald einem den dritten teill tagen für ieden ouch ein krö. zlon geben.

Witter ist ouch abgret, so sich fůgte der abgemeltten ritten keinen, ußgnomen die jarrechnungen, dz wir mit einandren unsren potten schickten, sol aber ieder theill sin botten versölden und sol der rechnung wie es sunst abgeteilt nützit gän noch nemen twedrem teill, es sig witt old noch.

Ouch düchte es uns gůtt und von nōtten, dz die lantschriber zů beden teillen ein besonders bůch darzů machten und allwäg uffzeichnen ein iede tagleistung, wie sy sich für und für zůtrůg und weller pott gsin, es sig witt old noch, rechtshendel old anders, wie sy vor von einandren gsündret sind, damit kunfftiger span und irrung vermitten und khein vorthel gebrucht werden möge.

Witter hand wir uns noch eins vereinbartt und erlüttret: so wir miteinandren ein gēlttheillung ansēchen und aber die nit glich gross old der ein theil ansēche und der ander nit, gebe es vill unwillens, ouch wēde allwäg vortel gebrucht, dem vorzūsinde sol fürhin ieder theill die sinen uffschriben und die bezalen, so under dem andren teill wonent, es sigen iunge kind old dienstpotten, wz aber hußheblich personen wēren uß eim teill in den andren zogen, die sond billich da sy sitzent bezahlt wēden.

Andenck der koufften landtlütten, so sy an einem ort dz lantrēcht koufft, old inen gschēnckt, ob sy am andren teill lantlütt sygen old nit.

St.-A. Nidwalden, Papierblatt mit der spätern falschen Datierung 23. März 1571. Schrift des Landschreibers Ulrich Langenstein.

B.

Hienach folgt ein lutttere abtheillung der rytten halb gegen unsern lantlütten.

Erstlich alle die ryt, so sich zütragent zü frömden fürsten und herren, sy sigent güt oder böß, wytt oder noch, sol man ob dem Wald zwen und nitt dem Wald den trytten versechen. Ouch sol die jarrechnungen zü Baden und Lowys und Luggaris ein besunderen umgang han und sol ouch allwegen zweymal ob dem Wald und das tryt nit dem Wald versechen werden. — So ouch ein apt stirbt in eim kloster, da wier zü keyeren hand und beschriben werdent, ein andern apt helffen erwellen, sol ouch zwey mal ob dem Wald, das trytt mal nytt dem Wald versechen werden. — Und sunst ander tagsatzungen, es sy gan Baden old Brunnen old in welches ort der Eydgnoschafft das welle, dan gan Lucern het sin besondere rechnung, sol ouch allwegen zwo ob dem Wald und die tryt nitt dem Wald versechen werden. Welche tagleystung aber gan Lucern old gan Beggenried fallent, sol ouch dise abtheyllung haben. — Witter so sich rechtshendel zütrügent, die das gantz lant antreffent, sygen wit oder noch, güt old böß, sol alwegen zwen ob dem Wald und der trytt nid dem Wald versechen werden.

Es ist ouch heyttter harin abgerett, das jeder theyl sine potten selbst belonen sol, es sigen lang oder kurtz tagleystungen, vorbehalten uff den jarrechnungen, so gend wier ob dem Wald dem potten nit dem Wald die zwen theil belonung und sy unsern potten den trytten theyl, für jeden tag ein kronen, und belonet jeder theyl jerlich an dem der ryt gesin, sine diener selbst. — Witter ist ouch harin abgerett, so sich der obgemelten rytten theinen, doch vorbehalten die jarrechnung, das wier mit einanderen die pottschaft schikten, sol aber jeder theil sin potten belonen und sol sunst der rechnung und abtheyllung nützit schaden oder geben noch nemen, es syge wytt und insunders in gloubenssachen, oder so es frömd fürsten antryfft, mogen wier wol zü beyden theylen potten schiken.

Es ist ouch abgerett, das die lantschryber an beyden orten harum ein eygen büch haben und die verloffnen ryt eigentlich darin verzeichnen, was ein jeder versechen, damit vergessung und span vermytten belybe.

Wytter so hand wir uns ouch mit einandern vereinbaret und erlütteret der gelttheyllung also, das fürohin in einer gelttheillung ein jeder theyl die sinen ufzeichnen und bezalen sol, welche under dem anderen theyl, wonent zü der zit, es sygen kint, die verdinget oder daselbst am dienst, wie sich dan fint und fürdeshin, so ettlich phersonen uß eim theil in den andren zogen und mit für und liecht da seßhaft, die erboren und nit erkoufft lantlüt sind, die söllent in dem theil, da sy sitzent, der gelttheillung gnoß sin und für lantkind geachtet werden, wie von altter har gebrucht.

Aber welche fürhin zü lantlütten angenommen, es sige das es inen geschenkt oder erkoufft, die selbigen söllend allein in dem theil, da sy

angenomen, lantlüt sin, und so der selbigen einen uß dem theyl in den anderen zuge mit für und liecht, sol er daselbst nit ein lantman sin, sy haben inne dan gern dafür oder er erkouffe das, wie brüchlich an jedem ort. Semlichs alles uffgesetzt und gemacht im jar, als man zalt nach der heylsamen gepurt Cryste thusent fünfhundert fünfzig und acht jare.

Ältestes Landbuch von Obwalden S. 40^b ff. Eintrag von der Hand des Landschreibers Heinrich zum Wissenbach (ca. 1571—1577).

Über die teilweise Verderbtheit dieser Überlieferung siehe oben S. 173. Immerhin ist sie nicht eine bloße Transcription des Textes A, sondern geht zweifellos auf einen Entwurf aus einem spätern Stadium der Verhandlungen zurück, da das letzte Traktandum, das hier deutlich geregelt erscheint, in A erst angeregt wird und dort auch der Zusatz über die Besoldung der Diener der Tagherren fehlt.

Zum Datum vgl. oben S. 173 und 252, über die Eintragung S. 253 Anm. 1.

XI.

1571, 23. März.

Vertrag um Verbote, Injurienfälle, liegende Güter.

Uff fryttag vor Lettare anno 1571 handt diser nachbenempten Anderist Schönenbül Landtaman ob dem Kärnwaldt, Marckquart Im Fäldt, Statthalter, Houpman Melcher von Flû, Ritter, alltter Landtvogt im Meinthal als Gsanten und verornette von unsern getrüwen lieben Landtlüten ob dem Kärnwaldt und Melchior Lußy, Ritter und Landtaman nidt dem Khärnwaldt, Johannes Waßer, Ritter und alter Landtaman, Wolffgang Lußy, Statthalter, Houpman Heinrich von Uri al verordnete nidt dem Waldt, zû Stanß versampt uß bevelch unser Heren und Obern ob und nit dem Khärnwaldt nachvolgende Abredung uff Gfallen beider Lantzgemeinden mit einandern gethan, künfftig Span hiemit zû verhütten wie nachvolgt namlichen:

Zum ersten von wegen der Verpotten, das kein Landtman dem andern verpietten sölle, allein vorbhalten, so einer nit wüße von ein bsalt zû wärden und des von des andern Oberkeit, da einer gsäßen, glaublichen Schin hed zû erzeugen, das ime nüt zû wärden, danenthin mag einer wol dem andern verpietten laßen, wo er das sin beträtten mag, doch so er ime gnügsame Bürgschafft und Throstung umb die Ansprach gipt, so sol danenthin das Verpott uffghept sin. Zû dem andern, wo ein Lib- old Erbval valt, daßälbst sol man ouch einandern, waß allein das gfallen Erb anthrifft, verpietten mögen laßen, biß dahin, das mēckhlichem umb sin Ansprachen gnüg beschicht. Zû dem dritten mag ouch ein Wirt umb Zergält und derglichen einem wol sine Kleider, Hab und Gütt, so er by im hed, verpietten old hinder ein Amptsman legen, biß er umb das sin bsalt wirt. Fill minder sönd die frömbden Gwalt han, söllcher Gestalt.

wie gemeldett einem das sin in des andern Gricht zů verpieten, sondern mēcklichen den andern, da ēr sāschaft ist, billich bsūchen und welcher söllichs übersāche, ußgenomen die vorgemeltten vorbhalttlichen Arthickel, der sol zwēntzig Pfund zBūß sinen Heren verfallen sin und sim Sācher allen erlittnen Costen abtragen.

Zum andern, welcher dem andern vorwärtz old hinterrucks zůretten und einer einen beträten mag, da mag einer einen thūn zum Rächten zschweren, da d'Wort verlossen und dasälbst d'Sach mit dem Rächten erttern und ußmachen. Es sol ouch dheiner dem andern nūt verheißen noch versprechen anderer Gestalt, dan wie vorgemelt under oder by anderen Richtern Antwort z'gen, ouch by zwēntzig Pfunden zBuß und dem Sācher allen Costen abtragen, welcher darwider thūtt.

Zum driten so sölle entwädern Theil dem andern khein ligendt Gūt wäder Alpen noch anderß nit verkouffen sölle noch möge by Verlierung der Güttern, so verkoufft sindt worden. Waß aber an einen, eß sige ob old nit dem Wald Erbs wiß valt und kompt, aldiewil daßälbig in Erbs wiß gat, so sölle und mögen diesalbigen old dersälbig das Gūt so Erbs wiß an in komen ist, bruchen, nutzen und nießen, wie sin old iren eigen Gūt nach sinem Willen und Gfallen. Doch so sol dersälbig by obgemeltter Būß, by Verlierung des Gūts nit Gwalt han einich Gūt, so in des andern Gricht und Gepiet gelēgen, zů verkouffen, er gäbe dan daßälbig in das Gericht und Gepiet, darin die Gütter gelēgen sindt.

Zum vierten, so sölle ouch die ob dem Waldt denen nidt dem Waldt, ouch die nit dem Wald denen ob dem Waldt, entwedern Theil dem andern kein ligendt Gūt zů Lechen laßen by Verlierung des sälbigen Gūts und obschon glich einer der nit dem Waldt gesäßen wäre, ein Gūt, das im Gricht ob dem Wald lēge, ererbt hätte und ēr daßälbig Gūt um Ziß und Lechen laßen weltte, so sol ēr das niemand anderst zů Lechen laßen, dan in das Gricht, darin daßälbig Gūt gelegen ist. Glichen Verstandt sol es han, so einer ob dem Waldt ein Gūt hätte, das nidt dem Waldt lēge, sol er daßälbig ouch nienent dan nidt den Waldt in das Gricht, darin das Gūt lit zu Len laßen, by obgemeltter Būß. Doch so sölle disere Arthickel fürohin by vorgeanten Pennen und Bußen ghalten werden.

Und waß aber dafürohin alte Bruch, Alpen- und Landrächt sindt, darby sol es ouch gēntzlich pliben. —

Der koufften Landtlüten halb und nūw Landtlüt ze nemen ist einmal, diewil entwädern Theil von iren Heren und Obern dhein Bevelch gehept, angstellt. Mögendts die Heren Gsanten zů beiden Theillen an sine Heren und Obern bringen, ob man hierum etwaß Abredung thūn welle. —

St.-A. Nidwalden. Papier. Schrift des Landschreibers Jost Lussy.

XII.

Akten des Handels von 1589.

A.

Unser der gsandten von Underwalden nidt dem Kernwald an statt unser herrn und obern klag und beschwärd gegen unsern g. l. mittlandtlüten und brüdern ob dem Wald, 20. July 1589.

Zum ersten so hand wir jederzytt mitt inen landtlich und brüderlich gehandelt, sy im wenigsten weder getrengt noch einiche yngriff (alls sy vermeinend) gethan, dann was zum ersten die longeuellische Handlung betrifft, hand wir dasselbig an einer gantzen landsgemeind an der Aa, da man ein landtamman setzt, gegen ihren eerengesandten verantwort und wüssend es ouch jetzunder abermalen eerlich zu verantworten in massen, das ob Gott wil ir unser g. l. a. e. mittlandtlütt und wol verthruwte brüdern unser unschuld daby gnügsamlich sehen und erkennen werden.

Zum andern, alls wir verschinens 1587 jars unser bottschaftt ouch uff die jarrechnung gan Baden geschickt, wöllichs dem vertrag zuwider, alls dann domalen sy unser gethrüw lieb landtlütt und brüoder ouch wolltend vor gemeinen eydgnossen durch iren rhatsgesandten oder ein schryben verklagt oder verkleinert haben und umb so vil wytter nitt by und nebens unsern gesandten sitzen wollen, glych alls ob wir oder unsre gesandte nitt wärt by und mitt zů sitzen. Wöllichs aber ir unser l. g. l. a. e. mittlandtlütt und wol verthruwte brüdere nitt gut geachtet, uß vilen gründen und ursachen und sonderlich solliche sachen vor unsers gloubens widerwertigen zů eroffnen, wölliche one zweyffel ab söllicher unser zwytracht meer gfallens dann leids geschöpfft haben wurden, dessen nun unser g. herren und obern üch alls iren g. l. a. e. m. und b. von den 4 orten höchsten danck sagent und wüssent, ja ouch den selbigen hiemitt widerumb thünd und erholent für solliche und andre brüderliche thrüw und güthaten. Ir söllend ouch nit zweyfflen, wann das sy — und ouch wir für unsre personen — deßen zů güttem nimmer vergessen, sonder gethrüwlich und nach bestem vermögen zů verdienen haben werden.

Das nun die obgemelte unsre bottschafttschickung im wenigsten nitt wider unsern vertrag sye, verhoffend wir vor üch unsern g. l. a. e. m. und b. gnügsam und wol zů verantworten, dann unsre herren und obern, wie oben gehöret, nie gsinnet gsin und noch nit, wider den vertrag ze handeln, so würdt es sich uß unsers gesandten instruction befinden, das er im wenigsten ützt gehandelt, was die jarrechnung antreffen. So vil aber g. l. a. e. wolverthruwte mittlandtlütt und brüdere, die schickung unser bottschaftten belangt, das wir jederzytt billichen die selbigen schicken mögen, wie das nun vil jaren har beschehen, verhoffen wir das uns söllichs

niemandt zů wören haben sölle, sonderlich was religions- ouch fürsten- und herrensachen antrifft, da zwar unsre herren und obern, wo es ein andre gestalt hette, den kosten wol ersparen möchten und wöllten, diewyl aber unserm geliepten vatterland an söllichen dingen so vil gelegen und sonderlich ouch üch unsern g. l. a. e. m. und brüdern uß vilen mitthin zůfallenden nottwendigkeiten, damitt ir dannocht ouch wüssen und sächen mögen, das uns deß vatterlands sachen angelegen, und das man sich ouch gerüst und versehen mache, hiemitt in solchen hochwichtigen sachen nützit versumpt werde, dann ee das ein ratsgsandter so ab tagen heimkomt an einem ort die sachen oder abscheid abhören lasse und dann erst der bericht by langem der andern oberkeit zůkomme, möchte hierzwüschen nit allein unserm ort vil schadens und nachtheils ervolgen, sonder ouch gemeinen catholischen orten nit lydenlich syn wurde, derglychen hochwichtige sachen uff den langen banck zů spilen. Vermeinend derhalben, es söllend unser g. l. landtlütt und brüder ob dem wald söllichs von unsern herren und obern vil er zů güttem danck, dann zů unwillen und undanck uffnehmen.

Und wiewol unser g. herren und obern sich uß vil meer grundtlichen ursachen ab iren g. l. mittlandtlütten und brüdern ob dem Kernwald zů erklagen hettend, so habend sy doch dasselbig umb deß besten ouch landtlicher und brüderlicher thrüw und liebe willen underlaßen, innsonderheit diewyl inen wol bewußt, das einer eerlichen oberkeit ob dem wald an ettlichen unbescheidenlichen sachen, so by inen fürgenommen worden nitt gedient, sonder ein billich mißfallen darab genommen, ußgenommen in einer säch, wie inen unsern g. l. mittlandtlütten und brüdern ob dem Wald wol bewußt, in was lasts und nachtheils sy sich selbs und unser herren und obern nidd dem Kernwald wider der fünff orten abscheid über den Brünigk zů zühen gebracht, wöllichs dann one unser herren und obern bewilligung beschehen¹⁾.

Nützit desto weniger und ungeacht diß alles, habend unsere herren und obern sy alls ire g. l. mittlandtlütt und brüdere billichen nitt verlaßen und irem und unsers gemeinen gantzen lands eerlich zeichen und paner nachgezogen, was aber daruß ervolget (. wie dann beschicht, so man andern eydgnoßen und irem gütten rhat nit volgen wil.) ist leider offentlich am tag.

Dises aber die wyl es ein allte säch, wurden villicht unser g. herren und obern dem lieben gott bevelhen und bemellten iren g. l. mittlandtlütten und brüdern ob dem wald nitt meer zů gedächtnuß legen, sonder desselbigen ouch gern vergeßen, wann nitt sydhar unrüwige lütt by inen ob dem wald widerumb tags und nachts in rotten²⁾ über den Brünigk geloffen, und wo Gott der herr und ein eerliche oberkeit nitt darvor gsin,

¹⁾ Anspielung auf den Brünigzug 1528.

²⁾ „In rottenwyß“, im zweiten Exemplar.

wäre man aber in sölliche unbesindte spil und sachen one vorwüssen üwer unser g. l. a. e. m. und b. ouch unser herren und obern, nit one deß vatterlands schaden und verkleinerung geraten¹⁾.

Es ist aber ouch an dem selbigen nitt gnüg gsin, wann das abermalen ettliche unrüwige lütt by inen in dem Glarnerhandel und span sich nachts züsamen gethan und mitt harnast und gwören den herren landtamman Wirtzen säligen nachts uß sinem huß ervordret und ime angehalten, einen so unsern herren und obern im selben handel ungehorsam war, mitt gwallt uß der gfangenschafft ze nemmen, wöllichs aber er der herr landtamman alls ein fürsichtiger mann mitt gütten worten, sy sölle erwarten, bis das er einen ersamen landtsrat bschicken oder besamlen möge, abgeschafft. Wo nun söllichem mitt wysem rhat nitt begegnet wäre, haben ir unser g. l. a. e. m. und b. alls die hochverstendigen wol zü ermessen, was daruß hette volgen mögen²⁾.

Zum dritten so hand ettlich unrüwig lüt by inen, zwyffelson one der oberkeit wüssen und willen, offtermalen unsern herren und obern gethröwt, sy mitt der paner, die doch iren und unsers landts gemein ist one rechtmässige ursachen und zuwider aller pündten zü überzühen.

Zum 4^{ten} so sind ouch ettlich unrüwige lütt by inen, so die unsern ouch dahin bereden wölle und vorhabens gsin, im calenderspan mitt deß gemeinen landts paner zü üweren und unsern g. l. a. e. und b. von Schwytz gan Brunnen ze zühen und daselbst alls sy vermeint, inen ein grossen anhang von gemeinen landtlütten von Uri und von Schwytz zemachen, damitt die selbigen beyde ort mitt iren erlichen zeichen und panern ouch zü inen gezogen wärent³⁾, da abermalen wir üch unsern g. l. a. e. m. und b. zü bedencken geben, was uß einer solchen sach, die man one der rechten ordenlichen oberkeit wüssen und willen fürgenommen und understanden, hette ervolgen mögen.

Und wie wol, wie oben gemeldet, sölliche händel all (ußgenommen der erst) one der oberkeit bewilligung fürgenommen worden, so hand doch unsre herren und obern uff ir vilfaltigs schryben nie spüren noch vernehmen können, das sy sollche unrüwige lütt by inen, wie aber unsre herren und obern vilen der iren gethan, mitt gfangenschafft oder andern gebürlichen straffen gezüchtiget habent. —

Derhalben in betrachtung deß alles, können wir an statt und in nammen unser herren und obern üch alls iren g. l. a. e. m. und b. uß sonderm verthruwen billichen nitt verhallten, wann das den selbigen unsern herren solch sachen eben schwärlich obligent, ouch sy nitt für ratsam ansicht zü erwarten, das sollche unrüwige lütt sy und uns noch

¹⁾ Bezieht sich auf die Ereignisse von 1561 (vgl. Jahrb. XXXII, S. 225 f.).

²⁾ 1561, 3. Sept. (l. c. 229).

³⁾ 1583.

in wyttern unfal, gfar und unrûw bringen möchten, derhalben uns beyder-
syts ze frommen und ze güttem hoch von nötten, derglychen sachen by
inen endtlich abgeschafft werden, damitt wir in warer mittlandtlicher
brüderlicher thrûw ouch güttem friden, rûw und einigkeit (wie unsre
frommen alltvordern ouch gethan und gwüßlich von unsern herren und
obern zû irem theil anders nitt gehört werden sol) mitteinandern husen,
leben und blyben mögent.

Was nun ferners die bottenschickung belangt uff die tagsatzungen,
wohin dann die beschriben werden, wie dann offtermalen sich zûtragt,
es syen glych fünff, siben oder meer ortische oder gemeine eydtgnossische
tagleistungen, da sind wir gantz und gar nitt darwider, das sy unser g. l.
landtlütt nach ußwysung deß vertrags der selben tagleistungen zwo und
wir die dritte versehen söllent und ist ouch diser vertrag also mittein-
andern bester einfeltiger meinung abgeret und angenommen, ouch nitt one
ursach, dann sy bemelt unser g. l. landtlütt ob dem wald vast meerer-
theils vornaher ir bottschaftt allein uff die tagleistungen geschickt, wie
sich das in dem abscheidbuch zû Baden wol befindt, das sy nitt nun
zwen gsannnte gschickt und wir keinen, sonder ettwan dry, ettwan 4,
ettwan 5, ettwan 6, ettwan 7, da wir nidt dem wald keinen gschickt,
wiewol sich zû den selbigen zyten nitt so vil hoher und wichtiger sachen
zügetragen, wie aber jetzt ein gütte zytt har beschechen, da dann üch
unsern g. l. a. e. m. und b. der übrigen vier orten ouch also gefellig und
annemlich uß oberzellten gründen und ursachen üwre eersame bott-
schafften ze schicken. Ir hand üch ouch zû erinnern und wüssent, das
es nunmeer by üch in üwern orten, uß derglychen hochwichtigen ur-
sachen und gschefften so mitthin stäts fürfallend, das ir nun vast meerers-
theils ouch zwyfache bottschaftten schickend, wie ir dann deßen ouch
befügt von wegen der wichtigen ertragenheit der sachen. Also vermeinent
unsre herren und obern ouch in glycher gstalt befügt ze synd ir bott-
schafft ze schicken, wie wol es doch der vertrag lutter nitt nun an einem
ort vermeldet, das wir ouch schicken söllent und mögent.

Was dann die closterrechnungen betrifft, da reden wir nützit darzü.

Allso ouch der sätzen oder rechtsprechern halb, das sy lutt deß
vertrags zwen und wir einen ze geben habent, deßglychen so uff ein ort
Unterwalden ritt angesehen oder geordnet wurden zû frömbden fürsten
und herren, das sy abermalen die zwen und wir den dritten botten ze-
geben habent. Sonst so ist ouch lut deß vertrags nie kein span gewesen
der ritten halb zû fürsten und herren ze rytten, wie das der vertrag vermag.

Und zû meerer lüttrung der sachen, sagen wir, was nun betrifft
den vertrag an dem ort da meldung bschicht, das sy ob dem Wald zwen
sätz oder rechtsprecher und wir nidt dem Wald den dritten zegeben
habent oder ouch der rechtsprechern halb eines orts gegen dem andern,
wie das die geschwornen pündt zügebent, da lassent wir uns lutter gfallen,
was der vertrag deß orts zügibt und vermag. Wann aber fürsten und

herren solche sätz oder rechtsprecher selbst uß einem oder meer orten erkießend und ernamptend, alls dann meermalen beschehen und zů einem exempel, weißt man, wie der herzog von Sauoy in sinem span mitt unsern eydgnossen von Bern syne sätz und rechtsprecher ouch selbs uß ettlichen orten erkießt und ernamset ghept, da vermeinen wir, wo sich ein sollcher fal mitt uns zůtragen sölle, man uns nützit daryn ze reden haben, diewyl es wol beschehen mag und ein solches der vertrag nit verbindt, dann also haben doch wir uns ouch wolgefallen lassen, wie herr landtamman von Flû ob dem wald in dem spännigen handel zwüschen Savoy und Bern erkießt ward, derhalben wir uns ouch nitt anders zů unsern g. l. mittlandtlütten und brüder ob dem Wald versehen, wann das sy uns ouch hettend kein yntrag thûn sôllen, wie aber beschehen in dem handel und span zwüschen der fürstin von Longeville und der gräffin von Valendys, da sy ouch den herren landtamman Lussy nidd dem Wald zum satz oder rechtsprecher erkießt hetten, der doch domalen nitt anheimsch war und nützit davon gewußt. Ja es hette billichen sy unser g. l. landtlütt und brüder ein solches nüt sôllen beschwären, diewyl es by dem wenigsten nitt wider den vertrag gsin, dann wir vermeinen ob glych fürsten und herren in derglychen sachen (wie sy dann wol thûn mögent) einen satz oder richter glych oben oder nidd dem Wald zů irem gfallen selbs erkießend, das dem vertrag darumb damitt nütt benommen syn sölle, noch der vertrag ein solches verbinde, derhalben dann wir nachmalen gethruwend hiemitt zů erhalten, das wir in dem wenigsten harinn gfällt noch wider den vertrag gehandelt.

Wir können ouch nitt ungemeldet lassen, wie das so vil disen puncten der sätzen oder richtern halb belangt, uns ouch von unsern g. l. landtlütten und brüder ob dem Wald begegnet, das vor kurtzen jaren, da ir unser g. l. a. e. und b. herren landtamman Lussy nidd dem Wald ouch erwöllet sampt herrn landtamman zum Brunnen säligen von Uri in dem Paradysischen span gegen und wider unser eydgnossen von Schaffhusen ze sprechen, sy unser g. l. landtlütt und brüder, davon ouch so vil widerwillens gefasset und vermeint, dz sy den satz oder richter ze geben haben sollten, vermeinende sich mitt dem vertrag zů behellffen und wie wol sich herr landtamman Lussy der sach beschwärt und deren lieber entprosten gsin wäre, so hand doch ir unser g. l. a. e. m. und b. vermeint, das der vertrag dahin nitt binde, sonder das ir sätz oder richter erkiesen sôllen und mögen, die üch gefellig und annemlich. Derhalben wir an statt und in namen unser herrn und obern hierüber ein gwüsse erlütterung begerent, weßen man sich in künfftigen zů verhalten habe, dann gedachter unser vertrag weder fürsten noch herren noch die ort loblicher eydtgnoßschafft dahin bindt, das sy nitt mögen gesandte oder sätz und richter ires gfallens in loblicher eydtgnoßschafft, wölch sy wöllent, erkiesen ungeacht und unangesehen unsers vertrags, der sy nützit angat noch berürt, ouch kein ansehen noch billichkeit hette, andern maß und ordnung ze geben, die uns nitt zu versprechen stand.

Was aber die jarrechnungen belangt, haben wir dasselbig zůvor gnůg-samlich (,alls wir verhoffent,) verantwort, vermeinent ouch inen dasselbs einichen yntrag gethan haben und das unser gsandter dem innhalt syner instruction gethrůwlich nachkommen und die keinswegs überschritten haben werde, sůlliches ouch ůch unsern g. l. a. e. m. und b. im wenigsten nitt zůwider sye, dann usserhalb den gmeinen sachen noch ouch andre wichtige sachen und artickel fůrgefallen, alls fůrsten und herren ouch unsre französische zalungen betreffende, dieselbigen zů ervordern, da dann wir und die unsern eben tieff hinder denselbigen zalungen versteckt und noch sind, da ob Gott wil sy unser g. l. landtlůtt und b. uns nitt wůren noch darvor syn werden, das wir und die unsern umb dasjhenig, so man uns schuldig, handeln und sollicitieren sollten; item ouch von unsers waaren catholischen gloubens, herren bischoffen von Basel unsers pundtsгноen, item der ۆsterrychischen sachen und das hugonotisch kriegsgsind, so sich in Basel domalen besamlet, abzeschaffen, deßglichen ouch von der unsern von Bellentz wegen, wůllchs alles domalen ouch fůrgefallen und uns ouch nitt wenig antraff, darumb wir es ouch desto wyttlůuffiger allhie zů unser warhafften und grundtlichen entschuldigung wůllent yngfůrt haben.

Das aber sy unser g. l. landtlůtt und brůder ob dem Wald jetzt umb den puncten fůrsten- oder herrensachen und hauptmanschaften belangende, vermeinent mit uns zů rechtigen, gebent wir daruff dise antwort, das wir vermeinent der vertrag binde hiemitt einichs wegs umb dise puncten, weder fůrsten, herren noch uns, dann wir von Underwalden yewůllten har in hauptmanschaften zů glychen gehalten worden, alls dann in dem letsten uffbruch ouch beschehen und kein vorthail harinn gebrucht worden, dann sy habent zwey fendlin und wir zwey. Wo aber sy von dem einzigen savoyschen fendlin sagen wůllten, ist unser antwort, das doch wir inen unsern g. l. landtlůtten und b. gern wůllen den halben theil lassen und uns gůttwillig anerbotten, inen umb so vil ze wychen, doch das sy uns dargegen ein halbs fendlin zů dem franckrychischen zug lassent, das aber nun inen nitt gfallen wůllen und also an inen erwunden. Sonst so haben sich die oberkeiten unsers orts yewellten har und by menschen gedächtnůß der hauptmanschaften halb allwegen wol und frůndtlich mitt einandern verglycht, hatt unser ort ein fendlin ghan, so hatt mans getheilt, halb ob und halb nidt dem Wald geben und was also uff unser ort getheilt, hatt man allwegen die glychheit gehalten. So aber ettwan ein fryfendlin gfallen, alls dann beschehen mit herrn landtamman Zellger oder herrn commissari Lussy von synes brůders herrn landtamman Lussis gethrůwen diensten wegen, gedencken wir nitt, das sy unser g. l. landtlůtt und b. unß sůllichs verbonnen sůllen, dann uß was grůnden und ursachen sůllichs beschehen und ůch unsern g. l. a. e. m. und b. solliches geoffnet, wurden ir erkennen, das sůllche ursachen rechtmässig und billich wůren, dann zum gegentheil uns ouch nůt irren wurde gegen inen unsern g. l. landtlůtten und b. ob dem wald, wo sy in glychen gstellten ouch also

begünstiget oder betrachtet wurden, oder was sonsten man für gûts oder wolthat mitt fürsten oder herren an die hand stossen möcht, werden unsre herren und obern inen alls iren g. l. landtlüten und b. deßen keins wegs (wie aber inen beschicht) verbonnen.

Und damitt sy unser g. l. mitlandtlüt und brüder ob und unsre herren und obern nidd dem wald ein luters haben der paner und sigels halb, darumb aber der vertrag keine lütterung gibt, vermeinend unsre herren und obern, das von altem har bruchlich gsin, das die so zû der paner ob und nidd dem Wald usgenommen werden, gwallt haben sollen einen panerherren zû erkiesen und wann dasselbig einen ob dem Wald betrifft (alls bißhar beschehen), so solle dann der hauptman darzû nidd dem Wald erwöllet werden.

Allso ouch von deß sigels wegen, diewyl deß sigelgelts halb möchte span ynrysen und beyde oberkeiten ob und nidd dem Wald jede ir eigen secretynsigel hatt, sollen billich pündtnußen, vertrag und derglychen sachen (sittenmal derglychen ding ob oder nidd dem Wald, villicht an einem ort angenommen, an dem andern aber abgeschlagen werden möchte) damitt es also deß orts dhein span gebe, so solle jede oberkeit das, so sy annimpt oder bewillget, besiglen oder nit, nach irem gfallen und gûten beduncken.

Derhalben obbemelt unser herren und obern von waarer brüderlicher und mittlandtlüttlicher thrüw und liebe wegen, damitt kein spann noch irrung meer umb all obgehört artickel zwüschen beiden oberkeiten erwachsen, von üch unsern g. l. a. e. m. und b. einer claren erlütterung begerent, damitt man sich zû beiden theilen uff künfftigs zû geleben und zû halften wüssen möge.

Und was wir hierinn von unrüwigen sachen vermeldet, bezügen wir, das söllichs keins wegs uff die oberkeiten geredt, sonder allein die unrüwigen sonderbaren personen gemeint, die oberkeiten aber in keinen wäg verkleinert sin solle¹⁾.

Zwei Exemplare.

B.

Unser der gsantten von Underwalden ob dem Waldd antwortt und klag über den fürtrag, so unser g. l. l. und mitbrüder nit dem Waldd wider unns gethan vor den übrigen vier ortten unsern l. a. e. mitlantlüt und b. uff den 20. Juli zû Lucern deß 1589 jars.

(Aufschrift von Cysat:) yngelegt uff dem tag zu Lucern 8. Augusti 1589.

Zum ersten als sy meldung thünd, dz sy iederzitt mit uns in brüderlicher einigkeit gehandelt und wider den fürtrag nit gehandelt, mit der Lungenwillischen handlung ouch mit der botschafft schickenn gehn Baden uff die jarrrechnung im 1587, das sy vermeinten nit wider den vertrag

¹⁾ Dieser letzte Satz fehlt im einen Exemplar.

ghandelt, auch umb die gmeine tagsatzung, wie sy dz ingfürtt, darüber hettendt wir von unserenn g. h. und oberen gnügsammen bevelch geheppt, darüber zů antwortten, diewil und aber unser l. l. und mitb. nit dem Wald im selben artickel zůletst erklagt, wiewoll ier herrenn und oberen sich uß filen gründen und ursachen ab iren g. lieben mytlanndtlütten ob dem Wald zů erklagenn hetten, so haben sy doch das umb dz besten willen ouch landtlicher und brüderlicher liebe willen unnderlassen, insunders diewil inenn wol bewüst, das einer eerlichen oberkeit ob dem Wald an ettlichenn unbescheidenlichen sachen, so by inen fürgenommen wordenn nit gedient, sunders ein billich mißfallen darab geheppt, ußgenommen in einer sach, die ir unsern getrűwen lieben mitlantlütten und brüdern ob dem Wald wol bewüst in wz last und nachteil sy sich selbs und unsere herren nit dem Wald wider der 5 ortten abscheid über denn Brünig ziehen gebracht, welches dan one unsern herren und obern willen beschächen etc.

Und als wir nun anstadt und in namen unsern g. h. und obern ob dem Wald sömlichs hochwichtigen anzugs, wie ietz gehörtt und nach verner vermäldt wirtt, uns nit versähen und darüber zů antwortten kein bevelch, hannd wir uns nit witter darüber können erlüttern, sunder sömlichs unsern h. und obern heimbracht und dy darüber antwortt geben lassen.

Und als wir der landtamman und ein gesessner raath unsere gesanten verhörtt, zůsamptt dem fürtrag, so unser g. l. l. und mitbrüder nit dem Wald vor iren und unseren getrűwen l. a. e. und mitbrüdern gethan, mit höchstem hertzleidt und beduren verhörtt und verstannden und hiemit verursachett, sömliche unbezüimte sachen und fürtrag, als wir zwifelsone sind, mit güttem glimpff und eeren für uns und die unseren zů veranttwortten, sömlicher gestald wie nachvolgtt.

Vorgemelt getrűw lieb a. e. und mitbrüder und als wir sömlichenn unbegründten fürtrag, das wir vermeinendt, das harzů nit dienstlich sunder unns hiemitt zů verkleinern und uns schmähen wellen, der halben l. a. e. und mitbruder werdent wir getrungen Gott und űch eerenden schidlütten zů klagen, das eben die so sy nemen sölle „getrűw liebe lantlűt und brüdern“ inen vergangne alte sachen uffhebendt, die doch unsere fromme altvordern im allerbesten gethan und nűt anders vermeint, wz sy versprochen dem stadt thűn solten, das sich noch in gűtter eerlicher schrift finden wirt, die wier nach eerlichenn zů erscheinen hanndt. Zudem dz die, so domalen in disen sachen gehandelt, keiner mehr by leben, das sy unser getrűw lieb lanndtlűt und brüder nit dem Wald darvon reden und doch der iren, die ietz sömlich sachen harfür zűchend nit glept, sunder ire vűtter und vorderenn, die glich als wol darby gsin, als unser aller vordern, das sy unser h. und oberen vermeintt hetten, das unnser lieb lantlűt und mitbrüder sich sölten erspartt hann sömliche sachen, so aber vonn denenn in vergűß gesteltt űber und wider die der Brűnigzug geschűhen ist und der ouch unseren ietzhalttenden gspan, wie vorgemeldt, keins wűgs bym wenigstenn nit berűrtt, allein uns zů verkleinern etc. Und zum

anderen, das die unnseren aber hernach in rotteswiß über den Brünig gelouffen und was daruß erfolgen hedt mögen, das wirtt sich nit erfinden, das jemand über den Brünig glouffen damalenn, aber das sey wol war, dz ettwas reden ußgangenn und der gmein man eeh vernomen dan die oberkeytt, das ettliche personen vonn Haßli und Brientz uff dem Brünig uff unserem boden und march wachenndt und das damalen ettliche gütte lanttlütt gehn Lungerenn geluffen und vorhabenns uff den Brünig und lügen ob sy wachend uff unserem boden, sigennd sy des vorhabenns gsinn nit über den Brünig, sunders die wacht ußzünemmen und dan der oberkeytt zûfûren und die darmit hanndlen lassen. Aber als sy gehnn Lungern kommen, habenn sy nüt grundtlichs erfahren können, weder dz sy da verraathschlagett, iren dry uff den Brünig geschicktt spech zû halten, die habennd nieman funden; die von Haßli sygend aber hernach ichtig gsin, sy habend da ettlich mal wachtfür ghalten by nacht für die wilden thier und by unns da die red erwachsen, dan zû zûgnuß da die oberkeit denn louff vernommen sy anngents etlich personen inen nach geschicktt, die habennd sy zû Lungern im wirtshuß fundenn und nit uff dem Brünig, das durch des selben louffs willen ob Gott wil, weder unsere l. l. unnd mithrûder nit dem Wald nach unser l. a. e. g. mitlandtlût von den 4 ortten deß dhein nachtheil zû erwartten gheptt.

Und zum dritten, das sy vermelden, das aber ettliche unrûwige lût by unns mit harnist und gewerenn den herren landtamman Wirtzen by nacht uß sinem huß erforderett und denn üweren ungehorsammen mit gwalt uß dem thurnn zû nemmen, getrüwen l. a. E. mittll. und brûder, da gend wir den bescheidt und antwurt, das in der selben zytt deß Glarnerkriegs sy unser lieb lanndtlütt nitt dem Wald, als eben der Hanß Zëlger, den sy damalenn gfaungen, vil unruwen under unsern l. l. ob dem Wald angstiftt und da er inzogen worden, den unsern ettlich mit denen er zûvor practiciert enbotten by tag und nacht sy soltten im zûn rechten helffen, da sygend ir etliche mit denen er anhang gemacht sich zûsammen than und den ammann Wirtz nachts uffgeweckt. aber weder mit harnist nach gewer, dan allein sittenwer, anders wirts sich nit erfinden, und an ine begært, er sölle mit sampt sinen anderen mitherren verschaffen, das unnser l. l. nit dem Wald den Hanß Zëlger uffrecht hinusen lassenn, so wöllend sy für in verdröstenn für lib und gûtt und als man aber glich morndeß vernommen, das sy u. l. l. ine sunst uß der gfencknuß gelassen, sye der handel geruwet und sye die selb unrûw mehr durch die iren angstiftett, dann durch die unnsern.

Zum viertten, das ettliche unrûwige lût by unß offtermalen unsern l. l. und b. nit dem Wald tröüwt mit der paner zû überzühen, auch dz ettliche der unnsern deß vorhabens gsin und die iren ettlich auch dahin bereden wellen im Kalendergspan mit der paner gehn Brunnen ziehen, daruff gend wir die antwurt, das sômlichs beide artickel uns ein unerhörte sach, von sômlichen sachen und reden, vonn denen wir nüt wüssen

by der warheit, die wir Gott schuldig sind, das wir sömliche lüt unnder uns hetten gewüst, dieselbenn billich nit ungestrafft lan etc. Unnd wiewol unnser l. l. nit dem Wald meldung dündt, das sye die oberkeytt ob dem Wald hiemit nit wöll verkleinert han, wz wër aber dz für ein oberkeit, wan sömlichem ungerumpten püffel grad die paner zû handen kommen ließ oder man müeste sy uff die gassen stecken; sunst so vermeinend wier, das mir die paner dermassen verwart, dz nit ein ieder unrûwiger grad mit deren über feld zûchen werd, und diewil wier von sömlichen trôuwwortten nüt wüssen, so hand wir u. l. l. und b. nit dem Wald begert und begëren nach zû wüssen, wer die personen sygend, die sömlichs trôüwt und understanden, unß die anzûzeigen.

Zûm fünfften diewil unser g. l. l. und mitbrûder unsere unrûwige lanndtlüt fürher zühend und unß gegen üch u. g. l. a. e. unnd mitbrûder verunglimpfen und verkleinern und iren unrûwigen sachen und landtlütten verschwigen und grad dahin faren, als ob sy und die iren ganntz glaßlutter sigennd, können wir nit fürkommen, dan mit hertzleid auch ire unrûwige sachen fürhalten: als nämlich wie es damalen ein ansehen ghan, in zit als sy unrûwige lüt ghan, welches man hernach den Hirßratt genempt, da vogt von Ägenburg und ander mer am höchsten ansêhen und rôdli-fürer gsin und vil articklen einer oberkeit by inen fürgeschniten, nûwe und andere rêth und landtrêchten wellen setzen, damalen unser herren und oberen zwen gsandte, als herr amman Imfeld und herr amman Wirtz sëlîg sampt unserm landtschriber zû inen an ire landsgmeinden geschickt, sampt unserem landt- und rêchthûch und daselbst zwûschen irenn oberkeit und unrûwigen lütten gemittlett und die sachen helffen zû rûwen stellen, welches sy gegen unsern unrûwigen sachen und lütten nit bedôrffen.

Zum sechsten, hernach als herr landtamman Würtz, welcher deß lands ob und nit dem Wald panerherr gsin, mit thodt abgangen, sye ire gsanten zû uns an ein landsgmeind geschickt, umb gemelten panerherren dz leid beklagtt und daruff von unns die paner zû iren nit dem Wald handen gefordert und begêrt, glich als ob wir kinder und weißly werend, ob dz einer eerlichen oberkeit nit verachtlich, diewil sy selber bekennent, dz die so zur paner ûgenommen worden im fall der nott sôllen ein panerherren, so die paner ledig, setzen sôllen, glich als (ob) sy hinder uns nit biß dahin woll versicheret wery.

Zum sibenten, als sy unser getrûw lieb lanndtlüt und mitb. ein grossy summa gelts von denen von Basel und Milhusen uffbrêchen, da sy unns beredt, dz wir unser und iren lantz sigel hannd ufftrucken lassen, und deß fals ouch in sôllichem siglenn mit der fêderen in houptt- und schuldbrieffen unser fromm vatterlandt ob dem Wald hiemit versetzt¹⁾ und wir Gott hab lob

¹⁾ 1577, 2 Dez. hatten die Regierungen von Ob- und Nidwalden unter den beiden Landessigeln für eine von den alt Landammännern

nach die unseren thein geld darum empfangen, sömlich unnder uns dem gmeinen man fürkommen, wie obgemelt unser vatterlandt von irentwēgen versetz, ein unwillen hierin empfangen und mit uns der oberkeit geredt, das wir gegen inen gemelten unsern g. l. l. und b. anhalten, dz sy sömlich gēlt usser dem landt blibenn lassen, daruff unser herren und oberen zwen gsante, namlichen herren amman von Flüe und herren amman Rosacher für ire lanndsgmeinden abgeferttigett und nüt anders in bevelch gēben dan sy fründtlich zū vermanen, das sy sömlich gelt usset dem landt bliben lassen, das alles in aller militig- und gütigkeit ußzerichten bevelch gehept, daruff getrūw l. a. e. und vertrauwte brüdere, die unseren gsantten durch der iren einen gewesner landsammen mit trutzlichen schmöchlischen wortten unsere gsantten angeredt, sy vernemmen, die unseren haben ire schwörter über sy geschliffen, da wir aber dheinen sömlichen by uns gewüst nach unß von inen theiner gnamsett worden und witter gredt: mir sollen nun kommen, sy haben schon ire schwertter geschliffen, welches in der warheitt uns nit ein wenig betrüpt hadt.

Sy hand auch unß haruber versprochen und brieff und sigel gēben unser fromm vatterlanndt ob dem Wald ledig zū machen, welche ernamsette zil langest fürüber und aber ihrem versprēchen nach nit stadt than, nach unser land von inen abgelöst worden, sömlichs wir mit höchstem beduren unß zū erklagen haben und in besorgnuß stan müssen, wan es unnder unsern gmeinden landtman kompt, es mitler zitt mer unwillens bringen möchte, da ir u. g. l. a. e. und wolvertruwte brüder als die hochverstenn-digen woll abnehmen können, wohar und von wem wir dan sömliche unrūw haben wurden.

Derhalben g. l. a. e. und wollvertruwte brüder, diewil unser g. l. l. infürend, dz sy alles anstadt ir herren und obern üch vermelden, wie inen sömlich sachen schwēr obligend und auch nit fürkumen können üch dz fürzütragen und der sachen mehr und witter zū erwarten, dan sömlichs sy in gfar und unrūw bringen möcht, daruff g. l. a. e. und mitbrüder sēgen wir, dz wir verhoffen nach bißhar und ob Gott wil fürthin sy unser gethrūw l. landtlütt von unser nach der unseren wēgen in thein gfar nach beschwērnūß kommen, wellen auch vermitlist und hilff göttlicher gnaden mit den unseren so vēr jemmer möglich verschaffen, dz u. g. l. l. inkünfftigem, wo feer die iren den unseren nit ursach geben und anwigglen, abschaffen, das ob Gott wil sy nach jemand billicher wiß zū klagen habe, dann wir gwüßlich nüt angeneimers haben möchten, dan was zū frid, rūw unser aller vatterlandt reichen und dienen möchte und

Johann Waser und Melchior Lussy, unter Einsetzung ihres Grundbesitzes und unter Bürgschaft von Landammann Wolfgang Zelger, Johann Lussy, alt Landvogt zu Locarno sowie Melchior von Flüe und Jakob Wirz, Ratsherren ob dem Wald, in Basel aufgebrochene Summe Nachwährschaft versprochen.

(Konzept St.-A. Obwalden; Finanzwesen.)

gëgen ùch unsern g. l. a. e. und b. alle eydgnössische trüw zů erzeigen, unseren herren und oberenn gantz woll geneigt sindt.

Unnd uff das unser l. l. u. brüder vermelden, das wir woll ettwan zwen, ettwan 3 biß in die 7 tagsatzungen versëhen, das sy kein gsantten geheptt, gennd wier die anntwurtt, es möge woll also ergangen sin, aber uß der ursach, das das sy unnser l. l. und brüder wol gwüst, das da nüt zů gwünnen gsin, wo aber ettwas zů gwünnen, sye iren theil wol versëhen, von deßthwëgen der vertrag mehrtheils uffgericht, wir nit mehr die tagsatzungen versëhen wellen, die kein nutz brachtt und wan zů gwünnen gsin dann ire gsantten geschicktt. Hiemitt der vertrag fürthin ein gütte lütterung gibtt.

Und sovil sy vermelden mit der theilung der houpptmanschafften, darum hand wier unseren gsantten in iren instructionen zů vergëben, was unnserere meinung ist, wie woll unser l. l. und brüder vermeinendt es den vertrag nit berøre. Ist war, wier hannd (umb) andere artickel auch ein span, die der vertrag auch nit verbindt. Um so vil das sy vermeinendt uns kein ingriff dan mit den jarrrechnungen, gënd wier die anttwortt, das wier vermeinendt sich nit finden werd, wan die jarrrechnung an inen gsin, mir kein gsantten nëbendt inen ghan, sunders im gantz wol vertrauwt, deß wier uff das hürig jare woll befügtt auch ein botten ze schicken, uß ursach das üwer gsantter von uns wie auch noch bißhar der alt bruch keiner instruction begërtt und derhalben die jarrrechnung one unser stimm verricht, verhoffend auch woll nüt anders durch inne ußgericht, dann dz er woll verantwurten könne; welches aber unser l. l. nit dem wald gegen unns nit gethann, sunders mehr dan einmahl iren gsantten nëbendt unnserem gsantten geheptt und uns des orts nit so woll vertrauwt als wier inen, das unns deß orths verachtlich ist, welches aber unnserere gsantten zů erëferen in iren instructionen handt etc.

Unnd zum beschluß getrëw l. a. e. und wollvertruwtte brüdere und l. l. wier werend diser langwirigen anttwurt und klag gërn überheptt gsin, wofer u. l. l. und brüder nit dem Kehrwald uns nit darzů so vil ursach gëben, insunders diewil wier beidersidts die gütigkeit einmal für die hand genommen derhalben wir nit vermeint gsin unsere l. l. und b. nit dem Waldt im wenigsten zů verkleinfügen noch verunglimpfen, sunders unser spänige artickel den eerlichen schidlütten mit fründtlichkeit furzůbringen und darüber üwer fründtlichen erkandtnuß begërt zů erwartten. Sömlchs wirt sich zů gütter zügnuß in unserer gsantten instruction befinden, die wier inen zůvor zů handen gesteltt und in bevelch gëben und wofer disere unsere spënige ursachen in der gütigkeit mögend verricht wërden, das unns im besten befröuwte, wurde ob Gott wil dann sömlicher schmëchlicher fürtrag, so unser l. l. an unns gethan gegen unseren gemeinden landtlütten in der fëderen beliben, wo aber das rëcht darüber gan müste dem gemeinen man das dane müste geoffenbart wërden, wz es dan für Fridt und rüw gëb, ist gütt zů bedënncken. Wir achtend auch

das ettwan dan ein anttwurt über sömlichen fürtrag, so u. l. l. und b. nit dem waldt gegen unß gethan, etlich artickel in einer anderen gstaldt möchten verantwortet werden, das villichter wöger vermiten etc. Derhalben getrūw l. a. e. g. wol vertrauwte mitl. l. und b. sind wir nit anders gesint gsin und nach nit, dan das wir uns iederzytt zū beflissen kein kosten noch mūh und arbeit zū ersparen, was zū frid, rūw und einigkeit unsers geliepten vatterlands und gemeiner eydgnoschafft zū rūwen dienen mag und auch nit minder gēgen u. l. l. und b. nit dem Kērnwald gesinnett zethūn, dan in alle landtliche und brūderliche trūw zū erzeugen und so dise spēnige sach einmal verricht wurd, dannethin alte vergangne sachen einandern nit mehr uffheben, sunders wier unsers theils wier die selbigen gehren berūwen lassen.

C.

Instructio der Hrn. Gsandten von Underwalden ob dem Wald, ist yngelegt uff dem tag der 5 Orten zū Lucern den 9. Augusti 1589 ¹⁾.

Instruction undt befelch an unsere beydt aldt landtaman Johannes Rosacher undt Caspar Jacob als unsere abgesantte Raathspotten mitt undt gegen unseren gethrūwen lieben mittlandtlütten undt brūderen nitt dem Kehrwaldt habenden spān undt mißverständ in der minn oldt dem blossen göttlichen Rechten abzerichten undt übereinzekomen; wie dan hochlichen von nōtten, die billichkeytt selbig auch bevordertt, hiemitt wier, auch unsere nachkomende söllicher uneinigkeytt, mißhelung undt mißverstandt enthbrosten und vermitten sigendt undt dester bas zu beyden theyllen (wie dan wier nie nützig anders begertt noch erwünscht) in frydt, ruw undt gutter mittlandtlicher undt wolverthruwter bruderlicher einigkeytt gelāben undt darin erhalten mögendt werden. Diewil wier aber uß villen undt mancherley ingerysnen nūwerung undt misverstandts wegen, so man gegen uns acht und inwendt, gethrungen undt ouch gezwungen werdendt als die ir fryheytt undt grächtigkeytt, so sy von iren altforderen bekommen, beschirmen wellendt, so handt wier unß hiemitt begāben undt vorbemelten unsernn heren rathsgesanthen disseren befelch geben wie volgt, sich dessen ouch wo sich dann gebürtt vor rechtsprecheren oldt schidlütt sich ze erklagen undt dem rechten nach endtscheydt undt erkandnus darüber begeren undt darin zethun undt ze lassen allenklich befelch undt gewalt haben, es sy in der min was darin gehandelt, widerum hinder sich in abscheydt nemen, ob man es darby wölle belyben lassen, oldt des göttlich blossen rechtens zu erwartten undt mitt söllicher spannige sachen nitt erligen zelassen bys unß in der gütigkeytt oldt dem rechten alles erklärt undt usgesprochen wirt.

¹⁾ Überschrift von R. Cysats Hand.

Undt söllendt unsere gsant in der güttigkeytt oldt vor dem rechten disser nachvolgende darum spännige arthicklen, zu dem was sy dan sonsten gnugsam bericht, unser beschwerden undt unerlidenliche ursachen halber inzwenden alß erstlichen: Wie dan wier ein luttere und klare verkomnus der tagleystung wegen habendt undt der rechtsprechung wegen gleichvals, do aber hingegen die unseren gegenparht unsere mittlandtlütt nitt dem Kehrwaldt ein anderen iren gefellige substantz undt verstandt geben und machen wellendt, wie sy dan ein zitt har gebrucht undt unsere fromen altforden (sic) sitten undt gewonheytt des valhs nitt nachkomen, alß danne lutter in der verkomnus begryffen. Alß erstlichen undt anfangs erlütterett, die tagleystungen in fünff ortten als Lucern, Ure, Schwitz, Unterwalden undt Zug gehalten söllendt werden, das wier als die ob dem Kehrwaldt deren angesetzter tagleystungen in denen ortten zwo versächen undt danne die nitt dem Kehrwaldt die dritt, die sälbigen sigendt dan nützlich oldt schedlich, es were dann sach, das wier zu beyden theyllen ansächen, das von unß ob undt nitt dem Kehrwaldt zu beyden theyllen dahin schickten, sol doch die schickung dem theyle, so der zitt söllichen tag versächen sölten, unabbrüchlig sin, sonder hernach, so es die nothurfft erforderett alleinnig versächen etc. Wie dan nun ein zitt disser verkomnus nachkomen sig, mögendt unsere gethrüw lieb alt eydtgnossen der überigen fünff ortt gleich alß wier gutt wüssens thragen, das unsere gethrüw lieb mittlandtlütt, es sig gleich was für ein tagsatzung in den fünff ortten beschryben, sowol alß wier je pottschaft dahin abgefertigett, das einichen an erfordren ir bottschaft halb zeschicken an unß gelangt, dero wegen nun ein zitt lang solliche unordnung unser verkomnus ingerysen, das wier zu beyden theyllen unsere gsantten abgefertigett, dessen wier aber lieber überhett (sic) sin weltendt, insonderheytt diewil unsere frome altforden sich mitt einanderen also fründlichen verthragen undt also brüderlich mitt einanderen geläbt und sollichen überflüssigen costen, unnütze müe undt arbeytt erspartt, do dan wier nochmalß verhoffendt nitt darvon gethrungen ze werden, sonders by unseren alten verkomnusen, fryheytt undt grechtigkeytt sollendt geschirmptt und erhalten werden.

Zum anderen als danne witter erlütterett worden die tagleystungen so angesetzt wurden in gantzer umkreyß der eydtgnoschaft, als in den dryzächen ortten, samptt denn zugewandten Wallis und Chur, selbige wurden danne angesetzt von fürsten undt heren undt wier als ob undt nidt dem Kehrwaldt dahin zu beyden theyllen schicken welten, sol beyden theylen zugelassen sin, unthwäderen (sic) theyl dem anderen nütt soll weren undt darin reden. Und obglich wol der tag an eim theyl were zu der zitte, es sol dem theyl an dem der thag were, hernach an siner schickung keyn abbruch sin, nützig vorbehalten sonders hernach sin theyl einig versächen etc. Dessen wier allenklich geläben mögendt, wan frömbde fürsten und heren innert der eydtgnoschaft ein tagleystung beschrybe, das wier zu beyden theyllen schicken mögendt, wan aber sonst ein gemeyner

eydtgnosischen tag von ein oldt mehr ortten beschryben wurde, solle doch an dem es den tag zu versächen, die selbig versächen ob glichwol alsdan frömder fürsten undt heren sachen daselbst angezogen möcht werden, domitt auch von wegen beyder theyllen bottschaftt ze schicken vermitteln blybe und übergen costen, müe undt arbeytt erspart werde etc.

Zum drytten, witter was belangt die jarrechnung als Louwis, Baden, Closterrechnung im Thurgöuw jetz inhabenden und witter überkommen möchten, sollendt die ob dem Kehrwaldt zwo jarrechnetten nach einanderen versechen, und die dritt nachfolgendt die nitt dem Kehrwaldt versechen, und ob an dem einen theyl sölliche jarrechnetten wäre, sol der ander theyl kein botten dahin ornen noch setzen, sondern dem gehorenden theyl die selbig versächen lassen, sy sigendt nutzlich oldt schedlich, was händel undt sachen berüren möcht. So aber besonders handel undt sachen dahin komen möchten fürsten und herren anthreffen möchte, so dan ein theyl oldt beydt dahin schickendt, ist zugelassen darin zu handeln, das ein jarrechnetten nitt berüren ist und derselbigen unabbrüchlich sin mochte, konendt wier unß nitt gedäncken, konendt ouch nitt gelouben, das weder wier noch unsere frome altforden nie sondere pottschaftt uff die jarrechnung geschickt habendt, dan allein wan sölliches an uns gewässen, wie aber hingägen er uff Johanne Bapste (sic) des 87. jars fürgenomen und ettlicher ursachen wegen ire pottschaftt uff die jarrechnung ze schicken und ouch um die selbige ursachen, so sy vermeyndt gwalt dahin ze schicken, nitt besonder hendel, das so vil anlangen möcht beyder theyllen pottschaftt ze schicken, sondern selbige handel zuvor jar und tag mine heren die eydtgnossen domitt ze schaffen geheppt und selbig uff die jarrechnung ist geschlagen worden und nitt frömbde nüw händel gewesen, do dan gutt zu erachten, selbig einer jarrechnung nitt unabbrüchlich sondern zum theyl schedlich und abzüig, wie dan unsere gsantten witter zu vermelden wüssendt und wittlöffiger anzuzeygen.

Zum fiertten. Sodann verabscheydett und erkendt worden, das ritt werendt zu frömdden fürsten undt heren, und gemeyne eydtgnossen und zugewanthen besondere ortt userwelten und verornetten ze veritten in namen gemeyner ortten, und sollicher ritt uff ein landt Underwalden komen und vallen möcht oldt wurde, sollen die ob dem Kehrwaldt zwen ritt versächen und die nitt dem Kehrwaldt den drytten, sy sigendt danne nutzlich oder schedlich und ob aber sollich ritt von gemeynen eydtgnossen angesächen wurden alle ortt gemeyndlich ze verritten, sollendt und mogend ouch beydt theyl ob und nitt dem Kehrwaldt dahin ornen und schicken und an dem theyl sollicher ritt were und hörte ze schicken zu der zitt nächst komend, keyn abruch sin, so beydt theil schickten und sölliches angesächen wurde von gemeynen eydtgnossen schickte lutter hierin vorbehalten etc. Dessen wier billichen ouch zefryden, dem ouch aller dingen begerendt nachzukomen, wie wol wan schon also ein ritt uff uns von Underwalden vallen und käme, selbige pottschaftt doch nitt

dem Waldt ohnne ansächung unserer verkomnus gemeldett werdentt, welches uns ouch nitt wenig verachtlich.

Zum 5. Witter und meher (sic.) anthreffendt rechtsprächung ist verabscheydett und erlüttert worden, wo es darzu käme und vallen wurde, das man von frömbden fürsten und heren rechtsprecher ohrnen und setzen müesten von einem landt Underwalden, das die ob dem Kehrwaldt zwön haben nachkommendt ein anderen setzen und die nitt dem Kehrwaldt den drytten, was frömbd fürsten und heren anthreffendt were, aber anthreffendt were rechtsprechung eins ortt dem anderen, das die geschwornen püntt zugebende, söllendt allwägen die ob dem Kehrwaldt zwön versächen und die nitt dem Kehrwaldt den drytten und der beyderley rechtsprächens gegen einanderen dem anderen unnachtheylig und unabbrüchlich sin etc. Solliches ze halten habendt wier jederzitt nitt manglen wöllen, sonder was an unß kommen zu versächen mitt allen thrüwen so best unß müglich versächen, unseren landtlütten ouch im selbigen einichen ingryff gethan, wie aber unß von inen beschechen in der Lungenwillischen sachen, do dan die rechtsprächung an unß gewässen, do dan unsere landtlütte ir bottschaft nütt dester wenyger dahin abgefertiget, unangesächen vermög unser verkomnus, do dan gemeyne eydtgnossen selbig an uns zu beyder sitts bedurett und unß selbiger sachen wegen unß zuvereinbaren göttiglich oldt rechtlich vermandt, do wier sitthar ie und alwegen des rechten begertt habendt und unß uff recht gelendett. Wie aber sölliches von gefarlichen löuffen wegen sich selbig verzogen byshar, do wier widerum von nüwem verursacht und genottigett werdentt, solich nach aller billigkeytt zu erklagen, wie sich dan jetz kür(tz)lichen zuthragen, alß f. G. ze Saffoy von den 5 catholischen ortten von ein jeden ortt ein fendli kriegsknechten begertt, do dann wier im selbigen übersächen, ist mencklichen wol bewüst und wier der selbigen sachen wegen zum wenigesten sindt angesprochen worden, sonders wie man spricht unsere landtlütt die hauptmanschaft, so unß als wol als inen zugehört, getheylt und danach der theylung die wal genomen und von welchen es do beschechen unangeforderett gelassen, und die wil sich dan solliche sachen jemer darzu thregt, wie nitt minder als von anderer sachen wegen darüber erkandnus begerendt und ouch uns billich sin bedunckt, diewil von unseren landtlütten ein gsantter in der Lungenwillischen sachen und rechtsprächung abgefertigett, ob es doch wol an uns gewässen, sol doch in sollichen künfftigen rechtsprechung unß unnachtheylig sin und uns der gebürenden theyl gefolgen.

Zum 6. Wie dan unsere frome altforden je und alwegen gebrucht was von frombden fürsten und heren sachen oldt sonsten ein gantz landt ob und nitt dem Kehrwaldt zu besiglen anthroffen hett, das sy uns alwegen umb unser landtsecretinsigel ze siglen gepetten und alleyn mitt unserem sigel besiglett ist worden, do dan sy jetzund sitt ettlichen jaren

wie ouch mitt anderen nüwerung zugefaren und selbst besiglen wellen, welches doch zuwider unserer alten gwonheyttten und grächtigkeyttten.

Zum 7. Von wegen das sy so vil landtlütt annemendt und doch unß keyn luder zehanden stellendt, zuwider der alten bruchen, wie wol sich sitt haro ettwz anders verthrag, das in wederem ortt man einn zum landman anneme er im selbig und an andertheyl nitt landtman sin söll, welches dan vil unruwen und zwythrach geberen möcht, dan welcher kan in künfftigen die erkouffte und die nitt erkouffte landtlütt zwyschendt einanderen erkiessen, dero wegen wier hoffendt by der alten verkomnus zu belyben und wan wier ein zum landtman annemendt wier innen ir gebürenden theyl geben wellendt, söllliches sy gegen uns glichfalß halten söllendt.

Zum 8. Wie dan von unser fromen altvorderen glich ob und nitt dem Kehrwaldt ist uffgesetzt, als das sy nitt dem Kehrwaldt verboten, das jeman keyn ligendt gutt in ir landtmarch nitt dem Kehrwaldt gelägen keym uslendischen man noch wyb noch gottsbüsseren weder verkouffen, versetzen noch verenderen söl, wier ob dem Waldt ouch zu glichen val verpotten und uffgesetzt, das der unseren andkeynen keyn ligendt gutt in unser landtmarch ob dem Walt gelägen ouch gegen keym uslendischen verkouff noch versetzen söl, do aber unsere landtlütt des valß für uslandisch achtendt und unß under innen ützig erkouffen lassendt, welches unser erachtens nitt landtlich noch brüderlich, diewil wier doch unß gegen undt mitt einanderen für landtlütt erkenendt und selbig wie wol zu bedencken unserer fromen altforderen meynung nitt gewässen, sonder ein jeder theyl nitt witter, dan ir landtmarch gewässen, zu gebietten haben und uns gegen einanderen nitt für userweltdt frömbd geschetzt.

Zum 9. sollendt unsere gsantter alleß das in recht wenden, so dan darzu dienstlich und darzu gehört, als namlich wie glich, waß für händel für ortt zu ortt kerendt und rechts begerendt, anfencklich zu innen kerendt und wan sy ire stim haben für uns nitt komendt, wer die selbige abwende wie(r) aller dingen nitt wüssen mögendt¹⁾. (And. Hd.): Wie doch mitt dem bischoffzellischen handell die ouch eygnen fürkhertt und als sy ir stim verhörtt old empfangen, nitt für unß khertt, deß sy nachwertts selber beklagtt ob sy abgewisen, wurd sich by inen wol finden. (Von hier ab die andere Hand.)

Zum zehenden unnd so vil antrifft die hauptmanschaftten allwegen die u. l. l. und b. sy und wir zů glichen gehalten werden, darinnen

¹⁾ Hier folgt eine durchgestrichene Stelle: „Das wier ouch inn allen sachen waß zu erhalten unser alten gebüwen ouch sonsten allen uncosten den zwen theyl und sy den drytten geben und erhalten müessendt“. Darnach die ebenfalls durchgestrichene Unterschrift: „Landtaman raath und gantz landzgemeyndt zu Underwalden ob dem Kehrwaldt“.

kein forteil brucht, dan so ettwan freyfëndlin einem oder dem anderen theil werden, deß nit zů achten etc. Getrüwen l. a. e. und b. gëndt wier die antwurtt, das wier meinendt, diewil unnser l. l. unnd wir oder unnser fromm fordern zů Wißerlen das landt in zwey oberkeytten dheilt worden und das mit lutter gedingen, das die oberkeytt ob dem waldt die zwen theil sin soll in nutzungen und in schaden und die nitt dem Waldt den dritten mit nutzungen und schaden ouch han sölle, vermeinendt derhalben, das die haupttmanschafft hierinn nit ußgestellt sygen, verhoffend wier, wen ein fürst der knächten begërtt, mit dem wier vereinigung und püntnuß hanndt und wie vil fëndlin der eim gmeinden ortt giptt, das unns die zwen theil darvonn gehörig und auch von den fryenn fëndnlinen. So und aber man einem fürsten knächt erlouppte, der mitt unnb in keiner püntnuß ist, als danne sölle die haupttmanschafft zů glich getheilt werden. Ob aber u. l. l. und b. nit dem Waldt mit unns darinnen kein forteil gebrucht, hedt sich woll mit der jetzt letsten haupttmanschafft zů ir f. G. von Safoy erscheindt, dan als der ambassador in iren f. G. namen erfordern wollen, hedt er zwen brieff einen ob und den annderen nit dem Waldt, als aber einer so von u. l. l. nit dem Wald der nit der wenigsten einer darby gsin, der zů dem ambassdoren geredt, es sey mitt einem brieff genüg, man werd gütte ordnung geben, das es by beidenn oberkeytten versehen werdt, und daruff unnser l. l. und b. nit dem Wald ier f. G. die knächt erlouppt und das fëndlin gahr beheppt und uns deß mit einem bűchstaben nie gedachtt, und aber dem ambassdoren erbotten sin handlung sey an beiden ortten verricht und doch wier nüt darvon gewűst, sunders unnser l. l. und brűder die haupttmanschafft uns hinderrugs zů dem Gűsen und Safoyen verdeilt und sy nach der theilung die wely genommen. Ob dz mit oder one forteil zůganngen, genndt wier űch als u. l. a. e. g. und brűdern zů erkennen und begèrend ouch harinn einer erlűterung und verhoffen, man werde uns by unnseren rechtműssigen ansprach bliben lassen.

Antrűffennde der paner halben, diewil der vertragbrieff harinnen kein lűterung gibtt, ist unnser meining, so ein panerherr abstirbt, das dan die so zur paner ußgenommen ein panerherren erkiessen sölle und als dan nit dem Wald der haupttman gesetzt werden soll, darby lűndt wier es gűntzlich bliben, diewil die alt verkomnuß und ußzűg verműgen, das wir ob dem Wald zwen theil und sy den dritten man harzů ußziē sölle, das dieselben harinn zů meeren haben, doch mit dem vorbehalt, wo es zů einem friden kēme, das in kriegs old nach einem erlangten sige man zů einem friden redti, das unser panerherr auch darby sin und der haupttman ohne unsere oberkeytt ob dem Wald khein friden beschliessen sölle.

So dan von wēgen, das sy infűrendt, das sy auch sunderbar siglen sölle und műgen wider den alten bruch und fűrwenden sy műchten mit einem herren old potentaten ein pűntnűß machen, das aber wir nit

darin bewilligen weltten, sagen wir darzü, das wier vermeinend, das sy inmassen püntnussen machen möchten, darin wir sy abzumanen hetten, diewil wir ein lanndt sindt, das wir nit also zerteilt leben und mit ein-anderen handeln sölle und es rächt wie von alter har frömbder fürsten und herren sachen mit dem gmeinen lanndssygil gesiglett werden sölle und darin dhein nüwerung beschehen sölle, dann wofeer sy u. g. l. und brüder vermeinten gwalt han, sunderbar pündtnussen zü machen und siglen, welches unserem vatterlandt uns bedücht züwider sin, wellend wir vill ee widerumb der sachen halben mit beiden gemeinden gehn Wyßerlen züsamen gmeinden und alda uns umb die sachen erlütteren etc.

Unnd zum letsten getrűw lieb a. E. g. und wolvertruwten l. l. und b. so werden unser l. l. und b. nit dem wald nit können lougenbar sin, dan was für umbkosten uff ein ortt Unnderwalden faltt, es sye in old ussend lannds wenig oder vil alte bűw zü erhalten, branndtstür oder was es antrifft, die wier ob dem wald allwėgen die zwen theil gėben müssen und uns desse nie gewertt, worum solte unns dan nit die zwen theil nutz gehėren? Derohalben so erforderen wier alle die nutzungen, die uff ein land von Underwalden fallend, es sey vogteyen, ritten, hauptmanschaften oder andere ding die zwen theill, als wir vermeinend uns von rėchts wėgen ghėrig sey.

Lanndtamman, die rāth und gantze gemeindt
zū Underwalden ob dem Waldt.

D.

Protokoll der Verhandlungen.

(Cysats Hand.)

Nidt dem Wald klagt:

Fol. 18—21. Ob dem Wald habe wöllen ire spānnige sach vor gmeinen eydtgnossen fürbringen, sige aber der 4 Waldstetten pundt zewider, dahin dann sollichs gehėre. Diß verantwort ob dem Wald allso: klag habe inen nit unnot than, doch sye solliches nit der meinung bschehen, das recht vor gmeinen orten ze üben, sonder bescheid zu begeren, wo man inen das recht zeigen wölle. — (Alles durchgestrichen; Randbemerkung:) Darüber hatt man nūt wellen handeln, sonder das einfeltig allso blyben lassen.

Was die vorverndrige jarrechnung zū Baden belangt etc. . . (Entspricht inhaltlich dem ersten Absatz von Art. 2 der Nidwaldnerklage und dem Art. 1 und 2 der Obw. Instruktion.)

Der Gotshußrechnung halb sind beid theil eins und zfriden, das es by dem vertrag blybe.

Was dann belangt bottschaftschickung zu tagen also auch der Ritten halb zu frömbden fürsten etc. (inhaltl. Auszug aus der Klage). Daruff antwort ob dem Wald (vgl. Instruction).

Antreffend die hauptmanschaften (entspr. der Klage und der Instruction. Dann folgt noch:) Daruff nidt dem Wald wider geantwort, sy haben ob dem Wald diser hauptmanschaften halb irs verhoffens ein lydenlich mittel und fürsclag gethan, diewyl es aber inen nit annemlich gsin, haben sy ime nüt wytters ze thund gwüßt.

Der paner halb vermeint Nid dem Wald, diewyl der vertrag nütt darumb zûgibt, sölle es by dem bißhar geübten bruch blyben, das die so zû der paner ob und nidt dem Wald ußgenommen den panerherrn im feld zû erwöllen und so es ob dem Wald trifft die nidt dem Wald den hauptman ze geben haben. Daruff antwort ob dem Wald: dem mögen sy ouch geleben also wann die paner zu bsetzen, das die ußzognen, namlich die oben zwen und nidt dem Wald den dritten man ußzüchen und die den panerherren ze setzen haben, doch das ein pannerherr in allen rhäten und auch by wäsen sölle, so man in friden handelt und der hauptman one die ob dem wald kein friden beschliesse. (Am Rande: blybt darby.)

Der bsiglung halb vermeint nidt dem Wald, diewyl jede oberkeit ob und nidt dem Wald ir eigen sigel hett, sölle sy nidt dem Wald ouch wol mögen siglen pündtnußen, verträg und derglychen sachen, und also jede oberkeit das so sy angnommen oder bewilliget besiglen oder nit, nach irem gfallen. Daruff antwort ob dem wald und vermeint, das ein solche zwyfache besiglung uß wichtigen ursachen nit sölle gstattet werden, dann es gebe theilung und sündrung und sige vil darob zu bedencken, sonder sölle by dem allten harkommen blyben, das was fürsten und herren oder sachen so ein gantz ort Unterwalden betreffe allein ob dem wald besiglet werden sölle. Das aber söllichs ettliche mal by kurtzen jaren nidt dem Wald ouch beschehen möge wol syn, doch sye es der allten ordnung strax zuwider.

Was nun die allten und vor zyten verloffnen sachen, so nitt dem Wald klagt oder yngfürt, alls mit dem zug über den Brünig, Glarner und Calenderspan ouch tröwwort und derglychen von unrüwigen lüten harfliessende, da sy besorgen müßen, wo nit ynsehen beschehe, sy wytter in gfar und last komen möchten etc. Daruff ob dem Wald geantwort, das ires vermeinens solliche alte sachen, so inen unbewüßt und by irer vätter zyten verlossen, ouch nit zû disem handel dienen, wol hettend mögen ungemeldet blyben, dann by ettlichen sachen dero nidt dem wald elltern selbs euch gsin und ettlich unrüwig sachen von unrüwigen anstiffteren nidt dem wald ouch hargflossen; tröwungen syen inen nie fürkomen, sonst wöllen sy gstrafft haben. Hetten dagegen euch wol ze melden, wie ob dem Wald ir bottschaft nidt dem wald schicken müssen in iren unruwen ze mittlen helffen, dessen sich by inen noch nüt bedörff, und wie nidt dem Wald uff absterben her amman Wirtzen inen die paner abgevordret, ouch

ettwan ire gesandten ruch angefahren worden. Sonst gethruwen sy ob dem wald, es syge nidd dem wald von der iren wegen in kein gfaar noch beschwärnuß komen, haben sich ouch deßen wytter nitt zbesorgen, wöllen ungebür by inen wol abschaffen, doch das sy den iren ouch nit anlass geben, und by inen ouch ordnung gebent, dann inen nüt liebers dann rūw und einigkeit.

Sodann klagt ob dem Wald wytter folgende puncten gegen nidd dem Wald.

Erstlich mitt annemmung der landtlütten hallten sy nidd dem Wald gegen inen ouch nit die rechte ordnung und allte gwonheit, das inen vil beschwärd und unrūw mache; begerend das ein glychheit ghallten werde.

Daruff nidd dem Wald geantwort, sy könnent sych nit verdencken, das es anderst ghallten worden, dann wie die zytt har ires verdenckens.

Allso ouch mit der satzung ligende gütter im land den frömbden oder ußlendischen nit zū verkouffen oder versetzen etc. thuyend sy nidd dem Wald derselbigen ouch nitt statthalten, sy ob dem Wald alls frömbde begeren, das das allt harkommen gegen inen gehallten werde.

Deß hatt nidd dem Wald sich verantwort irs wüssens darin nüt überfaren sye.

Item das nidd dem wald sich zū vil gwallts annemme in dem so frömbde lütt umb stimmen komment, lassen sy die für, gebent inen stimmen und wysent sy nit zū inen ob dem Wald, zū gedencken sy abgewisen werden.

Daruff nidd dem Wald sich ouch entschuldiget, sy sich deß nit erinneren können yemands abgewisen worden sye.

Fol. 22.

Unterwaldner span 9 Augusti 1589.

Der bsiglung halb

vermeint nidd dem Walddt so jemand sy umb ir sigel ouch anspräche, das sy ouch siglen mögen und inen deß niemand bevor sin, dann sonst inen diß ein verkleinerung brächte.

Pündtnußen halb anzenemmen, so die vorganden ort yntreten, sy ouch yntretten und siglen mögen. so mans bgert unverhindert deren ob dem Wald, obglych dieselben nit yntretend (durchgestrichen: Am Rande: Darumb ist nüt gsprochen.).

Der landtlüten annemmens halb sy zū vor ein verglychung than, doch vor den gmeinden nit bstät. Habe kein theil dem andren vom ūdelgellt geben. Frömbde habe man wol getheilt. Sol ein ußgmachter handel syn.

Verendrens halb ligender güttren, darumb hand sy brieff; daby sols blyben.

Der stimmen halb sonds uffhin wysen, dann so die stimm ob dem wald nit daby ist, sols nüt gällten und so die stimmen unglych, haben die andren ort die für gülttig gnonn die sy am besten beducht.

Ledigung des baslischen und müllhusischen gellts. Darumb ist nüt gehandelt.

Fol. 37—40. Beschwärd oder klag puncten dero ob dem Wald gegen denen nidt dem Wald 20. July und 8. Augusti 1589.

(Rekapitulation des Inhalts der Instruktion und der Antwort und (Wider)klage vom 8. August.)

Fol. 40—41. Beschwärd oder klagartickel deren nidt dem Wald gegen denen ob dem Wald 20. July und 8. Augusti 1589.

(Rekapitulation der Klageschrift vom 20. Juli.)

Fol. 23—24. Vertrag zwüschen Underwalden ob und nidt dem Wald actum 9. Augusti 1589 zû Lucern. (Konzept.)

Fol. 42—47. Kopie des Vertrags.

Auf dem Umschlag: Ist beidersyts angenommen und beschlossen anno 1593.

1593.

Der artickel der stimmen halb an beiden orten ob und nidt dem Wald der frömbden durchreisenden, wie der anfangs in uffrichtung der brieffen anno 1589 gstellt worden, wußt also, glych vor dem bschluß.

Und alls dann ouch yngeführt worden, der stimmen und rhatschlägen halb so ettwan frömbde, die darumb von ort ze ort reysent in anligenden sachen ußbringent und erwerbent, ist zû verhüettung allerhand verdrusses und spans angesähen und geordnet, das wo sölliche personen umb derglychen sachen zum ersten zû den herren nidt dem wald kemend und ir begärenn erlangtend, sy allsdann zû den herren ob dem Wald ouch gewisen werden söllent, glychergestallt söllend sy die herren ob dem Wald, wo sy deß ersten zû inen käment nidt dem Wald hinab ouch wysen, damit man die stimmen von beiden orten haben und desto bas in sachen handeln könne.

Dise volgende wort sind uß bevelch der spruchherren noch wytter darzû gsetzt worden anno 1593 alls im selben jar der handel erst vollkommenlich von den parthygen angenommen und beschloßen worden, sind unden uff die brieff geschriben.

Zu wüssen das nach uffrichtung diß brieffs die schydherren den artickel die stimmen an beiden ortten ob und nidt dem Wald nachfolgenden beschluß by dem zeichen ♀ umb besserer luttrung willen

setzen lassen, namlich dann wo solches nit beschehe, so sol die einzige stimm, wo joch die hinkäm oder fürbracht wurde nüt gelten, sonder krafftloß sin.

Unden an der nidt dem Wald brieff.

Zü wüssen, das dieser vertragshandel von wegen der herren nidt dem Wald und uff irem theil gevertiget und bearbeitet worden durch die edlen strengen notvesten fürsichtigen wysen herren Melchiorn Lussy, landt- amman und landtshauptman und Johan Waser, landtamman und panerherren daselbs nit dem Wald beide ritter, volgends auch nach dem beschluß in geschrift gebracht und verfasset nach dem rhatschlag und bevelch der hr. sprüchern durch Renwardten Cysat, rittern, der zytt stattschrybern zü Lucern.

Diß hand gedachte herren allso begert unden an iren brieff ze stellen.

Die obigen Nummern liegen im St.-Archiv Luzern (Akten Unterwalden). In den spätern Streitigkeiten werden sie in ihrer Gesamtheit als „Cysatisches Protokoll“ bezeichnet.

E.

1589, 9. August.

Vertrags-Brieff zwüschen den Herren deß Orts Unterwalden Ob und Nidt dem Kernwald umb und wegen ettlicher sonderbarer Puncten und Articklen ir Regimentssachen und Ordnung belangende¹⁾.

Wir von Stett und Landen nachbenannter vier catholischen Orten loblicher Eydtgnosßschafft, namlich von Lucern Ludwig Pfyffer, Ritter allt-Schullths. unnd Panerherr, Sebastian Ferr Panerherr, Ulrich Tullicker, Niclauß Cruß und Jost Krepsinger, Ritter, all deß Rhaats. Von Ury Sebastian Cün, Panerherr und Jacob Muchheim beid deß Rhaats, von Schwytz Johannis Gasser unnd Rüdolff Reding beid Ritter und allt Landt- amman unnd von Zug Gotthart Schmid allt Amman thünd kund mengklichem mit disem Brieff: nachdem sich dann etwas Spans und Mißverstandts zü- getragen und erhept zwüschen den edlen, strengen, frommen, vesten, für- sichtigen, wysen Herren Landtamman und Rhat zü Underwalden Ob dem Kernwald an einem, sodanne den auch edlen, strengen, frommen, vesten, fürsichtigen, wysen Herren Landtamman und Rhatt zü Underwalden Nidt dem Kernwald an dem andren Theile, beydersyts unseren günstigen lieben Herren, gütten Fründen, ouch gethrüwen lieben allten Eydtgnossen, wohl- verthruwten Mittburgeren, Mittlandlütten und Brüederen umb unnd von

¹⁾ Aufschrift auf der Rückseite.

wegen ettlicher sonderbarer Puncten und Articklen, ir Regimentssachen und Ordnungen belangende, darumb dann vor Zytten auch zwüschen inen Erlütterung beschehen, lutt uffgerichter Verträgen und Verkommussen, furnemlich aber von Versähung wegen der Tagleistungen, Ritten zu Fürsten und Herren, Hauptmanschaftten inn frömbder Fürsten Kriegsdiensten und andrer derglychen Sachen, deren hernach ußtruckenliche Meldung beschehen würdt, da bemelt unser gethrüw lieb allt Eydtgnossen, wolverthruwte Mitburger, Mitlandlüt und Brüeder von Underwalden Ob dem Wald vermeint, ire gethrüwe liebe Mitlandlüt und Brüeder Nidt dem Wald in etlichen Sachen denselbigen iren alten Ordnungen und Verträgen nit allenklich nachkommen, sampt andren meer Beschwården, so sy yngefüert. Dargegen bemelt unser gethrüw, lieb allt Eydtgnossen wolverthruwt Mittburger, Mitlandlüt und Brüeder Nidt dem Wald vermeint, wo veer der Handel und Gestaltsame der Sachen sampt iren Gegenbeschwården im Grund erwågen, die Sachen der Billicheit nit ungemåß noch so schwår befunden, wann das sy gar lycht und wol verglichen und vertragen werden möchte. Unnd dann unser gnädig Herren und Obren, nach dem sy diser Dingen bericht, auch brüederlichs Bedencken darüber gehept, deßwegen alls die so zu Abschaffung aller Ursachen, so zu Widerwillen alls zwüschen besten wolverthruwtisten Fründen, Mitlandlütten und Brüederen, sowol zwüschen inen den Parthygen, alls einem loblichen (glychwol in zwo Oberkeiten abgetheilten) Ort loblicher Eydtgnoschaft und einem einzigen Lyb, alls sonsten inn gemein zwüschen gemeinen loblichen Orthen umb Wolfart willen deß Vatterlands, auch zu Pflanzung, Uffnung, Meerung und Erhaltung aller brüederlichen Liebe, auch Fridens, Ruw und Einigkeit, wie auch wir für unsre Personen höchst geneigt unnd yffrig, sich neben schuldiger Pflicht uß eigner Güttwilligkeit und Liebe dasselbig zů fürdern, sich in die Sachen gelegt und noch söllichem Mittel der güettlichen Vergleichung getracht. Deßwegen uns alls ire verordnete Rhät und Sändtpotten hierzů verordnet und mit volkomnem Gwalt und Bevelch sölliche güettliche Mitlung in das Werck zů bringen unnd darinn weder Kosten, Müye noch Arbeit zů sparen, allhar in dise Statt Lucern uff hüt dato abgevertiget, da dann uff unser fründt- und brüederlichs Ersüchen sy die Parthygen noch gründlichem und gnügsamen Verhören ir allersyts ingewendten Klag, Antwort, Red und Widerred, so wol schriftlich als mundtlich, sampt fürgelegten Gewarsaminen und was von Nötten gewesen uns uff Hindersichbringen, auch Annemmen und Gefallen ir beidersyts Oberkeiten disen inen spånigen Handel inn der Güettigkeit ußesprechen, verthruwt und übergeben. Haben wir noch gründlichem Erwegen und Besichtigung aller Sachen mit Müssen und Gelegenheit, auch güttem Rhat und Bedencken zwüschen inn der Güettigkeit also ußgesprochen und gemittelt wie volget: Namlich und erstlich. Was die Besetzung und Besüch der Jarrechnungen belangt, lassen wir es by dem artickel deß Vertrags, so im fünffzehenhundert achtundviertzigsten Jar uffgericht

und wie derselbig hierumb Lütterung gibt, nachmalen blyben. Es söllent auch beide Theil sich mit Lifferung der Instruction uff die Jarrechnungen den Gesandten zů geben, dem alten Bruch und irer Ordnung gemäß gegen einandren halten und daß one Underlassung also erhalten. Wann aber zů Jarrechnungen oder andren Tagsatzungen ander Sachen fürfielent, es sigen Fürsten-, Herren-, Religions- oder ander hochwichtig Sachen, so das Vatterland und unsren waaren alten christlichen catholischen Glauben betreffent oder sonst spännige Sachen zwüschen Fürsten, Herren oder Orten der Eydtgnoschafft oder sonderbaren Personen, da mag der ander Theil an dem die Tagwäre nit wäre, auch schicken und inn vorgehörten erlütterten Sachen handeln, jedoch sich der Jarrechnungen wytters noch anderst nit beladen noch annehmen, dann noch Ußwysung deß Vertrags. Es söllent auch die Abscheid und die Bericht, so die Gsandten ab Tagen heimbzůbringen habent, an beyden Orten allwägen by gütter Zytt und angendts verhört und gevertiget und die andre Oberkeit, so die Tagleistung nit gewärt, was von Nötten fürderlich bericht, damit nützit versumpt werde. Der Gottshuß oder Closterrechnungen halben, es berüere glych die so man yetziger Zytt in Schirms Besizung hat oder in künfftigem wytter bekommen möcht, diewyl deßwegen gar kein Span gewesen, solle es auch billich by dem was obgemelter Vertrag deß fünffzehenhundert acht und vierzigisten Jars darumb ußwyßt, nochmalen auch blyben und also verstanden und gehalten werden. Belangende demnach Bottschaffttschickung ze Tagen inngemein, sol es auch blyben und gehalten werden, wie obgedachter Vertrag des fünffzehenhundert acht und vierzigisten Jars und die Lütterung deß ersten Artickels hievor begriffen dasselbig auch vermag und ußwyßt, allein ußgenommen was die Tagleistungen von fünff oder siben catholischen oder meer oder allen Orten, wo joch die gehalten wurden, berüert, da söllent und mögent beide Theil ire Eerenbottschafften hinschicken, sittenmal man gewonlichen zů söllchen Tagleistungen inn wichtigen und schwären Sachen, so das Vatterland und unsren waaren alten christlichen catholischen Glauben belangent handelt. Was aber die Ritt antrifft zů Fürsten und Herren, auch die Sätz oder Rechtsprecher inn frömbden spännigen Sachen, sol es glycher Gestalt by dem Inhalt obgehörts Vertrags des fünffzehenhundert acht und vierzigisten Jars auch blyben, doch mit sölllicher Erlütterung, namlich wann Jemand, es wäre glych Fürsten, Herren, Stett und Ort oder sonderbare Personen für sich selbs eines Eerenmans zu söllchen Dingen, es wäre zů Ritten oder Sätzen selbs begerte, sol billich derselbig so eines sölliche begerte syn frye Waal haben einen synes Gefallens zu erkiesen und zu ernamsen, es sye glych von Ob oder Nidts dem Wald (: im Faal es von dem Ort Unterwalden begert oder uff dasselbig fiele) und der ander Theil allsdann darin kein Beschwärd machen oder Yntrag thun. Wann aber ein Ritt inn gemein von den Orten loblicher Eydtgnoschafft angesehen wurde, da lassen wir es blyben by dem, wie

es die Parthygen untzhar gebrucht und sy sich selbs erlüttret, das sy zů beiden Theilen schicken mögent. So vil nun die Hauptmanschafften in frömbder Fürsten und Herren Kriegsdiensten belangt, diewyl söllichs Fürsten und Herren oder Stendt betrifft, so die Uffbruch thünd und die Zal oder Ußtheilung der Fendlinen und Hauptmanschafften zů denselbigen stat und die Parthygen sich auch untzhar in disen Fälen wol mit einandren verglychen, so lassend wir es by demselbigen auch blyben, aber der fryen Fendlinen halb, können wir auch kein Gsatz noch Ordnung geben, sittenmal es auch inn der Fürsten oder Herren, so den Uffbruch thund Hand, oder Gwalt staat. Der Ordnung halb mit Besatzung der Paner und Hauptmanschafft in das Feld in Nötten deß Vatterlandts, diewyl die Parthygen desselbigen gegen einandren wol zufriden und kein Span darumb ist, so lassen wir es auch by demselbigen blyben, jedoch diewyl stäts sorgkliche Zytt und gefärliche Louff ynrysent, sähe uns für thüenlich an, das die Herren Ob dem Wald auch einen Panerherren setzen mögen, deß Erachtens, daß die Herren Nidt dem Waldt sölches auch wol lyden und zůlassen mögen, und so dann nach Ußwysung derselbigen irer Landtsordnung by denn Herren Ob dem Wald der Pannerherr gesetzt, alls dann der Hauptman by den Herren Nidt dem Wald auch gesetzt werde, lut der Ordnung, und wie sy sich dessen noch wytter mit einandren verglychen möchten, damit man sich im Faal der Nott desto bas versehen und ze halten wüßte. Doch so wöllend wir inen alls den Hochverstendigen sölliches zů beiden Theilen heimgesetzt haben und wann ein söllicher Hauptman und Panerherr gesetzt werdent, söllend sy auch zu allen Rhäten gan, bysin, handeln und rhatschlagen helffen, es sye daheim oder im Feld, wie es dann by andren Orten auch beschicht. Demnach antreffent die Besiglung, diewyl die Parthygen inn zwo onderscheydenliche Oberkeitten abgetheilt, da yede ir eigens Landtssigel auch ir eigen Regiment und Rhäät hat, so lassend wir es by dem was die Besiglung irer Landtssachen belangt blyben, wie sy es bißhar gebrucht, was aber Besiglung der Pündtnussen mit Fürsten und Herren und derglychen Sachen antrifft, sölle es denen, so umb die Besiglung werbent, heimbgesetzt syn, ob sy sich deß Sigels Ob dem Wald allein benüegen oder beide Sigel haben wöllen oder nit. Wann sy nun beider Siglen begertend, mögent dann beid Theil siglen, wo aber sy allein deß einzigen Sigels ob dem Wald begertend, sol es daby auch blyben. Belangende die Ordnung mit Annemmung der Landtlütten, da die Parthygen selbs anzeigt, und anred, das vor etwas Jaren ein Vertrag und Verglychung zwüschen inen beschehen, lassend wir es daby auch blyben und im Faal dasselbig vor iren Eerenlandtsgemeinden noch nit bestät oder sonsten darinn noch etwas zů verbessern wäre, mögen sy das noch thün, sonst so söllent die, so angenommen werden, in die Büecher an beiden Orten ordenlich und flyssig yngeschriben werden und jede Oberkeit, was sy annimpt, der anderen auch angends zů wüssen thün. Verenderung halb

ligender Gütteren gegen Frömbden ussert Landts, diewyl sy die Parthygen ir gütte Ordnung und Gewonheiten gegen einandren, auch alte Brieff darumb habent, wölliche Brieff inen auch vorbehalten und züllassent, darin noch Gelegenheit der Zytt und irer Sachen Enderung oder Verbesserung zû thünd, lassend wir es by demselbigen auch blyben, unnd so darinn noch etwas wytters zû erläutern von nötten, wollen wir es inen heimgesetzt haben, dasselbig nach irem hochwysen Verstand zû verordnen. Unnd allsdann auch yngeführt worden, der Stimmen und Rhatschlägen halb, so etwan Frömbde, die darumb von Ortt ze Ortt reisent, inn anligenden Sachen ußbringent und erwerbent, ist zû Verhüettung allerhand Verdrusses und Spans angesehen und geordnet, das wo sölche Personen umb derglychen Sachen zum ersten zu den Herren Nidt dem Wald käment und ir Begären erlangtend, sy allsdann zû den Herren Ob dem Wald auch gewisen werden söllent. Glychergstalt sollen sy die Herren Ob dem Wald, wo sy deß ersten zû inen käment, Nidt dem Wald hinab auch wysen, damit man die Stimmen von beiden Orten haben und desto bas inn Sachen handeln könne ♀. Letstlich ist unser brüederlich Pitt, sy wöllend beydersyts in gütter Obhaltung ire Regiment by inen in söllichem güttem rüewigen Wolstand und Einigkeit by inen und irem gemeinen Man fortfaren und beharren (wie dann wir mit höchstem Gefallen verstanden und von Herzen gern gehört, die Sachen by inen und irem gemeinen Mann wol standent) und allezytt dahin trachten, damit man allersyts by und durch einandren in söllicher Einigkeit, Frid und Rüwen mitt einandren leben, handeln und wandlen mög noch Lut und Ußwysung der acht allten Orten Verkomnuß, im Jar deß Herren tusent vierhundert ein und achtzig uffgericht und das demselbigen auch gelebt werde. Unnd zum Beschluss sollen hiemit alle vorige Sachen, so sy zû beyden Theilen gegen einandren yngeführt und was sich also hierzwüschen in wärendem Handel verlossen, geredt und geschriben, so zû Unwillen oder Verdruß Ursach geben möchte, alles uffgehept, hin, todt und ab sin, alls ob es nie beschehen wäre und einandren dessen nit meer zû ungüttem gedencken, sonder einandren wie bißhar für gütte, liebe, thrüwe Mittlandlütt und Brüeder halten und alle brüederliche Fründtschafft, Thrüw und Liebe erzeigen, wie ire Vorderen auch gethan und wir inen beydersyts auch wol verthruwend. Unnd nachdem nun wir inen den Parthygen söllichen unseren fründtlichen Ußspruch und Vertrag eröffnet, habend sy denselbigen fründtlich, gütwillig und danckbarlich (jedoch uff volkomne Ratification und Bestättigung der rechten ordenlichen und hohen Oberkeiten, die sy doch für gwüß geachtet und auch hernach ordenlich erfolgt und beschehen lut deß Schrybens darumb an unser günstig lieb Herren, güt Fründ auch gethrüw lieb allt Eydtgnossen, wolverthruwte Mittburger, Mittlandlütt und Brüeder, Schulltheiß und Rhaat der Statt Lucern ußgangen, by denen es auch jeder Zytt ze finden) uff und angenommen, auch vermittelst söllicher gevolgter Ratification

und Bestättigung gelobt und versprochen, für sy und ire Nachkommen jetz und harnach ewigklich demselbigen fründtlich und gethrüwlich zů ge-
leben, alle Fünd, Arglist und gefärliche Ußzüg gentzlich ußgeschlossen
und vermitteln. Alles in Krafft diß Brieffs, dessen zween glychs Inhalts
von Wort zů Wort uffgericht und uff der Parthygen Pitt und Begeren mit
unser der obgenanten Schyd- und Mittelpersonen eignen angehenckten
Secretynsiglen (doch uns allen gemeinlich unschädlich und unvergriffenlich)
bewart und geben worden uff den nündten Tag Augstmonats von Christi
Jhesu unsers lieben Herren und Saligmachers gnadrychen Geburt gezalt
füffzehenhundert achtzig und nün Jare.

(Auf dem Falz:) Zů wüssen, daß nach Uffrichtung diß Brieffs die
Schydherren dem Artickel, die Stimmen an beiden Ortten Ob und Nidt
dem Wald nachfolgenden Beschluss by dem Zeichen ♀ umb besserer
Lütterung willen setzen lassen, namlich wo sölliches nit beschehe, so soll
die einzige Stimm, wo ioch die hinkäm oder fürbracht wurde, nüt gellten,
sonder krafftloß syn.

Auf dem Nidwaldner Exemplar steht dabei noch: Zů wüssen, daß diser
Vertragshandel von wegen der Herren Nidt dem Wald und uff irem Theil
gevertiget und bearbeitet worden durch die edlen strengen notvesten,
fürsichtigen wysen Herren Melchioren Lussy Landtamman und Landts-
hauptman und Johansen Waser, Landtamman und Panerherren daselbs
nidt dem Wald beide Rittere, volgendts auch nach dem Beschluß in Ge-
schriff gebracht und verfasset nach dem Rhatschlag und Bevelch der
Herren Sprücheren durch Renwardten Cysat, Ritteren, der Zyt Statt-
schryberen zu Lucern.

Es hängen wohlerhalten die Siegel der zehn Spruchherren in Holz-
kapseln. St.-A. Obwalden und St.-A. Nidwalden. Original Perg.

XIII.

1607, 16. April.

Die Eidformeln des Bannerherrn, Landeshauptmanns und der Fähnriche.

Item uf den Ostermentag, was der 16 tag Aprilis des 1607. Jars hatt
ein Panerheer und der Landshauptman ihren Eyd, wie hárnach verzeichnett,
geschworen und beschach das zů Sarnen mitten uff dem Blatz vor ge-
meiner miner gnädigen Herren und der Landtleüthen. Vollendt des sel-
bigen zoch man in die Cappellen. Da sange man das Te Deum Laudamus.
Uff das selbig das gross Geschütz abgelassen. Also sol es nun vürter-
hin so man einen erwelt zů ewigen zyten, eben an gemeltem Ortt be-
schächen, es sige glych ein Panermeister oder ein Landshauptman und
das ahn alle Widerred.

(And. Hand:) Es hand mine Herren und Oberen alhie zů Underwalden Ob dem unndt Nidt dem Khernwald verornett und uffgesezt, wie ihre ehrende Verornette und erwelte Amptsleüth namlich ein Panermeister und ein Landshauptman schwehren und ihren Eid thun söllent:

Erstlich soll ein Pannerheer schwehren, mit der Paner mit Treüw und Warheit umzegahn und ahn eines Hauptmans und der Kriegsräthen Wüssen und Willen nyenenhin zů zyecken und auch mit der Paner ahne der Versamlung und der mehrer Hand, so zů der Paner verornett sind, Wüssen und Willen gantz und gar nitt uß dem Land zyecken, auch das Paner sin Leben lang wol bewahren und im Fahl eines Stryts das Paner fin uffrecht und unverborgenlich haben und tragen, auch by der selbigen sterben und genäsen und hiemit ein fromme Landtschaft Underwalden Ob und Nidt dem Khernwald gar wol und flysig betrachten und bedencken und die Ob dem Khernwald alwägen vür die zween Theill und die Nidt dem Khernwald vür den dritten Theil des Lands halten, namsen und tractieren. Auch yetwederr Parthey wie obstaht by ihren Privilegiis, uhralten Härkommen, Bryeff und Siglen, Fryheitten und Grächtigkeiten (wie unß die von unseren lieben Altvorderen, auch voruß von Gott dem Almechtigen übergeben und yngsetzt worden sind), auch unser bydersyts Abtheylung nach (wie vor gemelt) helffen schützen und schirmen, auch unsere Reputation ußett und im Land helffen mehren, eröffnen und bim wenigsten nitt minderen und darum das best und wägest ze thůn, als fehr sin Lyb und Leben, Gütt und Blütt glangen und ertragen mag, als treüwlich und ungfahrlich.

Item unser Landshauptman soll schwehren, des gemeinen Volcks Nutz, Lob und Ehr z'betrachten und ze fürderen, auch ihren Schaden womüglich wenden und abschaffen und das Volch nyenenhin z'fyeren, nach vür sich selbs kein Zugg zů nemmen auch ze thůn, ahne des Raths Wüssen und Willen und hiemit ein fromme Landtschaft Underwalden Ob und Nidt dem Khernwald wol und eigentlich bedencken und betrachten und die Ob dem Khernwald in allwäg vür die zwee Theill und die Nidt dem Khernwald vür den dritten Theill des Lands in und ußett Lands halten. Auch yetwedere Partey (wie obvermeltt) bey ihrenn Privilegiis, Brieff und Siglen, Fryheitt und Grechtigkeiten (wie unß die voruß von Gott dem almechtigen, demnach von unseren gethreüwen lieben und frommen Voreltteren übergeben und yngsetzt worden sind, auch by unserer beyder Syths Abtheylung nach (wie vermelt ist) helffen schützen und schirmen und unsere Reputation helffen mehren, eröffnen und in keinen wägen minderen old schwehren und darum sin best und wägest ze thůn, als fehr sin Lyb und Leben, Güt und Blüt glangen und ertragen mag, treüwlich und ungfärlich.

(Schrift wie bei der Einleitung:) Des glychen ein rechter Fenderich und Underfenderich sond schwehren mit Treüw und Warheit umzegahn, so veer ihr Lyb und Leben glangen und ertragen mag. Auch ahn eines

Hauptmans und der Räthen Wüssen und Willen mit dem Fendli nyenenhin ze zyecken und darin auch sin best und wägest ze thûn, treüwlich und ungefährlich. —

St.-A. Obwalden. Weisses Buch fol. ccxxvij und ccxxviii. —

XIV.

Gütliche Mittell der Herren Sätzen in dem Gespan zwüschen den Herren ob und nit dem Khörnwaldt, datum 4. und 5. Augusti A° 1616.

Zum ersten wegen des Eidts, so ein Landtshaubtman schweren soll, befindent wir zu Vermydung Verdrüßes und Widerwillens, auch Pflanzung guter landtlicher Liebe und Einigkeit nit thunlich, das darin etwas Unterscheidts oder Züsatzes gebrucht werden sölle, sonder sye gnuogsammb, das ein Landtshaubtman einen gmeinen ordenlichen Eidt zu des gemeinen Orts und Vatterlandts Eer und Wollfahrt schwere, wie dann in anderen Orthen in Krieg und Ußzügen brüchig ist.

Die Kriegräth dann belangende, mögendt allwegen der Landtshaubtman und Panerherr andere eerliche thugenliche und erfahrne Männer zu ihnen in glycher Zahl erwellen, doch ein jeder mit Rhat und Willen syner Oberkeit.

Wann es dann ze Fahl käme, das man mit der Paner ob dem Waldt alls des Orts gmeinem Landtspaner uß und zu Feldt züchen müeßte unnd es die Vogtyen, so beide Theill mit einandern beherschen anthrëffe, söllendt dann die Herren nit dem Waldt den dritten Man gëben, so es aber andere Landtsempörungen und dz gemein Vatterlandt anthrëffe, alls dan sy nit dem Waldt mögendt den halben Theill Volcks, wan sy wöllendt, in iro Costen darthun, und so etwz erobert unnd gewonnen wurde, söllendts beide Theill mit einanderen theillen nach Marchzal des Volcks, so sy im Veld ghan.

Wan es aber sich begebe, das uns die gemeinen Orth, so es antrifft, notwendig bedüechte und der Notfall erforderete sich in zwen Hüffen zu theillen, oder das die Not so groß wäre, dz man mehr Volck nacher schicken müoßte, söllendt sy die Herren nit dem Waldt abermalen mit irem eignen Pauer züchen, wo sy dann von übrigenn Orthen gemant werdent.

Belangende dann die Stimmen, so von Orth ze Orth ußbracht werdent, lassendt wir es by dem nüwen Artickell des Verthrags A° 1589 verblyben, doch mit der Erlüterung, das beyd theill schuldig syent ire Stimmen zu geben und sich dan begebe, das die regierenden Orth zerfielend und an das Orth Unterwalden käme ze fallen und das Meer ze machen, so söllendt dann dessen Theillstimmen gellten, an welchem dannzumal der Kheer oder Umbgang der Jarrechnung ist. Unnd dises in den Vogtyen, wo die Hrn

ob dem Waldt die zwey und die Herren nitt dem Waldt dz dritt Jar habendt umb alle Sachen, so denselbigen Vogtyen anhen(g)ig sindt, es syendt Appellatzen, Empter, Schryberyen, Fryheiten oder anders derglychen, es werdent dann sölche Sachen uff der Badischen oder anderen Tagsatzungen fürbracht. In übrigen allen Sachen aber, usserthalben iro gemeinen Vogtyen, söllendt beider Theillen Stimmen glych gehalten und geachtet werden, wie von allter haro.

Der Ritten halber zu Tagen, Fürsten und Herren, Gottshüserrechnung, Insetzung der Prelatten lassendts wir auch by der lutern Ordnung des Verthrags A^o 1548 gantzlichen verblyben und dem selbigen von beiden Theillen geläbt und nachkommen werde.

Sonsten solle es im Übrigen auch by iren alten Verthrägen, Brüchen, Ordnung und Abtheillungen durchuß verblyben.

St.-A. Luzern (Akten Unterw.) drei gleichzeitige Abschriften und zwei unvollständige Konzepte. St.-A. Nidw. zwei gleichzeitige Ausfertigungen auf Papier.

XV.

1618, 15. Febr.

Der sogenannte „Kapuzinerfriede“.

In Namen der allerheiligisten unzertheilten Trivalttigkeitt, Gott des Vatters, Sohns undt Heiligsten Geists Amen. Menigkhlich sey zuo wüssen gegenwürttigen und zuokhünfftigen, wie das dise verschribne Herren us Anordnung des ehrwürdigen Vatters Martini vonn Egelshoffen Cappuciner, derselbigen Zitt Prediger undt Bichtvatter zuo Underwalden im Closter zuo Stans, bey Sanct Jacob den 15^{ten} February des 1618^{ten} zuosamen khomen. Dheren Namen sindt wie volgt: Ob dem Waldt die edlen, gestrengen, nottvesten, fromen, fürsichtigen undt wüsen, namlich Herr Joannes Würz, gewesner Landtvogt im Rhinthall, der Zitt Landtaman, Hauptman Peter im Feldt, alt Landtaman, Hauptman Melchior im Feldt, Ritter, allt Landtaman und Panerherr ob undt nit dem Khernwaldt, Antoni von Zuben, allt Landtaman, Hauptman Hans im Feldt, gewesner Landtvogt zuo Baden, Hauptman Niclaus Windli, Thalvogt zuo Engelberg, Hauptman Bartholome von Deschwanden, gewesner Landtvogt zuo Sargans, Anthoni Buocher, gewesner Landtvogt im Meintall, Hauptman Petter im Feldt, Fendrich Baltzer von Fluö, Wolffgang Schmidt, Melcher Würtz, Jacob Khürssitter, all des Raths. Nüt dem Waldt Hauptman Melchior Wilderich, der Zitt Landtaman, Hauptman Joannes Lussy, Ritter, alt Landtaman und Panerherr, Hauptman Niclaus Riser, Ritter, gewesner Comissari zuo Belletz, alt Landtaman, Hauptman Joannes Leuw, Ritter, gewesner Comissari zuo Belletz, alt Landtaman, Hauptman Crispinus Zelger, alt Landtaman

und Landtshauptman ob undt nidd dem Khernwaldt, Joannes Zelger, Stathalter, Philip Barmettler, Seckhelmeister, Hauptman Caspar Leuw, Ritter, Arnoldt Farliman, gewesner Comissari zuo Belletz, Ballzer Odermat, Uly Barmetler, Niclaus von Büren, Arnoldt am Stutz, all des Raaths. Und diewill etwas Gspans oder Misverstendt ihre Gerechtigkeiten antreffende zwüschent beeder Oberkheiten sich erhebt undt etliche Jahr gewerth, aber sy selber under einander, unangesehen sy zum offtermahlen zuosamen khomen, nit mögen verglichen werden, noch von den Herren anderer Orthen als Lucern, Ury, Schwitz verglichen mögen werden, haben sy sich durch obgemelten ehrwürdigen Vatter Marttin, nach Mäslesung undt einhelliger Anruöffnung Gott des heiligen Geists, diewill es ein Werckh war Gott des heiligen Geists und nit der Menschen, verglichen, doch uff Hindersichbringung beedersits Oberkheiten oder Landtsgmeinden umb die Verwilligung und Bestettigung halber, nachvolgender Wüs: Erstlich haben sich einhellighklich uffgehebt und krafftlos gemacht alle Wortt, Reden, Schriben und Khämpff, so sich in disem werendem Gspan gegen einander verlossen, so eintwedere Part hette mögen dardurch verletzt und verkleineret worden sin, wie auch den Spruch, so von etlichen Herren zuo Lucern über disen Gspan usgangen den 5^{ten} Augsten des 1616^{ten}, diewill er noch nit von den Oberkheiten angenommen worden. Zum andern sind sy miteinander überein khomen und versprochen mit Handt undt Mundt beedersitz, das sy wellen by den Verträgen, deren der ein im 1548^{isten}, der ander im 1589^{isten} von beedersitz Landtsgmeinden angenommen und geschworen für sy und ihre Nachkhömlig, wie sy luten von Buochstaben zuo Buochstaben verbliben und demselbigen in kheinem Puncten oder Wortt khein anderen Verstandt geben: wie auch dem Puncten, so vermeldet, so die Personen us den Untertonen wurden von Orth zuo Orth ritten oder fahren, sonder in dem ubrigen, wie von Alter häro leben und streben, darzuo ihnen Gott der almechtig durch das Fürbit Marie, Sanct Francisci undt aller Heiligen welle sin Gnadt verlichen Amen. Deß zuo wahrer undt vester Urkhundt nach Anbringung, Uff- und einhelligger Annemung beeder Landtsgmeinden ob undt nidd dem Waldt sindt zwen glichluttende Brieff uffgericht worden, so der ein verlohren, dem anderen gentslich Glauben geben solle werden, welche mit des ehrwürdigen Gottshus Sancti Francisci zuo Stans, auch beeder Orthen angehenckhttem Secret Insigel bekrefftiget, dattiert wie obstat den 15^{ten} February des 1618^{ten} Jahrs.

Es hängen: 1. das zweite Obwaldner Siegel in br. Wachs.

2. Ouales kleines Siegel des Kapuzinerklosters Stans mit der Figur des h. Petrus mit den Himmelsschlüsseln und der Umschrift FRATI CAPVZI in gr. W.

3. Das alte Nidwaldner Landessiegel in gr. W.

St.-A. Obwalden und St. A. Nidwalden. Orig. Pergamente. — Im St.-A. Obwalden liegt auch eine ursprüngliche, vor der Ratifikation

von der gleichen Hand geschriebene Papieraufsertigung. Diese trägt nur das aufgedruckte Kapuzinersiegel und die Besieglungsformel im Texte lautet dem entsprechend: „deß zuo wahrer und vesten Urkhundt sind zwen glichluttendte Brieff uffgericht worden, so der ein verlohren, dem anderen gantzlich Glauben geben solle werden, welche mit des ehrwürdigen Gottshus Sancti Francisci zuo Stans Secret Insigell bekhreffiget“.

XVI.

Die Urkunden des Handels von 1690—1691.

A.

Kontumazurteil von Uri und Schwyz vom 14.—16. Dezember 1690 und 20. Februar 1691.

Wir Landamman, Rätthe und in nachfolgenden Sachen von beiden Orten Uri und Schwyz hierzu delegierte Sprücher und Sätze, vermög dreiörtischen und ältisten Pundts zusammen verfüegt, bekennen und thun kund öffentlich hiemit: demnach unsere Eidtgnossen Nid dem Waldt als Ehrendeputierte um Beylegung der nunmehr lang geschwebten kostbaren inländischen unterschiedlichen Mißhelligkeiten, die sich entzwüschen ihnen und ihren Mitlandtleuten ob dem Wald halteten, erschienen und selbige kraft oben angezognen Pundts zu entscheiden und auszusprechen committieren, zu welchem unsere Eydtgnossen ob dem Waldt von ihrem obbesagten Gegentheil und auch sonst absonderlich kundgethan und ordentlichen hierzu geladen worden, aber dennoch ausgeblieben. Und als wir hierüber unserer Eydtgnossen nid dem Waldt weitläufiges Fürbringen und auch sowohl deren Gewahrsammenen, habender vielfältiger Briefe und Sigel ablesend angehört, haben wir nach reifer Überlegung aller dieser Sachen Beschaffenheit, kraft des dreiörtischen Pundts, den 14. und 16. Decembris 1690 mit Recht erkennt, geurtheilt und gesprochen: daß in gemeinen Vogteien, Jahrrechnungen, Klosterrechnungen sollen laut der Verträge (was Nuz und Schaden betrifft) ob dem Wald zwei Theile, die under dem Wald aber allein der dritte Theil sein, in allen übrigen Ritten, Ortstimmen und Sachen aber soll jeder Theil ein halbes Ort sein. Anlangend die bis dahin aufgelaufenen Kosten, weilen unsere Eidgnossen ob dem Wald über alles freundeidgenössische Erinnern und Einladen als contumaces ausgeblieben, sollen sie in alle deßwegen geursachten und aufgehoffenen Kosten vermög des dreiörtischen Pundts verfällt sein, selbige ihren Mitlandtleuten unter dem Wald nach beschehener Taxation derselben gänzlichen zu ersetzen und zu entrichten. Alles in Urkund dieses Briefs etc. der übergeben ist den 20. Febr. 1691.

St.-A. Schwyz (Akten Nidwalden).

B.

Der Schwyzer Spruch vom 4. Dezember 1691.**a) Ausgehändigter Rezess des Urteils.**

Wir Hauptman Jost Rudolph Reding, Ritter, dermahlen Landtman undt ein gantz gesässner Landtrath zuo Schweytz attestieren hiermit in Krafft diß Scheinß, waßwassen nachgesetzte unterschiedenliche Urthell zwüschent unser beider g. l. a. E. Mit. LL. undt wolvertrauwten Bruoderen zuo Underwalden Ob dem Kernwaldt an dem einen, dan ihren Mit. LL. Nit dem Kernwaldt an dem andern Theyll durch die von jederseits aus unsern Ehren-Mittlen erkhiesten Ehrensätzen in unnser Gegenwarth, alß deß auch von beyder Ehren-Partheyen ernamsten Obmanß, Crafft Compromiß nicht weiterß zuo ziechen, sonderen dabey zuo verbliben, rechtlich gesprochen worden.

1^o Ist erkhent, dieweyllen beyde Ehren Partheyen zuo Underwalden Ob- undt Nit dem Kernwaldt bey den Verträgen de Annis 1548, 1589 und 1618 geschützt und geschirmt zuo werden verlangendt und in dem 48^{sten} Vertrag zuo gibt, daß Ritt weren zuo frömbden Fürsten und Herren, und gemeine Eydtgnossen und die Zuogewanten besondere Ohrt auserwelten und ordneten verreiten in Namen gemeiner Ohrt, undt solche Ritt auf ein Landt Underwalden khommen und fahlen möchte old wurde, sollen die ob dem Kernwaldt zween Ritt versechen und die Nitt dem Waldt den dritten, seye seien dan nützlich old schedlich. Undt ob aber solche Ritt von gemeinen Eydtgnossen angesächen wurden alle Ohrt gemeinlich zuo verreithen, sollend und mögend auch beyde Theill Ob- und Nit dem Kernwaldt dorthin ordnen und schicken. Undt aber von dem Ritt nacher Pruntraut khein Vertrag specialiter, sowenig auch von dem Landtbuoch ob dem Waldt noch von dem Cisatischen Prothocoll zuo Lucern Meldung thuot, hergegen der de A^o 1618 bey Eyden bevilcht auf den 48^{sten} und 1589^{sten} Vertrags claren Buochstaben von Wort zuo Wort ohne vernere Auslegung zuo gehen. So nicht weniger der fürstl. baslerisch Pundt A^o 1579 aufgericht gantz beweglich weiset, daß solcher umb Erhaltung der wahren, alleinseeligmachendten Cath. Religion mit den siben Cath. Ohrten absönderlich aufgericht undt im 89^{isten} noch in dem 18^{isten} Vertrag aber khein Meldung geschechen ist, alß solle eß undt

erstens bey den de Annis 1548, 1589, 1618 mehrangezogenen Verträgen sein unumgänglich Verbliben haben. Dahero dan undt Crafft solcher undt der obeingefüerten und anderen mehrfältigen Gründen (weillen diser Ritt nit von gemeinen Eydtgnossen und zuogewanten Ohrten, sonder von Ihr fürstl. Gnaden selbst, vermög dritten Artic. des mehr genanten Pundtß mit den siben cath. Ohrten mehrentheilß zur wahren Glaubenßdefension angesehen, solle solcher Ritt beiden Theyllen zuo Underwalden Ob- und Nidd dem Kernwaldt in gleicher Souveranitat zuo gleichen Theyllen zuogehören, volgendts vorbaaß alternative zuogewissen seyn.

2° Fehrnerß ist erkhent, weillen daß frstl. Bischöfl. Geheime Rattsstelle bescheintermassen von Ob dem Waldt zweymahl und von Nit dem Waldt nur ein mahl versechen und genossen worden, nicht weniger vermög eineß A° 1660 von denen nit dem Waldt an ihr Mit. LL. Ob dem Waldt datierten Schreybenß clar nachgegeben worden, daß also in Ansehung der von denen Ob dem Waldt sowol vor alß auch nach dem Schreiben genoßner Possession, die Ob dem Waldt vorbaß allwegen diserß Ehren Rattßstelle zweymahl und die Nit dem Waldt ein mahl zuo versechen haben, mithin aber Ihr Fürstl. Gnaden habende pundtmässige Recht- und Freyheit allwegen ietz und in daß künfftig vorbehalten seyn solle.

3° Sodann ist auch erkhent in Gegenwahrt unser deß Obmanß, das in den Sachen und Puncten (welche Crafft den Verträgen de Annis 1548, 1589 und 1618 denen Ob dem Waldt nit nachgeben und vorbehalten worden) ein Standt Unterwalden nit dem Waldt ein halbeß Ohrt seyn solle, alß wie der Stand ob dem Kernwaldt.

4° Die Kösten betreffende seyndt solche auß erheblichen und treü auf die erforderliche Gewicht gesetzten Ursachen besonderß aber zuo Vermeidung mehrer Ungelegenheiten undt Ungemach undt umb Pflanzung neüw landt-brüederlicher Vertrauwlichkeit zuo immerwehrender welt-ewig guetter Verständnuß compensiert und aufgehbt, also daß jedere Ehren-Partey ihr in disem Rechtsactum erlittene Kösten an ihm selbst haben solle.

5° Undt schließlich sollen die zwüschenndt den mehr hochgedachten Ehren-Partheyen durch die Zeit diserß langgedaurten Rechtsstreit geloffene unguette Reden und Unfreündtlichkeiten aufgehbt, aller unguette Will und Mishäll todt und abgethan seyn, hergegen die landtbrüederliche Vertrauwlichkeit, Freündtschafft, ware Liebe, Treüw und guette Verständnuß bey, mit, undt under inen den mehrgenanten unsern g. l. a. E. Mit LL. und w.-v. Bruoderen zuo bester Manutention deß ersteren und eltisten dreyöhrtischen Pundtß und volgendem Trost der hierin verbundenen dreyer alt röm.-cath. eydtgn. freyen Ohrten und Ständen in der Einigkheit florieren und beständig vorbas läben sollendt.

Urkhund etc. old zuo mehrer Zeügnuß etc.

In Urkhundt deßen obige Urthelß-Puncten in 2 förmliche Instrument von undersetztem Landtschr. nechstmöglichist verfast und jeder Ehrenparthey eineß mit unserem gewohnten Landts Secret Insigillo verwahrt, gleich wie diser Schein ebenfahls mitgetheilt werden solle. Actum den 4^{ten} Tag 10^{bris} A° 1691.

Johan Frantz AbEgg
Landtschreyber.

St.-A. Obwalden und St.-A. Nidwalden. Mit dem aufgedrückten Schwyzer Landessiegel bekräftigte Papieraufertigungen.

b. Die zurückbehaltene Ausfertigung des Spruches.

Wir Landamman und ein geseßner Landt-Rhath zu Schweyz thuont kund mäniglich mit gegenwürtigem Brief, demnach vor ohngefahr dritthalb Jahr entzwüschent unseren wahren und besten Freünden, Mitlandtleüth und vertrautisten Brüderen, denen getreüen, lieben alten Eydtgnossen lobl. alt-cath. freyen Standtß zu Underwalden Ob dem Kernwaldt an dem einen, danne unseren auch wahren und besten Freünden, Mitlandtleüth und vertrautisten Brüderen, denen getreüen lieben alten Eydtgnoßen lobl. alt-cath. freyen Stands zu Underwalden Nit dem Kernwaldt an dem anderen Theil umb den bey den sibem catholischen Orthen der Eydtgnoßschafft umbgänglichen Ehrenritt eines Kriegßrathß zu ihro fürstlich Gnaden, dem Herren Bischoffen zu Basel, auf dero jeweiliges Begehren nacher Brunnthraut und selbiger Enden in eine eynländische Mißhell und Spänigkeit gerathen, indemme unser Eydtgnoßen die Oberkeit Ob dem Kernwald solchen Ritt, dafern und so oft solcher auff ein Orth Underwalden fiele, allwegen zweymahl zu versechen und ihr getreü lieb Mitlandtleüth und Brüderen, die Oberkeith Nit dem Kernwald allwegen allein daß dritte mahl versechen zu laßen praetendiert haben. — Deßen aber unser Eydtgnoßen Nit dem Waldt sich beschwerth und dißfahls halber mit und nebendt ihren getreüwen lieben Mitlandtleüthen Ob dem Kernwald dißen Ritt in gleichen Rechten zu versechen befüögt seyn wollen. Zu dem Ende und demnach sich bey beyden lobl. Orthen Ury und Schweytz nach mehrmahlig freündtlichen Mitlungsversuoch- und Erinnerung herrinnenumb den rechtlichen Entscheydt ze thuon vermög deß eltisten drey-örthisch-eydtgnössischen Pundtß mehrmal angehalten, inmassen dan, weillen unser Eydtgnoßen Ob dem Kernwald damahlen vermeint, eß wurden diß fahls halber diejenige catholische Orth, welche anno 1589 zwüschent beyden Theilen auch Sprücher gewesen, zu competierlichen Richteren den durch sie gemachten Spruch auszulegen müößen erklärt werden, vor dennen zwey loblichen Orthen Ury und Schweytz angefüögte Aviso in Contradictorio nicht erscheinen wollen, hiemit auf Verlangen deß Gegentheiß, auffgewisene Documenta und Rechtsamme in Decembri anno 1690 in Contumaciam verfehlt worden. Da und aber auf dißhin unser Eydtgnoßen Ob dem Wald den mehreren catholischen Orthen vermög damahl zu Baden wohlerdaurten dreyörthischen Pundtß an kein andern Richter alß an die zwey Orth Ury und Schweytz können gewiesen werden, daran selbige sich endtlich gesettiget und zu dem End, nach Verlangen über gegangene Contumazurthel auff den 27^{sten} nechsthin geruckhten Monaths Novembris bestimbten Rechtstag einer Revision in ansehnlicher Ehren-Deputatschafft alß von unseren Eydtgnoßen ob dem Wald benantlichen die hochgeachte, wohledel und gestrenge Herren Herren Peter Entz, Herr Landtßhauptman und Oberzeügherr Johann Wirtz, beyde Alt-Landtamman, Herr Nicola Im Feld Landtseckelmr. und Herr Nicola Furer Landtschreiber mit Zuothuon ihres verwilligten Actuarij deß wohledelvesten und weysen Hauptman Frantz

Victor Schorno unseres getreuen lieben Landtschreiberen — Danne von unseren Eydtnoßen Nit dem Kernwaldt benantlichen die auch hochgeachten, wohledel und gestrengen Herren Herren Hauptman Carl Joseph Lußi, St. Moritzen und Lazari Ordens Ritter, regierender Landtamman und Pannerherr, Herr Obristlieutenant Joann Ludwig Lußi Jerosolomitanischer Ritter und Landtshauptman Ob und Nit dem Kernwald und Herr Landshauptman Frantz Ackhermann, beyde Alt Landtamman, Herr Joann Melchior Balin, Stadthalter, Herr Alt-Bauwherr Beat Jacob Zelger, Herr Valentin Christen, Landtsseckhelmeister, Herr Obervogt Nicola Keyser und Herr Hauptman Heinrich Ludwig Lußi, Landtschreiber, vor unß mit- und nebst einanderen zu Gegentheilen erschienen und zu beyder Seytß gleiche Ehren-Sätz und Rächtsprächer auß unseren Ehrenmitlen, benantlich Seyten Ob Waldß unser Ehrenhaupt Herren Hauptman Jost Rudolph Reding von Biberegg St. Marxen Ritter, Landtshauptman in der March, der Zeit Landtamman, Herr Hauptman Frantz Bettschart Alt Landtamman und Landtßfendrich, Herr Hauptman Joann Rochus Ab Yberg der Zeit Statthalter, Herr Hauptman Heinrich Fridolin Reding von Biberegg, Pannerherr, Herr Johann Balthasar Städelin, Spitalherr und Herr Carol Antoni Schorno Landshauptman der Landtschafften Gaster und Windegg, — item und auff Seyten dennen Nit dem Wald: Herr Ritter Jacob Weber, Alt-Landtamman, Herr Joseph Antoni Reding von Biberegg, Landseckhelmeister und Landtshauptmann zu Pfeffickhon und Wolrauw, Herr Alt-Landseckhelmeister Johann Caspar Dettling, Herr Johann Balthasar Mettler, Sibner und Alt-Landtvogt im Reynthal, Herr Alt Spithalherr Gsanter Augustin in der Bytzi und Herr Ehrengesanten Anton Ignati Ceberg, nach eydtgnößisch gewohnter Form und Übung ernambset und fründ-eydtgnößisch verlangt, zumahlen auff unsere wohlmeinliche Erinnerung der in dißer Spänigkeit bereits vorgeloffenen kostbaren Umbtriben hiermitten annoch fehrnere weytaußsechenden Weytleüffigkeiten den völligen Abschnitt zu machen, sich dahin zu beyden Theilen freyens Willens erklärt, vertraut und verbunden, daß die genannte Ehren-Sätz zwüschen sie den Ehrenpartheyen von und in Namen ihrer Herren und Oberen beyder Oberkeit- und der Landtleüthen wegen Ob- und Nit dem Kernwald zu offner Hand nach fründlicher Vereinbahrung vermittelt ihrer Interposition woltend trachten. Da nun aber keine gütliche Mittel bey ihnen Platz finden könten, solten die Ehrensätz in ihrer Streitigkeit rechtlich sprechen; ob dan dieselben zerfielend, solten alsdan wir der Obman und die Herren Sprücher deß Beysitzes nit enteüssert seyn und waß fründtlich tractiert old waß per majora rechtlich gesprochen werde, eß sein Verbleiben darbey haben und nit weiters gezogen werden solle.

Wann dann die Contumazurthel in beyder hohen Partheyen Gegenwarth abgelesen worden, welche vornemblich und specifice folgende Urthelwort begreiffet, daß in gemeinen Vogteyen, Jahrrechnungen, Klosterrechnungen sollendt laut den Verträgen, waß Nutz und Schaden betrifft,

Ob dem Wald zwen Theil, die under dem Wald aber allein der Drittetheil seyn, in allen übrigen Ritten, Orthßstimmen und Sachen aber solle jeder Theil ein halbes Orth seyn.

Stuonde hiermitten an unseren Eydtgnoßen Ob dem Wald über dißere Urthels-Puncten in dem eint — old anderen ihr Beschwärd zu eröffnen, gestalten dann demnach unser Eydtgnoßen Ob dem Wald den erstangezogenen Ritt eines Kriegß Raths und deßen Dependenz, auch daß geheime Ehren-Rathsstell, vermög underschidlich vorgelegten, besonders de Annis 1548, 89 und 1618 datierten Brieff und Siglen allwegen zweymahlen zu versechen und ihre Mit-Landtleüth Nit dem Wald allein und allwegen daß dritte Mahl versechen zu laßen, wie es in einem und dem anderen biß-dahin seye geüßt worden, in Contradictorio angesprochen haben, wie dann sie ihr Recht heiter auß unten allegierten Vertragßpuncten, ohn fernere Außlegungßbedürftigkeit, (welche vermög deß 1618^{ten} Vertragß dermahl nicht mehr ohn eydtliche Beschwärd gestattet werden könnte) dato zu probieren hoffend, wie vernemblich der dritte Articul lautet in dem 48^{sten} Vertrag: Weiters die Jahrrechneten alß Lauwiß, Baden, Klosterrechneten im Thurgaüw etc. Item der fünffte Articul: Weiters ist verabscheydet und erkennt worden, daß Ritt wären zu frömbden Fürsten und Herren etc. So nicht weniger der sechste Articul auch im 48^{sten} Vertrag: weiter und mehr antreffend Rechtßsprechungen ist verabscheydet und erleüthert worden etc. heiter und klar weisen thüöge zu welcher Rechtsame ihnen mithin daß Cisatische Prothocoll zu Lucern, wie auch ihr Obwaldnische Landthuoch von frömbden Fürsten und Herren Ritten meldende, zu allegieren dienstlich und vortheilhafft seye. Sie wolten aber auch gantz sichtbahr durch einen de Anno 1660 von Nitwald oberkeitlich an sie Datirtes beweisen, daß Nitwald allein den Drittel der Rathsstelle wegen geforderet, darumb wohl zu beobachten seye, daß Ritt und Rath einer Natur seye, woltent hiermit krefftigen protestiert haben, sich in keineswegß von dem 48, 89 und 1618^{ten} Verträgen treiben zu lassen, sonder gantz angelegnest fründteydtgnößisch bittend, bey ihren Schriffthen, Documenten und Rechten geschützt und geschirmbt zu werden etc. Alleß mit weitaußführlichen Productionen.

Hergegen und über so gethane Ansprach unser Eydtgnoßen Nit dem Wald sich nicht in minderer Weitleüffigkeit in Antwort eröffnet, daß sie sich nit weniger alß ihr Mit-Landtleüth Ob dem Wald von den obernannten in Annis 1548, 89 und 1618 auffgerichteten Verträgen wolten trängen lassen, krafft dero dan sie die berüöhrende Ritt und Rath mit Billighkeit in gleichem Rechten und alternativè zu versechen hoffent, weillen die Vertragß-Puncta die Ritt zu Fürsten und Herren zwüschent seye vorzunehmen, die Rechtsame und den Modum ordentlich entscheyde in dem drytten, fünff- und sechsten Articul deß 48^{sten} Vertragß und gebe hierinnfahls der fünffte Articul die mehrere Erleütherung, benantlichen: „das Ritt wärendt zu frömbden Fürsten und Herren und gemeine Eydtgnoßen und zugewante

Orth besondere Orth außerweltendtz zu reitten in Nahmen gemeiner Orthen und solche Ritt auff ein Orth Underwalden fiehlen, solle Obwald zwen versechen und Nit Wald den dritten etc. Und ob aber alle Orth schickhen, mögendt beyde Theil etc.“.

Weillen aber dißer Brunutrautische Ritt nit die gemeine und zugewannte Orth, sonder allein die sibem catholischen Orth zu Conservation der wahren Religion und des Vatterlandtß zu versechen betreffe, also mithin der dritte Puncten benannten: „Weiter wegen der Jahrrechneten etc.“ nach sich ziehet, daß in Fürstensachen beyd Theil dahin (zwahr die Jahr-Rechneten unberührt) schickhen und darin mögendt handeln. Sodann protestierten sie mithin wider allegiertes obwaldische, alß in dißer Sach partheyische Landtbuch, laßen hergegen daß Cisatische Protocoll in seinem Werth und Unwerth bestellt seyn und verhoffendtz sich der authentisch überhin außgefertigten Brieff und Siglen zu behelffen. Nun seye dißer Ritt nach Brunnthraut auch einer solchen Qualitet, daß solcher anderst nit, alß auff jeweilig bischöfflich eydt- und pundtgnößisches Ansuothen vorgenommen werde; es habe dann auch vermög der anno 1675 den 21^{sten} Octobris gehaltne Pundtserneuerung ihr fürstlich Gnaden einen Rath selbst zu ernambsen old dem Orth zu überlaßen befuogsam; producierten auch unterschiedliche Brieff, besonders einen de anno 1632 von Bischoff Heinrich etc.

Wan dan sie, vermög eines obwaldischen Factum tale müessendtz beschimpffet werden, ob Nit-Wald nit für ein halb sonder allwegen für ein drittel Orth solle geachtet werden, begehrtten sie hiermit den Entscheyd, worfür sie solten gehalten werden und hoffen, daß sie ußert ob von ihrem Gegentheil selbst eingefüehrten Puncten, wan gemeine Eydtgnößen und Zugewannte besonder Orth erwählten, sodan wegen Sätz- und Rechtsprüchen etc. item Jahr- und Klosterrechneten etc. ein halbes Ohrt und in der Orthstimb gleich zu seyn, vermög der nunmehr offtz specificierten dreyer Verträgen etc. Auch alles mit mehrerem.

Es waren aber Seyten Obwald unterschiedliche Replic gemacht worden, besonders aber nit dafür haltend, daß Nitwald wegen halben Orths etwaß zu Recht setzen hette, dan Obwald ihren Mitlandtleüthen an ihre Souverenitet nichts benennen wolle, sonder diejenigen seyn sollendtz, wie sie biß dato geweßen, könne auch deßfahls halber vermög 18^{ten} Vertragß kein Erleütherung beschechen.

Hergegen Nit-Wald repliciert, daß die Contumaz-Urthel bereiths jeden Theil für ein halb Orth erklärt, hoffendtz darbey angesprochner Maßen für ein halb Orth qualificiert zu werden etc.

Demnach also vermittelst villfältig ungesparter Muöhnamb von dem obangezognen 27^{ten} Novembris biß auff Endtß ermelt Datum allerhand fründtlicher Projecta, Vorschlag zu fründtlicher Vermittlung und beßerem Bestand könnftiger Einigkeit, Fried und Ruoe beyden hohen Ehren-Partheyen eröffnet worden und aber nichts verfüogliches geweßen, besonders unsere Eydtgnößen Obwaldts dißfahls halber nit so weit instruiert zu seyn sich entschuldiget.

Dahero dan zu beyden Theilen die obernannte Herren Ehren-Sätz und Rechtsprecher umb ihr eydtlich- und rechtliche Urthel gebätten worden, bevor aber auch je ein Theil an den anderen zu beyderseyts die in dißem Streittgeschäfft außgestandene Kösten zu Recht gesetzt und zu beyden Theilen nochmahlen bey ihren vorgewisnen Sigill und Brieffen, Recht, Freyheit und Gerechtigkeiten geschirmbt zu seyn und zu verbleiben höchst angelegentlichst fründ-eydtgnössisch verlanget. Alß haben die obernannte Herren Ehren-Sätz und Rechtsprecher vor unß, dem Obman, in dem Namen der unzertheilten hochheiligsten Dreyfaltigkeit, die beyder Seythß eingelegte Brieff und Sigill, Documenta und Schrifften vorsich genommen, sie mit langer Gedult nochmahlen abgehört, mit sonderem Fleiß sich darüber reifflich reflectiert, auch ihre Gedanckhen unpartheyisch walten lassen und danne demnach sich bey Eyden erkennt und gesprochen wie folget: Des ersten dieweillen beyde Ehrenpartheyen Folgt das Urteil, wörtlich gleichlautend wie oben im Rezess, mit einziger Ausnahme des Zusatzes zu Art. 3: Jedoch daß beygesetzte Wort, daß Underwalden Nit dem Kernwald ein halbeß Orth, nit solle der Verstand noch Meynung haben, daß denen hisdahin rüöhig und unbekümmereten genoßenen Rechten, Fryheiten, Gerechtigkeiten, alten Harkommen, auch Sigill und Brieffen und Verträgen daß Wörtlein „Halbes Orth“ beyden Ehrenpartheyen, dem Stand Ob- und Nit dem Kernwald, im wenigsten etwaß derogieren, noch benachtheiligen solle, sonder bey solchem jetz und in daß könfftig sein Verbleiben haben und darbey geschützt und geschirmbt verbleiben sollendt.

Der Schlusssatz lautet: Zu vestem wahren Urkund haben wir gegenwärtig Instrument eines Urthelbrieffs in Duplo und gedopplet zu Handen jeder Ehren-Parthey gleich lauthend mit unseres Landtß Secret Insigillo verwahrt übergeben laßen. So beschechen zu Schweytz den 4^{ten} Tag Decembris in dem Jahr unsers lieben Herren und Heylandß Jesu Christi gezehlt eintausendt sechshundert Neunzig und einß.

St.-A. Schwyz. Zwei besiegelte Pergament-Ausfertigungen. Im St.-A. Obwalden drei Kopien; im St.-A. Nidwalden eine spätere beglaubigte Abschrift von 1744.

XVII.

1740, 21. Januar.

Abscheyd der ze Alltnacht am Gstad gehaltenen Conferenz von denen lobl. Orthten ob und nit dem Kernwald den 21. January 1740 (zur Ausscheidung der „alten“ und „neuen“ Landleute).

Namen der Herren Ehrengesanten:

Ob dem Walldt: Herr Marquart Anthoni Stockhman reg. Landtamman, Herr Landtaman Anthoni Frantz Buoher Pannerherr. Herr Landtamman Johann Wolffgang von Flüe.

Nidt dem Kernwaldt: Herr Ritter Sebastian Remigi Keyßer, reg. Landt-
 amman und Landtßhaubtman. Herr Landtamman
 Johann Mellcher Remigi Lußy, Herr Landtamman
 Niclauß Daniel Keyßer, Landtßhaubtman ob und nit
 dem Kernwaldt.

Cantzley: Petter Anthoni Wirtz Landschreyber ob — Felix Leontius
 Keyßer, Landschreyber nit dem Kernwaldt.

Dieweillen gegenwerthige Conferenz einig und allein angesehen worden,
 damit man die wegen Annemmung neüwer Landtleüthen etwan gemachte
 Verträge, sambt einem vollkhommen Außzug der zu beyden Theillen an-
 genommenen Landtleüthen gegen einander in freündtlandtbrüederlicher
 Verthrauwligkheit eröffne, umb zu sächen, in welchem Jahr eigentlich
 die Convention beschehen sein mochte, das welche fürohin zu Landt-
 leüthen angenommen worden, solche allein in dem Theill, da sye ange-
 nomben, Landtleüth sein sollen, undt dafern keine authentische Schröfften
 deßwegen konten angebracht werden, sich zu berathen, welches Jahr
 man hierumb fixieren kenne, oder wolle etc. lestlichen von allem disem
 und abhängenden Geschäften eine fründt-landtbr. Underredung zu thuon,
 auff das künfftig all-etwan dißfahls besorgende Irrung vermitten bleiben
 mechte. — Nach fründt-landtbr. beydseithig abgelegten Curialien haben
 lobl. Orthß mit dem Kernwaldt Herrn Ehrengesanten vorgeeffnet, waß
 gestallten ihre gnädige Herren, nach dem Exempel ihrer L. L. ob dem
 Kernwaldt von denen in ihrer Jurisdiction eingesäßen Obwaldneren
 förmbliche Certtificationen, ob von allten oder neüwen Geschlächteren har-
 stammen, gleichmäßig zu begehren den billichen Anlaß genommen, haben
 zumahlen in dem Archiv die Geschröfften fleißigist undersuochen laßen,
 darin sich zeige, daß ein gewißer mit Namen Töni Wäber, demme ob
 dem Walldt, das er ein Wollff erlegt, das Landtrecht geschänkht, im
 Jahr 1564 von einer Gemeindt nit dem Walldt zum Landtman angenommen
 worden; folge also hieraus, wan je ein solche Convention beschehen,
 sellbige vor diser Zeith schon geweßen sein müeße. Weithers habe man
 noch Instrumenta noch Schröfften finden kennen, zu was Zeith eigentlich
 ein solche Convention gemacht, noch das ihrerseithß jemahls von dem
 Luoder oder Aufflag der angenommenen Landtleüthen zwey Theill ihren
 L. L. ob dem Walldt zugeschückht worden — Seye also ihres Ermäßens
 ein gantz imperfectes Wäßen, darumb nothwendig sich wohl zu refflec-
 tieren und für künfftig eine guothe Verordnung zu setzen.

Worüber die Hrn. Ehrendeputierte von ob dem Kernwaldt vor-
 gestellt, daß nit weniger dises Geschäfts wegen eine genauwe Under-
 suochung machen laßen, zeigen sich aber gar keine authentische Schröfften,
 das undt in welchem Jahr ein förmbliche Convention oder Vertrag be-
 schehen. Eß melde zwar ihr altes und hiervon in das neüwe hinüber-
 gesetzte Landtbuoch, allwo zerschidene Articull zwischendt ob und nit
 dem Walldt, wegen Rüthen zu frömbden Fürsten und Herren und andere

Regiments-Sachen verzeichnet, auch allda beygesetzt, das Anno 1558, nebst anderem, man sich vereinbahrt in folgendem Tenore. „Welche fñrohin zu Landtleñthen, eß seye, das eß ihnen geschñnkht oder verkaufft, die sellbige sñllent allein in dem Theill, da seye angenommen, Landtleñth sein und so der selbigen einer auß dem Theill in anderen zuge mit Für und Liecht, soll er daselbst nit Landtman sein, seye haben ihne dann gern dafür oder er erkauffte das, wie brñchlich an jedem Orth“.

Wolle man nun von beyden Theillen diß approbieren, möge man eß wohl thun, allein ihre L. L. nit dem Kernwalldt in bekanth- vor vielen Jahren mit einander gehabten Streitigkhaiten jederweill wider ihr Landthuch protestiert, hargegen zeige sich auß deß Herren Landtamman Wirtzen Schrűften, das Anno 1571 solche Convention beschehen. Der Annò 1589 zwischendt ob und nit dem Walldt erfolgte Vertrag melde, das die Partheyen selbst anredt waren, das wegen Annembung der Landtleñthen ein Vergleich zwischendt ihnen getroffen, worbei es sein Bewñnden gehabt und zu mehrerer Steűfhaltung deßen annoch einige Verordnung beygesetzt worden. Hernach aber weyße daß Prothocoll de Annò 1592, das ihre gnådige Herren die Instruction gegåben Luoder- oder Auflags hallber, wegen angenommenen Landtleñthen auff dem allten Fuoß zu haben — und lestlichen, das Annò 1593 die Convention von Annò 1589 ihrerseithß beståthet worden, nebst anderem etc. Allso zwarn, das aus allem abzunehmen, daß von unseren Vorforderen von dem Geschåfft wohl zu Zeithen tractiert, alein aus Fahrlåßigkheit niemahl recht zum Standt gebracht, weniger etwas instrumentiert worden. Erachteten allso gleichmåßig von aller Nothdurfft zu sein, weillen keine authentische Schrűften, das zu kñfftigem Verhallt ein gebührende Remedur verschaffet werde.

1. Nachdemme nun von beyden Theillen proiectando in Rathschlag gezogen worden, auff welches Jahr man sich vertragen wolle, krafft deßen, welche Geschlächter vor solchem Jahr zu Landtleñthen angenommen, an beyden Orthen für Landtleñth sollen geachtet werden, diejenige aber so erst nach gestalltem Jahr mit dem Landtrecht begnadet allein in dem Theill, wo seye angenommen Landtleñth sein sollen etc. haben die Hrn. Ehrengesanthen von ob dem Kernwalldt sich erkhlårt, daß seye dißfahls sich gantz gern confirmieren wollen, werde ihnen nit ohnbeliebig fallen, welches Jahr man hierzu erkñuesen wolle, vermeinthen aber, wan eß nit widrig, daß zwischendt 1558 undt 1589 ein Mittel und zwarn das 1570^{ste} Jahr inclusivé hierzu kente fixiert werden, alles jedoch auff Guotheißen einer Lantzgmeindt. Welches die Hrn. Ehrenmittel von Nit dem Kernwalldt in so weith nit dissaprobiert mit Anfüegen, werdens ihren Herren und Oberen, so hierüber zu deliberieren haben, referieren.

2. Dannethin wohlmeinendt befunden, daß jeder Theill dem anderen alle bißdahin angenommene Landtleñth schrűfftlichen eingåbe und so kñfftig ob- oder nit dem Walldt mehrten angenommen werden, jeder Theill dem andern vice versa zu kñfftigem Verhallt, auch fleißig wűßen-

hafft machen solle, damit lauth Vertrag 1589 solche an beyden Orthen in die Buecher inregistriert werden mögen.

3. Mithin, weillen man auch gewahret, das einige zu Landtleüthen angenommen worden, welche gleich allteingesäßen Famillien in dem Geschlecht ein gleichen Namen haben und aber wegen Lenge der Zeith und villen Generationen nit wohl möglich zu wüßen, wer von allt Eingesäßnem oder neuw-Erkhaufften abstammen thuoe, hâte man vermeinth, wan man in dergleichen Fählen kein aigentliche Gewüßheith haben kan, ob derlei Geschlechter von allten oder neüwen Landtleüthen abhängen, das solche Geschlechter, damit in zweiffelhafften Sachen niemandt Unrecht beschechen mechte, bonâ fide für allte Landtleüth sollten gehalten und an beyden Orthen geduldet werden.

4. Betreffendt aber diejenige Geschlechter, welche etwan nach dem bestimmenden Jahr sich in dem eint- oder anderen Theill eingekauft hätten, und aber in dem Theill, allwo sey nit zu Landtleüthen angenommen, wüßhlichen eingesäßen, oder sich dorthen niderzulaßen begehrt, giengen die Gedankhen dahin, das sellbe als Beysässen sollten gehalten und toleriert werden.

5. Schlüßlichen ist, ratione der allten Landtleüthen, so von seithen Ob oder Nit dem Walldt in das eint- old andere Orth ziehen, der Anzug beschechen, ob nit verständig, ja nothwendig sein werde wie lang solche in dem eint- oder anderen Theill säßhafft sein mießen, ehe und bevor Heüser, Güetter oder Güllten an sich zu erkhauffen befußt und gewalltig sein mögen. So aber alles von beydseithigen Deputierten ihren gnädigen Herren zu Hinderbringen undt ad ratificandum vorbehalten worden.

Mehrere Ausfertigungen in den St.-Archiven Ob- und Nidwalden.

Der Landrat von Nidwalden berichtet am 19. Dezember 1740 an Obwalden „waßgestalthen, nach seithärig- mehrerer Untersuchung unßers Archivs ein von Eüch u. g. L. L. underm 13^{ten} Novembris Anno 1613 an unß bestelltes Schreyben (darvon ein diß Geschefft belangenden Extractum beylegen) erfunden worden, auß welchem sattsamb abzunehmen, das weillen ihr u. g. L. L. allein von 1563 und von keinen weithern Jahren hero unßere eingekaupte Landtleüth zu vernemmen begehrt, daß keineßwegs vorhöro, sonder in dißerm gesagten Jahr die quaestionierende Verkombnuß beschechen sein müeße und daß selbige vor dem 1570^{sten} Jahr und zwarn gleüblichen in dem 1563^{sten} Jahr erfollget seye, gibt unser Prothocoll, hierüber die tagklare Prob, so meldet, daß A^o 1564 ein gewüßer mit Namen Döni Wäber, demme ihr u. g. L. L. schon bevor das Landrecht geschenkht haben, vor einer Gemeindt allhier auch mit dem Landrecht begnadet worden. Dahero unßers Orthß anheütho krafft einer Landtßgmeindt auff das 1563^{ste} Jahr inclusivè den Schluß gemacht, benantlichen daß alle Geschlechter so vor dißer Zeith von Eüch u. g. L. L. oldt von unß zu Landtleüthen acceptiert worden an beyden Orthen vor

Landtleüth solle geachtet werden Leben also gantz persuadiert, ihr u. g. L. L. diß unserseithß gethanes Conclusum nit ohnbegründt zu sein erachten, sondern umb so mehr Eüwre auff vorgeanther Conferenz geweißte Ehrendeputierte sich gantz freündt-landtbruoderlich geeüßeret, daß ihres Orthß sich dißfahß gantz gern wollen conformieren, werde ihnen nit ohnliebig fallen, welches Jahr man hierzu erküesen wolle, auch eüwerseithß das 1563^{ste} Jahr gleichmäßig applaudieren werden. — Die übrigen Punkte werden ratifiziert, bezüglich § 5 meinte man zwar „das die alte Landtleüth so von Seithen ob oder nit dem Walldt in das einth- oder andere Orth ziehen, gleich auff den Einsytz, Heüßer, Güether, Güllthen und dergleichen an sich erkhauffen mögen, finden aber ihr u. g. L. L. beßer, daß solche bevor etwan ein viertel oder halbeß Jahr säßhafft sein müeßen, wollen unß von eüwer dißfahls hegenden Meinung nit sünderen“.

XVIII.

Die alten Landleutegeschlechter von heute¹⁾.

Abächerli O. Ca. 1345. Kilcher von Giswil (vor 1516).

Achermann N. Stammort Ennetbürgen. XIV. Jahrh. (1326). — Autochtone Genossen zu Buochs-Ennetbürgen. Eine andere

¹⁾ Bei den mit einem * bezeichneten Namen ist der Charakter als „alte Landleute“ im einzelnen Falle nachzuprüfen, da einige Linien erst nach 1563 und 1570 Landrecht erwarben. Die Konstatierung wird nicht in allen Fällen möglich sein, dann aber wird nach den Konferenzprotokollen im Zweifelsfalle das alte Landrecht vorausgesetzt.

Bei den mit zwei ** bezeichneten Namen ist der Charakter als „alte Landleute“ überhaupt streitig, da deren Landrechtsaufnahme zwischen 1563 und 1570 fällt. Obwalden, das als Normaljahr 1570 annahm, erkannte sie an, Nidwalden, das auf dem Normaljahr 1563 beharrte, wollte sie nicht anerkennen. Das richtige Normaljahr wäre 1559.

Die Buchstaben O und N hinter den Namen bedeuten den Wohnsitz bzw. die Aufnahme in Obwalden (O.) oder Nidwalden (N.) Die Angaben über Kilcher- und Korporationsrechte können keine Vollständigkeit beanspruchen. Ein † bedeutet, dass die betreffende Linie erloschen. In Klammern gesetzte Jahrzahlen bezeichnen das erste urkundliche Vorkommen, nicht in Klammern gesetzte das bestimmte Jahr der Aufnahme ins Gemeinderecht.

Als Quellen dieser Zusammenstellung seien neben meinen direkten Protokoll- und Urkunden-Auszügen, das „Buch der neuen Landleute“ im St. A. Nidwalden, die Kollektaneen von Kaplan Anton Odermatt im Hist. Museum in Stans und Kächler „Aufgenommene Landleute von Obwalden“ 1550—1850 (Anz. f. schweiz. Gesch. VI 183 ff.), Chronik von Alpnach (Obw. Volksfd. 1882), Chronik von Sarnen (separat), Chronik von Kerns (separat), Chronik von Sachseln (Gfd. LIV.) und „Eingekaufte Kilcher von Giswil“ (Obw. Volksfd. 1899 No. 39) genannt. Wichtige Ergänzungen verdanke ich Hrn. Landammann Dr. Wyrsh in Buochs und Dr. Etlin in Sarnen.

Linie, im XVI. Jahrh. Ürtner zu Wolfenschiessen, kaufte sich erst 1614 (wieder?) in Buochs ein.

Agner N. Alte Ürtner von Büren Anfang des XVI. Jahrh.

v. Ah O. N. Ursprünglich wohl aus Nidwalden (Ah-Oberdorf), XIII. Jahrh. Im XIV. Jahrh. in Wolfenschiessen. Kilcher zu Sachseln, XV. Jahrh. Freiteiler seit Anfang des XVI. Jahrh. Kilcher Giswil 1595, 1596, 1598, 1632. Stanser Gnossen 1586 †.

Ambauen (am Bauwen) N. Stammort Emmetten (ca. 1500 auf Pfaffing am Fusse des Niederbauen). Alte Genossen in Beggenried und Emmetten. Gnossen von Stans 1607 †.

Ambiel (Ambüel, Büli, Büelmann) O. In der Schwändi kommen Am Büel schon im XIII. Jahrh. vor, ziehen ca. 1450 nach Sarnen. Freiteiler ca. 1453–1617 †. Kilcher von Kerns ca. 1480–1559 †. Heute Kilcher von Giswil (vor 1516). Es gab im XIV. und XV. Jahrh. auch in Nidwalden ein gleichnamiges Geschlecht, das aber mit den Obwaldern anscheinend nicht zusammenhängt und von Niederrickenbach stammte.

Amgarten (am Garten) O. Alte Kilcher von Lungern.

Amschwand (an Swanden) O. Kilcher von Kerns (1404). Vielleicht stammverwandt mit den ab Schwanden, Schwander, welche von 1335–1564 in Nidwalden (Wolfenschiessen, Büren, Dallenwil) vorkommen; ein Heini an Swanden erwirbt oder erneuert 1564 das Landrecht in Nidwalden.

Amstad (am Stad) N. Alte Ürtner von Beggenried XV. Jahrh. (1423). Ein gleichnamiges Geschlecht schon im Anfang des XIV. Jahrh. in Stansstad † (ab Stad, in littore).

Amstalden (am Stalden, Stalder) O. Kilcher zu Sarnen XIV. Jahrh. Teiler zu Kägiswil schon im XVI. Jahrh. Teiler im Ramersberg (1499).

* **Amstutz** (am Stuzze, de Clivo) N. Stammort Engelberg, Anfang XIV. Jahrh. — Landleute in Nidwalden schon Ende des XV. Jahrh. Ürtner zu Ennetmoos zu Anfang des XVI. Jahrh. Gnossen zu Stans 1511 †.

Andacher (Endachers, an Ennetachers) N. XIV. Jahrh. Stammort Büren ob dem Bach (Ennetacher). Ürtner Dallenwil 1592 †. Seit 1642, 1659 und 1668 Ürtner zu Stansstad.

Anderhalden (an der Halden, Haltimann) O. Stammort Sachseln. Kilcher daselbst (schon ca. 1410). Freiteiler Sarnen 1569, 1593. Kilcher Giswil 1614, 1704 †.

Anderhirsern (an der Hirsern, Hirserren; Hirsimann) O. Stammort Alpnach. Kilcher daselbst (1434) †. Freiteiler Sarnen, XV. Jahrh.?

Andermatt (an der Matt, in der Matt, Adermatt) O. Stammort Ramersberg (1257). Teiler im Ramersberg 1403 †. Kilcher in Alpnach (vor 1554).

Aufdermauer (auf der Mauer, uf der Mur) O. Stammort das Gut Mur im Melchtal. Alte Kilcher von Kerns (1408).

von Atzigen O. Stammort das Gut Atzigen in Alpnach. Alte Kilcher von Alpnach (1314).

Baggenstos N. Landleute und Ürtner von Stansstad vor 1559.

Baali (Bali) N. Vor 1537 Ürtner zu Dallenwil †. Gnossen zu Buochs vor 1613.

***Bäbi** O. Aus Grüningen im Zürichbiet. Landrecht in Obwalden 1556, 1559, 1591. Kilcher in Kerns.

Bacher O. Kilcher von Lungern (XVI. Jahrh.), vielleicht stammverwandt mit den Zumbach, denn sie heissen zuweilen auch so.

Bannwart O. Alte Teiler in der Schwändi (schon 1431).

***Barmettler** N. Stammort Barmettlen im Tal Engelberg. Dasselbst 1408. Schon Ürtner in Ennetmoos 1498. Landrechtsaufnahme der Wolfenschiesser Linie 1555. Spätere Aufnahme 1580. Ürtner zu Büren und Wolfenschiessen. Dorfleute zu Buochs 1636. Gnossen zu Stans 1537, 1558, 1567 †.

Berchtold O. Alte Kilcher von Giswil (vor 1516).

Berlinger (Berolinger) N. Stammsitz Beroldingen bei Seelisberg. Alte Ürtner zu Emmetten und Beggenried (1480).

Berwert (Bärwart) O. Vielleicht eines Stammes mit den Bannwart. Teiler in der Schwändi (schon 1484).

Bieler O. (Wahrscheinlich mit Ambiel stammverwandt). Alte Kilcher von Giswil (vor 1516).

Bläsi N. 1252. Uralte Gnossen zu Stans.

Blättler O. N. Uralte Ürtner zu Hergiswil (1314). Kilcher in Kerns, XVI. Jahrh. Gnossen Stans 1601 †. Gnossen zu Buochs-Ennetbürgen ca. 1660.

Britschgi O. Kilcher von Lungern (1467). Kilcher zu Alpnach (vor 1554). Teiler in der Schwändi (vor 1567). Freiteiler 1587 †.

Bucher O. N. Kilcher in Kerns (1498). Teiler in Kägiswil um 1620. Gnossen zu Buchs 1665. (Die Bucher in Hergiswil sind keine alten Landleute, sie sind erst seit 1632 Landleute in Nidwalden.)

Burch und **Burach** O. Kommen schon ca. 1350 in der Kirchhöre Sarnen vor. Alte Teiler in der Schwändi (1459), in Ramersberg (1578), in Kägiswil. Freiteiler 1562 †. Kilcher zu Giswil 1704. Die Kägiswiler Linie bedient sich noch der alten Namensform Burach, die andern schreiben sich Burch.

Bünter N. 1371 zu Beggenried. Alte Ürtner in Dallenwil (vor 1408) und Wolfenschiessen (vor 1518). Gnossen zu Stans 1552 †. Gnossen zu Buochs-Ennetbürgen.

- v. Büren** N. Stammsitz der Turm zu Büren (1213—1526). Ürtner daselbst bis Mitte des XVI. Jahrh. †. Gnossen zu Buochs ca. 1515. Gnossen zu Stans 1538, 1568, 1577, 1588, 1637. Ürtner zu Ennetmoos ca. 1599. Ürtner zu Stansstad 1651.
- Bürgi** O. Kilcher von Lungern (1467). Kilcher in Giswil 1540.
- Businger** (Büssinger) N. Alte Stanser Gnossen (1396).
- Christen** (Kristen) N. Alte Ürtner von Wolfenschiessen (Altsellen 1433) und zu Büren (ca. 1590). Gnossen zu Buochs (XVII. Jahrh.). Gnossen zu Stans 1598 †.
- Degelo** O. Kilcher zu Giswil 1540.
- v. Deschwanden** O. Alte Kilcher von Kerns (XIII. Jahrh.), auch Dorfleute von Stans, aber ohne Genossame (vor 1691).
- * **Dillier** O. N. Aus Engelberg. Kilcher von Kerns 1548. Freiteiler in Sarnen 1633. Landrecht in Nidwalden 1562, 1583, 1629. Ürtner von Wolfenschiessen, XVI., XVII. Jahrh. †.
- Durrer** (Turer, Turrer, Thurer, von Turren) O. N. Stammort Melchtal (die Güter Turen); zu Alpnach 1372 †. Alte Kilcher in Kerns. Gnossen in Stans seit ca. 1470. Ürtner von Dallenwil 1620. Gnossen zu Buochs 1612. Kilcher Giswil 1641 †.
- ** **Eder** (Oeder) N. 1564 (ohne Korporationsrecht).
- Egger** (ab Egg, uf Egg) O. Kilcher von Kerns (vor 1491).
- Engelberger**. Alte Ürtner von Stansstad 1442 (1396?).
- Etlin** (Ettlin, Ötlin, Ötli) O. N. Kilcher von Kerns (1495). Teiler in der Schwändi 1652. Gnossen von Buochs-Ennetbürgen 1641. Kilcher in Giswil 1713.
- Enz** O. (Aus dem Wallis). Landrecht in Obwalden 1558. Kilcher zu Giswil 1559.
- Fanger** O. Alte Teiler in der Schwändi (schon XIII. Jahrh.).
- Flüeler** (Flühler) N. Alte Ürtner zu Büren (1396). Stanser Gnossen 1514, 1586 †. Dorfleute zu Buochs †. Ürtner zu Stansstad 1637 und zu Waltersberg um 1629.
- von Flüe** O. Alte Kilcher von Sachseln (vor 1417). Kilcher von Kerns (Melchtal) 1457. Der Stammort ist wohl Melchtal und die Familie identisch und ursprungsverwandt mit den „unter der Flüe“ in Kerns und Sarnen (XIII.—XV. Jahrh.).
- Fluri** O. N. Kilcher von Giswil 1564 † und Sachseln (ca. 1560) †. Gnossen zu Stans 1684.
- Fölller** (Feller, urspr. Falger) N. Alte Ürtner von Beggenried (1520).
- Frank** N. Alte Gnossen von Buochs-Ennetbürgen (XVI. Jahrh.).
- Fruonz** O. Stammort Lungern (1368). Teiler im Ramersberg seit ca. 1450. Freiteiler 1632.
- Furrer** O. Alte Kilcher von Lungern (Mitte des XV. Jahrh.) Freiteiler 1593 †.
- Gander** N. Alte Gnossen von Beggenried (1366).

- Gasser** (An der Gassen) O. Sollen aus Hasle stammen. Kilcher zu Lungern (1381). Kilcher zu Giswil 1642, 1713, 1727. — *Ein gleiches Geschlecht (aus Schwyz?) erwirbt 1558 und 1578 Landrecht in Nidwalden. Ürtner in Ennetmoos (vor 1612) †.
- ** Glimmet** (Glymen) O. Landrecht 1570, Freiteiler vor 1578.
- Götschi** O. Alte Kilcher von Sachseln (1489).
- Grisiger** (Grysiger) O. Alte Kilcher von Sachseln (1422).
- ** Grüniger** N. 1565 und 1566 (ohne Korporationsrecht), 1657 anerkannt.
- ** Gut** N. Stammort Faido (Livinen), Landrecht in Nidwalden 1565. Gnossen Stans 1566, 1571, 1612.
- Halter** O. (Vielleicht identisch mit dem schon im XIV. Jahrh. in Lungern sesshaften, aus dem Oberland herübergekommenen und aus dem Kanton Solothurn stammenden kyburgischen Ministerialengeschlecht von Halten). Alte Kilcher zu Giswil (vor 1453) und 1540. Kilcher zu Lungern (1523). Kilcher zu Kerns 1639 †.
- ** Heimann** (Heymann) O. Ursprung aus dem Wallis. Landrecht in Obwalden 1568, 1575, 1591, 1593. Freiteiler 1633.
- Herlig** O. Teiler im Ramersberg schon 1499.
- Hermann** O. N. Ürtner von Stansstad schon 1399. Alte Kilcher von Sachseln (ca. 1443).
- v. Holzen** (im Holz, zum Holz, Holzmann) N. Stammort das Gut Holzen am Bürgen. Alte Ürtner von Buochs-Ennetbürgen (ca. 1500). Die Linie, die sich Holzmann schrieb, ist seit 1887 ausgestorben.
- Honegger** (ab Honegg) N. Stammort Honegg am Bürgen (1283). Alte Ürtner von Buochs-Ennetbürgen.
- Horlacher** (v. Horlachen) N. Stammort Horlachen in Ennetmoos. Alte Ürtner von Ennetmoos (1314).
- Huber** O. Kilcher von Kerns (1455). Teiler in Kägiswil XIII. Jahrh. bis 1658 †.
- Hummel** N. Alte Ürtner von Dallenwil (1408), Wolfenschiessen und Büren ob dem Bach ca. 1484 †. Gnossen zu Buochs-Ennetbürgen 1618.
- Ifanger** (Infanger) O. Alte Kilcher von Alpnach.
- Imfeld** (Im Feld) O. Stammort Lungern (1380). Kilcher von Lungern. Freiteiler Sarnen um 1540 und 1607. Kilcher von Sachseln 1590, 1597.
- Jakober** (Jakob). Alte Teiler in der Schwändi (1431). Früher auch Teiler im Ramersberg (1413) †. Gnossen in Buochs XV. Jahrh. †. Freiteiler Sarnen 1603 †.
- Joller** (Joler) N. 1336. Alte Ürtner von Dallenwil (1408). Gnossen Stans 1612 †.
- Jöri** (Göri, Jörgi, Görgi) O. Teiler in der Schwändi (1395?). Freiteiler 1574. Kilcher in Alpnach (1582). Gnossen zu Stans 1590, 1598 †.

- Jost** O. Alte Kilcher von Lungern (1442).
- Kaiser** (Keyser, Keiser, Kayser) N. I Stammort Oberrickenbach (XV. Jahrh.). Gnossen zu Stans 1507. Freiteiler Sarnen 1562 †. Kilcher Alpnach 1558 †.
- Keiser** N II. Stammort Hergiswil. Ürtner daselbst (XIV. Jahrh.) Ürtner zu Ennetmoos, (XVI./XVII. Jahrh.). Gnossen Stans 1566 †.
- Kathriner** (Kathrinen) O. Stammort Sachseln (1375). Teiler in der Schwändi XV. Jahrh. Freiteiler (1478). Kilcher von Giswil 1549 und 1593 †, 1408 auch in Dallenwil †.
- Käslin** (Kesli) N. Alte Ürtner von Beggenried (1480). (Eine Landrechtaufnahme 1642.) Das Geschlecht kommt auch in Uri vor und ist wohl gleicher Herkunft, wie die später in Luzern verbürgerten Kes oder zu Kes.
- Kiser** O. Stammort Ramersberg (XV. Jahrh.). Heute noch Teiler daselbst. Kilcher Giswil 1593 †. Kilcher zu Alpnach.
- ** Kohler** O. 1566 (ohne Kilcherrecht).
- Kretz** O. N. Gnossen von Beggenried, XV. Jahrh. (1440) †. Gnossen zu Stans 1523 †. Kilcher von Kerns 1506. Freiteiler 1491 bis ca. 1550, nachher Kilcher in Alpnach †.
- ** Krummenacher** O. (aus dem Entlebuch). Landrecht in Obwalden 1570. Kilcher zu Sachseln 1580.
- Langensand** O. Von Horw. Landrecht 1566. Kilcher zu Alpnach.
- Leuw** N. Nebenlinie der Z'Rotz aus der Familie Strübi (vgl. unten). Stammvater Peter Z'Rotz gen. der Löw (nach seiner Mutter Magdalena Leuw), 1531. Gnossen zu Stans 1538, 1578, 1593.
- * Liembd** (Lüömbd, Liem) O. N., aus Schwyz. Landrecht in Obwalden 1560; in Nidwalden 1565. Ürtner von Büren.
- Lochmann** O. Kilcher zu Sachseln (1442).
- Lussi** (Lussy) N. Stammort Beggenried (1370), Mitte des XV. Jahrh. Obbürgen. Gnossen zu Stans 1501, 1511.
- Lüthold** O. Alte Kilcher in Alpnach (1372).
- v. Matt** N. Stammort Wiesenberg (1366). Ürtner zu Dallenwil bis XVII. Jahrh. †. Gnossen zu Stans 1512, 37, 42, 54, 57, 67, 93, 1633.
- Mathis** N. Alte Ürtner zu Dallenwil (1483).
- Meyer** N. Ursprünglich XV. Jahrh. von Emmetten, seit dem XVII. Jahrh. Ürtner von Ennetbürgen.
- ** Michel** O. Landrecht in Obwalden 1568. Kilcher von Kerns.
- Ming** O. N. Kilcher von Kerns (1420) †, Lungern (vor 1491), Giswil 1564, 1575, 1580. Teiler in der Schwändi seit 1592. Gnossen zu Stans 1571 †.
- v. Moos** O. N. Alte Kilcher von Sachseln (1468). Gnossen zu Stans 1599, 1600 †.

- Müller** O. Kilcher zu Sarnen 1425 (Teiler im Ramersberg 1425). Teiler in der Schwändi, (XVII. Jahrh.). Kilcher zu Giswil 1558, 1713, 1727. Kilcher zu Kerns (1498).
- Murer** O. N. Ürtner von Beggenried (vor 1515). Kilcher von Sachseln 1572 †.
- Näpflin** N. Alte Ürtner von Beggenried und Emmetten (1494).
- Niderberger** (am Niderberg) N. Stammort am Niderberg (Grafenort); daselbst noch 1454. Ürtner von Dallenwil (um 1520), Dorfleute zu Buchs (vor 1711).
- Nier** (Nüer, Nüöyer) N. Alte Ürtner von Beggenried (1483) †. Ürtner von Büren (vor 1524) †. Gnossen von Stans 1540, 1600.
- Odermatt** (ob der Matt) N. Stammort Diegenspalm (1396, 1415). Ürtner v. Dallenwil (vor 1408). Gnossen v. Stans 1507, 1594, 1605, 1608. Ürtner von Stansstad 1691. Gnossen von Buochs-Ennetbürgen.
- Omlin** O. Alte Kilcher von Sachseln (1489). — * Die Omlin in Sarnen stammen angeblich von einem Jakob Schönberg (Landmann von Obwalden 1570, Freiteiler 1574) und haben von ihrer Stammutter Verena Omlin den Namen angenommen. Sie sind also nicht „alte Landleute“.
- Peter** N. Ürtner von Wolfenschiessen (1371) und Dallenwil.
- Reinhard** (Reinert) O. Kilcher in Alpnach (1493) †. Kilcher in Kerns (vor 1547).
- Rengger** O. N. Stammort Rengg-Alpnach. Kilcher von Alpnach (1372). Kilcher zu Kerns 1431—1640 †. Gnossen zu Stans 1585, 1637.
- Riebli** O. Stammort Ramersberg (XV. Jahrh.). Teiler im Ramersberg (ca. 1477). Kilcher zu Giswil 1586, 1593, 1641.
- Risi** O. N. Alte Gnossen von Buochs (1402). Alte Kilcher in Sachseln (1422, bis XVIII. Jahrh.) †. Kilcher zu Giswil 1561 †.
- Rötlin** (Röthlin) O. Alte Kilcher in Kerns (1427).
- Rorer** (Rohrer) O. N. Kilcher in Sachseln (ca. 1400). Kilcher in Kerns 1441 bis ca. 1796 †. Ürtner von Wolfenschiessen †. Gnossen Stans 1684.
- Rossacher** O. Alte Kilcher in Kerns (1516). Kilcher in Sachseln, XVI. Jahrh. †.
- v. Rotz** O. Alte Kilcher in Kerns (1326). Kilcher zu Alpnach.
- Schallberger** O. Alte Kilcher von Lungern. Kilcher von Alpnach 1616 †.
- Schäli** O. Alte Kilcher zu Sachseln (1459). Teiler in der Schwändi (1431) †, im Ramersberg (1459) †. Freiteiler ca. 1578 †. Kilcher zu Giswil 1558, 1567.
- Scheuber** (Schöuber) N. Alte Ürtner von Wolfenschiessen (Altellen) XV. Jahrh. Ürtner von Büren (1593). Gnossen zu Buochs-Ennetbürgen ca. 1660.

- Schmid** (Schmied) O. Teiler in Kägiswil 1427. Freiteiler †. Kilcher zu Alpnach.
- Schmitter** N. Bergleute von Ennetbürgen.
- Schrackmann** O. Alte Kilcher von Giswil (vor 1516).
- * **Schriber** N. Ürtner von Ennetmoos, anscheinend Nachkommen des Nidwaldner Landschreibers Hensli Schmid ca. 1481, der zwar Genosse von Stans war.
- Seiler** O. (wahrscheinlich identisch mit Seili in Sachseln, XIV. Jahrh.). Teiler in Kägiswil (1484) †. Kilcher zu Sachseln 1592 †. Freiteiler von Sarnen 1616.
- Selm** N. Alte Ürtner von Emmetten (XV. Jahrh.).
- Sigrist** O. Kilcher in Kerns 1399 bis ca. 1650 †. Kilcher zu Sachseln 1599 †. Teiler zu Kägiswil seit ca. 1584. Teiler in der Schwändi.
- Spichtig** O. N. In Büren 1413 bis ca. 1480 †. Kilcher zu Sachseln (1467). Kilcher zu Alpnach.
- ** **Spiller** O. Landrecht in Obwalden 1568. Kilcher in Kerns.
- Stäldi** O. Aus Reckingen (Wallis), Landrecht 1563. Kilcher in Kerns. Stäldi kommen aber daselbst schon 1422 vor, so dass es sich vielleicht nur um eine Erneuerung handelt.
- Stalder** N. Alte Ürtner zu Beggenried (1520). Gnossen zu Buochs (1454).
- ** **Stockmann** O. Stammort Kanton Schwyz, Landrecht in Obwalden 1568. Freiteiler Sarnen 1597.
- ** **Strähler** (Sträler) O. Landrecht in Obwalden 1570. Kilcher in Sachseln 1576.
- Stulz** (Stultz) N. Alte Genossen zu Ennetbürgen (vor 1500). Gnossen von Stans um 1500. Ürtner zu Büren ob dem Bach 1593 †.
- Suter** O. Kilcher in Kerns (1371). Kilcher in Alpnach (1423) †.
- Uchsberg** (uf der Uchsflü) N. Alte Ürtner von Wolfenschiessen (XIV. Jahrh.).
- Vokinger** N. Stammort Vokingen am Bürgen. Ürtner von Ennetbürgen (1323) †. Genossen von Stans seit Ende des XV. Jahrh.
- Vogler** O. Alte Kilcher von Lungern (1451).
- Wagner** N. Alte Ürtner von Dallenwil (1408).
- Wallimann** O. Alte Kilcher in Alpnach (ca. 1540). Kilcher in Giswil 1591 †.
- Wammischer** N. Alte Genossen von Buochs (ca. 1482).
- ** **Waser**. Aus Engelberg (1484). Landrecht um 1520 und angeblich 1531. Gnossen zu Stans vor 1524 bis XVII. Jahrh. †. Landrecht 1564, 1570, 1590. Ürtner in Wolfenschiessen.

- v. Wil** O. N. In der Kirchhöre Sarnen XIII. Jahrh. Teiler von Kägiswil (1482). Auch Gnossen von Buochs (XV. Jahrh.) †.
- Windlin** O. N. Stammort Wolfenschiessen (ca. 1314). Heute Kilcher in Kerns (1500). Genossen in Stans schon 1509 und 1558 †.
- Wirz** (Hospes, Tabernarius, des Wirtz, Wirz von Rudenz) O. N. Seit 1252. Autochthone Freiteiler von Sarnen. Gnossen von Stans 1602 †.
- Wolf** O. Teiler in der Schwändi vor 1545 †. Kilcher zu Sachseln (1592) †. Kilcher von Giswil 1558, 1625, 1700. Freiteiler 1563 †.
- Würsch** (Wyrsh) N. Stammort Emmetten. Alte Ürtner in Emmetten und Beggenried (1366). Genossen in Buochs 1597. Genossen in Stans 1566, 1581, 1589 †.
- Wymann** O. N. Ürtner in Beggenried (schon 1262). Teiler von Ruggischwil (1471). Teiler in der Schwändi bis Ende des XVIII. Jahrh. †. Kilcher von Giswil 1571 †. Kilcher zu Sachseln 1602.
- Zelger** N. Stammort Waltersberg (1388). Genossen in Buochs bis ca. 1637 †. Genossen in Stans 1523, 1560, 1572, 1588, 1596, 1606, 1611.
- Ziesack** O. Alte Kilcher in Kerns (1326).
- Zimmermann** O. N. Alte Genossen von Buochs-Ennetbürgen (1402). Kilcher zu Sachseln 1387 bis ca. 1600 †. Kilcher zu Alpnach †.
- Z'Rotz** (Zrotz) N. (ursprünglich Strübi). Stammort Hergiswil (1396), ca. 1467 Strübi genannt zu Rotz von ihrem neuen Wohnsitz am Rozberg. Seit dieser Zeit Ürtner von Ennetmoos. Eine erloschene Linie im XVI. Jahrh. in Wolfenschiessen (Altsellen).
- von Zuben** O. Alte Kilcher in Kerns (1257). Kilcher in Alpnach ca. 1470.
- Zumbühl** (zum Büel) N. Alte Ürtner zu Wolfenschiessen und Büren (1391). Gnossen zu Stans 1496 †.
- Zumbach** (vom Bach, ze den Bach, zum Bach) O. N. In Nidwalden schon 1335. Gnossen zu Stans 1572, 1639. Kilcher zu Sachseln 1591 bis ca. 1755 †. (Vgl. oben Bacher.)
- * **Zumstein**. Aus dem Oberland. Kilcher zu Giswil 1558 †. Landrecht in Nidwalden 1565 †. Landrecht in Obwalden 1566, 1572. Kilcher zu Lungern.
- Zurmühle**. Kilcher zu Kerns (1326—1464) †. In Nidwalden (1385 bis 1711) †. Teiler in der Schwändi (1484, 1527). Teiler in Kägiswil (1600). Freiteiler Sarnen 1569 †.

Doppelbürgerrecht in beiden Kantonsteilen dürften auch die römischen und ungarischen Fürsten **Odescalchi** geltend machen, denn 1689 wurden auf Wunsch von Papst Innocenz XI. seine Nepoten Livio Odescalchi und Baldassare Erba von beiden Landsgemeinden zu Landleuten angenommen. In Nidwalden „laut Landrecht“, also nicht etwa bloss als persönliche Ehrenbürger; in Obwalden laut ausdrücklicher Interpretation des dreifachen Landrates vom 15. Oktober 1691 „mit aller Deszendenz“. Baldassare Erba, der durch seinen kinderlosen Vetter Livio adoptiert wurde, ist der Ahnherr der heutigen Fürsten Odescalchi, Herzöge von Syrmien, Fürsten von Bassano, Marchesi von Roncofreddo und Montiano.

Doppelbürgerrecht besitzt auch die eine Linie der **Rothenfluh**, die 1634 und 1636 in Nidwalden angenommen worden und 1792 auch das Landrecht von Obwalden erwarb.

Zur Vollständigkeit mögen auch die Namen der heutigen „neuen“ Landleutengeschlechter hier folgen.

* * *

Neue Landleute von Obwalden seit 1570.

- Abegg.** (Aus Schwyz.) 1776.
Amrein. (Engelberg) 1815 infolge der Einverleibung Engelbergs. (Ursprünglich aus Ettiswil, in Engelberg eingewandert vor 1491.)
 * **Amstutz.** (Engelberg) 1815.
 * **Bäbi.** (Kerns) 1591.
Benz. (Giswil) 1573.
Burg. Tolerierte 1850.
Cattani. (Engelberg) 1815.
 * **Dillier.** (Engelberg) 1815.
Döngi. (Engelberg) 1815.
Eberli. (Giswil) 1627, 1631.
Feierabend. (Engelberg) 1815. (In Engelberg schon im XV. Jahrh.)
Fench. (Sarnen) 1619, 1620.
Frey. Tolerierte 1850.
Garrovi. (Von San Siro, Provinz Como.) 1897.
Gehrig. (Giswil) 1602.
Gibel. 1727. (Ohne Korporationsrecht.)
Häcki. (Engelberg) 1815, wahrscheinlich Nachkommen eines alten Landleutengeschlechtes, das im XV. Jahrh. in Alpnach sass.
Hauger. Tolerierte 1850.
 * **Heimann.** (Sarnen) 1575, 1591, 1593.
Hinterseer. Tolerierte 1850.
Hug. (Kerns) 1619, 1630.

- Hurschler.** (Engelberg) 1815, wahrscheinlich von einem alten, schon im XV. Jahrh. in Dallenwil sesshaften und vom dortigen Gute Hurschli den Namen tragenden Landleutengeschlecht stammend.
- Huser.** Tolerierte 1850.
- Jenner.** (Aus Misox.) 1727. Mit usurpierter Anlehnung an die gleichnamige Berner Patrizierfamilie nennen sie sich seit Mitte des XIX. Jahrh. von Jenner.
- Infanger.** (Engelberg) 1815.
- Krummenacher.** (Sachseln) 1571.
- Küchler.** (Aus dem Wallis.) 1728, 1787.
- Kuster.** (Engelberg) 1815.
- Langenstein.** (Engelberg) 1815.
- Matter.** (Engelberg) 1815.
- * **Müller.** (Engelberg) 1815.
- Muxel.** Tolerierte 1850.
- Nafer.** (Aus Frauenfeld.) 1728. (Ohne Kilcherrecht).
- Omlin.** (Ursprünglich Schönberg), Sarner Linie des Geschlechtes, dessen Namen sie von der Stammutter tragen. 1571.
- Rothenfluh.** (Alpnach) 1792.
- Schleiss.** (Engelberg) 1815.
- Schwarber.** (Sarnen) 1616.
- Stofer.** (Engelberg) 1815.
- * **Stalder.** Tolerierte 1850.
- Stilzi.** Tolerierte 1850.
- Unterberger.** Tolerierte 1850.
- Vogel.** (Engelberg) 1815.
- * **Waser.** (Engelberg) 1815.
- Zai.** (aus dem Kt. Aargau) 1904.
- Zniderist.** (Engelberg) 1815, wahrscheinlich von einem alten, in Nidwalden schon im XIV. Jahrh. sesshaften Landleutengeschlecht stammend.
- * **Zumstein.** (Lungern) 1572.
- Zurgilgen.** Tolerierte 1850.

* * *

Neue Landleute in Nidwalden seit 1570.

- * **Amstutz.** 1662. Ennetmoos.
- * **Barmettler.** 1550. Wolfenschiessen, Buochs (?).
- Baumgartner.** 1643. Ennetbürgen.
- Belinger.** Als Tolerierte eingeteilt 1850. Fälschlich „Berlinger“; sie hängen mit den alten Berlingern durchaus nicht zusammen, obwohl sie heute deren Namensform und Wappen angenommen haben.
- Bircher.** (Aus Frutigen.) 1614. Ürtner zu Stansstad 1647.

- Bickel.** Tolerierte 1850. (Schon 1675 Landesbeisassen.)
Blum. 1684. Bergleute am Bürgen um 1711.
Bucher. 1632. Hergiswil.
Dönnier (Döngi, Döni, Denier). 1583, 1591, 1638. Wolfenschiessen.
Filliger. (Aus dem Freiamt.) 1662. Ürtner zu Ennetmoos.
Fischer. 1614, 1622 (Gnossen zu Stans 1615).
Gabriel. 1613, 1631, 1635, 1665. Bergleute am Bürgen 1670.
Gröbli. 1631. Beggenried, Emmetten.
Haltmeier. Tolerierte 1850.
Hug. 1580. Gnossen von Wolfenschiessen XVII. Jahrh. Dorfleute zu Buochs 1626.
Huser. (Von Wädenswil.) 1551 Beisassen, Landrecht 1631, 1637, 1650; Bergleute am Bürgen 1631. Eine andere Linie als Tolerierte 1850 eingebürgert.
Jann. (Aus Bünden.) 1612, 1631. Bergleute am Bürgen vor 1712.
Imboden (Bodmer). 1572. Gnossen von Stans 1600, 1616.
Kerber. (Aus Forbach, Tirol.) 1890 (Hergiswil).
Kiefer. Tolerierte 1850.
Kiendli. Tolerierte 1850.
Lehmann. Tolerierte 1850. (Schon 1635 Landesbeisassen.)
Münsch. 1634, 1665. (Ohne Korporationsrecht.)
Obersteg. (Aus dem Simmental.) 1639. (Ohne Korporationsrecht.)
Rothenfluh. 1636. Ürtner von Stansstad 1638 und 1668.
Schmid. 1684. Tolerierte 1850.
***Schriber.** (Von Arth). Landrecht 1635, 1666. Beggenried.
Trachsler, Traxler. (Von Ingenbohl). 1664. Gnossen von Stans 1684.
Walther. (Aus Lahr, Baden.) 1906. Hergiswil.
***Waser.** 1590. Wolfenschiessen.
Zibung. 1612. Hergiswil.

XIX.

Bannerherren ob und nid dem Kernwald.

- 1592.** Landammann Marquard Imfeld.
1603. Melchior Imfeld, Landvogt in Lauis, des vorigen Sohn († 2. II 1622).
1622. Landammann Sebastian Wirz († 28. IX 1653).
1654. Landammann Marquard Imfeld († 16. XI 1665).
1666. Landammann Heinrich Buocher († 18. II 1675).
1675 28. IV. Landammann Hans Imfeld († Juni gl. Jahres).
1676. Landammann Wolfgang Wirz v. Rudenz († 1680).

- 1681.** Landammann Joh. Melchior von Atzigen († 1683).
1684. Landammann Johann v. Deschwanden (wird 1694 irrsinnig
 (St. P. XX 7.) und das Banner wird ihm abgenommen,
 1700 abgesetzt, † 9. I 1704.)
1700. Landammann Johann Wirz († 27. IV 1704.)
1704. Landammann Nikolaus Imfeld († 19. III 1727).
1727. Landammann Anton Franz Buocher († 9. V 1754).
1754. Landammann Just Ignaz Imfeld († 17. IX 1765).
1766. Landammann Joh. Peter v. Flüe } Nidwalden erkannte seit
 († 11. I 1783) } 1754 resp. 1768 den gemein-
 samen Charakter der Würde
1783–1798. Johann Nicodem v. Flüe } nicht mehr an.

Seit 1803 galt das Bannerherrenamt nur für Obwalden allein.

- | | | |
|-----------|---------------------------------|-----------------|
| 1803–1823 | Dr. Simon v. Flüe | } Landammänner. |
| 1823–1836 | Michael v. Flüe | |
| 1837–1848 | Nicodem Spichtig († 11. X 1856) | |

Besondere Bannerherren nid dem Kernwald.

- 1548** 17. I ist Ludwig Zelger Bannerherr (an der folgenden Landsgemeinde wird er Landammann).
1566 3. V ist Johannes Waser Bannermeister; er schenkt dem Lande 1601 ein schön gesticktes Banner († 1610).
1610 25. IV. Gewählt Landammann Johann Lussy, resigniert 24. IV 1633 † 25. XI 1633.
1633 24. IV. Landammann Johann Walther Lussy, auf Resignation seines Vaters gewählt († 30. V 1643).
1644 24. IV. Kommissar Peter Zelger, im folgenden Jahre Landammann († 15. IV 1661).
1661 24. IV. Landammann Joh. Melchior Leuw († 10. III 1675).
1675 28. IV. Landammann Karl Leodegar Lussy († 11. März 1682).
1682 26. IV. Karl Josef Lussy, sein Sohn, 1689 Landammann († 1698, 11. VII, nur 42 Jahre alt).
1699 26. IV. Landammann Beat Jakob Zelger († 4. II 1701).
1701 24. IV. Salzdirektor Anton Maria Zelger, mit Ratssitz gleich nach dem Statthalter, wird 1711 Statthalter, 1712 Landammann († 18. XI 1716).
1717 25. IV. Landvogt Johann Ludwig Alois Lussy, Sohn des Bannerherrn Karl Josef Lussy. Er hat nie ein höheres Amt bekleidet († 17. XII 1766).
1767 26. IV. Hauptmann Landvogt Jost Remigi Trachsler, später 1782 Landammann († 1815).

1804—1811	Franz Anton Würsch	} Landammänner.
1811—1821	Franz Nikolaus Zelger	
1822—1840	Ludwig Maria Kaiser	
1840—1850	Stanislaus Achermann	

Landeshauptmänner ob und nid dem Kernwald.

- 1593.** Landammann Melchior Lussy, Ritter († 1606 16. XI).
1607. Landammann Oberst Kaspar Lussy († 1609).
1609 13. IX. Hauptmann Crispin Zelger († 1627).
1627 25. IV. Landammann Johann Zelger († Charfreitag 1635).
1635 29. IV. Landammann Kaspar Leuw († 1654 5. IV).
1654 26. IV. Landammann Jakob Christen, resigniert 1667 († 1671 19. XII).
1667 24. IV. Landammann Johann Franz Stultz († 1675 15. XI).
1676 26. IV. Landammann Johann Ludwig Lussy († 1705 10. VI).
1706 25. IV. Landesfähnrich Johann Jakob Achermann mit Rats-
sitz neben dem Statthalter († 1737 12. XII).
1738 27. IV. Landammann Niklaus Daniel Keyser († 1753 22. IX).
1754 28. IV. Landammann Franz Aloys Achermann, resigniert
1767 († 1779 2. XII).

Laut Beschluss vom 24. April 1768 soll das Amt überhaupt nicht mehr besetzt werden, weil man in den Streitigkeiten von 1754—1756 das alte Verhältnis gänzlich aufgehoben.

Besondere Landeshauptmänner nid dem Kernwald.

(Landeshauptmänner zum ersten Fähnlein.)

- 1619.** Kaspar Leuw. 1635 wird er Landeshauptmann ob und nid dem Wald (zum Banner).
1635 29. IV. Landvogt Peter Lussy († 1638).
1639 1. V. Fähnrich Jakob Stulz († 1661). Die Stelle wird an der Landsgemeinde 1662 inskünftig der Mannschaft zu besetzen vorbehalten.
1664 4. IX. Statthalter Johann Ludwig Lussy gewählt von den Truppen vor dem Auszug nach Rapperswil. Wird 1676 Landeshauptmann ob und nid dem Wald.
1676 26. IV. „Landammann Franz Achermann ist Landeshauptmann über das erste Vendli nit dem Kernwald erwählt worden“. Wieder von der Landsgemeinde gewählt († 1708 11. IV).
1708 29. IV. Statthalter Sebastian Remigi Keyser resigniert 1740 († 1741 18. VII).

- 1740 24. IV. Ehrengesandter Kaspar Remigi Keyser, des obigen Sohn, mit dem Rang nach dem Säckelmeister, resigniert 1788 27. IV († 1788).
 1788 27. IV. Landesfürsprech Franz Aloys Kayser, des vorigen Sohn.
 1794 28. IV. Landmajor Franz Nikolaus Zelger.

Besondere Landeshauptmänner ob dem Kernwald.

(Über das erste und zweite Fähnlein.)

1597. Landsäckelmeister Peter Imfeld († 1628 7. III).
 1620. Landammann Johann Imfeld († 1649).
 1628. Hauptmann Peter Imfeld, Kerns († 1643).
 1647. Statthalter Hans Imfeld († 1675).
 1648. Fähnrich Melchior Imfeld († 1656 23. I).
 1658. Wolfgang Wirz, von den Truppen auf dem Brünig gewählt und nachher von der Landsgemeinde bestätigt, 1676 Pannerherr († 1680).
 1684. Landammann Jakob Wirz († 1667).
 1678. Hauptmann Johann Kaspar Imfeld († 1685).
 1680. Kirchenvogt Niklaus Götschi († 1680).
 1681. Kirchenvogt Johann Krummenacher († 1691).
 1684. Landvogt Johann Arnold Heymann († 1686).
 1692. Hauptmann Johann Sebastian Müller für beide Fähnlein.
 1700. Hauptmann und Landammann Johann Sebastian Müller für ein Fähnlein († 1703).
 1700. Kirchenvogt Wolfgang Ignaz Wirz für ein Fähnlein († 1725 18. II).
 1704. Landesfähnrich Nikolaus Imfeld († 1709 22. III).
 1709. Zeugherr Hans Franz Schmid († 1712 26. XII).
 1710. Landammann Johann Jakob Bucher († 1712 bei Villmergen).
 1716. Landesfähnrich Johann Melchior Stockmann († 1752).
 1729 wird die Wahl des Landeshauptmanns einstweilen eingestellt.
 1737. Hauptmann Just Ignaz Imfeld († 1765).
 1753. Landesfähnrich Johann Peter v. Flüe († 1783).
 1754. Franz Leonz Buoher († 1783).
 1766. Landvogt Johann Josef Buoher († 1798).
 1769. Sekretär Anton Maria Imfeld.
 1773. Ratsherr und Schulherr Franz Ignaz Rohrer.
 1779. Ratsherr Franz Peter Stockmann († 1784).
 1784. Hauptmann Peter v. Flüe, Gibel († 1796).
 1785. Ratsherr Wolfgang Windlin († 1795).
 1786. Landesfähnrich Josef Ignaz Stockmann († 1837).
 1795. Landesfähnrich Nicodem v. Flüe († 1821).
 1797. Landesfähnrich Anton Franz Imfeld.

Die Verteilung auf die Fähnlein steht dahin.



Zusätze und Berichtigungen.

Zu S. 17. Anm 3. Für die guelfische Parteistellung der Freiherren von Wolhusen und Rotenburg, zu Beginn des Kampfes zwischen Papsttum und Kaiser, muß eine Urkunde der Brüder Walther und Marquard von Wolhusen (des spätern kaiserlichen Reichs-prokurators) in Betracht gezogen werden, welche jene oben erläuterte charakteristische Datierungsformel «*regnante domino nostro Jesu Christo*» hat. (Gfd. XVII, 35; F. R. B. III 758 Anhang.) Die Urkunde trägt zwar, wie ich mich nach dem Original im St.-A. Luzern überzeuge, das Inkarnationsjahr 1233 («*anno domini M^oCC^oXXX^o*»), aber es hängt daran das dritte von 1252—1262 nachweisliche Siegel Walthers mit der Umschrift + SIGILLVM WALTHERI DE WOLHVSEN.

1239/40 (St.-A. Bern, Fach Interl.) und 1240, 10. März (Stifts-A. Engelberg) siegelt Walter noch als WALTHERVS DE ROTHENBVRC. 1244, 4. Juli (Stadt-A. Luzern) als (Wolhu)SIN.

Auch inhaltlich weist die Urkunde in ein späteres Jahr. Denn darin ist von dem «*oppidum Bürren*» die Rede. Büren, freilich schon 1228 mit einem Graben (*fossata*) umgeben, der aber als Dorfbefestigung aufgefaßt werden kann (F. R. B. II 94), heißt in zwei Urkunden vom 13. Okt. 1236 noch villa (l. c. 164, 165) und wurde erst von Graf Berchtold von Neuenburg-Straßberg um 1246 (vgl. Wattenwil, Gesch. d. Stadt und Landschaft Bern I 230 und F. R. B. 436) mit Freiburger Stadtrecht begabt. Die in unserer Urkunde vorkommenden Zeugen Waltherus nobilis plebanus de Ruswile (1246—1279), Arnoldus plebanus de Entlibûch (1237—40), Heinrich v. Signau (1226—1271), Ulrich Ritter von Tuno (1224 noch nicht Ritter, bis 1265), Ulricus dapifer de Wolhusen (1224 noch nicht Ritter, bis 1267), würden eher für zirka 1246 passen, Hugo von Kien (nur bis 1228 nachgewiesen) und die Ritter Arnoldus et Ulricus (de Buttensulz) filii Domine Minne (de Wolhusen), die nur noch aus einer Urk. von 1228 bekannt sind, stimmen dagegen besser zu 1233. Ich vermute — mit Rücksicht auf das Siegel von 1244 und die Stadtrechtverleihung, die nicht vor

1246 stattfand, nicht etwa ein Ausfall eines x im Datum — sondern eine spätere Anfertigung des auf das Aktionsdatum gestellten Briefes.

Nach meiner Ansicht darf man die Urkunde sicher für die anfänglich guelfische Parteistellung der Wolhuser verwerten.

Über die Genealogie der Rotenburger und Wolhuser vgl. Liebenau im Jahrb. der k. k. Gesellschaft «Adler» XIII, eine Arbeit, die im einzelnen Falle freilich sorgfältig nachzuprüfen ist.

Zu S. 18. Anm. 1 und 2. Über die guelfische Parteistellung des Verwesers Albrecht von Froburg und des Abtes Theobald von Faucolgney, der ein Verwandter von Papst Innocenz IV. war, siehe auch Gatrio, die Abtei Murbach im Elsaß. I (1895), S. 286 und 292 ff.

Zu S. 19. Anm. 1. Unter den «alten Chroniken», auf die sich Cysat wegen **Altstadt-Meggenhorn** beruft, ist Etterlin zu verstehen. Die Stelle in der Originalausgabe von 1507, Blatt V b lautet: «Nun spricht man und ist ein gemeine sag, die statt Lutzern sye vor gestanden am Meggenhorn, das man noch hüt by tag nennet die alt statt, des aber ich in dheinen altten gestein noch hystorien nit (vind).» Er gibt dann die Erklärung, daß der See ursprünglich nur bis hierher gegangen sei und kein großes Schiff nach Luzern gelangen konnte, man habe von hier die Waren in kleinen Nachen auf dem «Rünß» der Reuß oder mit Karren und Rossen nach Luzern geführt und «umb des willen, die wil man also alwegen daselbs gelendot, hatt man es genant am stad. Darnach, als man die statt erbuwen, die mülinen in die Rünß gesatzt und gemacht, hett sich der see uffgeschwelt, daß man darnach hatt mögen har faren, umb deßwillen hatt man die selben hoffstat genempt am oder zum altten stad, das man aber sydhar mitt wortten verendrott und genempt zurr alten statt, das ist baß zû glouben». Die Deutung Etterlins gibt sich deutlich als eigene Konjektur und zeigt, daß schon zu seiner Zeit der Name «Altstadt» nicht altstäd gesprochen wurde.

Zu S. 35 ff. Siehe Liebenaus Zweifel an der formellen Echtheit des «Geschwornen Briefes», Zeitschrift f. schw. Recht. N. F. I 430—432. Tatsache ist, daß an den verschiedenen Exemplaren die Siegel nicht völlig stimmen. Liebenau nimmt eine fälschende Neuausfertigung des Textes um 1291 an — welche freilich die für uns in Betracht kommenden Partien, da für die Zeitlage um 1291 nicht passend, nicht berühren könnte. Ich halte beide Ausfertigungen für unverdächtige Originale, die aber erst nach dem Tode Arnolds III. von Rotenburg, nach dem März 1257 ausgefertigt worden sind. Es siegelt nämlich nicht der an erster Stelle urkundende Vater, wie sonst immer, wo er mit seinen Söhnen auftritt (z. B. noch 1256 23. Jan. und 2. Juli und 1257 24. März. Gfd. II 163, LI 77, I 193), sondern als Siegler werden im Texte die Söhne Marquard und Arnold ge-

nannt. Und die an dem einen deutschen Exemplar hängenden Siegel — das große Rundsiegel mit dem Burgenschild und der Umschrift S·MAR·QVARDI·NOBIL·ADVOCATI·DE·ROTINBVR· und das schildförmige † S·ARNOLDI·ADVOCATI·DE·ROTINBVR·, welches 1256/57 noch der Vater benützte (vgl. Siegelab. z. Z. U. B. II Nr. 26) — sind unzweifelhaft echt. Wir finden sie wieder an der Urkunde vom 20. Oktober 1277 (Stadt-A. Luzern). Am lateinischen Brief ist das Siegel Arnolds das gleiche, das Siegel Marquards aber ein anderes schildförmiges, das wir anderwärts nicht belegen können, weil das Vergleichsmaterial fehlt. Die Tatsache beweist nichts gegen die Echtheit der lateinischen Version, sondern nur, daß sie zu etwas anderer Zeit (vielleicht eher etwas früher, weil dieses Siegel Marquards viel einfacher ist) ausgestellt wurde. Solche nachträgliche Verbriefungen sind ja durchaus nichts seltenes.

S. 40. Eine weitere Analogie für den Namen Unterwalden bietet auch der alte Name des bernischen Amtes Schwarzenburg: Inter aquas, Unterwassern.

S. 56. Anm. 2, Zeile 19 f. Der Ausdruck Zigerzinse ist zu eng gefaßt. Es handelt sich natürlich um Grundeigentum, das gegen solche Naturalabgaben ausgeliehen war. Die Urkunde von 1252 läßt drei Güter in Kerns und ein bis drei Güter im Forst in der Schwändi erkennen, deren Erträge von zusammen sieben Zigern dem Heinrich Bläsi verpfändet werden. Die beiden Urkunden von 1257 nennen zwei Güter zu Sarnen mit dem Ertrage von 9 und 10½ Zigern, ein Gut in Alpnach mit vier Zigern und eines zu Kägiswil mit vier Zigern, weniger 2 ß Zinsertrag. Das Eigentum an diesen letztern Besitzungen wird damals aber frei veräußert. (Vgl. S. 100 ff.). Unter dem habsburg-laufenburgischen Besitz sind auch die Burgen Sarnen und Rotzberg aufzuzählen, was hier vergessen worden.

S. 57. Anm. 2. Vergleiche dazu S. 79, Anm. 2.

S. 60. Anm., Zeile 17, sind die Jahrzahlen 841 und 842 von unten herauf verschoben und in der Korrektur übersehen worden. Es sollte heißen 883 und 884, wobei freilich das Datum ersterer Urkunde XLV völlig ignoriert und nur die Indiktion I in Betracht gezogen ist. In der zweiten Urkunde würde die Deutung der Ziffer VII auf das Regierungsjahr Karls III. die Zeit vom 28. Aug. 882 bis 28. Aug. 883 ergeben, während die Indiktion II vom 1. bzw. 24. Sept. 883 an stimmen würde.

Vgl. auch den Versuch Liebenaus, Kath. Schweizerblätter 1899, S. 142 ff., die Gründung Luzerns, als selbständiges Kloster in die Zeit der Merovinger Clodwig II. (639—57) und Thierry (675—691) zurückzuverlegen und mit dem Martyrium St. Leodegars (678) in direkte Beziehung zu bringen. Den Abt Recho setzt Liebenau ohne Begründung in die Zeit von 805—833.

S. 60. Anm. 1. Liebenau, Die Freiherren v. Rotenburg und Wolhusen. Sep.-Abdruck aus dem Jahrbuch der k. k. Gesellschaft «Adler» XIII, S. 17, setzt diese Vergabungen ins XII. Jahrhundert. Jedenfalls unrichtig ist aber, wenn er das predium Mütterschwanc auf Meisterschwanden, statt Mutterschwanden bezieht.

S. 61. Anm. 1, Zeile 1, Lies statt 1443 — **1143.**

S. 79. Anm. Zeile 10. Lies statt Dünrenboden — **Dürrenboden.**

S. 102. Anm. 4. Einen weitem Nidwaldner Magister, der wohl ebenfalls dem XIII. Jahrhundert angehört, überliefert die Zusammenstellung der ältern Engelberger Nekrologien v. P. Kaspar Groß vom Jahre 1491. (Stiftsbibl. Engelberg Msc. 11.) Zum 8. Juni: «Richenza uxor magistri C. ab Wellenrüti».

S. 173. Anm. 1, Zeile 6, lies statt 1589: zirka 1571 (vgl. unten S. 253, Anm. 1).

S. 199. Zeile 10. Diese Stelle ist beachtenswert als die älteste Erwähnung des Bundesbriefes von 1291.

S. 203. Zeile 7. Lies Nidwalden.

S. 233. Zeile 1. Lies statt vierundzwanzig: siebenundzwanzig,

S. 247. Die Neubeschwörung dieses Landrechtsbriefes ward hundert Jahre später wieder in Betracht gezogen. Der Ungehorsam der Landleute hatte 1574 die Urkantone bewogen, ihre Landleute der Obrigkeit schwören zu lassen. An der Extralandsgemeinde Obwaldens vom 23. Mai 1574 waltete nun die Diskussion, ob man die im Turm liegende Eidformel oder die von Uri übermittelte Formel beschwören lassen wolle. Letzteres ward das Mehr, mit dem Vorbehalt, daß man Nidwalden anfrage, ob sie den Eid «so wier mitt einander zu Wysserlen geschworen, nochmallen schweren . . . so sol man den ouch schweren uff nechst sant Jörgytag». (St.-P. Obw. IV 110.) Die Antwort Nidwaldens ist nicht bekannt; zweifellos kam es aber nicht zur Beschwörung des alten Eides.

S. 258. Praktisch kam der Unterschied zwischen dem von Nidwalden vorgeschlagenen Normaljahr 1563 und dem richtigen 1559 kaum in Betracht, da die Nidwaldner Kontrolle sich nur bis 1562 zurückführen ließ und von den in Obwalden in diesem Zeitraum aufgenommenen Familien im Jahre 1740 nur zwei fortlebten: die nie zahlreichen Iggel in Sachseln, die schon im nächsten Jahrzehnt erloschen, und die Liem, deren Landrecht 1565 in Nidwalden bestätigt worden und die dort korporationsberechtigt, also unzweifelhafte Vollbürger waren. Wenn Nidwalden nicht aufs Jahr 1559 zurückgreifen wollte, so war es bloße Rechthaberei.

Inhaltsübersicht.

Kap. I. Der ghibellinische Aufstand und der älteste Schweizerbund.

Breßlaus Untersuchungen über das älteste Schweizerbündnis haben die bisherige Grundlage für die Entstehungsgeschichte Unterwaldens erschüttert und eine Nachprüfung notwendig gemacht. S. 3.

Ältere märchenhafte Legenden über die Urgeschichte Unterwaldens. S. 5, Anm. 1.

Kopps, Deschwandens und Oechslis Darstellungen vom spontanen Zusammenschluß der Pfarreien zu zwei Talgemeinden während der ghibellinischen Erhebung der Urschweizer gegen den Landgrafen Rudolf v. Habsburg-Laufenburg (um 1247) und von der sukzessiven Vereinigung dieser Talgemeinden zu einem losen Staatsgebilde Gesamt-Unterwalden (um 1291.) S. 5—9.

Breßlaus abweichende Auffassung von der territorialen Ausdehnung des ghibellinischen Aufstandes. Seine Annahme vom guelfischen Parteistandpunkt Nidwaldens und Uris 1247. S. 4, 9, 10.

Geographische Gründe, die gegen Breßlau sprechen. Bestätigung der Tradition durch die Grabungen auf der Ruine Rotzberg. S. 10, 11. — Über den relativen Wert der Überlieferung überhaupt. Interessante Grabungsergebnisse auf der Burgstelle von Sarnen. S. 12, Anm. 2.

Falsche Voraussetzung über das Datum des ersten ghibellinischen Aufstandes. Wie für Italien, ist für die Alpengegenden nicht die Absetzung Kaiser Friedrichs als Signal zum Prinzipienkampfe zu betrachten, sondern die Exkommunikation von 1239.

Stellung des Walliser Bischofes. S. 13, Anm. 3 — der Habsburger und Froburer. S. 14, 15. — Der Vorstoß der Kiburger gegen die Ghibellinen im Berner Oberland 1240. S. 14. — Die ghibellinische Eidgenossenschaft in Burgund 1239, 1243, 1245. S. 14/15. — Die Brugger Fehde 1242. S. 15.

Der Krieg Luzerns mit den guelfischen Parteihäuptern im Zusammenhang mit der ersten Erhebung der Waldstätte und dem ältesten Bunde. S. 16 ff. und Nachträge S. 345.

Der Freiheitsbrief der Schwyzer von 1240 als eine Folge, nicht als Anstoß zum Aufstande gegen den Grafen. S. 24—26. — Zusammenhang mit dem gleichzeitig ausbrechenden Kriege der Comesen gegen Mailand. Interesse des Kaisers für die Gotthardverbindung und die Straßen nach der ghibellinischen Zentrale Zürich und dem getreuen Burgund. S. 26, 27.

Unterwalden im Bunde mit Schwyz. Zerstörung der landgräflichen Burgen Sarnen und Rotzberg (Weihnachten 1240?) S. 23, 27 ff., 31. — Das Reichsland Uri von Habsburg bedroht. S. 24. — Anschluß Luzerns an die Bewegung in der zweiten Hälfte des Jahres 1241, es wird Glied des ältesten Bundes. S. 23, 27 f., 31.

Krieg mit dem Laufenburger. Zerstörung der habsburgischen Stadtanlage am Meggenhorn. S. 16—20 und Nachtrag S. 346. — Separatfriede der Luzerner vom 4. Juli 1244. S. 16 ff. — Infolge davon Unterdrückung des Aufstandes in den Waldstätten. S. 32.

Gründung von Neuhabsburg, Herbst 1244. S. 20 f. — Veränderung der Weltlage durch den Tod Gregors IX. Annäherungsversuche des Schweigsamens und der übrigen guelfischen Parteihäupter an den Kaiser während der Sedisvakanz. Scheitern des Friedens zwischen Papst und Kaiser. Absetzung Friedrichs II. 1245. Allgemeiner Ausbruch des Prinzipienstreites. Erneuter Abfall Rudolfs des Schweigsamens zum Papste. S. 31—33.

Zweite ghibellinische Erhebung von Schwyz und Unterwalden. S. 33.

Neutrale Haltung Uris. S. 33. — In Luzern behält die guelfische Partei mit Mühe die Oberhand. Die Stadt widersteht einer Belagerung durch die Ghibellinen. S. 34. — Friede der Luzerner mit dem kaiserlichen Bern 16. Mai 1251. S. 35. — Der geschworne Brief vom 4. Mai 1252, ein Neutralitätsvertrag zwischen den streitigen Bürgern. Seine Bestimmungen über das Verhältnis zu den «Waldleuten» verfolgen denselben Zweck. S. 35 bis 38 und Nachtrag S. 346.

Schwächung der Ghibellinen durch den Tod Kaiser Friedrichs und den Abzug König Konrads nach Italien. S. 38.

Wiederunterwerfung der Unterwaldner und Schwyzer unter die habsburgische Grafengewalt. S. 38.

Neue Gesichtspunkte für einen uralten, vor diese politischen Ereignisse zurückreichenden territorialen Zusammenhang Unterwaldens. Der Gesamtname «Inter Silvas» in den Acta Murensia 1140—1159. S. 38—40.

Kap. II. Der Galgen zu Wisserlen und die freie Gemeinde.

Nachweis eines Galgens beim spätern gemeinsamen Landsgemeindeplatz zu Wisserlen, am Rande des Ob- und Nidwalden scheidenden Kernwaldes. S. 42. — Schon 1173 wird die «iurisdictio in Wisserlon» in einem Zusammenhange erwähnt, der auf eine landgräfliche freie »Weibhube» hinweist. S. 44—51. (Über die im Zusammenhange genannte Weibhube Ludigen-Tempikon. S. 46 f., Anm.) — Die Bedeutung dieser gräflichen Landgerichtsstätte als alter Mittelpunkt der «freien Gemeinde». S. 50 ff.

* * *

Unterwalden ein Bestandteil der Zürichgaugrafschaft. Nur der Bürgenberg gehört teilweise in den Aargau. S. 54/55. — Vordringen der burgundischen Königsgewalt in diese Gegend. S. 54., Anm. 1. — Die ältere Linie Lenzburg-Baden als Zürichgaugrafen; die jüngere Lenzburger Linie als Grafen im Aargau. — Vereinigung des Aargaus mit dem südwestlichen Teile der Zürichgaugrafschaft in der Hand Rudolfs des Alten von Habsburg, zirka 1174—1232. — Erbteilung unter dessen Söhne Albrecht und Rudolf den Schweigsamen. Unterwalden, mit Ausnahme des Bürgenbergs, fällt an die jüngere Linie Habsburg-Laufenburg. — 1273 kauft das Haupt der ältern Linie, König Rudolf, die Grafschaft in Unterwalden und Schwyz. S. 54 ff.

Eigengut der Habsburger vor der Erwerbung der gräflichen Rechte nicht nachgewiesen und überhaupt bis zum Murbacher Verkaufe von 1291 unbedeutend. S. 56, Anm. 1 und Nachtrag S. 347.

Die Landgrafschaft und die damit verbundene Vogtei über die Freien bilden den Hauptinhalt der habsburgischen Herrschaft in Unterwalden. Der Umfang der landgräflichen Machtsphäre ist größer als man gemeinhin annimmt. Die hohe Gerichtsbarkeit des Grafen greift, teils infolge der Personalunion von Grafschaft und Kirchenvogtei, teils auch, weil der Immunitätsbesitz unorganisierter Streubesitz blieb, in das Gebiet der Immunitäten über. S. 57 ff.

Entstehung des Großgrundbesitzes, z. T. aus königlichem Fiskal- bzw. gräflichem Amtsgut, S. 59. — Einheitliche Ursprungsgruppen desselben: Murbach-Luzern (Habsburg und Wolhusen), S. 59/60 — Lenzburg

(Beromünster und Froburg), S. 61 — Seldenbüren-Regensberg (St. Blasien, Engelberg und Muri), S. 62—64 — Brienz-Ringgenberg, S. 65.

Ausdehnung des klösterlichen Grundbesitzes. (S. 66 bis 68) und Differenzierung der Immunitätsrechte. S. 69 ff. — Murbach-Luzern. S. 71—75. — Beromünster. S. 75—78. — St. Blasien und Muri. S. 71—80. — Ausgleich der Immunität Engelbergs mit der Grafenschaft 1210—1240. S. 81—89.

Die Gemeinfreien im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. S. 91—98. — Ihr Vorherrschen in Obwalden. S. 66 und 93. — Organisation der freien Gemeinde: Ministri und Magistri. S. 98—109.

Kap. III. Der Dualismus in der staatsrechtlichen Entwicklung.

Die Faktoren der politischen Entwicklung Unterwaldens sind neben der freien Gemeinde und dem landgerichtlichen Mittelpunkt, die nach den Pfarrgrenzen zerteilten, Freie und Unfreie umfassenden Markgenossenschaften. S. 110—113.

Sondervereinigung der Markgenossen von Stans und Buochs zur *Communitas (Universitas) hominum Intramontanorum vallis inferioris*. Deren wahrscheinlicher politischer Ursprung in der Aufstandsperiode der 1240er Jahre. Urkundliches Vorkommen 1261. Fortdauer während der habsburgischen Reaktion. S. 113—116.

Die Gemeinde Nidwaldens als ursprünglicher Kontrahent des Bundes von 1291. Erklärung des anfänglichen Zurückhaltens des obern Tales. Späterer Anschluß Obwaldens an das Bündnis in Form der engen Vereinigung mit der untern Talgemeinde. Das Siegel von Stans wird zum Siegel des ganzen Landes. S. 116—118.

Wiederherstellung der Rechte Österreichs. König Albrecht erkennt die Organisation an, deren Mittelpunkt wieder in das gräfliche Landgericht und die Gemeinde der Freien und damit nach Obwalden verlegt ist. Der Gemeinfreie Rudolf von Ödisried als erster Landammann Unterwaldens 1304—1313. Die Freien Heinrich von Zuben und Klaus von Wisserlon als Amtleute 1315. S. 118/19.

Gemeinsames Vorgehen mit Schwyz und Uri zur Erlangung der Reichsfreiheit nach dem Tode König Albrechts. Die Privilegien Heinrichs VII. vom 3. Juni 1309. S. 119.

Bedeutung dieser Privilegien. Ihre Bestätigung durch Ludwig von Bayern 1316. S. 120 ff.

Ludwig konfisziert die Rechte Österreichs und freit die Eigenleute seiner Gegner 1324. Infolge dessen Ausgleichung der alten Standesunterschiede und Verschmelzung der Einwohner zu einer gleichberechtigten Klasse von Landleuten. Vordrängen der ehemals Unfreien und Ministerialen neben den Gemeinfreien. Johann von Waltersberg und Peter von Hunwil als Landammänner. Ammännerkollegium. S. 120—123.

Trennung des obern und untern Tales um 1333. S. 123. Zusammenhang dieser Erscheinung mit dem Aufhören des von Heinrich VII. als Ersatz der erblichen Grafengewalt geschaffenen Amtes eines Reichslandsvogts der drei Länder. S. 124—126.

Weiterbildung dieser Trennung. Teilung der hohen Gerichtsgewalt. Sondergesetzgebung in Nidwalden 1344 und 1363 (in Obwalden 1382). S. 126—132 und 134. Bestätigung der Gerichtsgewohnheiten durch Karl IV. 1361. S. 131.

Scheitern einer vollständigen Teilung an den Interessen der Eidgenossen. Deren vergebliche Versuche, die innere autonome Entwicklung zurückzuhalten. S. 132 ff. — Anerkennung der besondern Gerichtshoheit Nidwaldens durch das Blutbannprivileg König Sigmunds vom 26. März 1417. S. 138.

* * *

Systematische Erörterungen dieser Entwicklung. S. 139 ff.

Die hohe Gerichtsbarkeit als die rechtliche Basis der staatlichen Selbständigkeit. Die Gemeinfreien als ursprünglich einzige aktive Gerichtsgenossen am gräflichen Landgericht und nach den Privilegien Heinrichs VII. als Träger der Souveränität. Bedeutung des Diploms König Ludwigs von 1324, welches die ständischen Unterschiede aufhebt und die Ausbildung des Landgerichts zur allgemeinen Landsgemeinde bestätigt. S. 140—142.

Das Diplom, das die oberrichterliche Einheit der Bevölkerung endgültig festlegt, als Ausgangspunkt der Zersplitterung. Aufgehen der freien Gemeinde in der Volkheit. Vordrängen lokaler Interessen und Ausbau der Autonomie auf Grundlage der Entwicklung der Niedergerichtsbarkeit. S. 142—144. — Die Gemeinde des untern Tales und die Markgemeinden Obwaldens als Erben der grundherrlichen Gerichtsbarkeit. S. 144 f. — Systematische Freimachung des Bodens in Nidwalden. S. 146. — Langsamere Entwicklung in Obwalden (Reaktionäre Gefahr seit der Mitte des XIV. Jahrhunderts. Verleihung der österreichischen Herrschaftsrechte an einheimische Geschlechter. Der Ostrazismus und das Gütergesetz von 1382). S. 146—148.

* * *

Fortschreitende partikularische Entwicklung in Nidwalden infolge der Landesteilung. Zersplitterung der Markgenossenschaften in die Ürtenen mit politischer Autonomie. S. 149—152. — In Obwalden ebenfalls Ansätze dieser Entwicklung. Die Teilsamen erhalten aber keine solche politische Bedeutung. S. 152—154.

Kap. IV. Unterwalden ob und nid dem Kernwald als eidgenössischer Ort. Gegenseitiges Stimmenverhältnis. Siegel und Banner. Militäreinheit.

Unterwalden als ein Ort der Eidgenossenschaft. S. 155. — Obwalden als zwei, Nidwalden als ein Drittel. S. 156. — Die Bestrebungen Nidwaldens nach gleicher Geltung (seit 1417) bleiben unentschieden. S. 159. — Gewohnheitsrechtliche Entwicklung. Vorrang des Obwaldner Banners als gemeinsames Feldzeichen und Stellung der Mannschaft bei gemeinsamen Auszügen nach dem Drittelverhältnis. S. 163 f. — Festlegung dieses Verhältnisses für die Vogteienbesetzung. S. 165. — Ein Tagsatzungsentscheid über die alleinige Gültigkeit der Stimme Obwaldens bei Stimmenzersplitterung (1475) wird nicht exequiert. S. 165—169. — Selbständigkeit beider Ortshälften in der auswärtigen Politik bis zu Anfang des XVI. Jahrhunderts. S. 169.

Ausbruch der prinzipiellen Streitigkeiten. Vertrag vom 17. Januar 1548 über Tagsatzungsbeschickung, Gesandtschaften und eidgenössische Schiedsrichter. S. 171. — Neue Differenzen. Ein Vertragsentwurf von zirka 1558/59 wird nicht ratifiziert. S. 172—74. — Ansprüche Nidwaldens auf das gemeinsame Banner 1556. S. 174. — Forderung der Gleichberechtigung des Nidwaldner Siegels bei fremden Bündnissen 1564. S. 175. — Nidwalden behauptet gleichen Anteil an Hauptmannschaften in fremden Diensten 1562. S. 176.

Mißmut der Obwaldner über den großen Einfluß Ritter Melchior Lussys auf den Tagsatzungen. Klagen über Verletzung des Vertrages von 1548. Die Nidwaldner beharren auf dem Mitbesuch der Tage, wo es sich um Glaubens- und Fürstensachen handle, was sozusagen immer der Fall war, 1570/71. S. 177 ff. — Ernste Differenzen auf der Jahrrechnung 1587, der Ausgangspunkt prinzipiellen Streites. S. 180 f. — Gültlicher Schiedsspruch von zehn Ratsboten aus Luzern, Uri, Schwyz und Zug um Besuch der Tagsatzungen, Gesandtschaften, Hauptmannschaften in fremden Kriegsdiensten, Besetzung des Bannerherrn- und Landshauptmannamtes, Verwendung des Landessiegels etc., 9. August 1589. — Der

Spruch wird als Sieg Nidwaldens aufgefaßt. — Endliche Ratifikation durch die Obwaldner Landsgemeinde, 23. April 1593. S. 183—189.

Nidwalden betrachtet sich seit dem Vertrage als halbes Ort. — Obwalden verlangt Anerkennung des alten Drittelverhältnisses in der Eidesformel für den gemeinsamen Bannerherrn und Landeshauptmann 1607. S. 191. — Lange Streitigkeiten hierüber. S. 192—202. — Vermittlungsprojekt durch die vier katholischen Stände vom 4./5. August 1616. S. 202. — Der sogenannte Kapuzinerfriede von 1618. S. 204.

Fortgesetzte Emanzipationsbestrebungen Nidwaldens. S. 206—215. — Wiederausbruch des prinzipiellen Streites 1688. Die Parteien können sich über das Forum nicht einigen. S. 216 ff. — Kontumazurteil der Landräte von Uri und Schwyz, 14./16. Dezember 1690 und 20. Februar 1691. S. 220. — Der Spruch von Schwyz, 4. Dezember 1691, ist Nidwalden günstig, wird aber wegen eines nachträglichen Zusatzes nicht angenommen. S. 225—229.

Neue Differenzen über den Bannerherreneid. S. 232—234. — Sie führen zu einem neuen Prozeßverfahren vor der katholischen Tagsatzung 1755—1757, das aber wegen Uneinigkeit über den bundesgemäßen Richter wieder resultatlos bleibt. S. 235—241. — Nidwalden löst selbständig die alte Militäreinheit und hebt die Stelle des gemeinsamen Landeshauptmanns auf. S. 236 und S. 241 ff. — Im übrigen dauert die vorrechtliche Stellung Obwaldens bis 1798 fort. S. 242.

Die Vermittlungsakte 1803 erklärt volle Gleichberechtigung beider Teile und Obwalden verlangt 1815 vergeblich die Wiederherstellung seiner Vorrechte. S. 242 ff.

* * *

Die Entwicklung des Unterwaldner Wappens als Spiegelbild der politischen Entwicklung. S. 243—245.

Kap. V. Das gemeinsame Landrecht und die „alten Landleute“.

Die Fiktion der innern Landeseinheit. — Die letzten gemeinsamen Landsgemeinden zu Wisserlen. S. 246/47. — Theoretischer Begriff des gemeinsamen Landrechts. — Richteramt des einen Teiles in internen Streitigkeiten des andern. S. 248 - 250.

Das Landrecht im engern Sinne. Das übergreifende Bürgerrecht der «alten Landleute». S. 251 ff. — Vertrag über Aufnahme gemeinsamer «Ausbürger» 1467. S. 251.

Bestrebungen, die Wirkung neuer Landrechtsaufnahmen auf das Teilgebiet zu beschränken. Vertragsentwurf von zirka 1559. S. 252. — Dieser wird durch den eidg. Schiedsspruch vom 9. August 1589 in Kraft erklärt. S. 254. — Differenzen über das Normaljahr zur Unterscheidung der alten und neuen Landleute. Obwalden setzt im Jahre 1740 hiefür 1570, Nidwalden 1563 an. Eine Einigung kommt nie zustande. S. 255—259.

Die praktische Bedeutung des gemeinsamen «Landrechts» in alter Zeit. S. 259 ff. — Im neuen Bundesstaate. S. 265.

* *
 *

Die heutigen Reste der «Einheit Unterwaldens».

Das Besitzverhältnis am Schnitzturm in Stansstad als sprechendes Denkmal der gemeinsamen politischen Entwicklungsgeschichte. S. 266—267.

Beilagen:

I—XVII. Urkunden. S. 268—330.

XVIII. Die alten und neuen Landleutegeschlechter S. 330—341.

XIX. Die Bannerherren und Landeshauptmänner ob und nid dem Kernwald S. 341—344.

Nachträge und Berichtigungen S. 345—348.

